

Bildungsberichterstattung

**2011**

# BILDUNG

in Baden-  
Württemberg



**Herausgeber**

Landesinstitut für Schulentwicklung  
Heilbronner Str. 172  
70191 Stuttgart  
und  
Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Str. 68  
70199 Stuttgart

**Umschlagfoto**

Robert Thiele

**Fotonachweis**

Birgit Heilig  
Steffen Pleßmann  
Verband deutscher Papierfabriken e.V.

Juli 2011

**Vertrieb**

[best@ls.kv.bwl.de](mailto:best@ls.kv.bwl.de)

[www.bildungsberichterstattung-bw.de](http://www.bildungsberichterstattung-bw.de)

© Landesinstitut für Schulentwicklung  
und Statistisches Landesamt Baden-  
Württemberg,  
Stuttgart 2011

Für nicht gewerbliche Zwecke sind  
Vervielfältigung und unentgeltliche  
Verbreitung, auch auszugsweise,  
mit Quellenangabe gestattet. Die  
Verbreitung auch auszugsweise,  
über elektronische Systeme/Da-  
tenträger bedarf der vorherigen  
Zustimmung.  
Alle übrigen Rechte bleiben vorbe-  
halten.

# **Bildungsberichterstattung**

## **2011**

**Landesinstitut für Schulentwicklung**  
**Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**

**Stuttgart 2011**

**Hinweis:** Wegen der leichteren Lesbarkeit umfassen Bezeichnungen von Personengruppen in der Regel weibliche und männliche Personen.

---

## Entwicklung und Realisierung

**Projektleitung, Konzeption und Organisation:** Stephan Blank, Rainer Wolf ■ **Texte:** Stephan Blank, Jutta Demel, Volker Gehlhaar, Barbara Pflugmann-Hohlstein, Steffen Pleßmann, Ulrike Rangel, Annette Schrankenmüller, Silvia Schwarz-Jung, Sonja Wagner, Rainer Wolf ■ **Mitarbeit:** Werner Brachat-Schwarz, Dimitrios Fourkalidis, Monika Hin, Axel Kühn ■ **Redaktion:** Regina Koch-Richter ■ **Technische Leitung:** Wolfgang Krentz ■ **DTP/ Grafiken:** Simela Exadaktilou, Jeannette Hartmann, Gaby Hass, Claudia Hierath, Birgit Krämer, Florian Lenz, Gabi Vogel ■ **Repro/Druck:** e. kurz + co., Stuttgart

## Vorwort



Der gemeinsam vom Landesinstitut für Schulentwicklung und dem Statistischen Landesamt herausgegebene zweite Bildungsbericht für Baden-Württemberg knüpft an den Anspruch seines Vorgängers an, die gesamte Bandbreite der vorschulischen und schulischen Bildung datenbasiert abzubilden. Ein Schwerpunktthema des



Bildungsberichts 2011 ist die duale berufliche Ausbildung. Neben der in partner-schaftlicher Verantwortung von Betrieb und Berufsschule erfolgenden klassischen Ausbildungsform sind zahlreiche weitere Möglichkeiten eröffnet, eine berufliche Qualifikation zu erlangen. Dabei wird der ergänzend zum Ausbildungsabschluss vielfach mögliche Erwerb eines höherwertigen allgemein bildenden Abschlusses zunehmend wichtiger. Ein weiteres Schwerpunktthema bildet die schulische Qualitätsentwicklung. Die ersten Ergebnisse der Regelphase Fremdevaluation an beruflichen und allgemein bildenden Schulen sowie Erkenntnisse aus den Vergleichsarbeiten werden aufbereitet und beschrieben.

Ergänzend zur Darstellung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich sowie der allgemein bildenden und beruflichen Bildungsgänge nimmt der Bildungsbericht 2011 zwei weitere Bildungssysteme in den Blick: die Weiterbildung und die Jugendbildung. Damit wird der Anspruch weiterverfolgt, sowohl über den schulischen Sektor zu berichten, als auch Bildung im Lebenslauf unter dem Aspekt des lebensbegleitenden Lernens datengestützt nachzuzeichnen.

Die Vielfalt außerschulischer und außerunterrichtlicher Lernorte für Jugendliche, ebenso wie das ausdifferenzierte Angebot und die vielfältigen Strukturen der Weiterbildung von Erwachsenen werden nur in Teilbereichen mit validen Statistiken abgebildet. Der Anspruch der Bildungsberichterstattung, eine möglichst umfassende Gesamtschau dieser Bildungsprozesse in Baden-Württemberg auf der Grundlage evidenter Daten darzustellen, konnte deshalb nur in Teilen realisiert werden. Die vorliegenden Beiträge sind deshalb als Einstieg und als Impuls für eine entsprechende Weiterentwicklung der Jugendbildungs- und Weiterbildungsstatistiken zu verstehen.

Der Bildungsbericht 2011 basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen der 14. Legislaturperiode des Landtags. Er ist als Bestandsaufnahme der Entwicklungen im baden-württembergischen Bildungswesen bis zum Jahr 2010 zu begreifen. Die von der neugewählten Landesregierung angekündigten strukturellen Veränderungen des Bildungswesens konnten zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses keinen Eingang mehr in die Konzeption des Berichts finden. Entsprechend orientiert sich sein Aufbau an der im Jahr 2010 vorliegenden Struktur der baden-württembergischen Bildungslandschaft. Die berichteten Daten, insbesondere die sich auf einzelne Schul- und Abschlussarten beziehenden Vorausrechnungen, sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen.

Die Bildungsberichterstattung in Baden-Württemberg definiert sich ihrem Auftrag gemäß als neutrale und sachliche Zusammenschau und Aufbereitung vorliegender Fakten. Sie betrachtet Entwicklungen im Zeitverlauf und bietet begründete Entwicklungsvorausrechnungen an. Entsprechend werden keine Interpretationen oder Handlungsempfehlungen gegeben – diese sind Sache der politisch und administrativ verantwortlichen Akteure. Unter diesen Vorzeichen erhebt die Bildungsberichterstattung den Anspruch, die Weitergestaltung des Bildungswesens in Baden-Württemberg faktengestützt und evidenzbasiert zu unterstützen.

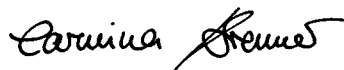
Die Erstellung des Bildungsberichts 2011 wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung der Fachreferate des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Ministeriums für Arbeit und Soziales, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst und des Umweltministeriums. Besonderer Dank gilt auch dem Landesgesundheitsamt, der Friedrich-Ebert-Schule Esslingen, der Papiermacherschule Gernsbach, der beruflichen Schule Münsingen, dem Elektro Technologiezentrum Stuttgart, dem Landesjugendring und der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Prof. Suzan Bacher



Direktorin  
Landesinstitut für Schulentwicklung

Dr. Carmina Brenner



Präsidentin  
Statistisches Landesamt

Abkürzungsverzeichnis	10
<b>A Einleitung</b>	<b>13</b>
A 1 Konzeption der Bildungsberichterstattung für Baden-Württemberg	15
A 2 Wichtige Ergebnisse im Überblick	21
<b>B Rahmenbedingungen und Grundstrukturen</b>	<b>25</b>
B 1 Demografische Entwicklung	27
B 1.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene	27
B 1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen	28
B 1.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund	30
B 2 Struktur der Kultusverwaltung	33
B 3 Grundzüge des Bildungswesens	36
B 3.1 Bildungswege	36
B 3.2 Bildungsbeteiligung	37
B 3.3 Bildungsstand der Bevölkerung	38
<b>C Vorschulische Einrichtungen</b>	<b>41</b>
C 1 Kinder in Kindertageseinrichtungen	43
C 2 Personal an Kindertageseinrichtungen und dessen Ausbildung	47
C 2.1 Personal an Kindertageseinrichtungen	47
C 2.2 Ausbildung des Personals an Kindertageseinrichtungen	48
C 3 Förderung im frühkindlichen Bereich	52
C 3.1 Förderspektrum in Kindertageseinrichtungen	52
C 3.2 Sprachförderung	55
C 4 Grundschulförderklassen und Schulkindergärten	61
C 5 Sonderpädagogische und interdisziplinäre Frühförderung	62
<b>D Allgemein bildende Schulen</b>	<b>65</b>
D 1 Grundschule	67
D 1.1 Einschulung	67
D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen	70
D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen	74
D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem	83
D 2.1 Hauptschule	83
D 2.2 Realschule	88
D 2.3 Gymnasium	93
D 2.4 Integrierte Schulformen	98
D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich	101

D 3	Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen und Sonderschulen	105
D 3.1	Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen	105
D 3.2	Sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen	107
D 3.3	Analysen zu spezifischen Schülergruppen	110
D 3.4	Übergänge zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen	111
D 3.5	Abschlüsse an allgemein bildenden Sonderschulen	114
D 4	Ganztagsschulen	117
D 5	Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten	120
D 6	Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2030	127
<b>E</b>	<b>Berufliche Schulen</b>	<b>135</b>
E 1	Berufliche Schulen im Überblick	137
E 2	Duales Ausbildungssystem	146
E 2.1	Duales Ausbildungssystem – Schulische Ausbildung	147
E 2.1.1	Schulische Ausbildung an Berufsschulen (ohne Sonderberufsschulen)	147
E 2.1.2	Duale Ausbildung an Berufskollegs	153
E 2.1.3	Die duale Ausbildung ergänzende Vollzeitschulen	158
E 2.2	Ausbildung in Betrieben	164
E 2.2.1	Ausbildungsberufe	164
E 2.2.2	Auszubildende	165
E 2.2.3	Neu abgeschlossene Verträge	170
E 2.2.4	Schulische Vorbildung der Auszubildenden	173
E 2.2.5	Ausbildungsvertragslösungen und Ausbildungserfolg	174
E 2.2.6	Entwicklung von Ausbildungsangebot und -nachfrage	175
E 3	Sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen	182
E 3.1	Sonderpädagogische Förderung in der Berufsvorbereitung	182
E 3.2	Berufliche Grund- und Ausbildung	182
E 3.3	Allgemein bildende Abschlüsse an beruflichen Sonderschulen	184
E 4	Bildungsbeteiligung von Ausländern an beruflichen Schulen	186
E 5	Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bis 2030	189
<b>F</b>	<b>Abschlüsse</b>	<b>193</b>
F 1	Erwerb allgemein bildender Abschlüsse	195
F 2	Abschlüsse ausländischer Schulabgänger	205
F 3	Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen nach Abschlussarten bis 2030	208
<b>G</b>	<b>Weiterbildung</b>	<b>211</b>
G 1	Weiterbildung in Baden-Württemberg	213
G 1.1	Bedeutung und Trends in der Weiterbildung	213



G 1.2	Rechtliche Grundlagen und Organisation der Weiterbildung	216
G 2	Träger und Angebote des Zweiten Bildungswegs	222
G 3	Träger und Angebote der beruflichen Weiterbildung	229
G 3.1	Teilnahme an beruflicher Weiterbildung	229
G 3.2	Aufstiegsfortbildungen der Kammern und der beruflichen Schulen	233
G 3.2.1	Fortbildungsmaßnahmen der Kammern	233
G 3.2.2	Aufstiegsfortbildung an Fachschulen	233
G 4	Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen	241
G 5	Allgemeine Weiterbildung	244
G 5.1	Teilnahmequoten an allgemeiner Weiterbildung	244
G 5.2	Volkshochschulen und kirchliche Bildungswerke	245
G 5.3	Weitere Bereiche der allgemeinen Weiterbildung	249
G 6	Informelles Lernen	251
<b>H</b>	<b>Lehrpersonal</b>	<b>255</b>
H 1	Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen	257
H 2	Lehrkräfte an beruflichen Schulen	263
H 3	Professionalisierung des pädagogischen Personals	266
H 3.1	Erste Phase der Lehrkräfteausbildung – Hochschulstudium	266
H 3.2	Zweite Phase der Lehrkräfteausbildung – Vorbereitungsdienst	269
H 3.3	Lehrerfortbildung	272
<b>I</b>	<b>Bildungsergebnisse und Qualitätsentwicklung</b>	<b>277</b>
I 1	Ländervergleich zur Überprüfung der Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch	279
I 2	Fremdevaluation	289
I 2.1	Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen	289
I 2.1.1	Grundlagen	289
I 2.1.2	Ergebnisse	290
I 2.1.3	Vertiefende Analysen	300
I 2.2	Fremdevaluation an beruflichen Schulen	308
I 2.2.1	Grundlagen	308
I 2.2.2	Ergebnisse	311
I 2.2.3	Vertiefende Analysen	315
I 3	Diagnose- und Vergleichsarbeiten	319
I 3.1	Diagnosearbeiten an Grundschulen (VERA 3)	319
I 3.2	Vergleichsarbeiten an weiterführenden Schulen (DVA)	324

<b>J</b>	<b>Jugendbildung</b>	<b>333</b>
J 1	Rechtliche Grundlagen und Strukturen der außerschulischen Jugendbildung	335
J 2	Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung	339
J 3	Maßnahmen der außerunterrichtlichen Jugendbildung	345
J 4	Jugendfreiwilligendienste	349
<b>K</b>	<b>Anhang</b>	<b>353</b>
K 1	Glossar	355
K 2	Tabellen und Grafiken	363
K 3	Verzeichnis der Web-Tabellen	419
K 4	Literaturverzeichnis	422

---

<b>Verzeichnis der Fenster mit Hintergrundinformationen und Praxisbeispielen</b>	
Frühkindliche Bildung und Betreuung in Kindertagespflege	46
Elementar- und Primarbereich übergreifende Projekte	58
Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung	115
Aktuelle bildungspolitische Entwicklungen in der Berufsbildung auf europäischer Ebene	142
Bundes- und Landesfachklassen	151
Friedrich-Ebert-Schule, Esslingen am Neckar	163
Ausbildung zum Friseur	180
Allgemein bildende Abschlüsse an Berufsschulen (einschließlich Sonderberufsschulen)	204
Weiterbildungsportal Baden-Württemberg	220
Überbetriebliche Berufsbildungsstätten – Elektro Technologie Zentrum Stuttgart (etz)	239
Pädagogische Assistenten	262
Das Konzept der Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen	293
Das Konzept der Fremdevaluation an beruflichen Schulen	309
Die Dachverbände der Jugendarbeit	337
Zertifizierung und Dokumentation non-formal erworbener Kompetenzen in Zusammenhang mit der außerschulischen und außerunterrichtlichen Jugendbildung	343
Jugendnetz Baden-Württemberg	350

## Abkürzungsverzeichnis

<b>1BFS</b>	Einjährige Berufsfachschule	<b>BVJ-L</b>	Berufsvorbereitungsjahr für Schüler mit Lern- und Leistungsproblemen
<b>2BFS</b>	Zweijährige Berufsfachschule	<b>BWSJ</b>	Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg e.V.
<b>3SBFS</b>	Dreijährige Sonderberufsfachschule	<b>CVTS</b>	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung)
<b>AES</b>	Adult Education Survey (Individualbefragung zum Weiterbildungsverhalten der Bevölkerung)	<b>DQR</b>	Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen
<b>AFBG</b>	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	<b>DVA</b>	Diagnose- und Vergleichsarbeiten
<b>AGL</b>	Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände in Baden-Württemberg	<b>ECVET</b>	European Credit System for Vocational Education and Training (Europäisches Leistungspunktesystem)
<b>ALEB</b>	Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung Baden-Württemberg e.V.	<b>EFQM</b>	European Foundation for Quality Management
<b>ANR</b>	Angebots-Nachfrage-Relation	<b>EGP</b>	Erikson-Goldthorpe-Portocarero-Klasse (Indikator für die soziale Herkunft)
<b>BAS</b>	Berufsaufbauschule	<b>EQARF</b>	European Quality Assurance Reference Framework (Europäischer Bezugsrahmen zur Qualitätssicherung)
<b>BBiG</b>	Berufsbildungsgesetz	<b>EQR</b>	Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen
<b>BEJ</b>	Berufseinstiegsjahr	<b>ESU</b>	Einschulungsuntersuchung
<b>BetrVG</b>	Betriebsverfassungsgesetz	<b>etz</b>	Elektro Technologie Zentrum Stuttgart
<b>BFS</b>	Berufsfachschule	<b>EU</b>	Europäische Union
<b>BGBI.</b>	Bundesgesetzblatt	<b>FernUSG</b>	Fernunterrichtsschutzgesetz
<b>BIBB</b>	Bundesinstitut für Berufsbildung	<b>FÖJ</b>	Freiwilliges Ökologisches Jahr
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt	<b>FSJ</b>	Freiwilliges Soziales Jahr
<b>BK</b>	Berufskolleg	<b>G8</b>	Gymnasium in achtjähriger Form
<b>BKfH</b>	Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife	<b>G9</b>	Gymnasium in neunjähriger Form
<b>BMBF</b>	Bundesministerium für Bildung und Forschung	<b>GBI.</b>	Gesetzblatt Baden-Württemberg
<b>BPersVG</b>	Bundespersönlichkeitsvertretungsgesetz	<b>GER</b>	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
<b>BSW-AES</b>	Berichtssystem Weiterbildung – Adult Education Survey		
<b>BVJ</b>	Berufsvorbereitungsjahr		
<b>BVJ-KF</b>	Kooperationsklassen Förderschule-Berufsvorbereitungsjahr		

<b>gew.</b>	gewerblich	<b>LAGO</b>	Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung Baden-Württemberg
<b>GS</b>	Grundschule	<b>LG</b>	Leistungsgruppe
<b>GHS</b>	Grund- und Hauptschule	<b>LHG</b>	Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz)
<b>HISEI</b>	Highest International Socio-Economic Index of Occupational Status (Höchster ISEI-Wert)	<b>LJR-BW</b>	Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
<b>HRG</b>	Hochschulrahmengesetz	<b>LKJ</b>	Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.
<b>HS</b>	Hauptschule	<b>LKR</b>	Landkreis
<b>HSL</b>	Programm »Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen«	<b>LLP</b>	Programm für Lebenslanges Lernen
<b>Hw</b>	Handwerk	<b>LpB</b>	Landeszentrale für politische Bildung
<b>HWK</b>	Handwerkskammer	<b>LPVG</b>	Landespersonalvertretungsgesetz
<b>HwO</b>	Handwerksordnung	<b>LS</b>	Landesinstitut für Schulentwicklung
<b>IAB</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit	<b>mA</b>	mittlerer Abschluss (Realschulabschluss, Fachschulreife)
<b>IAW</b>	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen	<b>MLR</b>	Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg
<b>IFF</b>	Interdisziplinäre Frühförderstellen	<b>OECD</b>	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
<b>Ind</b>	Industrie	<b>OES</b>	Konzept »Operativ Eigenständige Schule«
<b>IQB</b>	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen	<b>PISA</b>	Programme for International Student Assessment
<b>ISEI</b>	International Socio-Economic Index of Occupational Status (Indikator für die soziale Herkunft)	<b>PSchG</b>	Privatschulgesetz für Baden-Württemberg
<b>ISK</b>	Intensive Sprachförderung im Kindergarten	<b>Q2E</b>	Qualitätsmanagementsystem »Qualität durch Evaluation und Entwicklung«
<b>KiTaG</b>	Kindertagesbetreuungsgesetz Baden-Württemberg	<b>QB</b>	Qualitätsbereich
<b>KMK</b>	Kultusministerkonferenz	<b>QE</b>	Qualitätsentwicklung
<b>KollegVO</b>	Verordnung des Kultusministeriums Baden-Württemberg über den Bildungsgang und die Abiturprüfung an Kollegs	<b>QM</b>	Qualitätsmanagement
<b>KS</b>	Kompetenzstufe	<b>SBFBV</b>	Berufsvorbereitende Sonderberufsfachschule
<b>K.u.U.</b>	Amtsblatt »Kultus und Unterricht«		

<b>SBS</b>	Sonderberufsschule	<b>SPB</b>	Sonderpädagogische Beratungsstellen
<b>SchG</b>	Schulgesetz für Baden-Württemberg	<b>TZ</b>	Teilzeit
<b>SD</b>	Standardabweichung	<b>UE</b>	Unterrichtsentwicklung
<b>SE</b>	Standardfehler	<b>VAB</b>	Vorqualifizierungsjahr Arbeit/ Beruf
<b>SETK</b>	Sprachentwicklungstest für Kinder	<b>VERA 3</b>	Vergleichsarbeiten in der Schule (Klassenstufe 3)
<b>SEV</b>	Selbstevaluation	<b>VET</b>	Vocational Education and Training (Berufliche Aus- und Weiterbildung)
<b>SGB</b>	Sozialgesetzbuch	<b>VHS</b>	Volkshochschule
<b>SKR</b>	Stadtkreis (kreisfreie Stadt)	<b>VZ</b>	Vollzeit
<b>SL</b>	Schulleitung	<b>WeitBiFöG</b>	Weiterbildungsförderungsgesetz
<b>SM</b>	Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg	<b>WRS</b>	Werkrealschule



## Einleitung

# A

A 1 Konzeption der Bildungsberichterstattung für  
Baden-Württemberg

A 2 Wichtige Ergebnisse im Überblick





# A Einleitung

## A 1 Konzeption der Bildungsberichterstattung für Baden-Württemberg

Die Landesregierung Baden-Württemberg nahm den auf Ebene der Kultusministerkonferenz geplanten Aufbau eines nationalen Bildungsmonitorings zum Anlass, eine ergänzende landesinterne Berichterstattung zu etablieren. Dieses Vorhaben wurde durch das am 14. Dezember 2004 vom Landtag verabschiedete Gesetz zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung (LS) rechtlich verankert. Zu den Aufgaben des LS gehört es seitdem, Ergebnisse, Daten und Informationen in einem regelmäßig erscheinenden Bildungsbericht sowie in themengebundenen Heften darzustellen.

Bei der Bildungsberichterstattung arbeitet das LS von Beginn an intensiv mit dem Statistischen Landesamt zusammen. Diese Kooperation gewährleistet eine fundierte und nachhaltige Datenbasis. Sie ist daher fester Bestandteil und Kennzeichen auch der künftigen Bildungsberichterstattung.

Die Bildungsberichte tragen durch die gebündelte und aufbereitete Darstellung steuerungsrelevanter Kennziffern zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Bildungswesens bei. Durch eine große Schnittmenge gleicher Indikatoren – unter anderem Übergänge und Abschlüsse – ist die baden-württembergische Berichterstattung anschlussfähig an den nationalen Bildungsbericht.

Der erste im Dezember 2007 vorgelegte Bildungsbericht war als Einstieg in eine regelmäßig angelegte Bildungsberichterstattung in einem etwa dreijährigen Zyklus angelegt. Der zweite Bericht fußt auf der damaligen Publikation, schreibt die definierten Indikatoren fort und ist mit neu aufgenommenen Bereichen inhaltlich erweitert worden. Schwerpunktthemen des aktuellen Bildungsberichts 2011 sind das duale System der Berufsausbildung und die Qualitätsentwicklung an Schulen.

### Bildungsmonitoring im Überblick

Die Bildungsberichterstattung in Baden-Württemberg ist als ein Element eines seit einigen Jahren in Deutschland eingeführten Bildungsmonitorings zu verstehen. Neben den in Bildungsberichten aufbereiteten statistischen Erhebungen zum Bildungsgeschehen auf

Landesebene gehört hierzu auch der in zweijährigem Turnus erscheinende Bericht *Bildung in Deutschland*<sup>1</sup>, der neben einer Gesamtschau für das Bundesgebiet Referenzwerte für den Vergleich der Bundesländer untereinander anbietet.

Weitere Bausteine sind die auf internationaler Ebene regelmäßig erfolgenden Schulleistungsuntersuchungen (zum Beispiel PISA, IGLU), auf nationaler Ebene die Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards im Bundesländervergleich sowie auf Landesebene die landeseinheitlichen Diagnose- und Vergleichsarbeiten zur Überprüfung des Kompetenzerwerbs der einzelnen Schüler (VERA und DVA). Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die seit dem Schuljahr 2007/08 in Baden-Württemberg sukzessive eingeführten Verfahren der Selbst- und Fremdevaluation, welche auf eine Weiterentwicklung der Qualität von Schule und Unterricht abzielen.

### Entwicklung der Bildungsberichterstattung

Die Bildungsberichterstattung in Deutschland wurde durch Entwicklungen beeinflusst, die bereits in den 90er-Jahren begannen. 1992 veröffentlichte die OECD erstmals die Studie *Education at a Glance*, eine Erfassung und Darstellung vergleichender Statistiken und Indikatoren im Bereich der Bildung. Seither wird die Studie jährlich publiziert. Seit dem Jahr 1995 erscheint zeitgleich die deutsche Fassung der Studie, zunächst unter dem Titel *Bildung kompakt*, später als *Bildung auf einen Blick*.

Auf nationaler Ebene legte der Deutsche Bildungsrat bereits 1975 den Bericht *'75 – Entwicklungen im Bildungswesen vor*, der als Vorläufer einer umfassenden Bildungsberichterstattung gesehen werden kann. Vergleichbare Berichte hat es danach lange Zeit nicht mehr gegeben. In bestimmten Zeitintervallen entstanden allerdings regelmäßig aktualisierte Datendokumentationen wie die *Grund- und Strukturdaten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)* und die von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgege-

1 Autorengruppe Bildungsberichterstattung: *Bildung in Deutschland* 2010.

bene Analyse *Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen*, die eine ausgewählte Sammlung länderspezifischer Schuldaten präsentiert. In diesem Kontext sind noch der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung herausgegebene *Bildungsfinanzbericht* und der ebenfalls jährlich erscheinende *Berufsbildungsbericht* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu nennen.

Über das deutsche Bildungswesen als Ganzes lag eine Vielzahl von Einzelinformationen vor, eine systematische Gesamtschau fehlte jedoch lange Zeit. Vor diesem Hintergrund beschloss die Kultusministerkonferenz im Jahr 2002, regelmäßig einen Bericht über wichtige Daten und Entwicklungen im deutschen Bildungswesen vorzulegen. Ein unter Federführung des *Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)* beauftragtes Konsortium legte im September 2003 seine Ergebnisse unter dem Titel *Bildungsbericht für Deutschland, Erste Befunde* vor. Folgeberichte erschienen 2006, 2008 und 2010, weitere sind in zweijährigem Abstand geplant.

Seit dem Jahr 2006 werden die an die OECD gelieferten und für das Bundesgebiet geltenden Daten für die Studie *Education at a Glance* von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auf Länderebene aufbereitet und in der Gemeinschaftspublikation *Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich* jährlich veröffentlicht. Durch den damit ermöglichten Vergleich der Bundesländer untereinander soll die Steuerungsrelevanz der berichteten Indikatoren im föderal gegliederten deutschen Bildungswesen erhöht werden.

Zahlreiche europäische und außereuropäische Länder haben Bildungsberichte erstellt, etwa die USA, Kanada und Frankreich, die sich ähnlich dem OECD-Bericht auf die Darstellung bildungsstatistischer Kennzahlen konzentrieren. Bei anderen Ländern, wie den Niederlanden und England, fokussiert sich die Bildungsberichterstattung auf die Qualität von Schule und Unterricht und ist im Kontext der dortigen Schulinspektion zu sehen. Die Schweiz hat bereits zwei Bildungsberichte veröffentlicht, zuletzt im Jahr 2009. Ebenfalls in jenem Jahr erschien der erste Bildungsbericht Österreichs.

Inzwischen hat sich die Bildungsberichterstattung auf Ebene der Bundesländer etabliert. Im Jahr 2006 veröffentlichte Bayern den ersten Bildungsbericht eines Bundeslandes. Seitdem haben zehn Bundesländer Berichte erstellt, teilweise schon zum zweiten Mal (Grafik A 1 (G1)). Sie sind in der Regel indikatorengestützt und orientieren sich an der Struktur des nationalen Bildungsberichts.

Bundesweit haben zahlreiche Kommunen die Bildungsberichterstattung als Steuerungsinstrument

aufgegriffen. Kommunale Berichte bieten die Möglichkeit, kleinräumige Analysen zu erstellen und regionale Spezifika in den Blick zu nehmen. Innerhalb Baden-Württembergs haben die Städte Freiburg im Breisgau, Ravensburg, Mannheim, Heilbronn und Schwäbisch Gmünd sowie der Ostalbkreis und der Zollernalbkreis Bildungsberichte vorgelegt. Zur Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung regionaler Bildungsberichte hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings*<sup>2</sup> publiziert, der vom Statistischen Bundesamt, dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelt wurde.

Innerhalb aktueller bundes- und landesweit angelegter Projekte, die auf eine engmaschigere Vernetzung aller am Bildungsgeschehen beteiligten Akteure abzielen, nimmt die kommunale Bildungsberichterstattung einen wichtigen Stellenwert ein. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zahlreichen Stiftungen initiierte Programm *Lernen vor Ort*<sup>3</sup> unterstützt die 40 beteiligten Stadt- und Landkreise beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Dies wird unter anderem durch ein geeignetes Instrumentarium sowie eine wissenschaftliche Beratung und Begleitung der Kommunen erreicht. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat hierbei die Aufgabe, die Mitarbeit der Statistischen Ämter der Länder bundesweit zu koordinieren.

In Baden-Württemberg wurde 2009 das *Impulsprogramm Bildungsregionen*<sup>4</sup> eingeführt. Einige der am Programm beteiligten Stadt- und Landkreise haben sich die regionale Bildungsberichterstattung zur besseren Analyse der Situation und der Entwicklungen vor Ort als Themenschwerpunkt gesetzt.

## Kennzeichen der Bildungsberichterstattung

Der Bildungsbericht Baden-Württemberg basiert auf datengestützten Darstellungen. Er liefert Hilfen zur Interpretation und zum Verständnis der berichteten Befunde, verzichtet jedoch explizit auf Handlungsempfehlungen. Verwendet werden jeweils aktuelle und jährlich fortschreibbare Daten, die von hoher Relevanz für die bildungspolitische Steuerung sind. Dieses Vorgehen ermöglicht es, Entwicklungen in

2 <http://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/>

3 <http://www.lernen-vor-ort.info/index.php>; Zugriff am 17.02.2011

4 <http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsregionen>; Zugriff am 17.02.2011

**Bundesländer mit veröffentlichten Bildungsberichten**



1) Bildungsbericht ist nicht indikatorengestützt.

ihrem zeitlichen Verlauf aufzuzeigen, Trends zu erkennen und aktuelle Sachverhalte vor dem Hintergrund ihrer Entwicklung zu interpretieren. Die Bildungsberichterstattung informiert über die Voraussetzungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Dabei nimmt sie einerseits die institutionellen und demografischen Rahmenbedingungen in den Blick, orientiert sich andererseits aber auch an den individuellen Ergebnissen der Bildungsteilnehmer, etwa dem Erwerb von Abschlüssen.

Ein weiteres Kennzeichen der Bildungsberichterstattung in Baden-Württemberg ist, dass zwischen den in regelmäßigen Abständen erscheinenden Bildungsberichten Themenhefte erscheinen, die sich mit spezifischen Fragestellungen befassen. So wurde im Jahr 2009 das Themenheft *Sonderpädagogische Förderung in Baden-Württemberg* veröffentlicht.

Stärker noch als sein Vorgänger verfolgt der Bildungsbericht 2011 die Leitidee der *Bildung im Lebenslauf*. Neben der schulischen Bildung werden auch die dieser Lebensspanne vorangehenden und die sich anschließenden Lernfelder untersucht. Im Bereich der frühkindlichen Bildung wird der Schwerpunkt auf Bildungs- und Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen sowie auf die Sprachförderung gelegt. Das neu aufgenommene Kapitel *Weiterbildung* stellt die sich an die schulische und berufliche Ausbildung anschließenden Lernprozesse Erwachsener dar. Als wichtigen Bereich des non-formalen Bildungsgeschehens beleuchtet das ebenfalls neu hinzugekommene Kapitel *Jugendbildung* Lernaktivitäten, die in der Ganztagsbetreuung, in Jugendfreiwilligendiensten und in der Freizeit erfolgen.

## Datenquellen

Zentrale Datenquellen sind die vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg verantworteten amtlichen Statistiken, insbesondere die Schul-, Berufsbildungs-, Hochschul- und Bevölkerungsstatistik sowie die Kinder- und Jugendhilfestatistik. Diese Daten ermöglichen auch kleinräumige Analysen, meist bis auf Ebene der Stadt- und Landkreise. Darüber hinaus liefert der Mikrozensus Informationen zum Beispiel zum Bildungsstand der Bevölkerung. Das Kapitel *Weiterbildung* basiert zu großen Teilen auf repräsentativ angelegten Untersuchungsreihen, insbesondere dem Berichtssystem Weiterbildung (BSW-AES). Für den Bereich der Jugendbildung wurden unter anderem Statistiken des Sozialministeriums und des Umweltministeriums herangezogen. Weitere wichtige Datenquellen liefern Statistiken des Kultusministeriums, insbesondere für das Kapitel *Lehrkräftefortbildung*.

## Kennziffern, Indikatoren und Differenzierungsmerkmale

Im Bericht »Bildung in Deutschland« werden die dargestellten aggregierten und kombinierten Daten entsprechend ihrer Komplexität in *Kennziffern und Indikatoren* unterteilt.<sup>5</sup> *Kennziffern* erlauben Aussagen zu vorhandenen Quantitäten. Sie können als Anteile an einer Population oder in absoluten Zahlen dargestellt werden. Beispiele für Kennziffern sind etwa die Zahl der Schulabbrecher, der Anteil der Hauptschüler mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit oder die Quote der Nicht-Versetzten an Gymnasien. *Indikatoren* sind demnach komplexere, statistische Größen, die für einen zentralen Aspekt oder Prozess im Bildungsgeschehen stehen. Sie setzen sich aus einer Kombination mess- und quantifizierbarer Kennziffern zusammen. Innerhalb einer Gesamtbetrachtung des Bildungssystems ermöglichen sie das Erkennen von Beziehungen zwischen einzelnen Systemkomponenten. *Differenzierungsmerkmale* erlauben weiterreichende Analysen, zum Beispiel nach Geschlecht oder Staatsangehörigkeit.

Der Bildungsbericht Baden-Württemberg verzichtet auf die explizite Definition von Indikatoren, allerdings liegt ihm eine Gliederungsstruktur zugrunde, die sich am Indikatorenverständnis des nationalen Bildungsberichts orientiert. Auf Basis des verwendeten statistischen Datenmaterials werden entsprechende Kennwerte gebildet, die durch ergänzende, noch nicht zu Indikatoren verdichtete Kennziffern des Bildungswesens erweitert werden. Diese Struktur ermöglicht es, komplexe Zusammenhänge in Bildungssystemen verständlich und dennoch differenziert zu beschreiben. Der baden-württembergische Bericht bleibt somit zwar anschlussfähig an die nationale Berichterstattung, hält sich jedoch die Möglichkeit offen, zusätzliche landesspezifische Aspekte aufzugreifen.

Wie mittels Indikatoren komplexere Zusammenhänge in Bildungsprozessen beleuchtet werden können, soll am Beispiel des **Kapitels F Abschlüsse** illustriert werden. Der Indikator *Erwerb allgemein bildender Abschlüsse* integriert die Kennziffern *Absolventen allgemein bildender Schulen nach Abschlussarten* und *Absolventen beruflicher Schulen nach allgemein bildenden Abschlussarten*. Die Betrachtung der Absolventenzahlen legt zunächst nahe, dass lediglich 26 % der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen 2009 die Hochschulreife erworben haben. Für die Berechnung der tatsächlichen Hochschulzugangsberechtigtenquote in Baden-Württemberg ist es jedoch erforderlich, auch die Abgänger aus beruflichen

5 Vgl. hierzu Döbert, H. (2007), S. 9f.

**A 1 (T1)**

**Verhältnis zwischen Indikator, Kennziffer und Differenzierungsmerkmal\*)**

Indikator			
Erwerb allgemein bildender Abschlüsse			
Kennziffern			Differenzierungsmerkmale:
Anzahl der Absolventen nach Schulart im Zeitverlauf	Abschlüsse an allgemein bildenden Schulen	...	Abschlussarten Geschlecht Staatsangehörigkeit ...

\*) In Anlehnung an Döbert, H. (2007).

Schulen zu berücksichtigen, die dort die Hochschulreife erlangten. Die Quote der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung – bezogen auf einen Altersjahrgang im typischen Abschlussalter – steigt damit auf rund 36 %. Werden nun noch die Absolventen mit Fachhochschulreife berücksichtigt, ergibt sich eine Quote von über 50 %. Eine nach dem Merkmal Staatsangehörigkeit differenzierte Betrachtung ermöglicht tieferegehende Analysen und führt zu wichtigen Kontextinformationen.

Je nach Fragestellung kann die Auswertung der Daten unter verschiedenen Aspekten erfolgen. So ist bei vielen Indikatoren und Kennziffern eine Differenzierung nach räumlichen Aspekten und Verwaltungseinheiten – Kreis, Region, Regierungsbezirk – möglich und sinnvoll. Sofern entsprechende Unterscheidungen ein Mehr an Erkenntnis ermöglichen, werden die untersuchten Personengruppen nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit betrachtet.

**Struktur des Berichts Bildung in Baden-Württemberg 2011**

Die im Bildungsbericht 2007 angelegte Gliederung wurde im Wesentlichen beibehalten. Der aktuelle Bericht folgt dem Konzept seines Vorgängers und stützt sich auf dieselben Kennziffern. Die angelegten Zeitreihen werden fortgeschrieben, die aktuellen Daten mit den vorigen verglichen und Entwicklungen seit der Erscheinung des letzten Berichts beschrieben.

**Kapitel A** liefert Hintergrundinformationen und fasst die zentralen Ergebnisse in knapper Form zusammen. Ein ausführliches Resümee mit vertiefenden Informationen und grafischen Darstellungen der wichtigsten Ergebnisse enthält das Begleitheft zum Bildungsbericht.

Mit der Betrachtung der Rahmenbedingungen und Strukturen widmet sich **Kapitel B** den Kontextfaktoren,

die das Bildungsgeschehen in Baden-Württemberg beeinflussen. Neben der demografischen Entwicklung sind hier insbesondere Bildungsbeteiligung und Bildungsstand der Bevölkerung wichtige Kenngrößen. Eine Darstellung der Vielfalt möglicher Bildungswege liefert weitere zentrale Auskünfte zu den Ausgangsbedingungen für Bildung.

**Kapitel C** widmet sich dem vorschulischen Bildungsbereich. Neben den Kindern an Kindertageseinrichtungen werden auch das dort tätige Personal und dessen Ausbildung in den Blick genommen. Ein Abschnitt ist der Betrachtung der Maßnahmen zur Sprachförderung vorbehalten.

Die allgemein bildenden Schulen werden in **Kapitel D** behandelt, das sich zunächst mit der Einschulung, dem Bildungsgang Grundschule und schließlich dem Übergang auf die weiterführenden Schulen befasst und sich somit an den biografischen Verlauf von Bildungsprozessen anlehnt. Daran schließt die Betrachtung der weiterführenden Schularten an. Ergänzende Aspekte sind die Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern und die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen.

**Kapitel E** gibt zunächst einen Überblick über das berufliche Schulsystem. Den Hauptteil dieses Kapitels – und damit einen Schwerpunkt des Bildungsberichts – liefert die Analyse des dualen Systems der Berufsausbildung, das entsprechend seiner Gliederung getrennt nach schulischem und betrieblichem Teil betrachtet wird. Auch hier schließen Untersuchungen zur Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern sowie der voraussichtlichen Entwicklung der Schülerzahlen an.

Der Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an den allgemein bildenden wie an den beruflichen Schulen wird in **Kapitel F** behandelt, ebenfalls mit einem Ausblick auf künftige Schulabgängerzahlen.

Neu aufgenommen wurde mit **Kapitel G** der Sektor Weiterbildung, der in die Abschnitte Zweiter Bildungs-

weg, berufliche Weiterbildung, Weiterbildung an Hochschulen, allgemeine Weiterbildung und Informelles Lernen gegliedert ist. Eine Darstellung dieses sehr heterogenen Bereichs des Bildungswesens kann nur in Ausschnitten gelingen. Über zentrale Teilbereiche – wie etwa die berufliche Weiterbildung oder die außerhalb der Volkshochschulen und kirchlichen Erwachsenenbildung erfolgende allgemeine Weiterbildung – liegen keine Primärstatistiken, sondern nur eingeschränkt aussagekräftige Daten aus repräsentativen Erhebungen vor.

**Kapitel H** beschäftigt sich mit den Grund- und Strukturdaten zu den Lehrkräften an Schulen sowie deren Aus- und Weiterbildung.

Im Vergleich zum letzten Bildungsbericht wesentlich erweitert wurde **Kapitel I**, das Bildungsergebnisse und Qualitätsentwicklung an Schulen in den Blick nimmt. Dem Aspekt der Ergebnisse widmen sich die Ausführungen zum Ländervergleich 2009 zur Überprüfung der Bildungsstandards in der Sekundarstufe I sowie zu den Diagnose- und Vergleichsarbeiten VERA und DVA. Über den Stand der Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden und beruflichen Schulen in-

formiert das Kapitel zu den Ergebnissen der Fremdevaluation.

Ebenfalls neu in diesen Bericht wurde der Bereich der Jugendbildung mit **Kapitel J** aufgenommen, das unter anderem zu Bildungsmaßnahmen von Jugendverbänden, zum Jugendbegleiterprogramm und zu Jugendfreiwilligendiensten berichtet.

In **Kapitel K** werden in einem Glossar wichtige Begriffe erläutert. Ein umfangreicher Tabellenanhang liefert vertiefende Informationen zu den einzelnen Themenfeldern. Die verwendeten Literaturquellen und weiterführende Fachliteratur werden in einem Literaturverzeichnis aufgeführt.

Ein Bildungsbericht ist in erster Linie eine Zusammenschau aus aufbereiteten Daten, Tabellen, Grafiken und dazugehörigen Erläuterungen. Der baden-württembergische Bildungsbericht veranschaulicht das Datenmaterial nach Möglichkeit durch Bezugsbeispiele, die konkrete Praxis darstellen und Hintergrundinformationen bieten. Wo erforderlich, erläutern Hinweise die Berechnung von Werten und Kennziffern oder liefern statistische Hintergrundinformationen.

## A 2 Wichtige Ergebnisse im Überblick

### B Rahmenbedingungen und Strukturen

**Bevölkerungsentwicklung:** Die Einwohner Baden-Württembergs werden älter; lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Jahr 1990 noch bei 38,8 Jahren, betrug es 2009 bereits 42,5 Jahre.

**Bildungsbeteiligung:** Knapp 1,7 Mill. Schüler wurden im Schuljahr 2009/10 an allgemein bildenden und beruflichen Schulen unterrichtet.

**Bildungsstand der Bevölkerung:** Frauen bauen ihren Vorsprung bei formalen Bildungsabschlüssen aus – über 46 % der 20- bis unter 30-jährigen Frauen verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung gegenüber knapp 43 % der entsprechenden männlichen Altersgruppe.

### C Vorschulische Einrichtungen

**Kinder in Kindertageseinrichtungen:** 94 % der drei- bis unter sechsjährigen Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung; bei jedem fünften Kind ist Deutsch nicht die vorrangig gesprochene Familiensprache.

**Förderung im frühkindlichen Bereich:** Im Kindergartenjahr 2009/10 kommt die neukonzipierte Einschulungsuntersuchung (ESU) flächendeckend zum Einsatz. Jedes fünfte Kind hat einen intensiven Sprachförderbedarf. Gut 14 200 Kinder wurden 2010/11 im Programm *Intensive Sprachförderung im Kindergarten* gefördert.

**Sonderpädagogische Beratungsstellen:** Die Zahl der geförderten Kinder ist in den letzten Jahren auf über 43 000 angestiegen.

### D Allgemein bildende Schulen

**Grundschulen:** Die Zahl der Grundschüler sank mit 404 540 Schülern im Schuljahr 2009/10 auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Es besteht ein hoher Zusammenhang zwischen dem regionalen Bildungsniveau und den Übergängen auf weiterführende Schulen.

**Hauptschulen:** Der abnehmende Trend der Schülerzahlen setzt sich fort. Mit einem Anteil von gut 55 % besuchten im Schuljahr 2009/10 mehr Jungen als Mädchen eine Hauptschule.

**Realschulen:** Die Realschulen verzeichnen einen Anstieg der Schülerzahlen um gut 7 % seit dem Schuljahr 2000/01. Die Anteile der Jungen und der Mädchen waren im Schuljahr 2009/10 fast ausgeglichen.

**Gymnasien:** In allen Stadt- und Landkreisen steigt die Zahl der Schüler an Gymnasien seit dem Schuljahr 2000/01 an. Mit einem Anteil von gut 52 % besuchten im Schuljahr 2009/10 mehr Mädchen als Jungen ein Gymnasium.

**Quote der Nichtversetzten:** Rückläufiger Trend zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2008/09 an Hauptschulen (3,2 % auf 1,6 %), Realschulen (4,7 % auf 3,2 %) und Gymnasien (3,7 % auf 2,1 %).

**Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen:** Die Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen steigt seit 15 Jahren kontinuierlich auf rund 22 700 im Schuljahr 2009/10 an.

**Sonderschulen:** Fast zwei Drittel der Schüler an Sonderschulen waren im Schuljahr 2009/10 Jungen. Die Wechsel von der Sonderschule auf eine allgemeine Schule nehmen zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2008/09 um über 20 % zu.

**Ganztagschulen:** Die Anzahl der Ganztagschulen verdreifacht sich nahezu von insgesamt 392 Schulen im Schuljahr 2002/03 auf 1 159 im Schuljahr 2009/10. Der Anteil der Ganztagschulen war im Schuljahr 2009/10 bei den Sonderschulen und den Gymnasien am größten.

**Bildungsbeteiligung von Aussiedlern und Ausländern:** Im Schuljahr 2009/10 waren rund 12 % der Schüler Ausländer oder Aussiedler. Einen überproportionalen Anteil verzeichneten mit fast 30 % die Hauptschulen, die Gymnasien mit gut 5 % einen geringen.

**Vorausrechnung der Schülerzahlen:** Im Jahr 2030 dürfte die Schülerzahl um rund ein Viertel unter dem Niveau des Schuljahres 2008/09 liegen. Die Stadtkreise werden davon weniger stark betroffen sein als die Landkreise.

### E Berufliche Bildung

**Berufliche Schulen:** Im Schuljahr 2009/10 wurde mit 436 956 Schülern die höchste Schülerzahl seit 25 Jahren verzeichnet, etwa die Hälfte davon besucht die

Berufsschule. An den Berufskollegs, beruflichen Gymnasien, Berufsoberschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen sind die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren stark angestiegen.

**Duales Ausbildungssystem:** Der Ausbildungsbereich Industrie und Handel stellt die meisten Ausbildungsplätze. Die Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt 2009 mit einem Rückgang der Neuverträge um 7 % und 2010 um 1 % auf den Ausbildungsmarkt durch. Die Angebots-Nachfrage-Relation ist regional unterschiedlich ausgeprägt. Eine höhere schulische Qualifikation wird für die duale Ausbildung immer wichtiger – jeder Siebte konnte 2009/10 bei Aufnahme der Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung vorweisen.

**Sonderberufsschulen:** Die Schülerzahl an Sonderberufsschulen stieg seit dem Schuljahr 2000/01 kontinuierlich von 6 100 auf rund 8 100 Jugendliche im Schuljahr 2009/10 an.

**Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern:** Das Berufsvorbereitungsjahr verzeichnete im Schuljahr 2009/10 einen überproportional hohen Ausländeranteil von 37 %. An den beruflichen Gymnasien war der Ausländeranteil mit 7,2 % deutlich höher als an den allgemein bildenden Gymnasien mit 4,5 %.

**Berufliche Gymnasien:** Die Ausweitung des Angebots an beruflichen Gymnasien – insbesondere durch den Ausbau der sozialwissenschaftlichen Gymnasien – führt zu steigenden Schülerzahlen. Im Schuljahr 2009/10 wurden 51 742 Schüler an den beruflichen Gymnasien unterrichtet.

**Vorausrechnung der Schülerzahlen:** An beruflichen Schulen wird die Anzahl der Schüler bis 2030 um knapp ein Drittel zurückgehen.

## F Abschlüsse

**Erwerb allgemein bildender Abschlüsse:** Der mittlere Abschluss ist seit knapp drei Jahrzehnten der am häufigsten erworbene. 2008/09 erwarben mehr als 50 % eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss geht auf 5,4 % zurück. Die Quote ausländischer Jugendlicher, die einen mittleren Abschluss erreichen, ist seit 2006 von 36 % auf 46 % und beim Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung von 13 % auf 19 % angestiegen.

**Voraussichtliche Entwicklung der Abgängerzahlen:** Ein deutlicher Anstieg der Zahl der Studienberechtigten von 65 800 im Jahr 2009 auf rund 70 000 in den Folgejahren wird erwartet.

Nach 2016 wird die Zahl der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung demografisch bedingt zurückgehen, die Studienberechtigtenquote jedoch auf 56 % ansteigen.

## G Weiterbildung

**Zweiter Bildungsweg:** Landesweit gibt es ein flächendeckendes Angebot von Einrichtungen zum nachträglichen Erwerb eines mittleren Abschlusses oder einer Hochschulzugangsberechtigung. 2009/10 nutzten 15 900 Erwachsene diese Möglichkeiten.

**Berufliche Weiterbildung:** Die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung der 19- bis 64-Jährigen stieg nach rückläufiger Entwicklung wieder auf 28 % an. Knapp die Hälfte aller Betriebe in Baden-Württemberg fördert aktiv die Weiterbildung. 2009 wurden 3 500 Meisterprüfungen an Handwerkskammern erfolgreich abgeschlossen

**Wissenschaftliche Weiterbildung:** Aufbaustudiengänge werden zunehmend nachgefragt; im Wintersemester 2009/10 sind über 8 200 Studierende in weiterbildenden Studiengängen eingeschrieben. Die Anzahl der Gasthörer steigt auf über 3 800 Personen.

**Allgemeine Weiterbildung:** Die Teilnehmerzahlen an VHS-Veranstaltungen sind seit 2005 leicht auf 2,14 Mill. Teilnehmer angestiegen. Deutsch als Fremdsprache gewinnt an den VHS an Bedeutung. Die kirchliche Erwachsenenbildung bietet bei 2,8 Mill. Besuchen in 111 000 Veranstaltungen ein breitgefächertes Angebot.

## H Lehrpersonal

**Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen:** Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte sinkt geringfügig und variiert zwischen 45,0 Jahren an den Realschulen und 46,9 Jahren an den Sonderschulen. Der Anteil weiblicher Lehrkräfte war 2009/10 an öffentlichen Grund- und Hauptschulen mit 75 % am höchsten, an Gymnasien mit 54 % am niedrigsten. Gut ein Drittel der Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen wird in den kommenden zehn Jahren pensioniert werden.

**Lehrkräfte an beruflichen Schulen:** Der Anteil weiblicher Lehrkräfte steigt auf 42 % an. Über 30 % der Lehrkräfte an öffentlichen beruflichen Schulen treten in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand.

**Lehrerbildung an Hochschulen und an Seminaren:** Die Zahl der Lehramtsstudierenden ist mit einem Zu-



wachs von rund 70 % in den vergangenen 20 Jahren überproportional zur Schülerzahl angestiegen. Die Zahl der Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst hat sich 2009 gegenüber 1985 auf 11 700 verdoppelt.

**Lehrerfortbildung:** Die Zahl der Fortbildungen an der Landesakademie ist seit 2006 um 25 % auf 1 390 Angebote angestiegen, die Zahl der Teilnehmer um fast 50 % auf rund 31 800.

## I Bildungsergebnisse und Qualitätsentwicklung

**Ländervergleich zur Überprüfung der Bildungsstandards:** Die Leistungen der Neuntklässler in Baden-Württemberg liegen in allen getesteten Kompetenzbereichen des Fachs Deutsch über dem Bundesdurchschnitt; im Fach Englisch werden signifikant bessere Leistungen nur im Kompetenzbereich Hörverstehen erreicht. Die Mehrzahl erreicht oder übertrifft bereits in der 9. Jahrgangsstufe die Regelstandards für Jahrgangsstufe 10 in Deutsch und Französisch, in Englisch sind es über 40 %. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Testleistungen ist zwar stark ausgeprägt, liegt in Baden-Württemberg jedoch auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts. Es zeigen sich deutliche migrationsbedingte Disparitäten.

**Ergebnisse Fremdevaluation:** In den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 wurden durch das Landesinstitut für Schulentwicklung 476 allgemein bildende Schulen sowie in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 40 berufliche Schulen evaluiert.

Über alle allgemein bildenden Schularten hinweg werden die Merkmale *Aktivierung der Schülerinnen und Schüler, Förderung von methodischen Kompetenzen, Förderung von sozialen und personalen Kompetenzen und Kommunikationsstil im Unterricht* überwiegend mit »guter Praxis«, teilweise auch mit »ausgezeichneter Praxis« eingestuft. Schulartspezifische Unterschiede sind beim Merkmal *Differenzierungsangebote* erkennbar. Bei den Merkmalen *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe* und *Abgestimmtheit der Kriterien bei der Leistungsmessung* sowie insbesondere im Bereich *Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung* erfolgte vergleichsmäßig

häufig die Einstufung in eine »noch zu entwickelnde Praxis«.

Die Evaluation des Qualitätsmanagements an den beruflichen Schulen stellt mehrheitlich eine Praxis fest, die mindestens den »grundlegenden Anforderungen« entspricht oder besser eingestuft wird.

**Vergleichsarbeiten:** Die in Jahrgangsstufe 3 der Grundschule in den Fächern Deutsch und Mathematik durchgeführte Lernstandserhebung VERA 3 stellt stark ausgeprägte Unterschiede in der Leseleistung der Schüler fest. Fast 29 % erfüllen nicht die Mindeststandards, wohingegen knapp 17 % die Maximalstandards erreichen. Die gezeigten Testleistungen sind abhängig vom Geschlecht, der vorwiegend gesprochenen Alltagssprache und dem sozialen Kontext der Schüler.

In den Vergleichsarbeiten zu den Bildungsstandards Klasse 8 der weiterführenden allgemein bildenden Schulen ist der Einfluss der Kontextmerkmale Geschlecht, Migrationshintergrund und Sprachbeherrschung auf die erbrachten Leistungen je nach Fach in unterschiedlichem Umfang feststellbar.

## J Jugendbildung

**Breites Angebotsspektrum:** Rund 11 500 Maßnahmen der Jugendarbeit mit über 635 000 Teilnehmern wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2008 mit öffentlichen Mitteln gefördert.

**Jugendbegleiter-Programm:** Die Anzahl der teilnehmenden Schulen stieg kontinuierlich auf rund 1 269 im Schuljahr 2010/11 an. In demselben Schuljahr werden 17 244 Jugendbegleiter gezählt.

**Schülermentorenprogramm:** Im Schuljahr 2009/10 wurden 6 319 Schülermentoren an allgemein bildenden Schulen ausgebildet.

**Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr:** Beide Freiwilligendienste waren 2009/10 stark nachgefragt. Seit 2001 ist die Teilnehmerzahl im Freiwilligen Sozialen Jahr von 2 413 auf 6 736 angewachsen. Im Freiwilligen Ökologischen Jahr wuchs die Teilnehmerzahl ebenfalls auf 157 an.





## Rahmenbedingungen und Grundstrukturen

# B

### B 1 Demografische Entwicklung

B 1.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene

B 1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen

B 1.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

### B 2 Struktur der Kultusverwaltung

### B 3 Grundzüge des Bildungswesens

B 3.1 Bildungswege

B 3.2 Bildungsbeteiligung

B 3.3 Bildungsstand der Bevölkerung



## B Rahmenbedingungen und Grundstrukturen

### B 1 Demografische Entwicklung

#### B 1.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene

Eine grundlegende Rahmenbedingung für das Bildungswesen ist die demografische Entwicklung. Nicht allein die Bevölkerungszahl, sondern auch die Altersgliederung hat einen entscheidenden Einfluss auf die Nachfrage nach und das Angebot an Bildungsmöglichkeiten.

#### Der Trend der Einwohnerzahlen hat sich umgekehrt

Die Einwohnerzahl des Landes ist bis zum Jahr 2007 nahezu ununterbrochen bis auf fast 10,75 Mill. angewachsen. Im Jahr 2008 – das die Basis für die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung<sup>1</sup> bildet – blieb die Einwohnerzahl nahezu konstant, bevor 2009 ein Rückgang um knapp 5 000 Einwohner zu verzeichnen war.

Dieser rückläufige Trend der Einwohnerzahl dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Bis 2015 ist zunächst nur ein leichtes Absinken auf 10,7 Mill. zu erwarten. Danach dürfte sich diese Entwicklung etwas beschleunigen. Bis 2025 dürfte die Einwohnerzahl noch über 10,5 Mill. betragen. Entsprechend dieser Vorausrechnung würde die Einwohnerzahl Baden-Württembergs noch bis 2040 über der 10-Mill.-Marke liegen. Im Jahr 2060 würden demnach noch etwas mehr als 9,1 Mill. Menschen im Land leben.

#### Die Bevölkerung wird »älter«

Von größerer Bedeutung als die rein zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung ist jedoch der Alterungsprozess: Im Jahr 2000 gab es die historische Zäsur, dass in Baden-Württemberg erstmals mehr 60-Jährige und Ältere als unter 20-Jährige lebten. Während um 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch jeder Fünfte.

<sup>1</sup> Zu den Annahmen der Vorausrechnung siehe den methodischen Hinweis »Bevölkerungsvorausrechnung« am Ende von **Kapitel B 1**.

Im Jahr 2030 wird nur noch etwa jeder sechste Einwohner des Landes jünger als 20 Jahre alt sein.

Diese Entwicklung führt zu einem Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung im Land. Vor rund 20 Jahren – im Jahr 1990 – lag dieser Wert bei 38,8 Jahren. Im Jahr 2009 war er bereits auf 42,5 Jahre angestiegen. In rund 20 Jahren – im Jahr 2030 – dürfte sich das Durchschnittsalter mit 46,6 Jahren um weitere vier Jahre erhöht haben. Am Ende des Vorauszugszeitraums – im Jahr 2060 – dürften die Baden-Württemberger im Mittel 49,5 Jahre alt sein.

#### Deutlicher Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen

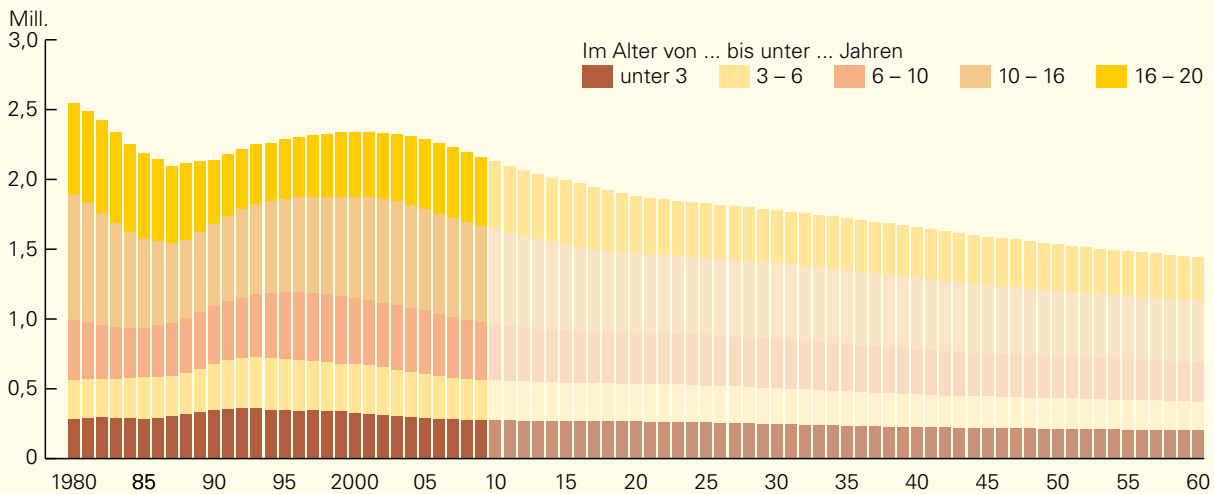
Für die vorschulischen und schulischen Einrichtungen im Land ist insbesondere die Entwicklung in den Altersgruppen bis unter 20 Jahren relevant (Grafik B 1.1 (G1)). Bleibt die Geburtenhäufigkeit auf dem heutigen Stand, so wird die Zahl der Drei- bis unter Sechsjährigen – also die Kinder im typischen Kindergartenalter – bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Ausgangswert der Vorausrechnung aus dem Jahr 2008 um gut 12 % auf knapp 256 000 zurückgehen. Bis 2060 dürfte der Rückgang 29 % betragen (Tabelle B 1.1 (T1) im Anhang).

Für das Grundschulalter von sechs bis unter zehn Jahren wird bis 2030 ein Absinken der Bevölkerungszahl um 17 % auf rund 351 000 erwartet. Im weiteren Verlauf bis 2060 würde sich gemäß der getroffenen Annahmen eine Verringerung auf knapp 283 000 Einwohner ergeben. Dies entspricht einem Rückgang um 33 % gegenüber 2008.

Auch die Zahl der Jugendlichen, die die weiterführenden Schulen im Land besuchen können, wird in den kommenden Jahren schrumpfen. Für das Jahr 2030 werden annähernd 545 000 Jugendliche im Alter von zehn bis unter 16 Jahren erwartet, 22 % weniger als im Jahr 2008. Diese Altersgruppe umfasst im Wesentlichen die Schüler im Sekundarbereich I. Die Entwicklung dürfte sich bis 2060 fortsetzen. Die Berechnung ergibt hierfür eine Bevölkerungszahl von gut 441 000, die um fast 37 % niedriger ist als 2008. In ähnlichen Bahnen dürfte die Entwicklung der Zahl der 16- bis

**B 1.1 (G1)**

**Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060 in ausgewählten Altersgruppen**



Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

88 11

unter 20-Jährigen verlaufen, die in der Hauptsache das Klientel der gymnasialen Oberstufe und der beruflichen Schulen sind. Ihre Zahl wird nach den Ergebnissen der Vorausrechnung bis 2030 auf knapp 379 000 absinken, ein Viertel weniger als im Jahr 2008. Im Anschluss daran geht die Besetzungszahl dieser Altersgruppe bis 2060 weiter auf etwa 311 000 zurück. Damit würde die Zahl dieser Jugendlichen um gut 38 % unter dem Stand des Jahres 2008 liegen. Die Auswirkungen der Entwicklung der Einwohnerzahlen auf die Schüler- und Absolventenzahlen werden in späteren Kapiteln näher erläutert (**Kapitel D 6, E 4 und F 3**).

**B 1.2 Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen**

**Deutliche Bevölkerungsverluste bei Jüngeren in weiten Teilen des Landes**

Der Rückgang der Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren wird sich regional unterschiedlich auswirken. In weiten Teilen des Landes wird ein deutlich überdurchschnittliches Absinken der Bevölkerungszahl erwartet. Besonders betroffen hiervon sind eher ländlich geprägte Gebiete (Grafik **B 1.2 (G1)**). Im Landkreis Sigmaringen könnte die Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe bis 2030 um gut 27 % sinken. Auch der Enzkreis und der Landkreis Calw könnten bis dahin fast ein Viertel der Bevölkerung in diesem Alter verlieren.

Im Landesdurchschnitt wird ein Rückgang von 19 % erwartet. Dagegen sind in den kreisfreien Städten zum Teil deutlich unterdurchschnittliche Rückgänge in dieser Altersgruppe zu verzeichnen. Die Stadt Baden-Baden kann als einzige sogar mit einem leichten Zuwachs der unter 20-Jährigen rechnen. Unter den Landkreisen weisen Konstanz, Esslingen und Ludwigsburg sowie der Rhein-Neckar-Kreis mit jeweils rund 16 % die niedrigsten Verluste auf.

Diese regionale Verteilung ist für alle im Schulbereich relevanten Altersgruppen weitgehend ähnlich (Web-Tabelle **B 1.2 (T1)**). Der Landkreis Sigmaringen weist sowohl im Grundschulalter als auch in den Altersgruppen der 10- bis unter 16- sowie der 16- bis unter 20-Jährigen die höchsten Rückgänge auf. In den beiden letztgenannten Altersgruppen sind mit gut 32 % bzw. knapp 35 % Werte von deutlich über 30 % zu verzeichnen. Etwas anders sieht die Lage bei den Kindern im vorschulischen Alter von drei bis unter sechs Jahren aus. Hier weist der Landkreis Tübingen für das Jahr 2030 ein Minus von fast 18 % auf. Der Landkreis Sigmaringen weist mit einem Rückgang von 16 % zwar ebenfalls einen hohen Wert auf, der aber geringer ist als die knapp 17 %, die sich für die Stadt Freiburg im Breisgau ergeben.

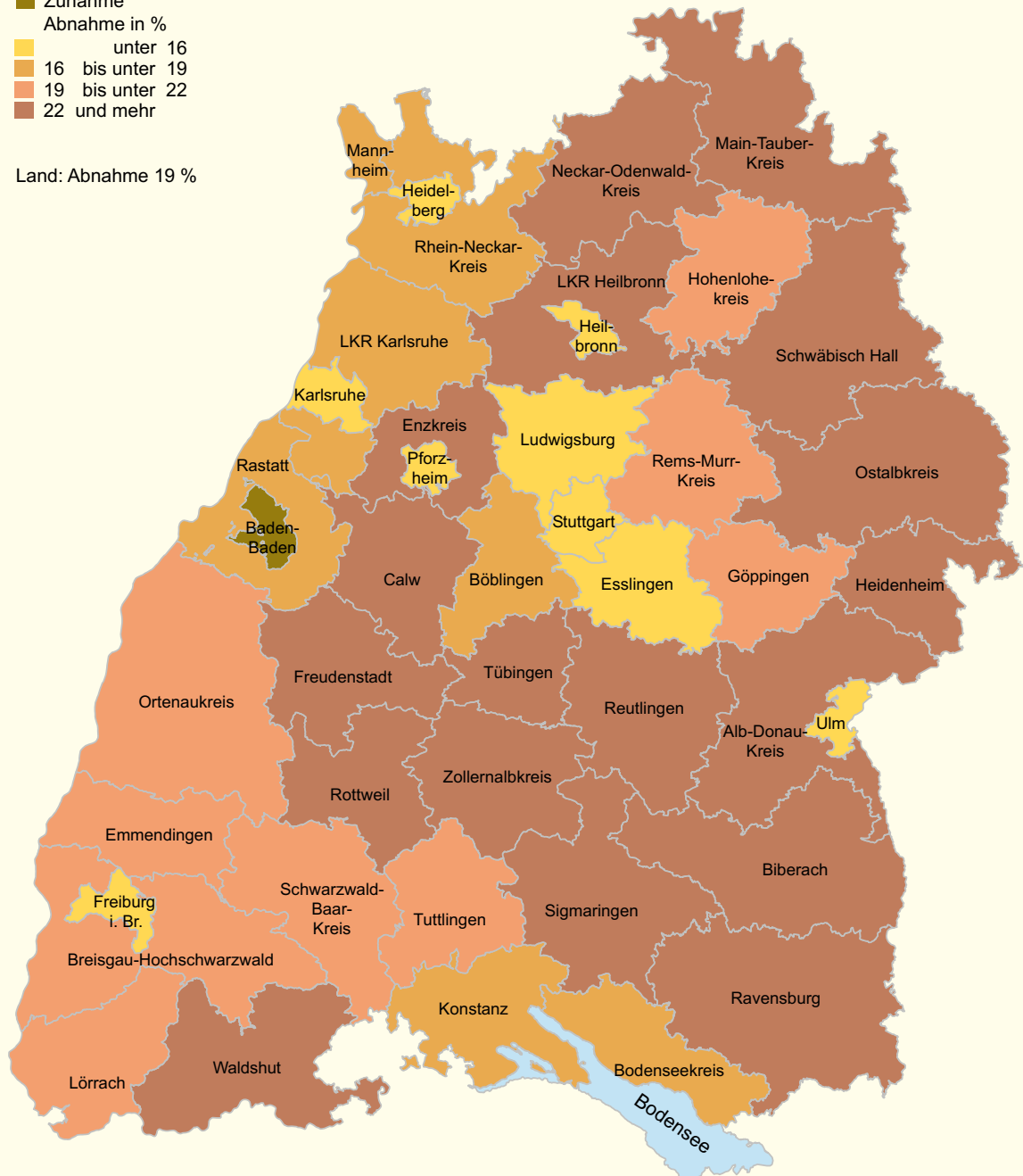
In Baden-Baden dürften bis 2030 alle Altersgruppen mit Ausnahme der 16- bis unter 20-Jährigen leichte Zugewinne verzeichnen können. Bei den Altersgruppen im Schulalter sind vor allem in Stuttgart und Heidelberg deutlich unterdurchschnittliche Rückgänge zu

B 1.2 (G1)

### Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerungszahl im Alter von unter 20 Jahren in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008 bis 2030

- Zunahme
- Abnahme in %
  - unter 16
  - 16 bis unter 19
  - 19 bis unter 22
  - 22 und mehr

Land: Abnahme 19 %



Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung.

beobachten. Bei den Vorschulkindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren dürfte in Ulm die Bevölkerungszahl nahezu konstant bleiben.

### B 1.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

#### Baden-Württemberg mit überdurchschnittlichem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund

Baden-Württemberg hatte in der Vergangenheit vor allem aufgrund seiner Wirtschaftskraft eine hohe Attraktivität für Zuwanderer. Dies erklärt den hohen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Land. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten im Jahr 2009 gut 26 % der Baden-Württemberger einen Migrationshintergrund.<sup>2</sup> Baden-Württemberg hatte unter den Flächenländern somit vor Hessen (knapp 25 %) und Nordrhein-Westfalen (24 %) den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Der Bundesdurchschnitt lag bei etwas mehr als 19 %.

Im Jahr 2009 hatten rund 2,8 Mill. Baden-Württemberger einen Migrationshintergrund. Hiervon besaßen knapp 1,3 Mill. eine ausländische Staatsangehörigkeit und gut 1,5 Mill. waren deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Damit lag der Anteil der Ausländer bei fast 12 % und der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bei gut 14 % (Tabelle B 1.3 (T1) im Anhang). Es besaß also nur etwas weniger als die Hälfte aller Bürger mit Migrationshintergrund eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dementsprechend eingeschränkt ist die Aussagekraft von Informationen – wie beispielsweise aus der Schulstatistik –, die nur nach Staatsangehörigkeiten getrennt vorliegen.

#### Region Stuttgart mit höchstem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund

Die Region Stuttgart wies als Wirtschaftszentrum mit gut 32 % den höchsten Migrantenanteil an der

Bevölkerung (Grafik B 1.3 (G1)) auf. Die Stadt Stuttgart als Zentrum der Region übertraf diesen Wert mit einem Anteil von knapp 40 % noch deutlich. Werte über dem Landesdurchschnitt waren darüber hinaus in den Regionen Rhein-Neckar und Nordschwarzwald mit jeweils fast 28 % sowie Neckar-Alb und Schwarzwald-Baar-Heuberg mit rund 27 % zu verzeichnen. Weit geringere Werte waren in den Regionen Südlicher Oberrhein (gut 19 %) sowie Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben (jeweils etwas über 21 %) anzutreffen.

Nur in der Region Stuttgart übertrifft die Zahl der Ausländer die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund, was durch die hohe Zahl von Ausländern in der Landeshauptstadt verursacht wird. In der Region Hoahrhein-Bodensee ist der Anteil der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur geringfügig größer als der Anteil der ausländischen. Die Ausländeranteile schwanken in den zwölf Regionen Baden-Württembergs weitaus stärker als die Anteile der Deutschen mit Migrationshintergrund. Letztere liegen zwischen knapp 12 % in den Regionen Südlicher Oberrhein und Hoahrhein-Bodensee und etwas über 16 % in den Regionen Ostwürttemberg, Heilbronn-Franken und Schwarzwald-Baar-Heuberg. Die Spanne der Ausländeranteile reicht dagegen von 7 % in der Region Heilbronn-Franken bis zu knapp 17 % in der Region Stuttgart.

#### Nur noch wenige Aussiedler kommen nach Baden-Württemberg

Im Jahr 1990 wurden nach Angaben des Innenministeriums 92 741 (Spät-)Aussiedler in Baden-Württemberg aufgenommen. Die meisten kamen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien oder Polen. Diese hohe Zahl an Aussiedlern war vor allem auf die Öffnung der »Ostblockstaaten« nach der politischen Wende im Jahr 1989 zurückzuführen. Bis zum Jahr 2000 war die Zahl der Aussiedler auf 11 794 zurückgegangen. Seit 2006 liegt die Zahl der jährlichen Zuzüge nur noch im dreistelligen Bereich (Tabelle B 1.3 (T2) im Anhang). Im Jahr 2009 wurden nur noch 431 Aussiedler registriert, die sich in Baden-Württemberg niedergelassen hatten. Fast alle stammten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Aussiedleranteile an den Schulen im Land aus (vgl. Kapitel D 6 und E 4).

---

2 Zur Definition des Migrationshintergrunds siehe den methodischen Hinweis am Ende des Kapitels.



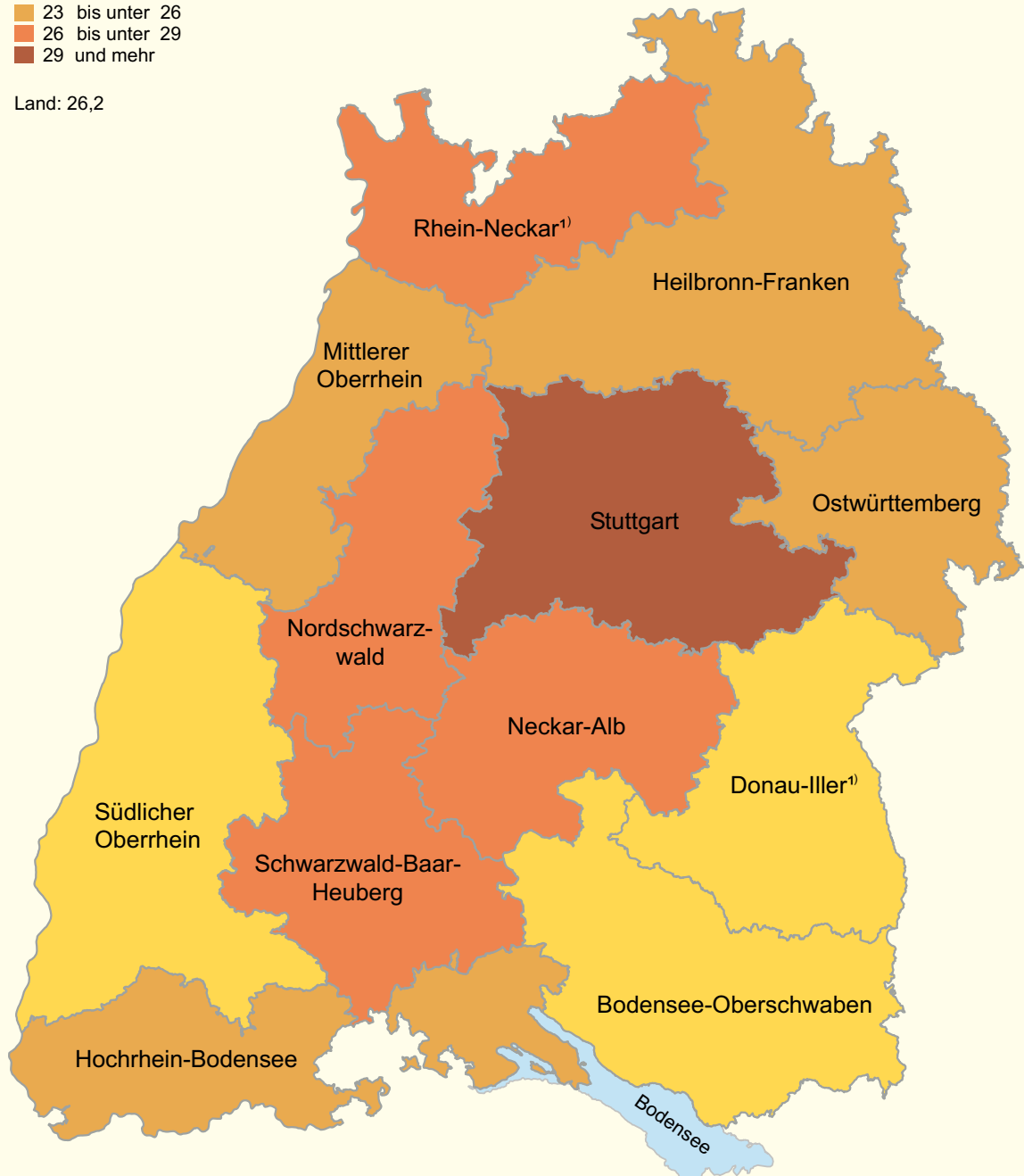
B 1.3 (G1)

Bevölkerung mit Migrationshintergrund\*) in den Regionen Baden-Württembergs 2009

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %

- unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 und mehr

Land: 26,2



\*) Migrationshintergrund i.e.S.: Personen, die selbst oder deren Eltern nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer. – 1) Soweit Baden-Württemberg.

Datenquelle: Mikrozensus.



## Bevölkerungsvorausrechnung

Die in diesem Bericht für Vorausrechnungen genannten Zahlen basieren auf der Hauptvariante der vom Statistischen Landesamt im November 2009 veröffentlichten Vorausrechnung der Bevölkerungszahl.<sup>1</sup> Für diese Vorausrechnung wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die Geburtenrate bleibt bei den heutigen Werten von 1 370 Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren.
- Der Anstieg der Lebenserwartung schwächt sich gegenüber den letzten Jahrzehnten etwas ab. Die Lebenserwartung würde demnach bis 2060 um rund sechs bis sieben Jahre zunehmen.
- Für die Jahre 2009 bis 2011 wird ein jährlicher Zuwanderungssaldo von + 5 000 Personen angesetzt. Danach wird bis 2060 ein jährlicher Saldo von + 10 000 angenommen.

Ausgangspunkt der Berechnung war die Bevölkerung am 31.12.2008.

## Migrationshintergrund

Seit 2005 werden im Rahmen des Mikrozensus auch Angaben zum Migrationshintergrund erfragt. Die Bevölkerung gliedert sich bezüglich eines eventuellen Migrationshintergrunds in folgende Bevölkerungsgruppen:

Bevölkerung insgesamt

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn insgesamt
  - 2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbarem Migrationsstatus
  - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn insgesamt
    - 2.2.1 Zugewanderte (Personen mit eigener Migrationserfahrung) insgesamt
      - 2.2.1.1 Ausländer
      - 2.2.1.2 Deutsche
        - 2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung
        - 2.2.1.2.2 Eingebürgerte
    - 2.2.2 Nicht Zugewanderte (Personen ohne eigene Migrationserfahrung) insgesamt
      - 2.2.2.1 Ausländer (zweite und dritte Generation)
      - 2.2.2.2 Deutsche
        - 2.2.2.2.1 Eingebürgerte
        - 2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil

- mit beidseitigem Migrationshintergrund

- mit einseitigem Migrationshintergrund

Im Rahmen der Bildungsberichterstattung wird bei Angaben aus dem Mikrozensus ausschließlich auf die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn Bezug genommen.

<sup>1</sup> Vgl. Brachat-Schwarz, Werner: Neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2060, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 2/2010, S. 5 – 11.

## B 2 Struktur der Kultusverwaltung

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Kultusministerium – ist die oberste Behörde der Kultusverwaltung. Die Hauptaufgabe des Kultusministeriums ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems. Gemeinsam mit den Regierungspräsidien und Staatlichen Schulämtern übt es die Schulaufsicht aus, definiert die Schulprofile, setzt die Bildungspläne in Kraft, legt die Unterrichtsorganisation fest und gibt Leistungsstandards bei Schulabschlüssen und zentralen Prüfungen vor. Oberste Aufsichtsbehörde ist das Kultusministerium auch für Schulen und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft. Es organisiert oder koordiniert die Lehrerausbildung und -fortbildung, den Schulhausbau sowie Betreuungsangebote in Schulen außerhalb des Unterrichts.

Das Kultusministerium ist bis zum Beginn der 15. Legislaturperiode (15. Mai 2011) außerdem zuständig für die frühkindliche Bildung in den Kindergärten sowie für die allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Weiterbildung von Erwachsenen. Im Rahmen der ebenfalls in der Zuständigkeit des Kultusministeriums liegenden Jugendpolitik werden Schule und außerschulische Jugendarbeit zu einer sinnvollen Einheit verknüpft mit dem Ziel, die Jugend in die Entwicklung von Gesellschaft und Politik einzubeziehen und ihre Zukunftschancen zu wahren. Auch die Förderung des internationalen Schüler- und Jugendaustauschs, der Jugendkunstschulen und Musikschulen sowie des Ehrenamts gehören in diesen Zusammenhang. Schließlich verantwortet das Kultusministerium die Beziehungen des Landes zu den christlichen Kirchen und zu anderen Glaubensgemeinschaften.

Neben dem Schulsport fallen auch die Förderung des Leistungs- und Breitensports in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und -vereinen, die Kooperation von Schulen und Sportvereinen sowie die finanzielle Unterstützung beim Bau von Sportstätten in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums.

### Obere Schulaufsichtsbehörden

Dem Kultusministerium unmittelbar nachgeordnet sind als obere Schulaufsichtsbehörden die Regierungspräsidien in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau und Tübingen (Grafik B 2 (G1)). Die Regierungspräsidien haben als Mittelinstanzen den Auftrag, Aufgaben der Schulaufsicht und Schulverwaltung wahrzunehmen. Hierzu gehört die unmittelbare Dienstaufsicht über die

Lehrkräfte und Schulleitungen für die allgemein bildenden Gymnasien, die beruflichen Schulen, die Schulen besonderer Art, die Staatlichen Aufbaugymnasien mit Heim und die Staatlichen Heimsonderschulen. Über diese Schulen üben die Regierungspräsidien auch unmittelbar die Fachaufsicht aus (Grafik B 2 (G2)). Großen Anteil haben die Personalangelegenheiten der Lehrkräfte, zum Beispiel im Rahmen der Lehrereinstellung und der Auswahl von Führungspersonal an Schulen. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte liegen unter anderem in der Beratung und Unterstützung der Schulen im Rahmen der Schul- und Qualitätsentwicklung, der Lehrerzuweisung sowie in der Raumbedarfsplanung für Schulhausneubauten und der anschließenden Planung und Errichtung von Schulen. Schließlich liegt bei den Regierungspräsidien die Fach- und Dienstaufsicht über die Staatlichen Schulämter.

### Untere Schulaufsichtsbehörden

Die 21 Staatlichen Schulämter (Grafik B 2 (G1)) sind für die Schulaufsicht über die Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulen in ihrem Bezirk zuständig. Sie üben ihre Aufgaben in enger Kooperation mit den Regierungspräsidien aus (Grafik B 2 (G2)). Dazu gehören neben der Dienstaufsicht über die Lehrkräfte und Schulleitungen die Beratung und Unterstützung der Schulen bei didaktischen und methodischen Fragen des Unterrichts, bei Erziehungsfragen, bei Lern- und Leistungsstörungen von Schülern, bei Schullaufbahnentscheidungen und der Gestaltung von Schulentwicklungsprozessen.

### Weitere Behörden und Einrichtungen

Zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums gehören 31 Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, vier Pädagogische Fachseminare, das Landesinstitut für Schulsport, Schulkunst und Schulumusik in Ludwigsburg, die Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater in Schloss Rotenfels, das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim, der Schulbauernhof in Niederstetten-Pfizingen sowie – als rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts – das Landesinstitut für Schulentwicklung, die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen und das Landesmedienzentrum (Grafik B 2 (G2)). Dazu kommen Stiftungen, die überwiegend in den Geschäftsbereich des Kultusministeriums fallen, wie zum Beispiel die Schulstiftung Baden-Württemberg.

B 2 (G1)

### Schulaufsichtsbehörden in Baden-Württemberg

- Obere Schulaufsichtsbehörden/ Regierungspräsidien
- Staatliche Schulämter
- Regierungsbezirke
- Stadt- und Landkreise
- Schulaufsichtsbezirke



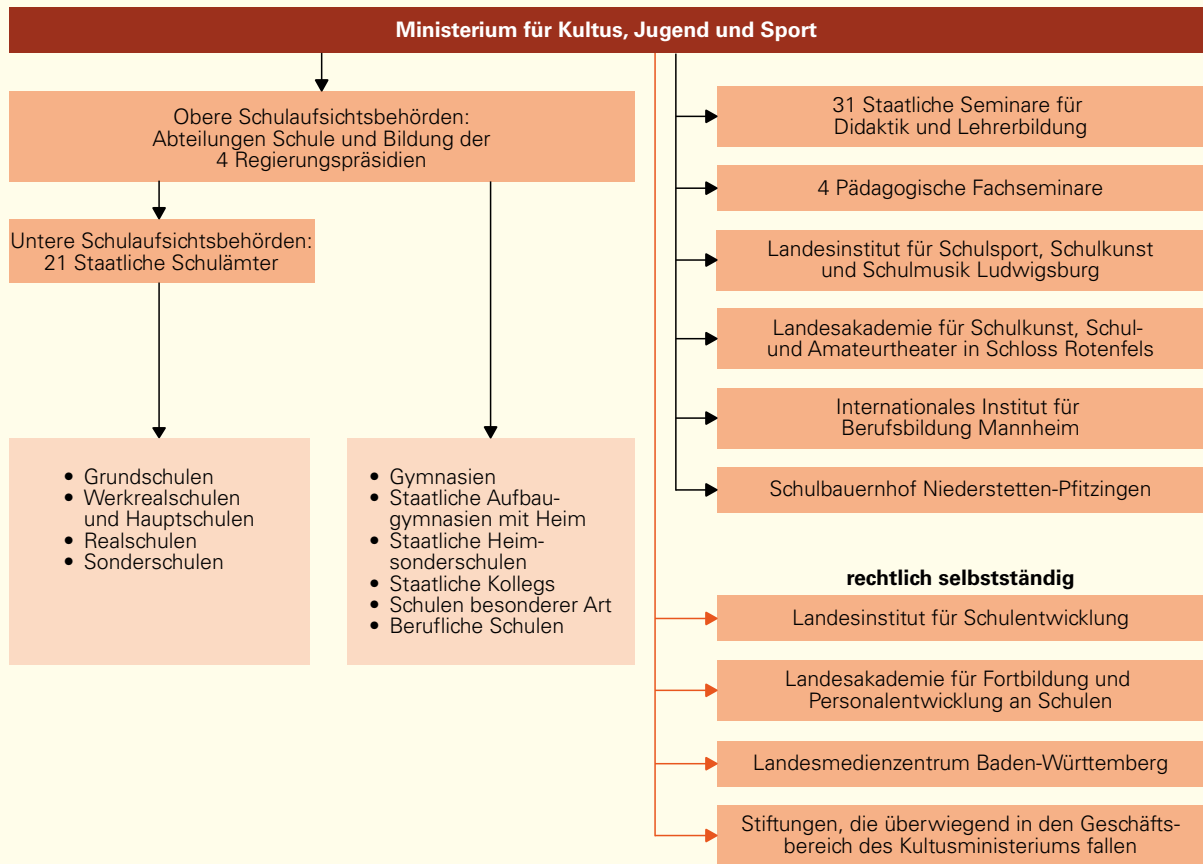
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-009  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

B 2 (G2)

### Aufbau der Kultusverwaltung in Baden-Württemberg



### B 3 Grundzüge des Bildungswesens

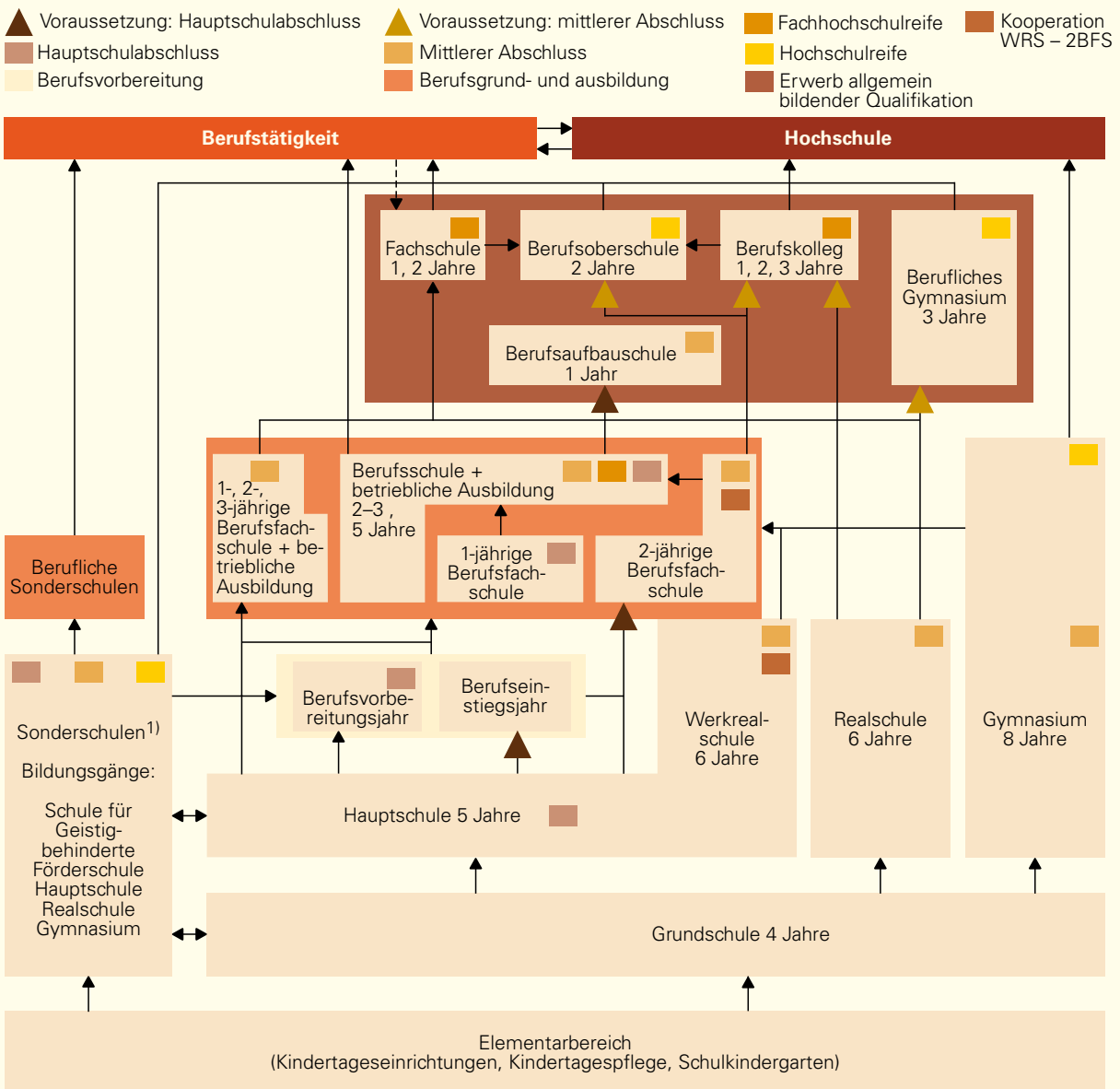
#### B 3.1 Bildungswege

Unterschiedliche Bildungswege führen in Baden-Württemberg zu einem Abschluss an allgemein bilden-

den und beruflichen Schulen (Grafik B 3.1 (G1)). Im dreigliedrigen Schulsystem Baden-Württembergs stand bisher in der Regel nach dem vierten Schuljahr der Grundschule der Übergang auf eine weiterführende

B 3.1 (G1)

#### Bildungswege und Abschlüsse in Baden-Württemberg



1) Sonderschultypen: Förderschule, Schule für Blinde, Erziehungshilfe, Hörgeschädigte, Geistigbehinderte, Körperbehinderte, Kranke, Sehbehinderte, Sprachbehinderte.  
 Anmerkung: Für einige Abschlüsse und Übergangswegen gelten zusätzliche Qualifikationsbedingungen; aus Übersichtsgründen können nicht alle Übergangsmöglichkeiten dargestellt werden; die Darstellung beschränkt sich auf den öffentlichen Bereich.  
 Stand: März 2011

Schule an, nämlich auf die Hauptschule, die Werkrealschule, die Realschule oder das Gymnasium.

Der Beginn einer Schullaufbahn in einer bestimmten Schulart ist keine Festlegung für einen bestimmten Abschluss. Im baden-württembergischen Schulsystem gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, um zu ausbildungs- und studienqualifizierenden Abschlüssen zu gelangen.

### Hauptschulabschluss

Den Hauptschulabschluss erlangen Schüler nach dem 9. Schuljahr an einer Hauptschule oder einer Werkrealschule. Für Jugendliche, die im Rahmen des Besuchs einer allgemein bildenden Schule keinen Abschluss erlangen konnten, sind spezifische Bildungsgänge an beruflichen Schulen eingerichtet. So kann zum Beispiel im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Sofern Jugendliche ohne Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz gefunden haben, können sie den Hauptschulabschluss auch bei erfolgreichem Abschluss der betrieblichen Ausbildung erwerben.

### Mittlerer Bildungsabschluss

Der mittlere Bildungsabschluss kann nicht nur an der Realschule erworben werden, sondern auch an der Werkrealschule, wenn in der Klasse 9 eine Bildungsempfehlung für die Klasse 10 ausgesprochen wird. Jugendliche, die nach der 10. Klasse das Gymnasium verlassen, erhalten bei erfolgreichem Absolvieren dieser Jahrgangsstufe ebenfalls den mittleren Bildungsabschluss. Hauptschulabsolventen können über die zweijährige Berufsfachschule die Fachschulreife als mittleren Bildungsabschluss erwerben. An den Berufsschulen können Hauptschulabsolventen in Verbindung mit dem erfolgreichen Abschluss der betrieblichen Ausbildung unter bestimmten Notenvoraussetzungen eine dem mittleren Bildungsabschluss gleichwertige Qualifikation erlangen. Über den Zweiten Bildungsweg vermittelt die Abendrealschule Berufstätigen den Realschulabschluss und die Berufsaufbauschule mit der Fachschulreife ebenfalls den mittleren Bildungsabschluss.

### Hochschulzugangsberechtigung

Neben dem allgemein bildenden Gymnasium kann der Weg zur allgemeinen Hochschulreife auch über ein berufliches Gymnasium führen. Eine weitere Alternative zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung bieten Bildungsgänge an Berufskollegs, bei denen zusätzlich zur vollzeitschulischen Berufsausbildung die

Fachhochschulreife angestrebt werden kann. Auch einige Bildungsgänge an Fachschulen bieten diese Möglichkeit. Zum Zweiten Bildungsweg zählen die »Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife« ebenso wie die Abendgymnasien, die Kollegs und die Berufsoberschulen, die die fachgebundene oder – bei zusätzlicher Belegung einer zweiten Fremdsprache – die allgemeine Hochschulreife verleihen können.

Darüber hinaus können auch an den integrierten Schulformen – den öffentlichen Schulen besonderer Art und den privaten Freien Waldorfschulen – allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Ebenso können an Sonderschulen allgemein bildende sowie sonderschulspezifische Abschlüsse erreicht werden.

## B 3.2 Bildungsbeteiligung

Bei der Betrachtung der Bildungsbeteiligung wird der vorschulische Bereich ab dem Alter von drei Jahren als Teil des Bildungswesens betrachtet. So konkretisiert der »Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen« den Bildungsauftrag des Kindergartens im Sinne des Kindertagesbetreuungsgesetzes Baden-Württemberg (KiTaG). Trotz bestehendem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren machten nicht alle Eltern von diesem Recht Gebrauch. Bei den vier- und fünfjährigen Kindern besuchen 96 % bzw. 95 % eine Kindertageseinrichtung. Für Dreijährige lag die Besuchsquote bei knapp 92 % (vgl. **Kapitel C 1**). Bezieht man den Besuch von Grundschulförderklassen und Schulkindergärten (vgl. **Kapitel C 4**) mit ein, steigt die Bildungsbeteiligung bei den Vier- und Fünfjährigen auf 98 % bzw. 97 %.

### Schulpflicht für Kinder und Jugendliche

Vom Besuch der Grundschule an ist bis zum Alter von 16 Jahren eine nahezu 100-%ige Bildungsbeteiligung zu beobachten (Grafik **B 3.2 (G1)**). Dies liegt an der Schulpflicht, die in Baden-Württemberg mindestens für neun Jahre besteht. Damit ist die Pflicht zum Schulbesuch allerdings noch nicht beendet, denn anschließend beginnt die Berufsschulpflicht, die sich bis zum 18. Lebensjahr erstreckt.

Ab dem Alter von 17 Jahren übersteigt die Schülerzahl der beruflichen die der allgemein bildenden Schulen. Schüler in diesem Alter sind an allgemein bildenden Schulen überwiegend in der Sekundarstufe II, das heißt in der Oberstufe der Gymnasien und vergleichbarer Bildungsgänge zu finden. Bei den beruflichen Schulen waren im Schuljahr 2009/10 sowohl bei den Schülern als auch bei den Schülerinnen die 18-Jährigen der am

stärksten besetzte Jahrgang. Von den 20-jährigen Jugendlichen befanden sich noch etwas mehr als 39 % in schulischer Ausbildung, was einem Anstieg um gut 2 Prozentpunkte seit dem Schuljahr 2006/07 entspricht. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen erlernte dabei einen Beruf im Rahmen des dualen Ausbildungssystems oder an einer beruflichen Vollzeitschule.

### Knapp 1,7 Mill. Schüler werden unterrichtet

An den allgemein bildenden Schulen Baden-Württembergs erhielten im Schuljahr 2009/10 insgesamt rund 1,24 Mill. Schüler Unterricht. Dies sind etwa 73 000 weniger als im Schuljahr 2003/04, in dem mit gut 1,31 Mill. der Höhepunkt im Verlauf der Schülerzahlen seit 1982 zu verzeichnen war. Unter diesen Schülern strebten fast 6 200 Weiterbildungswillige im Schuljahr 2009/10 an allgemein bildenden Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs einen höherwertigen Schulabschluss an.

An den beruflichen Schulen wurden im Schuljahr 2009/10 rund 437 000 Schüler unterrichtet. Darunter befanden sich rund 10 700 auf dem Zweiten Bildungs-

weg. Seit dem Schuljahr 1995/96, als 354 900 Schüler gezählt wurden, ist hier ein beständiger Anstieg der Schülerzahl zu verzeichnen.

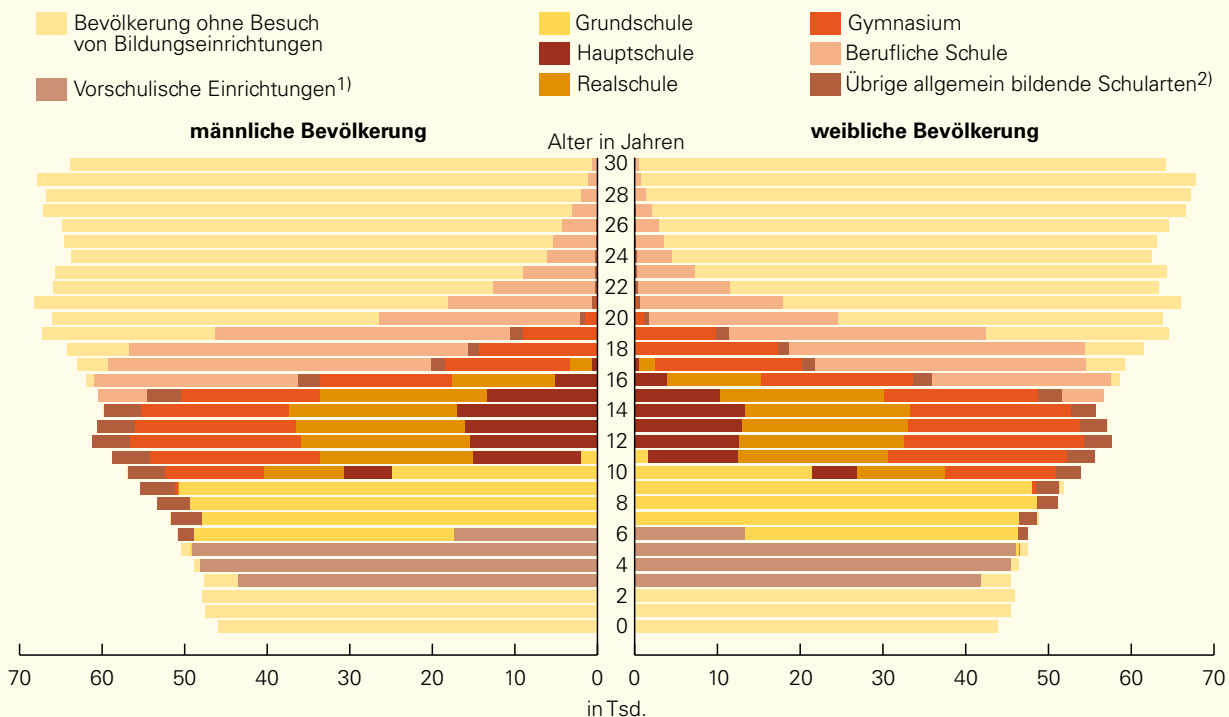
Nicht alle beruflichen Schulen gehören zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums. Das Sozialministerium ist zuständig für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege, für private Fachschulen im Bereich des Sozialwesens sowie für die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Das Ministerium für Ländlichen Raum führt die Aufsicht über die Fachschulen für Landwirtschaft. Im Schuljahr 2009/10 wurden an Schulen in der Zuständigkeit des Sozialministeriums rund 25 300 Schüler unterrichtet, an Schulen in der Zuständigkeit des Ministeriums Ländlicher Raum fast 1 100. Auch diese Schüler sind in Grafik B 3.2 (G1) berücksichtigt.

### B 3.3 Bildungsstand der Bevölkerung

Der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung beruht in wesentlichen Teilen auf den Ergebnissen des baden-württembergischen Bildungswesens und seiner Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten. Daneben

#### B 3.2 (G1)

**Bildungsbeteiligung in schulischen und vorschulischen Einrichtungen in Baden-Württemberg 2009 nach Alter und Geschlecht**



1) Kindertageseinrichtungen, Grundschulförderklassen und Schulkindergärten. – 2) Integrierte Orientierungsstufe, Schule besonderer Art, Freie Waldorfschule, Sonderschulen, Schulen des Zweiten Bildungswegs.

Datenquellen: Bevölkerungsstatistik, Statistik zur Kindertagesbetreuung, Schulstatistik.



beeinflussen ihn auch länderübergreifende und internationale Wanderungsbewegungen. Da Baden-Württemberg stets eine hohe Zahl von Zuzügen verzeichnete, gilt dies in besonderem Maß. Über den Bildungsstand gibt der Mikrozensus Auskunft.

### Frauen bauen ihren Vorsprung bei formalen Bildungsabschlüssen aus

Der formale Bildungsstand der Bevölkerung Baden-Württembergs ist seit Erscheinen des letzten Bildungsberichts, der auf Ergebnisse des Mikrozensus 2006 zurückgreifen konnte, weiter angestiegen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2009 verfügten mehr als 44 % der Baden-Württemberger im Alter von 20 bis unter 30 Jahren mit der Hochschul- oder Fachhochschulreife über eine Hochschulzugangsberechtigung. Rund 32 % hatten einen Realschulabschluss und annähernd 22 % den Hauptschulabschluss. Lediglich 2 % konnten keinen Schulabschluss vorweisen. Damit stieg der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten in dieser Altersgruppe seit 2006 um 4 Prozentpunkte, dagegen sanken die Anteile der Bevölkerung mit Hauptschulabschluss um 2 Prozentpunkte und derjenigen ohne Abschluss um 1 Prozentpunkt. Diese Verteilung mit einem hohen Anteil von Hochschul- und Fachhochschulreife ist ein Ausdruck des Ausbaus des Bildungswesens in den vergangenen Jahrzehnten. Bei den 40- bis unter 50-Jährigen waren hingegen Hauptschulabschluss und mittlerer Abschluss weiter verbreitet als die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (Tabelle B 3.3 (T1) im Anhang). Nahezu sechs von zehn der 60- bis unter 70-Jährigen besaßen einen Hauptschulabschluss. Eine Hochschulzugangsberechtigung konnten von diesen Jahrgängen nur knapp 18 % vorweisen.

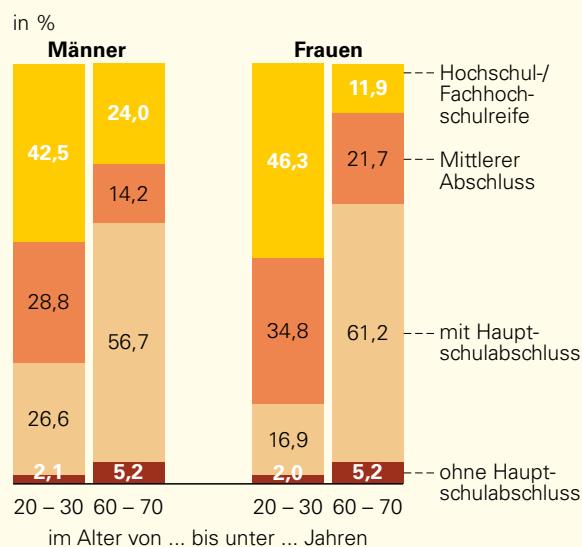
Vom Ausbau des Schulwesens haben die Frauen noch stärker profitiert als die Männer. In der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen war nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2009 der Anteil der Männer mit Hochschulzugangsberechtigung mit 24 % doppelt so hoch wie der unter den Frauen. Bei den 20- bis unter 30-Jährigen liegen die Frauen hingegen deutlich vor den Männern: In dieser Altersgruppe besaßen gut 46 % der Frauen, jedoch nur knapp 43 % der Männer eine Hochschulzugangsberechtigung (Grafik B 3.3 (G1)). Damit haben sie ihren Vorsprung gegenüber den Männern seit dem Stand des Mikrozensus 2006 um 3 Prozentpunkte ausgebaut.

### Ausländische Bevölkerung mit höherem Anteil von Personen ohne Schulabschluss

Beim Vergleich der schulischen Qualifikation von Deutschen und Ausländern anhand des Mikrozensus

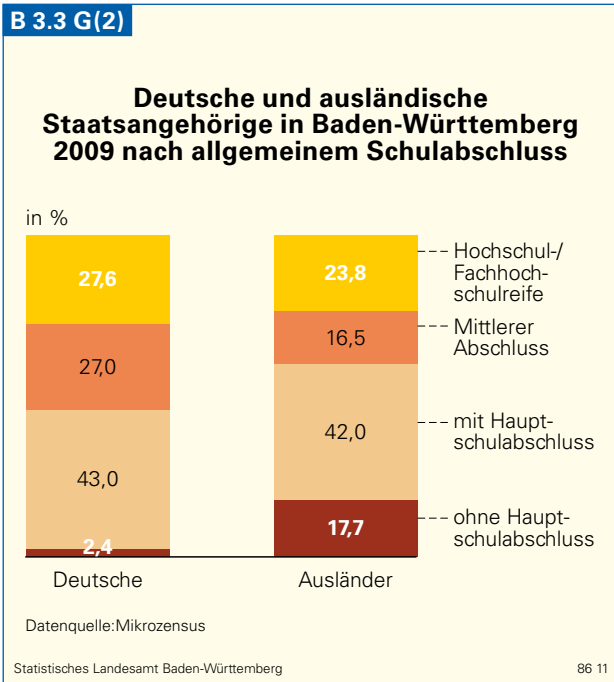
#### B 3.3 (G1)

### Männer und Frauen in ausgewählten Altersgruppen in Baden-Württemberg 2009 nach allgemeinem Schulabschluss



2009 zeigt sich, dass bei allen formalen Abschlüssen die ausländischen Staatsangehörigen einen geringeren Anteil aufwiesen als die deutschen (Grafik B 3.3 (G2)). Bei der Bevölkerung mit Hauptschulabschluss betrug die Differenz allerdings lediglich 1 Prozentpunkt. Mit über 10 Prozentpunkten war der Unterschied beim mittleren Abschluss wesentlich größer. Die relativ geringe Differenz von knapp 4 Prozentpunkten bei den Hochschulzugangsberechtigten dürfte auf die recht hohe Zahl von ausländischen Studierenden im Land zurückzuführen sein. Im Wintersemester 2009/10 waren an den Hochschulen im Land fast 35 000 Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit eingeschrieben. Die in Kapitel F 2 dargestellten Schulabschlüsse vermitteln deswegen im Vergleich hierzu ein aussagekräftigeres Bild des Bildungserfolgs der hier im Land aufgewachsenen Ausländer.

Die weitaus größte Differenz ergab der Mikrozensus 2009 bei der Bevölkerung ohne Schulabschluss. Nur gut 2 % der Baden-Württemberger mit deutschem Pass gehörten zu dieser Gruppe, jedoch fast 18 % der Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies ist vor allem auf das Bildungsniveau der älteren Geburtsjahrgänge zurückzuführen. Unter den 60- bis unter 70-Jährigen besaß fast ein Drittel der Ausländer keinen Schulabschluss, unter den 50- bis unter 60-Jährigen war es noch mehr als ein Viertel. Von den Deutschen in diesen Altersgruppen verfügten jeweils

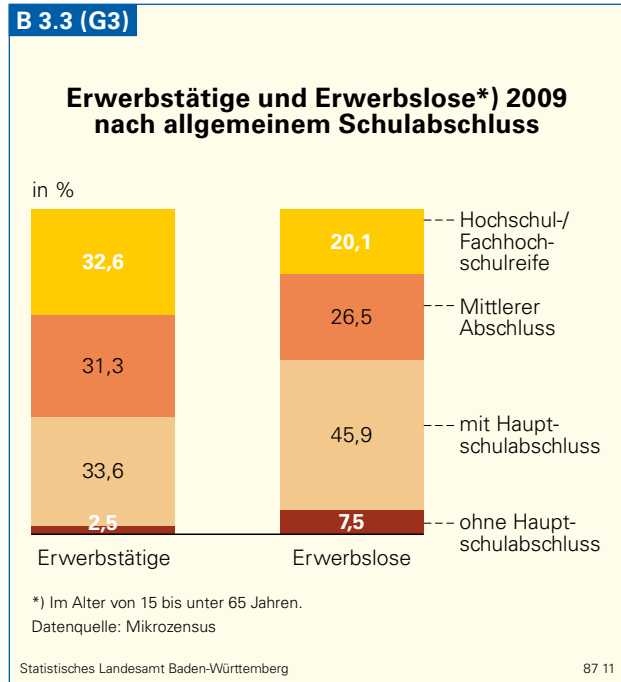


weniger als 2 % nicht über einen Schulabschluss. Bei den 20- bis unter 30-Jährigen lag dieser Anteil mit annähernd 6 % deutlich niedriger, jedoch immer noch weit über dem der gleichaltrigen Deutschen (Tabelle B 3.3 (T1) im Anhang).

### Höhere Bildung verbessert die Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus konnten unter den Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Jahr 2009 fast ein Drittel eine Studienberechtigung und gut 31 % einen mittleren Abschluss vorweisen. Von den Erwerbslosen verfügten nur jeder Fünfte über eine Studienberechtigung und knapp 27 % über einen mittleren Abschluss (Grafik B 3.3 (G3)). Rund 46 % der Erwerbslosen besaßen den Hauptschulabschluss, unter den Erwerbstätigen lag dieser Anteil mit knapp 34 % deutlich darunter. Der Anteil von Personen ohne Schulabschluss war unter den Erwerbslosen dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen.

Im Vergleich zum Mikrozensus 2006 zeigt sich auch in dieser Betrachtung der allgemeine Anstieg des Bil-



dungsniveaus in der Bevölkerung. Sowohl bei den Erwerbstätigen wie bei den Erwerbslosen ist der Anteil der Hochschulzugangsberechtigungen um gut 3 Prozentpunkte angestiegen. Der Anteil der mittleren Abschlüsse erhöhte sich bei den Erwerbstätigen um knapp 1 Prozentpunkt, bei den Erwerbslosen sogar um mehr als 4 Prozentpunkte.

Neben dem Schulabschluss ist auch eine qualifizierte berufliche Ausbildung für die Beteiligung am Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. So hatten 2009 gut 38 % der Erwerbslosen keine Berufsausbildung, während unter den Erwerbstätigen nur etwa jeder Fünfte ohne Berufsausbildung war (Tabelle B 3.3 (T2) im Anhang). Ein Ausbildungsabschluss erhöht die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein: Mehr als 51 % der Erwerbstätigen hatten eine duale oder rein schulische Berufsausbildung – unter den Erwerbslosen lag ihr Anteil knapp 4 Prozentpunkte darunter. Noch deutlicher war der Abstand bei der Meister- oder Techniker Ausbildung: Ihr Anteil war mit 10 % bei den Erwerbstätigen doppelt so hoch wie bei den Erwerbslosen. Über einen Fachhochschul-/ Hochschulabschluss oder über eine Promotion verfügten 19 % der Erwerbstätigen gegenüber etwas weniger als 9 % der Erwerbslosen.



## Vorschulische Einrichtungen

# C

C 1 Kinder in Kindertageseinrichtungen

C 2 Personal an Kindertageseinrichtungen und dessen Ausbildung

C 2.1 Personal an Kindertageseinrichtungen

C 2.2 Ausbildung des Personals an Kindertageseinrichtungen

C 3 Förderung im frühkindlichen Bereich

C 3.1 Förderspektrum in Kindertageseinrichtungen

C 3.2 Sprachförderung

C 4 Grundschulförderklassen und Schulkindergärten

C 5 Sonderpädagogische und interdisziplinäre Frühförderung



## C Vorschulische Einrichtungen

### C 1 Kinder in Kindertageseinrichtungen

In den ersten sechs Lebensjahren eines Kindes werden wichtige Grundlagen für den späteren Bildungsweg gelegt. Neben der Erziehung in der Familie prägt auch die Betreuung durch Tagesmütter und in Kindertageseinrichtungen die kindliche Entwicklung. Bevor Kinder das schulpflichtige Alter erreichen, bieten Kindertageseinrichtungen<sup>1</sup> ein vielfältiges Angebot an Betreuungsmöglichkeiten. Weit mehr als die Funktion einer bloßen Beaufsichtigung erfüllen die Tageseinrichtungen den gesetzlichen Auftrag der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Seit einigen Jahren wird dabei besonders der Bildungsaspekt betont.

In Baden-Württemberg bildet inzwischen der »Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen« einen pädagogischen Rahmen, der dem betreuenden Personal Impulse zur pädagogischen Begleitung kindlicher Entwicklung zwischen dem dritten Lebensjahr und dem Schulalter bieten soll. Besondere Berücksichtigung findet dabei die Sprachförderung. Zum Kindergartenjahr 2009/10 endete die dreijährige Pilotphase des Orientierungsplans. Er wurde weiterentwickelt und steht nun in dieser überarbeiteten Form landesweit allen Einrichtungen zur Verfügung.

Seit 2006 läuft auch das Projekt »Schulreifes Kind«, mit dem die Kooperation zwischen Kindertageseinrichtung, Grundschule und sonderpädagogischen Einrichtungen intensiviert werden soll. Im Landesmodell »Bildungshaus drei bis zehn« werden seit dem Kindergartenjahr 2007/08 jahrgangs- und institutionsübergreifende Lern- und Spielgruppen gefördert, bei denen der systematische Austausch zwischen Erziehungspersonal im Kindergarten und Lehrkräften in der Grundschule verstärkt werden soll.

#### Rund 8 150 Kindertageseinrichtungen, viele in freier Trägerschaft

Im März 2010 bestanden in Baden-Württemberg insgesamt 8 153 Tageseinrichtungen für Kinder. 407

dieser Einrichtungen waren reine Kinderkrippen für Kinder unter drei Jahren, 395 Einrichtungen betreuten ausschließlich Schulkinder in Schülerhorten und ähnlichen Einrichtungen. Drei Einrichtungen hatten jeweils sowohl Gruppen für Kleinkinder als auch Gruppen für Schulkinder. In den meisten Einrichtungen (7 348) wurden Kinder im Alter von drei Jahren bis Schuleintritt betreut, entweder ausschließlich oder auch gemeinsam mit jüngeren oder älteren Kindern in altersgemischten Einrichtungen.

Von den Kindertageseinrichtungen haben fast 42 % öffentliche Träger, vor allem Städte und Gemeinden. Bei den freien Trägern dominieren die kirchlichen: 23 % der Einrichtungen werden vom Caritasverband oder anderen katholischen Institutionen getragen, 20 % von der Diakonie oder anderen evangelischen Einrichtungen. Die restlichen 15 % verteilen sich auf verschiedene, meist kleinere Träger, darunter sind beispielsweise auch Elterninitiativen.

#### 94 % der drei- bis unter sechsjährigen Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung

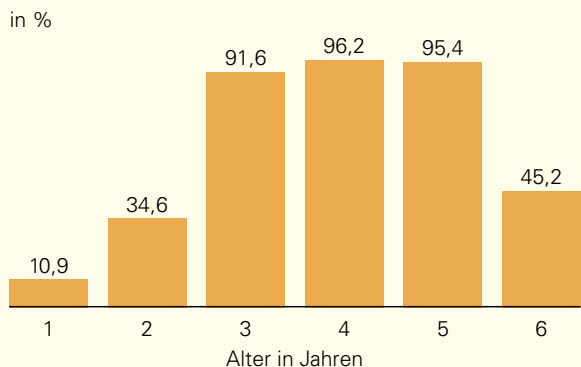
Die Zahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder lag im März 2010 in Baden-Württemberg insgesamt bei 383 769, davon waren 313 967 Kinder (82 %) im Alter unter sechs Jahren. Gut ein Drittel der Zweijährigen besucht inzwischen eine Kindertageseinrichtung. Für die Drei- bis unter Sechsjährigen errechnet sich – bezogen auf die Zahl aller Kinder dieser Altersgruppe – eine landesweite Besuchsquote von 94 %. Dabei besuchen bei den Dreijährigen rund 8 % keine Tageseinrichtung, bei den Vierjährigen trifft dies nur auf rund 4 % und bei den Fünfjährigen auf rund 5 % der Kinder zu. Bei den Sechsjährigen zeigt die Besuchsquote von rund 45 %, dass etwa die Hälfte dieses Jahrgangs bereits die Schule besucht (Grafik C 1 (G1)).

Neben der traditionellen Regelbetreuung in Kindertageseinrichtungen (vor- und nachmittags ohne Mittagsbetreuung) und der Halbtagsbetreuung weist die Statistik mit 48 % einen großen Anteil von Kindern aus, die mit verlängerten Öffnungszeiten zwischen 5 und 7 Stunden betreut werden. Bei der Ganztagsbetreuung (über 7 Stunden), die 55 655 Kindern – das entspricht einem Anteil von knapp 15 % aller betreuten Kinder –

1 Zur Definition vgl. den Eintrag »Kindertageseinrichtungen« im Glossar.

**C 1 (G1)**

**Besuchsquote\*) der Kinder in Tageseinrichtungen in Baden-Württemberg nach Altersjahren**



\*) Stichtag 01.03.2010.  
Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

158 11

zugute kam, hat sich die Quote in den letzten Jahren laufend erhöht. Sie lag im Jahr 2006 noch bei knapp 8 %.

**Fast in jeder fünften Familie ist Deutsch nicht die vorrangige Sprache**

Im Landesdurchschnitt wird bei einem Fünftel der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in der Familie nicht vorrangig deutsch gesprochen. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede (Web-Tabelle C 1 (T1)). Hohe Anteile erreichen vor allem die Stadtkreise,

allen voran Stuttgart mit 42 %, aber auch Heilbronn (39 %) und Ulm (38 %), während niedrige Anteile vorwiegend in ländlichen Kreisen verzeichnet werden. Die geringsten Werte erreichen die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald mit 10 % und Emmendingen mit 11 %.

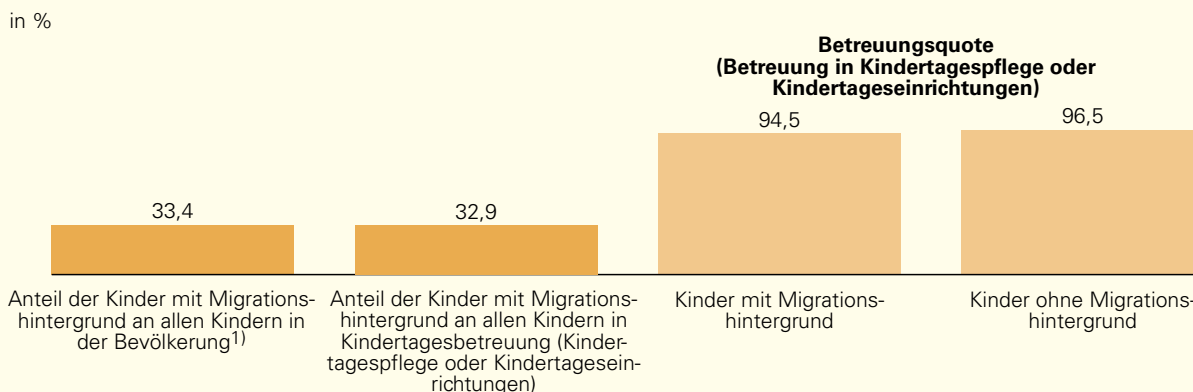
Die Anteile der Familien mit einem ausländischen Herkunftsland der Eltern bzw. eines Elternteils erreichen mit einem Landesdurchschnitt von über 33 % noch deutlich höhere Werte. Hierbei zeigen sich ebenso wie bei der Sprache große regionale Differenzen, den höchsten Anteil erreicht die Stadt Heilbronn mit 61 %, den niedrigsten mit nur 22 % die Landkreise Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und der Main-Tauber-Kreis.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund<sup>2</sup> im Alter von drei bis unter sechs Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe lag 2009 in Baden-Württemberg bei gut 33 %. Ein Angebot der Kinderbetreuung (Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) haben landesweit die Eltern von 95 % aller Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe in Anspruch genommen. Die Betreuungsquote der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren liegt bei Kindern mit Migrationshintergrund damit lediglich 2 Prozentpunkte unter der Betreuungsquote der Kinder ohne Migrationshintergrund (Grafik C 1 (G2)).

2 Vgl. dazu den methodischen Hinweis »Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund« am Ende von Kapitel C 1.

**C 1 (G2)**

**Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von drei bis unter sechs Jahren in Baden-Württemberg 2009**



1) Bevölkerung am 31.12.2008.  
Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

157 11

## i

## Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund

In den Statistiken der Kindertagesbetreuung wird einem Kind dann ein Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist. Die Staatsangehörigkeit des Kindes oder der Eltern ist dabei nicht maßgeblich. Berücksichtigt werden also nur Kinder von Eltern mit eigener Zuwanderungserfahrung aus dem Ausland. Migranten der zweiten, dritten oder einer höheren Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, zählen in den Statistiken zur Kindertagesbetreuung nicht zum Kreis der Eltern, deren Kinder ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird.

Betreuungsquoten geben immer den Anteil der betreuten Kinder einer bestimmten Altersgruppe an der Gesamtzahl der Kinder dieser Altersgruppe an. Um Betreuungsquoten für Kinder mit Migrationshintergrund zu berechnen, muss man die Zahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund in Relation zur Zahl der Kinder derselben Altersgruppe mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung setzen. Während die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nur Angaben zur Staatsangehörigkeit ausweisen, erhebt der Mikrozensus detailliert Einzelmerkmale, aus denen eine Variable zum Migrationshintergrund von Kindern gebildet werden kann, die der Definition »mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft« entspricht. In einem ersten Schritt werden die Angaben zum Migrationshintergrund im Mikrozensus für die Altersgruppe der unter sechsjährigen Kinder in der Gesamtbevölkerung ermittelt. Die aus dem Mikrozensus berechneten Anteile der Kinder nach dem Migrationshintergrund in der altersgleichen Gesamtbevölkerung werden in einem zweiten Schritt auf die absoluten Zahlen der Bevölkerungsstatistik übertragen. Als Resultat ergibt sich die Anzahl der Kinder unter sechs Jahren mit und ohne Migrationshintergrund in der Bevölkerung, das heißt die Referenzgröße, mit der die Betreuungsquoten für Kinder unter sechs Jahren bzw. auch für Kinder von drei bis unter sechs Jahren, differenziert nach dem Migrationshintergrund berechnet werden können.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. dazu Böttcher, Annica u. a.: Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung, in: *Wirtschaft und Statistik* 2/2010, S. 158ff.

## Frühkindliche Bildung und Betreuung in Kindertagespflege

Bildung und Betreuung im Kleinkind- und Vorschulalter findet in der Familie, in Kindertageseinrichtungen aber auch zunehmend in Kindertagespflege statt. Öffentlich geförderte Kindertagespflege ist die Betreuung und Förderung von Kindern durch geeignete Tagespflegepersonen entsprechend § 23 SGB VIII. Sie ist eine gesetzlich anerkannte Betreuungsform im familiennahen Umfeld und besteht in einer regelmäßigen Betreuung von Kindern inner- oder außerhalb des Kindeshaushaltes. Dabei dürfen nicht mehr als fünf Kinder von einer Tagespflegeperson gleichzeitig betreut werden. Dem Förderauftrag des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – entsprechend umfasst die Kindertagespflege neben der Betreuung auch die Bildung und Erziehung des betreuten Kindes. Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege wird gesetzlich gleichrangig betrachtet. Eltern können zwischen den verschiedenen Betreuungsformen diejenige auswählen, die ihren Bedürfnissen am besten entspricht.



### Mehr als 10 000 Kinder unter sechs Jahren in öffentlich geförderter Kindertagespflege

Die Tagespflege bietet Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren eine familiennahe Betreuung, bei der die individuellen Bedürfnisse besonders berücksichtigt werden können. Bei der Betreuung in einer Tagespflegestelle mit bis zu fünf Kindern können Gruppenerfahrungen im kleinen, überschaubaren Rahmen gemacht werden. Daher ist vor allem für die Jüngsten die Kindertagespflege eine wichtige Alternative zu Kindertageseinrichtungen. Im Jahr 2010 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 15 681 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. 7 246 Kinder (46 %) waren jünger als drei Jahre und 3 709 Kinder (24 %) im Alter von drei bis unter sechs Jahren.

### 91 % der Tagespflegepersonen mit erfolgreich abgeschlossenem Qualifizierungskurs

Um eine gezielte Entwicklungs- und Sprachförderung von Anfang an auch im Rahmen der öffentlich geförderten Kindertagespflege zu gewährleisten, müssen qualifizierte Tagespflegepersonen zur Verfügung stehen. Seit dem Jahr 2007 erfolgt die Qualifizierung für angehende Tagesmütter und -väter<sup>1</sup> verpflichtend anhand eines Qualifizierungskonzepts, das vom Landesjugendamt zusammen mit dem Landesverband der Tagesmüttervereine Baden-Württemberg e.V. entwickelt wurde. Dabei wurde der Umfang der Grundqualifizierung inzwischen ausgeweitet und beträgt ab 2011 mindestens 160 Unterrichtseinheiten. Ein wichtiger Schwerpunkt der Qualifizierung liegt auf dem Thema »Förderung von Kindern mit Blick auf Erziehung, Bildung und Betreuung«. Im März 2010 hatten 5 936 der 6 416 in der öffentlich geförderten Kindertagespflege Tätigen (93 %) einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege erfolgreich absolviert. 2 019 Tagespflegepersonen (31 %) hatten zusätzlich einen fachpädagogischen Berufsabschluss.

<sup>1</sup> Im Jahr 2010 waren von 6 416 Tagespflegepersonen nur 88 Tagesväter.



## C 2 Personal an Kindertageseinrichtungen und dessen Ausbildung

### C 2.1 Personal an Kindertageseinrichtungen

#### Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen fast ausschließlich weiblich

In den Kindertageseinrichtungen waren im Jahr 2010 insgesamt 63 703 Personen beschäftigt, davon waren 54 485 im pädagogischen Bereich tätig, 8 079 für hauswirtschaftliche und technische Aufgaben sowie 1 139 für Verwaltung oder als freigestellte Einrichtungsleitung eingesetzt. Da nur rund 40 % der Beschäftigten 39 oder mehr Wochenstunden arbeiten, ist die rechnerische Zahl an Vollzeitstellen wesentlich geringer. Beim pädagogischen Personal errechnet sich, bezogen auf eine rechnerische Arbeitszeit von 39 Wochenstunden, ein Wert von 45 091 Vollzeitäquivalenten.

In Kindertageseinrichtungen sind – ähnlich wie in der Kindertagespflege – überwiegend Frauen beschäftigt. Beim pädagogischen Personal beträgt deren Anteil

über 97 %: Nur 1 609 Männer sind in Kindertageseinrichtungen tätig. Die Alterszusammensetzung des pädagogischen Personals zeigt folgendes Bild (Grafik C.2.1 (G1)): 17 % der Beschäftigten sind jünger als 25 Jahre. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Der Anteil der 25- bis unter 40-Jährigen hat seit 2006 leicht abgenommen und liegt nun bei 35 %. Die Altersgruppe der 40- bis unter 55-Jährigen weist dagegen einen relativ konstanten Anteil von 39 % auf. Der Anteil der 55-Jährigen und Älteren hat sich in den letzten Jahren erhöht und liegt nun bei rund 8 %.

#### Drei Viertel des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen haben eine Erzieherausbildung

In Baden-Württemberg dominiert beim pädagogischen Personal in den Kindertageseinrichtungen traditionell die Erzieherausbildung: 74 % haben die Erzieherausbildung an einer Fachschule absolviert (Grafik C.2.1 (G2)). Die Kinderpfleger sind mit 11 % aller Beschäftigten die zweitgrößte Gruppe. Alle anderen Berufsausbildungen sind nur mit sehr geringen Anteilen vertreten. Der Anteil von Personen mit einer Hochschul- oder Fachhochschulausbildung liegt bei rund 2 %.

#### Verbesserung der personellen Ausstattung von Kindertageseinrichtungen bis 2012

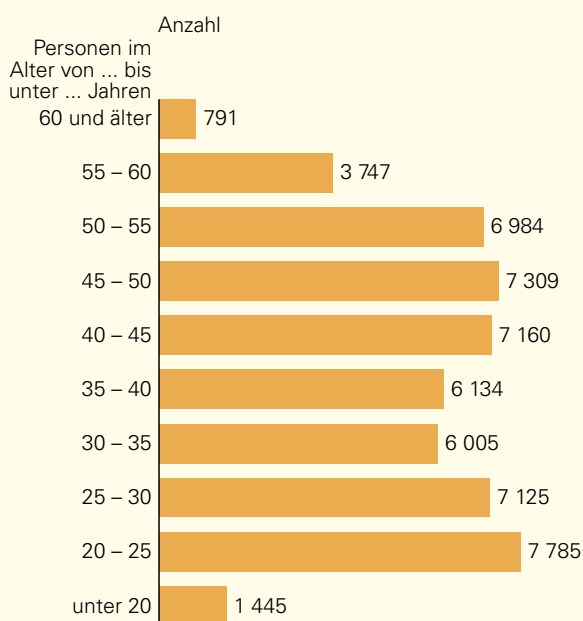
Die personelle Ausstattung von Kindertageseinrichtungen wird bis zum Jahr 2012 verbessert werden. Das Land Baden-Württemberg und die kommunalen Landesverbände haben sich am 24.11.2009 in einer politischen Übereinkunft darauf geeinigt, dass in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen der Personalschlüssel bis zum Jahr 2012 wie folgt erhöht wird:

- in Kindergärten mit verlängerter Öffnungszeit um 0,2 Stellen (in zwei Stufen bis 2011),
- in allen anderen Betriebsformen um 0,3 Stellen (in drei Stufen bis 2012).

Die konkrete Umsetzung dieser Vereinbarung erfolgte durch die »Verordnung des Kultusministeriums über den Mindestpersonalschlüssel und die Personalanforderung in Kindergärten und Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen«, die am 10.12.2010 in Kraft getreten ist.

#### C 2.1 (G1)

#### Altersstruktur des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg 2010



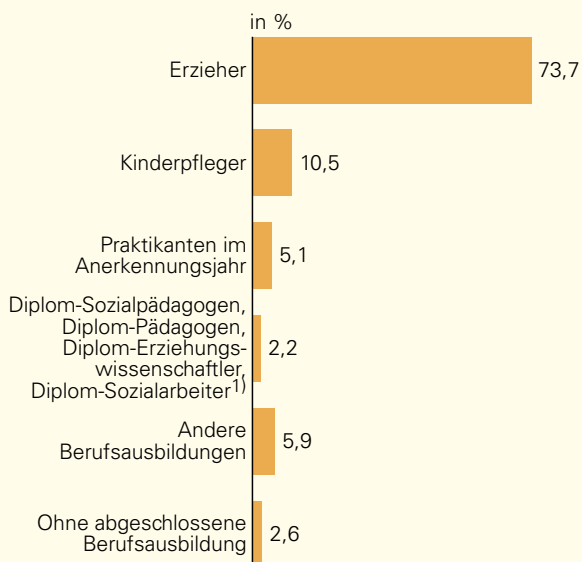
Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

154 11

**C 2.1 (G2)**

**Berufsausbildungsabschlüsse des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg 2010**



1) Diplom-Pädagogen, Diplom-Sozialpädagogen, Diplom-Erziehungswissenschaftler (Universität und vergleichbarer Abschluss), Diplom-Sozialpädagogen, Diplom-Sozialarbeiter (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss).

Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

re Bildungsabschluss und mit der Neukonzeption, die zum Schuljahr 2003/04 in Kraft getreten ist, der erfolgreiche Abschluss des einjährigen Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik.

**Nahezu flächendeckendes Angebot**

In 39 der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs wird mindestens an einer Fachschule für Sozialpädagogik – Berufskolleg die Ausbildung zum Erzieher angeboten. Die Standorte der Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik entsprechen diesen Standorten weitgehend. Lediglich in vier Landkreisen gibt es keine Einrichtung mit einem der beiden Bildungsgänge (Grafik C 2.2 (G1)). Jugendliche aus diesen Landkreisen besuchen in der Regel die Einrichtungen der nahegelegenen Stadtkreise. Umgekehrt verhält es sich mit dem Stadtkreis Baden-Baden. Angehende Erzieher aus diesem Stadtkreis werden im umliegenden Landkreis Rastatt ausgebildet.

Im Schuljahr 2009/10 wurden 5 785 Schüler an den 61 Fachschulen für Sozialpädagogik – Berufskolleg ausgebildet, das sind 176 Schüler mehr als im vorangegangenen Schuljahr (Grafik C 2.2 (G2)). Im Schuljahr 1998/99 ist in diesen Einrichtungen mit 6 027 Schülern ein Höhepunkt erreicht worden, seit dem schwankte die Zahl der angehenden Erzieher zwischen 5 500 und 6 000.

**C 2.2 Ausbildung des Personals an Kindertageseinrichtungen**

Mit rund 90 % stellten ausgebildete oder in der Endphase der Ausbildung befindliche Erzieher und Kinderpfleger den größten Anteil an pädagogischem Personal in den Kindertageseinrichtungen des Landes (siehe Kapitel C 2.1). Durch den geplanten Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder und der Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertageseinrichtungen wird der Bedarf an pädagogischem Personal voraussichtlich deutlich ansteigen. Auch die Anforderungen an deren Tätigkeit haben sich verändert, eine entsprechende Qualifizierung des Personals ist notwendig.

**Ausbildung Erzieher an Berufskollegs**

Drei Viertel des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen haben eine Ausbildung zum Erzieher absolviert. Die Ausbildung zum Erzieher findet in Baden-Württemberg an den Fachschulen für Sozialpädagogik – Berufskollegs statt, sie dauert in der Regel drei Jahre. Nach dem Durchlaufen der zweijährigen Fachschule für Sozialpädagogik steht ein einjähriges Anerkennungspraktikum. Voraussetzungen sind der mittlere

Wie bei den Kindertageseinrichtungen werden auch die Schulen zur Ausbildung in erzieherischen Berufen häufig traditionell in freier Trägerschaft geführt. Nahezu die Hälfte der 5 785 Schüler in der Erzieherausbildung wurde an den 29 privaten Fachschulen für Sozialpädagogik unterrichtet (Tabelle C 2.2 (T1) im Anhang). Viele dieser privaten Schulen sind – wie auch viele Kindertageseinrichtungen – konfessionell gebunden. Bis zum Schuljahr 1993/94 hatten die privaten Schulen noch mehr Teilnehmer als die öffentlichen, seitdem wurden an öffentlichen Schulen jeweils geringfügig mehr Erzieher ausgebildet.

**Erziehung ist eine weibliche Domäne**

Das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen besteht weit überwiegend aus Frauen. Auch die Schülerschaft der angehenden Erzieher ist fast ausschließlich weiblich. Im Schuljahr 2009/10 war nicht einmal jeder zehnte Schüler an den Fachschulen für Sozialpädagogik männlich. Dennoch ist der Anteil junger Männer an diesen Einrichtungen in den letzten zehn Jahren tendenziell angestiegen. Zur Jahrtausendwende waren lediglich gut 3 % der Teilnehmer junge Männer. Die Wahrscheinlichkeit von Kindern, in ihrem Kindergarten oder Hort auf einen männlichen

C 2.2 (G1)

### Standorte beruflicher Schulen zur Ausbildung in der Erziehung in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

- Berufskolleg für Praktikanten Sozialpädagogik
- Berufskolleg – Fachschule für Sozialpädagogik
- Berufsfachschulen für Kinderpflege
- Zusatzqualifikation Erziehung – Schulfremdenprüfung
- Zusatzqualifikation Erziehung – Weiterbildung
- Zusatzqualifikation Kinderpflege – Schulfremdenprüfung



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-002  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



Erzieher zu treffen, bleibt damit wohl auch zukünftig eher gering.

Sozialpädagogik neu eingetretenen Schüler verfügen über einen Realschulabschluss oder die Fachschulreife.

### Ausländische Erzieher sind eher selten

Vor allem in großstädtischen Einrichtungen sind Kinder unterschiedlichster Nationalitäten in den Kindertageseinrichtungen in einer Gruppe. Geringe oder noch nicht vorhandene Deutschkenntnisse der Kinder erschweren hier häufig die Integration dieser Kinder. Im Zuge des Orientierungsplans ist die Sprachförderung eine vordringliche Aufgabe der Erzieher geworden. Für ausländische Jugendliche scheint der Erzieherberuf allerdings eher weniger attraktiv zu sein. Im Schuljahr 2009/10 hatten nahezu 6 % der Auszubildenden an den Fachschulen für Sozialpädagogik eine ausländische Staatsangehörigkeit. In den letzten zehn Jahren lag der Ausländeranteil bei den angehenden Erziehern konstant um 5 %.

### Gut ein Drittel erwarb zusätzlich die Fachhochschulreife

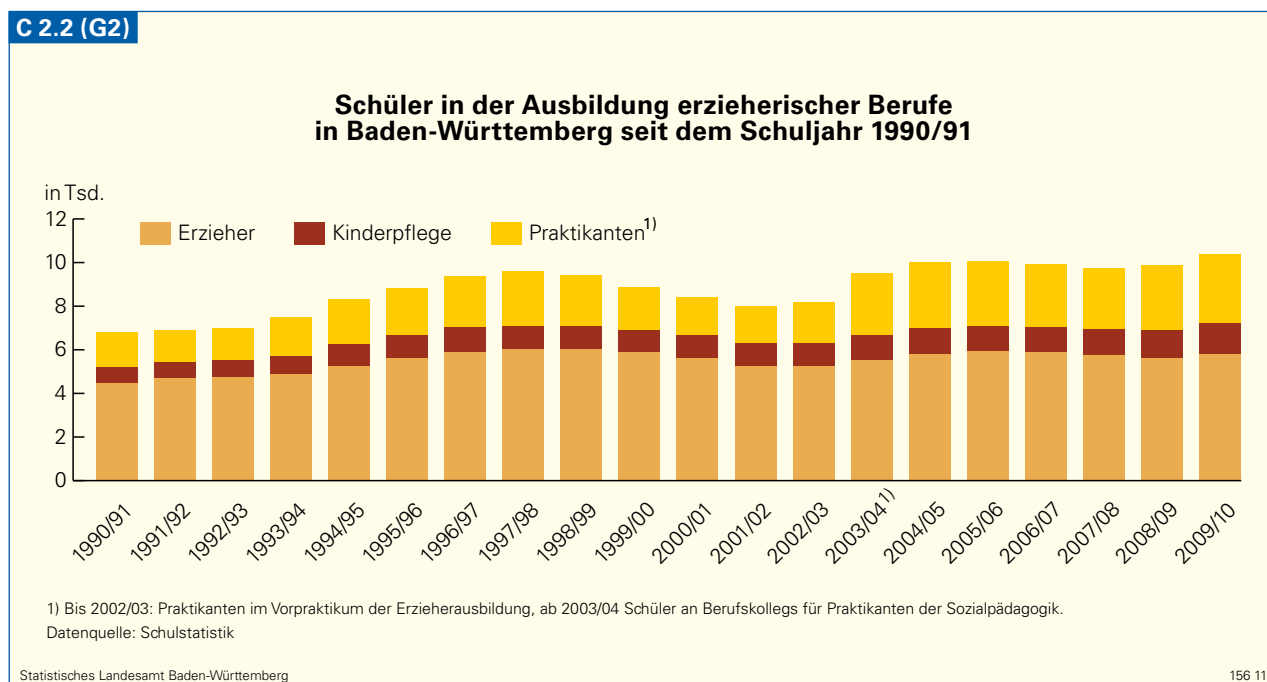
Im Jahr 2009 konnten rund 90 % der 2 863 Abgänger ihre Ausbildung zum Erzieher erfolgreich abschließen. Mit der Neukonzeption der Erzieherausbildung zum Schuljahr 2003/04 haben angehende Erzieher die Möglichkeit, durch den Besuch von Zusatzunterricht die Fachhochschulreife abzulegen. Gut ein Drittel der Absolventen haben diese auch erworben.

### Mittlerer Abschluss ist Voraussetzung

Im Schuljahr 2009/10 begannen 3 025 Schüler die Ausbildung zum Erzieher an einer Fachschule für Sozialpädagogik. Damit stieg die Zahl der Anfänger gegenüber dem Vorjahr um gut 170 an. Die schulische Vorbildung der neu eingetretenen Schüler orientiert sich an dem in der Ausbildungsverordnung geforderten Abschlüssen. Gut 88 % der an Fachschulen für

### Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik ersetzen Vorpraktikum

Voraussetzung für die Erzieherausbildung ist neben dem mittleren Abschluss das einjährige Berufskolleg für Praktikanten der Sozialpädagogik. Dieses wurde mit der Neuordnung der Erzieherausbildung im Schuljahr 2003/04 eingeführt und ersetzt den bisherigen Berufsschulunterricht während des Vorpraktikums (Tabelle C.2.2 (T1) im Anhang). Im Schuljahr 2009/10 besuchten 3 136 Teilnehmer die 63 Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik, davon wurden gut 44 % an einer privaten Einrichtung unterrichtet. Der Frauenanteil lag bei gut 88 %. Der Ausländeranteil bei



den Praktikanten war mit knapp 7 % etwas höher als an den Fachschulen für Sozialpädagogik.

### Private Einrichtungen bei der Kinderpflegeausbildung eher selten

Jeder neunte Beschäftigte der Kindertageseinrichtungen des Landes hatte eine Ausbildung zur Kinderpflegekraft absolviert. Kinderpfleger können als Zweitkraft im Sinne des Kindergartengesetzes in Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden oder wirken in Haushalten bei der Erziehung, Bildung, Pflege und Betreuung von Kindern mit. Die dreijährige Ausbildung wurde zum Schuljahr 2007/08 überarbeitet. Sie gliedert sich in zwei Jahre Unterricht an der Berufsfachschule, dem ein einjähriges Berufspraktikum in einer Kindertageseinrichtung oder in einer Familie folgt. Zugangsvoraussetzung ist grundsätzlich der Hauptschulabschluss oder der Nachweis eines gleichwertigen Bildungsstands.

An den 30 Berufsfachschulen für Kinderpflege wurden zum Schuljahr 2009/10 insgesamt 1 453 Schüler ausgebildet. Das waren so viele wie nie zuvor (Grafik C 2.2 (G2)). Im vorangegangenen Schuljahr waren es 168 weniger. Schulen zur Ausbildung in erzieherischen Berufen werden traditionell in freier Trägerschaft geführt. Angehende Kinderpfleger haben allerdings nur einen geringen Anteil an »Privatschülern«. In diesem Bildungsgang besuchte nicht einmal jeder fünfte Schüler eine der sechs Privatschulen (Tabelle C 2.2 (T1) im Anhang). An den Berufsfachschulen für Kinderpflege sind mit gut 5 % nur vereinzelt männliche Auszubildende anzutreffen. Hingegen lag der Ausländeranteil an diesen Einrichtungen mit nahezu 14 % deutlich höher als an den Fachschulen für Sozialpädagogik.

### Fort- und Weiterbildung an »Berufsfachschulen zum Erwerb von Zusatzqualifikationen« möglich

Um den steigenden Bedarf an qualifiziertem pädagogischem Personal gerecht zu werden, wurde an den »Berufsfachschulen zum Erwerb von Zusatzqualifikationen« zum Schuljahr 2009/10 neue Bildungsgänge im Fachbereich Erziehung eingerichtet. In zweijährigem Teilzeitunterricht können die Teilnehmer unter dem Schwerpunkt »Vorbereitung Erziehung« oder »Vorbereitung Kinderpflege« wählen und sich so berufsbegleitend auf die entsprechende Schulfremdenprüfung vorbereiten. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 244 Schüler den Schwerpunkt Erzieherausbildung – Schulfremdenprüfung und 53 Teilnehmer den Schwerpunkt Kinderpflege – Schulfremdenprüfung. Der Bildungsgang mit Schwerpunkt »Erziehung – Weiterbildung« soll staatlich anerkannte Erzieher und Wiedereinsteiger speziell auf die professionelle pädagogische Arbeit mit Kindern unter drei Jahren vorbereiten. Für diese Weiterbildung haben sich 713 Erzieher entschieden.

### Ausbildungsangebote im Hochschulbereich werden ausgebaut

Zunehmend werden auch in Baden-Württemberg Ausbildungsgänge für den Bereich »Frühkindliche Bildung und Erziehung« an Hochschulen angeboten. Zum Wintersemester 2009/10 waren an den sechs Pädagogischen Hochschulen des Landes und an drei Fachhochschulen – zum Teil in Kooperation mit Pädagogischen Hochschulen – mehr als 500 Studienanfängerplätze für diesen Bereich eingerichtet worden.

## C 3 Förderung im frühkindlichen Bereich

Kindergärten, Tageseinrichtungen für altersgemischte Gruppen und Einrichtungen zur Kleinkindbetreuung haben den Auftrag, die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern. Ihre Aufgabe ist es zudem, die Erziehung und Bildung des Kindes in der Familie zu unterstützen und zu ergänzen und zu einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung beizutragen<sup>3</sup>. Die Kinder halten sich für einen Teil des Tages oder ganztägig in der Einrichtung auf und werden in Gruppen gefördert. Kindertageseinrichtungen können sich in öffentlicher oder privater Trägerschaft befinden.

### C 3.1 Förderspektrum in Kindertageseinrichtungen

In den letzten Jahren sind die Bildungs- und Förderangebote im frühkindlichen Bereich weiterentwickelt worden. Grafik C 3.1 (G1) zeigt hierzu einen Überblick.

3 Gesetz über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz – KiTaG) vom 19. März 2009. §§ 1, 2a, 8 und 9 geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 2010.

### Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Kindergärten

Die grundlegenden Ziele frühkindlicher Erziehung und Bildung werden durch den *Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen*<sup>4</sup> präzisiert. Er bietet Impulse für die pädagogische Begleitung der kindlichen Entwicklung im Alter zwischen drei und sechs Jahren, knüpft an die Bildungsprozesse an, die bereits vor der Kindergartenzeit einsetzen und nimmt auch die Bildungsbiografie danach in den Blick. Die Ziele des Orientierungsplans sind verbindlich, über die Umsetzungswege entscheiden die Kindertageseinrichtungen zusammen mit den Trägern. Aus dem Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des

4 Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen schließt auch Kinderkrippen und vorschulische Einrichtungen wie Schulkindergärten für behinderte Kinder und Grundschulförderklassen für zurückgestellte Kinder und Präventivklassen ein.

C 3.1 (G1)

#### Weiterentwicklung frühkindlicher Bildungsangebote

Orientierungsplan Kindergarten

Neue Erzieherausbildung  
Studiengänge Frühpädagogik

Kooperation beim Übergang  
Kindergarten – Grundschule

Neue Einschulungsuntersuchung  
und Sprachstandsdiagnose

Kindertageseinrichtungen

Modellprojekte:  
● Schulreifes Kind  
● Bildungshaus Drei- bis Zehnjährige

Förderangebote:  
● Sag' mal was  
● Intensive Sprachförderung im Kindergarten (ISK)  
● Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (HSL)

Orientierungsplans<sup>5</sup> geht hervor, dass im Referenzjahr 2008 mehr als 90 % der Erzieher den Plan in unterschiedlichen Graden umsetzten. Rund 7 000 der 8 004 Kindertageseinrichtungen richteten ihre pädagogische Arbeit in unterschiedlichem Maße an den Rahmenvorgaben des Orientierungsplans aus. Etwa 90 % der rund 38 000 Erzieher haben an Fortbildungen zur Umsetzung des Orientierungsplans teilgenommen.

Die Stärkung des Bildungsauftrags in Kindertageseinrichtungen ist mit neuen Anforderungen an das Berufsbild »Erzieher« verbunden, die eine Neukonzeption der Ausbildung erforderten (Daten zum Personal in Kindertageseinrichtungen siehe **Kapitel C 2**). Seit dem Schuljahr 2003/04 wird dieses Ausbildungskonzept umgesetzt. Themenschwerpunkte bilden dabei die Förderung kindlicher Bildungsprozesse einschließlich der Sprachförderung und des Erforschens naturwissenschaftlicher Phänomene, die Unterstützung von Kindern in besonderen Lebenssituationen und die Kooperation mit der Grundschule.

An den sechs Pädagogischen Hochschulen des Landes und an drei Fachhochschulen werden Studiengänge im Bereich Frühpädagogik angeboten, die die Absolventen etwa für beratende und leitende Aufgaben in Bildungseinrichtungen des Elementarbereichs qualifizieren.

### Kooperation Kindertageseinrichtung – Grundschule

Ein gelingender Übergang in die Schule wird durch intensive Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule gefördert. Diese Zusammenarbeit ist seit dem Jahr 2002 durch die Verwaltungsvorschrift »Kooperation Kindertageseinrichtungen – Grundschule«<sup>6</sup> geregelt. Alle Fachkräfte, die für die Entwicklung des Kindes Verantwortung tragen, sollen dabei in Absprache mit den Erziehungsberechtigten zusammenarbeiten.

5 Röbe, Edeltraud; Huppertz, Norbert; Füssenich, Iris (2010): Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation zur Implementierung des Orientierungsplans für Erziehung und Bildung in baden-württembergischen Kindergärten (Abschlussbericht – Internetfassung Dezember 2010). <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1279334/2010-12-01%20Abschlussbericht%20Internetfassung.pdf> (Stand: 08.03.2011).

6 Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums und des Sozialministeriums über die Kooperation zwischen Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen (VwV Kooperation Kindertageseinrichtungen – Grundschulen) vom 1. August 2002.

An den vier Regierungspräsidien stehen rund 80 Kooperationsbeauftragte zur Verfügung, die Grundschulen und Kindergärten bei der Einführung des Orientierungsplans und dessen Verknüpfung mit dem Bildungsplan Grundschule beraten und unterstützen. Im Schuljahr 2009/10 wurden dafür 224 Lehrerwochenstunden – acht Deputate – eingesetzt.

### Projekt *Schulreifes Kind* an 245 Standorten im Land

Ziel des Projekts ist das frühzeitige Erkennen von Entwicklungsverzögerungen bereits vor der Einschulung. Zurückstellungen und Klassenwiederholungen sollen vermieden werden. Kindergärten, Grundschulen und ggf. sonderpädagogische Einrichtungen arbeiten beim Erkennen eines möglichen Förderbedarfs und der Förderung der Kinder eng zusammen. Die Förderung umfasst Motorik, Persönlichkeitsentwicklung, Sozialverhalten, Entwicklung von Alltagskompetenzen und emotionaler Kompetenz, Wahrnehmungsschulung, mathematische Entwicklung sowie Konzentration, Ausdauer und Arbeitstempo. Spezifische, über die Zielsetzungen des Orientierungsplans für Kindergärten hinausreichende Fördermaßnahmen werden individualisiert angeboten. Bei Auffälligkeiten im Bereich der Sprachentwicklung und des Spracherwerbs werden die Maßnahmen des Projekts *Schulreifes Kind* mit Sprachförderprogrammen gekoppelt (vgl. **Kapitel C 3.2**).

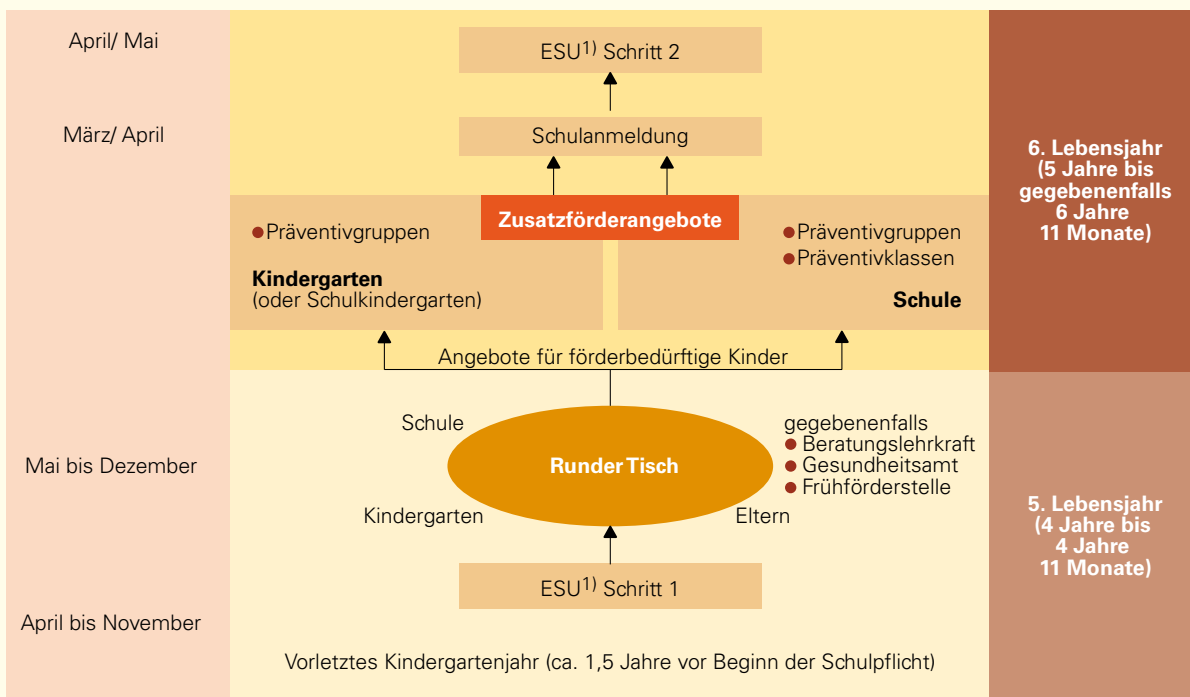
Dieses in Kooperation von Kindergärten und Grundschulen erfolgreiche Vorhaben im Bereich der frühkindlichen Förderung startete im Kindergartenjahr 2006/07 an 50 Modellstandorten mit insgesamt 219 Einrichtungen. 2007/08 wurden weitere 195 Standorte aufgenommen. Damit stieg die Zahl auf nunmehr 245 Modellstandorte mit verschiedenen Modelltypen an insgesamt 857 Einrichtungen. Von diesen sind 592 Kindergärten und 265 Grundschulen. Seit Beginn des Projekts wurden über 10 000 Kinder im Rahmen des Projekts gefördert.

Das Förderverfahren beginnt im vorletzten Kindergartenjahr, 24 bis 15 Monate vor der Einschulung. In diesem Zeitraum wird festgestellt, ob für einzelne Kinder ein zusätzlicher Förderbedarf besteht. Als diagnostische Grundlage hierfür werden die Bildungs- und Entwicklungsfelder des Orientierungsplans für Kindergärten und die von den Gesundheitsämtern durchgeführte Einschulungsuntersuchung herangezogen (Grafik **C 3.1 (G2)**).

Die Förderung im Projekt *Schulreifes Kind* erfolgt entweder im Kindergarten, an der Grundschule oder in Kooperation der beiden Einrichtungen. Ihr Umfang variiert zwischen sechs und höchstens 18 Wochenstunden.

C 3.1 (G2)

Fördernetzwerk Schulreifes Kind



1) ESU = Einschulungsuntersuchung

Datenquelle: Kultusministerium Materialien zum Projekt Schulreifes Kind auf [www.kindergarten-bw.de](http://www.kindergarten-bw.de)

Stand: März 2011

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

150 11

Ziele, Umsetzung und Wirkungen der Fördermodelle an den einzelnen Modellstandorten sind Gegenstand einer wissenschaftlichen Begleitung. Erste Ergebnisse der Begleituntersuchung weisen auf die Wirksamkeit der durchgeführten Fördermaßnahmen hin.<sup>7</sup>

### Ausbau weiterer Elementar- und Primarbereich übergreifender Projekte

Ein weiteres, sich auf den Elementar- wie den Primarbereich beziehendes Modellprojekt ist das *Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige*, das Kindergärten und Grundschulen zu einer durchgängigen Bildungseinrichtung verbindet und damit neue Möglichkeiten im Bereich der frühkindlichen Bildung und Förderung bietet. In den Bildungshäusern sind gemeinsame jahrgangsgemischte Bildungsangebote der Kindergärten

und der Grundschulen ein wesentlicher Bestandteil der Aktivitäten.

Zum Schuljahr 2010/11 wurde zunächst für den vorschulischen Bereich das Programm *Singen-Bewegen-Sprechen* eingeführt. Es setzt neben der Sprachförderung auch Impulse in den Bereichen Singen und Bewegen. Beide Maßnahmen werden im Fenster *Elementar- und Primarbereich übergreifende Projekte* vorgestellt.

### Einschulungsuntersuchung (ESU) nun bereits im vorletzten Kindergartenjahr

Im Kindergartenjahr 2008/09 wurde eine neukonzipierte Einschulungsuntersuchung (ESU) erprobt, die 2009/10 flächendeckend zum Einsatz kam<sup>8</sup>. Die vom Kinder- und Jugendärztlichen Dienst der Gesundheits-

7 Hasselhorn, Marcus; Schneider, Wolfgang; Schöler, Hermann (2010): Erste Wirksamkeitsnachweise der Zusatzförderung im »Schulreifes Kind«; <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1215267/index.html>; Zugriff am 16.01.2011.

8 Vgl. Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Durchführung einer Sprachstandsdiagnose in Verknüpfung mit der Einschulungsuntersuchung vom 18. Dezember 2008.



ämter durchgeführte Untersuchung erfolgt nunmehr in zwei Schritten: In Schritt 1 werden alle Kinder des vorletzten Kindergartenjahrs – die vier- bis fünfjährigen Kinder – auf Entwicklungsauffälligkeiten untersucht. Bei kritischen Befunden erfolgt eine Nachuntersuchung. Kinder, die im Sprachscreening der ESU Auffälligkeiten zeigen, nehmen an einer Sprachstandsdiagnose teil. Bei Bedarf können sie eine anschließende Sprachförderung erhalten. Durch die bereits in das vorletzte Kindergartenjahr vorgezogene und somit 15 bis 24 Monate vor der Einschulung erfolgende Untersuchung bleibt mehr Zeit, um gezielt Fördermaßnahmen einleiten zu können.

Im letzten Kindergartenjahr – bei den fünf- bis sechsjährigen Kindern – erfolgt Schritt 2 der ESU, bei dem in einer Zusammenschau sämtlicher Befunde über die Schulreife bzw. eine mögliche Zurückstellung entschieden oder ggf. eine sonderpädagogische Förderung in Betracht gezogen wird. Ein festgestellter Förderbedarf wird mit den Eltern und – sofern die Eltern ihre Zustimmung geben – mit den pädagogischen Fachkräften besprochen<sup>9</sup>. Grundschule, Kindergarten, Gesundheitsamt und die betroffenen Eltern beraten und entscheiden über den konkreten Förderbedarf. Mögliche Maßnahmen sind Sprachförderung, Schulung der Feinmotorik oder Übungen zur Konzentrationsfähigkeit.

### Bei jedem vierten Kind werden sprachliche Entwicklungsauffälligkeiten festgestellt

Im Jahr 2009 wurden 67 363 Kinder des vorgesehenen Einschulungstermins September 2010 – in der Regel waren dies die im Zeitraum Oktober 2003 bis September 2004 geborenen Kinder<sup>10</sup> – im Rahmen der neukonzipierten ESU untersucht. Dies entspricht einem Anteil von rund 70 % der 93 762 Kindergartenkinder des entsprechenden Alters von vier bis fünf Jahren. 52 % der untersuchten Kinder waren Jungen.

Bei 18 115 Kindern – annähernd 27 % der untersuchten Kinder – wurden im ESU-Schritt 1 Auffälligkeiten in der sprachlichen Entwicklung festgestellt und zur genaueren Abklärung ein Sprachentwicklungstest (SETK 3 – 5) durchgeführt. Je nach Familiensprache des Kindes wurde die Sprachstanddiagnose unterschiedlich

häufig für notwendig erachtet. Während die Sprachentwicklung bei lediglich knapp 17 % der Kinder aus deutschsprachigen Familien durch den SETK abgeklärt werden musste, waren es rund 50 % der aus griechisch oder italienisch sprechenden und 64 % der aus türkisch sprechenden Familien stammenden Kinder.

Bei drei von vier getesteten Kindern wurde ein zusätzlicher, über die Maßnahmen des Orientierungsplans hinausgehender Förderbedarf festgestellt und eine intensive Sprachförderung bzw. sonstige Maßnahmen empfohlen. Auch hier sind je nach Familiensprache Unterschiede feststellbar. Lediglich bei 62 % der mit dem SETK getesteten deutschsprachigen Kinder, jedoch bei 90 % der türkisch- oder italienischsprachigen wurde ein intensiver Förderbedarf festgestellt.<sup>11</sup>

### Insgesamt hat jedes fünfte Kind einen intensiven Sprachförderbedarf

Bei rund 20 % der im Rahmen der ESU untersuchten Kindergartenkinder wurde ein intensiver Sprachförderbedarf diagnostiziert. Deutliche Unterschiede sind beim Vergleich der in den Herkunftsfamilien vorwiegend gesprochenen Sprachen auszumachen. Bezogen auf alle in der ESU untersuchten Kinder hatte nur eines von zehn Kindern mit Familiensprache Deutsch einen intensiven Sprachförderbedarf, bei Kindern aus türkischsprachigen Familien waren es jedoch fast sechs von zehn.

## C 3.2 Sprachförderung

Im vorschulischen Bereich stellen eine Reihe von Projekten und Programmen vielfältige Angebote bereit, die insbesondere die Förderung der Sprachkompetenz in den Blick nehmen. Die wichtigsten sind die Förderprogramme des Landes *Intensive Sprachförderung im Kindergarten (ISK)* in Nachfolge des Programms *Sag' mal was – Sprachförderung für Vorschulkinder der Baden-Württemberg Stiftung und Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (HSL)*.

### Fast 90 000 Vorschulkinder erhielten Sprachförderung durch Projekt *Sag' mal was*

Das Programm *Sag' mal was* der Baden-Württemberg Stiftung nahm Kinder im Vorschulalter in den Blick, die eine intensive Unterstützung beim Spracherwerb

<sup>9</sup> Vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit und Soziales zur Durchführung der Einschulungsuntersuchung (Einschulungsuntersuchungsverwaltungsvorschrift) vom 28. November 2008.

<sup>10</sup> Jeweils rund 1 % der in ESU-Schritt 1 untersuchten Kinder wurden vor dem 1. Oktober 2003 bzw. nach dem 30. September 2004 geboren.

<sup>11</sup> Datenquelle: Öffentlicher Gesundheitsdienst Baden-Württemberg; Auswertung: Landesgesundheitsamt im Regierungspräsidium Stuttgart.

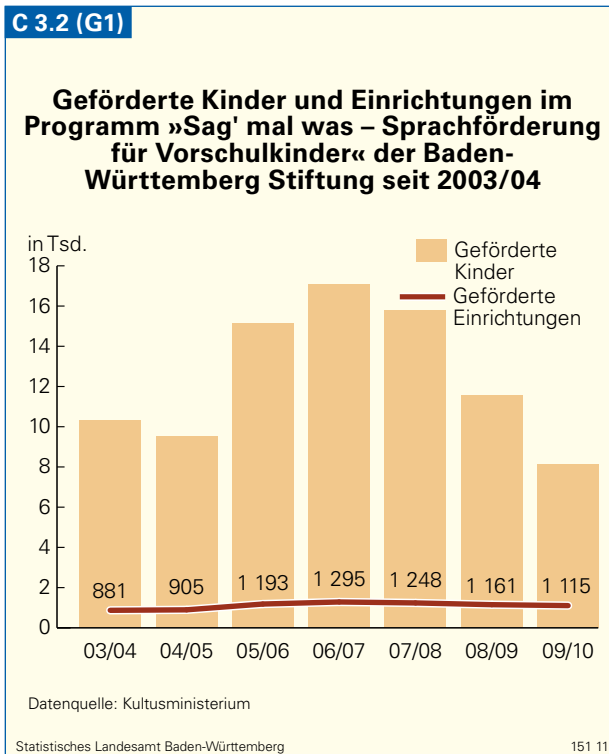
wegen zu geringer Kenntnisse der deutschen Sprache benötigten.

Seit seiner Einführung im Kindergartenjahr 2003/04 hat dieses Programm bis Ende 2009/10 fast 90 000 Kinder in rund 2 000 vorschulischen Tageseinrichtungen erreicht. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder mit Muttersprache Deutsch profitieren von der intensiven Sprachförderung. Im Kindergartenjahr 2009/10 wurden erstmals die Ergebnisse der im Rahmen der Einschulungsuntersuchung durchgeführten Sprachstandsdiagnose für die Förderplanung genutzt. Die Zahl der Fördergruppen variierte seit Bestehen des Programms zwischen rund 1 200 und 1 800. Im Schnitt führten über 90 % der Anträge zu einer Bewilligung.



Die Anzahl der geförderten Kinder stieg von jeweils etwa 10 000 Kindern in den ersten beiden Projektjahren auf einen Höchststand von über 17 000 Kindern im Kindergartenjahr 2006/07 an (Grafik C 3.2 (G1)). Seitdem vollzog sich ein Rückgang – im Kindergartenjahr 2009/10 nahmen nur noch rund 8 100 Kinder an diesem Programm der Sprachförderung teil. Ein Grund hierfür ist möglicherweise eine in jenem Jahr vorgenommene Programmänderung, die zur Folge hatte, dass der Zugang zu den Sprachfördermaßnahmen nur aufgrund der Ergebnisse der Sprachstandserhebung im Rahmen der Einschulungsuntersuchung erfolgen konnte. Hierdurch reduzierte sich die Menge der antragsberechtigten Kinder.

Somit hat 2009/10 ein Anteil von 6 % der insgesamt 135 610 Kinder in Kindergärten im Alter von fünf bis sieben Jahren – bzw. 2 % sämtlicher 354 089 Kinder in Kindergärten – eine über die im Rahmen des Orientierungsplans hinausreichende Maßnahme zur Sprachförderung über das Programm »Sag' mal was« der Baden-Württemberg Stiftung erhalten.



### Programm Intensive Sprachförderung im Kindergarten (ISK) erreicht 2010/11 über 14 000 Kinder

Die Sprachförderung im Kindergarten wird seit dem Kindergartenjahr 2010/11 vom Land übernommen. Das Programm *Sag' mal was* wurde konzeptionell und administrativ weiterentwickelt und unter dem Namen *ISK – Intensive Sprachförderung im Kindergarten* fortgesetzt. Dieses Programm nimmt Kinder im Vorschulalter in den Blick, die zum Beispiel wegen zu geringer Kenntnisse der deutschen Sprache eine intensive Unterstützung beim Spracherwerb benötigen. Die Fördergruppen umfassen zwei bis maximal zehn Kinder.

Die beteiligten Kindertageseinrichtungen entwickeln Angebote, die über die grundlegende Sprachförderung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindergärten hinausgehen. Für das Kindergartenjahr 2010/11 wurden für 14 243 Kinder aus über 2 000 Einrichtungen ISK-Maßnahmen zur Sprachförderung bewilligt. 56 % der geförderten Kinder sind Jungen. 11 777 Kinder hatten einen intensiven Sprachförderbedarf. Insgesamt sprechen 9 055 der geförderten Kinder Deutsch als Zweitsprache.

### Programm Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (HSL) fördert Kinder ab drei Jahren

Kinder mit und ohne Migrationshintergrund ab drei Jahren sowie Schüler – insbesondere von Grundschu-

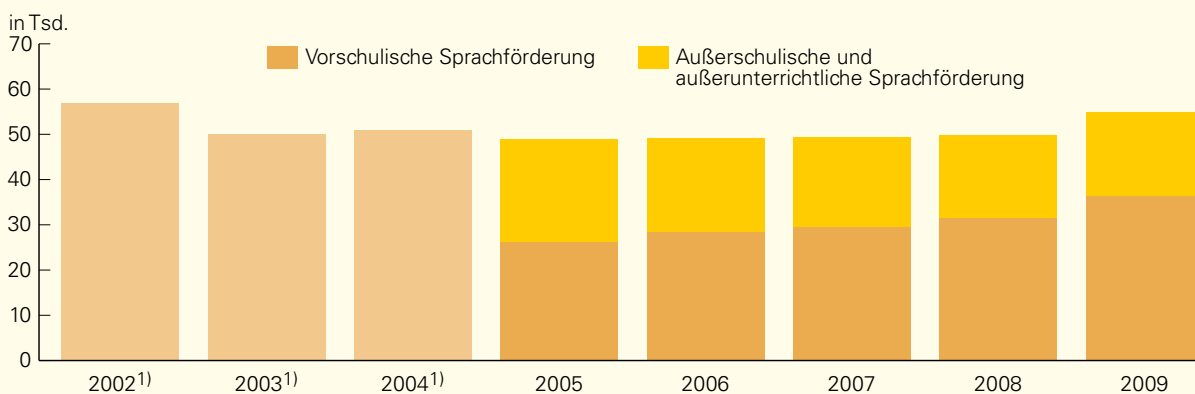
len und Hauptschulen/ Werkrealschulen der Klassenstufen 5 und 6 sowie der Sonderschulen – können Maßnahmen der vorschulischen Sprachförderung und der außerschulischen bzw. außerunterrichtlichen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen<sup>12</sup> erhalten. Zuschüsse für HSL-Maßnahmen können von den infrage kommenden Trägern, etwa Kindergartenträgern, beantragt werden. Über die Förderung der deutschen Sprachkompetenz hinaus sollen durch HSL soziale Kompetenzen gefördert werden.

Im Jahr 2002 wurden rund 57 000 Kinder durch HSL-Maßnahmen gefördert. In der Folgezeit schwankte die Zahl der Förderungen um den Wert 50 000. Ab 2005 wurden die vorschulische Sprachförderung und die außerschulische bzw. außerunterrichtliche Förderung getrennt ausgewiesen. Seit diesem Jahr ist ein starker Zuwachs bei den Kindern im Vorschulalter bei ungefähr gleichbleibender Zahl der Gesamtförderungen zu verzeichnen (Grafik C 3.2 (G2)). 2009 erhielten rund 36 300 Kinder vorschulische Fördermaßnahmen und 18 500 Kinder außerunterrichtliche bzw. außerschulische Angebote im Rahmen von HSL. Die Anzahl der Förderungen insgesamt ist gegenüber dem Jahr zuvor um über 5 100 Maßnahmen angestiegen.

12 Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der vor- und außerschulischen bzw. außerunterrichtlichen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe (HSL-Richtlinien) vom 26. April 2006.

**C 3.2 (G2)**

**Geförderte Kinder im Programm »Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen« (HSL) in Baden-Württemberg seit 2002**



1) Vorschulische und außerschulische/-unterrichtliche Sprachförderung wurden erst ab 2005 getrennt ausgewiesen.  
Datenquelle: Kultusministerium

## Elementar- und Primarbereich übergreifende Projekte

### Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige

Das Modellprojekt *Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige* verzahnt Kindergarten und Grundschule zu einer durchgängigen Bildungseinrichtung für Kinder dieser Altersgruppe, in der Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens und Spielens bereitgestellt werden.<sup>1</sup> Das Konzept zielt darauf ab, Bildungsverläufe möglichst individualisiert zu gestalten. Dadurch können auch problematische Eingriffe in die Bildungsbiografie, wie Zurückstellungen vom Schulbesuch und Klassenwiederholungen vermieden werden. Durch die Orientierung an den Potenzialen des einzelnen Kindes ermöglicht das Projekt Kontinuität in dieser Phase der Bildungsbiografie. Die im Projekt *Schulanfang auf neuen Wegen* erprobte flexible Einschulung wurde ebenso wie das jahrgangsübergreifende Lernen in das Konzept integriert.

Die Bildungshäuser starteten mit dem Schuljahr 2007/08. Im Schuljahr 2009/10 waren insgesamt 33 Bildungshäuser – 33 Grundschulen mit 195 Klassen und 49 Kindergärten – an diesem Konzept der intensiven Kooperation beteiligt. Das Land, die kommunalen Landesverbände, die Kirchen und die sonstigen freien Träger unterstützen die Modelleinrichtungen. So wurden 2009/10 den Grundschulen der Modellstandorte 585 Lehrerwochenstunden zusätzlich zur Verfügung gestellt.

156 weitere Bildungshäuser können ab dem Jahr 2011 in das Modellprojekt neu aufgenommen werden. Gemessen an den aktuell bestehenden Standorten zeichnet sich damit eine Versechsfachung dieses Angebots der frühkindlichen Förderung ab.

### Pädagogische Konzeption

Im Vordergrund steht die intensive Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule. Beide Einrichtungen gestalten wesentliche Teile ihres Bildungsangebots gemeinschaftlich und institutionsübergreifend, wobei Lehrkräfte und Fachkräfte der beteiligten Einrichtungen gleichermaßen eingebunden sind. Kindergarten und Grundschule bleiben jedoch in ihren Strukturen als eigenständige Institutionen erhalten.

#### C 3.2

#### Leitgedanken der Bildungshäuser

Das Kind steht im Mittelpunkt der frühkindlichen Bildung und der Bildung in der Grundschule. Seine Bildungsbiografie soll kontinuierlich und möglichst bruchlos erfolgen.

Kinder lernen in altersgemischten Gruppen miteinander und voneinander.

Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit dem Elternhaus wird intensiviert.

Erzieherinnen und Lehrkräfte bilden ein Team. Sie arbeiten eng zusammen und lernen voneinander.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

153 11

Die Basis für die Arbeit im Bildungshaus bilden einerseits der Orientierungsplan für Kindergärten und andererseits der Bildungsplan für die Grundschule, die aufeinander abgestimmt sind. Gemeinsame jahrgangsgemischte Bildungsangebote sind Bestandteil der Aktivitäten der beteiligten Einrichtungen. Dabei wird das Konzept *Schulreifes Kind* in die Förderplanung integriert.

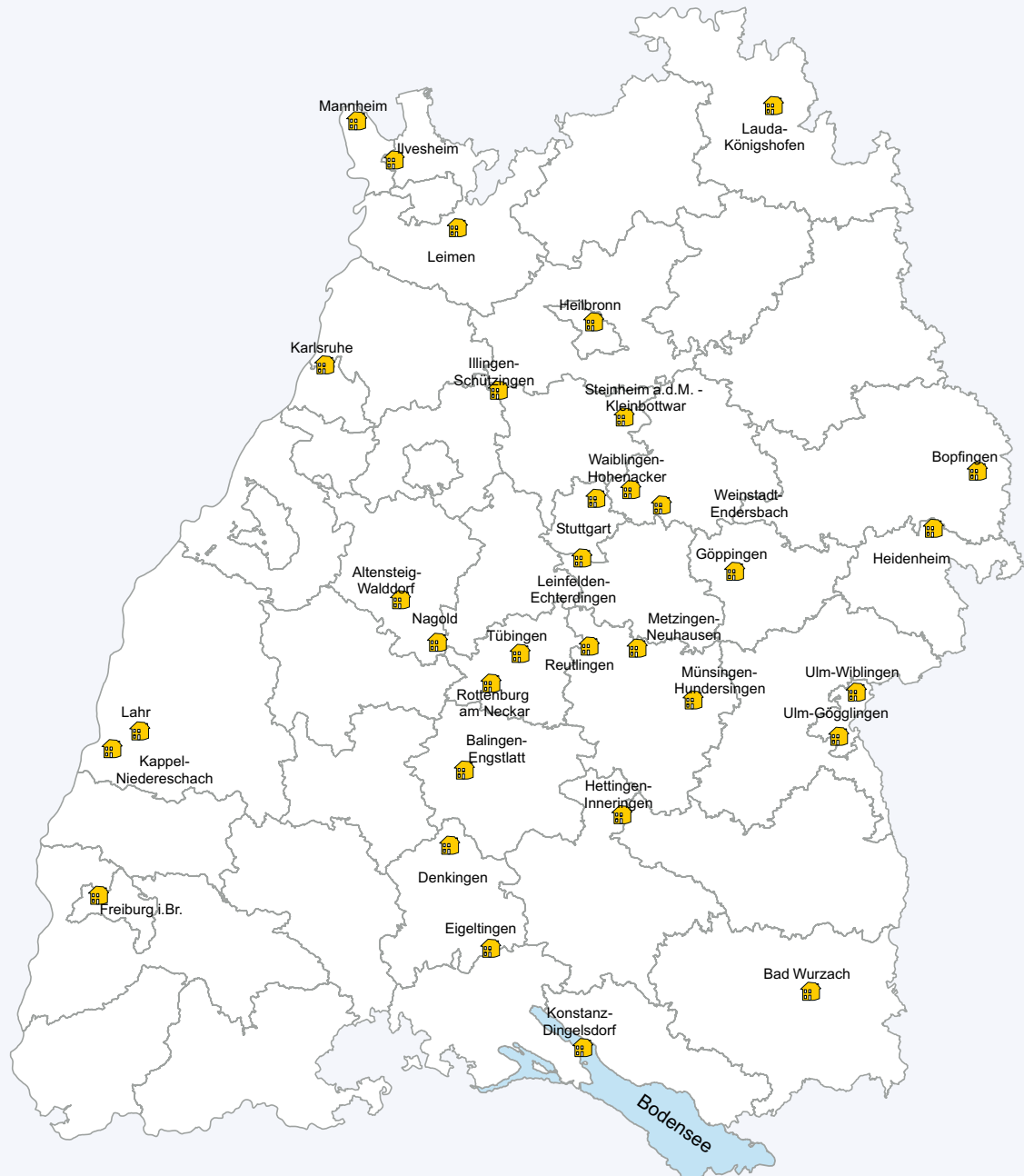
### Schwerpunktsetzungen

Die Bildungshäuser arbeiten mit fünf unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen. Der Schwerpunkt »Weltwissensvitrinen« ermöglicht Kindern die intensive Beschäftigung mit Alltagsgegenständen, die nicht in

1 [www.kindergarten-bw.de](http://www.kindergarten-bw.de); Zugriff am 18.02.2011

C 3.2

Standorte des Modellprojekts »Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige« 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-011  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



allen Elternhäusern vorhanden sind. Im Schwerpunkt »Klassische Musik« arbeiten die Bildungshäuser unter anderem mit Künstlern zusammen. Weitere Schwerpunktsetzungen sind die Themen »Jahrgangsübergreifendes Lernen«, »Museum«, »Schulanfang auf neuen Wegen« und »Schulreifes Kind«.

Fünf Bildungshäuser (Arnach, Eigeltingen, Karlsruhe, Ulm-Wiblingen und Weinstadt-Endersbach) stehen interessierten Pädagogen und weiteren Personengruppen als Konsultationsstandorte zur Verfügung. Ein in vier Bausteine gegliedertes Fortbildungs- und Qualifizierungskonzept ist in das Modellprojekt integriert. Bislang wurden drei Fortbildungen mit insgesamt 230 Teilnehmern durchgeführt. *Durch das Transferzentrum für Neurowissenschaften und Lernen* in Ulm erfolgt eine wissenschaftliche Begleitung.

### Singen-Bewegen-Sprechen

Das im Schuljahr 2010/11 implementierte Bildungsangebot mit musikalischem Schwerpunkt richtet sich an Kinder in Kindergärten und an Grundschulen. Es zielt auf eine ganzheitliche Entwicklungsförderung und setzt Impulse in den Bereichen Singen, Bewegen und Sprechen. Das Programm nimmt zunächst die Kinder der zwei letzten Kindergartenjahre in den Blick. Ab 2012 wird es – den altersgemäßen Voraussetzungen der Kinder entsprechend weiterentwickelt – auf alle Klassenstufen der Grundschule ausgeweitet. Ausgebildete musikpädagogische Fachkräfte arbeiten dabei eng mit Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen, später auch mit Lehrkräften der beteiligten Grundschulen zusammen. Kooperationspartner sind Musikschulen und Vereine der Laienmusik. Die Bildungsangebote umfassen pro Schuljahr bzw. Kindergartenjahr mindestens 36 pädagogische Einheiten.

Für das Schuljahr 2010/11 wurden mit rund 1 000 Gruppen Kooperationsvereinbarungen getroffen, die insgesamt 20 000 Kinder erreichen – dies entspricht etwa einem Fünftel eines Kindergartenjahrgangs.

## C 4 Grundschulförderklassen und Schulkindergärten

Als weitere vorschulische Einrichtungen sind die Grundschulförderklassen zu nennen. Hier werden Kinder im schulpflichtigen Alter, die vom Schulbesuch zurückgestellt sind, in ihrer Entwicklung so gefördert, dass eine Aufnahme in die Grundschule möglich wird. Schulpflichtige Kinder mit Behinderungen, die aufgrund ihrer Behinderung vom Schulbesuch zurückgestellt sind, sowie behinderte Kinder im Vorschulalter, deren Förderung an allgemeinen Kindergärten nicht optimal gewährleistet werden kann, werden in Schulkindergärten entsprechend ihrer Bedürfnissen gefördert.

### Rund 4 000 Kinder in Grundschulförderklassen

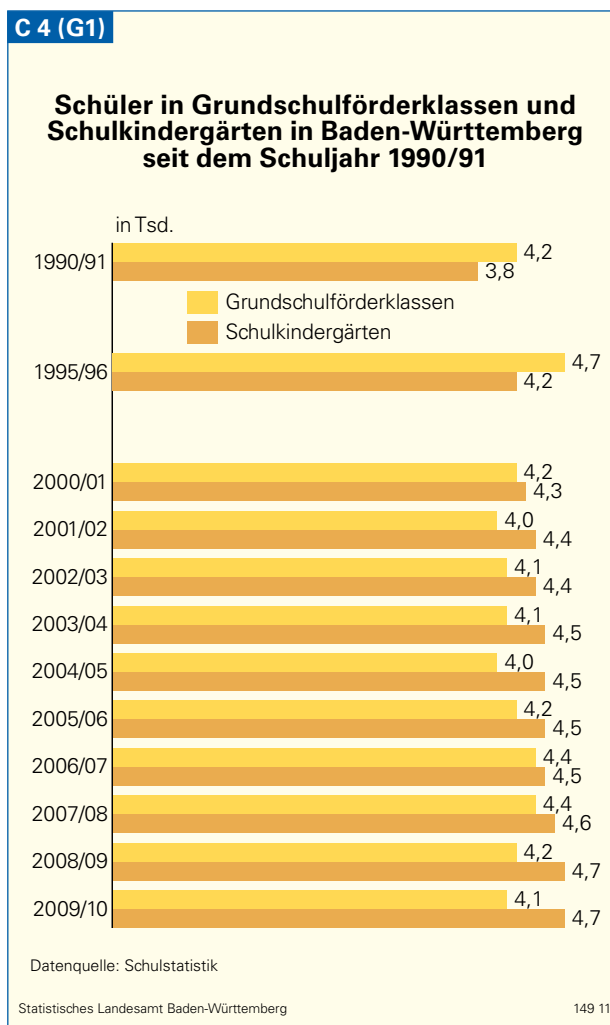
Im Schuljahr 2009/10 wurden in Baden-Württemberg 4 061 Kinder in Grundschulförderklassen betreut. Damit setzte sich der leicht absteigende Trend des Vorjahres fort (Grafik C 4 (G1)). Seit dem Schuljahr 2000/01 liegt die Zahl der Kinder in Grundschulförderklassen bei rund 4 000. Mit einem Anteil von rund 66 % waren Jungen deutlich in der Überzahl gegenüber Mädchen (Tabelle C 4 (T1) im Anhang). Knapp ein Viertel der Kinder (23 %) besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit.

An den 242 Standorten an öffentlichen Schulen bestanden 287 Klassen, in denen im Mittel 14,1 Kinder betreut wurden. Die durchschnittliche Klassengröße reichte von 8,5 Kindern im Stadtkreis Heilbronn bis zu 20 Kindern im Kreis Heidenheim und im Enzkreis.

Von insgesamt 675 Personen des Lehr- und Erziehungspersonals waren fast zwei Drittel (61 %) Lehrkräfte und 30 % Erzieher. 93 % des pädagogischen Personals war weiblich. Nur 23% der Beschäftigten waren in Vollzeit tätig.

### Zwei Drittel der Kinder in Schulkindergärten sind Jungen

In 249 öffentlichen und privaten Schulkindergärten wurden im Schuljahr 2009/10 insgesamt 4 699 Kinder in 712 Gruppen betreut (Grafik C 4 (G1)). Seit dem Schuljahr 2000/01 ist hier eine leichte Steigerungstendenz zu verzeichnen. Mit einem Anteil von rund 67 %



wurden auch diese Einrichtungen deutlich häufiger von Jungen als von Mädchen besucht (Tabelle C 4 (T1) im Anhang). Der Ausländeranteil lag mit 11 % deutlich unter dem der Grundschulförderklassen.

Die Förderung und Betreuung erfolgt in Kleingruppen, die im Landesdurchschnitt 6,6 Kinder umfassten. Die Mehrzahl der Kinder besuchte einen Schulkindergarten für sprachbehinderte Kinder (30 %), einen Schulkindergarten für geistig behinderte Kinder (27 %) oder einen Schulkindergarten für körperbehinderte Kinder (27 %). Deutlich weniger Kinder wurden in einem Schulkindergarten für hörgeschädigte Kinder (5 %), in einem Schulkindergarten für lernbehinderte Kinder (4 %) oder in einem Schulkindergarten für blinde bzw. sehbehinderte Kinder (1 %) betreut.

## C 5 Sonderpädagogische und interdisziplinäre Frühförderung

Der Frühförderung kommt eine wichtige Funktion im Gesamtgefüge der Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder zu. Mit sonderpädagogischen, heilpädagogischen und therapeutischen Maßnahmen zielt sie darauf ab, die direkten oder indirekten Auswirkungen einer Schädigung oder Erkrankung auf die Entwicklung des Kindes zu verhindern, zu mildern oder auszugleichen.

Die Struktur der Frühförderung in Baden-Württemberg ist stark dezentralisiert, wobei die beteiligten Einrichtungen kreisbezogene, kreisübergreifende oder landesweite Zuständigkeitsbereiche haben. In der praktischen Frühförderarbeit kommt den Sonderpädagogischen Beratungsstellen (SPB) und den Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF) als kreisbezogenen Angeboten eine besondere Rolle zu.

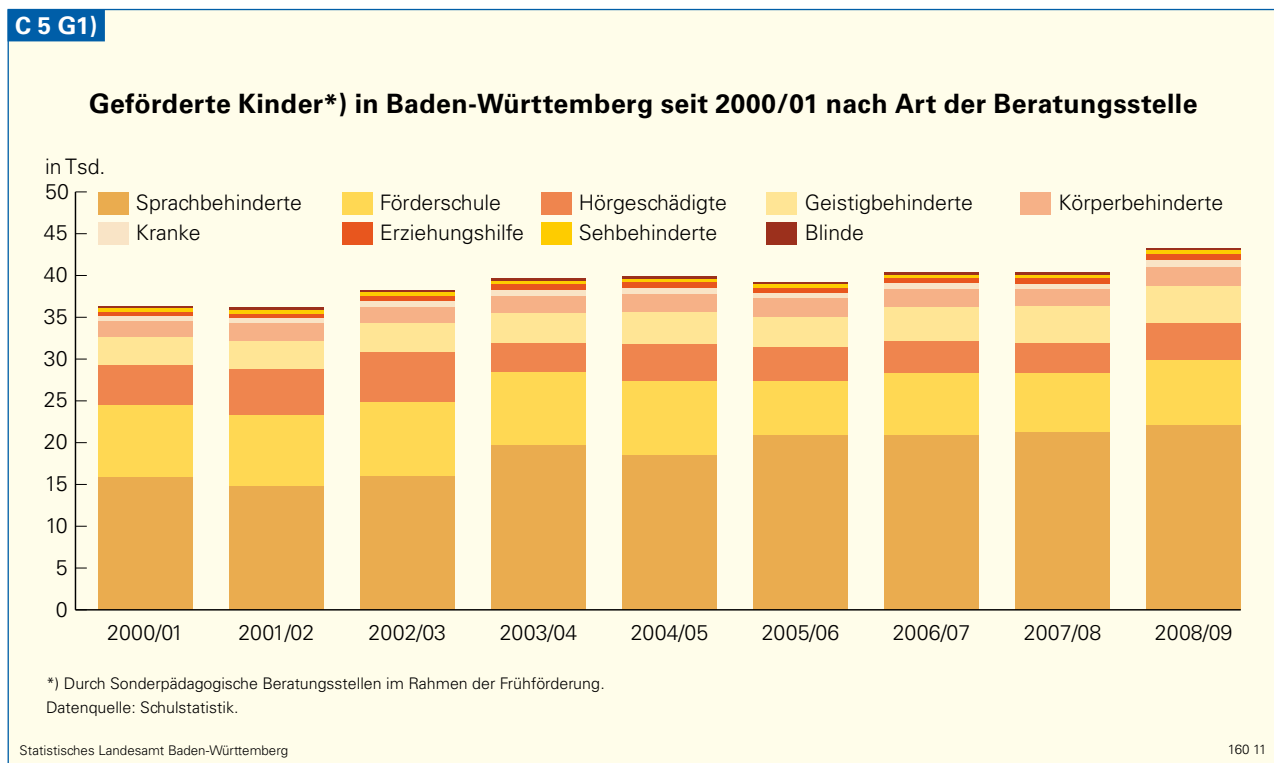
In die Frühförderung sind zudem niedergelassene Kinder- und Jugendärzte, weitere Ärzte und medizinische Therapeuten eingebunden. Insgesamt 18 Sozialpädiatrische Zentren sind ein weiterer Bestandteil des Frühfördersystems. Sie sind medizinische Einrich-

tungen, die spezifische diagnostische Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen mit Entwicklungsstörungen als ambulantes Angebot vorhalten. Die therapeutischen Maßnahmen sind auf diejenigen Kinder im Vorschulalter ausgerichtet, die wegen der Art, Schwere oder Dauer ihrer drohenden oder vorhandenen Krankheit oder Behinderung nicht von entsprechenden niedergelassenen Ärzten oder Frühförderstellen behandelt und gefördert werden können.

### Kontinuierlicher Anstieg der Förderungen an den Sonderpädagogischen Beratungsstellen (SPB)

Derzeit haben 378 Sonderschulen Sonderpädagogische Beratungsstellen eingerichtet. In die Förderarbeit sind Sonderpädagogen, sonderpädagogische Fachkräfte, Erzieherinnen sowie physio- und ergotherapeutische Fachkräfte einbezogen.

Die Zahl der im Rahmen der Frühförderung an öffentlichen und privaten Sonderpädagogischen Beratungs-





stellen geförderten Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich auf 43 274 Förderungen im Schuljahr 2008/09 an (Grafik C 5 (G1)). Somit hat das Fördervolumen seit dem Jahr 2000 um nahezu 20 % zugenommen. Bei weiteren 26 276 an den Sonderpädagogischen Beratungsstellen angemeldeten Kindern erfolgte eine Kurzberatung.

Jedes zweite Kind nahm die Leistungen einer Beratungsstelle mit dem Förderschwerpunkt Sprachbehinderung in Anspruch. Der zweitgrößte Bereich umfasste die Sonderpädagogischen Beratungsstellen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, deren Förderumfang in den letzten Jahren jedoch tendenziell rückläufig ist. Ebenfalls rückläufig sind die Förderungen an den Beratungsstellen an Schulen für Hörgeschädigte. Die Frühförderung an den Beratungsstellen der Schulen für Geistigbehinderte stieg im betrachteten Zeitraum jedoch um rund 30 % an. 2008/09 wurden 9 005, im darauffolgenden Schuljahr insgesamt 9 159 Lehrerwochenstunden in die Frühförderung eingebracht.

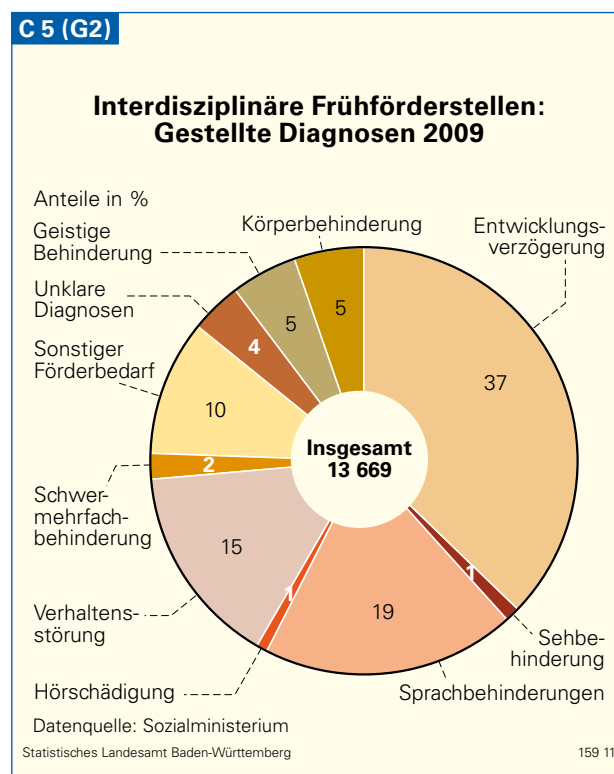
### Entwicklungsverzögerungen und Sprachbehinderungen sind häufigste Diagnosen an Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF)

In Baden-Württemberg gibt es derzeit 38 Interdisziplinäre Frühförderstellen in freier und kommunaler Trägerschaft. Die Förder- und Behandlungsangebote der interdisziplinär heilpädagogisch und medizinisch-therapeutisch zusammengesetzten Fachkräfteteams zielen darauf ab, die direkten und indirekten Auswirkungen einer Schädigung oder drohenden Behinderung auf die kindliche Entwicklung zu verhindern, zu mildern oder auszugleichen. Die Teams arbeiten eng mit niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten sowie weiteren Ärzten zusammen. Die medizinisch-therapeutische und pädagogisch-psychologische Unterstützung hat die größtmögliche Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und der Gesellschaft zum Ziel.

Im Jahr 2009 haben 10 293 behinderte bzw. von einer Behinderung bedrohte Kinder Leistungen einer Interdisziplinären Frühförderstelle erhalten. Die Anzahl der geförderten Kinder ist damit im Vergleich zu dem im

Themenheft *Sonderpädagogische Förderung*<sup>12</sup> berichteten Jahr 2007 – in dem 10 117 Kinder unterstützt wurden – leicht gestiegen. Der Förder- und Behandlungsumfang variierte zwischen einer einmaligen Beratung und einer Förderung bzw. Behandlung über einen längeren Zeitraum.

37 % der insgesamt 13 669 Diagnosen stellten Entwicklungsverzögerungen der untersuchten Kinder fest, 19 % Sprachbehinderungen und weitere 15 % Verhaltensauffälligkeiten (Grafik C 5 (G2)). Diese drei Förderbereiche umfassten somit knapp drei Viertel der Diagnosen. Die Anzahl der diagnostizierten Entwicklungsverzögerungen ist im Vergleich zum Jahr 2007, als 4 250 entsprechende Diagnosen erstellt wurden, um 20 % gestiegen. Die gegenüber der Anzahl geförderter Kinder höhere Anzahl der Diagnosen ist auf Mehrfachdiagnosestellungen zurückzuführen.



12 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009), S. 36f.





## Allgemein bildende Schulen

# D

### D 1 Grundschule

- D 1.1 Einschulung
- D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen
- D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

### D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

- D 2.1 Hauptschule
- D 2.2 Realschule
- D 2.3 Gymnasium
- D 2.4 Integrierte Schulformen
- D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

### D 3 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen und Sonderschulen

- D 3.1 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen
- D 3.2 Sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen
- D 3.3 Analysen zu spezifischen Schülergruppen
- D 3.4 Übergänge zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen
- D 3.5 Abschlüsse an allgemein bildenden Sonderschulen

### D 4 Ganztagschulen

### D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

### D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2030



## D Allgemein bildende Schulen

### D 1 Grundschule

#### D 1.1 Einschulung

Insgesamt feierten im September des Schuljahres 2009/10 in Baden-Württemberg 100 588 Kinder ihren ersten Schultag, davon rund 94 % an einer Grundschule, knapp 2 % an einer Freien Waldorfschule und stark 4 % an einer Sonderschule. Vor zehn Jahren verteilten sich die 122 437 Schulanfänger des Schuljahres 1999/2000 noch zu rund 96 % auf die Grundschulen, gut 1 % auf die Freien Waldorfschulen und nahezu 3 % auf die Sonderschulen. Da die meisten Kinder an Grundschulen eingeschult werden, wird sich die Darstellung im Folgenden auf diese Schulart konzentrieren.

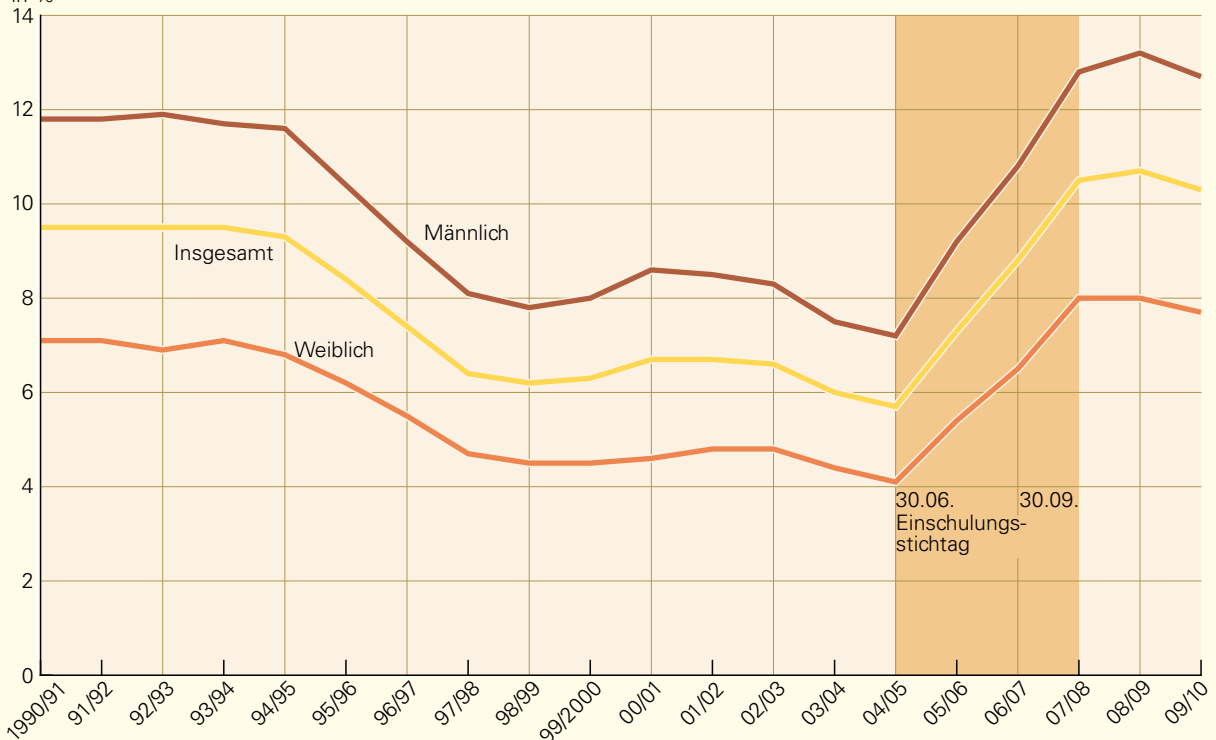
#### Jedes zehnte Kind wurde vom Schulbesuch zurückgestellt

Erstmals schulpflichtig im Schuljahr 2009/10 waren an den Grundschulen insgesamt 91 995 Kinder, rund 11 800 weniger als noch drei Jahre zuvor. Sie waren zwischen dem 01.10.2008 und dem 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden und nicht schon im Vorjahr freiwillig früher eingeschult worden. Von diesen erstmals Schulpflichtigen wurden allerdings 9 440 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Dies waren gut 10 % der erstmals Schulpflichtigen; damit ist die Rückstellungsquote wieder leicht gesunken, nachdem sie im Vorjahr (2008/09) mit knapp 11 % den

#### D 1.1 (G1)

### Zurückgestellte Kinder an Grundschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91

Anteil an allen schulpflichtigen Kindern  
in %

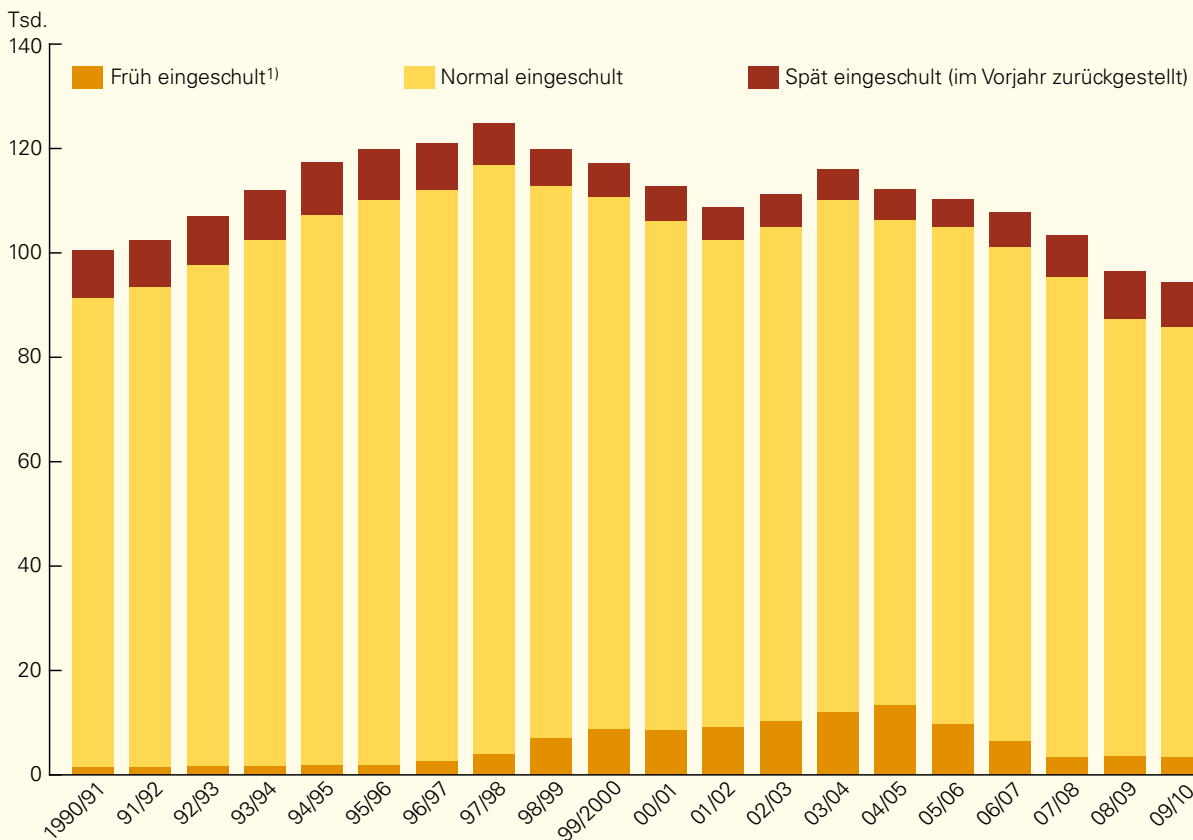


Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

320 11

## D 1.1 (G2)

Schulanfänger an Grundschulen in Baden-Württemberg  
seit dem Schuljahr 1990/91 nach Art der Einschulung

1) In den Schuljahren 1998/99 bis 2004/05 wurden auch die sogenannten »Kann Kinder« (zwischen 01.07. und 30.09. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden) zu den früh Eingeschulten gezählt. 2005/06 wurden die Kinder, die nach dem 31.07.2005 sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden, zu den früh Eingeschulten gezählt, 2006/07 die Kinder, die nach dem 31.08.2006 sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden, ab 2007/08 die Kinder, die nach dem 30.09. des betreffenden Jahres sechs Jahre alt geworden sind und eingeschult wurden.

Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

321 11

höchsten Wert seit 1990/91 erreicht hatte. Während die Rückstellungen in den 90er-Jahren bis zum Schuljahr 2004/05 einen abnehmenden Trend aufwiesen, wurde dieser Trend mit der sukzessiven Verlegung des Einschulungstichtags vom 30.06. auf den 30.09. unterbrochen. Seit 2005/06, in dem der Stichtag zunächst um einen Monat auf den 31.07. verlegt worden war, zeigte sich bei der Quote der Zurückgestellten ein stark zunehmender Trend (Grafik D 1.1 (G1)).

Wie in den Vorjahren auch, wurden Jungen deutlich häufiger als nicht schulreif eingestuft und vom Schulbesuch zurückgestellt als Mädchen: Fast 13 von 100 Jungen wurden zurückgestellt, obwohl sie dem Alter nach schulpflichtig gewesen wären, aber nicht einmal acht von 100 Mädchen (Tabelle D 1.1 (T1) im Anhang).

### Trend zur Früh-Einschulung gebrochen

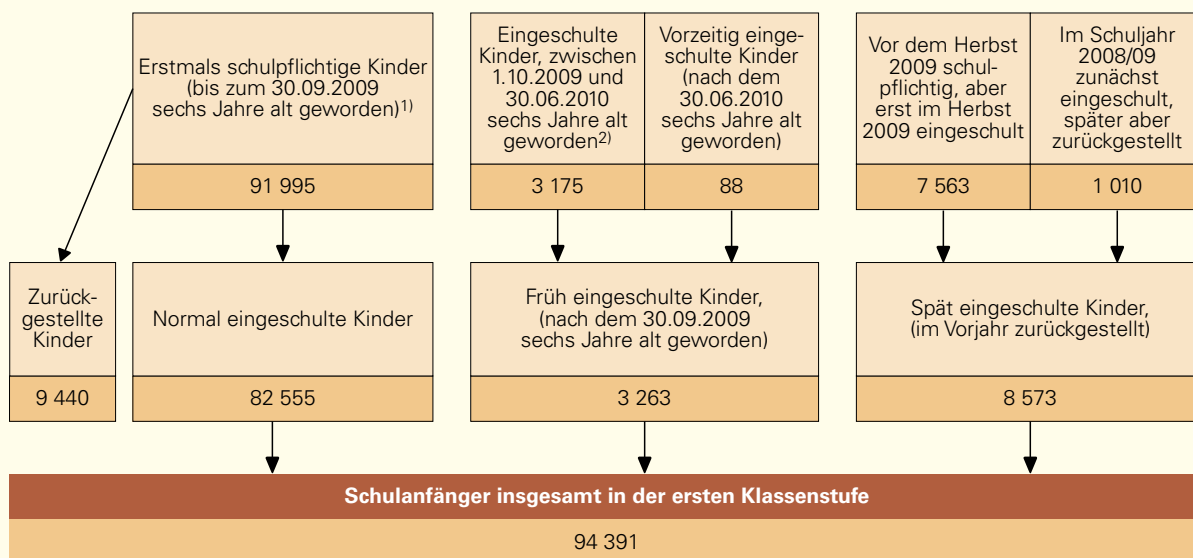
Im Herbst 2009 waren an den öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes insgesamt 94 391 Schulanfänger eingeschult worden (Grafik D 1.1 (G2)). Das waren gut 12 % weniger als noch vor drei Jahren (2006/07). Damit hat sich der seit 2003 neuerlich einsetzende Abwärtstrend bei der Zahl der Schulanfänger weiter fortgesetzt. Anfang der 90er-Jahre war die Zahl der ABC-Schützen noch von Jahr zu Jahr gestiegen, bis auf fast 125 000 im Jahr 1997. Seit 1997 gingen die Einschulungen dann zurück, mit zwei Unterbrechungen in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04.

Die Einschulungen setzten sich zusammen aus

- 82 555 bzw. gut 87 % »normal« eingeschulten (erstmalig schulpflichtig und bis 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden),

## D 1.1 (G3)

## Struktur der Einschulungen an Grundschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10



1) Kinder, die bereits im Jahr 2008 frühzeitig eingeschult wurden, sind nicht mit eingerechnet. – 2) Mit der Anmeldung werden auch diese Kinder schulpflichtig.  
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

322 11

- 3 263 bzw. gut 3 % »früh« eingeschulter (nach dem 30.09.2009 sechs Jahre alt geworden) und
- 8 573 bzw. 9 % »spät« eingeschulter (im Vorjahr zurückgestellten) Kindern (Grafik D 1.1 (G3)).

Auch bei den früh Eingeschulter ist seit dem Schuljahr 2005/06 eine Trendwende zu beobachten (Grafik D 1.1 (G2)). Während der Anteil der früh eingeschulter Kinder seit Mitte der 90er-Jahre von knapp 2 % auf 12 % im Jahr 2004 kontinuierlich zugenommen hatte, sank er 2005 auf fast 9 % und lag 2009/10 nur noch bei stark 3 %. Diese Trendwende dürfte – ähnlich wie bei den Rückstellungen der erstmals Schulpflichtigen – eine Folge der Verlegung der Einschulungstichtage gewesen sein. So entsprachen die absoluten Rückgänge in den Jahren 2005 und 2006 in etwa dem Monatsdurchschnitt der »Kann-Kinder« im Jahr 2004. Unter den früh Eingeschulter des Schuljahres 2009/10 waren 88 Kinder, die erst nach dem 30.06.2010, also erst zum Ende ihres ersten Schuljahres oder später, sechs Jahre alt geworden waren.

Andererseits war seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der spät eingeschulter Kinder, die im Vorjahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden, tendenziell rückläufig, von 9 % in 1990 auf knapp 5 % im Jahr 2005. Dieser Trend wurde im Jahr 2006 deutlich unterbrochen, der Anteil der spät Eingeschulter stieg auf gut 6 %. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei 9 %.

### Mädchen werden seit Jahren häufiger früh und seltener spät eingeschult als Jungen

Bei den Einschulungen gab es weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Die Anteile der normalen Einschulungen lagen bei Jungen und Mädchen zu Beginn des Schuljahres 2009/10 bei 89 bzw. 86 %. Früh eingeschult worden waren von den Jungen knapp 3 %, im Gegensatz zu den Mädchen mit gut 4 %. Entsprechend war der Anteil der im Vorjahr Zurückgestellten bei den männlichen Schulanfänger mit gut 11 % merklich höher als bei den weiblichen mit knapp 7 %. Diese Struktur wird auch durch die Ergebnisse früherer Jahre bestätigt (Grafik D 1.1 (G4)).

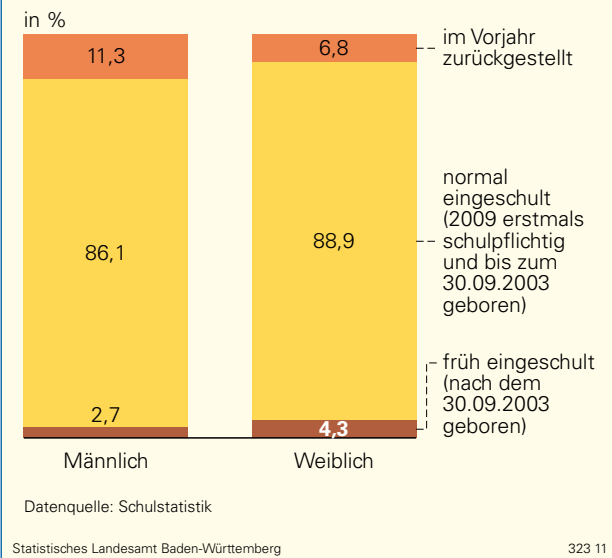
### Regional große Unterschiede bei der Struktur der Einschulungen

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwankten die Quoten der früh bzw. spät eingeschulter Kinder auch im Schuljahr 2009/10 wieder erheblich. Bei den Früheinschulungen reichte die Spannweite von knapp 2 % im Landkreis Rottweil bis zu gut 7 % im Stadtkreis Heidelberg. Die Späteinschulungen streuten von gut 5 % im Stadtkreis Heidelberg bis zu fast 13 % im Stadtkreis Baden-Baden.

Im Jahr zuvor (Schuljahr 2008/09) hatte der Landkreis Freudenstadt die niedrigste Quote der früh Eingeschulter.

## D 1.1 (G4)

### Schulanfänger an Grundschulen in Baden-Württemberg im Herbst 2009 nach Geschlecht und Art der Einschulung



ten, Heidelberg wie 2009/10 auch die höchste. Die anteilmäßig wenigsten Späteinschulungen hatten im Schuljahr 2008/09 die Stadtkreise Freiburg im Breisgau und Karlsruhe, die meisten der Landkreis Sigmaringen (Web-Tabelle D 1.1 (T2)).

## D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen

### Zahl der Grundschüler sinkt 2009/10 auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 404 540 Schüler eine der 2 557 öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes. Damit sank die Zahl der Grundschüler auf den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Nachdem es Anfang der 70er-Jahre noch weit über 600 000 Grundschüler gab, wurde 1985 mit rund 347 500 Schülern ein Tiefststand erreicht. Danach stiegen die Zahlen wieder an bis auf gut 486 700 im Jahr 1998. Seither nimmt die Zahl der Grundschüler (mit Ausnahme des Schuljahres 2005/06) stetig ab (Tabelle D 1.2 (T1) im Anhang). Der leichte Anstieg in 2005 ist auf die Verlegung des Einschulungstichtags zurückzuführen (vgl. Kapitel D 1.1). Die Entwicklung der Schülerzahl an den Grundschulen wird fast ausschließlich von der Geburtenentwicklung bestimmt.

### Zahl der privaten Grundschulen steigt 2009/10 weiter an

8 816 Schüler besuchten im Schuljahr 2009/10 eine Grundschule in freier Trägerschaft. Damit ist die Schülerzahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 um das 2,3-fache angestiegen. Ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft der Grundschulen liegt dennoch nur bei 2 %. Viele der Grundschulen in freier Trägerschaft verfolgen ein besonderes pädagogisches Konzept oder sind von einem kirchlich orientierten Träger gegründet worden.

Analog zur Schülerzahl hat auch die Zahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 stark zugenommen. Damals gab es nur 17 private Grundschulen; zehn Jahre später, im Schuljahr 2000/01, waren es mit 39 schon mehr als doppelt so viele. Bis zum Schuljahr 2009/10 erhöhte sich ihre Anzahl rasant auf 90. Trotz der gestiegenen Zahl privater Grundschulen ist noch nicht in jedem Kreis des Landes eine solche Einrichtung vorhanden (Web-Tabelle D 1.2 (T2)): In sechs Landkreisen sowie in den Städten Mannheim und Pforzheim gab es im Schuljahr 2009/10 kein entsprechendes Angebot. Die mit Abstand höchsten Schülerzahlen waren im Landkreis Ravensburg (1 012 Schüler) zu verzeichnen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart (884 Schüler) und dem Landkreis Reutlingen (883 Schüler). Die meisten privaten Grundschulen gab es in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Stuttgart (jeweils acht).

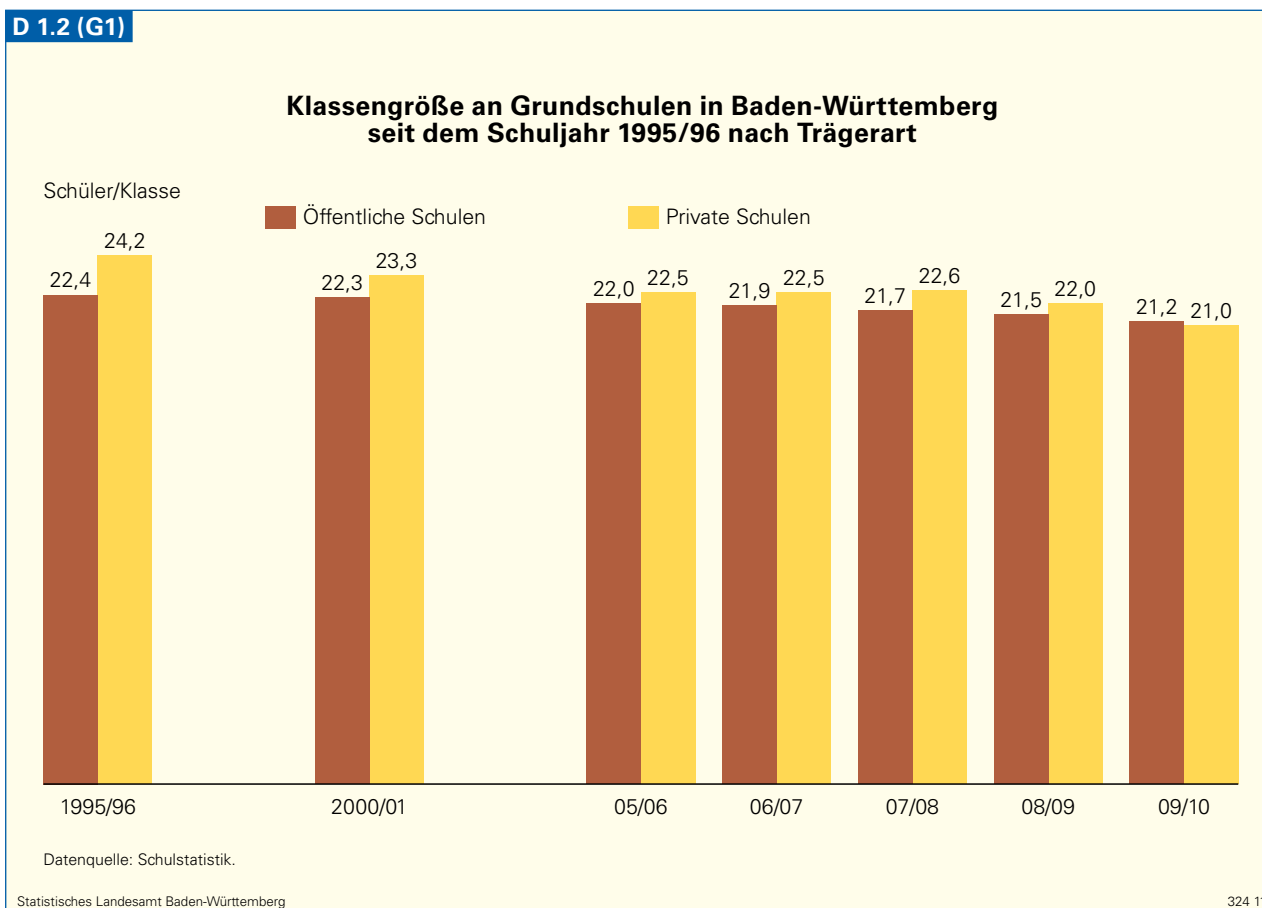
### Im Landesdurchschnitt rund 21 Schüler je Klasse

Durchschnittlich wurden im Schuljahr 2009/10 rund 21 Schüler in einer Grundschulklasse unterrichtet. Vor rund 40 Jahren, im Schuljahr 1971/72 mit der absolut höchsten Schülerzahl von rund 632 700 Grundschülern, saßen im Schnitt 34 Schüler in einer Klasse. In den Schuljahren 1990/91 und 2000/01 war die Klassenstärke an den Grundschulen mit 22 Schülern bereits wesentlich niedriger.

In privaten Grundschulen waren in den letzten Jahren mehr Schüler pro Klasse zu finden als in öffentlichen. Allerdings hat sich das Niveau in den letzten Jahren deutlich angenähert (Grafik D 1.2 (G1)). Im Schuljahr 2009/10 waren die Klassen der privaten Grundschulen mit 21,0 Schülern pro Klasse im Durchschnitt sogar ein wenig kleiner als die öffentlichen mit 21,2 Schülern pro Klasse. Möglicherweise hängt dies mit dem starken Ausbau des Angebots an privaten Grundschulen in diesem Zeitraum zusammen. Neu gegründete Schulen weisen anfangs häufig noch kleinere Klassen auf.



## D 1.2 (G1)



### Trend der Schülerzahlen zeigt differenzierte Entwicklungen in den Stadt- und Landkreisen

Die Entwicklung der Geburten- und Einwohnerzahlen prägen auch auf Kreisebene den Verlauf der Schülerzahlen an den Grundschulen: So konnte nur der Stadtkreis Freiburg im Breisgau zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 seine Grundschülerzahl konstant halten; alle anderen Stadt- und Landkreise mussten abnehmende Schülerzahlen hinnehmen. Der größte Rückgang war dabei im Zollernalbkreis zu verzeichnen: hier nahm die Schülerzahl um ein Viertel ab (Grafik D 1.2 (G2)). Relativ moderat fiel der Schülerzahlrückgang im Stadtkreis Heilbronn mit knapp 5 % aus. Abgesehen vom Stadtkreis Mannheim wiesen auch alle anderen Stadtkreise vergleichsweise geringe Rückgänge zwischen 8 und 11 % auf und lagen damit unter dem Landesdurchschnitt von 15 %.

Die Kreise, die über dem Landesdurchschnitt lagen, sind dagegen eher ländlich geprägt. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in Kreisen mit bisher noch relativ höheren Geburtenzahlen diese nun ebenfalls deutlicher absinken. In den Städten war bereits früher ein vergleichsweise niedriges Geburtenniveau erreicht worden.

### Alle Grundschüler lernen schon ab der 1. Klasse eine Fremdsprache

Seit dem Schuljahr 2003/04 lernen Schüler bereits in der Grundschule, der Förderschule sowie in der Sonderschule mit Bildungsgang Grundschule ab Klassenstufe 1 eine erste Fremdsprache. An den Schulen am Oberrhein wird in der Regel mit Französisch begonnen, an den Schulen der anderen Landesteile mit Englisch. Der Landkreis Karlsruhe ist dabei in etwa geteilt. Insgesamt erlernten im Schuljahr 2009/10 knapp 83 % der Grundschüler Englisch als erste Fremdsprache und die übrigen gut 17 % Französisch. An den Sonderschulen werden in der Schulstatistik keine Fremdsprachen erhoben.

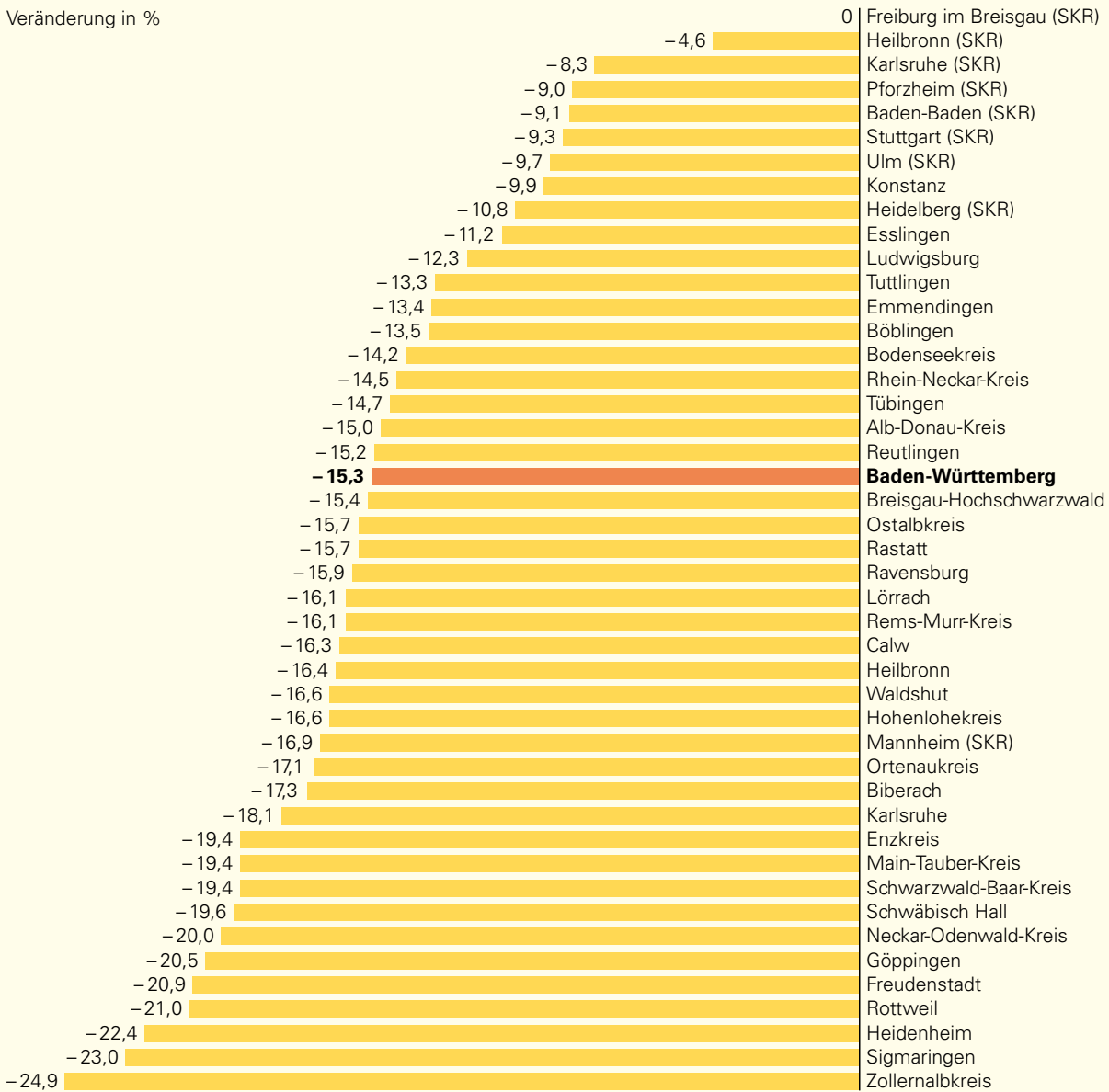
An den Freien Waldorfschulen werden ab Klassenstufe 1 in der Regel sogar zwei Fremdsprachen erlernt. Im Schuljahr 2009/10 lernten von den 7 331 Waldorfschülern in den Klassenstufen 1 bis 4 fast 100 % Englisch, gut 62 % Französisch und 32 % Russisch.

### Hohe Ausländeranteile vor allem in den Stadtkreisen

In der Schulstatistik werden von den Schülern mit Migrationshintergrund lediglich die Zahlen der Aus-

D 1.2 (G2)

**Veränderung der Schülerzahl an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

325 11

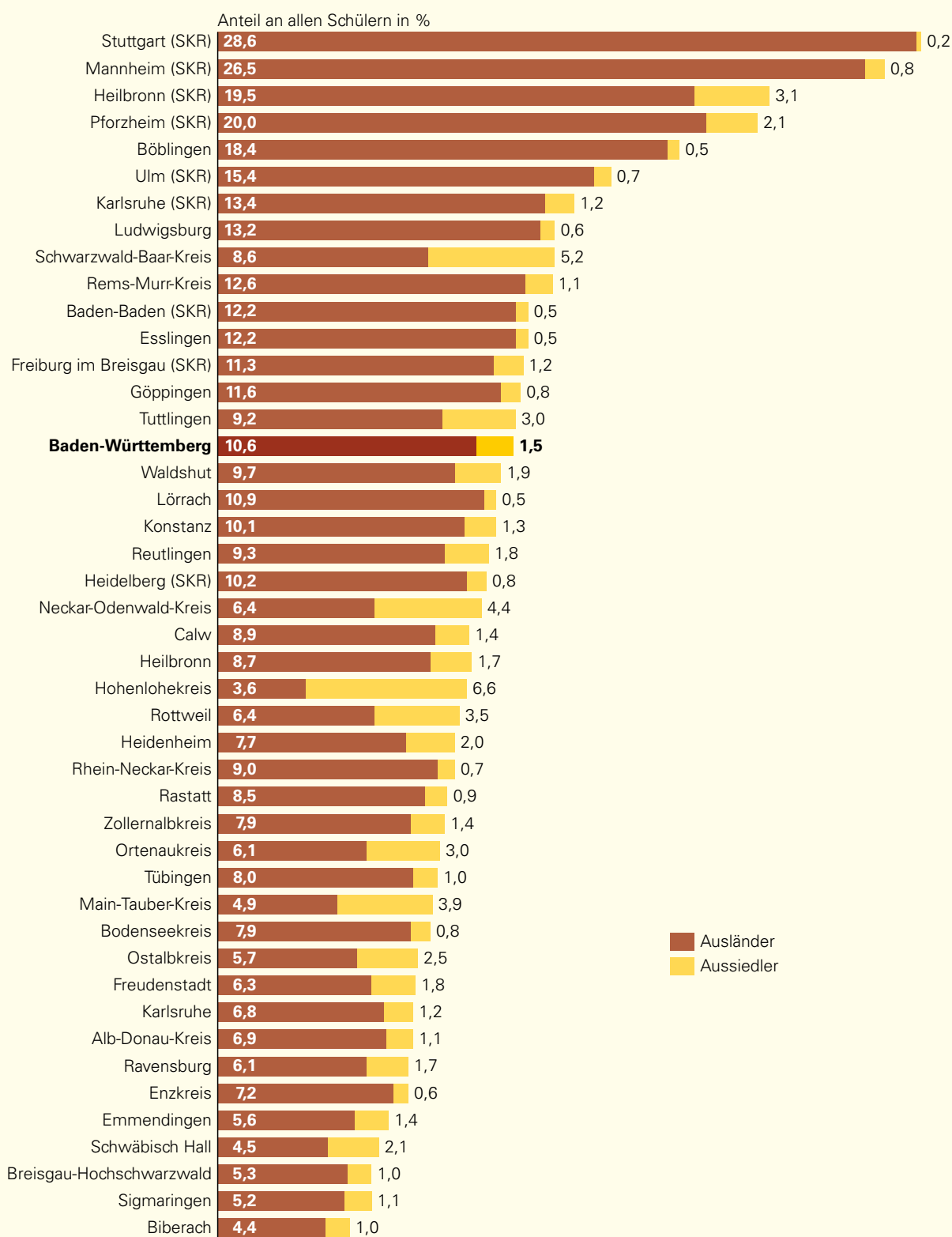
länder und Aussiedler erhoben.<sup>1</sup> Angaben zu bereits hier geborenen Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit, deren Eltern Ausländer oder Aussiedler sind oder eingebürgert wurden, liegen dagegen nicht vor. Im Vergleich zu den in Kapitel B 1.3 genannten Zahlen des Mikrozensus liegt hier somit eine engere Eingrenzung des Migrationshintergrunds vor.

1 Vgl. die Erläuterungen zu »Migrationshintergrund« im Glossar.

Von den 404 540 Grundschulern des Schuljahres 2009/10 waren knapp 11 % Ausländer und gut 1 % Aussiedler. Bei den addierten Anteilen von Ausländern und Aussiedlern zeigen sich an den Grundschulen auf Kreisebene allerdings weiterhin erhebliche Differenzen (Grafik D 1.2 (G3)). Die höchsten Anteilswerte an Ausländern fanden sich in den Stadtkreisen Stuttgart und Mannheim mit knapp 29 bzw. stark 26 %, gefolgt von den Stadtkreisen Heilbronn und Pforzheim mit jeweils rund 20 %. Die geringsten Ausländeranteile an den Grundschulen gab es im Hohenlohekreis mit

D 1.2 (G3)

### Ausländer und Aussiedler an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

326 11



knapp 4 % und im Landkreis Biberach mit gut 4 %. Gleichzeitig wies der Hohenlohekreis aber mit knapp 7 % die anteilig meisten Aussiedler auf. Die regionale Verteilung entspricht erwartungsgemäß der in **Kapitel B 1.3** skizzierten Verteilung der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationshintergrund.

### Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg<sup>2</sup>

Im Rahmen eines Modellprojekts wird seit dem Schuljahr 2006/07 an insgesamt zehn Grundschulen in Baden-Württemberg islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung angeboten. Im Schuljahr 2009/10 erhielten ca. 900 Schüler islamisch-sunnitischen Religionsunterricht in zwei Unterrichtsstunden pro Woche. Den Unterricht erteilten 18 Lehrkräfte.

Auf der Grundlage der guten Erfahrungen in diesem Modellprojekt wurde es im Schuljahr 2010/11 auf fünf weitere Grundschulen in Baden-Württemberg ausgeweitet. Darüber hinaus wurde an bislang zwei Grundschulen alevitischer Religionsunterricht angeboten. Parallel zur Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts sunnitischer Prägung bemüht sich die Religionsgemeinschaft der Alevitengemeinde Deutschland e. V. über ihre örtlichen Kultusgemeinden um einen Ausbau des alevitischen Religionsunterrichts (Grafik D 1.2 (G4)).

Außerdem wird seit dem Schuljahr 2010/11 der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung an sechs Modellstandorten auch in den Klassen 5 und 6 von Hauptschulen/ Werkrealschulen erteilt.

### D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

Nach dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 4 stand bisher für alle Grundschüler in Baden-Württemberg ein Schulartwechsel an. Die Eltern mussten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind in Zukunft besuchen soll.

Im baden-württembergischen Schulgesetz heißt es bislang zur Wahl des Bildungswegs in § 88 Abs. 1 »Über alle weiteren Bildungswege nach der Grundschule entscheiden die Erziehungsberechtigten....«. Im Absatz 2 steht dann aber weiter: »In die Hauptschule und Werkrealschule, die Realschule, das Gymnasium ... kann nur derjenige aufgenommen werden, der nach seiner Begabung und Leistung für die gewählte Schulart geeignet erscheint.«<sup>3</sup>

### Basis für die Wahl der weiterführenden Schule ist bisher die Grundschulempfehlung

Durch die Einführung der Werkrealschule (neuen Typs) zum Schuljahr 2010/11 bestand in Baden-Württemberg im Jahr 2010 erstmals die Wahl zwischen Werkreal-/Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Neben diesen drei Schularten war auch der Übergang auf sogenannte »integrierte« Schulformen wie die Freien Waldorfschulen oder die drei Schulen besonderer Art<sup>4</sup> möglich (vgl. **Kapitel D 2.4**). Das mehrstufige Aufnahmeverfahren für die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg beginnt bis jetzt mit einer allgemeinen Informationsveranstaltung für alle Eltern der Schüler der vierten Klassenstufen, gefolgt von Einzelgesprächen mit den Erziehungsberechtigten. Zu Beginn des zweiten Halbjahres der Klassenstufe 4 spricht die Grundschule die Grundschulempfehlung aus:

- Werkrealschule, Hauptschule oder
- Werkrealschule, Hauptschule oder Realschule oder
- Werkrealschule, Hauptschule oder Realschule oder Gymnasium.

Zusätzlich zu den Noten sollen auch das Lern- und Arbeitsverhalten, die gesamte schulische Leistung des Kindes sowie seine bisherige Entwicklung berücksichtigt werden. Der Notendurchschnitt der beiden Fächer Deutsch und Mathematik muss dabei für den Besuch einer Realschule mindestens bei 3,0 liegen, für den Besuch des Gymnasiums bei 2,5. Eltern, die nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden sind, können ihr Kind an einem speziellen Beratungsverfahren teilnehmen lassen. Die Klassenkonferenz wird dann aufgrund des Ergebnisses dieses Verfahrens zusammen mit der Beratungslehrkraft die sogenannte Bildungsempfehlung aussprechen. Sind die Eltern auch



2 Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg. Vgl. insbesondere Kultusportal Baden-Württemberg ([www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1271873/](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1271873/)), Stand 27.09.2010. Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg ([www.bildung-staerkt-menschen.de/service/downloads/Bildungsstandards/GS/GS\\_IslamR\\_bs.pdf/view?searchterm=bildungsstandard%20islam](http://www.bildung-staerkt-menschen.de/service/downloads/Bildungsstandards/GS/GS_IslamR_bs.pdf/view?searchterm=bildungsstandard%20islam)), Stand 28.11.2010.

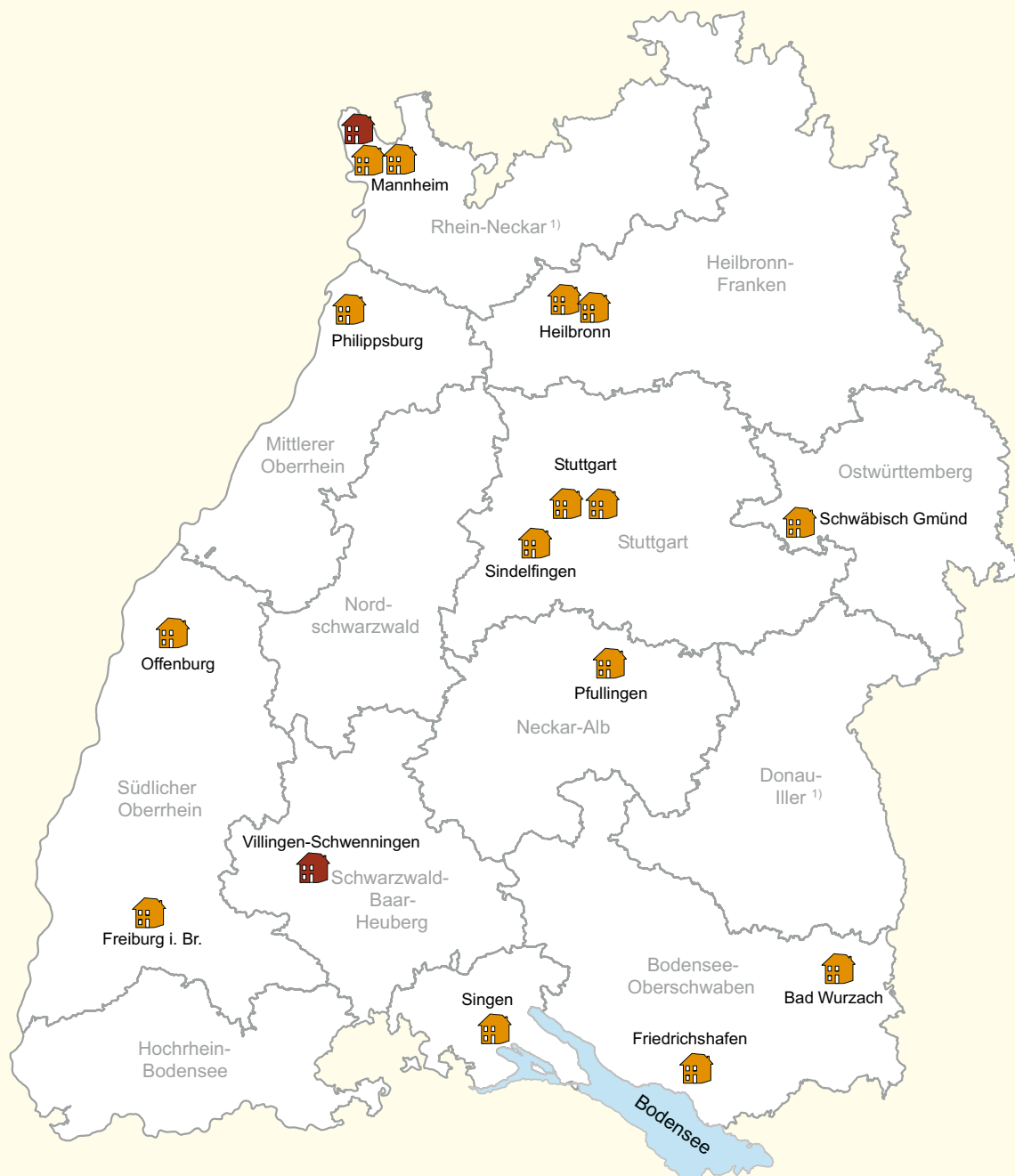
3 In der Fassung vom 1. August 1983.

4 Die »Schulen besonderer Art« (früher: Gesamtschulen) können in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 ohne Gliederung nach Schularten geführt werden (§ 107 SchG Baden-Württemberg).

D 1.2 (G4)

### Standorte von Grundschulen mit islamischem Religionsunterricht in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

-  Alevitischer Religionsunterricht
-  Islamisch-sunnitische Religionsunterricht



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-016  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



mit der Bildungsempfehlung nicht einverstanden, bleibt noch die Möglichkeit, das Kind an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen zu lassen (Grafik D 1.3 (G1) im Anhang).<sup>5</sup> Im Gegensatz zu dem hier beschriebenen, derzeit geltenden Verfahren soll künftig der Elternwille ausschlaggebend für den Wechsel auf eine weiterführende Schulart sein.

### Gymnasien bauen ihre Stellung weiter aus

Das Übergangsverhalten auf weiterführende Schulen hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert. In den 60er-Jahren war die Hauptschule die »normale« Schule, die ein Kind besuchte. Die Übergangsquoten auf die Hauptschule lagen weit über 60 %. In den 70er-Jahren besuchte dann durchschnittlich schon jedes fünfte Kind im Anschluss an die Grundschule eine Realschule, und gut jedes vierte Kind ein Gymnasium. Dennoch führte noch fast jedes zweite Kind seine Schullaufbahn an einer Hauptschule fort. In den 80er-Jahren konnten die Realschulen ihren Anteil im Schnitt auf 27 % steigern, die Gymnasien auf 29 %. Entsprechend fiel die Übergangsquote auf die Hauptschule auf durchschnittlich 40 %.

Der leicht ansteigende Trend bei den Übergängen auf die Realschule hat sich auch in den 90er-Jahren fort-

gesetzt. Die Hauptschulen haben seit 1994 ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr sinkende Übergangsquoten erfahren und die Gymnasien im Gegenzug steigende. Im Jahr 2001 hat das Gymnasium die Hauptschule erstmals bei den Übergangsquoten überholt. Die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums für alle fünften Klassen zum Schuljahr 2004/05 hatte auf diesen Trend keinen Einfluss. 2004/05 war überdies erstmals die Übergangsquote auf die Realschule höher als die auf eine Hauptschule.

Zum Schuljahr 2010/11 lag die Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule nur noch bei 24,3 %, auf die Realschule dagegen bei 33,9 %. Die Übergangsquote auf das Gymnasium hatte 2009/10 bereits die 40 %-Marke überschritten; mit einer Übergangsquote von 40,7 % zum Schuljahr 2010/11 hat das Gymnasium seine Stellung als »Haupt-Schule«, also als überwiegend gewählte weiterführende Schulart, noch weiter ausgebaut (Grafik D 1.3 (G2)).

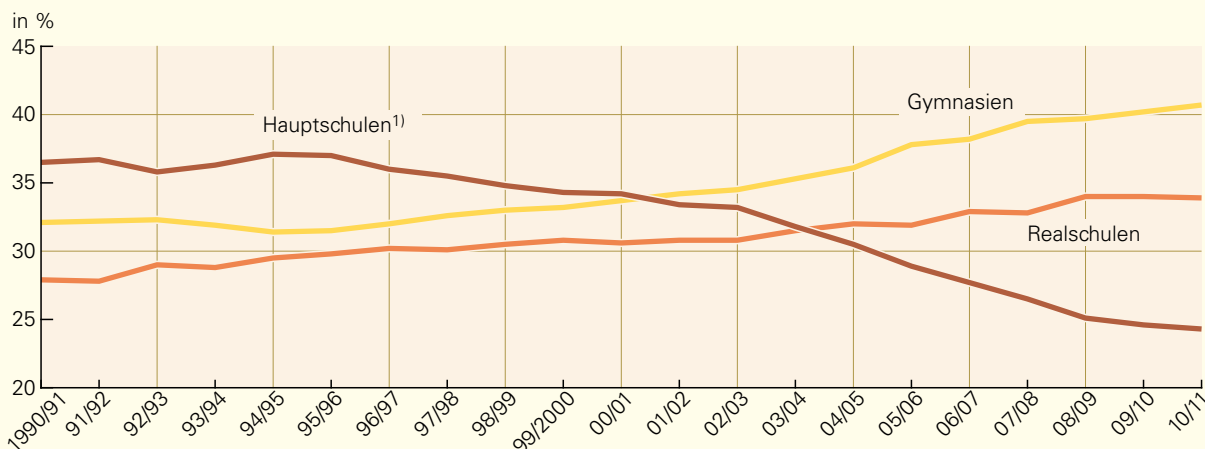
### Jeder vierte Übergänger auf eine Hauptschule hat eine ausländische Nationalität

Das Übergangsverhalten zwischen deutschen und ausländischen Schülern fiel zum Schuljahr 2010/11 wieder sehr unterschiedlich aus. Von den gut 92 700 deutschen Viertklässlern, die eine Grundschulempfehlung erhalten hatten, wechselten 21 % auf eine Werkreal-/ Hauptschule, 35 % auf eine Realschule und 43 % auf ein Gymnasium. Von den gut 11 800 ausländischen Viertklässlern, die eine

5 Die Teilnahme an der Aufnahmeprüfung ist auch ohne den Zwischenschritt über die Bildungsempfehlung möglich.

D 1.3 (G2)

#### Übergänge von Grundschulen auf weiterführende Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91\*



\*) Ohne Übergänge auf integrierte Schulformen und Sonderschulen sowie ohne Wiederholer und Schüler der Klassenstufe 4 ohne Grundschulempfehlung. – 1) Ab dem Schuljahr 2010/11 statt »Hauptschulen«: »Werkreal-/ Hauptschulen«.

Datenquelle: Schulstatistik

Grundschulempfehlung erhalten hatten, wechselte dagegen fast jeder zweite auf eine Werkreal-/ Hauptschule. An einer Realschule setzten 27 %, an einem Gymnasium 22 % der ausländischen Viertklässler ihre Schullaufbahn fort (Tabelle D 1.3 (T1) im Anhang).

Nach Schularten betrachtet waren unter den rund 25 500 Übergängern auf Werkreal-/ Hauptschulen 23 % Ausländer. Von den Übergängern auf Realschulen waren 9 % nicht-deutsch, von den Übergängern auf Gymnasien 6 %. Mit 26 % waren die ausländischen Schüler unter den Schülern, welche die vierte Klassenstufe wiederholt hatten bzw. nicht versetzt wurden, immer noch stark überrepräsentiert, wenngleich dieser Anteil 2006 noch bei 39 % lag.

### Übergangsquoten schwanken stark zwischen den einzelnen Kreisen

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwanken die Übergangsquoten auch im Jahr 2010 erheblich (Tabelle D 1.3 (T2) im Anhang).<sup>6</sup> Bei den Übergängen auf das Gymnasium hatte 2010 der Hohenlohekreis mit 29,2 % die landesweit niedrigste Quote. Im Stadtkreis Heidelberg war diese Quote mit 59,5 % mehr als doppelt so hoch. Damit stand der akademisch geprägte Stadtkreis Heidelberg zum neunten Mal in Folge landesweit an der Spitze bei den Übergangsquoten auf das Gymnasium. Doch auch in den Stadtkreisen Stuttgart, Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg im Breisgau sowie im Landkreis Tübingen wechselten jeweils über die Hälfte der Viertklässler auf ein Gymnasium (Grafik D 1.3 (G3)).

Bei den Übergängen auf die Realschule verhielt es sich genau umgekehrt wie bei den Gymnasien: Hier war der Stadtkreis Heidelberg mit 18,3 % das Schlusslicht. Der Hohenlohekreis dagegen belegte mit 42,7 % Platz 1. Auffällig ist, dass die vorderen Plätze ausschließlich von eher ländlich strukturierten Kreisen belegt waren: Außer im Hohenlohekreis wechselten auch in den Landkreisen Main-Tauber-Kreis, Schwäbisch Hall und Emmendingen jeweils über 40 % der Viertklässler auf eine Realschule, deutlich mehr als im Landesdurchschnitt von 33,9 % (Grafik D 1.3 (G4)).

Auch der Wechsel auf die Werkreal-/ Hauptschule war in den einzelnen Kreisen stark unterschiedlich ausgeprägt. Die höchste Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule gab es im Landkreis Waldshut mit 31,8 %, eng gefolgt vom Stadtkreis Heilbronn, dem Landkreis

Tuttlingen, dem Stadtkreis Pforzheim und dem Zollernalbkreis mit jeweils rund 31 %. Die mit Abstand geringsten Übergangsquoten auf die Werkreal-/ Hauptschule gab es in den Stadtkreisen Heidelberg und Freiburg im Breisgau mit 11,9 % bzw. 14,3 % (Grafik D 1.3 (G5)). Beide Kreise sind stark geprägt von der vorhandenen Universität und einem entsprechend hohen Anteil akademisch ausgebildeter Einwohner.

Die niedrigen Übergangsquoten auf Werkreal-/ Hauptschulen bzw. Realschulen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg dürften außerdem auf die dort vorhandenen »Schulen besonderer Art« (früher: Gesamtschulen) als alternative Übergangsmöglichkeit zurückzuführen sein. Die Übergänge auf diese Schulen (ebenso wie auch auf Freie Waldorfschulen) werden in der Schulstatistik als »sonstige Übergänge« gezählt. Im Stadtkreis Mannheim mit der dritten in Baden-Württemberg existierenden »Schule besonderer Art« war die Übergangsquote auf die Werkreal-/ Hauptschule mit 24,8 % aber sogar leicht höher als im Landesdurchschnitt von 24,3 %.

### Grundschulempfehlung und Elternwunsch stimmen nicht immer überein

Die großen Schwankungen sind nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Grundschulen der Kreise unterschiedlich oft Empfehlungen für das Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule ausgesprochen haben; denn zusätzlich haben die Eltern regional unterschiedlich auf die Empfehlung reagiert.

Landesweit hätten laut Grundschulempfehlung 52 216 (50 %) der Viertklässler auf ein Gymnasium wechseln können. Diese Option wollten aber nur 42 948 (gut 82 %) der zugehörigen Eltern in Anspruch nehmen; 9 207 (knapp 18 %) wünschten für ihr Kind stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits hatten 26 294 Schüler eine Empfehlung erhalten, die ausschließlich den Besuch einer Werkreal-/ Hauptschule ermöglichte; damit waren 23 % der Eltern nicht einverstanden. Mit der Empfehlung zum Besuch einer Realschule waren dagegen mit fast 91 % vergleichsweise viele Eltern einverstanden. Von den Eltern der 26 074 Grundschüler, die eine Empfehlung für diese »mittlere« Schulart bekommen hatten, wünschten nur 1 552 (6 %) lieber das Gymnasium und 881 (gut 3 %) die Werkreal-/ Hauptschule für ihr Kind (Grafik D 1.3 (G6)).

### Im Hohenlohekreis wollten fast vier von zehn Eltern die Option »Gymnasium« nicht in Anspruch nehmen

Die prozentual meisten Grundschulempfehlungen für das Gymnasium wurden im Stadtkreis Heidelberg er-

<sup>6</sup> Die Übergangsquoten zum Schuljahr 2010/11 und zu früheren Jahren können kostenlos im Internet abgerufen werden: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) / Bildung und Kultur / Regionaldaten / Übergänge auf weiterführende Schulen.

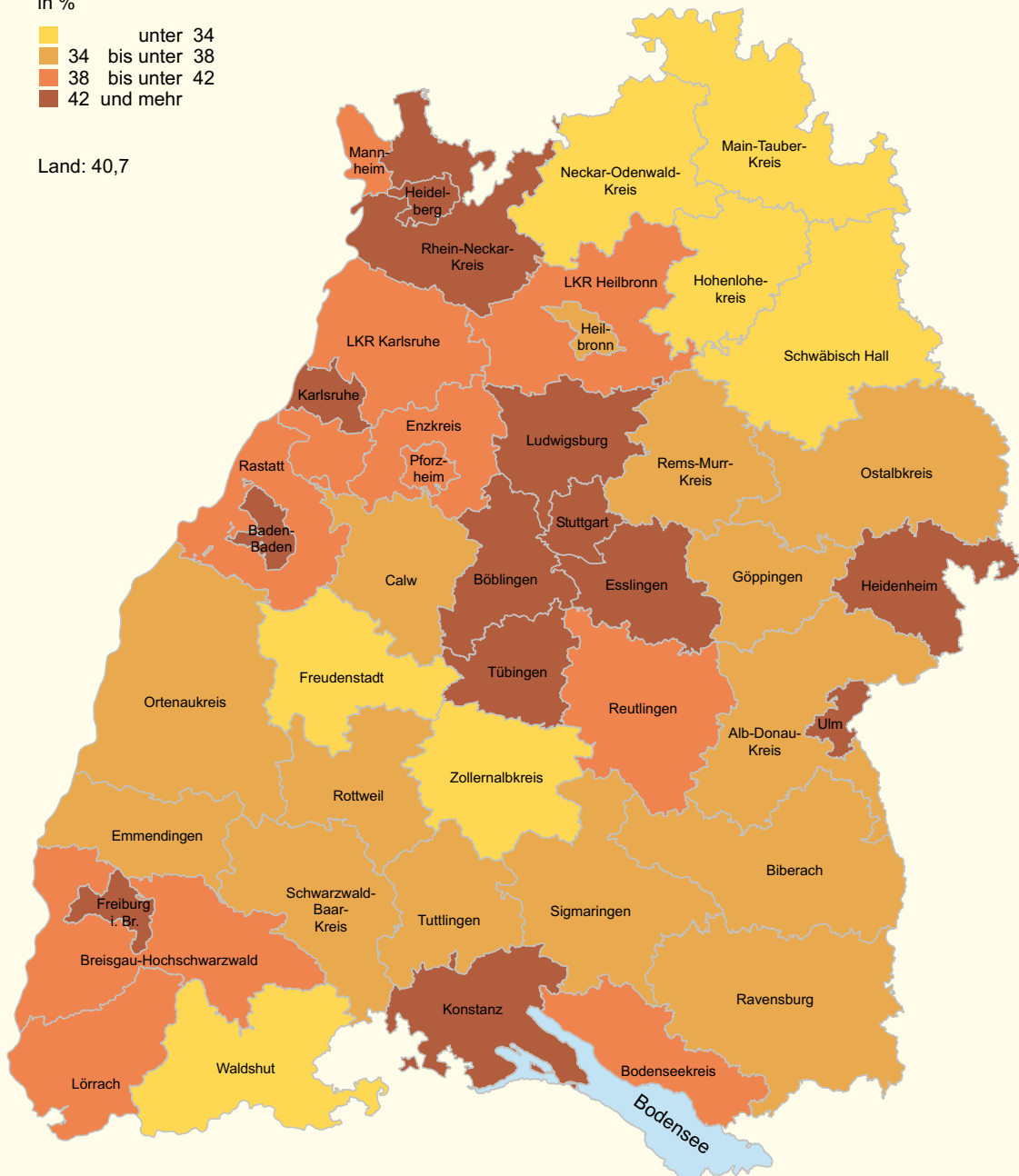
D 1.3 (G3)

### Übergänge von Grundschulen auf Gymnasien in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 34
- 34 bis unter 38
- 38 bis unter 42
- 42 und mehr

Land: 40,7



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-019  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



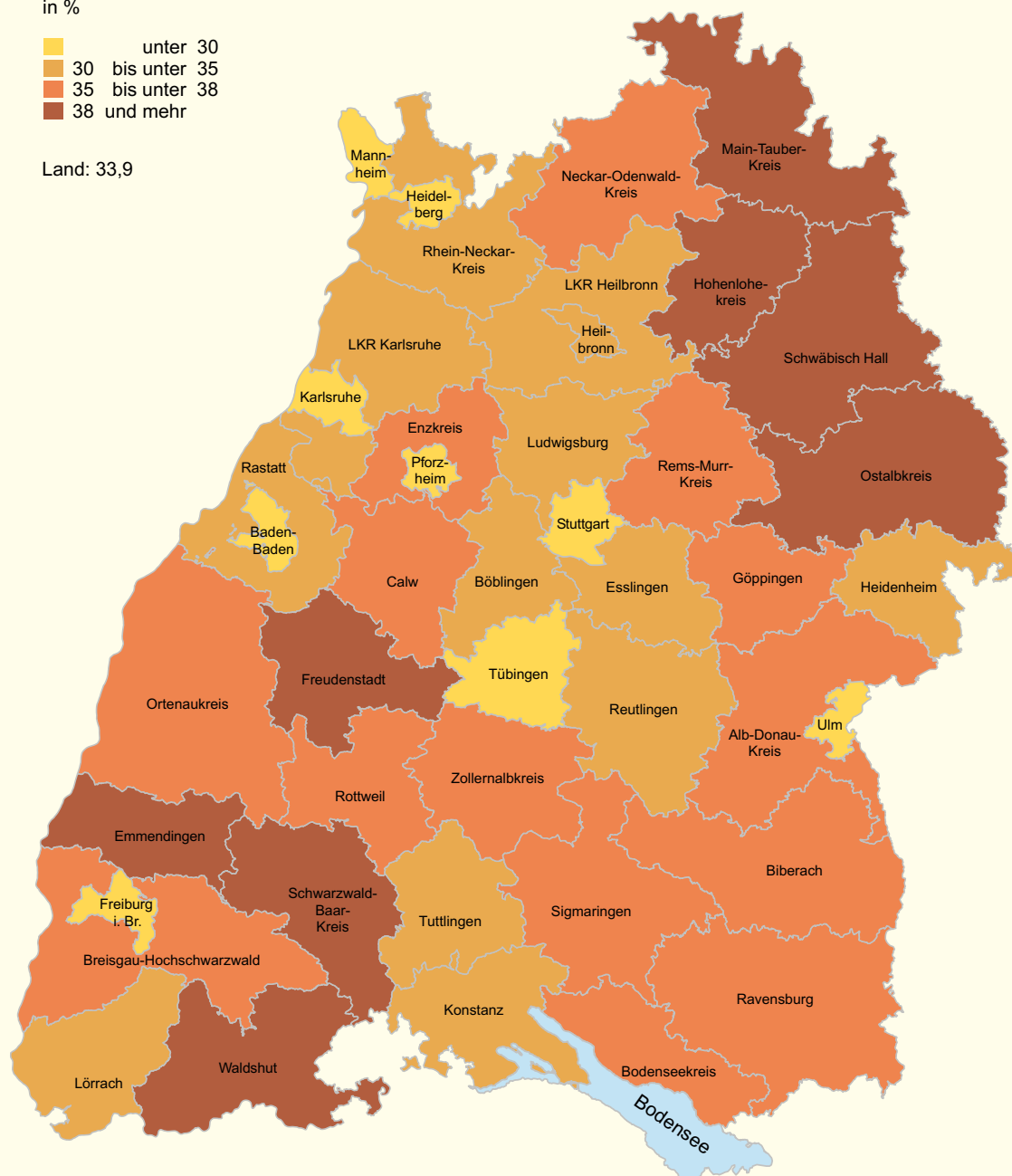
D 1.3 (G4)

### Übergänge von Grundschulen auf Realschulen in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 30
- 30 bis unter 35
- 35 bis unter 38
- 38 und mehr

Land: 33,9



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-018  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



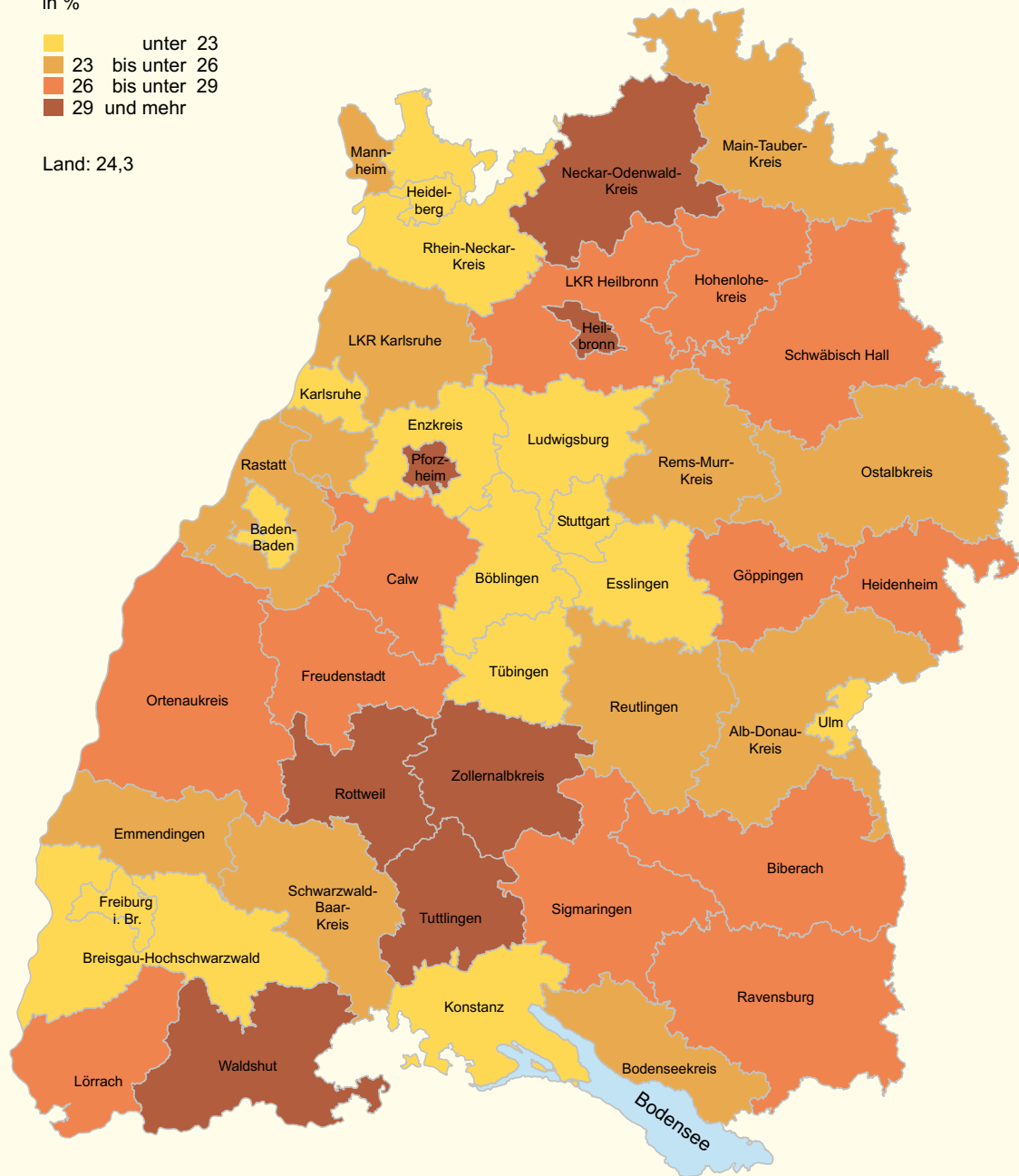
D 1.3 (G5)

### Übergänge von Grundschulen auf Werkreal-/ Hauptschulen in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11

in %

- unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 und mehr

Land: 24,3



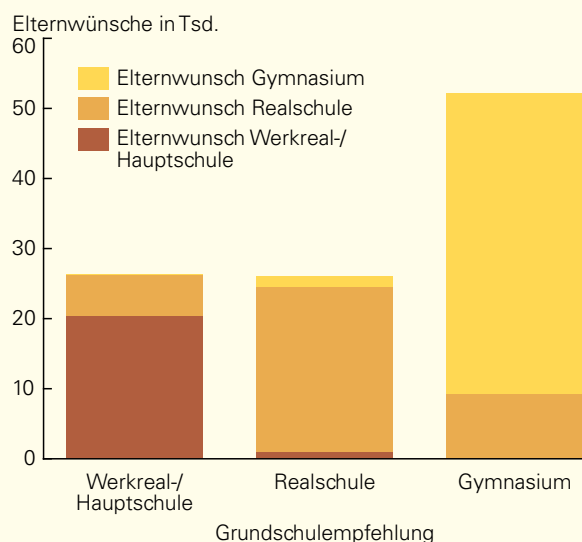
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-017  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

## D 1.3 (G6)

### Grundschulempfehlung und Elternwunsch in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

329 11

teilt: Hier erhielten gut sechs von zehn Viertklässlern eine Gymnasialempfehlung. Analog zu den tatsächlichen Übergängen belegten auch der Stadtkreis Freiburg im Breisgau sowie der Landkreis Tübingen vordere Plätze. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Gymnasium« und tatsächlichem Übergang mit 18,0 Prozentpunkten gab es im Hohenlohekreis. Hier hatten 561 von insgesamt 1 188 Viertklässlern eine Grundschulempfehlung erhalten, die den Besuch eines Gymnasiums ermöglicht hätte; allerdings wünschten nur 348 (62 %) der Eltern, dass ihr Kind diese Option in Anspruch nimmt. 212 Eltern (38 %) hielten die Realschule für die in ihrem Fall bessere Wahl. Tatsächlich auf ein Gymnasium gewechselt sind schließlich 347 Schüler. Allerdings entspricht der Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der Absolventen auch im Hohenlohekreis dem Landesdurchschnitt.<sup>7</sup> Auch im Main-Tauber-Kreis war die Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Gymnasium« und tatsächlichem Übergang mit 17,7 Prozentpunkten ähnlich hoch. In der Regel sind die Abweichungen zwischen Elternwunsch und Grundschulempfehlung »Gymnasium« in eher ländlich strukturierten bzw. eher gewerblich orientierten Kreisen höher als in akademisch geprägten Gegenden (Web-Tabelle D 1.3 (T3)).

7 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildung in Baden-Württemberg 2007, S. 67f.

Die prozentual meisten Grundschulempfehlungen für die Realschule gab es im Landkreis Emmendingen mit 30 %. Tatsächlich auf die Realschule übergegangen sind aber sogar 41,3 % der Viertklässler. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung »Realschule« und dem tatsächlichen Übergang fand sich mit (-) 17,6 Prozentpunkten im Hohenlohekreis. Hier waren zwar 278 von 298 Eltern (gut 93 %) mit der Empfehlung einverstanden, es wechselten aber zusätzlich noch viele Schüler mit einer Grundschulempfehlung für das Gymnasium auf die Realschule (siehe oben) (Web-Tabelle D 1.3 (T4)).

Relativ gering dagegen fielen die Abweichungen zwischen Grundschulempfehlung »Werkreal-/Hauptschule« und tatsächlichem Übergang auf diese Schulart in den einzelnen Kreisen aus. Die Elternwünsche wichen hier zwar noch vergleichsweise stark von den Empfehlungen ab. So wurde zum Beispiel im Stadtkreis Stuttgart 1 065-mal eine Grundschulempfehlung für die Werkreal-/Hauptschule ausgesprochen. 377 der betroffenen Eltern waren nicht einverstanden: 367 wünschten stattdessen den Besuch einer Realschule, zehn den Besuch eines Gymnasiums. Tatsächlich auf eine Werkreal-/Hauptschule gewechselt sind dann aber schließlich doch 1 005 (22,4 %) der Viertklässler. Die anteilig meisten Empfehlungen für die Werkreal-/Hauptschule wurden mit knapp 34 % im Stadtkreis Heilbronn ausgesprochen. Mit dieser Empfehlung waren gut 27 % der Eltern nicht einverstanden. Letztlich sind aber doch 31,4 % der Viertklässler zum Schuljahr 2010/11 auf eine Werkreal-/Hauptschule gewechselt (Web-Tabelle D 1.3 (T5)).

### Hoher Zusammenhang zwischen regionalem Bildungsniveau und Übergangsquoten

Die tatsächlichen Übergänge sind ein Ergebnis von Grundschulempfehlung und Elternwunsch. Dass sie regional wie oben beschrieben stark streuen, hat sicherlich mehrere Einflussfaktoren. Schon die Grundschulempfehlungen schwanken sehr. Auch die Abweichungen von Grundschulempfehlung und Elternwunsch sind regional unterschiedlich ausgeprägt. Hier spielen unter anderem Entfernungen von Wohnort und Schule, Verkehrsverbindungen, vorhandene schulische »Alternativen«, Angst vor Überforderung des Kindes, aber auch die Sorge, ohne eine bestimmte Grundschulempfehlung die »schulische Karriere« des Kindes zu beeinträchtigen sowie die »Bildungsnähe« bzw. »Bildungsferne« des Elternhauses eine Rolle.

Auch zwischen dem regionalen Bildungsniveau und den Übergängen auf weiterführende Schulen bestehen enge Zusammenhänge (Web-Tabelle D 1.3 (T6)).

Als ein messbarer Indikator für das »regionale Bildungsniveau« wurde der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (»Hochqualifizierte«) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewählt. Im Ranking dieser Anteile stehen die Stadtkreise Stuttgart (22 %), Heidelberg (20 %) und Freiburg im Breisgau (17 %) sowie der Landkreis Böblingen (17 %) an der Spitze der baden-württembergischen Kreise. Stuttgart, Heidelberg und Freiburg im Breisgau belegen auch bei den Übergängen auf Gymnasien vordere Plätze. Der Rang-Korrelationskoeffizient zwischen den prozentualen Anteilen von Hochqualifizierten und den Übergangsquoten aufs Gymnasium liegt mit 0,81 erwartungsgemäß sehr hoch und weist auf einen starken Zusammenhang hin. Korreliert man dagegen die Anteile der Hochqualifizierten mit den Übergängen auf Werkreal-/ Hauptschulen, bestätigt der Korrelationskoeffizient mit  $-0,65$  einen erkennbar negativen Zusammenhang. Das heißt, Kreise mit (formell) höher gebildeten Beschäftigten wie Heidelberg und Freiburg im Breisgau sind bei den Übergängen auf die Werkreal-/ Hauptschule auf den letzten Plätzen zu finden.

### Wenige erreichen mit der Aufnahmeprüfung doch noch das Ziel

Die Aufnahmeprüfung eröffnet die Möglichkeit, gegen die Grundschulempfehlung und gegen eine eventuelle Bildungsempfehlung doch noch den Elternwunsch nach Besuch einer Realschule bzw. eines Gymnasiums

für das Kind zu verwirklichen. Die Prüfung findet an zentral gelegenen Grundschulen statt und wird landesweit einheitlich vom Kultusministerium Baden-Württemberg vorgegeben. Im Jahr 2010 haben 2 111 Schüler der Klassenstufe 4 an der Aufnahmeprüfung teilgenommen. 267 von ihnen erreichten den nötigen Durchschnitt für den Besuch einer Realschule, 83 schafften auf diese Weise noch das Ziel »Gymnasium«. Unter den 267 Prüflingen, welche im Rahmen der Aufnahmeprüfung die Anforderungen für den Übergang auf die Realschule erfüllt haben, sind eventuell auch Kandidaten, die eigentlich das Ziel »Gymnasium« angestreut hatten und bereits die Option zum Besuch einer Realschule erreicht hatten. Mit welcher Grundschul- bzw. Bildungsempfehlung ein Kind in diese Aufnahmeprüfung geht, wird bislang in der Schulstatik nicht erfragt.

Auch bei der Grundschulempfehlung »Werkrealschule/ Hauptschule«, stehen dem Kind im baden-württembergischen Schulsystem noch viele Wege offen, einen (formell) höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. So konnten im Jahr 2009 fast 6 305 Hauptschulabgänger (16 %) die Schule nach der 10. Klassenstufe mit dem Realschulabschluss in der Tasche verlassen. Auch an vielen beruflichen Schulen des Landes kann bei vorhandenem Hauptschulabschluss noch ein mittlerer Bildungsabschluss erworben werden. Nach dem Besuch der Realschule besteht zum Beispiel die Möglichkeit, an den beruflichen Gymnasien des Landes die Hochschulreife zu erwerben. So legten 30 % der Gymnasial-Abiturienten im Jahr 2009 ihr Abitur an einem beruflichen Gymnasium ab (vgl. **Kapitel F 1**).

## D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

### D 2.1 Hauptschule

#### Abnehmender Trend der Schülerzahlen setzt sich fort

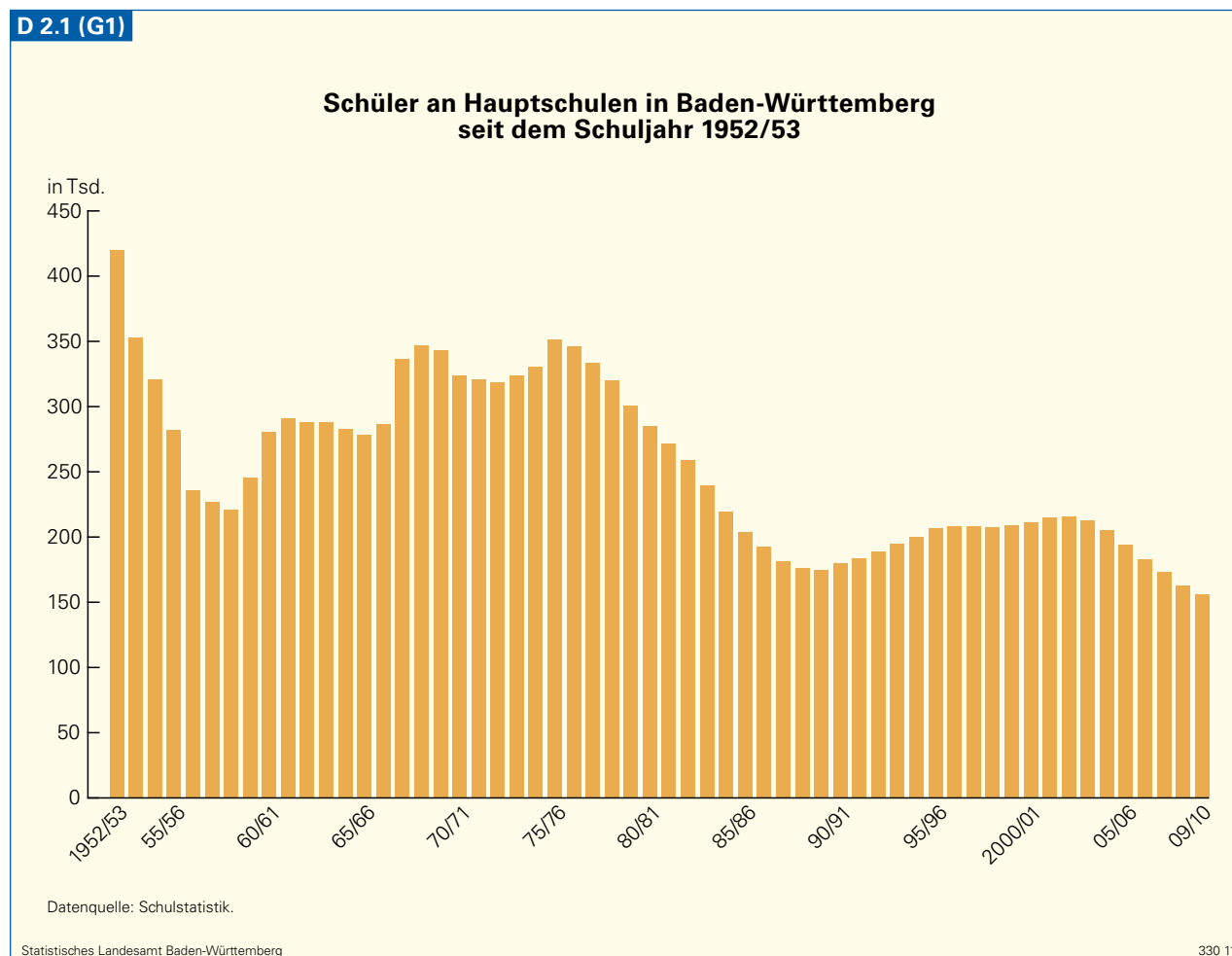
Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 1 194 Hauptschulen, die von 156 171 Schülern besucht wurden. Damit hat sich der im Schuljahr 2002/03 beginnende Abwärtstrend bei der Zahl der Hauptschüler weiter fortgesetzt (Tabelle D 2.1 (T1) im Anhang). Damals lag die Schülerzahl bei 215 532. Die bislang geringste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1989/90 mit 174 868 verzeichnet. Dies entsprach nicht einmal der Hälfte der Schülerzahl des Schuljahres 1975/76, in dem der relative Höhepunkt der vorherigen »demografischen Welle« erreicht wurde. Damals wurden 351 832 Hauptschüler unterrichtet (Grafik D 2.1 (G1)). Diese Zahl wurde nur zu

Beginn der 50er-Jahre übertroffen. Hauptgrund für diese Schwankungen ist die demografische Entwicklung. Darüber hinaus schlägt sich hier auch der rückläufige Anteil an den Übergängen aus der Grundschule nieder (Kapitel D 1.3).

#### Geringer Rückgang der Schülerzahl in Freiburg im Breisgau, hoher in Heidelberg

Die Zahl der Hauptschüler war im Schuljahr 2009/10 landesweit um gut ein Viertel (26 %) unter den Wert des Schuljahres 2000/01 gesunken. Auf der Ebene der Land- und Stadtkreise ist eine recht breite Streuung des Rückgangs von gut 9 % in der Stadt Freiburg im Breisgau bis zu stark 39 % in Heidelberg zu verzeichnen. Während der Bodenseekreis mit 15 % den zweitniedrigsten Rückgang aufwies, ging die Zahl der Hauptschüler in den Landkreisen Sigmaringen, Heidenheim und Rastatt um jeweils etwa ein Drittel unter

#### D 2.1 (G1)



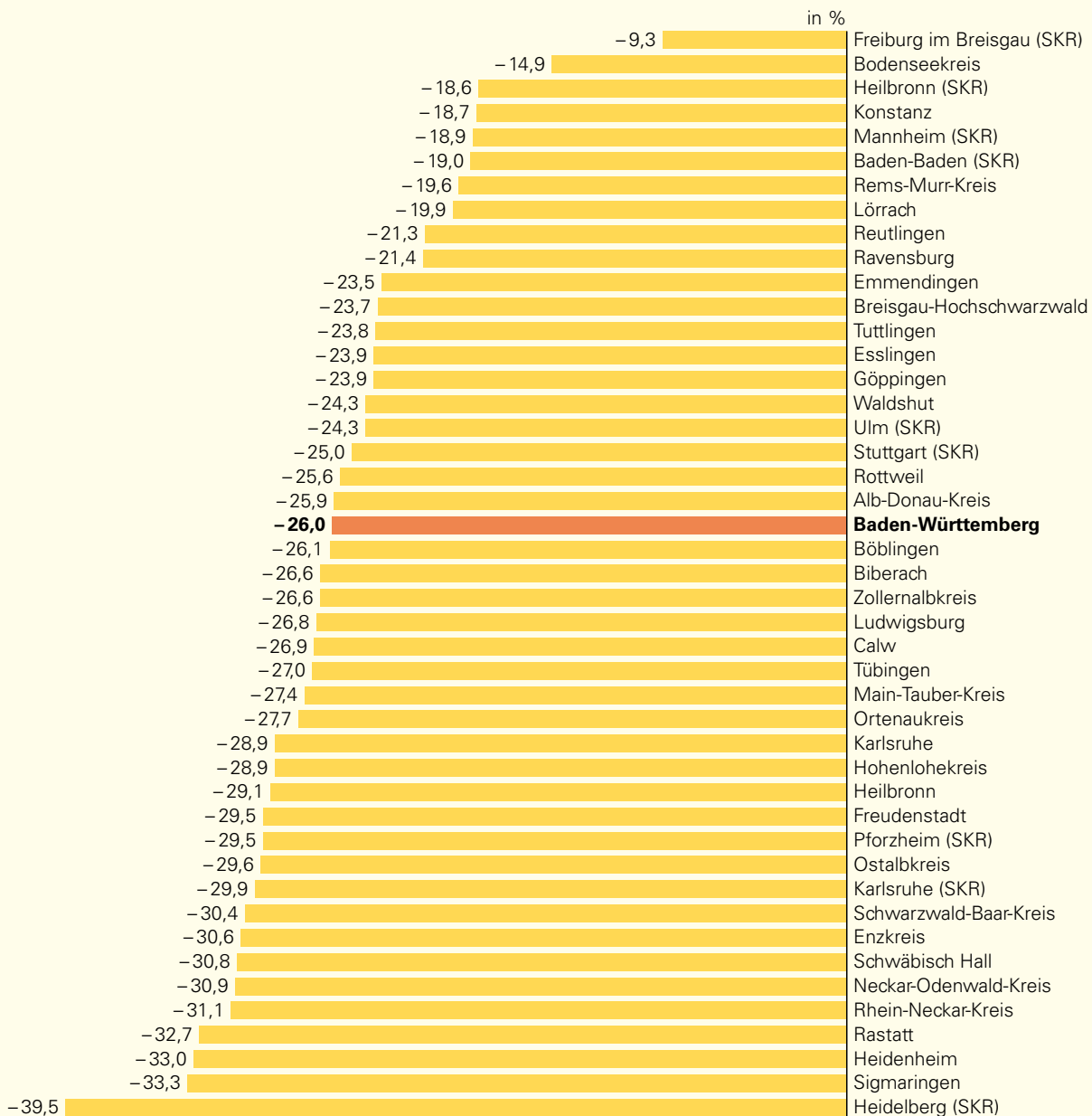
die neun Jahre zuvor erreichten Werte zurück (Grafik D 2.1 (G2)).

Ein regionales oder strukturelles Muster lässt sich bei diesen Werten nicht erkennen. Einige Stadtkreise wie Freiburg im Breisgau, Heilbronn, Mannheim und Baden-Baden weisen vergleichsweise geringe Rückgänge auf, andere wie Heidelberg oder Pforzheim dagegen hohe. Die akademisch geprägten Universitätsstädte

Freiburg im Breisgau und Heidelberg sind sogar an entgegengesetzten Enden der Entwicklung zu finden. Ähnliches gilt für die eher ländlichen Landkreise Sigmaringen und den Bodenseekreis. Die Gründe für diese Entwicklungen sind daher wohl vielschichtig. Sie dürften unter anderem auf die regionale Bevölkerungsentwicklung, Besonderheiten im Übergangsverhalten und die spezifischen Schulstrukturen zurückzuführen sein.

**D 2.1 (G2)**

**Veränderung der Schülerzahl an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik.

## Anzahl privater Hauptschulen leicht gestiegen

Im Schuljahr 2009/10 wurden 41 der insgesamt 1 194 Hauptschulen in privater Trägerschaft geführt. Diese wurden von 4 796 Schülern besucht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Hauptschüler betrug somit gut 3 %. Die Zahl der privaten Hauptschulen ist in den letzten Jahren mäßig, aber kontinuierlich angestiegen. So gab es im Schuljahr 2000/01 lediglich 18, im Schuljahr 2005/06 24 private Hauptschulen, die von jeweils rund 2 % der Hauptschüler insgesamt besucht wurden.

Bei den privaten Hauptschulen handelt es sich meist um kleinere Einrichtungen. Ihre regionale Verteilung ist relativ ungleichmäßig. Die meisten privaten Hauptschulen (13) gab es im Schuljahr 2009/10 im Regierungsbezirk Freiburg, gefolgt von den Regierungsbezirken Tübingen (11) und Stuttgart (10). Der Regierungsbezirk Karlsruhe hatte im selben Schuljahr sieben private Hauptschulen. Gemessen an der Schülerzahl sind die privaten Hauptschulen in den Regierungsbezirken Tübingen und Freiburg deutlich stärker vertreten als in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe. Insgesamt gab es 2009/10 in 26 der 44 Land- und Stadtkreise des Landes eine Hauptschule in freier Trägerschaft (Web-Tabelle D 2.1 (T2)).

## Hoher Anteil relativ kleiner Hauptschulen im Schuljahr 2009/10

Von den 1 194 Hauptschulen, die im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg eingerichtet waren, hatte fast jede vierte (290 Schulen) weniger als fünf Klassen und wies damit nicht alle Schuljahrgänge auf. Drei Hauptschulen befanden sich im Aufbau, das heißt sie hatten zwar mehr als fünf Klassen, aber dennoch nicht alle Schuljahrgänge von Jahrgangsstufe fünf bis neun. Alle Schuljahrgänge waren an 542 Hauptschulen mindestens einmal vorhanden, bei insgesamt fünf bis maximal sieben Klassen. Damit gelten diese Schulen als einzügig. 332 Hauptschulen waren zweizügig oder überwiegend zweizügig, überwiegend dreizügig oder drei- und mehrzügig nur 27. Insgesamt waren im Schuljahr 2009/10 damit 70 % der Hauptschulen im Aufbau oder ein- bis zweizügig. Im Schuljahr 2005/06 lag der entsprechende Wert noch bei 57 %.

Im Schuljahr 2009/10 wurden an 342 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Darunter befanden sich auch neun der zehn in Baden-Württemberg vorhandenen Hauptschul-Außenstellen, die bei diesem Aspekt gesondert betrach-

tet werden.<sup>8</sup> Der größte Teil der öffentlichen Hauptschul-Standorte (623) hatte zwischen 85 bis unter 200 Schüler, 194 Standorte hatten zwischen 200 und 399 Schüler. Lediglich an vier öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den insgesamt 41 privaten Hauptschulen hatten 22 weniger als 85 Schüler und zehn zwischen 85 bis unter 200 Schüler. Über 400 Schüler wurden nur von einer privaten Hauptschule gemeldet.

## Durchschnittlich rund 19 Schüler je Klasse

Im Durchschnitt lag die Klassengröße an den Hauptschulen im Schuljahr 2009/10 bei stark 19 Schülern. Dies spricht dafür, dass an den Hauptschulen überwiegend relativ kleine Klassen existierten. Im Zuge des seit dem Schuljahr 2003/04 zu beobachtenden Rückgangs der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse weiter abgesunken und lag im Schuljahr 2009/10 mit 19,4 um einen Schüler unter dem vor drei Jahren verzeichneten Wert.

An öffentlichen Hauptschulen liegt die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse spürbar unter den Werten der privaten Schulen (Grafik D 2.1 (G3)). Mit 21,0 Schülern je Klasse wurden an privaten Schulen 2009/10 im Mittel fast zwei Schüler mehr pro Klasse unterrichtet als an öffentlichen. Dieser Abstand hat sich in den letzten Jahren etwas verringert – 2005/06 lag er noch bei fast drei Schülern.

An den öffentlichen Hauptschulen umfassten drei Viertel aller Regelklassen<sup>9</sup> weniger als 23 Schüler (Tabelle D 2.1 (T3) im Anhang). Ein Fünftel der Regelklassen wurde von 23 bis 27 Schülern besucht. In etwa 4 % aller regulären Hauptschulklassen wurden 28 Schüler oder mehr unterrichtet. Dies waren 288 Klassen an den öffentlichen Hauptschulen. An den Einrichtungen in freier Trägerschaft waren in vier von zehn Klassen 23 bis 27 Schüler zu finden. In jeder fünften Klasse betrug die Klassengröße 28 Schüler oder mehr.

## Auch 2009/10 mehr Jungen als Mädchen auf der Hauptschule

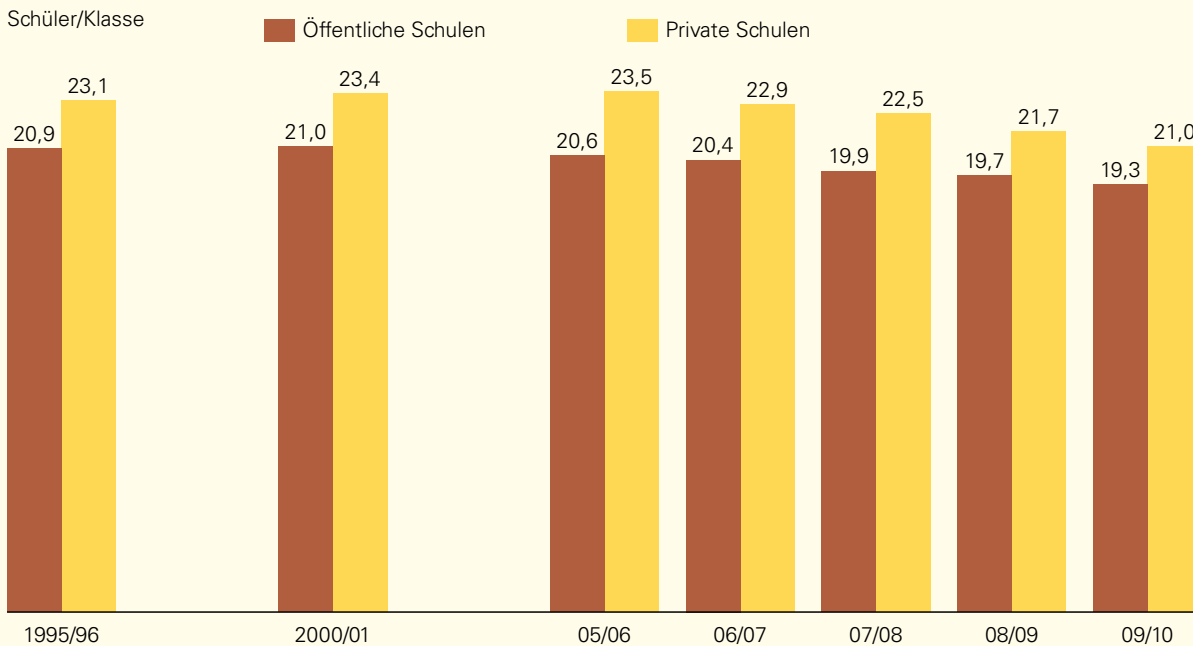
Die geschlechtsspezifische Betrachtung von Schülerinnen und Schülern an den Hauptschulen zeigt einen deutlichen Jungenüberhang: Gut 55 % der Hauptschü-

8 Der Wert 85 ergibt sich, wenn man von einer Mindestklassengröße an öffentlichen Hauptschulen von 17 Schülern und fünf Hauptschul-Jahrgängen ausgeht.

9 Siehe die methodische Erläuterung »Regelklasse« am Ende dieses Kapitels.

## D 2.1 (G3)

### Klassengröße an Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1995/96 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

332 11

ler waren im Schuljahr 2009/10 männlich (Web-Tabelle D 2.1 (T2)). Dieses Verhältnis ist bereits seit längerer Zeit stabil. Schon im Schuljahr 1980/81 lag der Jungenanteil auf demselben Niveau. Im Verlauf der Jahre waren hier nur sehr geringe Schwankungen feststellbar.

In allen Kreisen des Landes stellten die Jungen – wie drei Jahre zuvor auch – die Mehrzahl der Hauptschüler. Ihr Anteil schwankte von 53 % in den Stadtkreisen Baden-Baden und Karlsruhe bis zu knapp 59 % im Stadtkreis Freiburg im Breisgau. Somit hielt sich die Spannweite des Jungenanteils auch auf Kreisebene in Grenzen.

#### Übergänge von der 9. in die freiwillige 10. Klassenstufe stiegen 2009/10 auf gut 18 %

Mit dem Besuch des freiwilligen 10. Schuljahres an einer Hauptschule wurde im Schuljahr 2009/10 auch Hauptschülern ein direkter Weg zu einem mittleren Abschluss angeboten (Werkrealschule alter Prägung). 363 der insgesamt 1 194 Hauptschulen haben im Schuljahr 2009/10 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 789 Schülern besucht wurde. Damit waren gut 18 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Klassenstufe gewech-

sel. Der Anteil ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen – seit dem Schuljahr 1996/97 lag er relativ konstant bei Werten zwischen knapp 15 % und gut 16 % (Grafik D 2.1 (G4)).

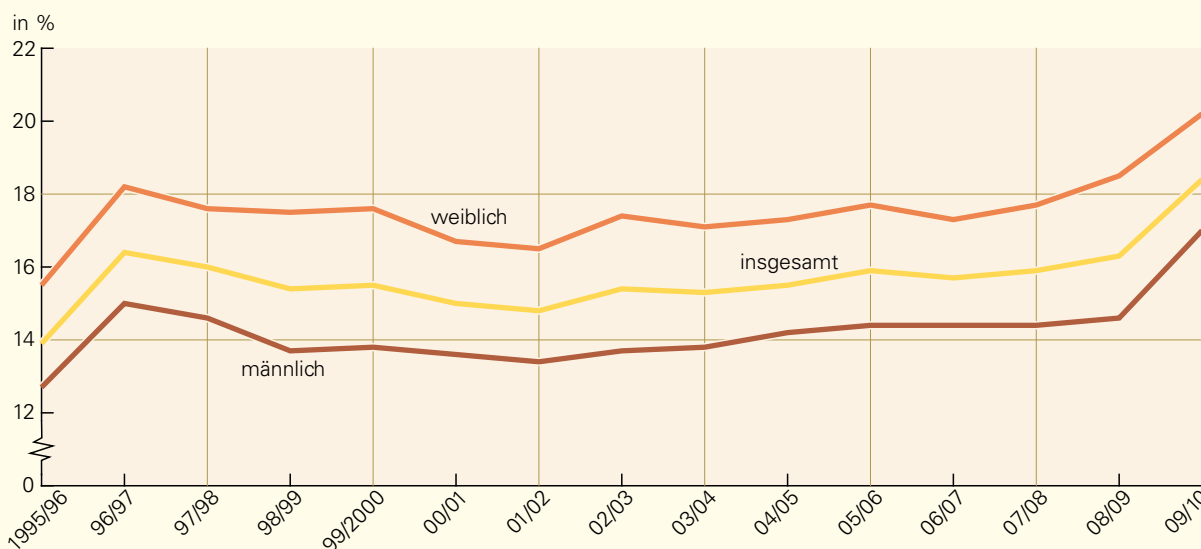
Von den 63 615 Schülern der Klassenstufen 8 und 9 nahm über die Hälfte (knapp 53 %) am Zusatzunterricht in Englisch und Mathematik teil. Allerdings hatten nicht alle Hauptschüler die Möglichkeit, Zusatzunterricht zu erhalten, da dieser nur an 1 101 Schulen erteilt wurde. Damit konnten 8 % der Hauptschulen ihren Schülern diesen Unterricht nicht anbieten. Mädchen erhielten deutlich häufiger Zusatzunterricht als Jungen (gut 58 % zu rund 48 %). Dieser geschlechtsspezifische Unterschied setzte sich auch bei den Übergängen in Klassenstufe 10 fort: Gut 20 % der weiblichen, aber nur 17 % der männlichen Neuntklässler wechselten in die freiwillige 10. Klassenstufe (Grafik D 2.1 (G4)).

Neben dem Wechsel in die 10. Klassenstufe standen den erfolgreichen Neuntklässlern noch weitere Alternativen offen. Sie konnten sich beispielsweise mit dem Hauptschulabschluss um eine Lehrstelle bewerben oder an einer zweijährigen Berufsfachschule die Fachschulreife anstreben. Dort dauerte der Weg zum mittleren Abschluss zwar ein Jahr länger, dafür erhielten die Schüler neben allgemein bildendem Unterricht auch berufliche Grundkenntnisse vermittelt (siehe Kapitel E 1).



## D 2.1 (G4)

### Übergänge von der 9. in die 10. Klassenstufe der Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1995/96



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

333 11

## Die Werkrealschule ab 2010/11

Zum Schuljahr 2010/11 wurde der neue Bildungsgang »Werkrealschule« beginnend für die Klassenstufen 5 bis 8 eingeführt.<sup>10</sup> In der Schulstatistik werden allerdings alle Schüler dieser Schulen der Werkrealschule zugeordnet. So können in der Schulstatistik auch im Bildungsgang Werkrealschule bereits die Klassenstufen 9 und 10 belegt sein, wenn Schüler aus den Klassenstufen 8 und 9 einer ehemaligen Hauptschule übernommen wurden.

### Ziel ist der Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses

Ziel der neuen Werkrealschule ist der Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses, der dem Realschulabschluss gleichwertig ist. Im Gegensatz zur bisherigen Hauptschule mit freiwilligem 10. Schuljahr und darauf

vorbereitendem Zusatzunterricht ist die zum Schuljahr 2010/11 eingeführte Werkrealschule ein auf sechs Schuljahre angelegter Bildungsgang. Die ersten Schüler dieses neuen Bildungsgangs werden am Ende des Schuljahres 2012/13 einen mittleren Bildungsabschluss erwerben können. Wer die Werkrealschule nach der 9. Klasse verlassen möchte, kann wie bisher die Hauptschulabschlussprüfung ablegen

### Enge Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule in Klassenstufe 10

Als profilierende Elemente werden in den Klassenstufen 8 und 9 insgesamt drei zweistündige Wahlpflichtfächer eingeführt, aus denen die Schüler eines nach ihren Interessen und Neigungen auswählen:

- Natur und Technik,
- Wirtschaft und Informationstechnik
- Gesundheit und Soziales.

Als weiteres Merkmal der neuen Werkrealschule ist bislang die Kooperation mit dem ersten Jahr der zweijährigen Berufsfachschulen in Klasse 10 konzipiert worden. Hier soll eine erste berufliche Grundbildung vermittelt und der Übergang in das duale System besser vorbereitet werden.

<sup>10</sup> Vgl. Landesbildungsserver Baden-Württemberg, <http://www.schule-bw.de/schularten/hauptschule/aktuell/neue-werkrealschule>, Stand 27.04.2011; Kultusministerium Baden-Württemberg: »Werkrealschule« (Faltblatt), Januar 2010; Verordnung des Kultusministeriums über die Ausbildung und Prüfung an Werkrealschulen (Werkrealschulverordnung – WRSVO) vom 11.11.2009 (GBl. S. 693; K. u. U. S. 205).

## Über 500 Werkrealschulen neuen Typs im Schuljahr 2010/11

Durch die Einführung der Werkrealschule neuen Typs haben sich die Zahl der Schulen und Schüler an den Hauptschulen ab dem Schuljahr 2010/11 stark verändert. Nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Schulstatistik wurde im Schuljahr 2010/11 an 536 Schulen der neue Bildungsgang Werkrealschule eingeführt (an 520 öffentlichen und 16 privaten). Dieser Bildungsgang wurde in den Klassenstufen 5 bis 8 von knapp 85 700 Schülern besucht. Weitere gut 28 200 Schüler wurden hier in den Klassenstufen 9 und 10 entsprechend dem bisherigen Bildungsplan beschult. Dagegen ist die Zahl der Hauptschulen von 1 194 im Schuljahr 2009/10 auf 540 im Schuljahr 2010/11 gesunken. An diesen Hauptschulen werden im Schuljahr 2010/11 nach den vorläufigen Ergebnissen der Schulstatistik noch gut 37 700 Schüler unterrichtet.

## D 2.2 Realschule

Die Realschule in Baden-Württemberg hat das Ziel, ihren Schülern über eine erweiterte allgemeine Bildung die Grundlagen für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge zu schaffen. Nach sechs Schuljahren erwerben die Schüler über die zentral gestellte Realschul-Abschlussprüfung den mittleren Bildungsabschluss und damit den Zugang zu anerkannten Ausbildungsberufen sowie zu weiteren schulischen Bildungsgängen, die bis zur allgemeinen Hochschulreife führen können.

### Anstieg der Schülerzahlen an Realschulen um gut 7 % seit Schuljahr 2000/01

Im Schuljahr 2009/10 wurden an 483 öffentlichen und privaten Realschulen 246 779 Schüler unterrichtet. Dies sind geringfügig mehr als im Schuljahr zuvor, in welchem 246 656 Schüler eine Realschule besuchten. In diesen beiden Jahren wurde – im Gegensatz zu der leicht rückläufigen Entwicklung in den vorausgegangenen drei Schuljahren – wieder ein leichter Zuwachs der Schülerzahlen verzeichnet. Zu Beginn der 80er-Jahre besuchten über 250 000 Schüler diese Schulart. In der darauffolgenden Dekade war ein Rückgang auf rund 163 000 Schüler zu verzeichnen. Seitdem stiegen die Schülerzahlen tendenziell an. Seit dem Schuljahr 2000/01 ist ein Zuwachs um 16 943 bzw. gut 7 % zu verzeichnen (Grafik D 2.2 (G1)).

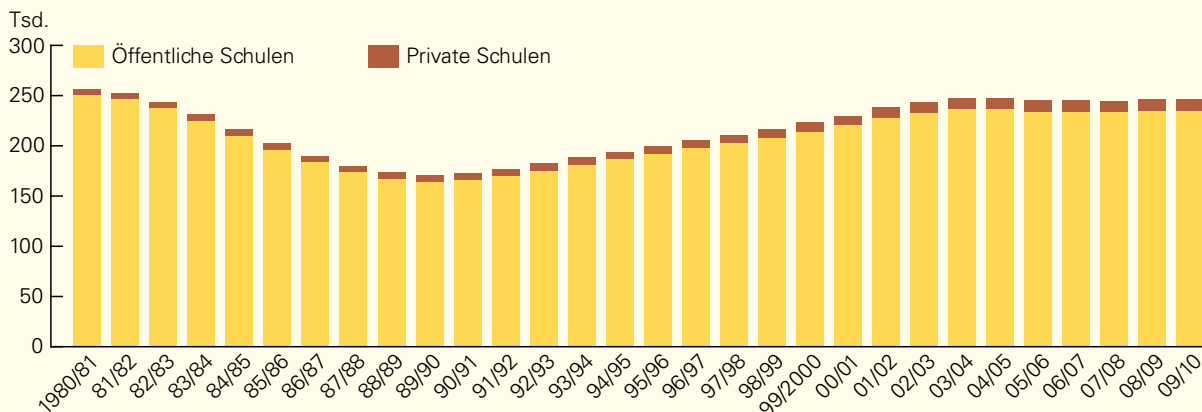


### Regelklassen

»Regelklassen« sind alle Hauptschulklassen mit Ausnahme der »besonderen Klassenarten« (Vorbereitungsklassen, Klassen mit dem Ziel der Beseitigung von Lese-/Rechtschreibschwächen, Kooperationsklassen Hauptschule/ Berufliche Schule bzw. Werkrealschule/ Berufliche Schule und muttersprachliche Klassen).

### D 2.2 (G1)

Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

376 11

Eine regionale Betrachtung zeigt, dass sich die Zuwächse in den vergangenen zehn Jahren in den einzelnen Stadt- und Landkreisen sehr unterschiedlich entwickelten und in einigen Kreisen sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Der Stadtkreis Baden-Baden sowie die Landkreise Freudenstadt und Ravensburg erfuhren – wie bereits zum Stand des Bildungsberichts 2007 – mit Zuwächsen zwischen 20 % und 23 % die größten Anstiege der Schülerzahlen.

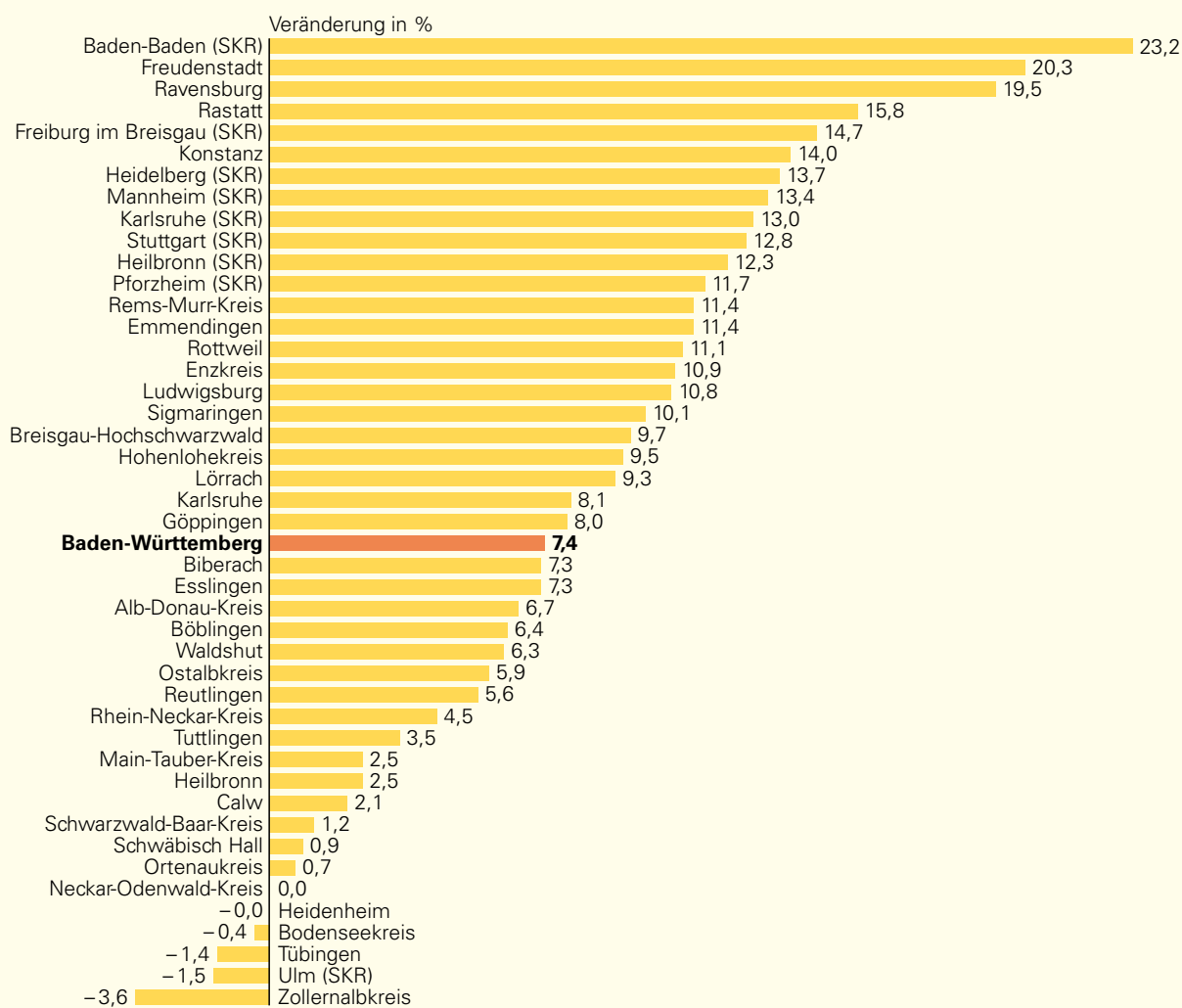
Eine leichte Abnahme der Realschülerzahlen gab es im Bodenseekreis, im Landkreis Tübingen, im Stadtkreis Ulm und im Zollernalbkreis (Grafik D 2.2 (G2)).

### Anteil der Schüler an privaten Realschulen vergrößert sich geringfügig

12 815 Schüler besuchten im Schuljahr 2009/10 eine der 56 privaten Realschulen. Dies sind 5,2 % der Schüler an Realschulen (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Der bereits im Bildungsbericht 2007 berichtete Trend zur kontinuierlichen Steigerung der Schülerzahl an privaten Realschulen setzte sich in kleinen Schritten stetig fort. Zwischen 2000/01 und 2009/10 stieg der Anteil der Schüler an privaten Realschulen in jedem Schuljahr geringfügig im Schnitt um 0,1 Prozentpunkte. Der Anteil der Realschüler – bezogen auf einzelne Stadt- und Landkreise –, die im Schuljahr 2009/10 eine private Realschule besuchten, war in

#### D 2.2 (G2)

### Veränderung der Schülerzahl an Realschulen in den Kreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik.

Baden-Baden mit nahezu 36 % und Heidelberg mit gut 28 % am höchsten.

Auch nahmen Anzahl und Verbreitung der privaten Realschulen zu. Während im Schuljahr 2006/07 noch in 29 der 44 Stadt- und Landkreise Realschulen in freier Trägerschaft vorhanden waren, besuchten im Schuljahr 2009/10 Schüler bereits in 35 Stadt- und Landkreisen private Realschulen. In diesem Zeitraum kamen Einrichtungen aus den Landkreisen Esslingen und Ludwigsburg, dem Hohenlohekreis sowie den Landkreisen Calw, Rottweil und Reutlingen hinzu (Web-Tabelle D 2.2 (T2)). Insgesamt gab es in diesem Schuljahr elf private Realschulen mehr als 2006/07.

### Anteil der Jungen und Mädchen an Realschulen fast ausgeglichen

Im Schuljahr 2009/10 lag mit einem Anteil von 50,5 % Jungen und 49,5 % Mädchen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern an den Realschulen vor. Der höchste Anteil bei der weiblichen Schülerschaft fand sich mit rund 54 % im Stadtkreis Ulm. Die höchste Quote an männlichen Schülern war mit ebenfalls rund 54 % im Stadtkreis Baden-Baden vorhanden. In beiden Kreisen wurde das Geschlechterverhältnis durch das Vorhandensein von Privatschulen mit hohem Mädchen- bzw. Jungenanteil beeinflusst. So liegt der Jungenanteil im Stadtkreis Ulm an öffentlichen Schulen bei 56 % – hingegen sind an privaten Schulen über 92 % der Schülerschaft Mädchen. In Baden-Baden liegt der Mädchenanteil an öf-

fentlichen Schulen bei annähernd 53 %; der Jungenanteil an Schulen in freier Trägerschaft jedoch bei über 66 % (Web-Tabelle D 2.2 (T2)).

Das Geschlechterverhältnis zwischen öffentlichen und privaten Realschulen in Baden-Württemberg stellt sich folgendermaßen dar: Im Schuljahr 2009/10 waren annähernd 52 % der Schüler an öffentlichen Realschulen Jungen, an privaten Realschulen überwiegen jedoch mit gut 67 % die Mädchen. Zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 ist jedoch eine Verringerung des Mädchenanteils an privaten Realschulen um fast 7 Prozentpunkte festzustellen (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang).

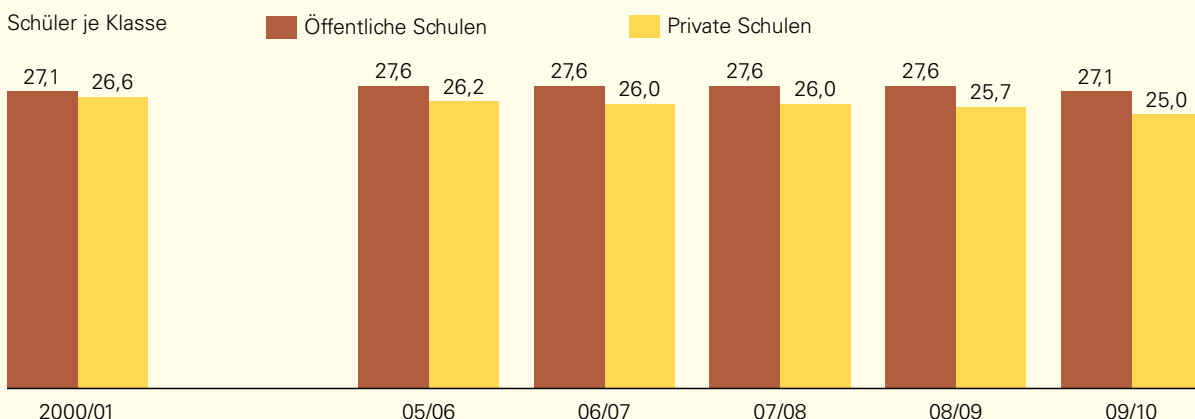
### Durchschnittliche Klassenstärke bei rund 27 Schülern pro Klasse

Die Klassengröße an Realschulen lag im Schuljahr 2009/10 im Durchschnitt bei 26,9 Schülern pro Klasse – sie verringerte sich damit im Vergleich zum Schuljahr 2006/07, in welchem sie noch 27,5 Schüler pro Klasse betrug. Die Schülerzahl stieg in diesem Zeitraum allerdings um 1 943 Schüler an (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Das Sinken der Klassenstärke kann durch die Einrichtung von weiteren 192 Klassen an öffentlichen und 75 Klassen an privaten Schulen erklärt werden.

Grafik D 2.2 (G3) zeigt sowohl die Veränderung bei der Klassenstärke an öffentlichen als auch an privaten Schulen für ausgewählte Schuljahre. Außerdem zeigt die Grafik, dass an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2009/10 die durchschnittliche Klassenstärke des Jahres 2000/01 mit 27,1 Schülern pro Klasse wieder

D 2.2 (G3)

#### Klassengröße an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

378 11

erreicht wurde. Bei den privaten Schulen setzte sich eine Verringerung der durchschnittlichen Klassengröße auf 25 Schüler pro Klasse fort.

### Verteilung in den Wahlpflichtbereichen

Ab Klassenstufe 7 belegen Realschüler ein Fach des Wahlpflichtbereichs. Sie können sich zwischen »Technik«, »Mensch und Umwelt« oder einer zweiten Fremdsprache entscheiden. Die Wahlpflichtfächer »Technik« sowie »Mensch und Umwelt« tauschen in den Klassen 7 bis 10 Pflichtmodule aus, sodass wechselseitige Lernerfahrungen möglich sind.

Im Schuljahr 2009/10 besuchten gut 40 % der Schüler das Fach »Technik«, fast 35 % »Mensch und Umwelt« und 25 % eine Fremdsprache (Grafik D 2.2 (G4)). Bei der Fremdsprache handelt es sich in den meisten Fällen um Französisch<sup>11</sup>.

Eine Analyse der geschlechtsspezifischen Verteilung ergibt, dass rund 58 % der Mädchen »Mensch und Umwelt« wählten, 34 % die zweite Fremdsprache und nur ca. 8 % »Technik«. Von den Jungen hingegen wählten über 71 % das Fach »Technik«. Mit großem Abstand folgen dann die Fremdsprache, für die sich rund 16 % entschieden, und das Fach »Mensch und Umwelt«, das über 12 % der Jungen belegten. Seit dem im Bildungsbericht 2007 berichteten Stand – bezogen auf das Schuljahr 2006/07 – zeigen sich für das geschlechtsspezifische Wahlverhalten kaum Unterschiede.

### Zugänge durch Wechsler aus anderen Schularten

Die Mehrzahl der zum Schuljahr 2009/10 an eine Realschule von einer anderen Schulart übergegangenen Schüler besuchte im Vorjahr ein Gymnasium. So waren 0,9 % aller Realschüler am Ende des vorangegangenen Schuljahres noch Schüler eines Gymnasiums und 0,8 % der Schüler an Realschulen kamen von einer Hauptschule. Weitere 0,1 % aller Realschüler wechselten aus einer sonstigen Schulart an die Realschule (Tabelle D 2.2 (T3) im Anhang).

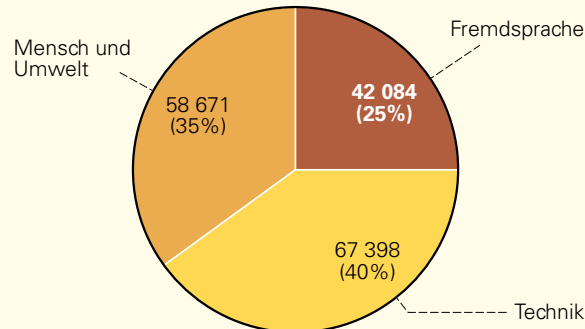
Wechsel von der Hauptschule an die Realschule betreffen insbesondere die 6. Klasse, während die Wechsel vom Gymnasium an die Realschule hauptsächlich in den Klassen 7, 8 und 9 erfolgen.

<sup>11</sup> Für Schüler, die ab Klasse 5 Französisch als Pflichtfremdsprache haben, ist ab Klasse 7 auch Englisch Pflichtfremdsprache.

#### D 2.2 (G4)

### Wahlpflichtunterricht an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

Anzahl der teilnehmenden Schüler



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

379 11

### Ausbau der bilingualen Züge an Realschulen

Im Schuljahr 2006/07 wurden an fünf Realschulen bilinguale Züge eingerichtet. Dies fand im Rahmen eines Schulversuchs statt, der vier Modellschulen mit bilingualen Zügen in Englisch und eine Modellschule mit Französisch umfasste. Das Konzept der bilingualen Züge sieht vor, dass in jeder Klassenstufe in einer bilingualen Klasse durchgängig in mindestens zwei Sachfächern zweisprachig unterrichtet wird. Schüler, die den bilingualen Zug an der Realschule erfolgreich absolvieren, erhalten ein landeseinheitliches Testat nach Klasse 8 und ein landeseinheitliches Zertifikat nach Klasse 10.

2010/11 erhöhte sich die Zahl der Realschulstandorte mit diesem Unterrichtsmodell um weitere 21 auf insgesamt 26 (Grafik D 2.2 (G5)). In Baden-Württemberg werden über die bilingualen Züge hinaus an vielen weiteren Realschulen bilinguale Unterrichtsstunden und -einheiten angeboten.

### Novellierte Abschlussprüfung



Seit dem Schuljahr 2007/08 wird an den Realschulen in Baden-Württemberg eine novellierte Abschlussprüfung durchgeführt<sup>12</sup>. Die schriftliche Prüfung am Ende von Klasse 10 erstreckt sich auf die Fächer Deutsch, Mathematik und die Pflichtfremdsprache, welche entweder Englisch oder Französisch ist. In der Pflichtfremdsprache

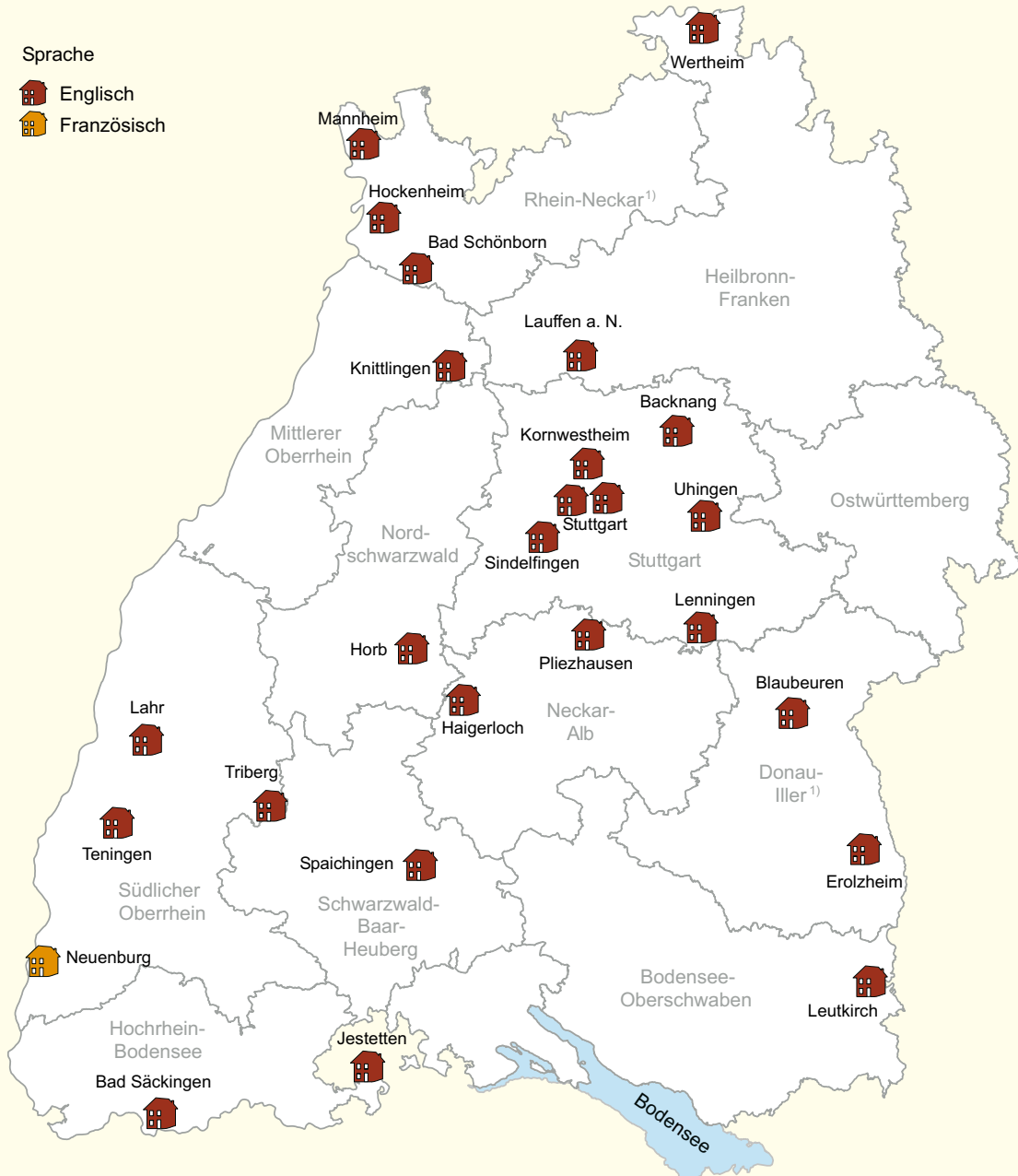
<sup>12</sup> <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PBmnu/1189339/index.html?ROOT=1146607>, Stand: 20.01.2011.

D 2.2 (G5)

Realschulen mit bilingualen Zügen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

Sprache

-  Englisch
-  Französisch



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-020  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

wird im ersten Halbjahr der Klasse 10 eine mündliche Prüfung durchgeführt (EuroKomPrüfung). Sie zählt soviel wie die übrigen Prüfungsleistungen in der Pflichtfremdsprache. Die fächerübergreifende Kompetenzprüfung besteht aus einer Präsentation zu einem bestimmten Thema und einem daran anknüpfenden Prüfungsgespräch. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf Wunsch des Schülers auf die Fächer der schriftlichen Prüfung.

### D 2.3 Gymnasium

Das allgemein bildende Gymnasium vermittelt Schülern eine breite und vertiefte Allgemeinbildung. Seit dem Schuljahr 2004/05 wurde das bislang neunjährige Gymnasium mit einer entsprechenden Anpassung des Bildungsplans auf nunmehr acht Schuljahre ausgerichtet. Mit dem erfolgreichen Ablegen der Abiturprüfung erlangen die Schüler in der Regel nach insgesamt zwölf Schuljahren die allgemeine Hochschulreife. Je nach den Angeboten der besuchten Schule kann ein naturwissenschaftliches, sprachliches, musisch-künstlerisches oder sportliches Profil belegt werden.

Nach einem demografisch bedingten starken Rückgang der Schülerzahlen ab Beginn der 80er-Jahre ist seit Anfang der 90er-Jahre ein stetiges Anwachsen zu verzeichnen. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 344 932 Schüler eines der 377 öffentlichen und 68 privaten Gymnasien, ein Zuwachs um 51 966 Schüler bzw. knapp 18 % gegenüber dem Schuljahr 2000/01 (Grafik D 2.3 (G1) und Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

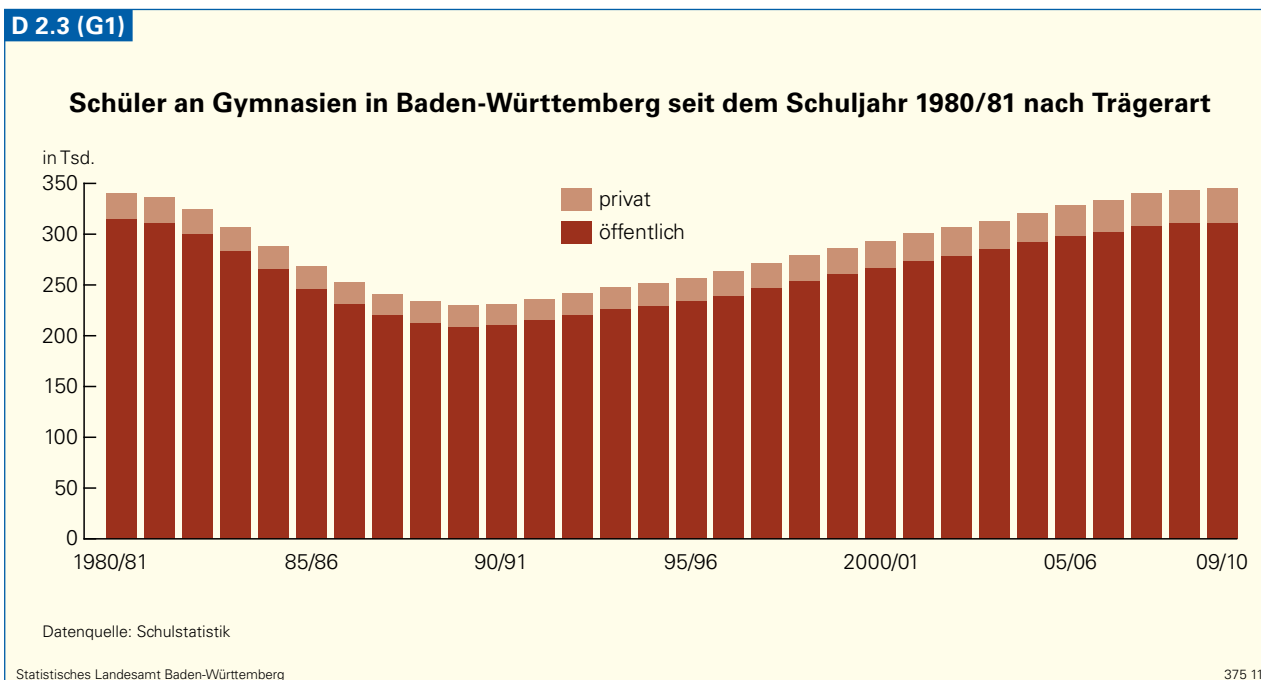
### Anstieg der Schülerzahlen an Gymnasien in allen Stadt- und Landkreisen

Das Anwachsen der Schülerzahlen an Gymnasien spiegelt sich auch auf regionaler Ebene wider. Zwar stieg in allen Stadt- und Landkreisen die Zahl der Schüler zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10 an, allerdings in unterschiedlichem Umfang. Die mit 26 % bis 28 % größten Zuwächse erfuhrten die Kreise Konstanz und Calw, der Ostalbkreis und der Stadtkreis Karlsruhe. Die mit deutlichem Abstand geringste Zunahme erfuhr der Hohenlohekreis mit knapp 2 % (Grafik D 2.3 (G2)), welcher zum Stand des ersten baden-württembergischen Bildungsberichts für den Zeitraum von 2000/01 bis 2006/07 noch eine Zunahme von 9 % verzeichnete.

### Jeder zehnte Gymnasiast besucht ein privates Gymnasium

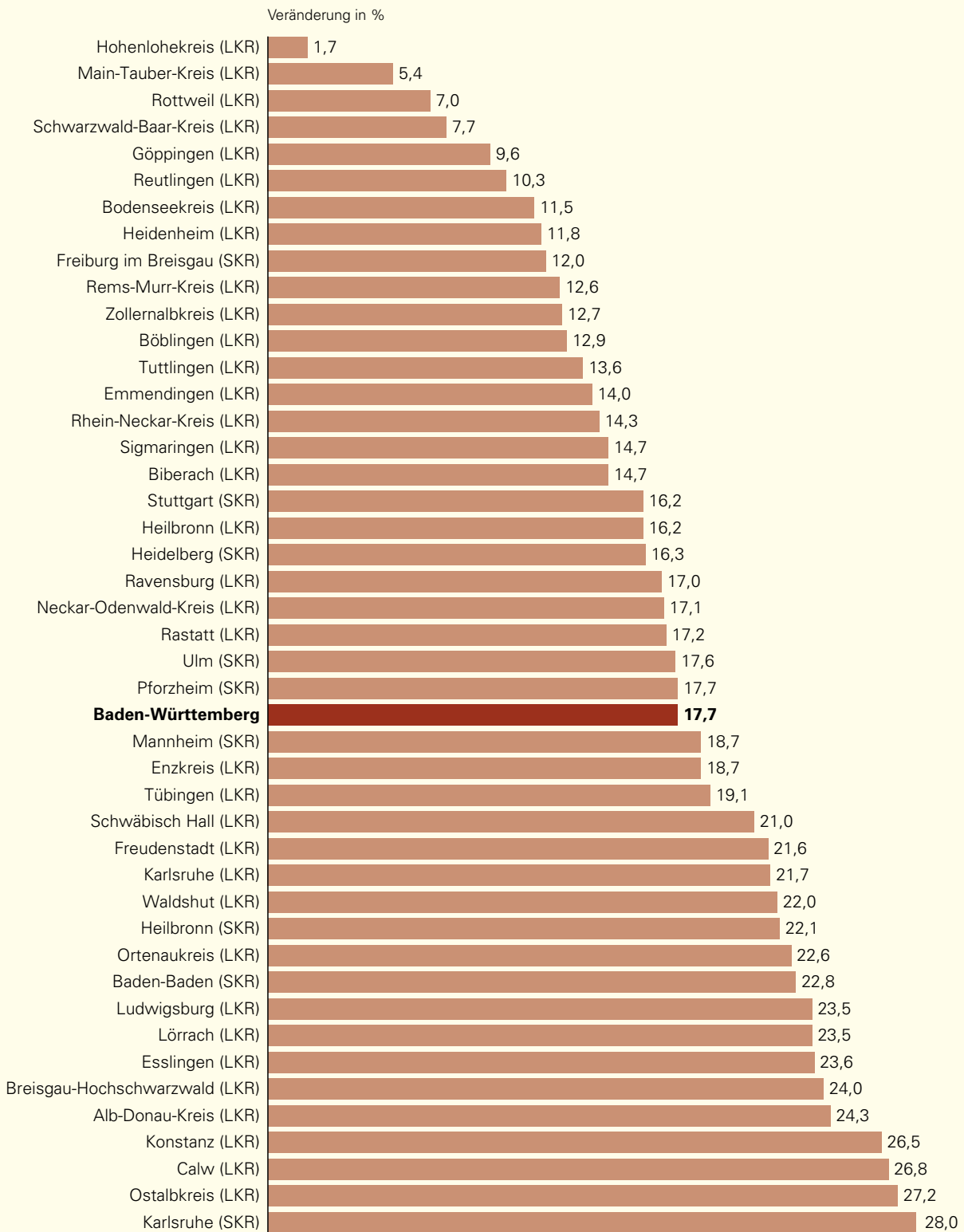
33 892 Schüler – ein Anteil von 9,8 % – besuchten im Schuljahr 2009/10 ein privates Gymnasium. Der Anteil der Privatschüler an der Gesamtschülerzahl vergrößerte sich damit seit dem Schuljahr 2000/01, in welchem er 9,2 % betrug, nur geringfügig (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Rückblickend auf die vergangene Dekade beträgt der Anstieg der Schülerzahlen an den privaten Gymnasien allerdings über 25 % zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10. Die öffentlichen Gymnasien erfuhrten im selben Zeitraum einen Schülerzuwachs um lediglich 17 %.

Im Schuljahr 2009/10 gab es in 30 Stadt- und Landkreisen private Gymnasien. Seit dem letzten Bildungsbericht,



## D 2.3 (G2)

### Veränderung der Schülerzahl an Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik



welcher den Stand des Schuljahrs 2006/07 aufzeigt, kamen drei Landkreise – Esslingen, der Rems-Murr-Kreis und der Hohenlohekreis – hinzu. Auffallend hohe Anteile an Privatschülern unter den Gymnasiasten finden sich mit 45 % in Heidelberg und mit 36 % in Baden-Baden.

### Mädchenanteil an Gymnasien höher als Jungenanteil

Mehr Mädchen als Jungen besuchten im Schuljahr 2009/10 ein öffentliches oder privates Gymnasium in Baden-Württemberg – ihr Anteil lag bei gut 52 %. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 164 317 Jungen 180 615 Mädchen gegenüberstanden (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Im Landkreis Sigmaringen war der Anteil der Mädchen mit fast 58 % am höchsten; in keinem Stadt- und Landkreis lag der Anteil der Mädchen unter 50 % (Web-Tabelle D 2.3 (T2)). Seit dem Schuljahr 2000/01 ist jedoch ein leichtes Sinken des weiblichen Anteils um insgesamt einen Prozentpunkt zu vermerken.

Der Mädchenanteil an privaten Gymnasien lag im Schuljahr 2009/10 bei rund 60 %, während er an öffentlichen Gymnasien knapp 52 % betrug (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

### Klassenstärke seit Schuljahr 2006/07 leicht gesunken

Im Schuljahr 2009/10 lag die durchschnittliche Klassengröße an öffentlichen und privaten Gymnasien bei

27,1 Schülern.<sup>13</sup> Für öffentliche Gymnasien ergab sich ein Durchschnitt von 27,3 Schülern und für private Gymnasien von 25,5 Schülern pro Klasse. Bis zum Schuljahr 2006/07 war eine Tendenz zu größer werdenden Klassen festzustellen. Gemessen an dem für diesen Zeitpunkt berichteten Stand von durchschnittlich 27,5 Schülern pro Klasse ist nun ein leichter Rückgang der Klassenstärke zu verzeichnen, der sich sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Schulen zeigt (Grafik D 2.3 (G3)).

### 15 Standorte mit Angeboten zur Hochbegabtenförderung an öffentlichen Gymnasien

Seit dem Schuljahr 2006/07 wurde die Hochbegabtenförderung an öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien ausgebaut. Es finden sich neben dem Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, welches bereits seit 2004/05 besteht und seit 2008/09 auch externe Schüler aufnimmt, im Schuljahr 2009/10 weitere 15 Standorte mit Angeboten zur Hochbegabtenförderung. Somit können vermehrt wohnortnahe Angebote genutzt werden (Grafik D 2.3 (G4)).

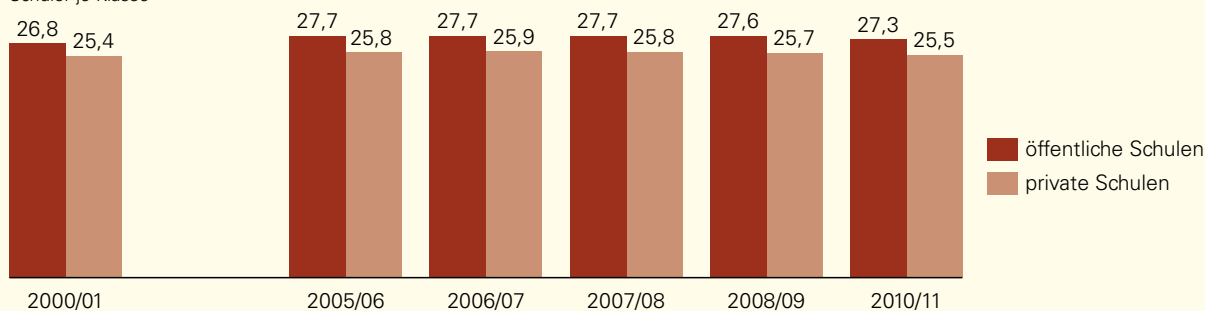
Hochbegabtenklassen wurden im Schuljahr 2006/07 in Lahr, Pforzheim, Ulm und Stuttgart gebildet; 2007/08 kamen die in Lörrach, Heidelberg, Tübingen und Heilbronn eingerichteten Hochbegabtenzüge hinzu. Im Schuljahr 2008/09 wurden diese durch Hochbegabtenklassen in Marbach am Neckar, Karlsruhe, Konstanz,

<sup>13</sup> Bei der Berechnung der Klassengröße wird die Kursstufe des Gymnasiums nicht einbezogen.

#### D 2.3 (G3)

### Klassengröße an Gymnasien in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart

Schüler je Klasse<sup>1)</sup>



1) Ohne Berücksichtigung der Kursstufe.  
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

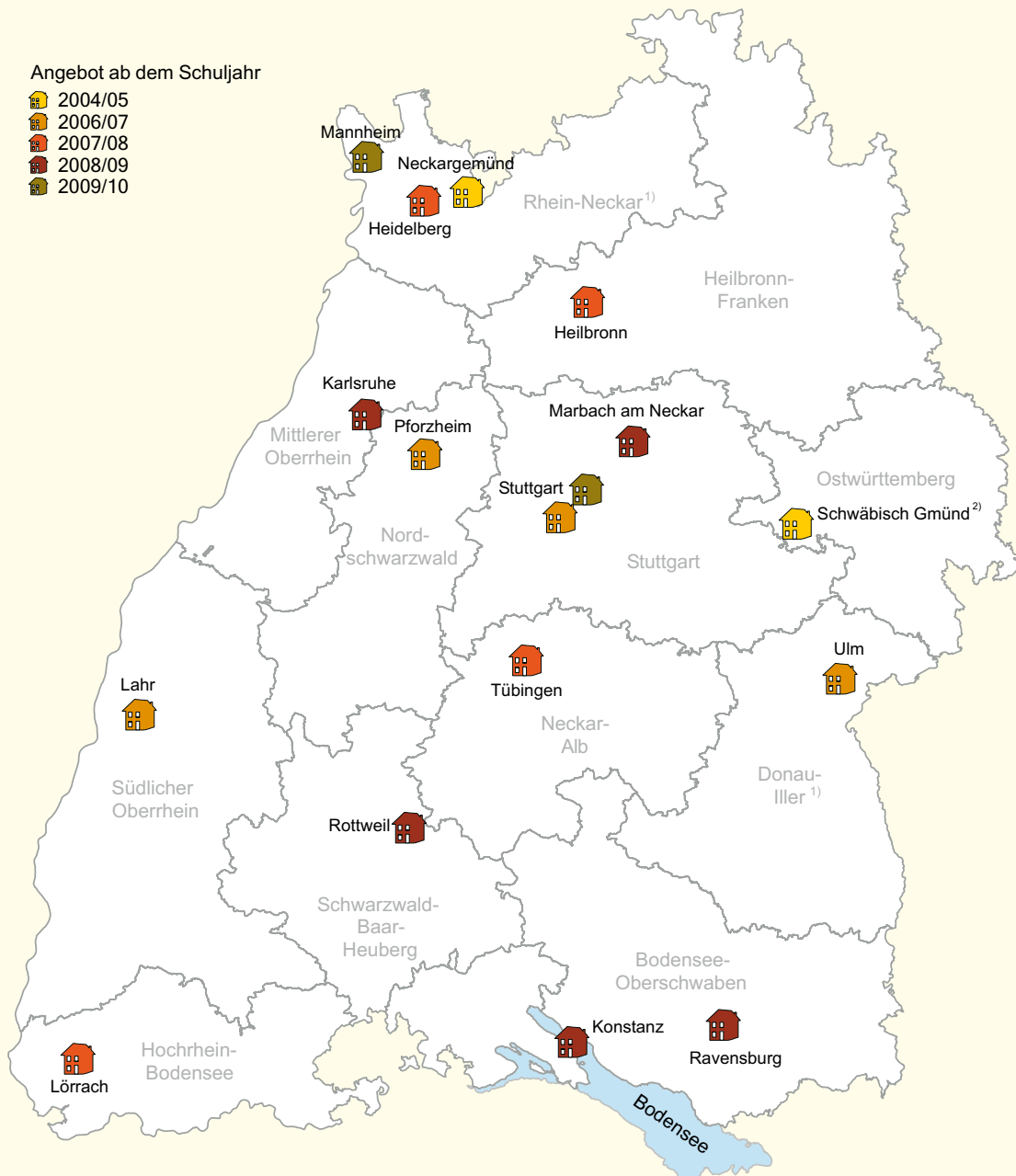
373 11

D 2.3 (G4)

**Gymnasien mit besonderen Angeboten zur Hochbegabtenförderung in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2004/05 bis 2009/10**

Angebot ab dem Schuljahr

-  2004/05
-  2006/07
-  2007/08
-  2008/09
-  2009/10



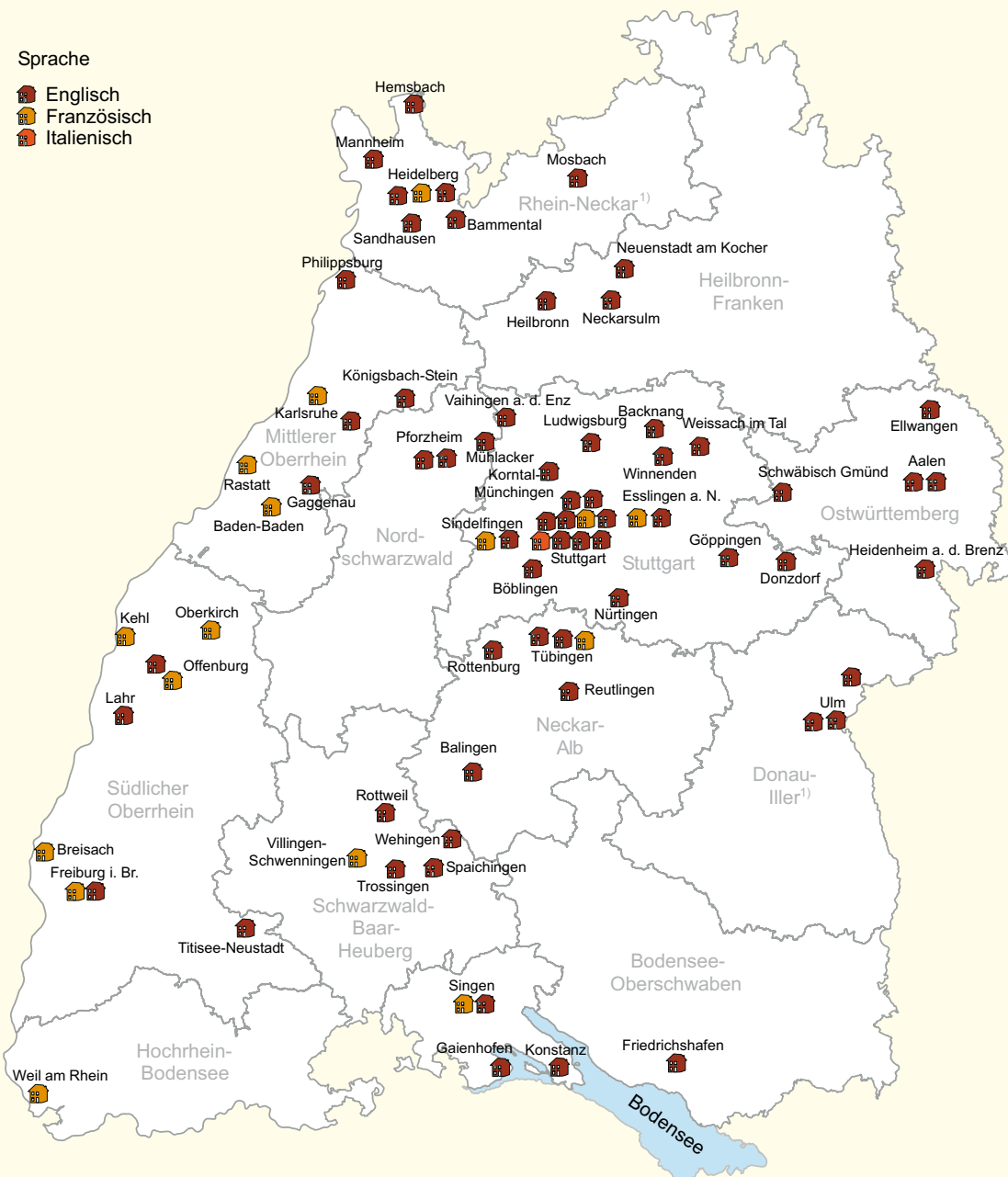
1) Soweit Land Baden-Württemberg. – 2) Ab dem Schuljahr 2008/09 mit Hochbegabtenzug für externe Schüler.

Datenquelle: Kultusministerium.

D 2.3 (G5)

Gymnasien mit bilingualen Abteilungen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/11

- Sprache
-  Englisch
  -  Französisch
  -  Italienisch



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-023  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



Rottweil und Ravensburg ergänzt, 2009/10 folgten zwei weitere Hochbegabtenzüge in Stuttgart und Mannheim.<sup>14</sup> Außer den hier genannten öffentlichen Gymnasien gibt es ein privates Gymnasium mit spezieller Ausrichtung zur Förderung von Hochbegabten in Neckargemünd.

### Weiterer Ausbau der bilingualen Abteilungen

Bilingualer Unterricht bedeutet, dass Sachfächer – ganz oder teilweise – in einer Fremdsprache unterrichtet werden und somit die Fremdsprache nicht nur Lerngegenstand ist, sondern auch der Erschließung eigenständiger Sachinhalte dient. Anhand des bilingualen Unterrichts kann der Erwerb von Zweisprachigkeit gefördert werden, welche im Zuge der Globalisierung an Wichtigkeit gewinnt.

Im Schuljahr 2010/11 gibt es 62 Gymnasien mit deutsch-englischen Abteilungen, 16 Gymnasien mit deutsch-französischen Abteilungen und ein Gymnasium mit deutsch-italienischer Abteilung, in welchen Schüler bilingualen Unterricht erhalten (Grafik D 2.3 (G5)). Darüber hinaus werden an weiteren Schulen einzelne bilinguale Unterrichtseinheiten angeboten. Seit dem Schuljahr 2006/07, in welchem 41 Gymnasien mit deutsch-englischer Abteilung und 13 Gymnasien mit deutsch-französischer Abteilung bestanden, fand somit ein deutlicher Ausbau der bilingualen Abteilungen statt.

Unter den Gymnasien mit deutsch-englischer Abteilung befinden sich 19 Gymnasien, an welchen zusätzlich zum Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife das Zertifikat »Internationale Abiturprüfung Baden-Württemberg« erworben werden kann. An den Gymnasien mit deutsch-französischer Abteilung kann sowohl die deutsche als auch die französische Hochschulreife erlangt werden, – der sogenannte Doppelabschluss »Abitac«. Schüler, welche das bilinguale Profil des Gymnasiums mit deutsch-italienischer Abteilung besuchen, erhalten sowohl die deutsche als auch die italienische Hochschulzugangsberechtigung.

### Gemeinsame Kursstufe in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12

Im Schuljahr 2004/05 wurde in Baden-Württemberg das achtjährige Gymnasium mit Beginn in der fünften

Klasse eingeführt. Ab dem Schuljahr 2010/11 besuchen daher Schüler des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums und Schüler des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums gemeinsam die Kursstufe. Der neunjährige Zug wird zum Sommer 2012 enden, wenn der letzte Schülerjahrgang gemeinsam mit den Schülern der 12. Klasse des achtjährigen Gymnasiums Abitur machen wird.

Die Gymnasien erhalten für Organisation und Stundenplangestaltung der gemeinsamen Kursstufe eine zeitlich begrenzte Sonderzuweisung von rund 70 Deputaten für das Schuljahr 2010/11 und von rund 115 Deputaten für das Abiturjahr 2011/12.<sup>15</sup> Für die Oberstufenberatung der Schüler des achtjährigen Gymnasiums werden mit zeitlicher Begrenzung bis zum Abitur 2012 rund 50 Deputate zur Verfügung gestellt. Weitere Entlastungen erfolgen im Bereich der Lehrerfortbildung und bei der Wahl von Schwerpunktthemen für die Abiturprüfung.<sup>16</sup>

Im Vergleich zu den rund 33 000 Absolventen mit Hochschulreife aus allgemein bildenden Schulen und den stark 14 000 aus beruflichen Schulen des Jahres 2009 werden im Sommer 2012 voraussichtlich 58 000 Absolventen allgemein bildende Schulen und weitere knapp 17 000 berufliche Schulen mit der Hochschulreife verlassen. Dem erhöhten Bedarf an Studienanfängerplätzen begegnet das Programm »Hochschule 2012«, welches die Schaffung von 20 000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahr 2012 vorsieht. Auch beim Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr werden mehr Plätze eingerichtet. Um zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen zu können, wurden Gespräche mit der Wirtschaft aufgenommen.

### D 2.4 Integrierte Schulformen

Das baden-württembergische Schulsystem ist zwar grundsätzlich dreigliedrig, es bietet aber auch integrierte Schulformen. Dazu zählen die Schulen besonderer Art (früher: Gesamtschulen), die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Konstanz und die Freien Waldorfschulen. Gemeinsam ist diesen Schulformen, dass die Schüler nicht nach Klasse 4 in verschiedenen Schularten getrennt unterrichtet werden. Allerdings ist der zahlenmäßige Stellenwert dieser integrativen Schulformen im gesamten Bildungssystem Baden-Württembergs relativ gering.

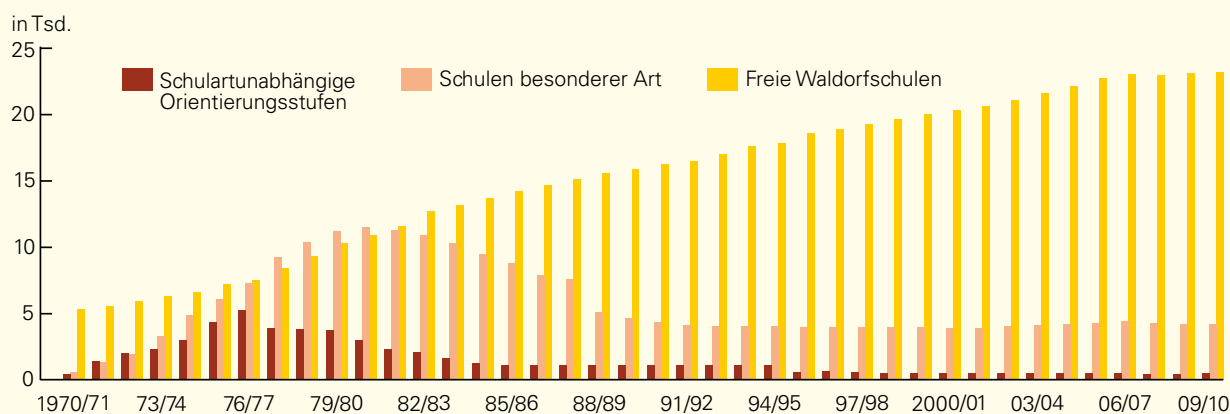
<sup>15</sup> Planungsstand 2010.

<sup>16</sup> <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1249147/index.html?ROOT=1146607> (Stand: 3.3.2011).

<sup>14</sup> <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1209300/index.html> (Stand: 24.02.2011).

## D 2.4 (G1)

## Schüler an integrierten Schulformen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1970/71



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

338 11

## Drei »Schulen besonderer Art« in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es drei »Schulen besonderer Art« in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Mannheim. Dabei handelt es sich um integrative Gesamtschulen in öffentlicher Trägerschaft, deren rechtliche Grundlage sich in den Schlussvorschriften des Schulgesetzes<sup>17</sup> findet. Dort heißt es in § 107 Abs. 1: »Die Staudinger-Gesamtschule Freiburg im Breisgau, die Internationale Gesamtschule Heidelberg und die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried können in den Klassen 5 bis 10 als Schulen besonderer Art ohne Gliederung nach Schularten geführt werden. Der Unterricht kann in Klassen und Kursen stattfinden, die nach der Leistungsfähigkeit der Schüler gebildet werden.« An den Schulen besonderer Art kann nach Klassenstufe 9 der Hauptschulabschluss erworben werden und nach Klassenstufe 10 der Realschulabschluss bzw. die Berechtigung zum Übergang in die Oberstufe.

Die Bestandsgarantie im Schulgesetz sichert die verbliebenen integrierten Gesamtschulen, sodass sie in den Großstädten Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau noch eine Alternative zum gegliederten Schulsystem bieten (vgl. **Kapitel D 1.3**). Von den integrierten Gesamtschulen zu unterscheiden sind die »kooperativen Gesamtschulen«. Sie stellen keine eigenständige Schulart dar,

sondern bieten verschiedene Schularten der Sekundarstufe I in einer gemeinsamen Schule mit einheitlicher Schulleitung (zum Beispiel Verbundschulen) an.

## Ausländeranteil an den Schulen besonderer Art relativ hoch

Aufgrund der eingeführten Modell- und Versuchsschulen<sup>18</sup> kletterte die Schülerzahl der Gesamtschulen in den 70er-Jahren beständig nach oben bis zu ihrem Höchststand im Schuljahr 1980/81: Knapp 11 500 Schüler besuchten damals eine der sieben Gesamtschulen des Landes (Grafik D 2.4 (G1)). Allerdings war auch bei diesem Spitzenwert der Anteil der Schüler an Gesamtschulen an den Schülern aller allgemein bildenden Schulen mit 0,8 % gering. Ab 1980 ist mit dem Auslaufen der Versuchsphase ein stark abnehmender Trend bis zu Beginn der 90er-Jahre zu verzeichnen. Seither haben sich die Schülerzahlen an den Schulen besonderer Art stabilisiert, wobei sie nach einem relativen Tiefpunkt in 2001 wieder leicht angestiegen sind bis zum Jahr 2006. Nach zwei weiteren rückläufigen Jahren nahm die Zahl der Schüler im Schuljahr 2009/10 wieder leicht zu auf 4 178.

Der Anteil der Schüler an den drei Schulen besonderer Art an den Schülern insgesamt war mit 0,3 % sehr

17 Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K. u. U. S. 584), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2010 (GBl. S. 1059).

18 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Kultusministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Modelle und Versuche für die Bildungsreform, Oktober 1973.

gering. Gut 15 % der Schüler waren Ausländer, knapp 0,2 % Aussiedler. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Stadtkreis Mannheim der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen traditionell besonders hoch ist. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei 23 %. Landesweit lag der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen bei knapp 11 %.

### Gemeinsamer Unterricht auch an den Schulen besonderer Art nur in den unteren Klassenstufen

Seit 1988 werden an den Schulen besonderer Art nur die Klassenstufen 5 bis 10 und die Oberstufe angeboten. Im Gegensatz zu den Freien Waldorfschulen, die bereits mit Klassenstufe 1 beginnen, kann eine Schule besonderer Art also erst nach dem Grundschulalter besucht werden. Ein gemeinsamer Unterricht aller Schüler, bei dem die Regelschulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium nicht in Erscheinung treten, findet nur in den unteren Klassenstufen statt. Je nach Schule werden die Schüler dann entsprechend der unterschiedlichen Begabungen und Lerngewohnheiten in Niveaurofen, Züge oder schulartbezogene Klassen eingeteilt, die den Regelschulen entsprechen.

### Bei den Fünftklässlern dominierte die Realschulempfehlung

Von den 652 Schülern in Klassenstufe 5 hatte der Großteil (gut 43 %) von der Grundschule als weiterführende Schulart die Realschule empfohlen bekommen. 27 % hatten 2009 eine Grundschulempfehlung erhalten, die von den Regelschulen nur den Besuch der Hauptschule ermöglicht hätte. 29 % der Fünftklässler waren mit einer Grundschulempfehlung auf die Schule besonderer Art gewechselt, mit der auch der Besuch eines Gymnasiums möglich gewesen wäre.

Vom Abgangsjahrgang 2009 an den Schulen besonderer Art verließen knapp 24 % der Abgänger die Schule mit dem Hauptschulabschluss, stark 46 % erzielten einen Realschulabschluss und fast 30 % die allgemeine Hochschulreife.

Die Entwicklung der integrierten, schulartunabhängigen Orientierungsstufen erreichte ihren Höchstwert 1976 mit 5 223 Schülern an 13 Schulen im Land. Seit dem Schuljahr 1998/99 führt nur noch die Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz diese schulartunabhängige Orientierungsstufe. 2009/10 besuchten dort 445 Schüler die Klassenstufen 5 und 6 (Grafik D 2.4 (G1)).

### 56 Freie Waldorfschulen mit gut 23 100 Schülern im Schuljahr 2009/10

Im Schuljahr 2009/10 wurden an den 56 Freien Waldorfschulen 23 148 Schüler unterrichtet. Die Freien Waldorfschulen sind Schulen in ausschließlich privater Trägerschaft und unterrichten nach der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners. Grundprinzipien des Unterrichts sind

- Gesamtschulprinzip,
- Jahrgangsklassenprinzip ohne Noten und Sitzenbleiben,
- Epochenunterricht (Blockunterricht),
- Klassenlehrerprinzip (möglichst der gleiche Klassenlehrer von Klasse 1 bis 12),
- Im Allgemeinen ab der 1. Klassenstufe zwei Fremdsprachen,
- Betonung des handwerklichen und künstlerischen Unterrichts,
- Entwicklung von Individualität und Teamfähigkeit.

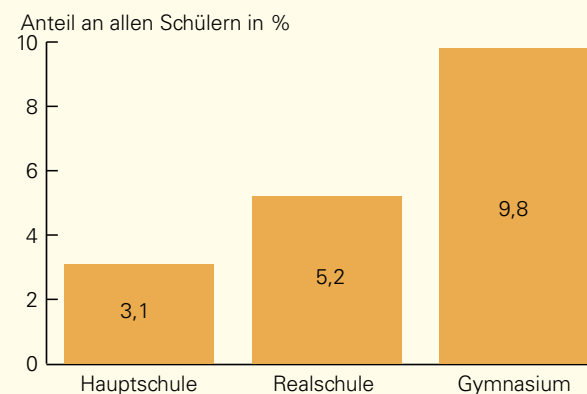
Die Freien Waldorfschulen verzeichnen seit Jahren einen wachsenden Zulauf. Knapp jeder vierte Schüler, der eine Schule in privater Trägerschaft besucht, geht auf eine Waldorfschule. Die Schülerzahlen der Freien Waldorfschulen haben sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Die öffentlichen allgemein bildenden Schulen verzeichneten im selben Zeitraum dagegen eine Abnahme um gut 15 %. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Waldorfschüler sogar mehr als vervierfacht (Grafik D 2.4 (G1)). Der Anteil der Schüler an Freien Waldorfschulen an den Schülern der allgemein bildenden Schulen insgesamt (ohne Zweiter Bildungsweg) lag 2009/10 freilich nur bei knapp 2 %.

### Klassenstärke in den Klassenstufen 1 bis 4 an Freien Waldorfschulen relativ groß

Die 23 148 Schüler der Freien Waldorfschulen im Schuljahr 2009/10 wurden in 1 055 Klassen unterrichtet. Dies entsprach einer durchschnittlichen Klassengröße von 21,9 Schülern. Dabei unterscheidet sich die Klassenstärke zwischen Primarbereich und Sekundarbereich sehr stark. Im Durchschnitt waren in den Klassenstufen 1 bis 4 einer Waldorfschule 28,2 Schüler in einer Klasse – an den öffentlichen Grundschulen Baden-Württembergs waren es nur 21,2 Schüler. Im Sekundarbereich waren die Klassen an den Waldorfschulen mit

## D 2.5 (G1)

### Schüler an privaten weiterführenden allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

339 11

durchschnittlich 19,9 Schülern je Klasse wesentlich kleiner als im Primarbereich (Tabelle D 2.4 (T1) im Anhang).

Der Anteil ausländischer Schüler an Freien Waldorfschulen ist vergleichsweise gering. Im Schuljahr 2009/10 lag er bei etwas mehr als 3 %, im Gegensatz zu knapp 11 % an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (vgl. Kapitel D 5).

### Gut 45 % der Abgänger verließen die Freie Waldorfschule 2009 mit Abitur

An den Freien Waldorfschulen können alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis hin zur Hochschulreife erworben werden wie an den öffentlichen Schulen auch. Zum Ende des Schuljahres 2008/09 hatten gut 2 % der insgesamt 1 693 Abgänger die Freie Waldorfschule ohne Abschluss verlassen, 7 % mit dem Hauptschulabschluss. Einen mittleren Abschluss erzielten 24 % der Abgänger, die meisten von ihnen (86 %) am Ende der 12. Klassenstufe. Grundsätzlich möglich war der Erwerb eines Realschulabschlusses an Freien Waldorfschulen im Jahr 2009 ab der Klassenstufe 10. Mit der Fachhochschulreife<sup>19</sup> verließen knapp 22 % der Abgänger die Waldorfschule. Gut 45 % der Abgänger erreichten nach Abschluss der

19 Für den vollständigen Erwerb der Fachhochschulreife ist noch der Nachweis einer praktischen Tätigkeit im außerschulischen Bereich nachzuweisen.

Klassenstufe 13 die allgemeinen Hochschulreife (vgl. Kapitel F 1).

### D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

#### Gymnasien haben höchsten, Hauptschulen niedrigsten Anteil privater Schulen

Der Vergleich von Indikatoren über verschiedene Schularten hinweg kann zu einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn führen. Bei der Betrachtung der Schülerzahl privater Einrichtungen ergibt sich beispielsweise, dass die zahlenmäßige Bedeutung freier Träger je nach Schulart sehr unterschiedlich ist (Grafik D 2.5 (G1)). Im Schuljahr 2009/10 wurde fast jeder zehnte Gymnasiast an einer privaten Schule unterrichtet. Der Privatschüleranteil war dort dreimal so hoch wie an Hauptschulen, wo er 3,1 % betrug. An Realschulen lag der Anteil mit 5,2 % zwischen diesen beiden Werten. Außerhalb des Bereichs der weiterführenden allgemein bildenden Schulen weisen die Sonderschulen einen weit höheren Anteil privater Schulen auf. Dort wurden fast 28 % aller Schüler an Einrichtungen in freier Trägerschaft gefördert.

Private Träger haben bei Gymnasien schon seit längerer Zeit eine größere Bedeutung (Web-Tabelle D 2.5 (T1)). Bereits im Schuljahr 2000/01 strebten 9,2 % der Gymnasiasten das Abitur an einer privaten Bildungseinrichtung an, im Schuljahr 2006/07 waren es 9,4 %. Die Schülerzahl der privaten Gymnasien wuchs somit im Wesentlichen im Rahmen des allgemeinen Trends an. Ähnlich verlief in diesem Zeitraum die Entwicklung des Privatschulanteils an den Realschulen. Im Schuljahr 2000/01 betrug dieser 4,3 % und 4,6 % im Schuljahr 2006/07. Die privaten Hauptschulen konnten ihren Anteil hingegen verdoppeln – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau: 2000/01 besuchten erst 1,5 % der Hauptschüler eine private Einrichtung, 2006/07 waren es bereits 2,3 %.

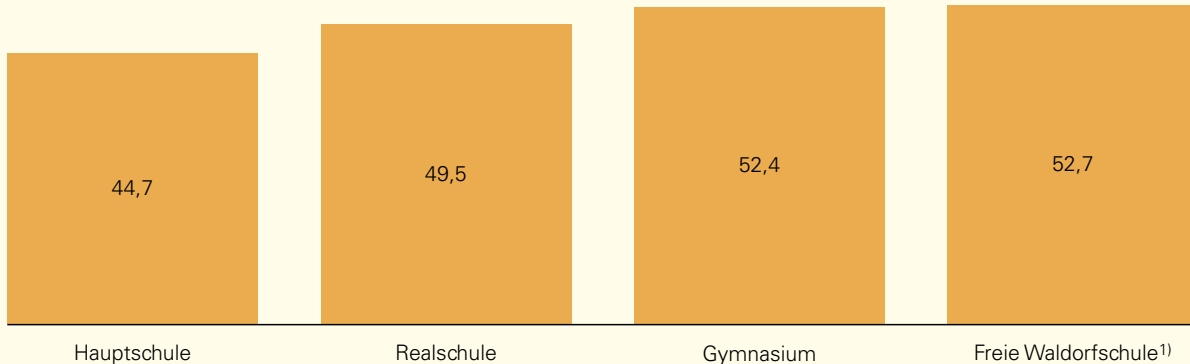
#### Jungen an Hauptschulen, Mädchen an Gymnasien in der Überzahl

Ende 2009 waren knapp 49 % der Bevölkerung im Alter von zehn bis unter 20 Jahren weiblich. Die Geschlechterverteilung an den einzelnen weiterführenden Schularten weicht von diesem Wert jedoch teilweise deutlich ab. So lag der Mädchenanteil an Hauptschulen im Schuljahr 2009/10 bei lediglich knapp 45 %,

## D 2.5 (G2)

### Schülerinnen an weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulart

Anteil an allen Schülern in %



1) Nur Klassenstufen 5 bis 13.  
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

340 11

wogegen er an Gymnasien gut 52 % betrug (Grafik D 2.5 (G2)). An Realschulen entsprach das Geschlechterverhältnis ungefähr dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Je höher der im Bildungsgang erreichbare Bildungsabschluss ist, desto höher ist der Anteil der Schülerinnen. Dies trifft auch für die Werkrealschule bisheriger Prägung zu. Im Schuljahr 2009/10 nahmen gut 20 % der Schülerinnen, aber nur 17 % der Schüler das Angebot wahr, aus der 9. Klassenstufe der Hauptschule in die 10. Klassenstufe zu wechseln. Zum Vergleich ist in der Grafik auch der Mädchenanteil in den Klassenstufen 5 bis 13 der Freien Waldorfschulen dargestellt, die einen schulartübergreifenden Ansatz verfolgen. Der Mädchenanteil lag dort mit knapp 53 % sogar noch geringfügig über dem Niveau der Gymnasien.

#### Leichte Annäherung der Geschlechterverhältnisse

Allerdings sind in den letzten Jahren leichte Tendenzen zu einer Annäherung der Geschlechterproportionen zu erkennen (Web-Tabelle D 2.5 (T2)). An den Hauptschulen verharrt der Mädchenanteil seit dem Schuljahr 2005/06 bei knapp 45 % und liegt damit knapp über dem Wert von 44 % aus dem Schuljahr 2000/01. An den Realschulen sinkt der Mädchenanteil in den vergangenen Schuljahren kontinuierlich: Seit dem Schuljahr 2006/07 werden dort mehr Jungen als Mädchen unterrichtet. Im Schuljahr 2000/01 betrug der Mädchenanteil noch 51 %. Eine vergleichbare Entwicklung zeigen auch die Gymnasien. Der Schülerinnenanteil

lag 2009/10 mit gut 52 % um einen Prozentpunkt unter dem Niveau des Schuljahres 2000/01. An Freien Waldorfschulen trat dagegen im letzten Jahrzehnt keine Änderung im Geschlechterverhältnis auf.

#### Hauptschulklassen im Mittel fast acht Schüler kleiner als Realschul- und Gymnasialklassen

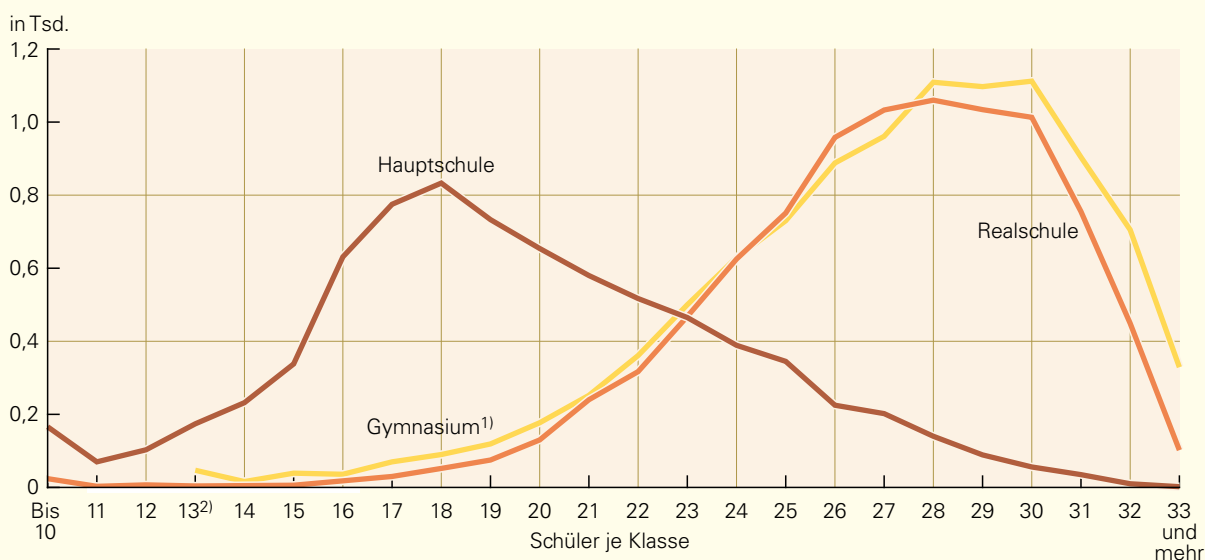
Grundsätzlich gibt es in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Angebot an weiterführenden allgemein bildenden Schulen. Im Schuljahr 2009/10 gab es 1 194 Hauptschulen, 483 Realschulen und 445 Gymnasien. Realschulen und Gymnasien konzentrieren sich dabei eher auf zentral gelegene Orte und haben demgemäß ein größeres Einzugsgebiet. Hauptschulen sind häufig wohnortnäher und kleinere Einheiten mit weniger Schülern. Dies schlägt sich auch in der durchschnittlichen Klassengröße nieder. Im Schuljahr 2009/10 hatte eine Hauptschulklassen im Durchschnitt nur 19,3 Schüler. An Realschulen und Gymnasien lag dieser Wert mit 26,9 bzw. 27,1 Schülern je Klasse deutlich höher (Tabelle D 2.5 (T3) im Anhang).

Im Vergleich von Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft waren im Schuljahr 2009/10 die Klassen an privaten Realschulen und Gymnasien im Durchschnitt um rund zwei Schüler kleiner als an öffentlichen Schulen. Dagegen wurden an öffentlichen Hauptschulen im Mittel knapp zwei Schüler weniger unterrichtet als an Schulen in privater Trägerschaft. Die Freien Waldorfschulen hatten mit 19,9 Schülern je Klasse in den Stufen 5 bis 13 rechnerisch die kleinsten Klassen an den privaten Schulen.



## D 2.5 (G3)

## Anzahl der Klassen an weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schulart und Klassenstärke



1) Ohne Berücksichtigung der Jahrgangsstufen 12 und 13 (G9) bzw. 11 und 12 (G8). – 2) Bei Gymnasien bis 13 Schüler je Klasse.  
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

341 11

### Selten mehr als 27 Schüler in einer Hauptschulklasse

Im Schuljahr 2009/10 saßen in drei Viertel aller Hauptschulklassen nicht mehr als 22 Schüler. In weiteren 21 % der Klassen wurden zwischen 23 und 27 Schüler unterrichtet. Lediglich jede 24. Klasse war mit mehr als 27 Schülern gefüllt (Grafik D 2.5 (G3)).

Anders sind die Verhältnisse an den Realschulen und Gymnasien. An den Realschulen hatten lediglich 10 % der Klassen bis zu 22 Schüler. Rund 42 % der Realschulklassen umfassten 23 bis 27 Schüler. In fast der Hälfte der Klassen wurden 28 Jugendliche oder mehr unterrichtet. Ein ähnliches Bild bot sich im Schuljahr 2009/10 an den Gymnasien außerhalb des Kurssystems der beiden obersten Jahrgangsstufen. Hier waren knapp 11 % der Klassen mit bis zu 22 Schülern gefüllt. Etwa 36 % der Klassen wurden von 23 bis 27 Schülern besucht. In über der Hälfte der Gymnasialklassen unterrichteten die Lehrkräfte 28 Schüler oder mehr (Web-Tabelle D 2.5 (T4)).

### Quote der Nichtversetzten geht zurück

Am Ende des Schuljahres 2008/09 hatten etwas mehr als 2 400 Hauptschüler, rund 8 000 Realschüler und gut 5 900 Gymnasiasten das angestrebte Klassenziel nicht

erreicht.<sup>20</sup> Damit lag die durchschnittliche Nichtversetzten-Quote<sup>21</sup> an Hauptschulen bei 1,6 %, an Realschulen bei 3,2 % und an Gymnasien bei 2,1 % (Tabelle D 2.5 (T5) im Anhang).

Diese Ergebnisse setzen den in den vergangenen Schuljahren zu beobachtenden Trend rückläufiger Nichtversetzten-Quoten fort. Im Schuljahr 2000/01 war sie an den Hauptschulen mit 3,2 % noch doppelt so hoch. An den Realschulen hatten damals 4,7 % der Schüler das Klassenziel verfehlt und an den Gymnasien traf dies auf 3,7 % zu.

### Nichtversetzten-Quoten in bestimmten Klassenstufen besonders hoch

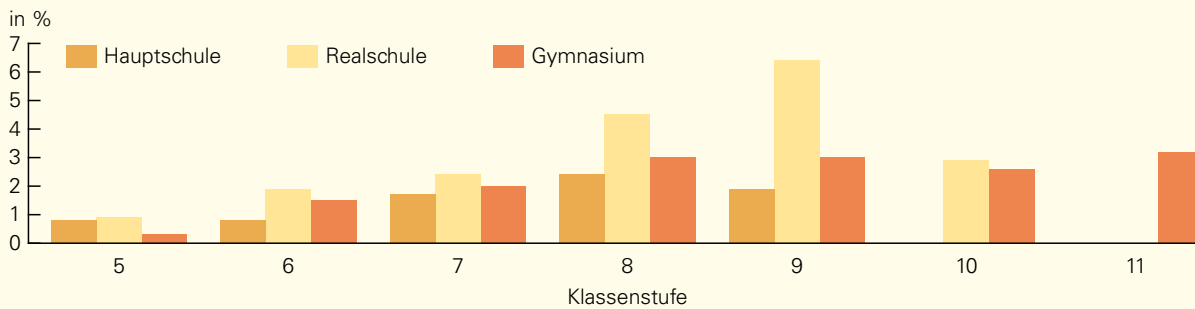
Im Schuljahr 2008/09 wies die Realschule für alle Klassenstufen die höchsten Nichtversetzten-Quoten auf (Grafik D 2.5 (G4)). Am häufigsten wurde bei einer Quote von 6,4 % das Klassenziel in Stufe 9 verfehlt – ein auch

20 Bei diesen Angaben wurden für die Hauptschule die Klassenstufe 10 und für das Gymnasium die Kursstufen 12 und 13 nicht einbezogen.

21 Die Definition der Quote ist in der methodischen Erläuterung »Nichtversetzten-Quote« am Ende des Kapitels zu finden.

## D 2.5 (G4)

### Nichtversetzten-Quoten\*) im Schuljahr 2008/09 an ausgewählten Schularten in Baden-Württemberg nach Klassenstufen



\*) Anteil der Schüler, die am Ende des Schuljahres 2008/09 das Klassenziel nicht erreicht haben (Nichtversetzte einschließlich auf Probe Versetzte) an der Gesamtzahl der Schüler in %. Bei den Hauptschulen wurde die Klassenstufe 10, bei den Gymnasien die Jahrgangsstufen 12 und 13 nicht berücksichtigt.  
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

334 11

für die früheren Jahre typisches Ergebnis. An der Hauptschule waren dagegen – mit Ausnahme der 5. Klassenstufe – die geringsten Nichtversetzten-Quoten zu beobachten. Dies entsprach den langjährigen Erfahrungen. Der höchste Wert von 2,4 % ergab sich in Klassenstufe 8, der vorletzten vor dem Hauptschulabschluss.

Die Nichtversetzten-Quoten der Gymnasien lagen 2008/09 außer in Klassenstufe 5 zwischen den Werten der Realschule und der Hauptschule. Der sehr niedrige Wert für die 5. Klassenstufe könnte darauf zurückzuführen sein, dass viele Schüler, bei denen das Erreichen des Klassenziels gefährdet erscheint, bereits zum Halbjahreswechsel in die Realschule übergehen. In den weiter zurückliegenden Schuljahren war üblicherweise die 10. Klassenstufe diejenige mit der höchsten Nichtversetzten-Quote. Sie lag in den Jahren 2005/06 bis 2007/08 zwischen 4,3 % und 4,9 %. Im Schuljahr 2008/09 erreichte sie mit 2,6 % dagegen einen niedrigeren Wert als die Quoten der 8. und der 9. Klassenstufe, in denen jeweils 3,0 % das Klassenziel verfehlten. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass im letzten Jahrgang des neunjährigen Bildungsgangs nur relativ wenige Schüler nicht versetzt werden. Dies zeichnete sich bereits in den vergangenen Schuljahren mit deutlich niedrigeren Nichtversetzten-Quoten in den betreffenden Klassenstufen des letzten G9-Jahrgangs ab (Web-Tabelle D 2.5 (T6)). Die folgenden G8-Jahrgänge weisen dagegen wieder ein etwas höheres Niveau auf, das jedoch immer noch unter den früher im G9 zu beobachtenden Werten der Nichtversetzten-Quoten liegt.

### Schülerinnen verfehlen seltener das Klassenziel als Schüler

Am Ende des Schuljahres 2008/09 wurden an Hauptschulen 1,3 % der Schülerinnen, aber 1,8 % der Schüler nicht versetzt (Web-Tabelle D 2.5 (T7)). An Realschulen lag das Verhältnis bei 2,6 % zu 3,9 % und an Gymnasien bei 1,5 % zu 2,8 %.

Der Abstand hat sich in den letzten Jahren allerdings ein wenig verringert. Im Schuljahr 2000/01 lag die Nichtversetzten-Quote der Schüler an Hauptschulen noch um 1,4 Prozentpunkte über der der Schülerinnen. An den Gymnasien betrug der Abstand 1,9 Prozentpunkte und an Realschulen sogar 2,1 Prozentpunkte.

#### i

### Nichtversetzten-Quote

Anzahl der Schüler, die am Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben (Nichtversetzte einschließlich auf Probe Versetzte) bezogen auf die Gesamtzahl der Schüler am Stichtag der amtlichen Schulstatistik in Prozent.

Bei den Hauptschulen werden die Klassenstufe 10 und bei den Gymnasien die Jahrgangsstufen 12 und 13 nicht in die Berechnung der Quote einbezogen.

## D 3 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen und Sonderschulen

### D 3.1 Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen

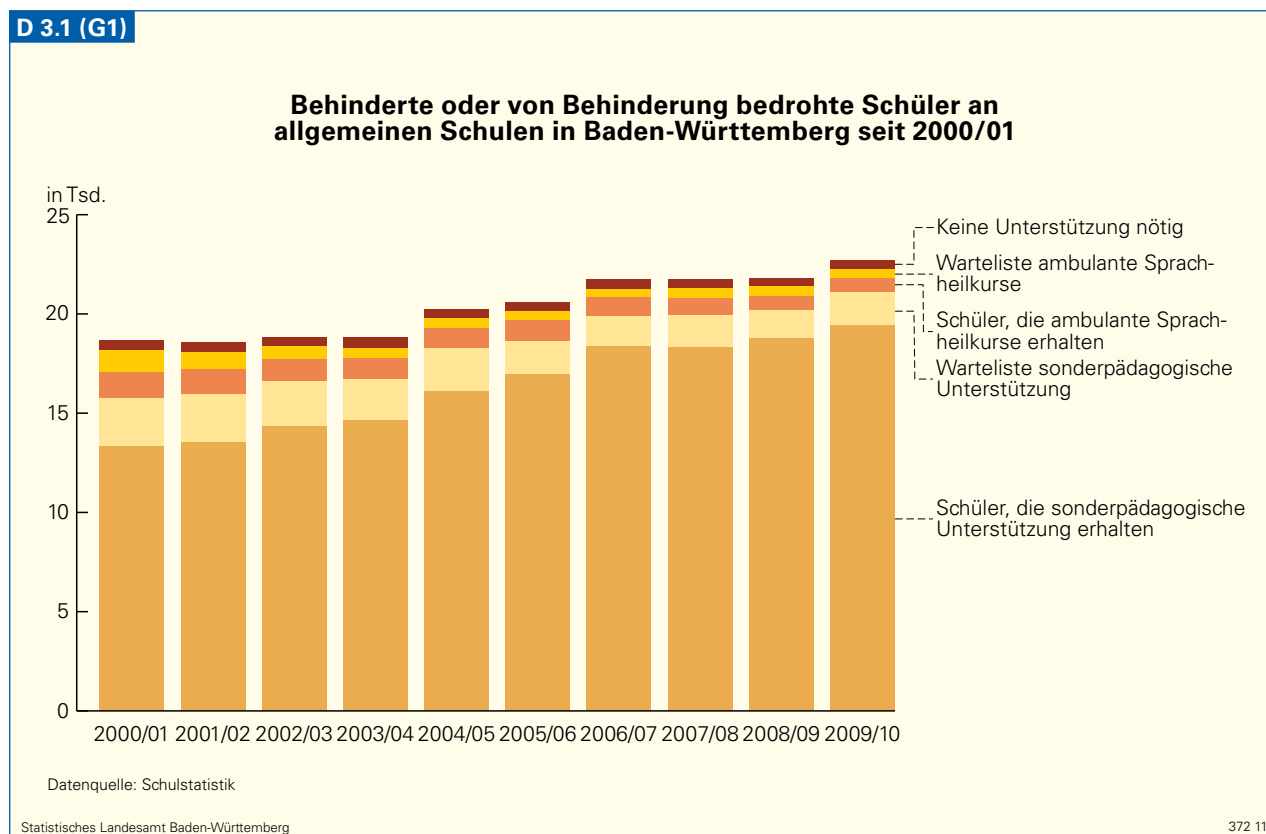
Die Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher ist zunächst Aufgabe der allgemeinen Schule<sup>22</sup>, die mit differenzierenden Lernangeboten auf die unterschiedlichen individuellen Lernvoraussetzungen der Schüler eingeht. Hierzu gehört auch der zusätzliche Unterstützungsbedarf, der sich aus einer Behinderung ergeben kann. Die allgemeinen Schulen erhalten bei der individuellen Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder die Unterstützung von Sonderpädagogogen im Rahmen der Sonderpädagogischen Dienste der Sonderschulen. Die sonderpädagogische Förderung wird in einem fortzuschreibenden Förderplan umgesetzt.

22 Die allgemein bildenden Schulen lassen sich einteilen in Sonderschulen und allgemeine Schulen (Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien).

### Kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen

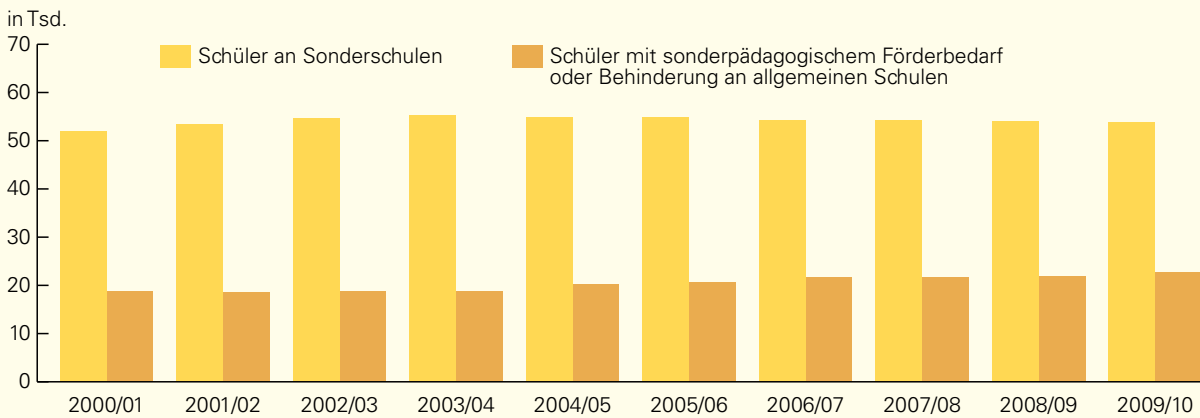
Die Anzahl der behinderten und von Behinderung bedrohten Kinder und Jugendlichen, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, stieg in den letzten 15 Jahren kontinuierlich an – im Schuljahr 2009/10 wurden rund 22 700 Schüler in der amtlichen Schulstatistik erfasst<sup>23</sup> (Grafik D 3.1 (G1)). Davon haben 90 % Unterstützungsleistungen der Sonderpädagogischen Dienste oder ambulante Sprachheilkurse erhalten. Die Warteliste der Schüler, für die sonderpädagogische Unterstützung zwar vorgesehen war, jedoch noch nicht angeboten werden konnte, ist kontinuierlich kleiner geworden. Im Schuljahr 2000/01 wurden 2 385 Schüler auf der Warteliste geführt, neun Jahre später waren es noch 1 691.

23 Zur Ermittlung der Zahlen vgl. methodische Hinweise am Ende des Kapitels.



D 3.1 (G2)

**Behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler an allgemeinen Schulen und an Sonderschulen in Baden-Württemberg seit 2000/01**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

371 11

Den Sonderpädagogischen Diensten waren 2009/10 weitere 461 Schüler mit Behinderung bekannt, die keine zusätzliche Unterstützung benötigen, um erfolgreich am Unterricht teilnehmen zu können.

Während die Schülerzahlen an den allgemeinen Schulen in den letzten Jahren insgesamt leicht zurückgegangen sind, ist die Anzahl der behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Schüler an allgemeinen Schulen tendenziell gestiegen.

**30 % aller behinderten oder von Behinderung bedrohten Kinder werden an allgemeinen Schulen unterrichtet**

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 53 776 Kinder und Jugendliche eine Sonderschule, weitere 22 716 behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler wurden an allgemeinen Schulen unterrichtet (Grafik D 3.1 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 30 % aller behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Schüler an den allgemein bildenden Schulen insgesamt.

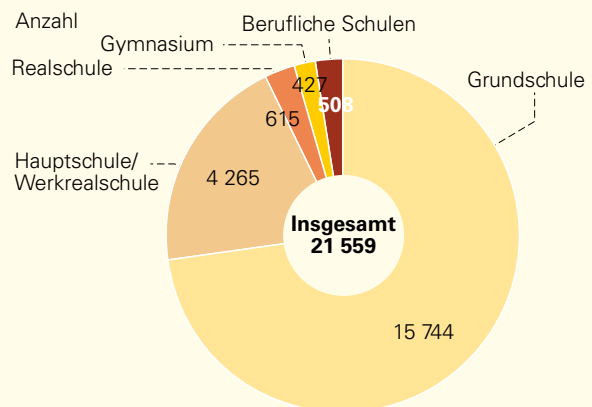
Im Schuljahr 2009/10 wurden für die Förderung durch die Sonderpädagogischen Dienste 7 465 Lehrerwochenstunden (267 Deputate) eingesetzt, die von 1 876 Lehrkräften erbracht wurden.

Die Unterstützung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Klassen einer allgemeinen Schule wird überwiegend an den Grundschulen geleistet (Grafik D 3.1 (G3)). Im Schuljahr 2009/10 wurden dort 15 744 behinderte oder von Behinde-

rung bedrohte Kinder von den Sonderpädagogischen Diensten gefördert. An den weiterführenden Schulen, insbesondere an den Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen nimmt diese Form der Unterstützung eher einen geringeren Umfang ein.

D 3.1 (G3)

**Behinderte oder von Behinderung bedrohte Schüler\*) an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart**



\*) Schüler, die sonderpädagogische Unterstützung an allgemeinen Schulen erhalten, behinderte und von Behinderung bedrohte Schüler in allgemeinen Schulen, für die eine sonderpädagogische Unterstützung noch nicht angeboten werden kann (Warteliste) sowie behinderte und von Behinderung bedrohte Schüler in allgemeinen Schulen, die der Schule bekannt sind, die aber keine sonderpädagogische Unterstützung benötigen.

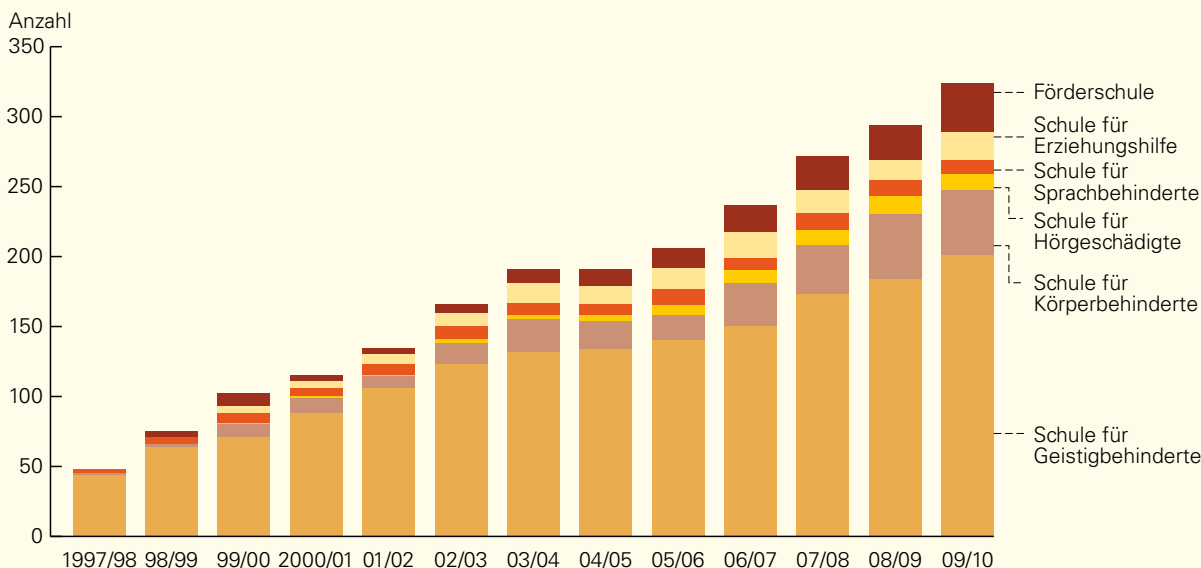
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

370 11

D 3.1 (G4)

**Außenklassen an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 1997/98 nach Schultyp**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

369 11

**Zahl der Außenklassen auf über 300 gestiegen**

Die Einrichtung von Außenklassen – Klassen einer Sonderschule, die einer Partnerklasse an einer allgemeinen Schule zugeordnet wurden – ermöglicht unterschiedlich intensive Formen des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schüler. Die Schüler der Außenklasse werden dabei nach dem Bildungsplan des jeweiligen Sonderschultyps unterrichtet. Vor allem Schulen für Geistigbehinderte, inzwischen jedoch zunehmend auch andere Sonderschultypen, nehmen diese Möglichkeit wahr.

Seit Beginn ihrer Einrichtung im Schuljahr 1997/98 hat sich die Anzahl der Außenklassen in Baden-Württemberg kontinuierlich erhöht und erreichte 2009/10 mit 324 Klassen aus 113 Sonderschulen ihren bisherigen Höhepunkt (Grafik D 3.1 (G4)). Die Partnerschulen sind meist Hauptschulen, jedoch wächst auch der Anteil der Realschulen. An Gymnasien wurden bislang keine Außenklassen eingerichtet.

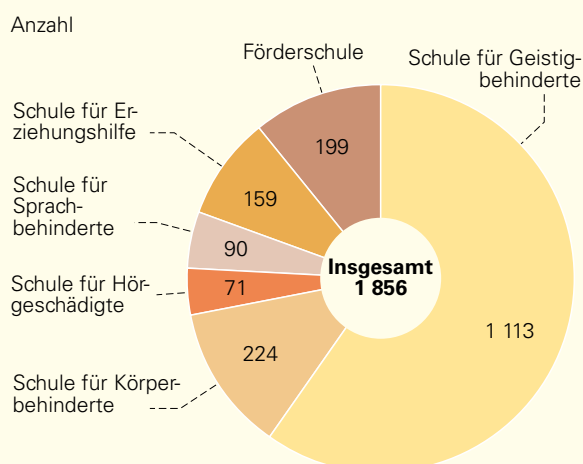
Im Schuljahr 2009/10 wurden insgesamt 1 856 Schüler in Außenklassen unterrichtet. Rund 60 % kamen aus Schulen für Geistigbehinderte, jeweils rund 10 % aus Förderschulen und Schulen für Körperbehinderte (Grafik D 3.1 (G5)).

**D 3.2 Sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen**

Erziehung, Bildung und Ausbildung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegen in der

D 3.1 (G5)

**Schüler aus öffentlichen und privaten Sonderschulen in Außenklassen in Baden-Württemberg 2009/10 nach Schultyp**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

368 11

## i

## Behinderte Schüler an allgemeinen Schulen – Ermittlung der Zahlen

In der Amtlichen Schulstatistik werden von den einzelnen Sonderschulen deren Sonderpädagogische Dienste in allgemeinen Schulen gemeldet. Dazu zählen die Sonderpädagogische Unterstützung (ohne ambulante Sprachheilkurse) an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen sowie die von der befragten Schule erteilten ambulanten Sprachheilkurse an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und auch vorschulischen Einrichtungen.

Darüber hinaus wird nach weiteren behinderten Schülern an allgemeinen Schulen gefragt, die

- a) entweder auf der Warteliste der befragten Schule stehen (für die derzeit aber noch keine sonderpädagogische Unterstützung angeboten werden kann) oder
- b) zwar behindert bzw. von Behinderung bedroht sind, aber keine sonderpädagogische Unterstützung benötigen, soweit diese der Schule bekannt sind.

Sonderpädagogische Dienste an Integrierten Schulformen (zum Beispiel den Freien Waldorfschulen) werden nicht erfragt.

*Allgemeine Schulen* werden nicht danach gefragt, ob behinderte Kinder und Jugendliche zu ihren Schülern zählen. Die Zahl der »Behinderten Schüler an allgemeinen Schulen« beruht daher auf den Meldungen der Sonderschulen und deren Kenntnisstand. Ausgewiesen werden somit nur Schüler mit Behinderungen, für die gesonderte Leistungen erbracht werden oder für die die Notwendigkeit einer sonderpädagogischen Förderung erwartet wird.

Verantwortung der Sonderschulen, wenn im jeweiligen Einzelfall festgestellt wurde, dass der Bildungsanspruch eines Kindes oder Jugendlichen nicht an einer allgemeinen Schule eingelöst werden kann. Im Schuljahr 2009/10 besuchten in Baden-Württemberg 53 776 Schüler eine der 427 öffentlichen und 154 privaten Sonderschulen<sup>24</sup>. Dies entspricht einem – seit Jahren nur wenig schwankenden – Anteil von 4,3 % aller Schüler des Landes.

Sofern der besondere Förderbedarf der Schüler nicht eigene Bildungsgänge erfordert, führen Sonderschulen entsprechend der Fähigkeiten der einzelnen Schüler zu den Bildungszielen der übrigen allgemein bildenden Schularten.

Gegenwärtig sind neun spezialisierte Sonderschul-typen eingerichtet:

- Schulen für Blinde,
- Schulen für Hörgeschädigte,
- Schulen für Geistigbehinderte,

- Schulen für Körperbehinderte
- Förderschulen,
- Schulen für Sehbehinderte,
- Schulen für Sprachbehinderte,
- Schulen für Erziehungshilfe,
- Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Sie bieten zum Teil mehrere Bildungsgänge an (Text-Tabelle D 3.2 (T1)). An Förderschulen und Schulen für Geistigbehinderte gibt es entsprechend den Lernmöglichkeiten ihrer Schüler keine weiteren Bildungsgänge. Andererseits werden aufgrund von Mehrfachbehinderungen die Abteilungen Förderschule und Schule für Geistigbehinderte teilweise auch an anderen Sonderschul-typen geführt.

### Die Förderschule ist der am häufigsten besuchte Sonderschul-typ

Die Förderschulen sind der mit Abstand größte Schul-typ unter den Sonderschulen (Grafik D 3.2 (G1)). An ihnen erhalten Kinder und Jugendliche mit umfassenden und lang andauernden Lernproblemen und

<sup>24</sup> Dienststellen-zählung: Schulen, die mehrere Sonderschul-typen führen, werden nur einmal gezählt. Bei einer Addition der Schulen nach Sonderschul-typ ergibt sich die höhere Anzahl von 638 Einrichtungen.

**D 3.2 (T1) Mögliche Bildungsgänge an Sonderschulen in Baden-Württemberg**

Sonderschultyp	Bildungsgang					
	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Förderschule	Schule für Geistigbehinderte
Schule für Kranke	Bildungsangebot entsprechend der Schullaufbahn des Schülers					
Förderschule	–	–	–	–	X	–
Schule für Geistigbehinderte	–	–	–	–	–	X
Schule für Körperbehinderte	X	X	X	X	X	X
Schule für Blinde	X	X	X	X <sup>1)</sup>	X	X
Schule für Sehbehinderte	X	X	X	X <sup>1)</sup>	X	X
Schule für Hörgeschädigte	X	X	X	X	X	X
Schule für Sprachbehinderte	X	X	X	–	X	–
Schule für Erziehungshilfe	X	X	X	–	X	–

1) Bundeszentral in Marburg und Königswusterhausen.

Entwicklungsverzögerungen ein differenziertes Unterrichts- und Förderangebot. Im Schuljahr 2009/10 wurden rund 40 % der Schüler an Sonderschulen an diesem Sonderschultyp unterrichtet. Die insgesamt 21 444 Schüler der Förderschulen verteilten sich auf 2 200 Klassen, sodass die Klassengrößen im Durchschnitt weniger als zehn Schüler umfassten. Damit sind Förderschulklassen im Schnitt nicht einmal halb so groß wie Grundschulklassen der allgemeinen Schulen.

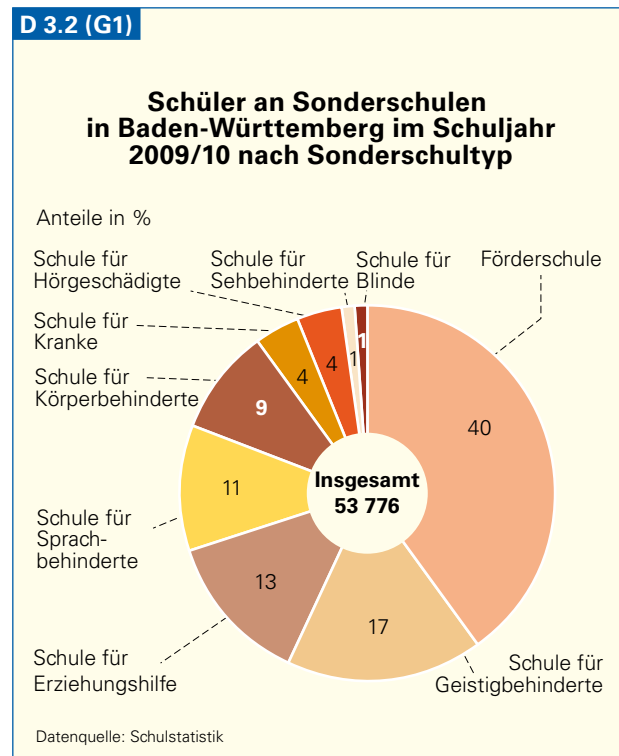
Weitere 50 % der Schüler an Sonderschulen besuchen Schulen für Geistigbehinderte, Erziehungshilfe, Sprachbehinderte und Körperbehinderte. Die Schulen für Kranke und für Hörgeschädigte umfassen jeweils 4 % der Schülerschaft, die Schulen für Sehbehinderte und für Blinde je 1 %.

**Leicht rückläufige Schülerzahlen an Sonderschulen**

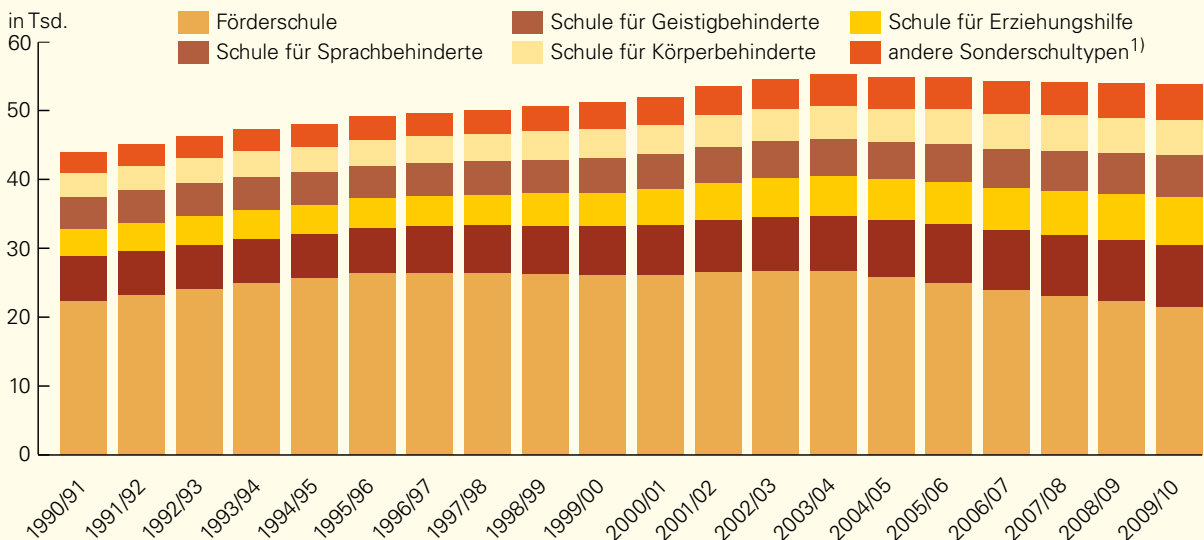
Seit dem Schuljahr 2003/04, in dem mit über 55 200 Schülern ein Höchststand erreicht wurde, ist ein leichter Abwärtstrend bei den Schülerzahlen an Sonderschulen zu verzeichnen (Grafik D 3.2 (G2)). Dieser Rückgang verlief jedoch mit rund 2 % gegenüber dem Referenzjahr weniger deutlich als an den allgemeinen Schulen, deren Gesamt-schülerzahl in diesem Zeitraum um 4 % abnahm.

Innerhalb der einzelnen Sonderschultypen verlief die Entwicklung der absoluten Schülerzahlen sehr unter-

schiedlich. Die Zahl der Schüler, die Schulen für Geistigbehinderte besuchen, ist in den letzten zehn Jahren um 26 % gestiegen, an Schulen für Sprachbehinderte um 23 % und an Schulen für Körperbehinderte um 20 %. Stark zugenommen – über 40 % im selben Zeitraum – hat auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Schu-



## D 3.2 (G2)

Schüler an Sonderschulen in Baden-Württemberg  
seit 1990/91 nach Sonderschultyp

1) Blinde, Sehbehinderte, Hörgeschädigte, Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.  
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

366 11

len für Erziehungshilfe gefördert werden. Dagegen hat die Zahl der Schüler, die an Förderschulen unterrichtet werden, im selben Zeitraum um 18 % abgenommen.

### D 3.3 Analysen zu spezifischen Schülergruppen

#### Fast zwei Drittel der Schüler an Sonderschulen sind Jungen

34 108 Jungen, jedoch nur 19 668 Mädchen besuchten im Schuljahr 2009/10 eine Sonderschule – damit waren rund zwei von drei Schülern an Sonderschulen männlich und an sämtlichen Sonderschultypen deutlich stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. An den allgemeinen Schulen sind Mädchen an denjenigen Schularten häufiger vertreten, die formal höherwertige Abschlüsse vermitteln. Liegt der Mädchenanteil an den Grundschulen des Landes noch bei 49 %, sind lediglich 45 % der Hauptschüler weiblich. An den Realschulen liegt der Mädchenanteil hingegen bei fast 50 %, an den Gymnasien bei 53 %.

Der höhere Anteil der Jungen an Sonderschulen zeigt im langfristigen Verlauf sogar einen leicht ansteigenden Trend. In den 80er-Jahren lag der Anteil bei rund 61 %, der auf nunmehr 63 % angestiegen ist.

Erhebliche Unterschiede sind zwischen den einzelnen Sonderschultypen zu erkennen (Grafik D 3.3 (G1)). Während an den Schulen für Sprachbehinderte der Jungenanteil 69 % und an den Schulen für Erziehungshilfe sogar 84 % umfasst, sind an den Schulen für Kranke und an den Schulen für Blinde die männlichen Schüler nur leicht überrepräsentiert.

#### Ausländeranteil an Sonderschulen nahezu doppelt so hoch wie an allgemeinen Schulen

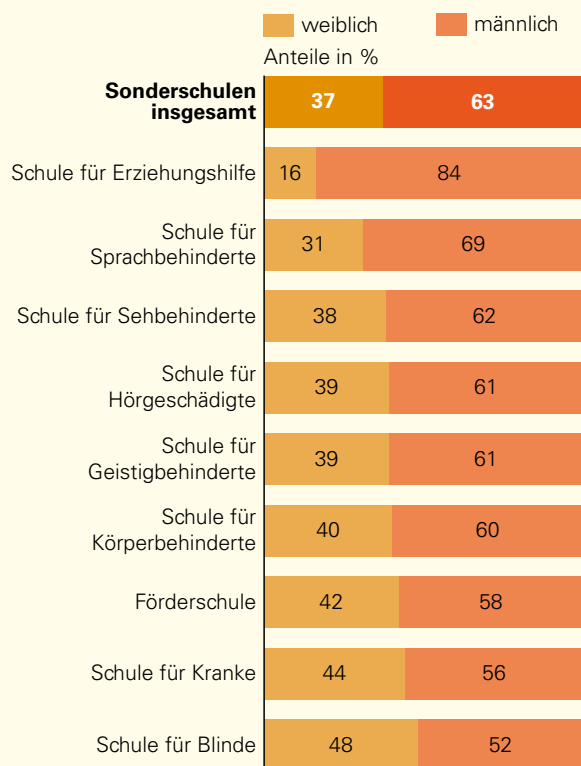
10 902 Schüler an Sonderschulen besaßen im Schuljahr 2009/10 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von rund 20 %. An den allgemein bildenden Schulen insgesamt war der Ausländeranteil mit knapp 11 % nur etwa halb so hoch. Weitere 738 Schüler an Sonderschulen stammten aus Aussiedlerfamilien. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler an Sonderschulen war mit rund 1 % vergleichsweise gering und entsprach in etwa dem Anteil an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (Grafik D 3.3 (G2)).

Den höchsten Anteil an ausländischen Schülern hatten die Förderschulen, an denen 29 % der Schüler keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, gefolgt von den Schulen für Blinde und den Schulen für Geistigbehinderte, die einen Ausländeranteil von 20 % bzw. 19 % verzeichneten. Die



**D 3.3 (G1)**

**Schüler an Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

365 11

prozentual wenigsten Ausländer wurden an den Schulen für Sprachbehinderte unterrichtet; dieser Sonderschultyp war der einzige, dessen Anteil an Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit unterhalb des Durchschnittswerts der allgemein bildenden Schulen lag.

**D 3.4 Übergänge zwischen allgemeinen Schulen und Sonderschulen**

**Anteil der Einschulungen an Sonderschulen ist angestiegen**

Die Einschulung eines Kindes mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Behinderung erfolgt an einer Sonderschule, wenn diese Schulform als bestmöglicher Lernort zur Förderung des Kindes erachtet wird. Die Entscheidung wird nach einer umfassenden Diagnostik, an der sonderpädagogische Fachkräfte beteiligt sind, und in Beratung mit den Eltern getroffen. Dies

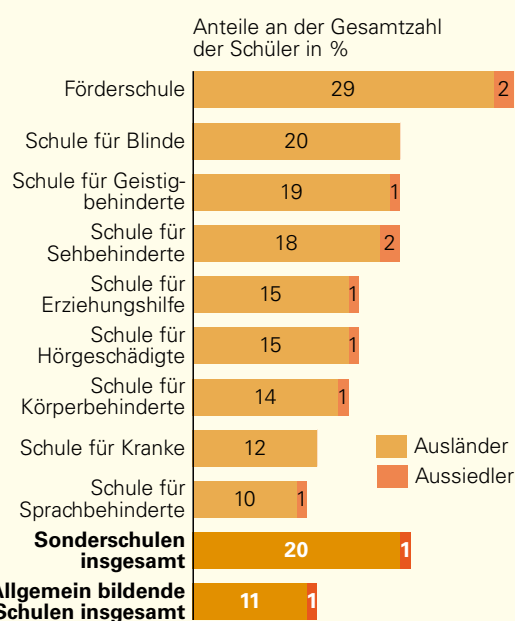
ist in der Regel der Fall, wenn erhebliche Entwicklungs- und Lernprobleme auftreten sowie erschwerte Lebensbedingungen im Zusammenhang mit einer Behinderung vorliegen. Die Eltern des schulpflichtig werdenden Kindes oder die zuständige Grundschule müssen dazu einen entsprechenden Antrag stellen.

Im Schuljahr 2009/10 wurden 4 488 Kinder direkt an einer Sonderschule eingeschult. Dies entspricht einer Quote von 4,5 % gemessen an der Gesamtzahl der Einschulungen (Grafik D 3.4 (G1)). Diese Quote ist im Verlauf der letzten zehn Schuljahre kontinuierlich gestiegen – ausgehend von 3 % im Schuljahr 2000/01 – und hat erstmals im Schuljahr 2007/08 die 4 %-Marke überschritten, was einer Steigerung um etwa ein Drittel entspricht. Die Zahl der Jungen war dabei fast doppelt so hoch wie die der Mädchen. Ein Drittel der Kinder (1 518) wurde dabei an einer Förderschule eingeschult. Das waren 1,5 % aller Einschulungen. Im Schuljahr 2000/01 lag diese Quote noch bei 1,0 %.

Trotz des prozentual steigenden Anteils bei den Einschulungen an Sonderschulen ist die Gesamtzahl der Schüler an Sonderschulen rückläufig (Kapitel D 3.2), was auf die zunehmende Zahl der Rückschulungen und den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen zurückzuführen ist.

**D 3.3 (G2)**

**Ausländische Schüler und Aussiedler an Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik.

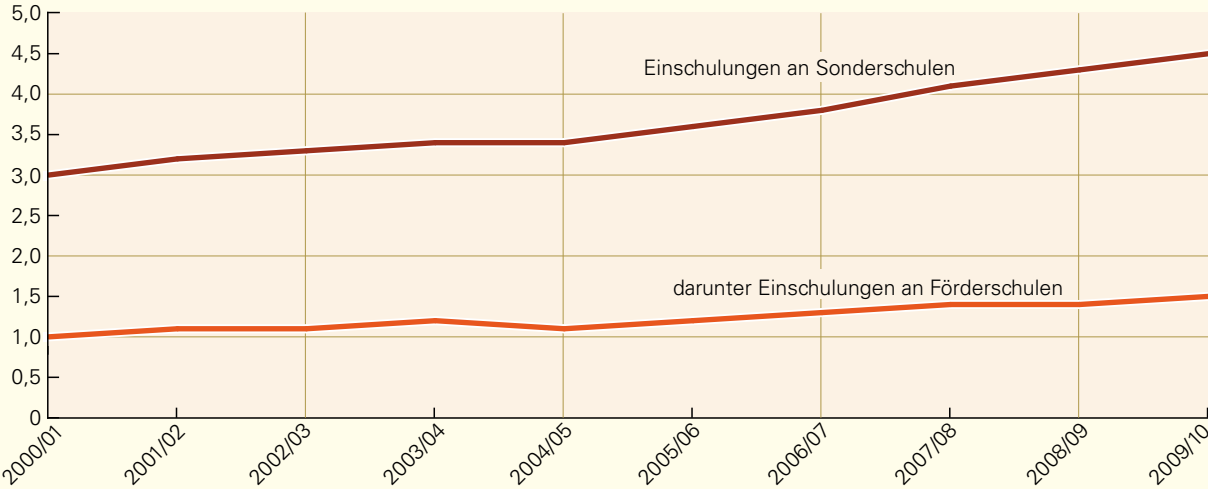
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

364 11

**D 3.4 (G1)**

**Einschulungen an Sonderschulen  
in Baden-Württemberg seit 2000/01**

Anteile an der Gesamtzahl der Einschulungen in %



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

363 11

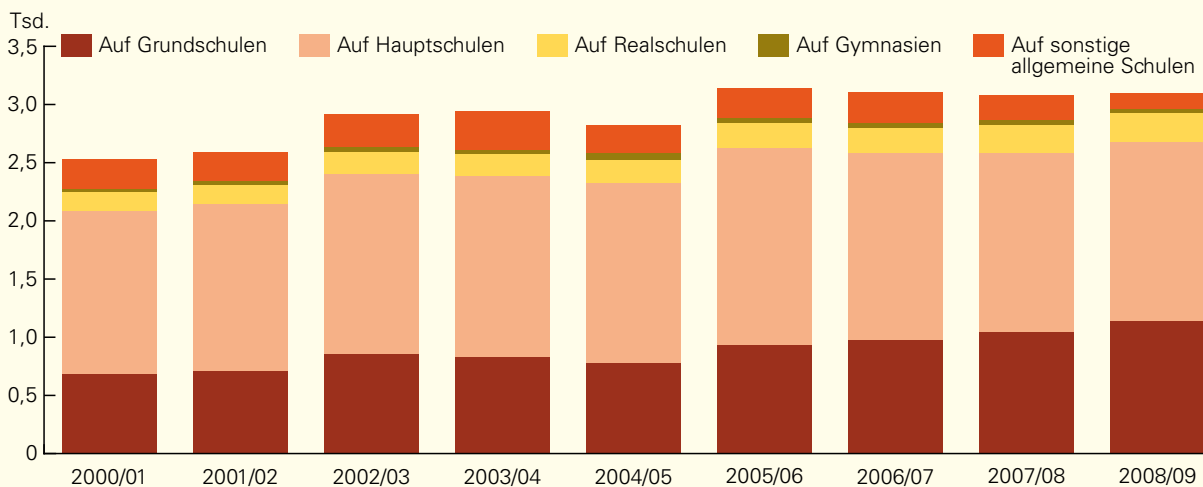
**Zunahme der Wechsel von Sonderschulen auf eine allgemeine Schule um über 20 %**

Wenn aufgrund der individuellen Entwicklung eines Schülers an einer Sonderschule absehbar ist, dass dieser mit Erfolg am Unterricht an einer allgemeinen Schule teilnehmen kann, wird in der Regel ein Wechsel auf eine allgemeine Schulart erfolgen. Innerhalb der

letzten zehn Jahre hat die Anzahl dieser Wechsel um über 20 % zugenommen. Im Schuljahr 2008/09 haben zwischen Schuljahresbeginn und -ende insgesamt 3 096 Schüler einer Sonderschule auf eine allgemeine Schule gewechselt (Grafik D 3.4 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 5,7 % an der Gesamtzahl der zum Stichtag im Oktober 2008 an Sonderschulen gemeldeten Schüler. Die meisten Übergänge erfolgten mit

**D 3.4 (G2)**

**Übergänge von Sonderschulen auf allgemeine Schulen  
in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Schularten**



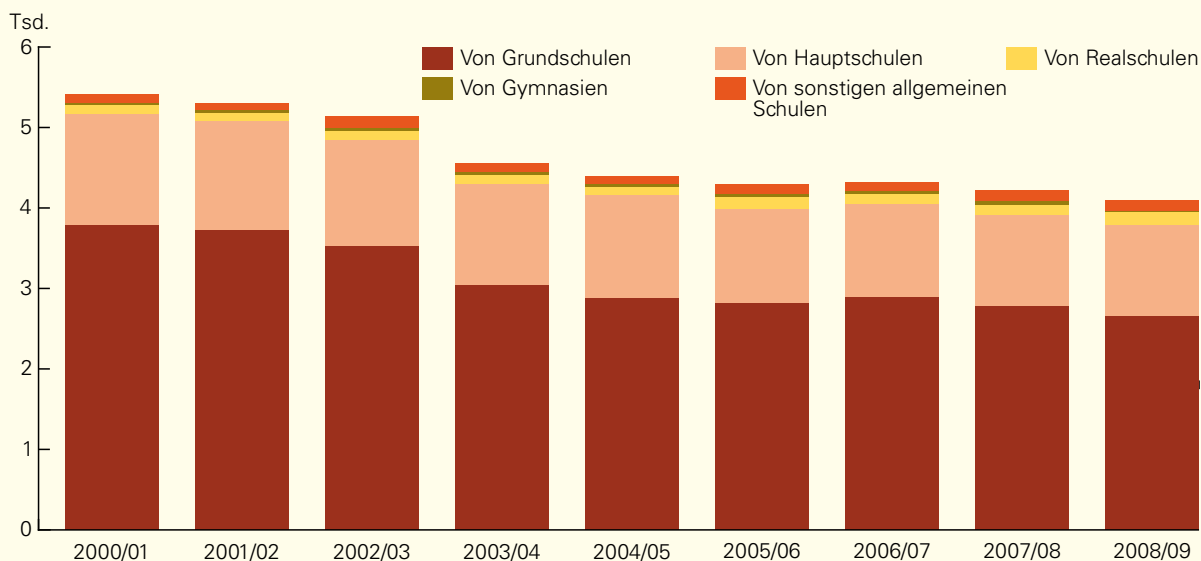
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

362 11

D 3.4 (G3)

Zugänge an Sonderschulen von allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Schularten



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

361 11

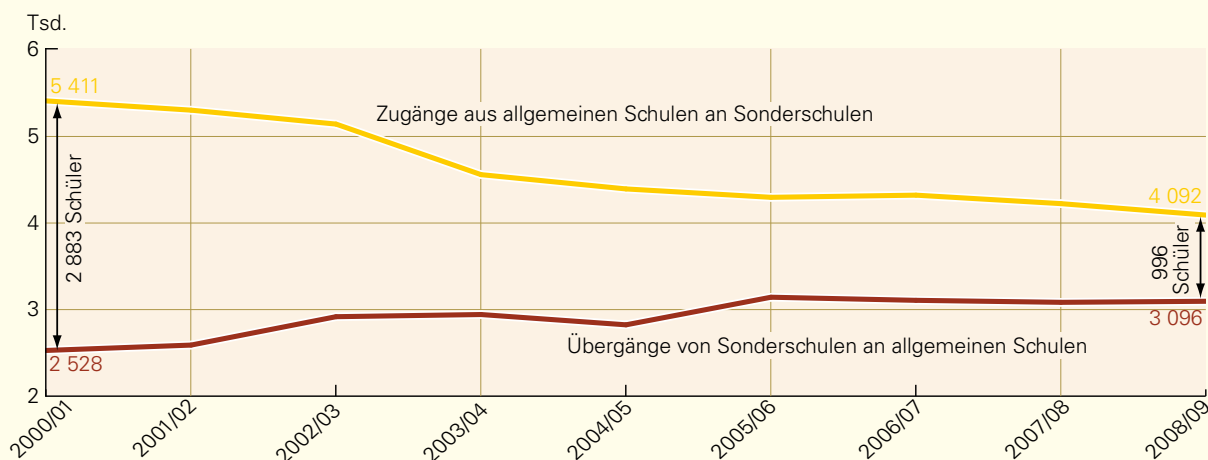
1 532 Schülern auf Hauptschulen und mit 1 140 Schülern auf Grundschulen. Übergänge auf Realschulen kommen deutlich weniger, auf Gymnasien kaum vor. In den meisten Fällen besuchten die Wechsler zuvor eine Förderschule, eine Schule für Erziehungshilfe oder eine Schule für Sprachbehinderte.

Weniger Wechsel von allgemeinen Schulen auf Sonderschulen

Sofern die erfolgreiche Teilnahme eines Schülers mit Entwicklungsauffälligkeiten oder Behinderung am Bildungsangebot einer allgemeinen Schule gefährdet ist,

D 3.4 (G4)

Wechsel zwischen Sonderschulen und allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg seit 2000/01



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

360 11

wird geprüft, ob durch einen Wechsel an eine Sonderschule bessere Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden können. Im Schuljahr 2008/09 wechselten insgesamt 4 092 Schüler von allgemeinen Schulen an eine Sonderschule (Grafik D 3.4 (G3)). Dies entspricht einer Quote von knapp 8 % gemessen an der Gesamtzahl aller Schüler an Sonderschulen. Hierbei ist ein rückläufiger Trend auszumachen: Gegenüber dem Schuljahr 2001/02 ist die Zahl der Wechsler um 25 % gesunken. Die meisten Schüler (2 654) kamen von einer Grundschule an eine Sonderschule, weitere 1 132 von einer Hauptschule. Deutlich weniger wechselten von Realschulen und Gymnasien.

Ein Vergleich der Schülerbewegungen zeigt, dass innerhalb eines Schuljahres mehr Schüler von einer allgemeinen Schule an eine Sonderschule wechseln als umgekehrt. In den letzten Jahren wies dabei das Schuljahr 2000/01 mit 2 883 Schülern die größte Differenz zwischen den beiden Wechselrichtungen auf. Seither nähern sich beide Verläufe an (Grafik D 3.4 (G4)). Seitdem nimmt die Zahl der Übergänge von einer allgemeinen Schule an eine Sonderschule ab, die Zahl derer, die im Verlauf eines Schuljahres von einer Sonderschule an eine allgemeine Schule wechseln, hingegen zu. Die Differenz betrug im Schuljahr 2008/09 noch 996 Schüler.

### D 3.5 Abschlüsse an allgemein bildenden Sonderschulen

An Sonderschulen können je nach Schultyp und dem Angebot der einzelnen Schule unterschiedliche Abschlüsse erworben werden. Das Spektrum reicht vom Bildungsgang Schule für Geistigbehinderte und Förderschule über die Grund-, Haupt- und Realschule bis hin zum Bildungsgang Gymnasium (vgl. Kapitel D 3.2).

Zum Ende des Schuljahres 2008/09 wurden 5 328 Abgänger<sup>25</sup> von Sonderschulen gezählt; davon waren 1 988 Mädchen und 3 340 Jungen.

#### Abschluss der Förderschule ist am häufigsten

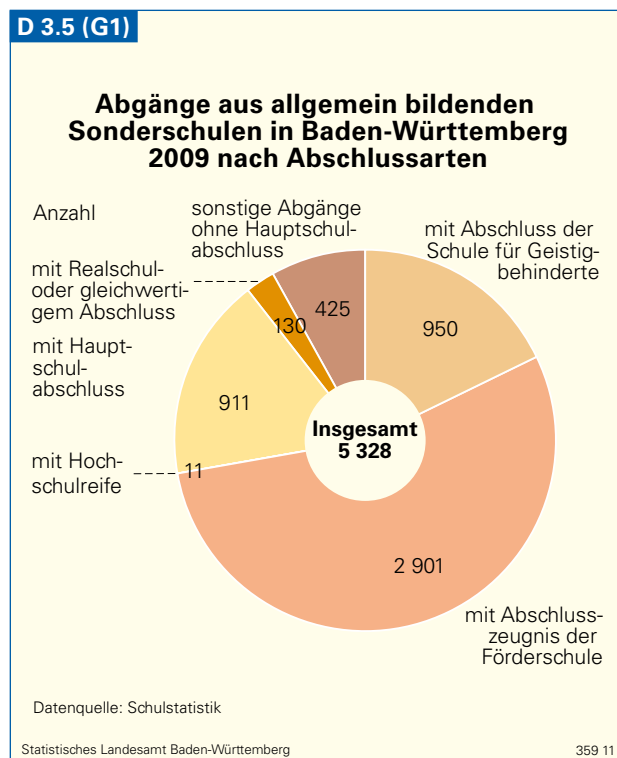
Der mit Abstand häufigste Abschluss an einer Sonderschule ist der Förderschulabschluss (Grafik D 3.5 (G1)). 2 901 Abgänger – mehr als die Hälfte – erzielten einen Abschluss dieses Bildungsgangs. Weitere 950 Abgänger hatten den Abschluss der Schule für Geistigbehin-

derte erworben. Insgesamt erwarben rund drei Viertel aller Abgänger von Sonderschulen einen dieser beiden sonderschulspezifischen Abschlüsse. 911 Schüler verließen die Sonderschule mit dem Hauptschulabschluss, 130 mit einem Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Die allgemeine Hochschulreife erzielten 11 Schüler an Sonderschulen, die den entsprechenden Bildungsgang eingerichtet hatten.

#### Abschlüsse variieren stark nach Sonderschultyp

Zwischen den einzelnen Sonderschultypen sind die Abschlussarten erwartungsgemäß sehr unterschiedlich verteilt (Grafik D 3.5 (G2)). An den Förderschulen, an denen zum Ende des Schuljahres 2008/09 rund 40 % aller Schüler an Sonderschulen unterrichtet wurden, ist der Abschluss der Förderschule der vorherrschende Abschluss. 175 Abgänger von Förderschulen (6 %) konnten über die Schulfremdenprüfung den Hauptschulabschluss erwerben, 5 % erzielten keinen Abschluss.

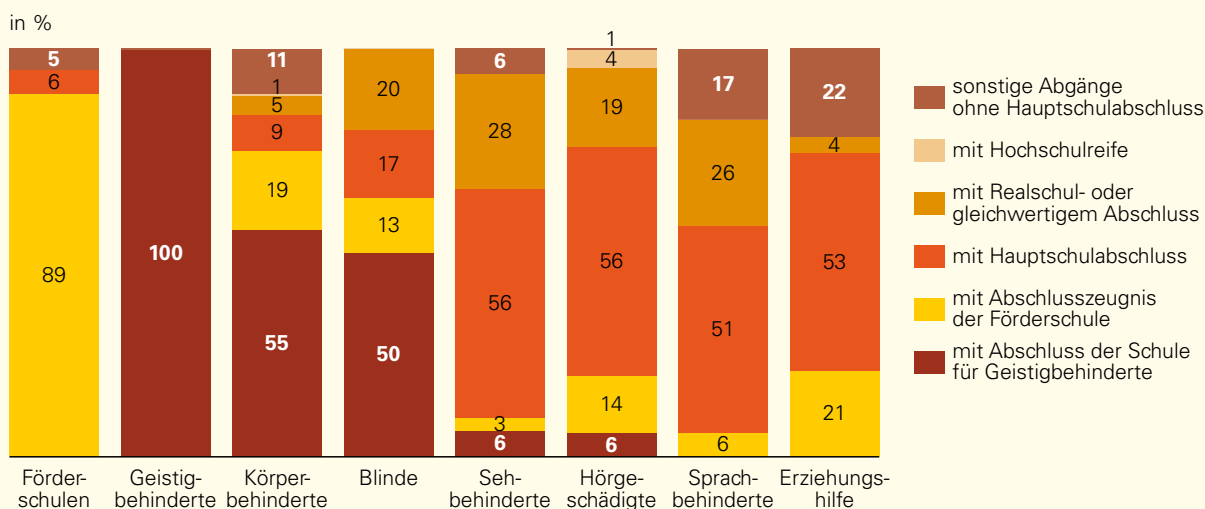
An den Schulen für Sehbehinderte, Hörgeschädigte, Sprachbehinderte und Erziehungshilfe erwirbt jeweils über die Hälfte der Abgänger den Hauptschulabschluss, ein kleinerer Teil an den Schulen für Blinde und Körperbehinderte. Der Anteil derjenigen, die einen mittleren Bildungsabschluss erzielen, variiert – außer bei den Schulen für Geistigbehinderte und den Förderschulen, die diesen Bildungsgang nicht führen – von 5 % bis 28 %. Der Bildungsgang Gymnasium ist in



<sup>25</sup> Als Abgänger werden in der Schulstatistik der Sonderschulen diejenigen Schüler bezeichnet, die im Zeitraum zwischen dem aktuellen und dem vorhergehenden Stichtag nach erfüllter Vollzeitschulpflicht das allgemein bildende Schulwesen verlassen haben. Übergänge auf andere allgemein bildende Schulen zählen daher nicht als Abgänge.

D 3.5 (G2)

**Abgänge aus Sonderschulen in Baden-Württemberg 2009  
nach Sonderschultyp und Abschlussart**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

358 11

Baden-Württemberg an den Schulen für Körperbehinderte und Hörgeschädigte eingerichtet – 1 % bzw. 4 % der Abgänger dieser Sonderschultypen erwarben die Hochschulreife.

**Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung**

Am 4. Mai 2009 wurden in Baden-Württemberg Leitgedanken zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung vor dem Hintergrund der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und den verschiedenen Entwicklungsleistungen der Schulen und ihrer Partner vorgestellt. Danach soll die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule aufgehoben werden und in der allgemeinen Schulpflicht aufgehen mit dem Ziel, die Zahl behinderter Kinder und Jugendlicher an allgemeinen Schulen zu erhöhen. Beim Kultusministerium wurde hierzu ein Expertenrat »Sonderpädagogische Förderung« eingerichtet, der am 9. Juni 2009 seine Arbeit aufnahm. Der 19-köpfige Expertenrat, der sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Beratungsgremien des Kultusministeriums und von Elternorganisationen, Fachverbänden sowie Entscheidungsträgern zusammensetzt, hat sich mit der Frage nach der bestmöglichen Beratung, Unterstützung und Bildung von jungen Menschen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen, Benachteiligungen oder chronischen Erkrankungen beschäftigt. Anfang 2010 hat der Expertenrat folgende Empfehlungen zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung gegeben:

Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule kann in der generellen Pflicht zum Besuch einer allgemein bildenden oder einer beruflichen Schule aufgehen. Die Eltern sollen ein Entscheidungsrecht hinsichtlich des Lernortes ihres Kindes haben, es sei denn, dem Elternwunsch stehen nicht realisierbare, zwingende Gründe entgegen. Grundlage für die Entscheidung bilden Alternativen, die von einer Bildungswegekonferenz entwickelt wurden. In diesem Zusammenhang soll datenbasiert eine qualitativ hochwertige regionale Schulangebotsplanung möglich werden. Sonderschulen sollen sich zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren für jeweils unterschiedliche Förderschwerpunkte in einer Region weiterentwickeln und ihre Unterstützungs- und Bildungsangebote stärker als bisher in die allgemeinen Schulen verlagern. Ein Ansprechpartnersystem in den allgemeinen Schulen soll aufgebaut sowie das Netzwerk zwischen allgemeinen Schulen und den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren verdich-

tet werden. Für Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, das an allgemeinen Schulen zur Einlösung kommt, müssen insbesondere bezüglich der Bildungsvorgaben, der Notengebung, der Versetzungsordnung und der Schülerbeförderung eigene Regelungen getroffen werden. Fragen der Individualisierung und Differenzierung sowie von Einstellungen und Haltungen und der Kooperationskompetenz sollen in die Lehrerbildung aufgenommen werden. In der Ausbildung von sonderpädagogischem Lehrpersonal sollen stärker Fragen der kooperativen/ partnerschaftlichen Beratung und Unterstützung berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenrats hat Anfang Mai 2010 der Ministerrat das Konzept »Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung« beschlossen. Kernstück des Konzepts sind die Bildungswegekonferenzen. Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulträger und Schulaufsicht beraten gemeinsam über den individuell passgenauen Bildungsweg und Lernort der Schüler. In fünf Schwerpunktregionen sollen Erfahrungen gesammelt, systematisiert und dokumentiert werden. Schwerpunktschulämter sind die Staatlichen Schulämter Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Konstanz und Biberach. Darüber hinaus werden alle Staatlichen Schulämter die bereits heute bestehenden Möglichkeiten des gemeinsamen Unterrichts ausbauen und verstärkt inklusive Bildungsangebote realisieren. Die Erfahrungen sollen die Grundlage bilden für eine Schulgesetzänderung, die zum Schuljahr 2013/14 in Kraft treten soll.<sup>1</sup>

---

1 Planungsstand 2010.

## D 4 Ganztagschulen

Ganztagschulen unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und fördern Kinder und Jugendliche in ihren schulischen Leistungen. In Baden-Württemberg können Ganztagsangebote entsprechend der Konzeption der bisherigen Landesregierung oder nach Definition der Kultusministerkonferenz eingerichtet werden.

In der Landeskonzeption sind zwei Formen von Ganztagschulen vorgesehen:

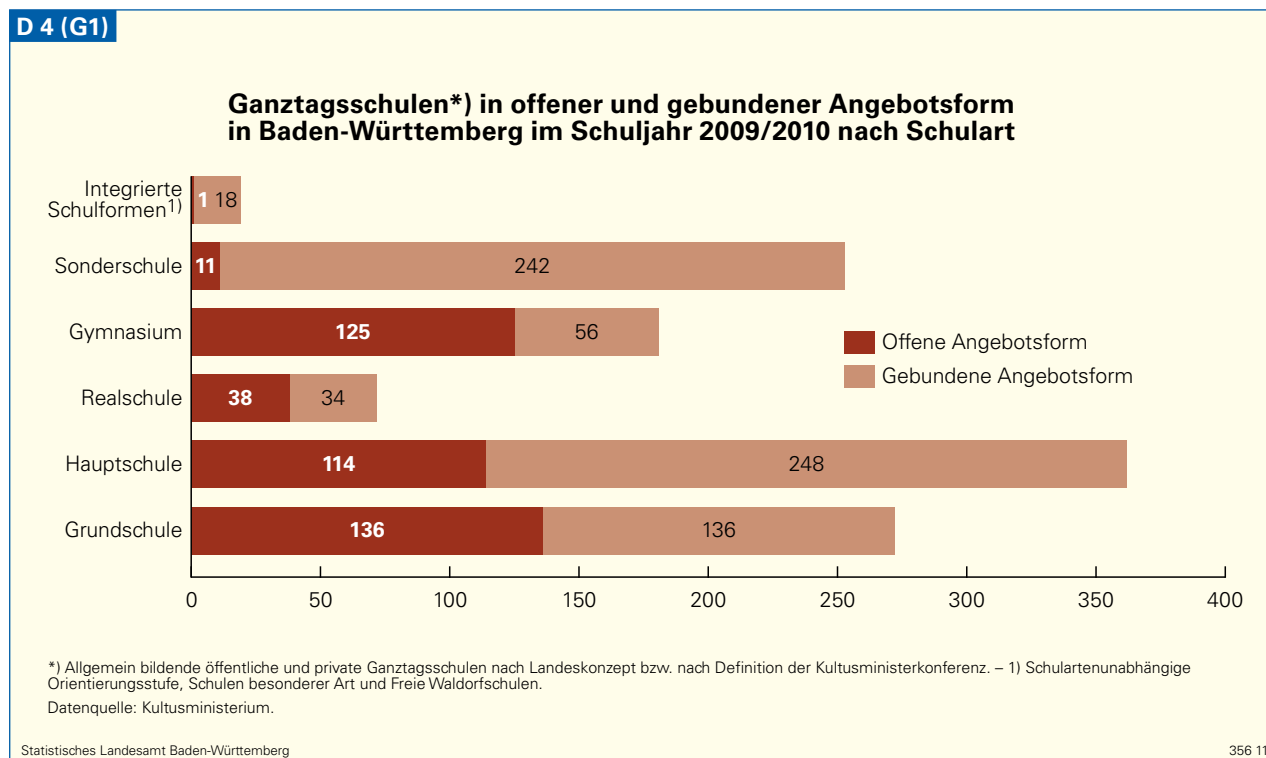
a) *Ganztagschulen in offener Angebotsform:* Es findet ein Ganztagsbetrieb an mindestens vier Tagen einer Schulwoche statt, der jeweils mindestens sieben Zeitstunden umfasst. Die Teilnahme am Ganztagsbetrieb erfordert eine Anmeldung. Bei Anmeldung des Schülers am Ganztagsbetrieb ist die Teilnahme aus Gründen der Planungssicherheit für ein Schuljahr verbindlich.

b) *Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung:* Es findet ebenfalls an mindestens vier Tagen einer Schulwoche ein Ganztagsbetrieb statt, allerdings mit täglich mindestens acht Zeitstunden. Die ganze Schule ist im Ganztagsbetrieb eingerichtet oder ein Zug bzw. mehrere Klassen(-stufen) nehmen am Ganztagsbetrieb teil. Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer

und sozialer Aufgabenstellung können Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen und Förderschulen in enger räumlicher Nähe zu einer Haupt- oder Werkrealschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung werden. Es handelt sich hierbei um Schulen, die ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag unter erschwerten Bedingungen in einem schwierigen sozialen Umfeld erfüllen.

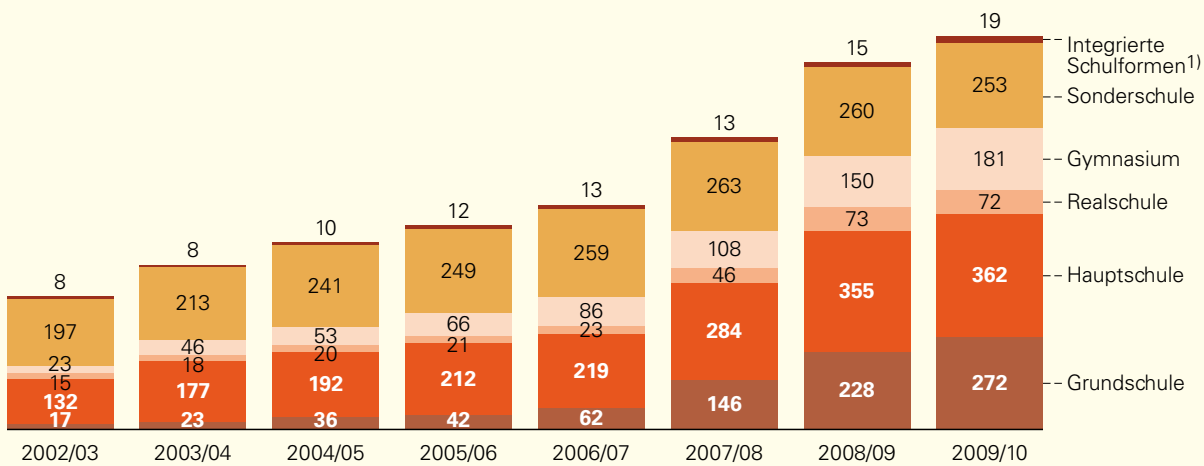
Ganztagschulen nach Definition der Kultusministerkonferenz sehen ein Bildungs- und Betreuungsangebot an mindestens drei Wochentagen mit jeweils sieben Zeitstunden vor. Bezüglich der Angebotsform wird hier zwischen offener und voll bzw. teilweise gebundener Form der Ganztagschule unterschieden. Die offene Form sieht wie die offene Form nach Landeskonzeption eine Teilnahme nach Anmeldung vor. Bei den gebundenen Formen ist die ganze Schule im Ganztagsbetrieb eingerichtet oder ein Teil der Schüler nimmt am Ganztagsbetrieb teil.

Insgesamt haben 1 159 Schulen im Schuljahr 2009/10 Ganztagsbetrieb angeboten. Die meisten Sonderschulen, über zwei Drittel der Hauptschulen und die Hälfte der Grundschulen wiesen eine gebundene Angebotsform auf. Bei den Gymnasien hingegen überwogen Schulen mit offener Angebotsform, ebenso wie bei



**D 4 (G2)**

**Ganztagsschulen\*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2002/2003 nach Schulart**



\*) Allgemein bildende öffentliche und private Ganztagschulen nach Landeskonzept bzw. nach Definition der Kultusministerkonferenz. – 1) Schulartenunabhängige Orientierungsstufe, Schulen besonderer Art und Freie Waldorfschulen.  
 Datenquelle: Kultusministerium

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

357 11

den Realschulen – dort allerdings nur mit einer kleinen Überzahl von vier Schulen (Grafik D 4 (G1)).<sup>26</sup>

**Bedarfsorientierter Ausbau der Ganztagschulen**

Die Anzahl von allgemein bildenden öffentlichen und privaten Ganztagschulen nahm in den letzten Jahren stetig zu. So verdreifachte sich die Anzahl der Ganztagschulen nahezu von insgesamt 392 Schulen im Schuljahr 2002/03 auf 1 159 im Schuljahr 2009/10. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Schüler, welche ganztägig eine Schule besuchten, von 70 145 auf 279 781 (Grafik D 4 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von gut 23 % aller Schüler.

Das Landesprogramm »Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg« wurde im Jahr 2006 beschlossen und hat den flächendeckenden und bedarfsorientierten Ausbau der Ganztagschulen zum Ziel, das heißt jeder Schüler soll bei Bedarf die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe zu besuchen. Für den Ausbau der Ganztagschulen nach Landeskonzeption werden bis

26 Zur besseren Darstellbarkeit wurden die offenen Formen nach Definition der Landeskonzeption und der Kultusministerkonferenz zusammengefasst. Ebenso wurden die gebundenen Formen (voll und teilweise) mit den Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung nach Landeskonzeption zusammengefasst.

zu 1 840 Deputate zur Verfügung gestellt.<sup>27</sup> Um die Schaffung von räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen an Schulen zu unterstützen, ergänzt das Investitionsprogramm »Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule« das Ganztagschulprogramm.

Die Sonderschulen wiesen im Schuljahr 2009/10 mit 44 % den größten Anteil an Ganztagschulen auf; die Grundschulen mit 11 % den geringsten (Grafik D 4 (G3)). Die Anzahl der Ganztagsgrundschulen entwickelte sich seit 2002/03 von 17 auf 272 Schulen besonders dynamisch.

**Jugendbegleiter bieten unterrichtsergänzende Bildungs- und Betreuungsangebote an**

Zur Konzeption der Ganztagschule gehört die Neuverteilung von Unterrichtsstunden im Sinne einer neuen Rhythmisierung, die auch die Verlängerung von Pausenzeiten und die Einführung von Bewegungspausen vorsieht. Alle Ganztagschulen müssen ein entsprechendes pädagogisches Konzept vorweisen und außerdem ein beaufsichtigtes Mittagessen an allen Tagen mit Ganztagsangebot anbieten.

In Zusammenhang mit dem pädagogischen Konzept steht das Jugendbegleiter-Programm. Ziel des Ju-

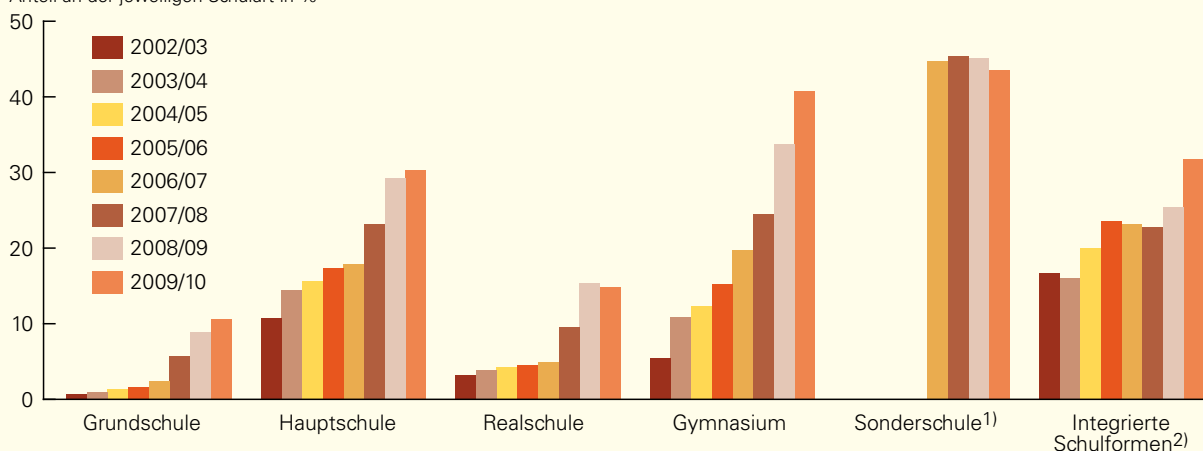
27 Planungsstand 2010.



D 4 (G3)

**Ganztagsschulen\*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2002/2003**

Anteil an der jeweiligen Schulart in %



\*) Allgemein bildende öffentliche und private Ganztagschulen nach Landeskonzept bzw. nach Definition der Kultusministerkonferenz. – 1) Darstellung auf Basis der Dienststellenzählung ab Schuljahr 2006/07. – 2) Schulartenunabhängige Orientierungsstufe, Schulen besonderer Art und Freie Waldorfschulen.  
 Datenquelle: Kultusministerium Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

355 11



gendbegleiter-Programms ist es, durch qualifizierte ehrenamtliche Jugendbegleiter unterrichtsergän- zende Bildungs- und Betreuungsangebote im Rahmen der Ganztagschule anzubieten (vgl. **Kapitel J 3**).

## D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung im typischen Schulalter von sechs bis 19 Jahren betrug am 31.12.2009 stark 10 %. Der Anteil der ausländischen Schüler an allen allgemein bildenden Schulen lag im Schuljahr 2009/10 bei knapp 11 % (Grafik D 5 (G1)) und entsprach damit erwartungsgemäß dem Wert der korrespondierenden Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs. Werden noch die 1,3 % Schüler aus Aussiedlerfamilien mit einbezogen, ergibt sich ein Anteil von rund 12 %, deren Migrationshintergrund in der Schulstatistik erfasst wurde. Dieser Wert hat sich gegenüber der im Bildungsbericht 2007 berichteten Zahl um 2 Prozentpunkte verringert. Von den insgesamt gut 1,23 Mill. Schülern der allgemein bildenden Schulen besaßen 133 059 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, 15 656 weitere stammten aus Aussiedlerfamilien (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

### Überproportionaler Anteil an Hauptschulen, geringe Quote an Gymnasien

Der Anteil der ausländischen Schüler und Aussiedler an den Grundschulen entsprach im Schuljahr 2009/10 erwartungsgemäß in etwa dem Anteil dieser Gruppen an den allgemein bildenden Schulen insgesamt. Nach erfolgtem Wechsel auf weiterführende Schularten ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild der Bildungsbeteiligung. Während an Hauptschulen fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler waren, betragen die Anteile an Realschulen nur knapp 10 % und an den Gymnasien lediglich gut 5 %. Die integrierten Schulformen wurden ebenfalls von einer relativ geringen Zahl an Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit besucht: Ihr Anteil belief sich dort auf 5 %. Dabei wiesen die Freien Waldorfschulen mit 3 % einen sehr niedrigen Ausländeranteil auf. An den Schulen besonderer Art, welche die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach vereinen, lag der Anteil von Ausländern und Aussiedlern zusammen hingegen bei 15 % und übertraf damit den Wert für die Realschulen.

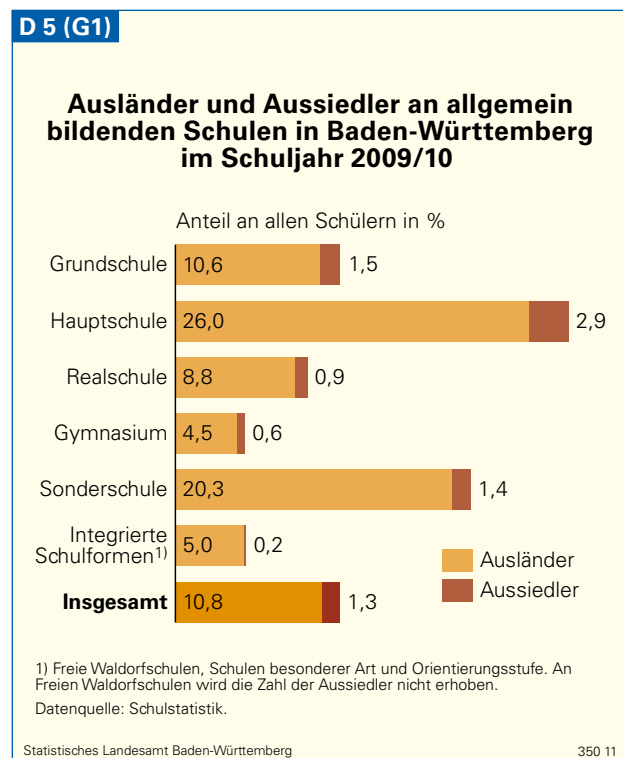
Der Ausländeranteil an Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs, an denen allgemein bildende Schulabschlüsse nachgeholt werden können, ist wesentlich höher als in den entsprechenden Schularten der Erstausbildung. 28 % der Schüler an Abendrealschulen hatten 2009/10 keine deutsche Staatsangehörigkeit.

An den zur Hochschulreife führenden Abendgymnasien war jeder vierte Schüler Ausländer.

Neben den Möglichkeiten, die der Zweite Bildungsweg bietet, können auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. An diesen Bildungsgängen sind die Anteile der ausländischen Schüler höher als an den allgemein bildenden Schulen. So waren etwa an den zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen rund 17 % der Schüler Ausländer oder Aussiedler. Der Anteil dieser Schülergruppen an den beruflichen Gymnasien lag mit stark 7 % deutlich über dem an allgemein bildenden Gymnasien.

### An Förderschulen sind 30 % der Schüler Ausländer

Mit über 20 % wiesen die Sonderschulen im Schuljahr 2009/10 im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen insgesamt einen fast doppelt so hohen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf (Grafik D 5 (G1)). Unter den verschiedenen Typen der Sonderschule variieren die Anteilswerte allerdings erheblich. Mit 10 % bis 12 %



lagen die Schulen für Sprachbehinderte und für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung etwa auf dem durchschnittlichen Niveau des ausländischen Schüleranteils an den weiterführenden Schulen. An Förderschulen besaßen dagegen fast 30 % aller Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, weitere knapp 2 % stammten aus Aussiedlerfamilien. Seit 2006/07 – dem im letzten Bildungsbericht dokumentierten Schuljahr – ist der Anteil der Ausländer und Aussiedler an Sonderschulen insgesamt sowie an den Förderschulen um rund 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

### Anhaltend wenig Ausländer an Bildungsgängen, die eine Studienberechtigung vermitteln

Diese Verteilung der Anteilswerte von Ausländern und Aussiedlern über die einzelnen Schularten ist im Zeitablauf recht konstant (Tabellen D 5 (T2) und (T3) im Anhang). Die Quote für die Grundschule ist mit der für die allgemein bildenden Schulen insgesamt weitgehend deckungsgleich. Unter den weiterführenden Schulen hatten die Hauptschulen bereits im Schuljahr 1990/91 den weitaus höchsten Ausländeranteil. Die Ausländeranteile an Gymnasien und integrierten Schulformen liegen seit 2000/01 nahezu unverändert bei gut 4 % bzw. gut 5 %. An Realschulen ist seit 2000/01 ein leichter Anstieg von 7 % auf annähernd 9 % feststellbar. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts mit nunmehr erweiterten Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, kann diese Entwicklung allerdings etwas verzerrt haben.

### Deutlich geringere Anteile von Ausländern an privaten Schulen

An privaten Schulen liegen die Anteile von Schülern, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder aus Aussiedlerfamilien stammen, deutlich unter dem Niveau der vergleichbaren öffentlichen Schulen. Für alle allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft zusammen ist der Wert mit unter 5 % im Schuljahr 2009/10 weniger als halb so hoch und auch in jeder einzelnen Schulart deutlich geringer als an den öffentlichen Schulen (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

Die privaten Sonderschulen wiesen mit rund 12 % den höchsten Anteil auf, der sogar deutlich über dem Wert der privaten Hauptschulen von 7 % lag. Auch an den privaten Sonderschulen waren Ausländer damit aber nur etwa halb so häufig vertreten wie an öffentlichen Schulen, deren Anteil von Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit stark 23 % betrug. Rund 4 % der Schüler privater Grundschulen

waren Ausländer, an den öffentlichen Grundschulen waren es fast 11 %.

### Überdurchschnittliche Anteile vor allem in den Stadtkreisen

Die regionale Verteilung der Ausländer- und Aussiedleranteile unterscheidet sich zwischen den einzelnen Schularten nur relativ geringfügig. Die bestimmende Einflussgröße für die in den Stadt- und Landkreisen in unterschiedlichem Umfang anzutreffenden Anteile ist die unterschiedliche räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (siehe Kapitel B 1.3). Die Grundstruktur der regionalen Abweichungen lässt sich am Beispiel der Hauptschule verdeutlichen (Grafik D 5 (G2)). Nahezu alle Stadtkreise lagen im Schuljahr 2009/10 über dem Landesdurchschnitt des Anteils von Ausländern und Aussiedlern an den Schülern. In der Landeshauptstadt Stuttgart und in Heilbronn hatten über die Hälfte der Hauptschüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit oder stammten aus einer Aussiedlerfamilie. Dahinter folgten die Städte Pforzheim, Mannheim und Ulm mit Anteilen von deutlich über 40 %. Die Landkreise der Region Stuttgart waren ebenfalls in der oberen Hälfte zu finden. Die niedrigsten Anteile an Ausländern und Aussiedlern verzeichneten mit 13 % bis knapp 16 % die Landkreise Biberach, Schwäbisch-Hall und Breisgau-Hochschwarzwald.

Dieses Bild wiederholt sich auf niedrigerem Anteilsniveau – mit leichten Verschiebungen in der Reihenfolge der Kreise – bei den Realschulen und Gymnasien.

### Ähnliche Verteilung von Ausländern und Aussiedlern auf die Schularten

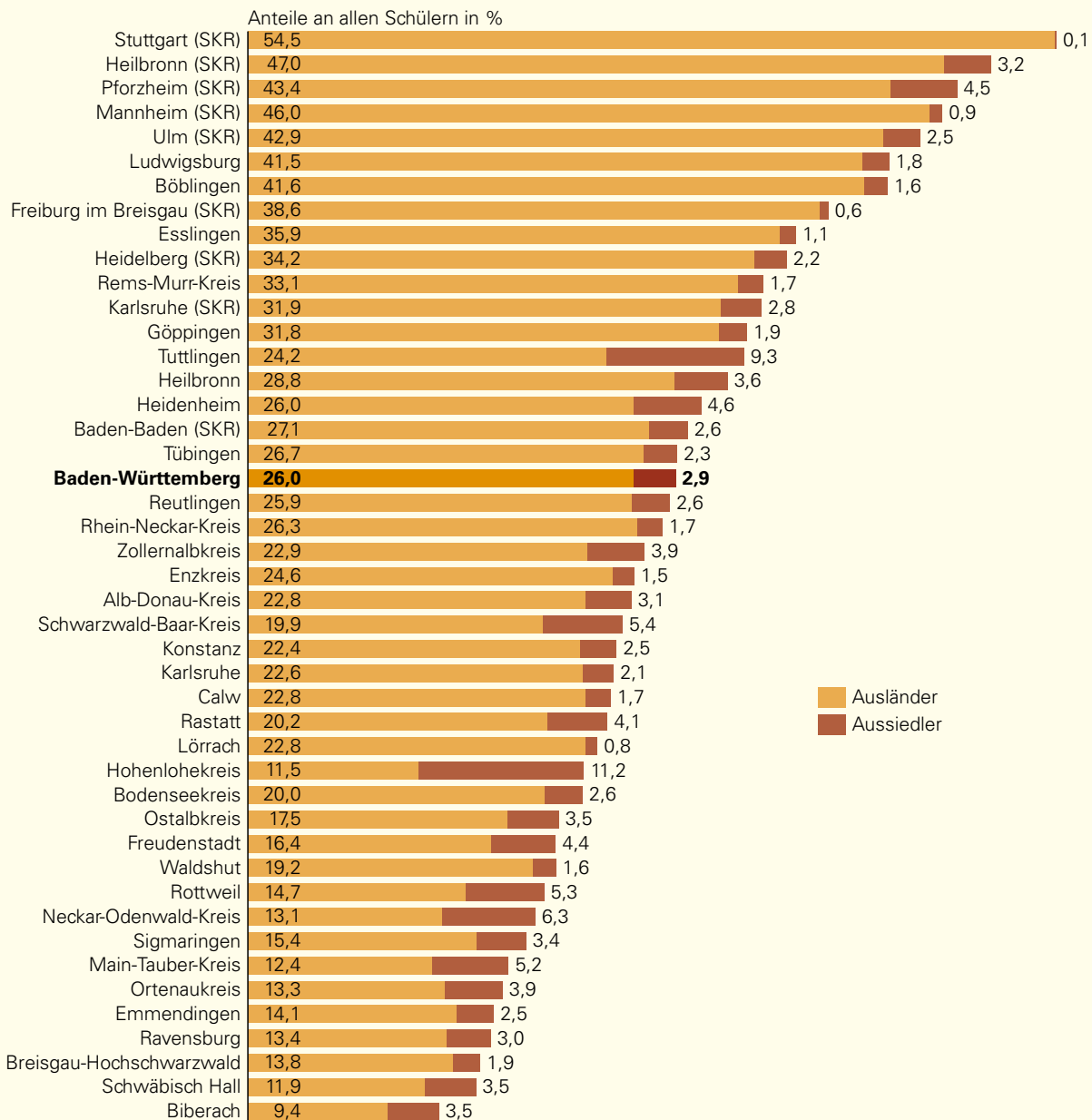
Wie sich der Schulbesuch von Ausländern und Aussiedlern einerseits und Deutschen ohne identifizierbaren Migrationshintergrund<sup>28</sup> andererseits unterscheidet, zeigt ein Vergleich der Verteilung der Siebtklässler (also nach Durchlaufen der Orientierungsstufe) auf die einzelnen Schularten (Grafik D 5 (G3)).

Deutlich über die Hälfte der ausländischen Schüler der 7. Jahrgangsstufen besuchte im Schuljahr 2009/10 eine Hauptschule. Bei den Schülern aus Aussiedlerfamilien waren es fast sechs von zehn. Knapp drei von zehn Ausländern und Aussiedlern der Jahrgangsstufe 7 waren an Realschulen, an den Gymnasien knapp 15 % bzw. stark 12 %. Bei den deutschen Schülern, die nicht aus Aussiedlerfamilien stammen, stand das Gymnasi-

<sup>28</sup> Vgl. den methodischen Hinweis »Migrationshintergrund« am Ende des Kapitels.

D 5 (G2)

**Ausländer und Aussiedler an Hauptschulen  
in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

351 11

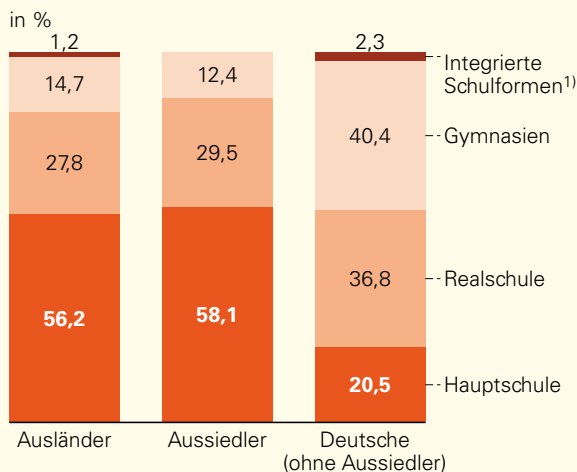
um mit über 40 % an erster Stelle, gefolgt von der Realschule mit einem Anteil von fast 37 %. Nur jeder fünfte Siebtklässler deutscher Staatsangehörigkeit wurde an einer Hauptschule unterrichtet.

Im Vergleich zu dem im letzten Bildungsbericht dokumentierten Schuljahr 2006/07 haben sich 2009/10 deutliche Veränderungen vollzogen. Der Anteil der Siebtklässler, die eine Hauptschule besuchen, ist bei allen drei Gruppen

rückläufig – bei den Ausländern und Aussiedlern um 6 bis 7 Prozentpunkte, bei den deutschen Schülern um 3 Prozentpunkte. Demgegenüber sind die Teilnahmequoten am Gymnasium sowohl bei den ausländischen wie bei den deutschen Schülern um 3 Prozentpunkte angestiegen. In ähnlichem Umfang vollzog sich ein Zuwachs der ausländischen Schülerschaft bei den Realschulen – bei den Aussiedlern sogar um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der deutschen Schüler in der 7. Klasse der Realschule blieb konstant.

**D 5 (G3)**

**Verteilung der Schülerzahl in Klassenstufe 7 in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit**



1) Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art und Orientierungsstufe. An Freien Waldorfschulen wird die Zahl der Aussiedler nicht erhoben.  
Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

352 11

Die Sonderschulen können in diese Betrachtung nicht einbezogen werden, da dort in manchen Schultypen und Schulen die Jugendlichen aus pädagogischen Gründen zu Klassenstufen übergreifenden Klassen zusammengefasst werden.

**Große Unterschiede zwischen den Nationalitäten**

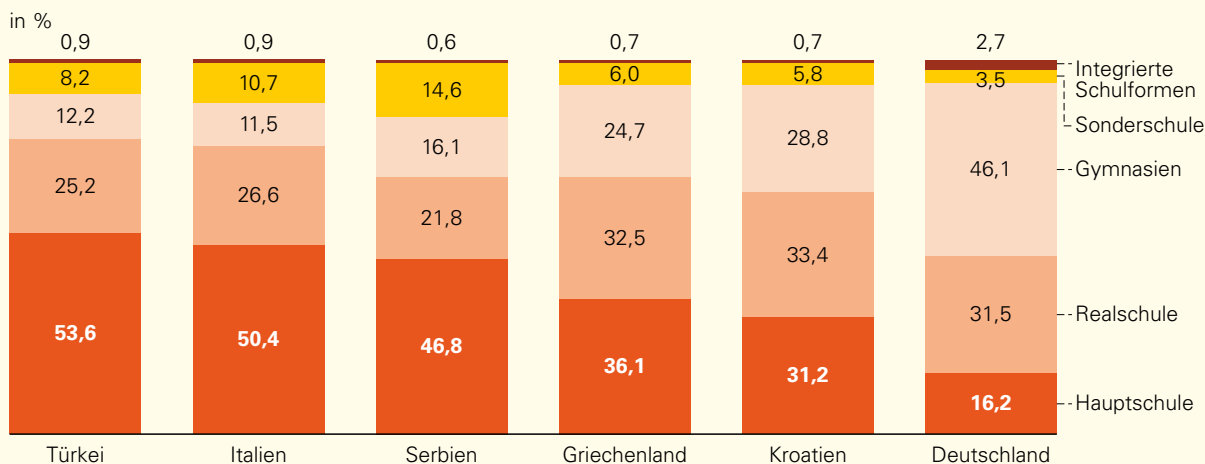
Die vorgefundenen Unterschiede in der Bildungsbeteiligung – Schüler deutscher Staatsangehörigkeit besuchen häufiger Realschule und Gymnasium, Aussiedler und Ausländer überproportional die Hauptschule – relativieren sich, wenn die Gruppe der ausländischen Schüler differenziert nach ihrer Staatsangehörigkeit betrachtet wird. Aus dieser Perspektive sind deutliche Unterschiede in der Wahl der Bildungsgänge zwischen den einzelnen Nationalitäten erkennbar (Web-Tabelle D 5 (T4)).

In Grafik D 5 (G4) wird die Verteilung der deutschen Schüler und der fünf größten Schülergruppen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf verschiedene weiterführende Schularten für das Schuljahr 2009/10 dargestellt. Jeweils über die Hälfte der türkischen und italienischen Schüler ab der 5. Jahrgangsstufe besuchte eine Hauptschule. Jeder vierte Schüler dieser Nationalität war an einer Realschule, jeweils rund 12 % an einem Gymnasium. Der Anteil dieser Schüler an Sonderschulen betrug zwischen 8 % und 11 %; er war damit doppelt bis dreifach so hoch wie der von deutschen Schülern.

Bei Schülern ab Klassenstufe 5 mit kroatischer oder griechischer Staatsangehörigkeit lagen die Hauptschulbesuchsquoten bei 31 % bzw. 36 %. Jeder dritte Schüler dieser beiden Nationalitäten besuchte eine Realschule, rund jeder vierte ein Gymnasium. Die Sonderschulbesuchsquoten waren mit 6 % um zwei

**D 5 (G4)**

**Verteilung der Schüler ab Klassenstufe 5 in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Schultart**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

353 11

Drittel höher als die der Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Gegenüber den 2007 berichteten Quoten ist bei jeder dieser Schülergruppen ein Trend zu formal höheren Bildungsgängen auszumachen. Die Hauptschulbesuchsquoten sind um rund 5 Prozentpunkte zurückgegangen, die Besuche der Realschulen haben zugenommen – am deutlichsten bei den serbischen und italienischen Schülern um je 4 Prozentpunkte. Auch an Gymnasien sind mit Zuwächsen zwischen 2 und 6 Prozentpunkten deutlich mehr ausländische Schüler vertreten.

Dass Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit keine homogene Gruppe sind, sondern die verschiedenen Nationalitäten sehr unterschiedlich an den angebotenen Bildungsgängen partizipieren, verdeutlicht die Berechnung von schulartspezifischen Repräsentanzwerten. Die in der Grundschule angetroffenen Anteile der einzelnen Nationalitäten an der Gesamtheit der ausländischen Schüler müssten – sofern keine nationalen Disparitäten vorliegen – in gleichen Verhältnissen an den weiterführenden Schularten anzutreffen sein. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Folgenden werden Unterschiede bei den Beteiligungsquoten der 16 größten ausländischen Bevölkerungsgruppen unter den über 100 verschiedenen in Baden-Württemberg vertretenen Nationen dargestellt. Diese Gruppe umfasst rund 107 500 Schüler an den allgemein bildenden Schulen, weitere rund 25 500 haben eine andere Staatsangehörigkeit.

In einer ersten Modellrechnung wird der Anteil einer Nationalität an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler an weiterführenden Schulen in Bezug zu dem tatsächlich an den einzelnen Schularten angetroffenen Ausländeranteil gesetzt (Grafiken D 5 (G5)).

Da 38 % der ausländischen Schüler die türkische Staatsangehörigkeit und weitere 12 % die italienische besitzen, müssten diese Nationen in ähnlich hohen Anteilen auch unter den 15 615 Ausländern an Gymnasien anzutreffen sein. Tatsächlich finden sich unter den Gymnasiasten lediglich 4 282 Schüler türkischer und 1 240 italienischer Staatsangehörigkeit; diese beiden Gruppen sind somit mit einem Faktor von 0,7 bzw. 0,6 an dieser Schulart unterrepräsentiert. Eine zum Teil noch deutlichere Unterrepräsentanz liegt bei den serbischen, kosovarischen, albanischen, mazedonischen und portugiesischen Schülern vor. Schüler griechischer, spanischer, bosnischer, kroatischer oder russischer Staatsangehörigkeit sind hingegen 1,4- bis 1,9-fach häufiger am Gymnasium anzutreffen, als es ihr Anteil an der Gesamtheit der ausländischen Schüler erwarten ließe. Die Beteiligung der französischen und vietnamesischen Schüler liegt sogar um das 3,5-fache über dem Erwartungswert – die Teilnahmequo-

ten dieser beiden Schülergruppen am Bildungsgang Gymnasium betragen über 60 % und übertreffen damit deutlich die der deutschen Schüler.

Die nach Staatsangehörigkeit differenzierende Betrachtung der ausländischen Schülerschaft an Hauptschulen liefert konträre Ergebnisse. Am Gymnasium unterrepräsentierte nationale Gruppen sind an der Hauptschule mit Faktoren zwischen 1,1 und 1,3 stärker vertreten als zu erwarten. Die Staatsangehörigkeiten, die an Gymnasien häufiger anzutreffen sind, besuchen wiederum seltener eine Hauptschule. Eine ähnliche Verteilung findet sich, in geringerer Ausprägung, bei den Realschulbesuchsquoten.

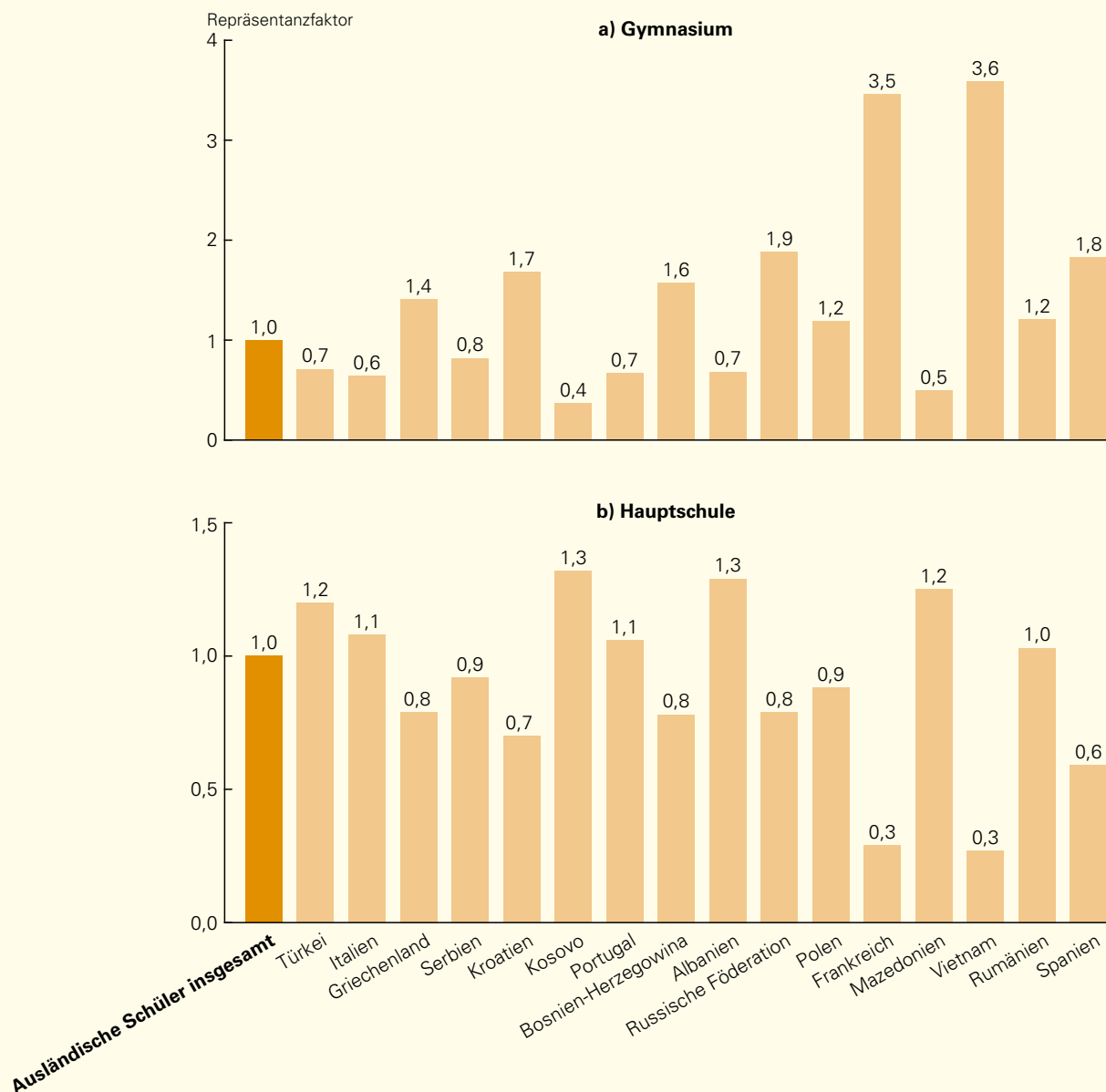
In einer zweiten, weitergehenden Modellrechnung wird unterstellt, dass der an Grundschulen errechnete Anteil an Ausländern und Aussiedlern auch an den weiterführenden Schulen anzutreffen sein müsste und sich diese Schülergruppe in gleichen nationalen Anteilen auf Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen verteilt. Angenommen wird somit, dass an jeder Schulart – wie an den weiterführenden Schulen insgesamt – knapp 11 % Ausländer vertreten sein müssten. Entsprechende anteilige Erwartungswerte gelten für die einzelnen Nationen. Auch bei dieser Betrachtungsweise fallen deutliche Diskrepanzen auf, wie am Beispiel der Realschulen ausgeführt wird (Grafik D 5 (G6)).

Schüler, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind an Realschulen mit dem Faktor 1 repräsentiert, also genau in der Anzahl vertreten, die ihrem Anteil an der Gesamtschülerschaft entspricht. Bei den ausländischen Schülern insgesamt beträgt der entsprechende Faktor lediglich 0,8. Eine nach Nationalität differenzierte Betrachtung lässt wiederum deutliche Unterschiede erkennen. Während die Repräsentanzwerte der meisten Schülergruppen nur geringfügig um den Wert 0,8 schwanken, sind insbesondere griechische, kroatische, bosnische und spanische Schüler an Realschulen leicht überrepräsentiert. Andere Schülergruppen sind dagegen unterrepräsentiert – allerdings aus verschiedenen Gründen. Bei Schülern mit französischer und russischer Staatsangehörigkeit ist dies durch ihre höhere Beteiligungsquote am Bildungsgang Gymnasium erklärbar, bei Schülern aus dem Kosovo und aus Serbien durch die höhere Partizipationsquote an den Hauptschulen.

An den Gymnasien sind ausländische Schüler insgesamt um den Faktor 0,4 unter-, Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit knapp 1,1-fach überrepräsentiert. An den Hauptschulen sind ausländische Schüler um das 2,4-fache häufiger vertreten, als es ihrem Anteil an der Gesamtschülerzahl an weiterführenden allgemein bildenden Schulen entspricht, deutsche Schüler um den Faktor 0,8 unterrepräsentiert.

D 5 (G5)

**Repräsentanz\*) von Schülergruppen an Gymnasien und Hauptschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit**



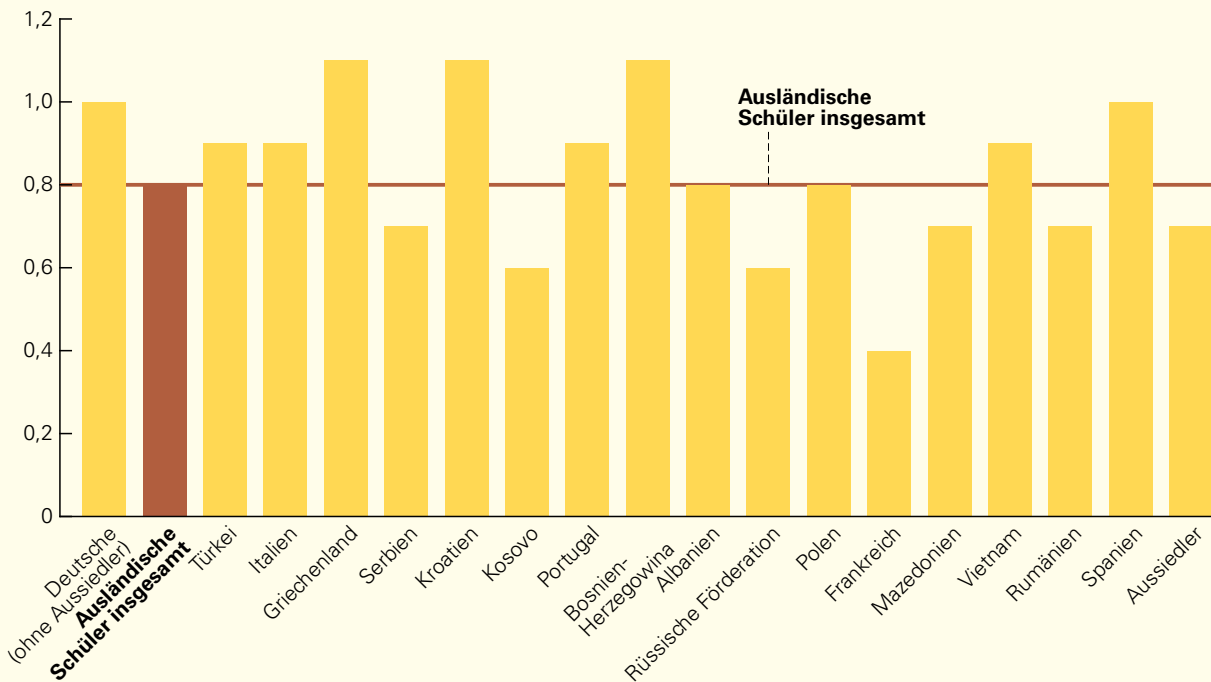
\*) Auf Basis der an diesen Schularten gezählten ausländischen Schüler.  
Datenquelle: Schulstatistik

Lesebeispiel: Die Anzahl der Schüler mit serbischer Staatsangehörigkeit an Gymnasien beträgt nur das 0,8-fache bzw. 80 % der Zahl, die vorliegen müsste, würden serbische Schüler gemäß ihrem Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler an dieser Schulart vertreten sein. Hingegen übersteigt die Anzahl der russischen Schüler den Erwartungswert für diese Schülergruppe um das 1,9-fache.



**D 5 (G6)**

**Repräsentanz\*) von Schülergruppen an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Staatsangehörigkeit**



\*) Auf Basis ihres Anteils an weiterführenden Schulen insgesamt.

Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

349 11

**i**

**Migrationshintergrund**

In der Schulstatistik kann bislang nicht auf das umfassende Konzept der Bestimmung des Migrationshintergrunds zurückgegriffen werden, das im Mikrozensus verwendet wird. Erst der Übergang von der Erfassung summarischer Angaben zur Erhebung von Schülerindividualdaten in der Schulstatistik kann hier einen Fortschritt bringen. Daher beziehen sich die Ausführungen in diesem Kapitel lediglich auf Kinder und Jugendliche, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder aus Aussiedlerfamilien stammen.



## D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen bis 2030

Im Schuljahr 2008/09 – dem Basisjahr der Vorausschätzung – wurden an den allgemein bildenden Schulen im Land insgesamt 1,25 Mill. Schüler unterrichtet. Gegenüber dem Schuljahr 2003/04, in dem der höchste Stand in den letzten 25 Jahren erreicht worden war, bedeutet dies einen Rückgang der Schülerzahl um gut 53 000. Zum Schuljahr 2009/10 hatte sich die Schülerzahl um weitere 20 000 verringert. Die demografische Entwicklung (siehe **Kapitel B 1.1**) wird zur Folge haben, dass voraussichtlich ab 2020 weniger als 1 Mill. Schüler die allgemein bildenden Schulen im Land besuchen werden (Tabelle **D 6 (T1)** im Anhang und Web-Tabelle **D 6 (T2)**). Nach 2020 dürfte sich der Rückgang deutlich verlangsamen. Im Jahr 2030 dürfte die Schülerzahl entsprechend den hier gewählten Annahmen bei gut 954 000 und damit um 24 % unter dem Niveau des Schuljahres 2008/09 liegen.<sup>29</sup>

<sup>29</sup> Die Vorausschätzung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Insbesondere die sich auf einzelne weiterführende Schularten beziehenden Ergebnisse der Vorausschätzung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen. Vgl. die methodischen Anmerkungen am Ende des Kapitels.

### Grundschulen mit geringerem Rückgang

Die Grundschulen verzeichnen bereits seit zehn Jahren rückläufige Schülerzahlen. Im Schuljahr 1998/99 wurden 486 737 Grundschüler unterrichtet. Bis zum Schuljahr 2008/09 war ihre Zahl auf 419 964 und bis 2009/10 auf 404 540 gesunken. Damit haben die Grundschulen bereits einen Teil der Entwicklung hinter sich, der den weiterführenden Schulen noch bevorsteht.

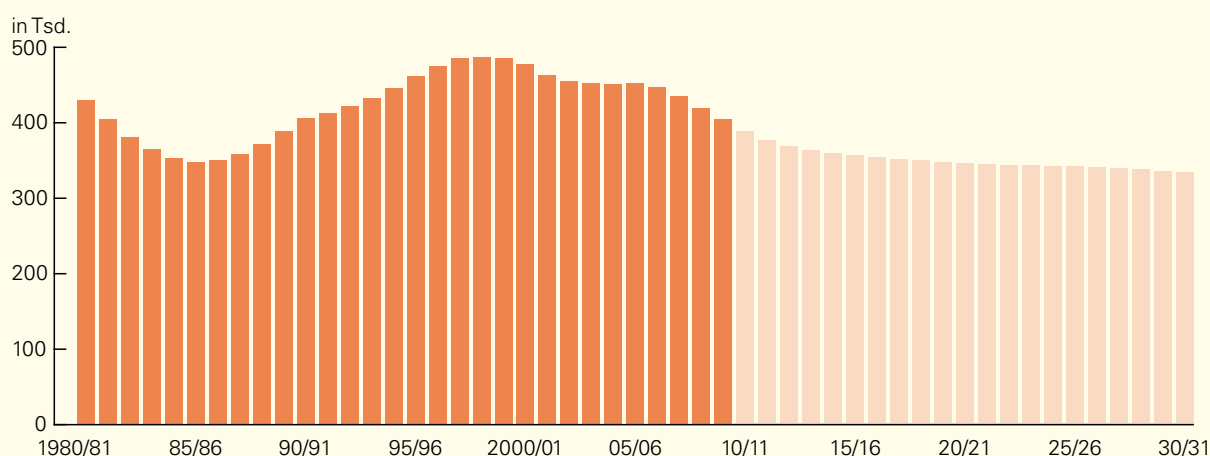
Der weitere Rückgang dürfte auf Basis der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung etwas moderater ausfallen als bei den weiterführenden Schularten. Bis 2020 würde demnach die Schülerzahl um knapp 74 000 auf gut 346 000 absinken. Im Verlauf bis 2030 ergibt sich dann nur noch ein leichtes Absinken auf knapp 335 000 Schülerinnen und Schüler (Grafik **D 6 (G1)**). Im Vergleich mit dem Schuljahr 2008/09 wäre die Schülerzahl somit um 20 % niedriger.

### Schülerzahl der Werkrealschulen und Hauptschulen sinkt deutlich

Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wurde in Baden-Württemberg die Werkrealschule in neuer Form eingeführt. Dieser neue Bildungsgang stellt die Voraus-

**D 6 (G1)**

#### Schüler an Grundschulen in Baden-Württemberg seit 1980/81 und Vorausschätzung bis 2030/31



Datenquelle: Vorausschätzung der Schülerzahlen.

rechnung der Schülerzahlen vor besondere Probleme, da der Zulauf zu diesem Bildungsgang im Voraus nur schwer abschätzbar ist. So wird für die Jahre ab dem Schuljahr 2012/13 – in dem erstmals Schülerinnen und Schüler in die 10. Klassenstufe der »neuen« Werkrealschulen wechseln werden – angenommen, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler von der 9. in die 10. Klassenstufe wechselt.

Die Schülerzahl der Hauptschulen hatte mit 215 532 im Schuljahr 2002/03 einen relativen Höhepunkt erreicht. Bis 2008/09 war diese Zahl um fast ein Viertel auf 162 631 und bis 2009/10 weiter auf 156 171 gesunken. Die Vorausschätzung bis 2030 umfasst die Bildungsgänge Werkrealschule und Hauptschule. Unter der Annahme einer konstanten Übergangquote auf Werkrealschulen und Hauptschulen, die dem Übergang auf die Hauptschule zum Schuljahr 2008/09 entspricht, wird deren Schülerzahl auch künftig weiter zurückgehen. Eine Ausnahme bildet hier nur das Schuljahr 2012/13, in dem erstmals eine größere Zahl von Zehntklässlern erwartet wird (Grafik D 6 (G2)). Dieser Effekt wird zwar den Rückgang der Schülerzahl leicht bremsen, aber den Trend nicht nachhaltig beeinflussen. Im Jahr 2020 wäre demnach eine Schülerzahl von 123 000 erreicht. Bis 2030 dürfte die Schülerzahl mit annähernd 118 000 um rund 45 000 unter dem Wert des Schuljahres 2008/09 liegen, was einem Minus von knapp 28 % entspräche.

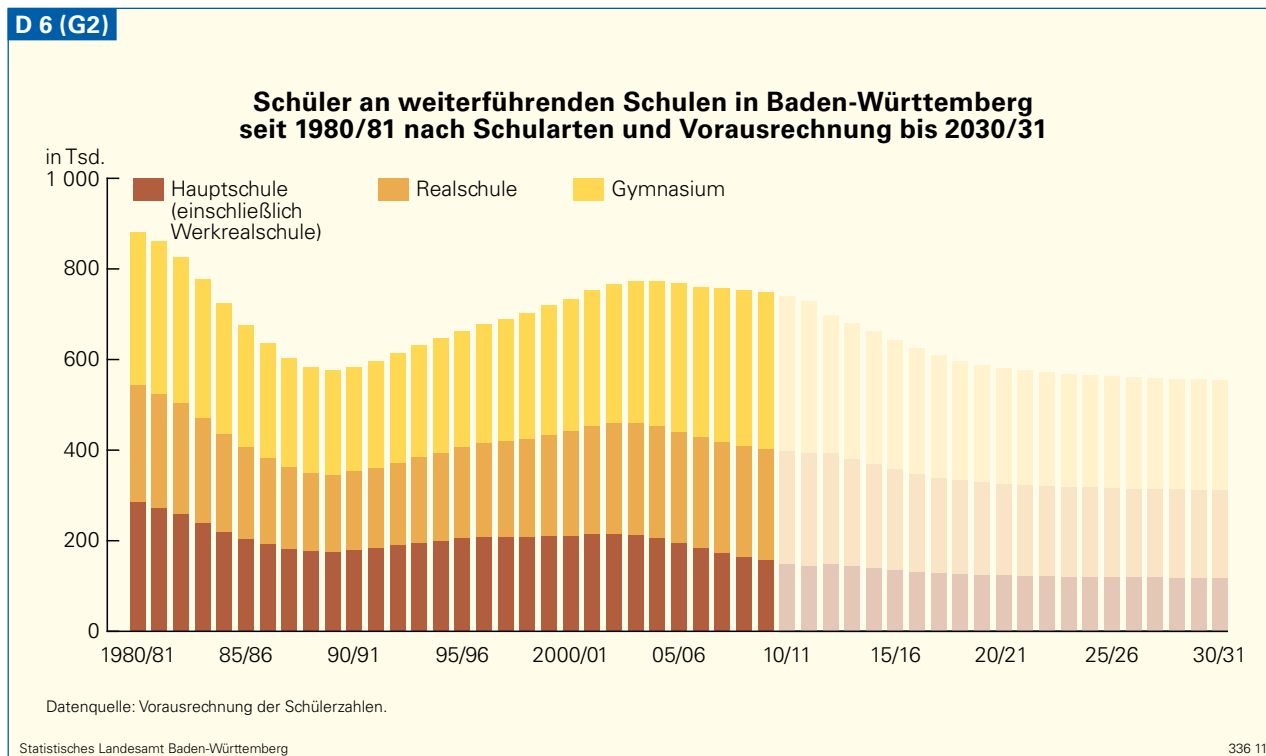
### Realschulen vorübergehend noch mit konstanten Schülerzahlen

An den Realschulen ist im Schuljahr 2009/10 die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr noch leicht um rund 100 Schüler auf annähernd 246 779 angestiegen. Seit 2002/03 lag die Schülerzahl damit relativ konstant über 240 000.

Dieses Niveau könnte noch bis 2012/13 gehalten werden, bevor dann auch die Schülerzahl der Realschulen demografisch bedingt stärker zurückgeht (Grafik D 6 (G2)). Demnach läge die Schülerzahl im Jahr 2020 bei annähernd 203 000 und würde ab 2022 unter die Marke von 200 000 fallen. Für 2030 kommt die Vorausschätzung zu einem Ergebnis von knapp 194 000 Schülern an den Realschulen in Baden-Württemberg – annähernd 22 % unter dem im Schuljahr 2008/09 verzeichneten Wert. Dies wäre der geringste Rückgang unter den weiterführenden Schularten.

### Verkürzung der Schulzeit verringert Schülerzahl der Gymnasien zusätzlich

An den Gymnasien lag die Schülerzahl im Schuljahr 2009/10 mit 344 932 um rund 1 500 über dem Vorjahreswert. Damit wurde erneut ein neuer absoluter Höchststand erreicht. Allerdings wird dieser in der Zukunft wohl nicht mehr übertroffen werden können.



Bis zum Schuljahr 2011/12 dürfte die Zahl der Gymnasialisten zunächst geringfügig auf 337 000 absinken. Mit dem Ausscheiden des »doppelten« Abiturjahrgangs des letzten neunjährigen und des ersten flächendeckenden achtjährigen Gymnasialzugs im Sommer 2012 wird sich die Schülerzahl um einen kompletten Jahrgang auf etwas weniger als 306 000 verringern. Im Anschluss daran machen sich auch an den Gymnasien des Landes die geburtenschwachen Jahrgänge bemerkbar (Grafik D 6 (G2)). Bis 2020 würde die Schülerzahl entsprechend der hier getroffenen Annahmen um weitere 50 000 auf rund 256 000 zurückgehen. Anschließend dürfte sie bis 2030 auf etwas mehr als 242 000 absinken. Das wären gut 29 % weniger Schüler als im Schuljahr 2008/09, aber noch mehr als im Schuljahr 1992/93. Die Möglichkeit künftig auch wieder G9-Züge anzubieten könnte diese Entwicklung ein wenig bremsen.

### 2030: Rund ein Fünftel weniger Schüler an Sonderschulen

Die Sonderschulen hatten im Schuljahr 2003/04 mit 55 199 Schülern ein relatives Maximum erreicht. Bis zum Schuljahr 2008/09 war ihre Schülerzahl leicht auf 53 927 und bis 2009/10 weiter auf 53 776 abgesunken. Dieser Rückgang wird jedoch allein durch die Entwicklung der Förderschule verursacht, die mit einem Schüleranteil von 40 % der Sonderschultyp mit der höchsten Schülerzahl ist (vgl. Kapitel D 3). Die anderen Sonderschultypen zusammen wiesen weiterhin noch leicht steigende Schülerzahlen auf. So erhöhten sich die

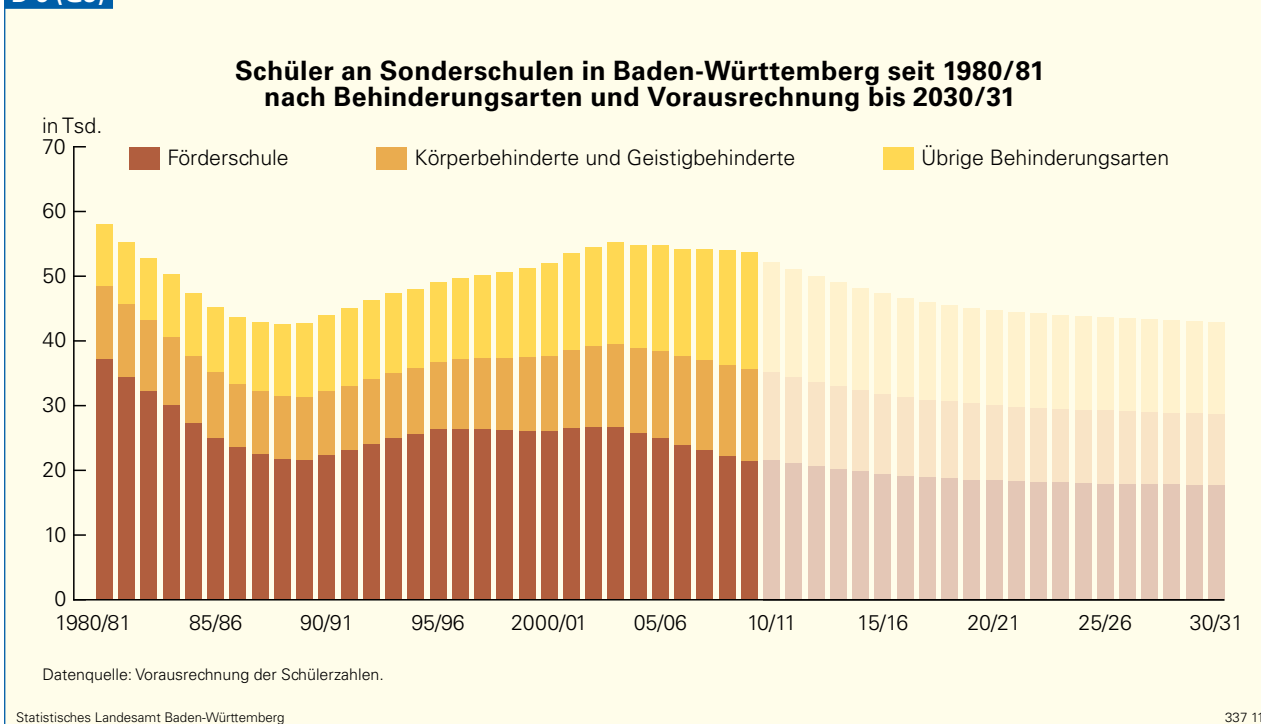
Schülerzahlen der Schulen für Körperbehinderte und für Geistigbehinderte zusammen genommen seit dem Schuljahr 2003/04 um beinahe 11 % und die der weiteren Sonderschultypen zusammen um knapp 16 %. Dagegen verringerte sich die Schülerzahl an Förderschulen in diesem Zeitraum um annähernd 20 %.

Bis 2020 wird sich der Rückgang der Gesamtschülerzahl voraussichtlich verstärken. Sie läge dann bei annähernd 45 000 und könnte bis 2030 noch auf knapp 43 000 fallen. Dies wäre ein Minus um knapp 21 % gegenüber 2008/09 (Grafik D 6 (G3)). Bis 2030 würde dementsprechend die Schülerzahl der Förderschulen von 21 444 im Schuljahr 2009/10 auf 17 700 absinken. Auch an den Schulen für Körper- und Geistigbehinderte würde die demografische Entwicklung bis 2030 die Schülerzahlen sinken lassen. Im Jahr 2030 läge deren Zahl noch bei 11 000 gegenüber 14 109 im Schuljahr 2009/10. An den anderen Sonderschulen erhielten 2009/10 zusammen 18 223 Schüler sonderpädagogische Förderung. Bis 2030 könnte ihre Zahl auf 14 100 zurückgehen.

### Stadtkreise weniger vom Rückgang betroffen als Kreise im ländlichen Raum

Aus heutiger Sicht werden die Schülerzahlen in den Stadtkreisen weniger stark zurückgehen als in den Landkreisen. Dies gilt für alle Schularten, für die eine Regionalisierung der Ergebnisse der Vorausrechnung bis zum Schuljahr 2020/21 durchgeführt wurde: Grundschule, Werkrealschule und Hauptschule, Real-

D 6 (G3)



schule und Gymnasium (Web-Tabelle D 6 (T3)). Es sind vor allem die Kreise mit heute noch relativ junger Bevölkerung, in denen künftig überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus dem Schulalter herauswachsen. Kreise mit derzeit relativ günstiger Altersstruktur und dünn besiedelte Kreise stehen damit vor besonders großen Herausforderungen hinsichtlich der Anpassung ihrer Infrastruktur.

Schwächer besetzte Geburtsjahrgänge führen zu einem stetigen Rückgang der Grundschülerzahl in fast allen Stadt- und Landkreisen (Grafik D 6 (G4)). Zwei Stadtkreise können allerdings im Schuljahr 2020/21 mit etwas mehr Grundschülern rechnen. Baden-Baden mit einem Plus von 4,3 % und Heidelberg mit plus 1,9 %. Alle anderen Stadt- und Landkreise werden voraussichtlich weniger Grundschüler zu versorgen haben. 13 Kreise müssen mit einem Rückgang der Grundschüler um 20 % und mehr rechnen. Am stärksten betroffen sind die Landkreise Sigmaringen und Enzkreis mit etwa 25 %.

Die regionalen Unterschiede in der Altersstruktur wirken sich auch auf die Entwicklung der Schülerzahlen der weiterführenden Schulen aus (Grafik D 6 (G5)). 27 der 35 Landkreise müssen im Schuljahr 2020/21 mit mindestens 25 % weniger Schülern an den Werkreal-

schulen und Hauptschulen rechnen. In den Landkreisen Sigmaringen und Enzkreis ist sogar mit einem Rückgang der Schülerzahlen um etwa ein Drittel zu rechnen. Dagegen werden die Stadtkreise Baden-Baden und Heidelberg mit »nur« rund 6 bzw. 7 % Rückgang betroffen sein. In diesen beiden Stadtkreisen besucht übrigens aktuell schon ein besonders niedriger Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen die Hauptschulen.

Einzig die Stadtkreise Baden-Baden und Heidelberg können aus heutiger Sicht damit rechnen, dass die Schülerzahlen an Realschulen entgegen dem Landestrend in etwa stabil bleiben. Dagegen muss in den Landkreisen Sigmaringen und Enzkreis mit bis zu 28 % weniger Realschülern gerechnet werden.

Bis 2020/21 werden zwischen 11 und 35 % weniger Gymnasiasten in den Stadt- und Landkreisen die Schulen besuchen als noch im Ausgangsjahr 2008/09. Voraussichtlich wird in 31 der 35 Landkreise im Land der Rückgang bei mehr als 25 % liegen. Und in elf Landkreisen werden sogar über 30 % weniger Plätze in Gymnasien gebraucht werden. Wiederum sind die Stadtkreise und einige dichter besiedelte Kreise, zum Beispiel die Landkreise Esslingen und Ludwigsburg, weniger stark betroffen (Web-Tabelle D 6 (T3)).

## i

## Vorausrechnung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen

Die Vorausrechnung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen beruht zum einen auf der aktuellen Vorausrechnung der Bevölkerungszahl auf Basis vom 31.12.2008 und zum anderen auf Annahmen zum Verhalten der Akteure innerhalb des Bildungswesens. Letztere betreffen die Einschulung, die Versetzung in die nächst höhere Klassenstufe, das Wiederholen einer Klassenstufe, schulartexterne Zugänge, den Übergang auf weiterführende Schularten sowie den Erwerb von Schulabschlüssen. Damit ist das Modell im Wesentlichen ein Komponentenverfahren, das den Durchlauf durch das Bildungssystem simuliert (*Simulationsansatz*).

Für die Sonderschulen, bei denen aus pädagogischen Gründen der Durchlauf durch die Bildungsgänge anders gestaltet ist als an den allgemeinen Schulen, kommt dagegen ein Altersquotientenverfahren zum Einsatz. Diese Quotienten beziehen die Schülerzahl einer Stufe auf die Gesamtbevölkerung in für den Besuch dieser Stufe typischen Altersjahrgängen.

Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art und die integrierte Orientierungsstufe haben einen relativ geringen Anteil an der Gesamtschülerzahl. Für sie kommen daher vereinfachte Verfahren zur Anwendung.

Alle Einflussgrößen sind im Zeitablauf Veränderungen unterworfen und können nur sehr begrenzt über längere Zeiträume hinweg vorausgesehen werden. Daher beschränkt sich die Vorausrechnung der Schülerzahlen auf den Ansatz einer Modellrechnung unter Annahme des jeweils aktuellen *Status quo*, wobei sich dieser allein auf das aktuelle Schuljahr oder auf einen mehrjährigen Durchschnitt beziehen kann. Eine Fortschreibung von Trends wird nicht vorgenommen.

Vor allem die längerfristigen Ergebnisse sind nicht als Vorhersagen zu verstehen, sondern sollen grundlegende Tendenzen aufzeigen.

Die Voraussrechnung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Die von der neugewählten Landesregierung angekündigten strukturellen Veränderungen des Bildungswesens konnten zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses keinen Eingang mehr in die Annahmen der Voraussrechnung finden. Insbesondere die sich auf einzelne Schularten beziehenden Ergebnisse der Voraussrechnung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen.

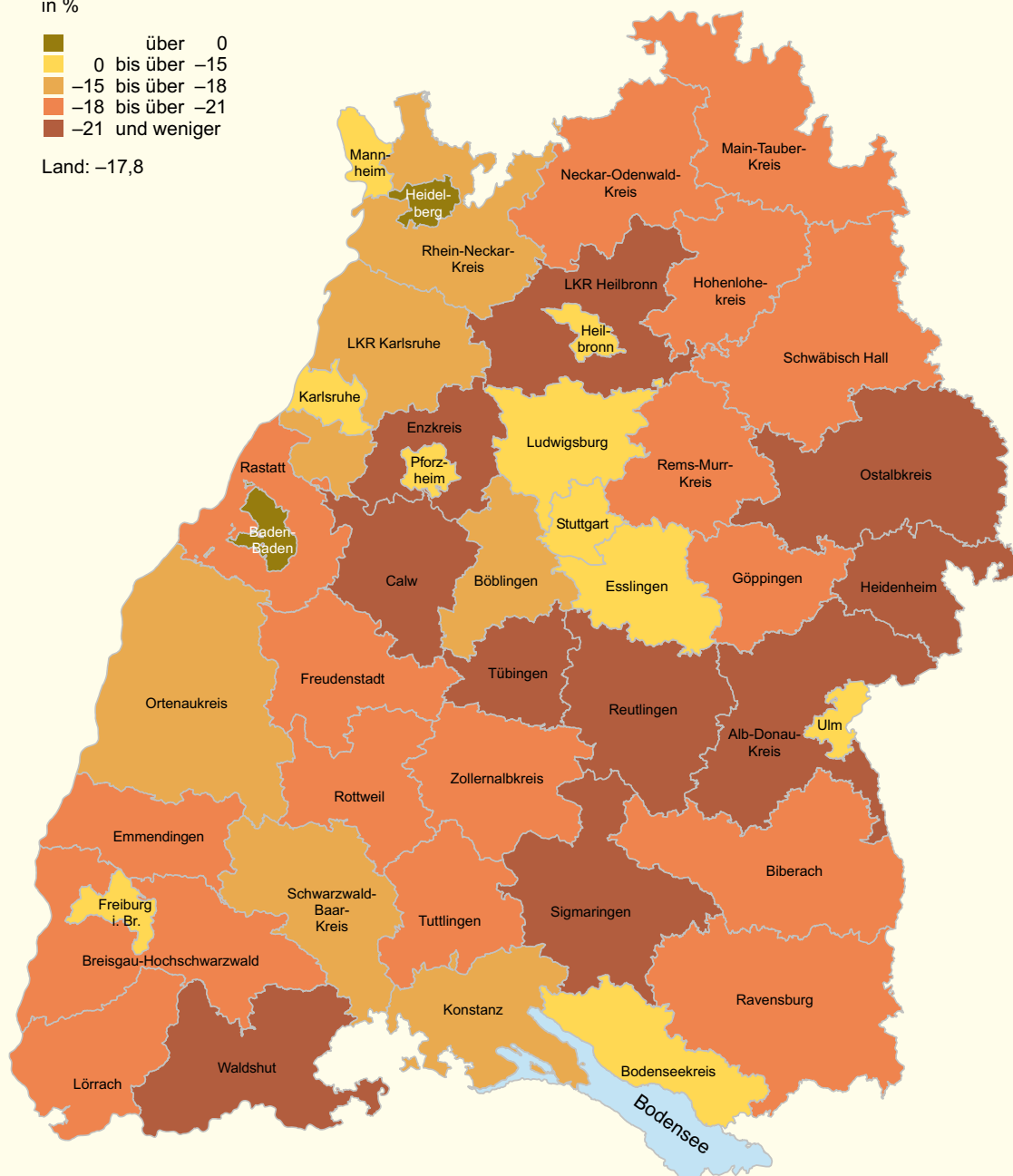
D 6 (G4)

### Voraussichtliche Veränderung der Schülerzahlen an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21

in %

- über 0
- 0 bis über -15
- 15 bis über -18
- 18 bis über -21
- 21 und weniger

Land: -17,8



Datenquelle: Vorausrechnung der Schülerzahlen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-021  
© Kartgrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

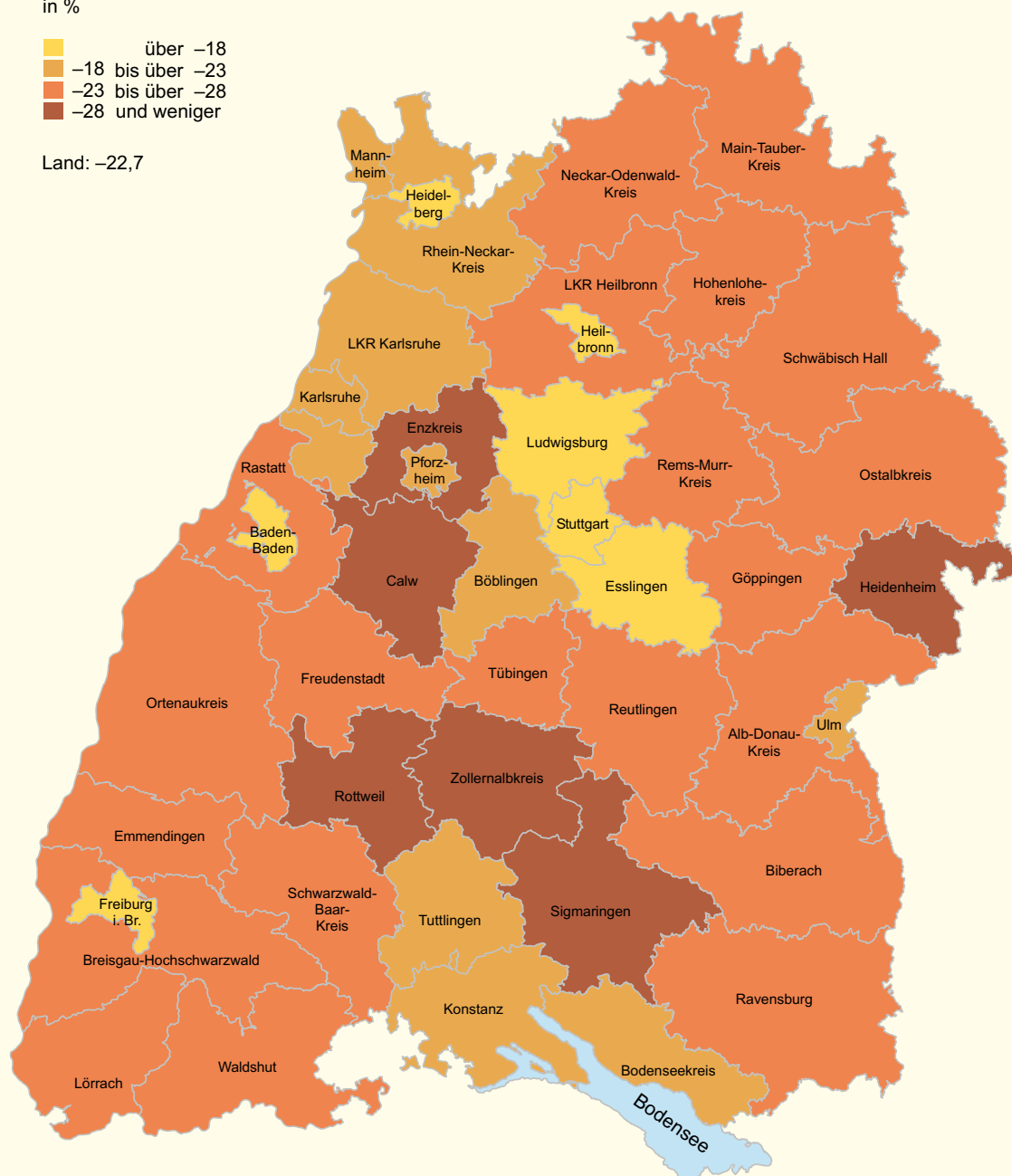
D 6 (G5)

Voraussichtliche Veränderung der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21

in %

- über -18
- 18 bis über -23
- 23 bis über -28
- 28 und weniger

Land: -22,7



Datenquelle: Vorausschätzung der Schülerzahlen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-022  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph









## Berufliche Schulen

# E

- E 1 Berufliche Schulen im Überblick
- E 2 Duales Ausbildungssystem
  - E 2.1 Duales Ausbildungssystem – Schulische Ausbildung
    - E 2.1.1 Schulische Ausbildung an Berufsschulen (ohne Sonderberufsschulen)
    - E 2.1.2 Duale Ausbildung an Berufskollegs
    - E 2.1.3 Die duale Ausbildung ergänzende Vollzeitschulen
  - E 2.2 Ausbildung in Betrieben
    - E 2.2.1 Ausbildungsberufe
    - E 2.2.2 Auszubildende
    - E 2.2.3 Neu abgeschlossene Verträge
    - E 2.2.4 Schulische Vorbildung der Auszubildenden
    - E 2.2.5 Ausbildungsvertragslösungen und Ausbildungserfolg
    - E 2.2.6 Entwicklung von Ausbildungsangebot und -nachfrage
- E 3 Sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen
  - E 3.1 Sonderpädagogische Förderung in der Berufsvorbereitung
  - E 3.2 Berufliche Grund- und Ausbildung
  - E 3.3 Allgemein bildende Abschlüsse an beruflichen Sonderschulen
- E 4 Bildungsbeteiligung von Ausländern an beruflichen Schulen
- E 5 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bis 2030



# E Berufliche Schulen

## E 1 Berufliche Schulen im Überblick

Nach dem Verlassen einer allgemein bildenden Schule beginnt für die Jugendlichen die Phase der beruflichen Bildung. Je nach Abschluss führt diese zu einer Ausbildung im dualen System, zu einer Ausbildung an einer vollzeitschulischen Einrichtung oder zu einem Studium an einer Hochschule. Den jungen Menschen bietet das berufliche Schulwesen Baden-Württembergs ein umfangreiches Angebot an Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung, Berufsgrundbildung und Berufsausbildung sowie Fort- und Weiterbildung. Zusätzlich gibt es im differenzierten beruflichen Schulsystem des Landes eine Vielzahl von Möglichkeiten, nachträglich den Hauptschulabschluss, den mittleren Abschluss oder eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen.

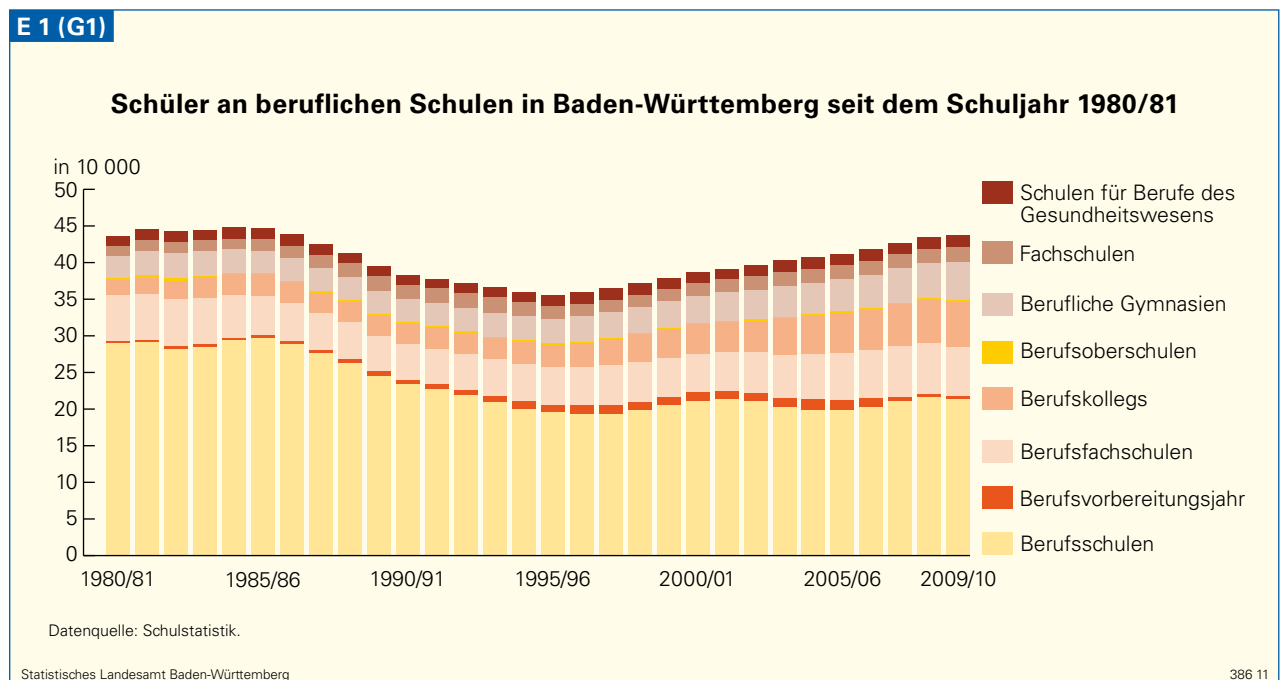
Im Rahmen dieser Bildungsberichterstattung ist es nicht möglich, alle Aspekte des beruflichen Schulwesens des Landes mit allen Einzelheiten, Neuerungen und Änderungen aufzuführen. Nach einem kurzen Überblick über die Schularten und ihren Entwicklungen wird das duale Ausbildungssystem an Berufsschulen und in Betrieben vertiefend dargestellt. Dabei werden nicht nur die Berufsschulen, sondern auch Bildungsgänge betrachtet, die das duale Ausbildungssystem an beruflichen Schulen ergänzen.

### Höchste Schülerzahl seit 25 Jahren

Im Schuljahr 2009/10 wurden an den 770 beruflichen Schulen in den Geschäftsbereichen des Kultusministeriums, des Sozialministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum insgesamt 436 956 Schüler unterrichtet. Das sind 2 361 mehr als im Jahr zuvor und ist damit die höchste Schülerzahl seit fast 25 Jahren (Grafik E 1 (G1)). Im Schuljahr 1984/85 lag die Schülerzahl bei 447 838, dem höchsten vorher erreichten Stand. Seit Mitte der 80er-Jahre ging die Schülerzahl kontinuierlich zurück. Im Schuljahr 1995/96 erlangte sie mit rund 354 902 einen Tiefpunkt, um dann wieder stetig auf den heutigen Wert anzusteigen. Diese Entwicklung dürfte vor allem demografisch bedingt sein (siehe Kapitel B 1.1).

### Jeder zehnte Schüler besucht eine private Einrichtung

Der größte Teil der Schüler erhält seine Ausbildung an öffentlichen Einrichtungen, immerhin 42 654 besuchten eine der 297 privaten beruflichen Schulen des Landes, (Tabelle E 1 (T1) im Anhang). Während die



Schülerzahl an den öffentlichen beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/10 erstmals geringfügig abgenommen hatte, meldeten die privaten beruflichen Schulen weiterhin steigende Schülerzahlen, gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr um 2 388 Jugendliche. Seit dem Schuljahr 1995/96 hat sich die Zahl der Teilnehmer hier nahezu verdoppelt. Da die Schülerzahl an den öffentlichen beruflichen Schulen in diesem Zeitraum in deutlich geringerem Maße zunahm, stieg der Anteil der Privatschüler nunmehr auf knapp 10 % an. Damit wurde jeder zehnte Schüler an einer Einrichtung in privater Trägerschaft unterrichtet. Vor 20 Jahren waren es noch rund 5 % (Tabelle E 1 (T2) im Anhang).

Zwischen den einzelnen Schularten variieren die Schüleranteile an Schulen in privater Trägerschaft. Die Fachschulen können den höchsten Anteil an Privatschülern vorweisen (Grafik E 1 (G2)). Gut 30 % der Fachschüler besuchte im Schuljahr 2009/10 eine der privaten Einrichtungen, die zum einen der Schulaufsicht des Kultusministeriums aber auch der des Sozialministeriums zugeordnet sein können.

### Frauenanteil leicht unterrepräsentiert

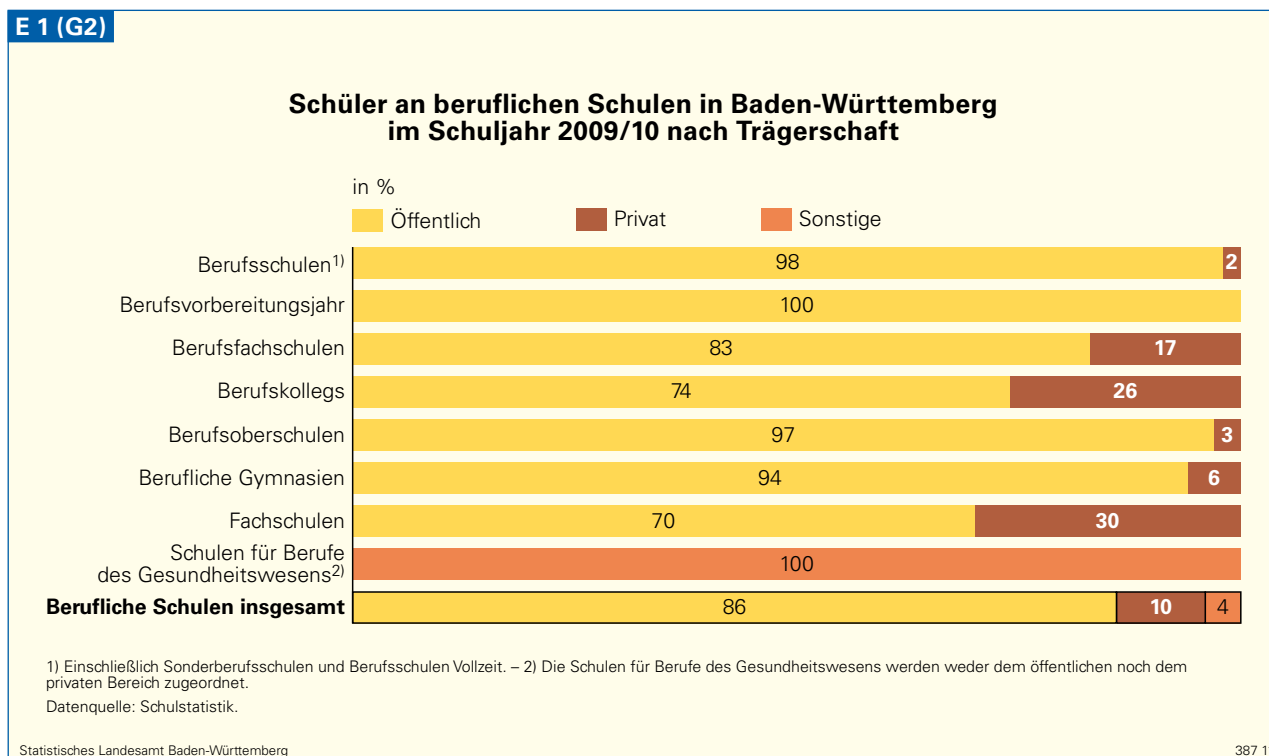
Mit knapp 47 % blieb der Frauenanteil an beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/10 in den letzten zehn Jahren nahezu unverändert. Er liegt damit leicht unter dem der Gesamtbevölkerung im entsprechenden Alter von

15 bis unter 25 Jahren (Ende 2009: 49 %). Zwischen den einzelnen Schularten unterscheiden sich die Frauenanteile deutlich (Grafik E 1 (G3)). So ist für die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens der hohe Frauenanteil (Schuljahr 2009/10: 82 %) geradezu charakteristisch.

Innerhalb der Schularten ist die Geschlechteraufteilung eher nach den verschiedenen Schultypen zu unterscheiden. An Schulgliederungen mit hauswirtschaftlicher Ausrichtung sind weit überwiegend Frauen zu finden, dagegen sind an denen mit gewerblicher oder technischer Ausrichtung Männer in der Überzahl. Die Schulgliederungen des kaufmännischen Typs weisen dagegen ein eher ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf.

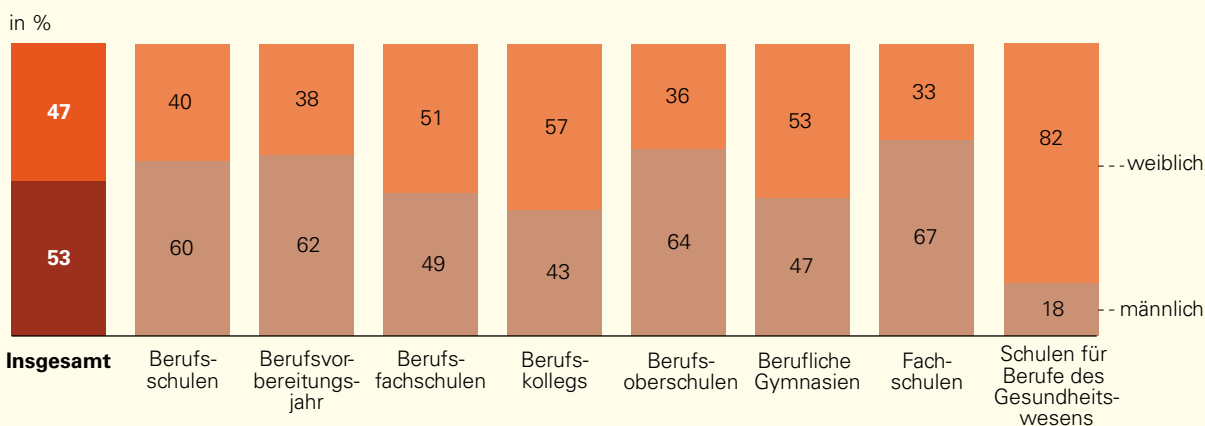
### Gut 84 % der Abgänger haben Bildungsgang erfolgreich abgeschlossen

Ende 2009 haben insgesamt 204 431 Abgänger die beruflichen Schulen des Landes verlassen. Gut 84 % von ihnen konnten einen Gesellenbrief ihr eigen nennen, haben ein Abschlusszeugnis für den gewählten Beruf erhalten oder konnten eine berufliche Grundbildung mit Erfolg abschließen. Weitere 32 289 Abgänger verließen die berufliche Schule ohne ein Abschlusszeugnis. Sie haben ihre Ausbildung abgebrochen oder wechselten den Bildungsgang bzw. die Schule. Entsprechend der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen nahmen auch die Abgängerzahlen in den



**E 1 (G3)**

**Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart und Geschlecht**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

388 11

letzten Jahren kontinuierlich zu. Im Abgangsjahr 2000 waren lediglich 172 090 Schüler von den beruflichen Schulen des Landes abgegangen. Die Anteile der Absolventen mit Abschlusszeugnis lagen in den Jahren 2000 bis 2009 zwischen knapp 80 und gut 84 %. Je nach Schulart und Bildungsziel sind die Erfolge der Abgänger jedoch recht unterschiedlich.

An den beruflichen Schulen können neben den beruflichen Abschlüssen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden (siehe **Kapitel F 1**). Von den erfolgreichen Absolventen im Abgangsjahr 2009 erreichten 51 254 zusätzlich zu ihrer Berufsausbildung oder in einem speziellen Bildungsgang einen allgemein bildenden Abschluss, das entspricht knapp 30 % der Abgänger mit Abschlusszeugnis. Zur Jahrtausendwende waren es gut ein Viertel der Absolventen, die die Gelegenheit nutzten und einen qualifizierenden Abschluss an einer beruflichen Schule erzielten.

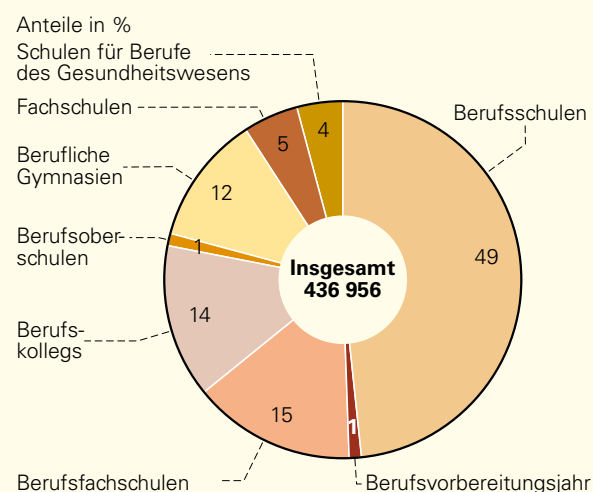
**Etwa die Hälfte der Schüler besucht eine Berufsschule**

Mit 213 508 Schülern wurde knapp die Hälfte von allen Schülern 2009/10 an einer »klassischen« Teilzeit-Berufsschule<sup>1</sup> unterrichtet, wo in Kooperation mit dem Ausbildungsbetrieb ein gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) anerkannter Berufsabschluss erworben wird (duales System) (Grafik **E 1 (G4)**). In den letzten zwei Jahrzehnten hat der

Anteil der Berufsschüler kontinuierlich abgenommen, im Schuljahr 1989/90 besuchten noch über 60 % der Schülerschaft beruflicher Schulen die Schulart Berufsschule. Die duale Ausbildung an einer Berufsschule beendeten im Abgangsjahr 2009 gut 83 % der 78 536 Abgänger mit einem Abschluss in einem Ausbildungsberuf. Davon erzielten gut 3 % zusätzlich einen allgemein bildenden Abschluss.

**E 1 (G4)**

**Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schulart**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

389 11

1 Einschließlich Sonderberufsschulen und landwirtschaftliche Vollzeitberufsschulen.

Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) vermittelt Jugendlichen, die kein Ausbildungsverhältnis nachweisen können, berufsvorbereitende Kenntnisse. Schüler ohne Hauptschulabschluss können diesen im BVJ nachholen. Im Schuljahr 2009/10 besuchten 3 796 Jugendliche das BVJ (einschließlich Schüler im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/ Beruf (VAB), ein Schulversuch innerhalb des BVJ). Dies sind deutlich weniger Schüler als noch fünf Jahre zuvor. Damals war mit 13 676 Jugendlichen die höchste Schülerzahl in diesem Bildungsgang erreicht worden. Ursache für den deutlichen Rückgang der Schülerzahl im BVJ ist vor allem das Berufseinstiegsjahr (BEJ), welches Jugendlichen mit Hauptschulabschluss zur Berufsvorbereitung dient und somit das BVJ ergänzt. Mit der flächendeckenden Einführung des BEJ im Schuljahr 2007/08 hatte sich die Schülerzahl im BVJ mit 6 797 Teilnehmern nahezu halbiert, da nun die Schüler mit Hauptschulabschluss anstelle des BVJ das BEJ besuchen. Im Abgangsjahr 2009 erhielten rund 69 % der 4 202 Abgänger des BVJ ein Abschlusszeugnis, davon erwarben knapp 79 % zusätzlich den Hauptschulabschluss.

### Berufsfachschulen bieten breites Qualifizierungsspektrum

Jeder sechste Schüler besuchte im Schuljahr 2009/10 eine Berufsfachschule<sup>2</sup>, die eine berufliche Vorbereitung, eine berufliche Grundbildung oder einen Berufsabschluss vermittelt und die allgemeine Bildung fördert. In einem speziellen Bildungsgang kann die Fachschulreife erworben werden. Das BEJ dient Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und ohne Ausbildungsplatz der beruflichen Vorbereitung. Mittlerweile besucht jeder achte Berufsfachschüler diesen berufsvorbereitenden Bildungsgang. Ein Sechstel der Teilnehmer wurde an den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen unterrichtet, die zu den Bildungsgängen der beruflichen Grundbildung gezählt werden. Da sie in einigen Ausbildungsberufen das erste Ausbildungsjahr ersetzen, sind sie als Ergänzung des dualen Systems zu betrachten (siehe **Kapitel E 2.1.2**). Eine Berufsausbildung wird vor allem an Berufsfachschulen in sozialen Berufen vermittelt. Im Schuljahr 2009/10 ließen sich mit 7 323 Teilnehmern knapp 11 % der Berufsfachschüler zur Altenpflegekraft an einer öffentlichen oder privaten Berufsfachschule ausbilden. Nahezu die Hälfte der Berufsfachschüler (45 %) besuchte im Schuljahr 2009/10 eine zweijährige Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife, um den mittleren Abschluss zu erwerben. Rund 81 % der 46 560 Abgänger der Berufsfachschulen im Land hat Ende 2009 den Bildungsgang erfolgreich abgeschlossen. Knapp 38 %

der Absolventen konnte die Berufsfachschule mit einem höherwertigen Bildungsabschluss verlassen.

### Schülerzahl an Berufskollegs so hoch wie nie zuvor

Das Berufskolleg wird in der Regel als Vollzeitschule geführt und baut auf einem mittleren Bildungsabschluss auf. Die Mehrzahl der Bildungsgänge an den Berufskollegs vermittelt eine Berufsausbildung in Berufen außerhalb des dualen Systems. In der Regel kann zusätzlich auch die Fachhochschulreife erworben werden. An den Berufskollegs ist die Schülerzahl innerhalb der letzten zehn Jahre von 39 000 (1999/2000) auf rund 61 160 im Schuljahr 2009/10 deutlich angestiegen. Damit lag ihr Anteil bei 14 %. Innerhalb der Berufskollegs nehmen die »Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife« (BKFH) eine Sonderstellung ein. Das Bildungsgangziel dieser Einrichtungen ist ausschließlich der Erwerb der Fachhochschulreife. Zulassungsvoraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine entsprechende Berufserfahrung. Damit ist das BKFH eine Einrichtung des Zweiten Bildungswegs (siehe **Kapitel G 2**). Über ein Achtel der Schüler an Berufskollegs wird an einem BKFH unterrichtet. Von den Berufskollegs wurden 43 585 Abgänger gemeldet. Nahezu 87 % von ihnen erhielt im Abgangsjahr 2009 ein Abschlusszeugnis, zwei Fünftel erlangten zudem noch die Fachhochschulreife.

### Berufsoberschulen und berufliche Gymnasien führen zur Hochschulreife

Die Berufsoberschule baut als Einrichtung des Zweiten Bildungswegs auf einer praktischen Berufserfahrung auf und vermittelt vor allem eine weitergehende allgemeine Bildung. Sie gliedert sich in Mittelstufe (Berufsaufbauschule) und Oberstufe (Technische Oberschule, Wirtschaftsoberschule, Oberschule für Sozialwesen). Die Berufsaufbauschule umfasst ein Jahr und führt zur Fachschulreife. Die Oberstufe führt in zwei Jahren zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2009/10 wurden an diesen Bildungsgängen zusammen rund 2 430 Schüler unterrichtet. Innerhalb der letzten zehn Jahre war die Schülerzahl deutlich angestiegen, zur Jahrtausendwende wurden lediglich 1 600 Teilnehmer gezählt. Der Anteil an der Gesamtschülerschaft beruflicher Schulen ist mit 0,6 % nach wie vor eher gering. Seit dem Schuljahr 2006/07 gibt es die Berufsoberschule auch unter privater Trägerschaft. Ab dem Schuljahr 2007/08 wurde das Angebot für Bewerber mit Sozialberufen erweitert. Mittlerweile gibt es die Oberschule für Sozialwesen landesweit an fünf Standorten. Im Abgangsjahr 2009 haben 1 287

2 Einschließlich Sonderberufsfachschulen und BEJ.

Abgänger diese Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs verlassen. Vier Fünftel waren erfolgreich und konnten die Fachschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife entgegennehmen.

Berufliche Gymnasien führen in der Regel in drei Jahren zur allgemeinen Hochschulreife. Mit sechs unterschiedlichen Fachrichtungen bereiten sie Schüler in besonderer Weise auf das Studium an einer Hochschule oder auf eine anspruchsvolle Berufsausbildung außerhalb der Hochschule vor. Mit 51 742 Schülern im Schuljahr 2009/10, das entspricht knapp 12 %, erfreuen sich die beruflichen Gymnasien weiterhin einer großen Beliebtheit. Im Schuljahr 2000/01 hatte diese Schulart mit rund 38 000 Schülern einen Anteil von 7 %. Wegen der hohen Nachfrage sind die beruflichen Gymnasien vor allem im letzten Jahrzehnt weiter ausgebaut worden. Seit dem Schuljahr 2007/08 wurden insgesamt 52 neue Bildungsgänge eingerichtet, davon 23 an öffentlichen beruflichen Schulen. Dieser Ausbau wird sukzessive fortgesetzt. So werden an zusätzlichen beruflichen Standorten sozialwissenschaftliche Gymnasien eingerichtet und Standorte mit bestehenden beruflichen Gymnasien werden ausgebaut. Dies wird auch einen Anstieg der Abiturientenzahl zur Folge haben. Ende 2009 wurden an den beruflichen Gymnasien 15 760 Abgänger gezählt. Fast 87 % der Abgänger erlangten ein Abschlusszeugnis und damit die allgemeine Hochschulreife oder in Ausnahmefällen die Fachhochschulreife.

### Berufliche Weiterbildung an Fachschulen auch von Wirtschaftsentwicklung abhängig

Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Sie bauen auf der beruflichen Erstausbildung und Berufserfahrungen auf. Voraussetzungen sind in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung und praktische Bewährung oder eine geeignete berufliche Tätigkeit von mehreren Jahren. Ein typisches Beispiel hierfür sind Meisterschulen, die auf die Meisterprüfung vor den zuständigen Kammern vorbereiten (siehe Kapitel **G 3.2.2**). Im Schuljahr 2009/10 wurden die Fachschulen von 20 367 Weiterbildungswilligen besucht. Das sind knapp 1 400 mehr als im vorangegangenen Schuljahr und so viele wie zuletzt vor 16 Jahren. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielschichtig: Neben der demografischen Entwicklung dürften auch wirtschaftliche Entwicklungen einen deutlichen Einfluss auf die Schülerzahlen an Fachschulen haben. Einige Betriebe dürften zum Beispiel die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter an Fachschulen während der letzten Wirtschaftskrise als Alternative zur Kurzarbeit gesehen haben. Im Schuljahr 2009/10 betrug der Anteil der Fachschüler an allen beruflichen Schülern nahezu 5 %. Wer sich für

eine Weiterbildung an einer Fachschule entschieden hatte, tat dies zumeist mit Erfolg. Knapp 96 % der 8 643 Abgänger im Jahr 2009 verließen diese mit einem Abschlusszeugnis in der Tasche. Fast ein Drittel konnte hier zudem noch ihren allgemein bildenden Abschluss verbessern.

### Ausbildung in nichtärztlichen Gesundheitsberufen ist Schwankungen unterworfen

An Schulen für Berufe des Gesundheitswesens werden nichtärztliche Gesundheitsberufe, wie zum Beispiel Krankenschwestern oder Physiotherapeuten, ausgebildet. Diese Schulart, die dem Geschäftsbereich des Sozialministeriums unterstellt ist, wird seit dem Schuljahr 1987/88 weder dem öffentlichen noch dem privaten Bereich zugeordnet. Ihre Ausbildungsgänge beruhen auf landes- oder bundesrechtlichen Regelungen und führen damit zu einem Abschluss in einem staatlich anerkannten Beruf. Mit 16 252 Teilnehmern betrug ihr Anteil an der Schülerschaft beruflicher Schulen im Schuljahr 2009/10 nahezu 4 %. Die schwankenden Schülerzahlen an diesen Einrichtungen können nur teilweise mit der demografischen Entwicklung erklärt werden. Offensichtlich sind diese auch von den Reformansätzen beeinflusst, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Gesundheitswesen unternommen wurden. Die 5 577 Abgänger der Schulen für Berufe des Gesundheitswesens waren recht erfolgreich. Hier erreichten gut 90 % ihr Ausbildungsziel. Die Möglichkeit, einen allgemein bildenden Schulabschluss nachzuholen, ist an dieser Schulart nicht gegeben.

### Schulische Berufsausbildung – eine Ergänzung des dualen Systems

Auch außerhalb des dualen Systems können Schulabgänger einen Beruf erlernen. Eine Alternative zur Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf ist die vollzeitschulische Ausbildung in Berufen, die nicht zu den vom BBiG oder von der HwO geregelten Berufsausbildungen gehören. In der Regel ist dies über eine vollqualifizierende schulische Berufsausbildung an einer Berufsfachschule, einem Berufskolleg oder einer Schule für Berufe des Gesundheitswesens möglich. An den Schulen in Baden-Württemberg können gegenwärtig rund 70 dieser Berufe erlernt werden. Dazu zählen unter anderem Berufe wie Erzieher, Krankenpflegekräfte, Wirtschaftsassistenten, Fremdsprachenkorrespondenten oder auch die technischen Assistenten-Berufe. Die Zahl der Schüler an beruflichen Schulen, die eine schulische Berufsausbildung in Berufen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes mit geregelten Ausbildungsgängen besuchten, stieg innerhalb der letzten fünf Jahre deutlich an. Im Schuljahr

2009/10 nutzten 58 269 Schüler diese Möglichkeit der Berufsausbildung, 2004/05 waren es lediglich gut 52 700 Teilnehmer (Tabelle E 1 (T3) im Anhang).

Die Schwerpunkte der vollzeitschulischen Berufsausbildung liegen bei Berufen im sozialen Bereich, im kaufmännischen Bereich und im Gesundheitswesen. Gemessen an den 32 836 Ausbildungsanfängern war im Schuljahr 2009/10 unter diesen Berufen der Wirt-

schaftsassistent das mit Abstand begehrteste Berufsziel (7 071 Ausbildungsanfänger). Auch die Ausbildung zum Erzieher ist relativ stark nachgefragt. Einschließlich der Praktikanten waren es 6 161 Schüler im ersten Ausbildungsjahr. Der Beruf des Altenpflegers mit 2 907 Schülern sowie der des Gesundheits- und Krankenpflegers mit 2 559 Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr scheinen ebenfalls durchaus attraktiv zu sein (Tabelle E 1 (T3) im Anhang).

## Aktuelle bildungspolitische Entwicklungen in der Berufsbildung auf europäischer Ebene

Innerhalb der Europäischen Union gibt es zahlreiche Aktivitäten, die vom Ziel geprägt sind, einen gemeinsamen europäischen Bildungsraum zu schaffen und die Europäische Union als wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaftsraum weiterzuentwickeln. Zentrale Instrumente sind das »Programm für Lebenslanges Lernen«, das gemeinsame »Arbeitsprogramm der EU-Bildungsminister 2010« sowie die »Strategie Europa 2020«. Die Konzeption des Europäischen Bildungsraums basiert auf vier Säulen: Dem *Europass* als Möglichkeit der einheitlichen Dokumentation von Qualifikationen und Kompetenzen, der Einführung des *Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR)*, dem *Europäischen Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET)* und dem *Europäischen Bezugsrahmen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung (EQARF)*. Diese Elemente sollen als Steuerungsinstrumente für die Erhöhung von Transparenz und Flexibilität in naher Zukunft zentrale Rollen in den Ausbildungs- und Beschäftigungssystemen einnehmen. Aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Nationalstaaten kann die Europäische Union allerdings nur Empfehlungen und keine Vorgaben für die nationale Bildungspolitik erlassen.

### Der Europass

Dieses freiwillige Instrument hat zum Ziel, dass jede Person europaweit in einheitlicher und verständlicher Form seine Qualifikationen und Kompetenzen nachweisen kann. Durch die Dokumentation von Qualifikationen und Kompetenzen in verständlicher Form ist beabsichtigt, Transparenz und grenzüberschreitende Mobilität zu fördern. Insbesondere für die europaweite Akzeptanz der im Wesentlichen auf den deutschsprachigen Raum begrenzten dualen Form der Berufsausbildung könnte sich dies vorteilhaft auswirken.



Der Europass besteht aus bis zu fünf Dokumenten:

- Der Europass-Lebenslauf listet Angaben zu Berufserfahrungen und zur Schul- und Berufsausbildung auf.
- Der Europass-Sprachenpass gibt auf Basis von Selbsteinschätzungen Auskünfte über Sprachkenntnisse.
- Der Europass-Mobilität dokumentiert die im Ausland absolvierten Berufsstationen und Lernaufenthalte.



- Die Europass-Zeugniserläuterung beschreibt die im erlernten Ausbildungsberuf erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen in verschiedenen Sprachen.
- Das Europass-Diploma-Supplement beschreibt Art, Inhalte und Status eines absolvierten Studiengangs.

## Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben 2008 den Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) verabschiedet. Mit der Einführung des EQR wird intendiert, Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung auf nationaler und europäischer Ebene weiterzuentwickeln. Das einheitliche System soll zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen in Europa beitragen und die Mobilität innerhalb Europas voranbringen. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, einen nationalen Qualifikationsrahmen zu entwickeln und diesen an den EQR zu koppeln.

Der Bund und die Länder haben sich 2006 darauf verständigt, gemeinsam einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zu entwickeln. Der DQR soll bildungsbereichübergreifend ausgerichtet sein, das heißt sowohl die Allgemeinbildung, die Berufsbildung als auch die Hochschulbildung einbeziehen.

Intention beider Instrumente ist es, eine bessere Durchlässigkeit und gerechtere Einordnungen von Qualifikationen zu erreichen. Alle Zeugnisse und Diplome sollen ab 2012 einen Hinweis auf die Verortung der erworbenen Qualifikation in der Systematik des EQR enthalten.

Der EQR definiert acht Referenzniveaus, die mit den verschiedenen nationalen Qualifikationssystemen verknüpft sein sollen. Anstelle von Inputfaktoren wie Ausbildungs- und Studiendauer werden konkrete Lernergebnisse in den Blick genommen. Der Referenzrahmen konkretisiert auf den verschiedenen Niveaustufen das, was ein Lernender nach Abschluss eines Lernprozesses weiß, versteht und in der Lage ist zu tun. Entsprechend werden erzielte Lernergebnisse innerhalb der drei Kategorien *Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen beschrieben*.

## Deskriptoren zur Beschreibung der Niveaus des EQR; beispielhaft Niveaustufen 1 und 8 (Quelle: Europäische Kommission)

	<b>Kenntnisse</b> (Theorie- und/ oder Faktenwissen)	<b>Fertigkeiten</b> (kognitive und praktische Fertigkeiten)	<b>Kompetenz</b> (Übernahme von Verantwortung und Selbstständigkeit)
Niveau 1	Grundlegendes Allgemeinwissen	Grundlegende Fertigkeiten, die zur Ausführung einfacher Aufgaben erforderlich sind	Arbeiten oder Lernen unter direkter Anleitung in einem vorstrukturierten Kontext
Niveau 8	Spitzenkenntnisse in einem Arbeits- oder Lernbereich und an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Bereichen	Weitest fortgeschrittene und spezialisierte Fertigkeiten und Methoden, einschließlich Synthese und Evaluierung, zur Lösung zentraler Fragestellungen in den Bereichen Forschung und/ oder Innovation und zur Erweiterung oder Neudefinition vorhandener Kenntnisse oder beruflicher Praxis	Fachliche Autorität, Innovationsfähigkeit, Selbstständigkeit, wissenschaftliche und berufliche Integrität und nachhaltiges Engagement bei der Entwicklung neuer Ideen oder Verfahren in führenden Arbeits- oder Lernkontexten, einschließlich der Forschung

Nach dem jetzigen Stand der Erarbeitung wird auch der DQR acht Niveaustufen haben. Er unterscheidet die beiden Kompetenzkategorien Fachkompetenz – unterteilt in Wissen und Fertigkeiten – und Persona-

le Kompetenz – untergliedert in die Teilbereiche Sozialkompetenz und Selbstständigkeit. Sämtliche Niveaustufen sollen über verschiedene Bildungswege zu erreichen sein. In einer zweiten Erarbeitungsphase wurde von Expertengruppen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Hochschulen, Kammern, beruflichen Schulen und Bund die Handhabbarkeit der DQR-Matrix überprüft und exemplarisch berufliche Qualifikationen und Hochschulabschlüsse den Niveaustufen zugeordnet. Die Empfehlungen der Expertengruppen sollen die Grundlage für politische Entscheidungen über die Zuordnung von Abschlüssen bilden. Das bestehende System der Zugangsvoraussetzungen wird durch den DQR allerdings nicht ersetzt.

### Europäisches Leistungspunktesystem (ECVET)

Als Voraussetzung für mehr Transparenz und Anerkennung von Qualifikationen verabschiedete das Europäische Parlament eine Empfehlung zum Aufbau eines Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET – European credit system for vocational education and training). Das System soll die Anrechnung, Anerkennung und Akkumulierung von Lernergebnissen erleichtern, die in unterschiedlichen Kontexten erworben wurden. Ähnlich wie in den Bachelor- und Masterstudiengängen bereits umgesetzt, sieht das System einzeln zertifizierte Module bzw. Lerneinheiten vor und versieht sie mit einer Leistungspunktezahl. Dies soll den für die Ausstellung von Qualifikationen zuständigen nationalen Einrichtungen erlauben, die erworbenen Lernergebnisse und Teilqualifikationen in ihr Qualifikationssystem für berufliche Bildung zu übertragen. An welchem Lernort die Ergebnisse erzielt wurden ist dabei nicht von Belang.

Die Europäische Union empfiehlt den Mitgliedstaaten die schrittweise Einführung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung ab 2012. Im Jahr 2014 soll die Empfehlung evaluiert werden, um ggf. technische Details des Leistungspunktesystems zu ändern. Ziel ist es, die transnationale Mobilität zu fördern und die Anrechnung und Anerkennung von Lernergebnissen auch auf nationaler Ebene zu fördern.

Da das ECVET-Konzept sich von dem in Deutschland etablierten System der dualen Berufsausbildung mit seiner Unterscheidung von Lernorten und der am Berufsprinzip ausgerichteten Ausbildung mit einer am Ende stehenden Abschlussprüfung unterscheidet, wird seine Einführung auch kritisch gesehen.

Zur Entwicklung und Erprobung eines nationalen Leistungspunktesystems hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007 die Pilotinitiative DECVET ausgeschrieben. Im Mittelpunkt der Initiative steht die Erfassung, Übertragung und Anrechnung von Lernergebnissen, um die Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Bildungssystemen zu verbessern. Ziel ist es, Anrechnungspotenziale an Schnittstellen rund um das duale System zu identifizieren, um doppelte Qualifizierungen zu vermeiden und Übergänge beruflicher Bildungswege zu optimieren.

Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat sich 2007 zusammen mit dem Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg und dem Handwerkskammertag Baden-Württemberg erfolgreich um eines der Projekte der Pilotinitiative DEVCET beworben (»Eurolevel«). »Eurolevel« soll unter anderem ein Leistungspunktesystem unter Wahrung der nationalen Besonderheiten der dualen Berufsausbildung zur Übertragung vollschulisch erworbener Qualifikationen am Beispiel des Berufskollegs auf eine duale Berufsausbildung in zwei Ausbildungsberufen entwickeln und erproben.

### Der Europäische Bezugsrahmen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF)

Eine breite Akzeptanz und ein künftiger Erfolg des EQR und des ECVET-Systems setzen Vertrauen in eine einheitliche Qualität der erworbenen Zertifikate voraus. Vor diesem Hintergrund wurde der Europäische Bezugsrahmen zur Qualitätssicherung EQARF als Rahmenkonzept zur Bewertung und Entwicklung der Qualität in der beruflichen Bildung vom Europäischen Parlament verabschiedet. Der EQARF nimmt sowohl die System-, Anbieter- und Qualifizierungsebene in den Blick, schreibt jedoch kein bestimmtes Qualitätssicherungssystem vor. Gemeinsame Grundsätze, Qualitätskriterien und Referenzindikatoren sollen die

Qualitätsentwicklung unterstützen. Der EQARF soll nach den Vorstellungen der Europäischen Union künftig als Grundlage für die Berichterstattung im Bereich der beruflichen Bildung auf nationaler und europäischer Ebene herangezogen werden.

Die vom Bund eingerichtete Referenzstelle für Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung (DEQA-VET) hat die Aufgabe, den EQARF auf nationaler Ebene umzusetzen, die Qualitätssicherung in der Berufsbildung zu fördern sowie die beteiligten Akteure zu informieren und zu vernetzen.

## E 2 Duales Ausbildungssystem

Im System der dualen Ausbildung teilen sich Ausbildungsbetrieb und Berufsschule die Verantwortung für die Berufsausbildung junger Menschen. Durch den Abschluss eines Ausbildungsvertrags mit einem Jugendlichen übernimmt der Betrieb die Pflicht zur Vermittlung der vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte, die auf der Grundlage eines Ausbildungsplans organisiert wird. Der betriebliche Teil der Ausbildung erfolgt in der Regel an drei bis vier Tagen der Woche überwiegend am Arbeitsplatz, wodurch eine technologische wie arbeitsorganisatorische Einführung in die jeweiligen Arbeitsprozesse sichergestellt ist.

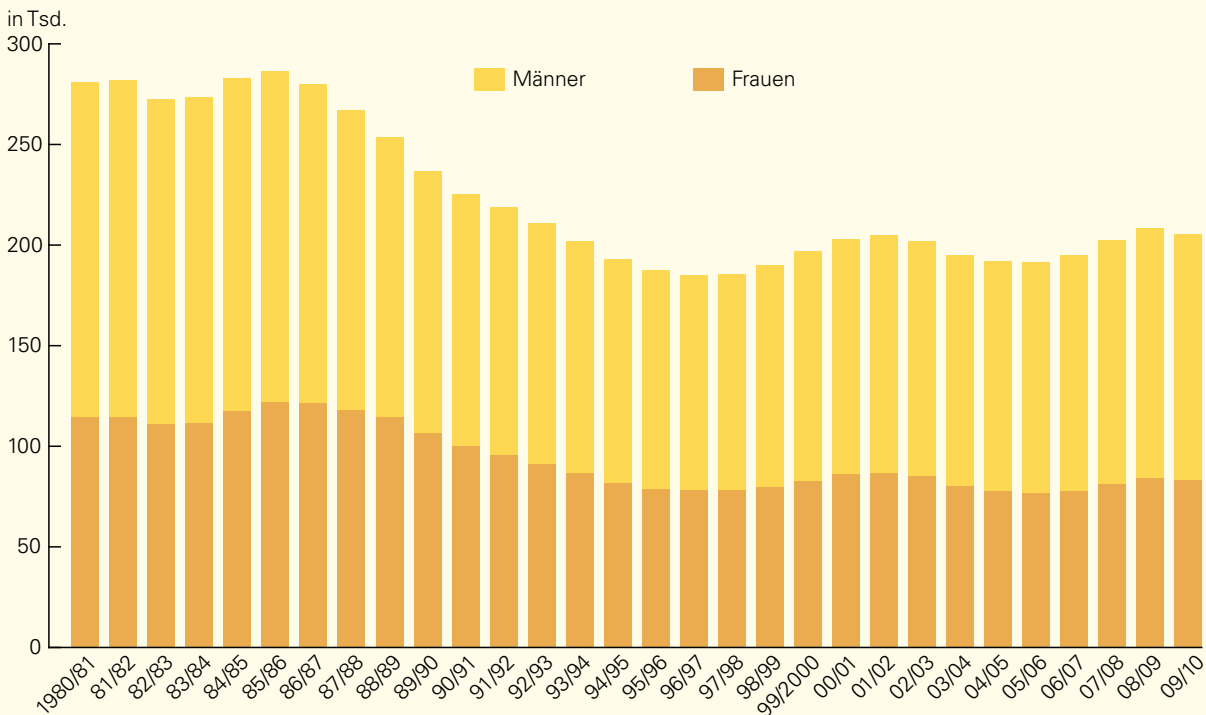
Grundlage der betrieblichen Ausbildung sind die für jeden Ausbildungsberuf von der Bundesregierung erlassenen Ausbildungsordnungen, in denen die zu vermittelnden beruflichen Inhalte sowie die Prüfungsanforderungen verbindlich festgelegt sind. Dadurch

wird ein vergleichbares Ausbildungsniveau zwischen den Betrieben sichergestellt.

Die Berufsschule vermittelt die für den Beruf erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und vertieft die allgemeine Bildung, unter anderem mit den Fächern Wirtschaftskunde, Deutsch und Englisch. Der Unterricht wird an ein bis zwei Tagen in der Woche über das ganze Schuljahr hinweg erteilt oder er findet als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten von mehreren Wochen statt. Die Berufsschule orientiert sich bei der Kompetenzvermittlung an komplexen praxisnahen Handlungsabläufen und ergänzt damit den eher betriebspezifischen Teil der Ausbildung. Die unterschiedlichen theoretischen Unterrichtsinhalte werden dabei nicht isoliert, sondern in sogenannten Lernfeldern vermittelt, die sich an den beruflichen Handlungszusammenhängen orientieren.

### E 2.1.1 (G1)

Schüler an Berufsschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

390 11

Globalisierung und fortlaufender Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft führen dazu, dass sich die Qualifikationsanforderungen an Fachkräfte stetig verändern. Berufsbilder und Ausbildungsinhalte müssen dieser Entwicklung kontinuierlich angepasst werden.

## E 2.1 Duales Ausbildungssystem – Schulische Ausbildung

### E 2.1.1 Schulische Ausbildung an Berufsschulen (ohne Sonderberufsschulen)

Nach dem Besuch der allgemein bildenden Schule entscheiden sich die meisten Jugendlichen für eine Berufsausbildung im dualen System. Die Ausbildung erfolgt an zwei Lernorten: dem Ausbildungsbetrieb und der Berufsschule. Während der Betrieb die praktische Ausbildung übernimmt, vermittelt die Berufsschule die fachtheoretischen und fachpraktischen Kenntnisse, die zur Ausübung eines Berufes erforderlich sind. Des Weiteren vertieft sie die allgemeine Bildung.

Die Auszubildenden werden an durchschnittlich ein bis zwei Tagen pro Woche an der Berufsschule unterrichtet oder sie erhalten Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten von mehreren Wochen. Dieser Unterricht stellt die notwendige systematische Ergänzung zur prozessorientierten und eher betriebspezifischen Ausbildung dar.

Die Berufsschule orientiert sich bei der Kompetenzvermittlung an Handlungsabläufen aus der betrieblichen Praxis. Die unterschiedlichen theoretischen Unterrichtsinhalte werden daher in sogenannten Lernfeldern vermittelt, das sind in sich abgeschlossene Themenbereiche, wie zum Beispiel »berufsfachliche Kompetenz« oder »Projektkompetenz«. Dies wird auch für die Vermittlung von allgemein bildenden Inhalten angestrebt.

### Nahezu die Hälfte besucht eine Berufsschule

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 205 082 Schüler die 266 öffentlichen und privaten Berufsschulen (ohne Sonderberufsschulen) in Baden-Württemberg. Das sind 3 022 Schüler weniger als im vorangegangenen Schuljahr. In den letzten drei Jahrzehnten zeigten die Schülerzahlen an den Berufsschulen deutliche Schwankungen (Grafik E 2.1 (G1)). Diese sind überwiegend auf die demografische Entwicklung zurückzuführen, aber auch konjunkturelle Einflüsse wirken sich

deutlich auf die Schülerzahlen an Berufsschulen aus (siehe auch **Kapitel E 5**). So wurden im Schuljahr 2000/01 gut 203 000 Schüler an den Berufsschulen unterrichtet. Bis zum Schuljahr 2005/06 war die Berufsschülerzahl auf fast 191 500 gesunken, um dann im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs bis zum Schuljahr 2008/09 wieder auf gut 208 100 anzusteigen. (E 2.1 (T1) im Anhang)

Mit 47 % besuchte nahezu die Hälfte der Gesamtschülerschaft beruflicher Schulen eine Berufsschule. Vor rund zwei Jahrzehnten waren es noch rund 60 %. Somit sind die Berufsschulen ein zentraler Baustein der Berufsausbildung und daher landesweit besonders gut ausgebaut. In allen Stadt- und Landkreisen des Landes gibt es mindestens eine Einrichtung (Grafik E 2.1 (G2)).

### Nicht alle Schüler haben einen Ausbildungsvertrag

Der Besuch der Teilzeit-Berufsschule setzt in der Regel ein Ausbildungsverhältnis in einem anerkannten Ausbildungsberuf voraus. Allerdings werden an den Berufsschulen auch Schüler ohne Ausbildungsvertrag unterrichtet. Dies sind Praktikanten, Jugendliche in Fördermaßnahmen oder arbeitslose Jugendliche. Im Schuljahr 2009/10 waren 1 501 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag, der Frauenanteil betrug 46 %. Von allen Berufsschülern zusammen haben lediglich 0,7 % keinen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Vor einem Jahrzehnt waren es mit knapp 2 % mehr als doppelt so viele. Die Ursache für diese Abnahme dürfte im Berufsvorbereitungsjahr und in weiteren berufsvorbereitenden Maßnahmen liegen, wo Jugendliche, die zu Beginn der Berufsschulpflicht kein Ausbildungsverhältnis nachweisen können, die Möglichkeit haben, nachträglich den Hauptschulabschluss zu erwerben.

Von den 1 421 im Schuljahr 2009/10 neu eingetretenen Berufsschülern ohne Ausbildungsvertrag hatten gut 28 % keinen Hauptschulabschluss. Mehr als die Hälfte besaß den Hauptschulabschluss, fast ein Fünftel hatte einen mittleren Abschluss. Einige wenige der Anfänger ohne Ausbildungsvertrag hatten das Abitur. Vermutlich besuchten die Schüler ohne bzw. mit Hauptschulabschluss eine Berufsschule, damit sie die Berufsschulpflicht erfüllen.

### Landesweit eine Einrichtung in privater Trägerschaft

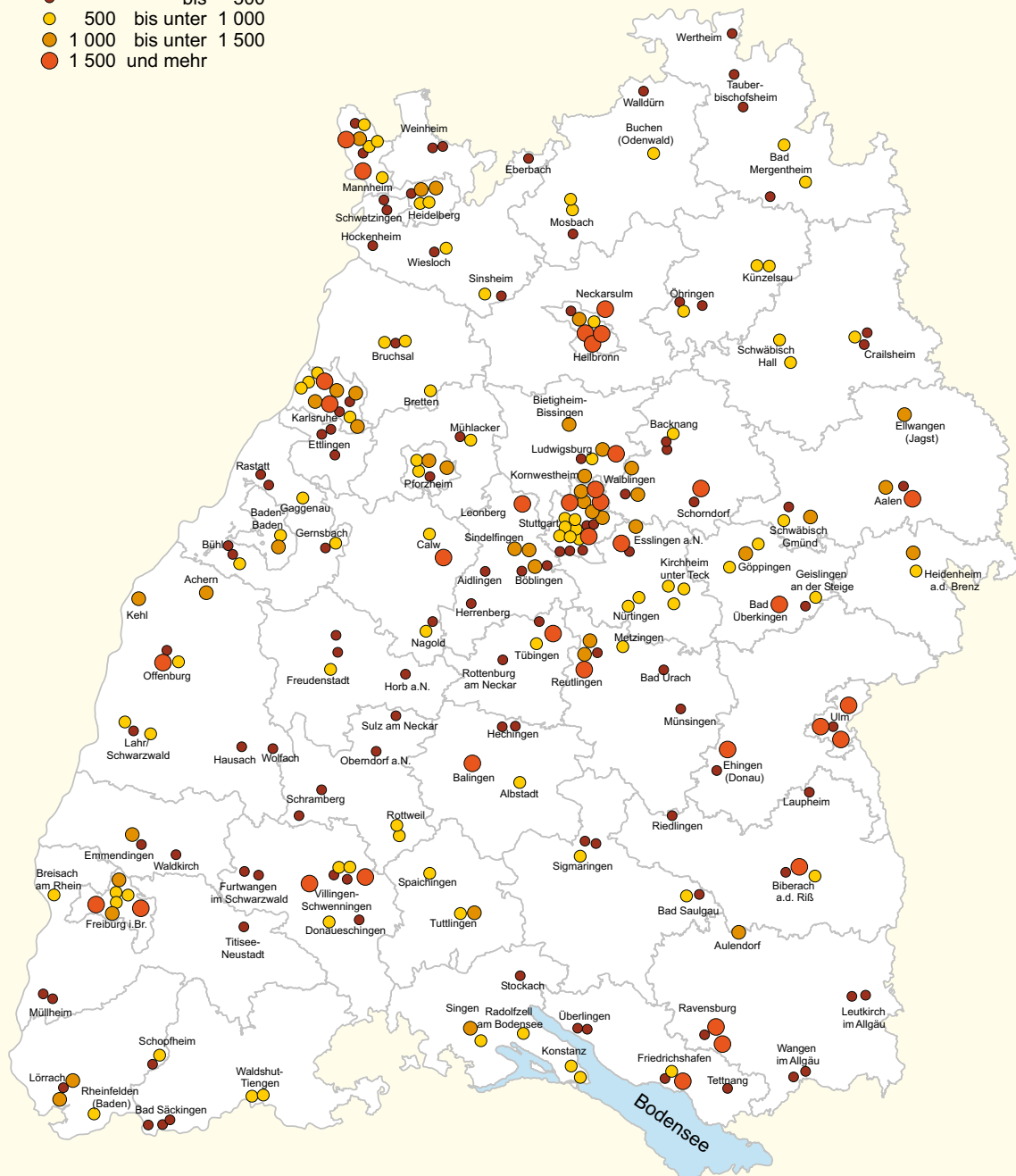
In ganz Baden-Württemberg gibt es seit geraumer Zeit lediglich eine private Einrichtung – die hauswirtschaftliche Berufsschule des Diakonissenmutterhauses in

E 2.1 (G2)

**Standorte\*) der Berufsschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Größenklassen**

Anzahl Schüler

- bis 500
- 500 bis unter 1 000
- 1 000 bis unter 1 500
- 1 500 und mehr



\*) Ohne Außenstellen. – Die Platzierung der Punkte entspricht nicht dem genauen Standort.

Datenquelle: Schulstatistik.

Aidlingen. Im Schuljahr 2009/10 wurden hier 17 Schülerinnen in zwei Klassen unterrichtet, um den Beruf der Hauswirtschafterin zu erlernen. In den letzten drei Jahrzehnten besuchten durchschnittlich jährlich 17 Schüler diese Einrichtung.

### An hauswirtschaftlichen Berufsschulen ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 83 220 Schülerinnen die Berufsschulen des Landes. Mit knapp 41 % sind Frauen damit an den Berufsschulen deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil hat innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte tendenziell leicht abgenommen. Im Schuljahr 2000/01 lag ihr Anteil noch bei gut 42 %, zehn Jahre davor noch bei gut 44 %.

Bei der Berufswahl sind jedoch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Vor allem die gewerblich-technische Berufsschule ist eine männliche Domäne, in der drei von vier Teilnehmern männlich sind. Insgesamt werden in diesem Bereich auch mit 60 % die meisten Berufsschüler unterrichtet. Knapp zwei Drittel der Berufsschüler, die eine kaufmännische Ausbildung absolvieren, sind junge Frauen.

In der Regel sind an den beruflichen Schulen mit hauswirtschaftlicher Ausrichtung junge Männer eher seltener anzutreffen. Mit einem Frauenanteil von knapp der Hälfte ist an den hauswirtschaftlichen Berufsschulen das Geschlechterverhältnis jedoch nahezu ausgeglichen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in der Berufsschule auch die überwiegend von jungen Männern gewählten Ausbildungen zum Bäcker, Koch, Konditor oder Fleischer dem Berufsfeld »Ernährung und Hauswirtschaft« zugeordnet sind.

### Türkische Schüler sind am häufigsten vertreten

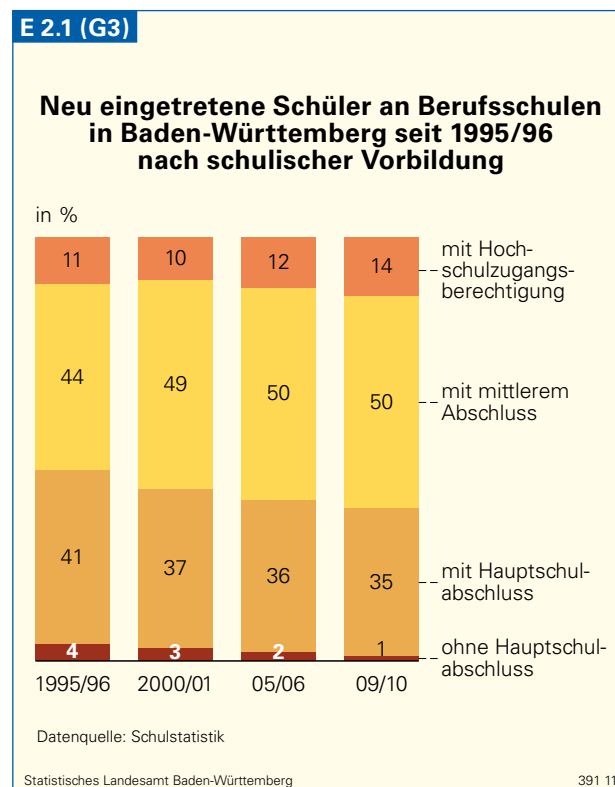
Mit 21 973 Schülern hatte im Schuljahr 2009/10 rund jeder Neunte an einer Berufsschule eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit entspricht der Ausländeranteil nahezu dem Durchschnitt aller beruflichen Schulen. Seit Mitte der 90er-Jahre hat der Anteil ausländischer Jugendlicher an Berufsschulen tendenziell abgenommen, im Schuljahr 2000/01 lag ihr Anteil noch bei gut 13 % (Tabelle E 2.1 (T2) im Anhang). Nicht nur der Anteil, sondern auch die Verteilung der ausländischen Schüler an Berufsschulen nach ihren Herkunftsstaaten entspricht der an allen beruflichen Schulen zusammen. Rund 93 % sind Bürger europäischer Staaten. Mit knapp zwei Fünfteln sind die Schüler mit türkischer Staatsangehörigkeit am häufigsten vertreten, gefolgt von den Teilnehmern italienischer Herkunft mit gut 19 %.

### Höhere schulische Qualifikation wird immer wichtiger

Für den Eintritt in eine duale Ausbildung gibt es formal keine schulischen Voraussetzungen. Allerdings führte der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Veränderung der Qualifikationsanforderungen an die zukünftigen Fachkräfte. Für die Bewerber um einen Ausbildungsplatz wurde damit in den letzten Jahren eine höhere schulische Qualifikation immer wichtiger, da die schulische Vorbildung der Bewerber für die meisten Betriebe ein wichtiges Auswahlkriterium ist.

Wie bereits seit Ende der 90er-Jahre hatte auch im Schuljahr 2009/10 erneut knapp die Hälfte der 66 277 Berufsschulanfänger einen mittleren Abschluss in der Tasche. Dabei wurde dieser entweder als Realschulabschluss an einer allgemein bildenden Schule oder als Fachschulreife an einer beruflichen Schule erworben. Im Schuljahr 2009/10 hatten von den 32 882 Berufsschulanfängern mit mittlerem Abschluss rund jeder Sechste (17 %) diesen an einer beruflichen Schule erworben. Ab dem Schuljahr 1995/96 besaßen deutlich mehr Berufsschüler zu Beginn ihrer Ausbildung einen mittleren Abschluss als einen Hauptschulabschluss.

Immer mehr Absolventen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife scheinen in einer Berufsausbildung im dualen System eine Alternative zum Studium zu sehen oder nutzen diese als Vorbereitung auf ein Studium.



Von den 66 277 Jugendlichen, die im Schuljahr 2009/10 eine Ausbildung an einer Berufsschule begonnen hatten, konnte nahezu jeder Siebte zu Beginn seiner Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung – also Fachhochschulreife oder Abitur – vorweisen. Im Schuljahr 1995/96 hingegen besaß rund jeder neunte Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung. (Grafik E 2.1 (G3)).

Während der Anteil der Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung weiter angestiegen ist, ist der Anteil der Ausbildungsbeginner mit Hauptschulabschluss geringer geworden. Waren im Schuljahr 1995/96 noch gut zwei Fünftel der neu eingetretenen Berufsschüler mit Hauptschulabschluss, sind es im Schuljahr 2009/10 nur noch gut ein Drittel.

Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss wird es immer schwieriger, einen Ausbildungsplatz im dualen System zu erhalten. Mit 1,4 % sind Berufsschulanfänger ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2009/10 mittlerweile nur noch vereinzelt vertreten. Vor rund 15 Jahren waren noch 3,5 % der Berufsschüler zu Beginn ihrer Ausbildung ohne Hauptschulabschluss.

Der Weg in die duale Ausbildung führt nicht immer direkt aus einer allgemein bildenden Schule. Rund 1 130 der im Schuljahr 2009/10 neu eingetretenen Berufsschüler hatten zuvor ein BVJ besucht, gut 680 Anfänger kamen aus dem BEJ.

### Höhere schulische Qualifikation lässt Durchschnittsalter ansteigen

Entsprechend der Vorbildung hat sich auch die Altersstruktur der Berufsschüler geändert. Im Schuljahr 2008/09<sup>3</sup> waren gut 20 % der Berufsschüler 17 Jahre alt und jünger, neun Jahre zuvor – im Schuljahr 1999/2000 – waren noch gut 24 % der Berufsschüler in dieser Altersgruppe. Der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ist dementsprechend angestiegen. Im Schuljahr 2008/09 waren knapp 75 % der Berufsschüler zwischen 18 und 24 Jahre alt, ein knappes Jahrzehnt zuvor waren es lediglich gut 70 % (Grafik E 2.1 (G4)). Vor allem die zunehmende schulische Qualifikation der Auszubildenden scheint die Ursache für diese Entwicklung zu sein, nicht zuletzt durch den wachsenden Anteil der Abiturienten unter den Auszubildenden.

Neben der veränderten Vorbildung hat sich das durchschnittliche Alter an Berufsschulen auch dadurch er-

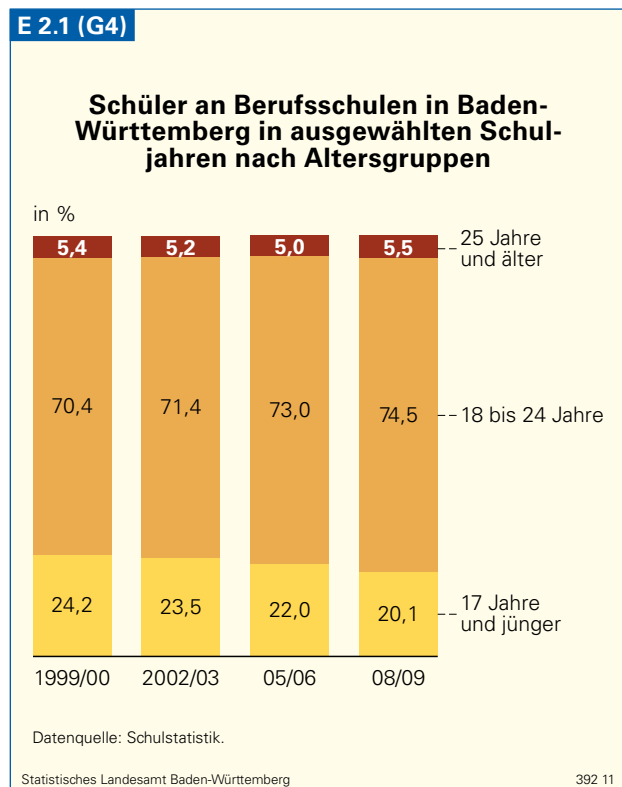
höht, dass eine bedeutende Anzahl Jugendlicher vor ihrer Berufsausbildung das Berufsvorbereitungsjahr oder einen anderen berufsvorbereitenden Bildungsgang besuchen.

### Allgemein bildende Abschlüsse auch an Berufsschulen

Im Abgangsjahr 2009 konnten 84 % der 75 448 Abgänger ihre Ausbildung in dem von ihnen gewählten Beruf erfolgreich beenden. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil erfolgreicher Absolventen tendenziell angestiegen. Im Abgangsjahr 2000 waren es gut 79 %, die die Berufsschulen des Landes mit einem Berufsschulabschlussergebnis verließen.

Auch die Berufsschule bietet die Möglichkeit, im Rahmen der Ausbildung zusätzlich einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss zu erwerben (siehe Fenster zu Kapitel F 1). Im Schuljahr 2009/10 haben 1 597 Absolventen diese Möglichkeit genutzt, um zusätzlich einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss zu erlangen. Das entsprach 2,5 % der erfolgreichen Berufsschulabsolventen.

Mit gut 73 % war die Fachschulreife der am häufigsten erzielte Abschluss, fast jeder vierte Absolvent erwarb über Zusatzunterricht die Fachhochschulreife an der Berufsschule. Mit nahezu 3 % erlangten nur wenige an der Berufsschule nachträglich den Hauptschulab-



3 Die Altersstruktur wird in der amtlichen Schulstatistik an beruflichen Schulen nur alle drei Jahre erhoben. Die letzte Erhebung war im Schuljahr 2008/09.



schluss. Zehn Jahre zuvor waren es noch deutlich mehr Absolventen der Berufsschulen, die zusätzlich den Hauptschulabschluss erworben haben. Dieser Rückgang ist offensichtlich damit zu erklären, dass damals deutlich weniger Schüler zu Beginn ihrer Ausbildung an einer Berufsschule bereits einen Hauptschulabschluss vorweisen konnten.

Die berufliche Ausbildung im dualen System kann auch der Einstieg in eine Karriere sein, die nicht mit dem Erhalt eines Gesellenbriefes beendet ist, sondern in der beruflichen Weiterbildung bis zum Meisterbrief, Technikerabschluss oder ähnlichem führen kann (siehe **Kapitel G 3.2.2**).

## Bundes- und Landesfachklassen

Ausbildungsberufe mit einer geringen Anzahl von Ausbildungsplätzen und einer entsprechend niedrigen Zahl an Auszubildenden stellen die Berufsschulen vor besondere schulorganisatorische Probleme, um ein entsprechend differenziertes und fachspezifisches Unterrichtsangebot anbieten zu können. Für einige dieser sogenannten Splitterberufe ist es deshalb erforderlich, zentrale Fachklassen auf Bundes-, Landes- oder Bezirksebene einzurichten. Die zentrale, in der Regel wohnortferne Beschulung ist dabei mit einer entsprechenden Unterbringung und Betreuung der Auszubildenden verbunden. Der Unterricht erfolgt in Blockform.

Von einer Bundesfachklasse wird gesprochen, wenn der überwiegende Teil der Bundesländer kein entsprechendes berufsfachliches Bildungsangebot vorhält und seine Auszubildenden an eine Berufsschule in einem anderen Bundesland entsendet. Eine Landesfachklasse führt diesen Namen, wenn nur ein Standort im Land die Beschulung im jeweiligen Ausbildungsberuf anbietet. Daneben gibt es noch Bezirksfachklassen – dies sind Fachklassen, die nicht in allen Regierungsbezirken vorliegen bzw. in jedem Regierungsbezirk maximal einmal eingerichtet sind.

Innerhalb eines Berufsfeldes wird insbesondere im ersten Ausbildungsjahr die Einrichtung gemeinsamer, berufsübergreifender Klassen angestrebt, um eine möglichst wohnort- bzw. ausbildungsortnahe Beschulung zu gewährleisten. Die im zweiten und dritten Ausbildungsjahr zunehmende Spezialisierung der Ausbildungsberufe – oder auch die innerhalb eines Berufes erforderliche Differenzierung – kann eine zentrale Beschulung notwendig machen, wenn aufgrund einer geringen Zahl an Auszubildenden die Einrichtung mehrerer, dezentral verteilter Fachklassen nicht leistbar ist.

2009 gab es in Baden-Württemberg zehn Bundes-, 74 Landes- und 26 Bezirksfachklassen in insgesamt 14 Berufsfeldern. Dies entspricht einer Zunahme zentraler Beschulungsformen um rund 25 % in der vergangenen Dekade. Die weitere Entwicklung ist schwer abschätzbar: Bedingt durch die demografische Entwicklung und den damit verbundenen Rückgang der Gesamtzahl an Auszubildenden könnte – verstärkt durch eine eventuell fortschreitende Spezialisierung der Berufsbilder und Differenzierung in Splitterberufe – in Zukunft die Bildung weiterer zentraler Fachklassen erforderlich werden. Eine möglicherweise erfolgende Reduzierung der Anzahl anerkannter Ausbildungsberufe und deren Bündelung in Berufsgruppen könnten diesem Trend allerdings entgegenwirken.

### Ausbildung in einer Landesfachklasse: Pferdewirt

Ein in Baden-Württemberg traditionell verankerter Ausbildungsberuf aus dem Berufsfeld Agrarwirtschaft ist der Beruf Pferdewirt. Der schulische Teil dieser Ausbildung wird landeszentral an der Beruflichen Schule Münsingen angeboten. Die betrieblich-praktische Ausbildung kann zum Beispiel beim Haupt- und Landesgestüt Marbach, einem Betrieb mit Pensionspferdehaltung, einem Reitbetrieb oder einem Zuchtbetrieb erfolgen. Angehende Pferdewirte müssen neben Interesse und entsprechendem Geschick im Umgang mit Pferden eine ausreichende sportliche Begabung, körperliche Belastbarkeit und Ausdauer mitbringen.



Die in der Regel drei Jahre dauernde Ausbildung ist in den fünf Fachrichtungen Pferdehaltung und Service, Pferdezucht, Klassische Reitausbildung, Pferderennen sowie Spezialreitweisen möglich. Die Auszubildenden erwerben unter anderem Kenntnisse in der Anatomie und Physiologie des Pferdes, der Pferdehaltung und -zucht, im Tier- und Gesundheitsschutz, über wirtschaftliche Zusammenhänge und in der Organisation betrieblicher Abläufe. Sie eignen sich vielfältige Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Ausbildung von Pferden und Pferdesportlern, der Vorbereitung von Pferden für Leistungsprüfungen und im Einsatz von Maschinen, Geräten und Betriebseinrichtungen an.

Im Schuljahr 2010/11 begannen 65 junge Menschen eine Ausbildung zum Pferdewirt. Insgesamt erlernen 142 Auszubildende diesen Beruf, 100 davon sind weiblich. Bei 81 angehenden Pferdewirten liegen Ausbildungsbetrieb und Schule nicht im gleichen Landkreis. Deshalb sind 65 Schüler während der Dauer des Schulbesuches in einem Wohnheim oder einer anderen Unterkunft am Schulort untergebracht.

Nach ihrer Ausbildung können Pferdewirte als Angestellte in privaten Zucht- oder Reitbetrieben oder in Reitervereinen arbeiten. Sie haben auch die Möglichkeit, einen eigenen oder einen Pachtbetrieb zu bewirtschaften. Zahlreiche Arbeitsplätze finden sich auch in vor- und nachgelagerten Bereichen der Pferdewirtschaft. Nach entsprechender Berufspraxis ist eine Weiterqualifizierung zum Pferdewirtschaftsmeister möglich. In einzelnen Fällen wird die Ausbildung zum Pferdewirt einem Studium – hauptsächlich der Pferdewissenschaften, der allgemeinen Agrarwissenschaften oder der Veterinärwissenschaften – vorgeschaltet.

### Ausbildung in einer Bundesfachklasse: Papiertechnologe

Papiertechnologen stellen in modernen Produktionsanlagen Papier, Karton, Pappe oder Zellstoff her. Zu ihren Aufgaben gehören die Einstellung, Beschickung, Bedienung und Überwachung von Maschinen und Anlagen zur Blatt- und Zellstoffumbildung. Arbeitsabläufe müssen von Schaltzentralen aus gesteuert und ausgewertet werden. Die Wartung und Pflege der Maschinen sowie das Beheben kleinerer Störungen gehören ebenso zum Aufgabenspektrum wie die Kontrolle der laufenden Fertigung und die Qualitätsprüfung der Endprodukte.



Nach der dreijährigen Ausbildung gibt es zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten. Zusätzliche Karrierechancen für Papiertechnologen mit Berufserfahrung bieten etwa die Ausbildung zum Industriemeister oder – sofern eine entsprechende Eignungsprüfung absolviert wurde – ein Studium der Papiertechnik zum Bachelor of Engineering.

Der schulische Teil der dualen Ausbildung erfolgt bundeszentral an der Papiermacherschule Gernsbach – Schulzentrum Papiertechnik, der betriebliche Teil in einem von über 180 Produktionsstandorten der Papierindustrie in Deutschland. Die Berufsschule der Papiermacherschule wird nicht nur von allen Auszubildenden besucht, die im Bundesgebiet eine Ausbildung zum Papiertechnologen absolvieren, sondern auch von Auszubildenden dieses Berufs aus der Schweiz.

Im Schuljahr 2010/11 werden insgesamt 538 angehende Papiertechnologen (darunter sind 47 Papiertechnologinnen) an der Papiermacherschule Gernsbach unterrichtet. 122 stammen aus Baden-Württemberg.

Die Ausbildung zum Papiertechnologen kann auch am dreijährigen »dualen Berufskolleg Papiertechnik« der Papiermacherschule durchlaufen werden (vgl. Kapitel E 2.1.2). Voraussetzung hierfür ist ein mittlerer Bildungsabschluss. Der schulische Teil dieses Ausbildungswegs findet an einem Berufskolleg statt und umfasst 20 Wochen pro Jahr, die restliche Ausbildungszeit wird im Betrieb absolviert. Neben der beruflichen Qualifikation kann von den erfolgreichen Absolventen auch die Fachhochschulreife erworben

werden. 71 Kollegiaten besuchten im Schuljahr 2010/11 das Berufskolleg, fünf davon sind aus Baden-Württemberg.

An der Fachschule der Papiermacherschule werden Fachkräfte der Papier- und Zellstoffindustrie sowie der papierverarbeitenden Industrie für künftige Führungsaufgaben qualifiziert. Mit der Prüfung zum Industriemeister der Fachrichtung Papiererzeugung oder der Fachrichtung Papierverarbeitung wird diese weiterqualifizierende Ausbildung abgeschlossen. 2009/10 absolvierten insgesamt 23 Papiertechnologen ihre Meisterausbildung in einer der beiden Fachrichtungen, davon stammten sieben aus Baden-Württemberg.

### E 2.1.2 Duale Ausbildung an Berufskollegs

Auch an Berufskollegs wird Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit geboten, einen nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildungsberuf innerhalb des dualen Systems zu erlernen. Die in der Regel dreijährigen dualen Berufskollegs in Teilzeitform bieten in anerkannten Ausbildungsberufen des gewerblichen und kaufmännischen Bereichs die Möglichkeit, eine qualifizierte und im schulischen Teil gegenüber dem Unterricht an einer Berufsschule fachspezifisch erweiterte Berufsausbildung zu erhalten. Die Schüler schließen einen Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb ab. Anstelle einer Berufsschule werden sie jedoch an einem Berufskolleg unterrichtet. Die Schüler haben den Status von Auszubildenden, statt einer verkürzten Dauer werden jedoch zusätzliche Inhalte in die Ausbildungsphase eingebracht. Die duale Ausbildung an Berufskollegs wird derzeit nur an öffentlichen beruflichen Schulen angeboten. Diese Einrichtungen mit der besonderen Form der dualen Ausbildung sind vor allem in den Stadtkreisen des Landes sowie in den Landkreisen der Region Stuttgart zu finden (Grafik E 2.1 (G5)).

#### Duales gewerbliches Berufskolleg

Seit 1977/78 haben Schulabgänger mit mittlerem Abschluss die Möglichkeit, sich für eine duale, in der Regel dreijährige Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf im Rahmen eines Berufskollegs zu entscheiden. Diese dualen gewerblichen Berufskollegs in Teilzeitunterricht fördern besonders qualifizierte Jugendliche. Sie bilden für Berufe aus, deren Tätigkeiten einen unmittelbaren Bezug zum Fertigungs- und Produktionsprozess im Betrieb erfordern. Dabei wird in Kooperation mit Betrieben in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet. Darüber hinaus werden berufstheoretische Kenntnisse vertieft und die Allgemeinbildung weitergeführt. Die Auszubildenden sind zwei Tage in der Woche in der Schule und drei Tage im Betrieb. Der

freiwillige Zusatzunterricht zum Erwerb der Fachhochschulreife findet entweder samstags oder an einem Abend pro Woche statt.

#### Frauenanteil ist gering

Zum Schuljahr 2009/10 wurden an den 24 gewerblichen dualen Berufskollegs 2 442 Jugendliche unterrichtet. Das sind so viele wie nie zuvor. Im vorangegangenen Schuljahr waren es 2 333 Schüler. Zum Schuljahr 1995/96 war mit 966 Teilnehmern ein Tiefpunkt erreicht worden (Tabelle E 2.1 (T3) im Anhang)). Seitdem war hier ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Generell ist das Interesse von Frauen an technischen Berufen nach wie vor gering. Auch an den gewerblichen dualen Berufskollegs ist lediglich jeder achte Teilnehmer eine Frau. Mit einem Anteil von 5 % sind ausländische Schüler in diesem Bildungsgang unterrepräsentiert.

#### Berufskolleg Metalltechnik hat den größten Zuspruch

Die dualen gewerblichen Berufskollegs werden derzeit in acht Fachrichtungen angeboten, die an die Berufsfelder der entsprechenden Ausbildungsberufe angelehnt sind (Grafik E 2.1 (G6)). Mit knapp 28 % besuchten die meisten Schüler ein Berufskolleg Metalltechnik, dicht gefolgt vom Berufskolleg Fahrzeugtechnik mit 27 %. Jeder Fünfte ließ sich an einem dualen Berufskolleg mit der Fachrichtung Elektronik ausbilden. Zur Jahrtausendwende hatte der letzte Abschlussjahrgang das duale Berufskolleg für Holztechnik verlassen.

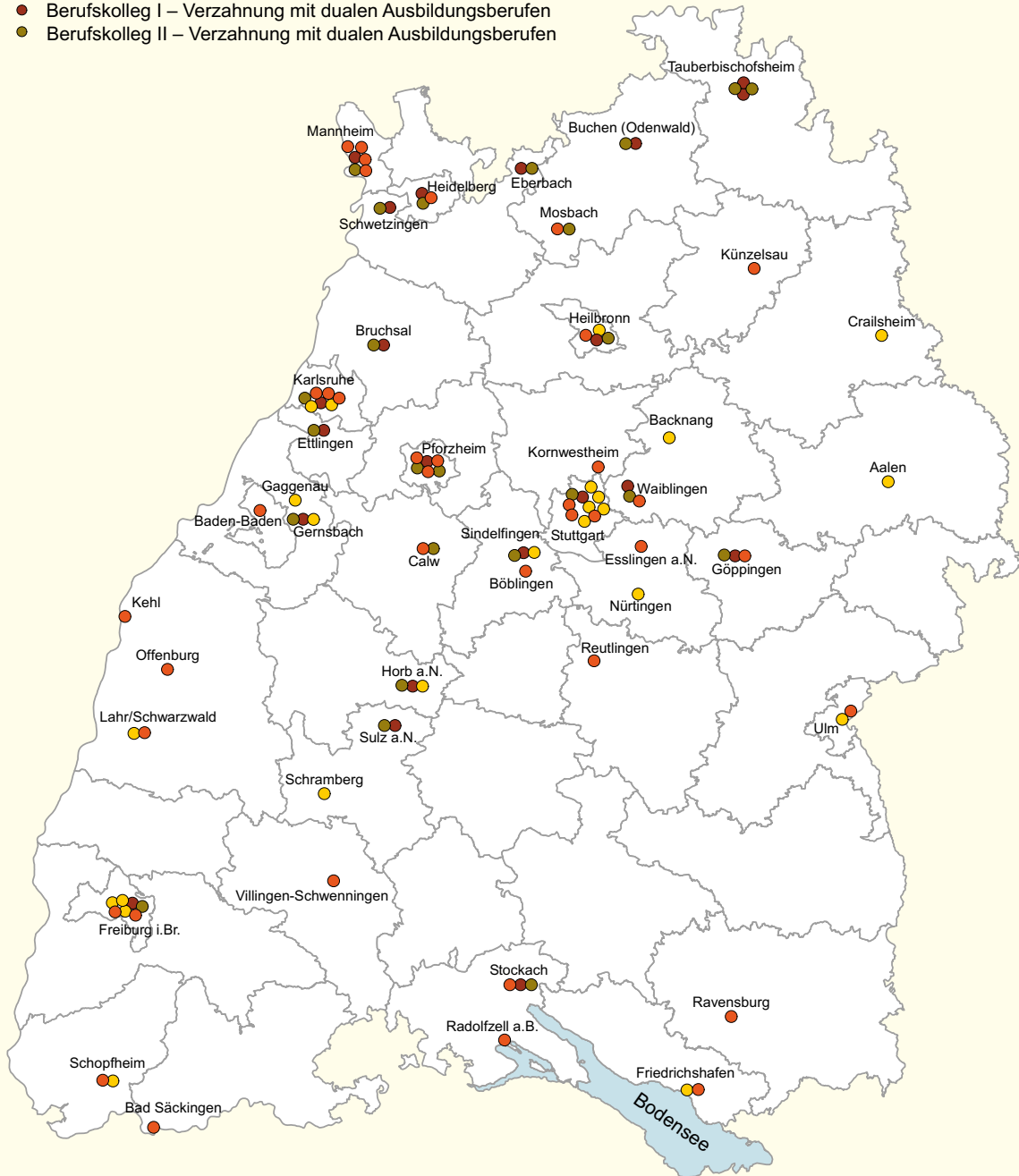
#### Der Großteil erwarb seinen mittleren Abschluss an einer Realschule

Voraussetzung für die Zulassung an einem gewerblichen dualen Berufskolleg ist mindestens ein mittlerer Bildungsabschluss sowie ein Berufsausbildungsver-

E 2.1 (G5)

### Standorte der Berufskollegs mit dualer Ausbildung in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

- Duales kaufmännisches Berufskolleg für Abiturienten
- Duales gewerbliches Berufskolleg
- Berufskolleg I – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen
- Berufskolleg II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen



Datenquelle: Schulstatistik.

trag mit einem Ausbildungsbetrieb, bei dem der Besuch des Berufskollegs vorgesehen ist. Im Schuljahr 2009/10 haben hier 864 Jugendliche ihre Ausbildung begonnen, von ihnen hatten 62 die Hochschulreife und 30 die Fachhochschulreife. Demnach konnte gut jeder Zehnte bereits zu Beginn seiner Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung vorweisen. Von den Anfängern mit mittlerem Abschluss hatten drei Viertel ihren Realschulabschluss an einer Realschule erhalten.

### Absolventen können bis zu drei Abschlüsse gleichzeitig erwerben

Im gewerblichen dualen Berufskolleg können bis zu drei Abschlüsse gleichzeitig erreicht werden. Zusätzlich zum Abschluss der Ausbildung wird eine dem Assistenten vergleichbare Qualifikation erworben. Durch die Teilnahme am Zusatzunterricht zur Fachhochschulreife kann zudem noch die Fachhochschulreife erzielt werden. Im Jahr 2009 haben sieben Achtel der 780 Abgänger das duale gewerbliche Berufskolleg erfolgreich abgeschlossen und gleichzeitig eine betriebliche Berufsausbildung sowie einen Abschluss zum staatlich geprüften Technischen Assistenten erreicht. Mehr als die Hälfte der erfolgreichen Absolventen erwarb zusätzlich die Fachhochschulreife.

Absolventen des dualen gewerblichen Berufskollegs sind in der Regel in qualifizierter Position tätig. Sie können bereits mit einer Berufspraxis von nur zwei Jahren eine Fortbildung zum Techniker antreten.

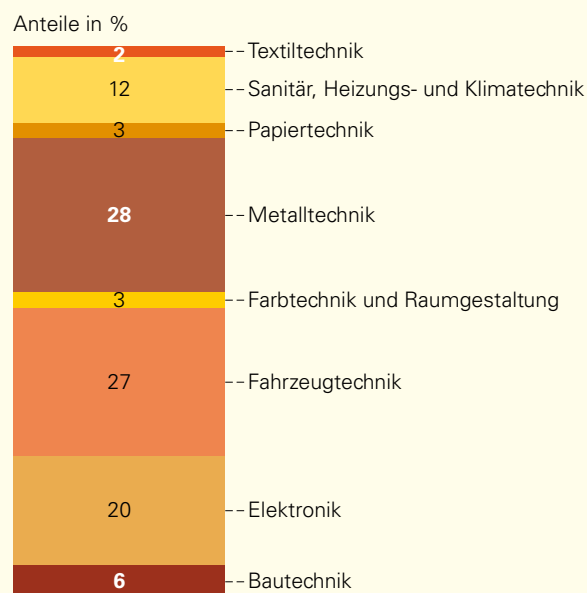
### Duales kaufmännisches Berufskolleg für Abiturienten

Speziell für Abiturienten wurden zum Schuljahr 1987/88 duale Berufskollegs in Teilzeitform eingerichtet, die über die Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes hinausgehen und damit eine Alternative zum Hochschulstudium darstellen. Die Teilnahme an diesem Bildungsgang erfordert eine Hochschulzugangsberechtigung sowie den Abschluss eines Ausbildungsverhältnisses. Zusätzlich zu den Inhalten des Ausbildungsberufs werden weiterführende berufsbezogene Qualifikationen vermittelt. Neben der Abschlussprüfung im jeweiligen Ausbildungsberuf erfolgt eine Zusatzprüfung zum Assistenten.

Während die dualen Berufskollegs für Abiturienten mit kaufmännischer Ausrichtung weiterhin nachgefragt sind, wurde der Schulbetrieb der »Berufskollegs für Abiturienten« mit gewerblicher Ausrichtung zum Schuljahr 2006/07 eingestellt.

#### E 2.1 (G6)

### Schüler an dualen gewerblichen Berufskollegs in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Fachrichtung



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

393 11

### Attraktives Angebot für Abiturienten

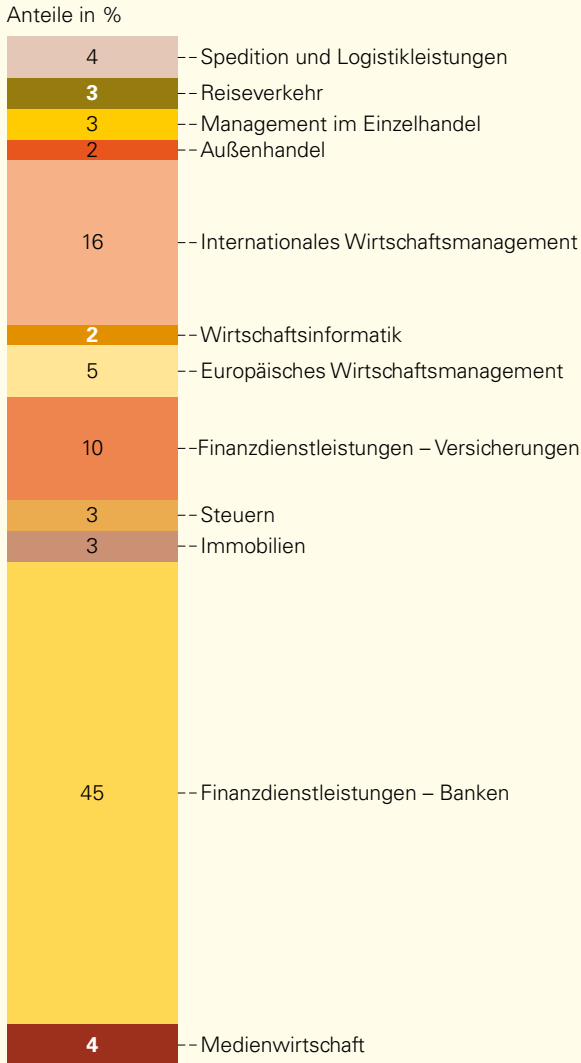
Im Schuljahr 2009/10 besuchten 4 290 Schüler landesweit die 36 kaufmännischen dualen Berufskollegs für Abiturienten. Das kaufmännische duale Berufskolleg für Abiturienten scheint von den Schülern durchaus als Alternative zur herkömmlichen dualen Berufsausbildung mit dem Besuch einer Berufsschule angenommen zu werden. Seit ihrer Gründung bis zum Schuljahr 2008/09 konnte diese Form der Berufsausbildung einen deutlichen Anstieg der Schülerzahlen verzeichnen. Im vorangegangenen Schuljahr 2008/09 war mit 4 322 Jugendlichen der Höhepunkt erreicht worden.

### Zwei Drittel sind junge Frauen

Mit einem Anteil von zwei Dritteln sind junge Frauen an den kaufmännischen dualen Berufskollegs deutlich häufiger vertreten als Männer (Tabelle E 2.1 (T3) im Anhang). Vor 15 Jahren lag der Frauenanteil hier noch bei gut über der Hälfte, seitdem hat dieser mehr oder weniger kontinuierlich zugenommen. Jugendliche Ausländer sind in beruflichen Bildungsgängen seltener anzutreffen, wenn diese eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln oder darauf aufbauen. Daher war mit gut 5 % der Ausländeranteil entsprechend gering.

E 2.1 (G7)

**Schüler an dualen kaufmännischen Berufskollegs für Abiturienten in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Fachrichtung**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

394 11

Das kaufmännische Berufskolleg für Abiturienten wird in zwölf verschiedenen Fachrichtungen angeboten. Mit nahezu der Hälfte der Teilnehmer ist die Fachrichtung »Finanzdienstleistungen – Banken« die mit Abstand am häufigsten gewählte. Auch die Fachrichtung »Internationales Wirtschaftsmanagement« ist sehr beliebt, jeder sechste Teilnehmer dieser speziellen Form der dualen Ausbildung hat sich dafür entschieden. Die Berufskollegs der Fachrichtung »Finanzdienstleistungen – Versicherungen« werden von jedem zehnten Teilnehmer besucht (Grafik E 2.1 (G7)).

**Immer mehr Anfänger haben die Fachhochschulreife**

Zugangsvoraussetzung für das duale kaufmännische Berufskolleg ist eine Hochschulzugangsberechtigung. Von den 1 852 Anfängern im Schuljahr 2009/10 besaßen drei Viertel die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, knapp jeder Vierte startete mit einer Fachhochschulreife. In den letzten 15 Jahren hat der Anteil der Anfänger mit Fachhochschulreife deutlich zugenommen. Ein Jahrzehnt zuvor war es jeder Zehnte, der mit einer Fachhochschulreife in der Tasche in diesem Bildungsgang startete.

Wer sich für die Ausbildung an einem dualen kaufmännischen Berufskolleg entschieden hat, wird diese in der Regel auch erfolgreich beenden. Von den 1 785 Schulabgängern des Abgangsjahres 2009 haben nahezu 98 % ein Abschlusszeugnis für einen Ausbildungsberuf und einen Abschluss zum Assistenten erhalten. Auch in den vorangegangenen Jahren lag die Erfolgsquote stets über 95 %.

**Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen**

Eine von den beiden oben genannten dualen Ausbildungen an Berufskollegs abweichende Form ist das Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen (BK – verzahnt).<sup>4</sup> Die Absolventen erwerben hier in Vollzeitunterricht die theoretischen Ausbildungsinhalte des jeweiligen verzahnten Ausbildungsberufes. Dabei handelt es sich um zwei getrennte aufeinander aufbauende Bildungsgänge. Um die betriebliche Anbindung zu erhöhen, ist dabei im verzahnten BK I und BK II jeweils ein vierwöchiges Praktikum in geeigneten Betrieben zu absolvieren. Der Abschluss des »Berufskollegs I – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen« soll es ermöglichen, eine anschließende Berufsausbildung in einem entsprechenden Beruf um bis zu einem Jahr zu verkürzen. Bei Abschluss des »Berufskollegs II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen« ist eine Verkürzung um bis zu zwei Jahre zu möglich. Darüber hinaus kann durch die Teilnahme an Zusatzunterricht die Fachhochschulreife gemacht werden.

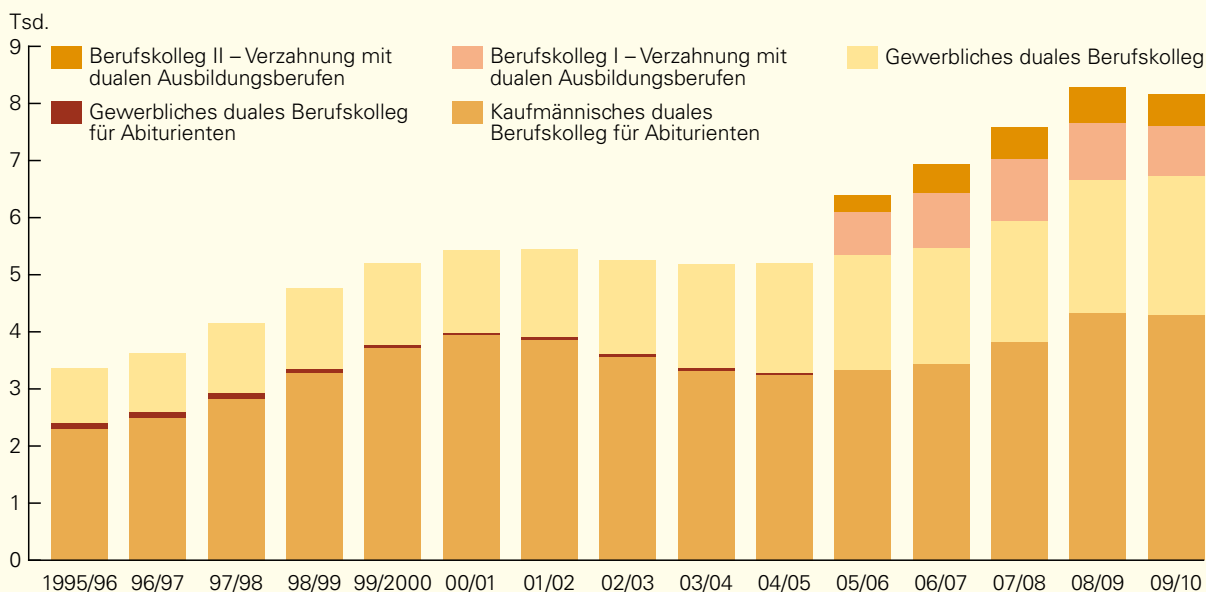
**Kaufmännische Ausrichtung am stärksten gefragt**

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 865 Schüler die 21 öffentlichen Berufskollegs I – Verzahnung mit dualen

4 Landesinstitut für Schulentwicklung und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bildung in Baden-Württemberg 2007, S. 135.

## E 2.1 (G8)

### Schüler an Berufskollegs mit dualer Ausbildung seit dem Schuljahr 1995/96 nach Bildungsgang



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

395 11

Ausbildungsberufen und 573 die 23 öffentlichen Berufskollegs II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen. Zusammen sind das mit 1 438 Schülern knapp 200 weniger als im vorangegangenen Schuljahr. Zum Schuljahr 2005/06 waren die verzahnten BK I und II mit 1 035 Jugendlichen gestartet (Grafik E 2.1 (G 8)). Jeder dritte Teilnehmer ist eine Frau, nahezu ein Fünftel der Schüler hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Das BK – verzahnt wird als Technisches Berufskolleg I und II, als Kaufmännisches Berufskolleg I und II und seit dem Schuljahr 2008/09 auch als Berufskolleg für Gesundheit und Pflege I und II angeboten. Im technischen Bereich richten sich die einjährigen Berufskollegs I und II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen inhaltlich an folgenden dualen Ausbildungsberufen aus: Elektroniker, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Fachinformatiker, Feinwerkmechaniker, Mediengestalter Digital und Print, Metallbauer, Kfz-Mechatroniker und Tischler. Die verzahnten Kaufmännischen Berufskollegs werden in den Berufen Groß- und Außenhandelskaufleute, Industriekaufleute und Bürokaufleute angeboten, das Berufskolleg Gesundheit und Pflege orientiert sich an der Ausbildung zum Medizinischen Fachangestellten (ehemals Arzthelfer).

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die diesen Weg zur Ausbildung eingeschlagen haben, besuchten die kaufmännischen Berufskollegs, zwei Fünftel wählten die gewerblich-technische Fachrichtung. Rund 3 % wollen über das Berufskolleg für Gesundheit und Pflege einen Quereinstieg in den von ihnen gewünschten Ausbildungsberuf vorbereiten.

#### Zwei Drittel der Neueintritte kommen von der Realschule

Wie generell an allen Berufskollegs ist der mittlere Bildungsabschluss Voraussetzung für den Besuch an einem BK – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen. Von den 865 Jugendlichen, die im Schuljahr 2009/10 eine Ausbildung an einem BK I begonnen hatten, haben zwei Drittel ihren Realschulabschluss an einer Realschule absolviert. Gut ein Fünftel hat die Fachschulreife an einer beruflichen Schule erworben, jeder Elfte erhielt seinen mittleren Abschluss an einer Hauptschule. Während fast 4 % der Anfänger in diesem Bildungsgang das Gymnasium mit einem Realschulabschluss verlassen hatten, scheint dieser Weg zur Ausbildung für Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung wenig attraktiv zu sein. Keiner der Anfänger konnte ein Abitur oder eine Fachhochschulreife vorweisen.

## Nahezu alle Absolventen erwerben auch die Fachhochschulreife

Die Aufnahme in ein Berufskolleg II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen setzt das Abschlusszeugnis des Berufskollegs I – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen mit einem bestimmten Notendurchschnitt voraus. Zum Abgangsjahr 2009 haben vier Fünftel der 1 001 Abgänger das BK I mit einem Abschlusszeugnis verlassen und damit grundsätzlich die Zugangsvoraussetzung für den Besuch eines BK II – verzahnt erreicht.

Von den 583 Abgängern, die das BK II im Jahr 2009 beendet hatten, haben knapp 94 % den Berufsschulabschluss im jeweiligen verzahnten Ausbildungsberuf sowie den Abschluss als Technischer Assistent (Technisches BK) bzw. Wirtschaftsassistent (Kaufmännisches BK) erhalten. Mit 92 % haben nahezu alle erfolgreichen Absolventen überdies die Zusatzprüfung zur Fachhochschulreife bestanden und damit die Hochschulzugangsberechtigung erworben.

### E 2.1.3 Die duale Ausbildung ergänzende Vollzeitschulen

Die duale Ausbildung an Berufsschulen ist dreistufig gegliedert: in die Grundstufe, die Fachstufe I und die Fachstufe II. Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung, wie die einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen (1BFS gew.) oder die landwirtschaftlichen Vollzeitberufsschulen, können in einigen festgelegten Ausbildungsberufen die Grundstufe ersetzen. Dies ist insbesondere in Wirtschaftsbereichen sinnvoll, in denen die Betriebe aufgrund ihrer geringen Größe oder starken Spezialisierung nicht alle Teile der beruflichen Grundbildung abdecken können (zum Beispiel Friseur, Landwirt, Kfz-Mechatroniker). Damit sind diese vollzeitschulischen Bildungsgänge als Ergänzung des dualen Systems zu betrachten.

Voraussetzung für den Besuch dieser einjährigen Vollzeitbildungsgänge ist der Abschluss eines Vorvertrags oder eine entsprechende schriftliche Ausbildungsplatzzusage. Mit dem erfolgreichen Abschluss der 1BFS gew. kann unter bestimmten Voraussetzungen auch der Hauptschulabschluss erzielt werden. Nach dem Besuch der 1BFS gew. oder Vollzeitberufsschule wird die Ausbildung im 2. Ausbildungsjahr in Betrieb und Berufsschule fortgesetzt.

### Einjährige gewerbliche Berufsfachschulen

Im Schuljahr 2009/10 wurden an den 123 Einrichtungen mit einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen in

Baden-Württemberg 11 181 Schüler unterrichtet, das ist der geringste Stand innerhalb der letzten 15 Jahre. Im vorangegangenen Schuljahr waren es noch 1 017 mehr (Grafik E 2.1 (G9)). Im Schuljahr 1998/99 war in diesem Zeitraum mit 14 223 Schülern ein Maximum erreicht worden. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat die Schülerzahl in diesem Bildungsgang tendenziell abgenommen. Die einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen werden seit dem Schuljahr 2004/05 auch in privater Trägerschaft angeboten. Mit 33 Teilnehmern an zwei Einrichtungen spielen diese nur eine untergeordnete Rolle.

### Landesweit gute Versorgung

Junge Menschen erhalten ihre berufliche Grundbildung an einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen landesweit in einem flächendeckenden Netz (Grafik E 2.1 (G10)). In allen Stadt- und Landkreisen wird mindestens ein Standort mit diesem Bildungsgang angeboten. An nahezu allen Einrichtungen mit 1BFS gew. ist auch eine Berufsschule vorhanden.

### Fahrzeugtechnik ist häufigste Fachrichtung

Da die gewerbliche Berufsfachschule die Grundstufe in diversen Ausbildungen ersetzen kann, wird diese derzeit in 16 verschiedenen Fachrichtungen angeboten. Mit nahezu einem Viertel der 11 181 Teilnehmer ist die am häufigsten gewählte Fachrichtung die Fahrzeugtechnik (Grafik E 2.1 (G11)). Auch die gewerbliche Berufsfachschule für Metalltechnik mit dem Schwerpunkt Feinwerk- und Metallbautechnik ist sehr beliebt, ein Fünftel besuchte eine Einrichtung mit diesem Schwerpunkt. Jeder zehnte Berufsfachschüler hatte sich für die Fachrichtung Holztechnik entschieden.

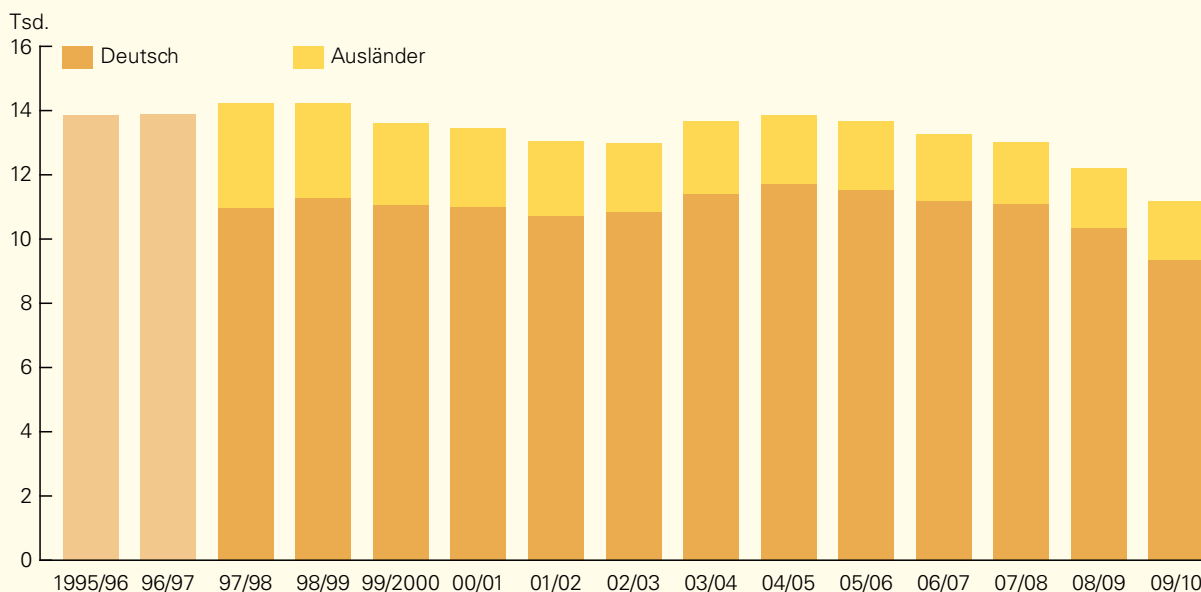
### Jungen sind deutlich in der Überzahl

In den gewerblich-technischen Bildungsgängen sind Jungen generell deutlich in der Überzahl. Demnach sind junge Frauen mit nahezu 14 % an den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen im Schuljahr 2009/10 deutlich unterrepräsentiert. Dieser Frauenanteil ist seit rund zwei Jahrzehnten recht konstant. Die Ursache hierfür dürfte die geschlechtsspezifische Berufswahl sein. Unter den einzelnen Fachrichtungen gibt es jedoch deutliche Unterschiede (Grafik E 2.1 (G11)). In den Berufsfachschulen für Textiltechnik und Bekleidung, Körperpflege und Maskenbildner werden weit überwiegend junge Frauen unterrichtet. Auch in den 1BFS gew. mit den Fachrichtungen Fotografie, Hauswirtschaft – Ernährung und Bauzeichner sind zum Teil deutlich über die Hälfte der Schüler weiblich.



## E 2.1 (G9)

### Schüler an einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1995/96 nach Nationalität



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

417 11

### Überdurchschnittlicher Ausländeranteil

Im Schuljahr 2009/10 wurden an den gewerblichen Berufsfachschulen insgesamt 1 841 Schüler unterrichtet, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Rund jeder sechste Schüler (gut 16%) ist demnach Ausländer. Gemessen an ihrem Anteil an allen beruflichen Schulen (knapp 12%) werden die einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen von überdurchschnittlich vielen ausländischen Jugendlichen zur Berufsbildung genutzt. Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist der Ausländeranteil in diesem Bildungsgang allerdings tendenziell gesunken, zum Schuljahr 1998/99 lag dieser noch bei über 20%.

### Über ein Drittel hat den mittleren Abschluss

Ähnlich wie bei den Berufsschulen ist das Bildungsniveau der Neuzugänge an den einjährigen gewerblichen Berufsfachschulen ebenfalls tendenziell angestiegen. Im Schuljahr 2009/10 konnten mit knapp drei Fünfteln die Mehrzahl der 11 181 Berufsfachschulanfänger einen Hauptschulabschluss vorweisen, vor rund fünfzehn Jahren (1995/96) hatten noch knapp zwei Drittel der Teilnehmer dieses Bildungsgangs den Hauptschulabschluss als Vorbildung.

Über ein Drittel der Jugendlichen besaß zu Beginn der Ausbildung im Schuljahr 2009/10 einen mittleren Ab-




schluss. Mit 3 803 – das entspricht 92% – hatte die überwiegende Mehrheit diesen Abschluss an einer Realschule erworben, 327 Anfänger hatten die dem Realschulabschluss entsprechende Fachschulreife an einer beruflichen Schule erworben. Der Anteil derer, die bereits bei Eintritt in eine 1BFS gew. einen mittleren Abschluss vorweisen können, ist in den letzten 15 Jahren deutlich angestiegen. Im Schuljahr 1995/96 hatte nahezu jeder Vierte den Realschulabschluss vor dem Besuch dieses Bildungsgangs erworben.

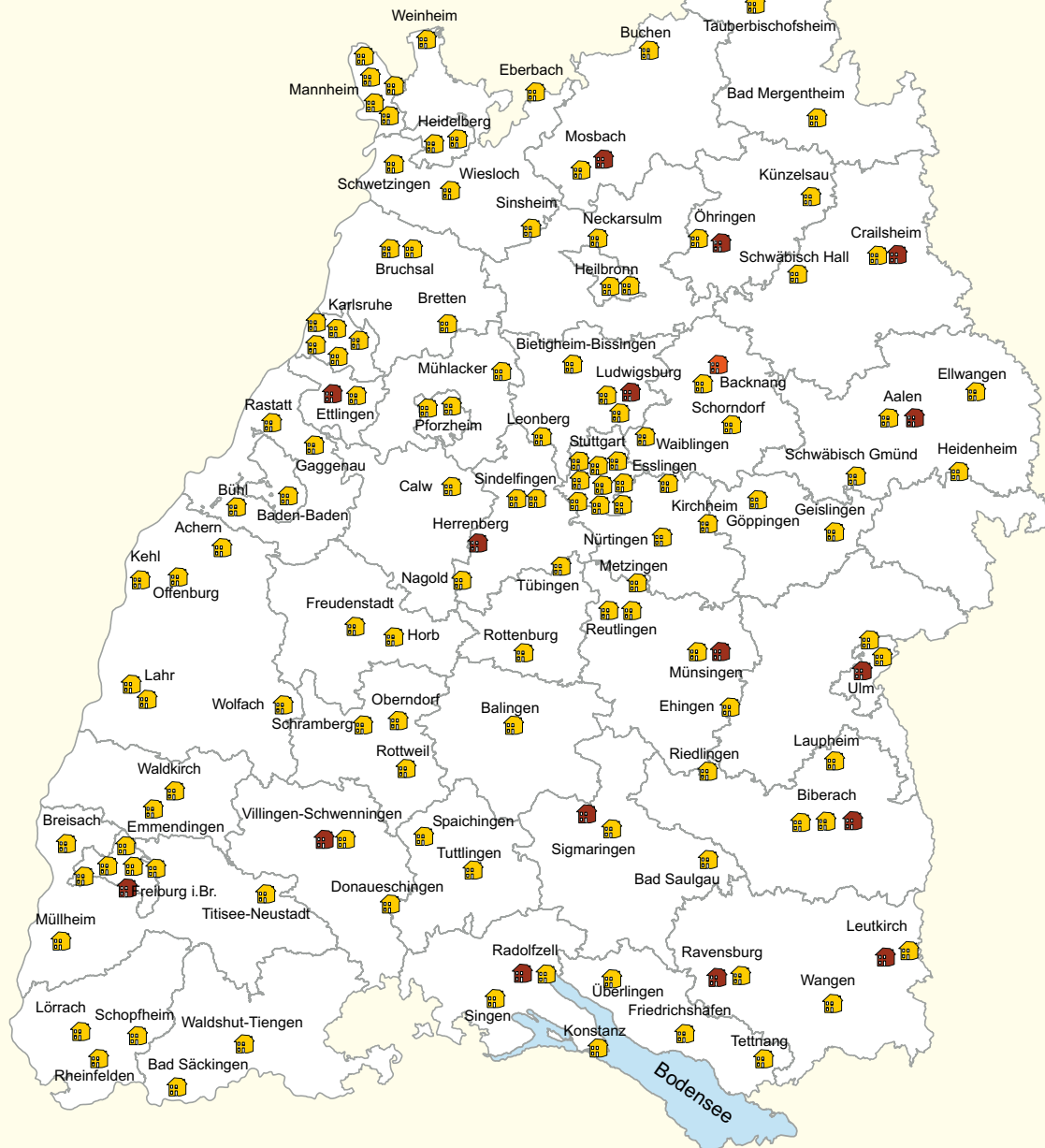
Im Schuljahr 2009/10 konnten knapp 3% der Berufsfachschüler zu Beginn die Fachhochschulreife oder die Hochschulreife vorweisen. Über die Jahre hinweg war der Anteil der Schüler mit Hochschulzugangsberechtigung an den gewerblichen Berufsfachschulen relativ konstant.

Nach wie vor werden Schüler an einer 1BFS gew. unterrichtet, die keinen Hauptschulabschluss erreicht haben. Mit 123 Jugendlichen – das entspricht einem Anteil von gut 1% – ist der Anteil der Anfänger ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2009/10 recht gering. Vor 15 Jahren waren es noch gut 7%, die ohne einen Hauptschulabschluss an den Berufsfachschulen unterrichtet wurden. Wahrscheinlich hat die Mehrheit der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zuvor das BVJ besucht, um dort ihre Ausbildungsreife zu verbessern und zusätzlich möglicherweise den Haupt-

E 2.1 (G10)

**Standorte der die duale Ausbildung ergänzenden Bildungsgänge  
in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**

-  Berufsschule für Agrarwirtschaft – Vollzeit
-  Einjährige gewerbliche Berufsfachschule – Vollzeit
-  Einjährige gewerbliche Berufsfachschule – Teilzeit



schulabschluss zu erwerben. Im Schuljahr 2009/10 waren es 423 Schüler, die vor der einjährigen gewerblichen Berufsfachschule ein BVJ besucht haben, weitere 340 Jugendliche waren zuvor an einem BEJ.

### An der Berufsfachschule kann ein Hauptschulabschluss erworben werden

Von den 12 167 Jugendlichen, die die einjährige gewerbliche Berufsfachschule im Abgangsjahr 2009 verlassen haben, haben gut 84% erfolgreich abgeschlossen. Der Anteil der erfolgreichen Absolventen hatte in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Im Abgangsjahr 1995 waren es gut 81%, die mit dem Abschluss der einjährigen Berufsfachschule ihre duale Ausbildung an einer Berufsschule fortsetzen konnten.

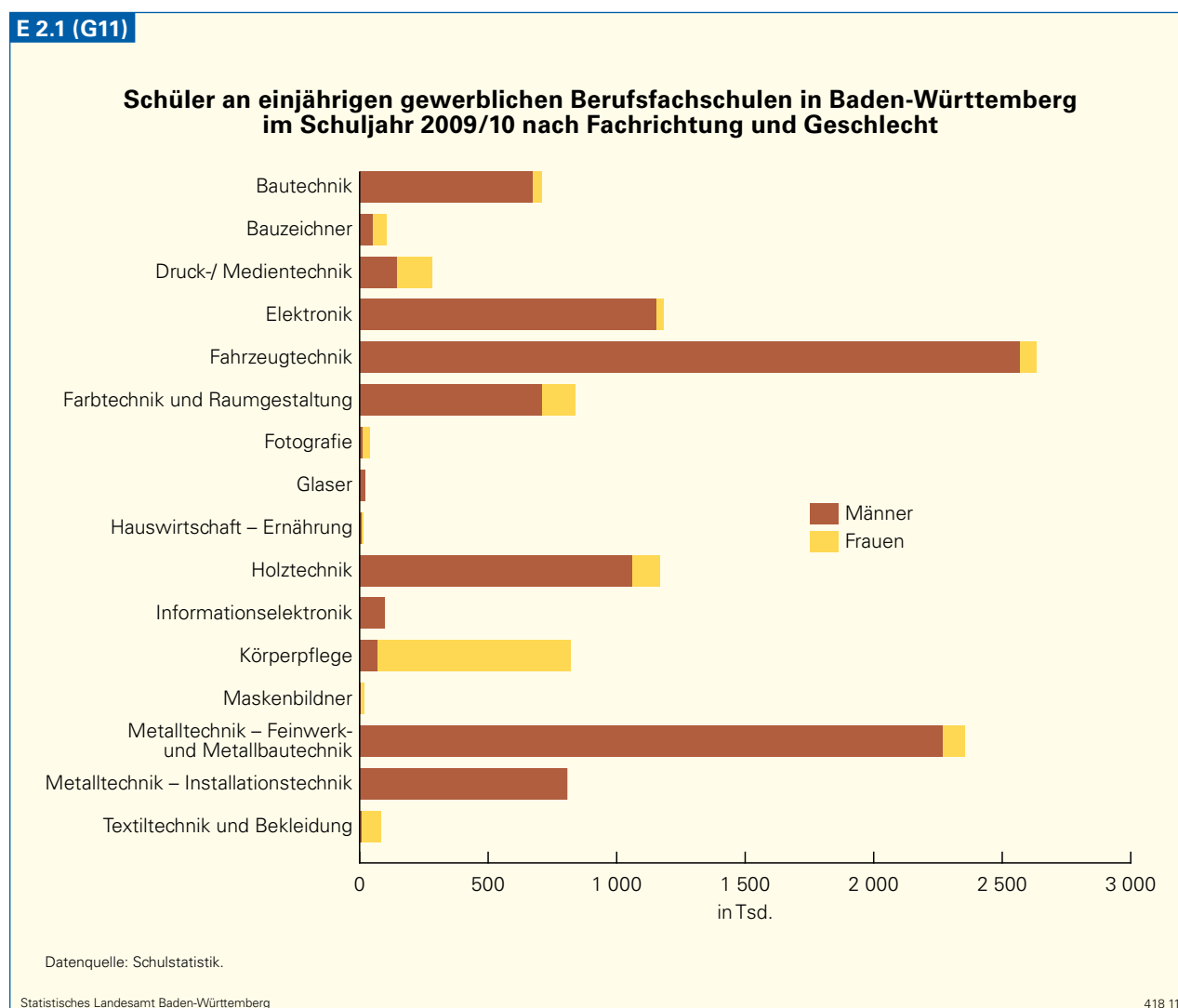
Unter bestimmten Voraussetzungen kann an einer 1BFS gew. auch ein dem Hauptschulabschluss gleichwertiger Bildungsabschluss erzielt werden. Im Abgangsjahr 2009 erreichten dies 27 Absolventen. Die

Zahl der Berufsfachschulabgänger, die hier einen Hauptschulabschluss erreichten, hat innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte tendenziell abgenommen. Zum Abgangsjahr 1995 waren es noch 149 Absolventen, die an der gewerblichen Berufsfachschule den Hauptschulabschluss erworben hatten. Damals besuchten allerdings noch wesentlich mehr Schüler ohne Hauptschulabschluss die 1BFS gew.

### Die »gewerbliche Berufsfachschule – Hauswirtschaft mit reduziertem Praxisanteil«

Die »gewerbliche Berufsfachschule – Hauswirtschaft mit reduziertem Praxisanteil« hat unter den einjährigen Berufsfachschulen eine Sonderstellung. Der zum Schuljahr 2005/06 eingeführte Schulversuch wird in Teilzeit unterrichtet und ersetzt im Ausbildungsberuf Fleischer das erste Ausbildungsjahr. Die Teilnehmer sind an zwei Tagen in der Berufsfachschule, in den drei Tagen im Betrieb kann der fachpraktische Unterricht in der betrieblichen Praxis angewendet werden.

#### E 2.1 (G11)



Im Schuljahr 2009/10 besuchten 17 Jugendliche die einzige Einrichtung mit diesem Bildungsgang in Backnang, darunter waren drei ausländische Schüler. In den letzten fünf Jahren wurden in diesem Bildungsgang durchschnittlich 18 Schüler unterrichtet. Wie bereits in den vergangenen Jahren befand sich unter den Schülern keine einzige Frau. Mit anteilig knapp zwei Dritteln konnte die Mehrheit der 17 Teilnehmer zu Beginn der Ausbildung einen Hauptschulabschluss vorweisen, nahezu ein Viertel die Mittlere Reife. Weiterhin hatten zwei Schüler bei Eintritt in diesen Bildungsgang keinen Hauptschulabschluss. Im Abgangsjahr 2009 erlangten nahezu alle 15 Abgänger ein Abschlusszeugnis. Die Abgänger der vorangegangenen Jahre waren ähnlich erfolgreich.

### Landwirtschaftliche Vollzeitberufsschule

An der landwirtschaftlichen Berufsschule in Vollzeitform wird Jugendlichen, die eine Ausbildung in der Landwirtschaft anstreben, eine berufliche Grundbildung vermittelt. Nach dem Besuch der einjährigen Berufsschule in Vollzeitform wird die Ausbildung zum Landwirt oder in landwirtschaftsnahen Berufen im dualen System fortgesetzt.

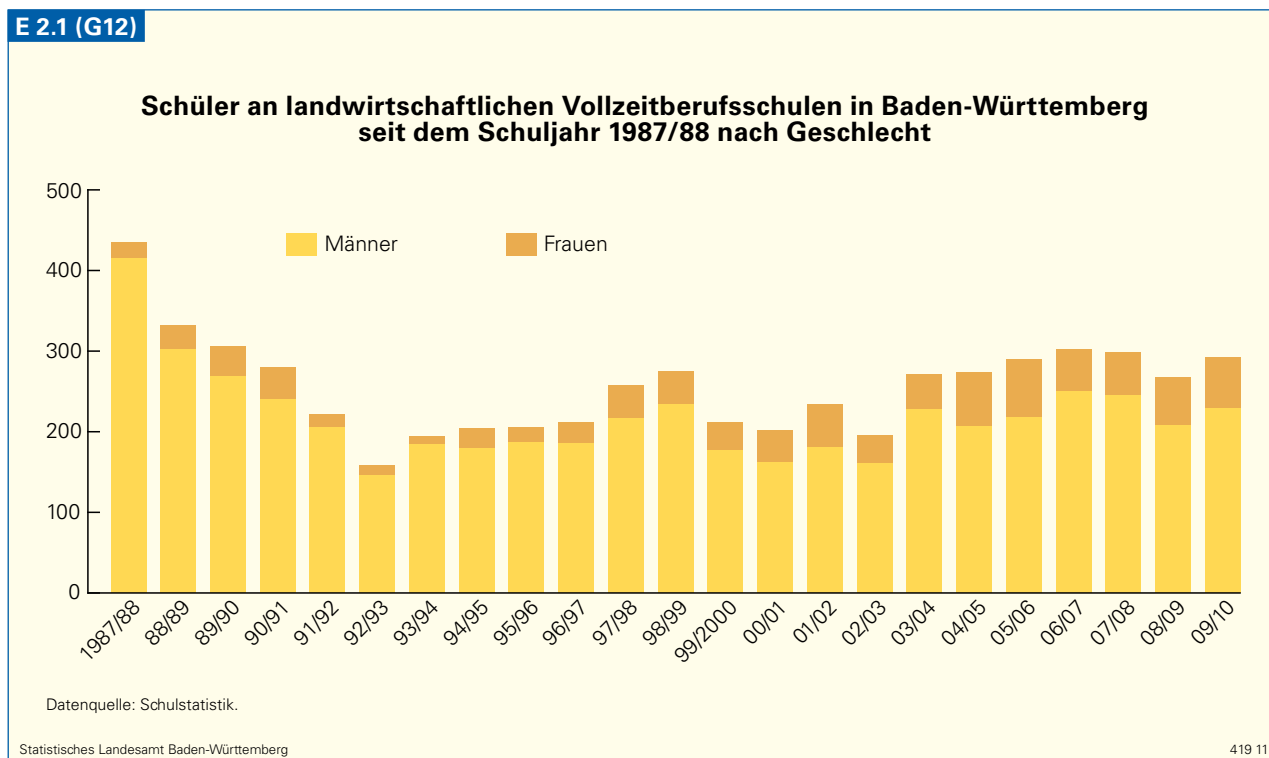
Im Schuljahr 2009/10 wurden an den 16 öffentlichen Einrichtungen mit landwirtschaftlichen Berufsschulen in Vollzeitform 293 Schüler unterrichtet. Das sind 25

mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Mit der Einrichtung der landwirtschaftlichen Berufsschulen im Schuljahr 1987/88 wurden 435 Schüler unterrichtet. Bis zum Schuljahr 1992/93 sank dann die Teilnehmerzahl stetig auf 158, um sich dann bis zum Schuljahr 1994/95 bei 200 zu etablieren. Innerhalb der darauffolgenden 15 Jahre pendelte die Schülerzahl an diesen Einrichtungen zwischen knapp 200 und 300 (Grafik E 2.1 (G12)).

### Jungen sind deutlich in der Überzahl

Die Ausbildung in einem landwirtschaftlichen Beruf scheint nach wie vor eine Domäne der Männer zu sein. Der Frauenanteil an den Vollzeitberufsschulen lag im Schuljahr 2009/10 bei knapp 22 %. Innerhalb der letzten 25 Jahre war hier der Trend ansteigend. Bei der Einführung des landwirtschaftlichen Vollzeitberufsschuljahres im Schuljahr 1987/88 lag der Frauenanteil bei 5 %. In den 90er-Jahren war rund jeder achte Schüler weiblichen Geschlechts, im letzten Jahrzehnt war der Zuspruch junger Frauen mit durchschnittlich einem Fünftel recht konstant.

Die Ausbildung zum Landwirt scheint für ausländische Jugendliche eher uninteressant zu sein. Nicht einmal 1 % der Teilnehmer hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Wahrscheinlich spielt hier die traditionelle Hofübergabe vom Vater an den Sohn oder die Tochter eine Rolle.



## Knapp die Hälfte hat einen Hauptschulabschluss

Mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft ist ein anhaltender Trend zur qualifizierten Ausbildung verbunden. Dieser spiegelt sich auch in den formal höherwertigen Abschlüssen wieder, mit denen angehende Landwirte ihre Ausbildung an einer Vollzeitschule beginnen. Von den 293 Jugendlichen, die im Schuljahr 2009/10 hier ausgebildet wurden, konnte knapp die Hälfte einen Hauptschulabschluss vorweisen. Mit gut 47 % besaßen fast ebenso viele einen mittleren Abschluss. Vor fast zwei Jahrzehnten hatten knapp drei Fünftel der Anfänger an Vollzeitberufsschulen einen Hauptschulabschluss und nahezu 40 % einen mittleren Abschluss.

Im Schuljahr 2009/10 hatten neun Vollzeitberufsschüler (gut 3 %) zu Beginn ihrer Ausbildung an einer Vollzeitberufsschule eine Hochschulzugangsberechtigung. In den letzten 20 Jahren lag die Anzahl der An-

fänger mit Hochschulzugangsberechtigung immer unter zehn Teilnehmern.

Für die landwirtschaftliche Vollzeitberufsschule ist der Hauptschulabschluss keine zwingende Voraussetzung. Vier Anfänger hatten zu Beginn ihrer Ausbildung im Schuljahr 2009/10 keinen Hauptschulabschluss. Tendenziell ist hier die Anzahl der Anfänger ohne Hauptschulabschluss gesunken, im Schuljahr 1995/96 waren es noch zehn. Von den Neuzugängen mit Hauptschulabschluss hatten zehn zuvor ein BVJ oder BEJ besucht.

## Abgänger sind erfolgreich

Die Abgänger der landwirtschaftlichen Vollzeitberufsschule absolvieren die berufliche Grundbildung überwiegend mit Erfolg. Gut 94 % der 281 Abgänger im Schuljahr 2009/10 waren erfolgreich und können ihre duale Ausbildung in einem landwirtschaftlichen Beruf fortsetzen.

## Friedrich-Ebert-Schule, Esslingen am Neckar

Die Vielzahl der Möglichkeiten, die das berufliche Schulsystem in Baden-Württemberg im Hinblick auf den Erwerb allgemein bildender und beruflicher Qualifikationen bietet, kann anhand der Friedrich-Ebert-Schule (FES) in Esslingen am Neckar beispielhaft aufgezeigt werden.

Die FES ist eine gewerbliche Schule, an der im Schuljahr 2009/10 von 119 Lehrern 2 258 Schüler unterrichtet wurden. Schwerpunkte bilden die Bereiche Metall- und Elektrotechnik, weitere Bereiche sind die Fahrzeugtechnik und die Körperpflege. An der FES finden sich sowohl die Berufsschulen dieser Richtungen als auch mehrere gewerbliche, gewerblich-technische oder technische Bildungsgänge in Vollzeit.

Im Schuljahr 2009/10 umfasste die Gruppe der Berufsschüler 1 632 junge Frauen und Männer. Von diesen absolvierten 622 eine Ausbildung in der Metalltechnik, 614 in der Elektrotechnik, 210 in der Körperpflege und 186 in der Fahrzeugtechnik. Hierbei ist die FES Partner im dualen Ausbildungssystem bei folgenden Ausbildungsgängen: In der Metalltechnik werden Industriemechaniker, Technische Zeichner, Werkzeugmechaniker, Teilezurichter, Maschinen- und Anlagenführer, Konstruktionsmechaniker und Zerspanungsmechaniker ausgebildet. Im Bereich der Elektrotechnik sind Fachklassen für Elektroniker in den Fachrichtungen Geräte und Systeme, Energie- und Gebäudetechnik, Informations- und Telekommunikationstechnik und Betriebstechnik eingerichtet. Des Weiteren besuchen Auszubildende zum Kfz-Mechatroniker oder zum Friseur die FES.

An den Vollzeitschulen der FES finden Absolventen der allgemein bildenden Schulen eine Vielzahl von Angeboten, welche vom Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) bis hin zum beruflichen Gymnasium reichen. 626 Schüler besuchten einen der Bildungsgänge im Vollzeitunterricht:

Das gewerbliche BVJ richtet sich an Schüler ohne Hauptschulabschluss. In diesem berufsvorbereitenden Bildungsgang ist es möglich, durch eine Zusatzprüfung eine dem Hauptschulabschluss entsprechende





Qualifikation zu erwerben. Des Weiteren bietet die FES das Berufseinstiegsjahr (BEJ) an, in welchem Schüler mit Hauptschulabschluss auf den Berufseinstieg vorbereitet werden.

Schüler mit Hauptschulabschluss können an der FES eine einjährige Berufsfachschule in verschiedenen Richtungen der Metalltechnik, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik oder in der Fahrzeugtechnik besuchen, an welcher sie in Vollzeit wichtige Grundlagen des Berufsfelds erlernen. Mit Hauptschulabschluss ist es an der FES außerdem möglich, eine zweijährige gewerblich-technische Berufsfachschule mit den Fachrichtungen Metall- bzw. Elektrotechnik zu besuchen, an der ein mittlerer Bildungsabschluss erworben werden kann. Zum Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses dient außerdem die gewerblich-technische Berufsaufbauschule, die sich an Schüler mit Hauptschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung richtet und ein Jahr in Vollzeitunterricht umfasst.

Für Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss eröffnet sich die Möglichkeit des Technischen Berufskolleg I, welches Schüler auf die Anforderungen in der gewerblich-technischen Arbeitswelt vorbereitet. Wer über einen Realschulabschluss und eine abgeschlossene Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich verfügt, kann das einjährige Berufskolleg gewerblicher Richtung zum Erwerb der Fachhochschulreife absolvieren.

Das Technische Gymnasium mit den Profilen *Technik* und *Technik und Management* ermöglicht als berufliches Gymnasium in drei Schuljahren das Erlangen der allgemeinen Hochschulreife. Es setzt den mittleren Bildungsabschluss voraus.

Zusätzlich zu den berufsqualifizierenden und den zu allgemein bildenden Abschlüssen führenden Bildungsgängen bestehen an der FES verschiedene Angebote der beruflichen Weiterbildung. Der Besuch einer Fachschule für Technik (Fachrichtung Maschinentechnik) und von Meisterkursen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung des Handwerks ist in Vollzeit- und Teilzeitform möglich.

Die FES zeichnet sich nicht nur durch die Vielzahl an möglichen Bildungsgängen aus, sondern unter anderem durch zwei Besonderheiten:

Am Technischen Gymnasium der FES besteht eine Bildungspartnerschaft mit einem mittelständischen Automobilzulieferer. Im Rahmen dieser Kooperation lernen die Schüler praxisnahes Projektmanagement anhand von Projekten, die der Bildungspartner bereitstellt. Die beteiligten Schüler arbeiten zu bestimmten Zeiten im Unternehmen und gewinnen Lernerfahrungen in einem betrieblichen Umfeld. Mitarbeiter des Unternehmens kommen an die Schule und ergänzen den Unterricht aus der Perspektive des Praktikers.

Eine weitere Besonderheit der FES ist die eingerichtete Vortragsreihe »Politiker zum Anfassen«, ein über die sonstigen schulischen Aktivitäten hinausreichendes Angebot der gesellschaftspolitischen Bildung, das sich an alle Schüler richtet. Im Rahmen dieser Vortragsreihe kommen regelmäßig prominente Politiker und Wirtschaftsvertreter des Landes Baden-Württemberg an die FES, halten Impulsvorträge zu vereinbarten Themen und stellen sich den Fragen der Schüler.

## E 2.2 Ausbildung in Betrieben

Durch die 2007 erfolgte Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdatenerfassung sind weitreichende Änderungen eingeleitet worden. Mittels der bisherigen, auf aggregierten Daten beruhenden Statistiken konnten deskriptive Analysen globaler Entwicklungen unternommen werden. Die einzelnen Merkmale waren jedoch nicht frei miteinander kombi-

nierbar. Mit der Umstellung von der Aggregatdaten- auf eine Individualdatenerhebung stehen nun weitreichende Analysemöglichkeiten zur Verfügung.

### E 2.2.1 Ausbildungsberufe

Gegenwärtig umfasst das System der dualen Berufsausbildung 349 nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und

Handwerksordnung (HwO) anerkannte Ausbildungsberufe, die den sechs Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Hauswirtschaft zugeordnet sind.<sup>5</sup> Innerhalb des Bereichs Industrie und Handel werden gewerbliche und kaufmännische Richtungen unterschieden, im Ausbildungsbereich Handwerk die handwerklichen, die kaufmännischen und die sonstigen Ausbildungsberufe. Die *Ausbildungsbereiche* umfassen jeweils eine unterschiedliche Zahl von *Berufsgruppen*, die wiederum in einzelne *Ausbildungsberufe* – teilweise mit verschiedenen Fachrichtungen – differenziert sind. Der überwiegende Teil der nach BBiG und HwO anerkannten Ausbildungsberufe – 256 Berufe – sind allerdings Monoberufe.

In der vergangenen Dekade wurden 203 Berufe modernisiert und 64 neue Berufe entwickelt. Somit wurden insgesamt 267 Ausbildungsberufe entsprechend des veränderten Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft neu geordnet.

### Zweijährige Ausbildungsberufe und Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Laut BBiG soll die Dauer der Berufsausbildung grundsätzlich nicht länger als drei und nicht weniger als zwei Jahre betragen, wobei Ausnahmen nach oben und unten möglich sind. Die zweijährigen Ausbildungsgänge sind theoriegemindert. Im Jahr 2009 wurden 9 516 Auszubildende in einem dieser Berufe ausgebildet, was einem Anteil von 4,5% an allen Auszubildenden entspricht. Die überwiegende Mehrzahl der 40 anerkannten zweijährigen Berufe sieht die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildungszeit in einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Beruf vor.

Menschen mit Behinderung sollen ebenso wie nicht behinderte in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Das BBiG und die HwO geben hierfür den gesetzlichen Rahmen für die dualen Berufsausbildungen vor. Wenn aufgrund der Schwere oder der Art der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Beruf nach § 4 BBiG nicht möglich ist, treffen die zuständigen Stellen auf Antrag spezielle Ausbildungsregelungen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Entsprechende Ausbildungsgänge sind im Handwerk, der Industrie, der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft vorhanden. Teilweise werden diese Ausbildungen auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten absolviert. Sie orientieren sich mehrheitlich an

anerkannten Ausbildungsberufen mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten, sind in der Regel jedoch theoriereduziert.

#### i

### Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) definiert folgende Strukturmerkmale der Ausbildungsberufe:

*Monoberufe* beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist (zum Beispiel Uhrmacher, Maurer, Bäcker).

*Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung* sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne berufsspezifische Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten oder Fachrichtungen. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt die Differenzierung über *Fachrichtungen*. Das dritte Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen (zum Beispiel Metallbauer mit den Fachrichtungen Nutzfahrzeugbau, Metallgestaltung und Konstruktionstechnik).

Die Differenzierung nach *Schwerpunkten* berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im zweiten und dritten Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als sechs Monate der gesamten Ausbildungszeit (zum Beispiel Kraftfahrzeugmechatroniker mit den Schwerpunkten Personenkraftwagentechnik, Nutzfahrzeugtechnik, Motorradtechnik und Fahrzeugkommunikationstechnik).

Die Verwendung von *Wahlqualifikationen* kommt vor allem in Betracht, wenn die Branche hoch spezialisiert ist, jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und neben Fachrichtungen noch weiter differenziert werden muss.

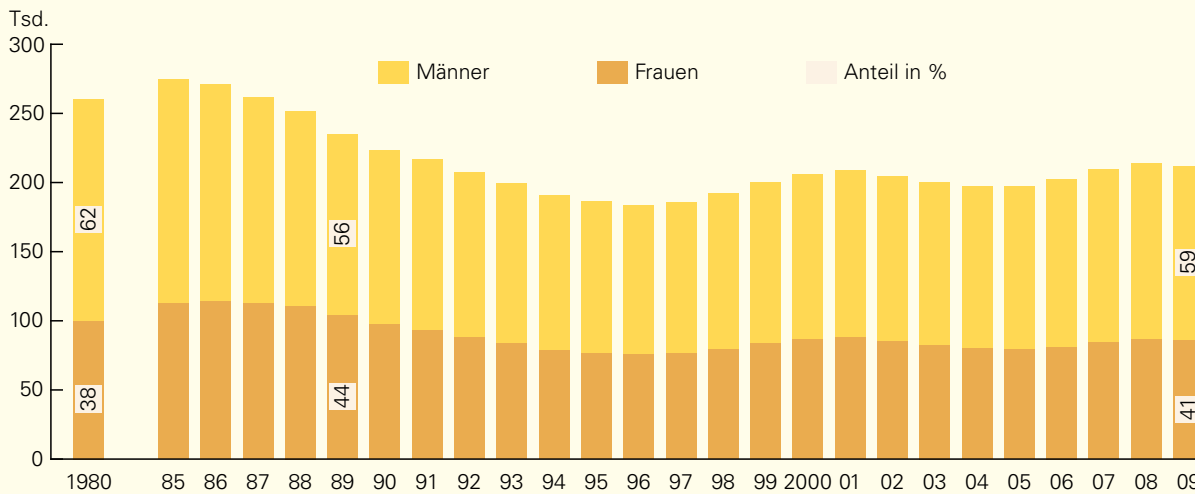
### E 2.2.2 Auszubildende

Im Jahr 2009 befanden sich in Baden-Württemberg 211 800 Jugendliche und Erwachsene in einem Auszubildendenverhältnis. Mitte der 80er-Jahre wurde mit knapp

<sup>5</sup> Ein weiterer, in Baden-Württemberg jedoch nicht vorhandener siebter Ausbildungsbereich, ist die Seeschifffahrt.

## E 2.2 (G1)

## Auszubildende in Baden-Württemberg seit 1980 nach Geschlecht



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

448 11

275 000 Auszubildenden ein Höchststand im Land erreicht. Im Verlauf der darauf folgenden zehn Jahre reduzierte sich diese Zahl um ein Drittel auf rund 184 000 besetzte Ausbildungsplätze. Mit dem Ausbildungsjahr 1997 setzte ein kontinuierlicher Zuwachs auf ein zwischenzeitliches Hoch von fast 209 000 Auszubildenden im Jahr 2001 ein, dem wiederum ein leichter Rückgang folgte. Seit 2005 ist ein ansteigender Trend zu verzeichnen, der bis zum Jahr 2008 anhielt, in dem sich 213 708 Personen – knapp 2 % mehr als im Vorjahr – in einer beruflichen Ausbildung befanden. 2009 wurden mit 211 800 Verträgen erstmals wieder weniger Auszubildende gezählt.<sup>6</sup> Diese Entwicklung ist auf den Rückgang der Vertragsneuabschlüsse zurückzuführen (vgl. **Kapitel E 2.2.3**).

5 437 Menschen mit Behinderung absolvierten einen Ausbildungsgang nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO – dies entspricht 2,6 % aller Auszubildenden.

### Gut 40 % der Auszubildenden sind weiblich

2009 absolvierten 86 023 junge Frauen eine Berufsausbildung. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden stieg bis Ende der 80er-Jahre von 38 % auf 44 %. Seit-

dem fiel er kontinuierlich, bis er sich auf einen Wert von rund 40 % in den letzten Jahren einpendelte (Grafik E 2.2 (G1)). Dem Rückgang der weiblichen Auszubildenden im dualen System steht der Zuwachs des Anteils junger Frauen bei den Studienanfängern gegenüber, der von 40 % in den 80er-Jahren auf über 48 % im Wintersemester 2009/10 angestiegen ist.

### Sinkender Anteil ausländischer Auszubildender

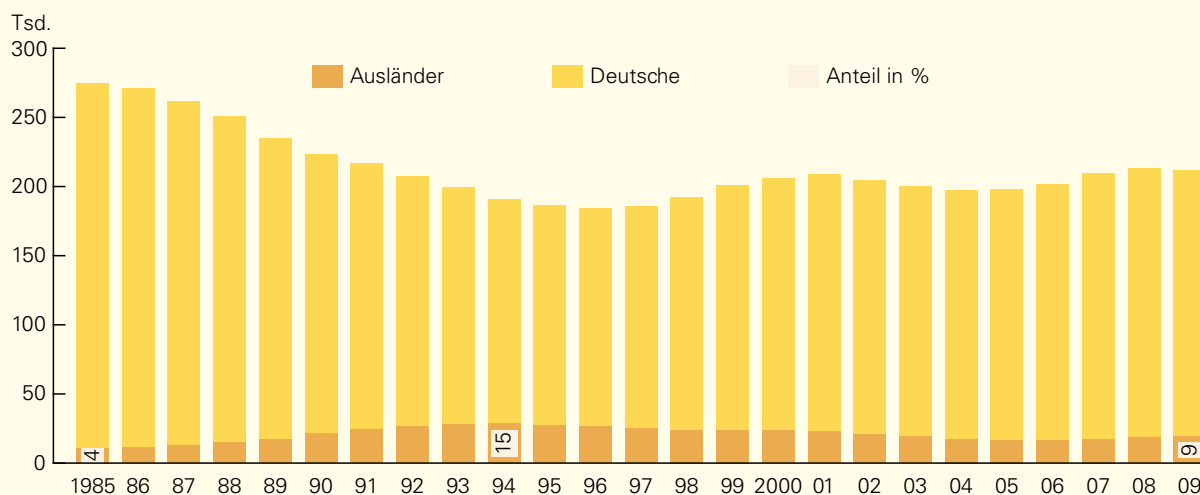
Der Anteil der ausländischen Auszubildenden vervierfachte sich zwischen 1985 und 1994 nahezu von 4 % auf 15 %. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem stark wachsenden Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg zwischen Mitte der 80er- und Mitte der 90er-Jahre. 1994 wurde – trotz des starken Rückgangs der Ausbildungsplätze insgesamt – mit rund 28 400 Auszubildenden nicht-deutscher Staatsangehörigkeit der absolute Höchstwert erreicht. Seit diesem Jahr nimmt deren Zahl und Anteil kontinuierlich ab und schwankt seit Mitte der 2000er-Jahre zwischen 8 % und 9 % (Grafik E 2.2 (G2)). Möglicherweise macht sich hier die im Jahr 2000 vollzogene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts bemerkbar. Alle in Deutschland geborenen Kinder sind seitdem mit ihrer Geburt Deutsche, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in der Bundesrepublik lebt. Bis zum 23. Lebensjahr können diese Kinder und jungen Erwachsenen eine doppelte Staatsangehörigkeit führen. So betrug der Ausländeranteil der 18- bis unter

<sup>6</sup> Auszubildender ist, wer am Stichtag 31.12. des Berichtsjahres seinen Vertrag nicht vorzeitig gelöst hat, das Ausbildungsende in der Zukunft liegt und noch keine bestandene Prüfung aufweist.



## E 2.2 (G2)

## Auszubildende in Baden-Württemberg seit 1985 nach Staatsangehörigkeit



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

449 11

25-Jährigen im Jahr 1995 noch rund 22%; seitdem ging er auf nunmehr knapp 14% im Jahr 2009 zurück.

Die größte Teilgruppe der 18 927 Auszubildenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellten im Jahr 2009 die türkischen Auszubildenden mit 7 315 Ausbildungsverträgen, gefolgt von den italienischen mit 3 743 Verträgen. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden in Industrie und Handel entsprach bei 9 689 Verträgen in etwa dem Durchschnittswert von 8% der mit ausländischen Auszubildenden abgeschlossenen Verträge insgesamt. Im Handwerk waren 6 649 ausländische Auszubildende beschäftigt, in den Freien Berufen absolvierten 2 174 Ausländer eine Ausbildung, was einem überproportional großen Anteil von rund 12% bzw. 14% in diesen Zuständigkeitsbereichen entsprach.

### Industrie und Handel stellen die meisten Ausbildungsplätze

Mit 126 883 Auszubildenden im Jahr 2009 umfasste der Ausbildungsbereich Industrie und Handel knapp 60% aller Ausbildungsverträge (Grafik E 2.2 (G3)). Den größten Anteil darunter bildete die Berufsgruppe Metalltechnik mit 33 554 Auszubildenden. Nur 2 654 – rund 8% – davon waren weiblich.

In der Berufsgruppe Handel hingegen, dem mit 24 315 Verträgen zweitgrößten Teilsegment, bildeten die weiblichen Auszubildenden die Mehrzahl. Auf den

gesamten Ausbildungsbereich bezogen lag der Anteil der männlichen Auszubildenden bei 61%. Frauen sind somit deutlich unterrepräsentiert (Tabelle E 2.2 (T1) im Anhang).

Im Ausbildungsbereich Handwerk wurden 57 423 Verträge gezählt. Davon nehmen die Metallhandwerke den größten Anteil ein. Hier sind, ebenso wie bei der Mehrzahl der weiteren Berufsgruppen, kaum weibliche Auszubildende zu finden. Lediglich bei den Berufen der Gesundheits- und Körperpflege, Chemie und Reinigung, sowie bei den kaufmännischen Ausbildungen des Handwerks, stellen die Frauen die deutliche Mehrheit.

Die anderen Ausbildungsbereiche – Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Hauswirtschaft – sind mit zusammen rund 27 500 Auszubildenden wesentlich kleiner. Hier sind, mit Ausnahme der Landwirtschaft, die weiblichen Auszubildenden stark überrepräsentiert – am deutlichsten bei den Freien Berufen mit einem Anteil von 97%.

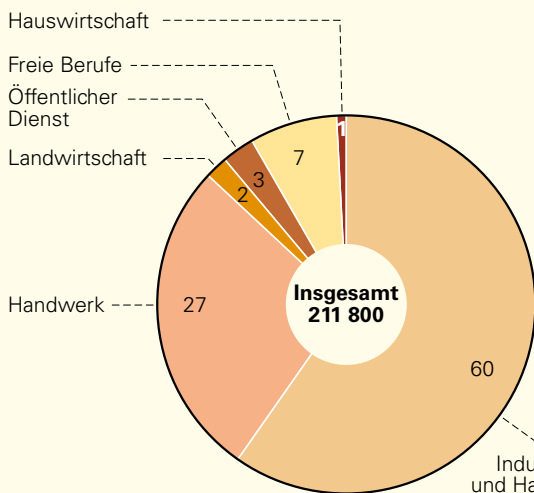
### Strukturwandel der Arbeitswelt bildet sich in der Ausbildung ab

In den vergangenen 15 Jahren haben sich deutliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Ausbildungsbereichen vollzogen. Konnte Mitte der 90er-Jahre noch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Fertigungs- und Dienstleistungsberufen festgestellt werden, hat sich eine deutliche Verschiebung zugunsten des

## E 2.2 (G3)

### Auszubildende in Baden-Württemberg 2009 nach Ausbildungsbereichen

Anteile in %



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

450 11

Dienstleistungssektors eingestellt. Dies wird im Vergleich des Ausbildungsplatzangebots zwischen Industrie und Handel und dem Handwerk deutlich. Der Anteil der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich Industrie- und Handelskammern, der 1995 noch bei 50 % lag, ist bis 2009 um 10 Prozentpunkte angewachsen. Die in den Handwerkskammern organisierten Betriebe, bei denen Mitte der 90er-Jahre noch rund jeder dritte Ausbildungsplatz angesiedelt war, bieten nunmehr nur noch gut ein Viertel der Ausbildungsplätze an. Der Anteil der Freien Berufe hat sich in diesem Zeitraum von 11 % auf 7 % verringert.

### Beliebteste Ausbildungsberufe: Industriemechaniker und Kauffrau im Einzelhandel

Die »Hitliste« der 20 beliebtesten Ausbildungsberufe führen bei den männlichen Auszubildenden der Industriemechaniker und der Kraftfahrzeugmechatroniker an, gefolgt vom Kaufmann im Einzelhandel. Bei den weiblichen Auszubildenden dominieren die kaufmännischen Berufe Kauffrau im Einzelhandel und Industriekauffrau, an dritter Stelle die Verkäuferin (Grafik E 2.2 (G4)). Insgesamt begannen 24 805 männliche Auszubildende im Jahr 2009 einen Beruf aus der Gruppe der beliebtesten Ausbildungsgänge – mit 57 % sind dies mehr als die Hälfte aller Neuverträge von Männern. Bei den weiblichen Auszubildenden sind es sogar nahezu drei von vier jungen Frauen – 74 % – die einen Beruf aus

der Favoritengruppe gewählt haben. 24 012 weibliche Auszubildende begannen dort ihre Ausbildung.

Die Berufswahlpräferenzen der männlichen Auszubildenden veränderten sich in den zurückliegenden fünf Jahren nur wenig. Die drei Spitzenplätze blieben unverändert, die Plätze vier und fünf allerdings – 2004 noch von den Berufen Koch und Anlagenmechaniker besetzt – haben nun die Mechatroniker und Elektroniker inne. Bei den weiblichen Auszubildenden haben im Vergleich zum Jahr 2004 die Kauffrau im Einzelhandel und die Industriekauffrau die Spitzenpositionen getauscht. Vom zehnten auf den dritten Platz vorgerückt ist der Beruf Verkäuferin. Insgesamt sind jedoch dieselben Berufe in den Ranglisten der beiden Vergleichsjahre vertreten.

### Wachsende Anzahl außerbetrieblicher Ausbildungsverträge

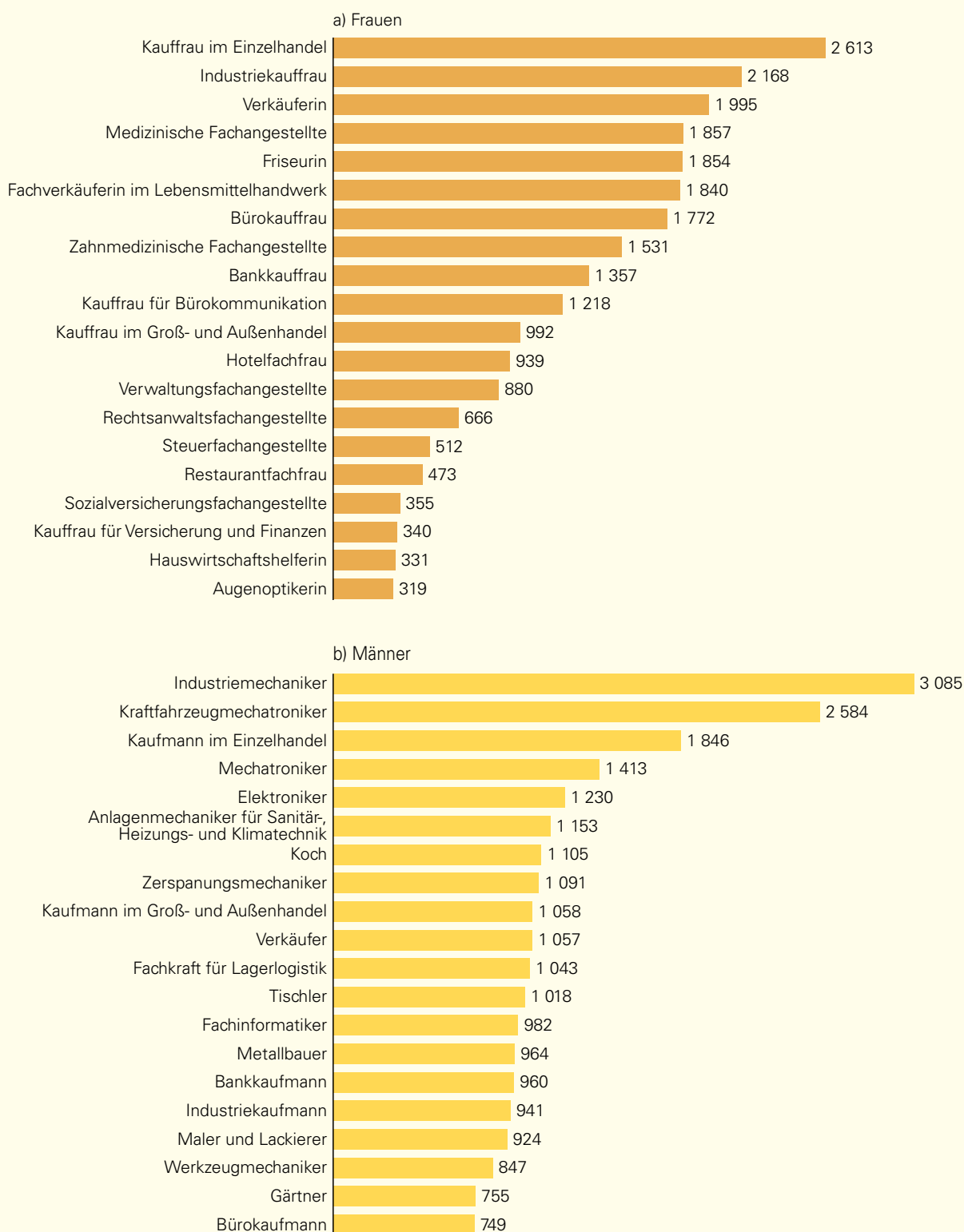
Im dualen System der Berufsausbildung ist die Ausbildung auf die beiden Lernorte Betrieb und Berufsschule verteilt. In der Regel tragen die ausbildenden Unternehmen bzw. Verwaltungen den größten Teil der Ausbildungskosten selbst. Daneben gibt es einen Anteil von Ausbildungsplätzen, der aus öffentlichen Mitteln – hauptsächlich der Bundesagentur für Arbeit – finanziert wird. Sie richten sich insbesondere an lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, die einer intensiven sozialpädagogischen Begleitung bedürfen, sowie als berufliche Eingliederungsmaßnahme an Jugendliche mit einer Behinderung. Die Ausbildungsverträge werden in diesen Fällen mit einem außerbetrieblichen Träger der Berufsausbildung abgeschlossen. Zum Stichtag 31.12.2008 absolvierten 12 497 Jugendliche – 2 369 mehr als im Vorjahr – ihre Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung. Somit ist der Anteil der Auszubildenden, die ihre Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen absolvieren, seit 1999 von 3,9 % auf nunmehr 5,8 % angewachsen.<sup>7</sup>

Der größere Teil der außerbetrieblichen Ausbildungsgänge umfasst die Ausbildung behinderter Menschen (besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung Rehabilitation – Reha-bMA). Im Jahr 2008 wurden hier 7 272 Verträge gezählt. 5 225 Verträge können der Ausbildung sozial benachteiligter Jugendlicher (Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen – BaE) zugeordnet werden. Der schulische Teil der Berufsausbildung erfolgt hier häufig an Sonderberufsschulen (vgl. Kapitel E 3).

<sup>7</sup> Datenquelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010, S. 126

## E 2.2 (G4)

### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den 20 am häufigsten von Frauen bzw. Männern gewählten Ausbildungsberufen in Baden-Württemberg 2009



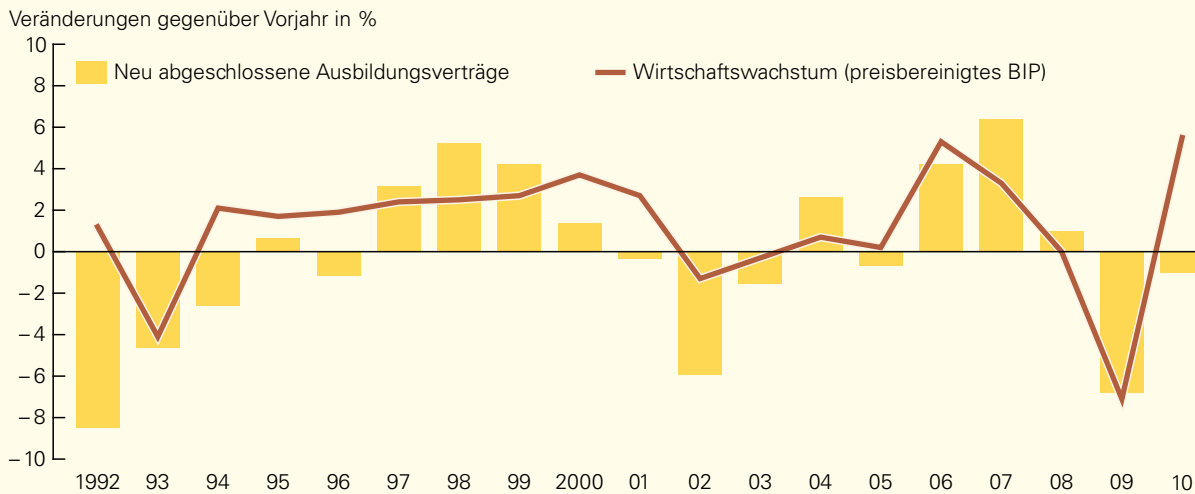
Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

451 11

## E 2.2 (G5)

### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg seit 1992



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

452 11

#### E 2.2.3 Neu abgeschlossene Verträge

Die Zahl der Ausbildungsplätze und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge<sup>8</sup> im dualen System ist von wirtschaftlichen und konjunkturellen Faktoren abhängig. Grafik E 2.2 (G5) zeigt die prozentuale Veränderung des BIP und der Neuverträge gegenüber dem jeweiligen Vorjahr seit 1992 für Baden-Württemberg. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklung der Vertragsabschlüsse in den meisten Jahren ähnlich wie die Konjunkturverläufe verläuft, die Ausschläge bei den Ausbildungsplätzen – nach oben, wie nach unten – jedoch oft deutlicher ausfallen.

#### Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt auf den Ausbildungsmarkt durch

Ähnlich wie bei der Gesamtzahl der Ausbildungsplätze verlief die Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Verträgen. Nach einem andauernden Rückgang bis Mitte der 90er-Jahre setzte – bei leichten Schwankungen – ein ansteigender Trend ein. Im Jahr 2008 wurden 81 809 Ausbildungsverträge neu

abgeschlossen – 800 oder rund 1 % mehr als im Vorjahr.

Während zwischen 2003 und 2008 die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge kontinuierlich gestiegen ist, war 2009 ein starker Rückgang um fast 7 % auf nunmehr 76 249 Neuverträge zu verzeichnen (Tabelle E 2.2 (T1) im Anhang). Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung waren 2 665 Neuabschlüsse außerbetriebliche Ausbildungsverträge.

#### 2009: Rückgang der Ausbildungsplätze in Industrie und Handel, Handwerk und Freien Berufen – leichter Anstieg im Öffentlichen Dienst

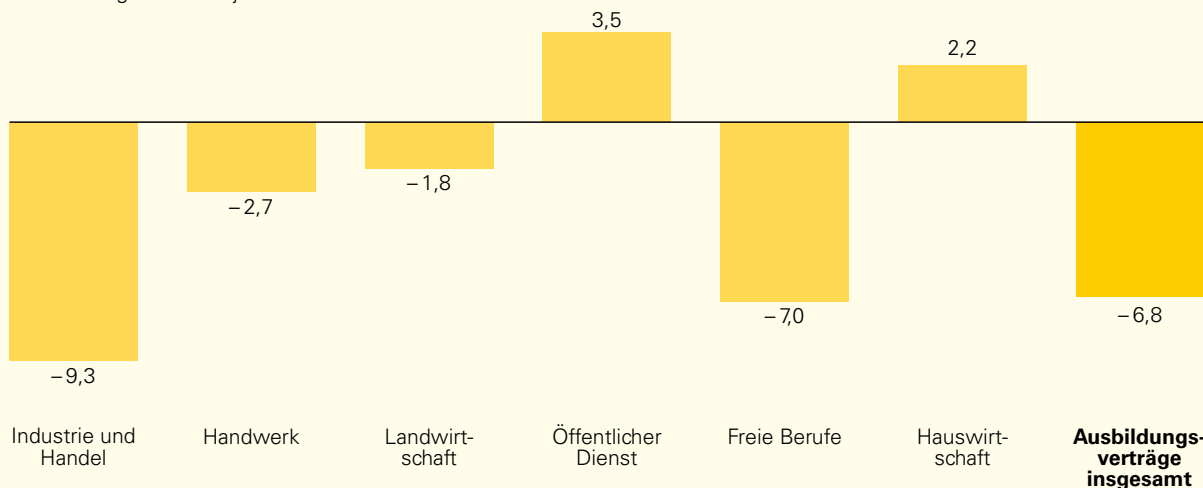
Die positive Bilanz bei den Neuverträgen war in den letzten Jahren insbesondere auf die Entwicklung im Bereich Industrie und Handel zurückzuführen. 2008 wurde dort ein Plus von annähernd 4 % Neuabschlüssen erreicht. Im Jahr 2009 war jedoch ein – gemessen an der Gesamtentwicklung – überproportionaler Rückgang von über 9 % zu verzeichnen. Lediglich 45 166 Verträge wurden neu abgeschlossen – dies waren 4 622 Abschlüsse weniger als im Vorjahr (Grafik E 2.2 (G6)). Der Rückgang fiel im Handwerk bei 21 586 Neuverträgen – ein Minus von knapp 3 % – und in der Landwirtschaft bei 1 621 Neuverträgen mit einem Rückgang von fast 2 % deutlich geringer aus. Die Freien Berufe hatten mit 5 201 neuen Abschlüssen einen Verlust von 7 % zu verzeichnen. Ein Anstieg vollzog sich

<sup>8</sup> Gezählt werden Ausbildungsverträge, die im Berichtsjahr neu abgeschlossen, angetreten und nicht im Berichtsjahr wieder vorzeitig gelöst wurden. Die Zahlen beziehen sich auf die Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen in Berufen, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) anerkannt sind.

## E 2.2 (G6)

### Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg 2009 nach Ausbildungsbereichen

Veränderungen zum Vorjahr in %



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

453 11

mit 2 034 Vertragsabschlüssen im Öffentlichen Dienst – eine Steigerungsrate von 3,5% – und, mit stark 2% in geringerem Umfang, in der Hauswirtschaft, die 641 Neuverträge zählte.

Zwischen den Regionen in Baden-Württemberg variiert die absolute Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erheblich. Die regionale Zuordnung erfolgt hierbei nach dem Ort der Ausbildungsstätte. Die relativen Anteile der sechs großen Ausbildungsbereiche verteilen sich hingegen relativ gleichmäßig (Grafik E 2.2 (G7)).

Entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung und wirtschaftlichen Bedeutung dominiert die Region Stuttgart – die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und die Landeshauptstadt – mit 17 568 neu abgeschlossenen Verträgen im Jahr 2009. Es folgen die Region Rhein-Neckar mit 7 666 und Südlicher Oberrhein mit 7 514 Neuabschlüssen. Die geringste Zahl an Neuverträgen hat mit 3 438 Abschlüssen Ostwürttemberg zu verzeichnen.

#### Wachsender Anteil der Neuabschlüsse bei zweijährigen Ausbildungen

Die meisten Berufe von zweijähriger Ausbildungsdauer bieten Anschluss- oder Anrechnungsmöglichkeiten für drei- und dreieinhalbjährige Ausbildungsgänge. Gut 5 100 neue Ausbildungsverträge – knapp 7% aller Neuverträge

– wurden 2009 in zweijährigen Berufen abgeschlossen. Fünf Jahre zuvor waren es lediglich halb so viele. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren vermehrt neue nach § 4 BBiG anerkannte Ausbildungsberufe von zweijähriger Dauer konzipiert wurden, deren Anzahl auf 40 angewachsen ist. Die Zahl der zweijährigen Berufe, die auf drei- bzw. dreieinhalbjährige Ausbildungsgänge angerechnet werden können, hat sich von zwölf auf nunmehr 22 fast verdoppelt. Zudem hat sich die Zahl der Neuverträge in den bereits länger bestehenden zweijährigen Berufen deutlich nach oben entwickelt.

Die zweijährigen Ausbildungsgänge sind fast vollständig im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel angesiedelt – gut 4 900 neue Ausbildungsverträge wurden dort gezählt. Der bei Weitem am häufigsten gewählte Ausbildungsgang in diesem Segment ist der Beruf Verkäufer, den 3 048 Personen – zwei Drittel davon junge Frauen – im Jahr 2009 neu begonnen haben; 2003 waren es lediglich 1 471 Neuabschlüsse.







#### Spezielle Ausbildungsgänge für Menschen mit Behinderung werden überwiegend im Handwerk und in der Hauswirtschaft angeboten

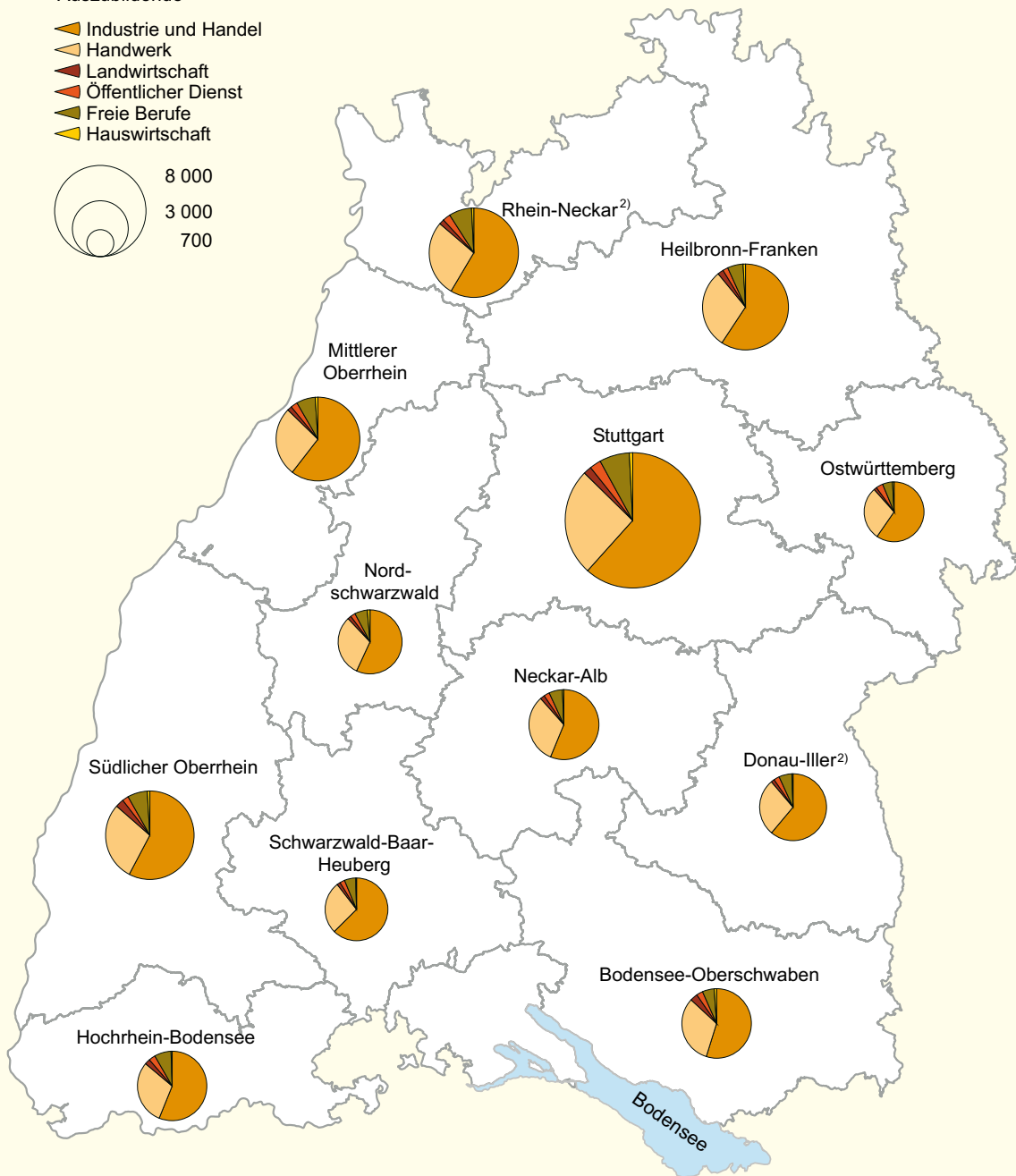
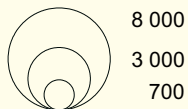
2 136 Neuverträge – knapp 3% aller Neuabschlüsse – wurden 2009 in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO unterzeichnet. Trotz der rückläufigen Zahl an Neuverträgen

E 2.2 (G7)

**Auszubildende\*) mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag in den Regionen Baden-Württembergs 2009 nach Ausbildungsbereichen und Ort der Ausbildungsstätte**

Auszubildende<sup>1)</sup>

-  Industrie und Handel
-  Handwerk
-  Landwirtschaft
-  Öffentlicher Dienst
-  Freie Berufe
-  Hauswirtschaft



\*) Zuordnung der Auszubildenden nach dem Ort der Ausbildungsstätte. – 1) Ohne Auszubildende, bei denen die Ausbildungsstätte außerhalb Baden-Württembergs angegeben wurde. – 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-026  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

insgesamt bedeutet dies eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, in dem 1 863 Neuabschlüsse für diesen Personenkreis gezählt wurden.

Die höchste Anzahl an Neuverträgen in Ausbildungsgängen für behinderte Menschen stellt mit 826 Abschlüssen das Handwerk. Dessen Anteil liegt mit knapp 4% mehr als doppelt so hoch wie der von Industrie und Handel – dort schlossen 703 Auszubildende einen neuen Vertrag nach § 66 BBiG ab. Im Bereich der Hauswirtschaft absolvieren 351 Personen – und damit über die Hälfte aller Auszubildenden des ersten Ausbildungsjahrs – einen derartigen Ausbildungsgang. In der Landwirtschaft wurden 256 Neuverträge in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung abgeschlossen. Im Bereich der Freien Berufe und im Öffentlichen Dienst gibt es keine derartigen Ausbildungsgänge.

### Trotz wirtschaftlichem Aufschwung weiterhin rückläufige Zahl von Neuverträgen 2010

Nach der vorläufigen Ausbildungsplatzbilanz zum 13.12.2010 wurden in Baden-Württemberg 75 490 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Dies entspricht einem Rückgang von rund 1% bzw. einem Minus von 760 Neuabschlüssen gegenüber 2009. Mit einem noch

deutlicheren Rückgang von 2,5% gegenüber dem Vorjahresniveau schlug sich dies bei den weiblichen Auszubildenden nieder, die 31 800 Neuverträge unterschrieben. Die männlichen Jugendlichen hingegen verzeichneten mit 43 700 neu abgeschlossenen Verträgen sogar einen leichten Anstieg.

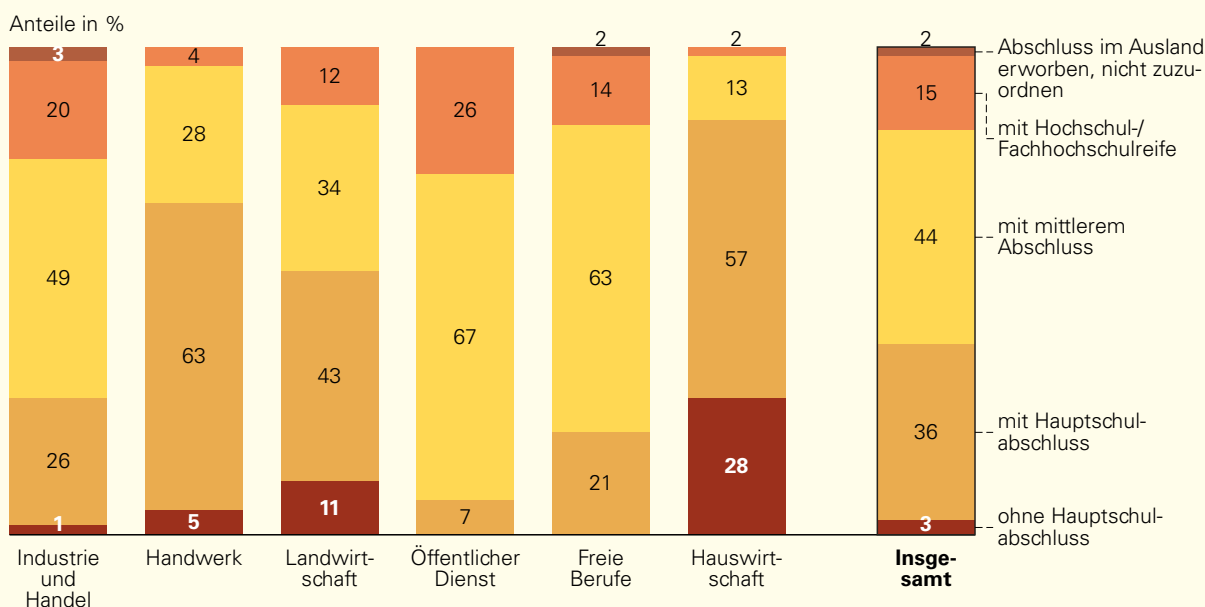
Im Bereich Industrie und Handel wurden rund 45 500 Neuverträge unterzeichnet, was gegenüber dem Vorjahr einem Plus von knapp 1% entspricht. Das Handwerk registrierte mit 20 580 neu abgeschlossenen Verträgen einen Rückgang um 4,7% und damit die niedrigste Zahl an Neuabschlüssen seit 1977. Ein geringfügiger Zuwachs ist mit insgesamt 5 200 Neuverträgen bei den Freien Berufen festzustellen. Im Öffentlichen Dienst wurden 2 070 neue Verträge abgeschlossen, was einem Anstieg von 1,8% entspricht. Den stärksten Verlust verzeichnete der Bereich Hauswirtschaft mit einem Rückgang von über 16% und 537 Neuabschlüssen. Ebenfalls rückläufig entwickelte sich mit einem Minus von 2,8% bei 1 576 Neuverträgen die Landwirtschaft.

### E 2.2.4 Schulische Vorbildung der Auszubildenden

Für den Beginn einer Berufsausbildung im dualen System ist eine allgemein bildende schulische Qualifi-

#### E 2.2 (G8)

**Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag in Baden-Württemberg 2009 nach schulischer Vorbildung und Ausbildungsbereich**



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

454 11



kation nicht grundsätzlich Voraussetzung. De facto ist jedoch ein Hauptschulabschluss, teilweise auch die Mittlere Reife in den meisten Berufsfeldern erforderlich, um einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb zu erhalten. 44 % der Jugendlichen, die 2009 einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, verfügen über einen mittleren Bildungsabschluss. Dies ist somit die häufigste Abschlussart, die Auszubildende als schulische Vorbildung einbringen. Annähernd 37 % besitzen einen Hauptschulabschluss, 15 % eine Hochschulzugangsberechtigung. Knapp 3 % der Auszubildenden konnten keine zuvor erworbene allgemein bildende schulische Qualifikation vorweisen. 2 % erlangten einen Schulabschluss im Ausland, der nicht eindeutig zugeordnet werden konnte (Grafik E 2.2 (G8)).

Die innerhalb der einzelnen Ausbildungsbereiche anzutreffenden schulischen Vorbildungen sind sehr unterschiedlich. In Industrie und Handel liegt der Anteil der Auszubildenden, die keinen Hauptschulabschluss erreicht haben, bei rund 1 %, im Öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen nahe Null. Im Handwerk und in der Landwirtschaft verfügen 5 % bzw. 10 % der Auszubildenden über keinen Hauptschulabschluss. Im Bereich der Hauswirtschaft sind es über 30 %.

Tendenziell umgekehrt verhält sich die Verteilung innerhalb der Ausbildungsbereiche bei denjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen. Jeder fünfte Jugendliche, der 2009 im Bereich Industrie und Handel eine Ausbildung begann, verfügt über eine Hochschulzugangsberechtigung, im Öffentlichen Dienst sogar jeder vierte (absolute Zahlen vgl. Tabelle E 2.2 (T2) im Anhang).

### E 2.2.5 Ausbildungsvertragslösungen und Ausbildungserfolg

Ein erheblicher Teil der Ausbildungsverträge – knapp 19 % – wird seitens der Auszubildenden oder ausbildenden Betriebe vorzeitig gelöst.<sup>9</sup> Vertragslösungen haben unterschiedliche Ursachen, etwa Betriebs-schließungen oder Berufswechsel der Auszubildenden. Sie sind nicht mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung nimmt aufgrund entsprechender Untersuchungen an, dass die Hälfte derjenigen, die ihren Ausbildungsvertrag lösen, ihre Berufsausbildung als sogenannte Umsteiger in einem anderen Beruf oder in einem anderen Betrieb fortführen.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Ermittelt nach dem Schichtenmodell (vgl. Methodische Hinweise am Ende des Kapitels).

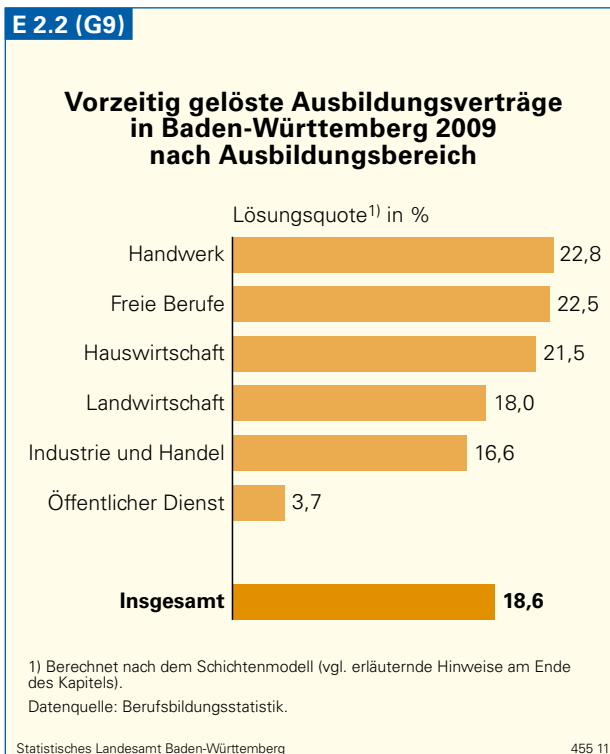
<sup>10</sup> BMBF: Berufsbildungsbericht 2009, S. 20.

Innerhalb der einzelnen Ausbildungsbereiche ist die Lösungsquote sehr unterschiedlich. Während im Handwerk fast jede vierte Ausbildung vorzeitig beendet wird – ähnlich hoch liegen Freie Berufe und Hauswirtschaft –, sind es im Öffentlichen Dienst weniger als 4 % (Grafik E 2.2 (G9)).

### Tendenziell rückläufige Zahl der Vertragslösungen im Öffentlichen Dienst und in den Freien Berufen

Mitte der 90er-Jahre bis zu Beginn des letzten Jahrzehnts lag die Zahl der Vertragslösungen im Öffentlichen Dienst auf einem relativ hohen Niveau von annähernd 10 %. Zwischenzeitlich hat sie sich von über 200 Lösungen auf deutlich unter 100 halbiert. Auch bei den Freien Berufen ist die Zahl der Vertragslösungen von über 2 000 auf nunmehr unter 1 300 zurückgegangen. In den Bereichen Industrie und Handel und im Handwerk ist die Lösungsquote in diesem Zeitraum relativ unverändert geblieben.

Je nach Ausbildungsbereich erfolgen 57 % bis 70 % der Vertragslösungen bereits im ersten Ausbildungsjahr – hier spielen Umorientierungen und Korrekturen einer falschen Berufswahlentscheidung eine wichtige Rolle. Für den beruflichen Werdegang problematischere vorzeitige Vertragslösungen kurz vor Abschluss der Ausbildung sind eher selten. Sie umfassen im dritten bzw. vierten Jahr der Berufsausbildung lediglich 7 % der vorzeitig gelösten Verträge bei Industrie und Han-





del bzw. 8% im Handwerk. Im Öffentlichen Dienst erfolgte immerhin jede sechste Vertragslösung erst im dritten oder vierten Ausbildungsjahr.

Speziell im Bereich des Handwerks sind die Lösungsquoten innerhalb der einzelnen Berufsgruppen sehr unterschiedlich. Während in Gastronomieberufen teilweise mehr als jeder zweite Auszubildende vorzeitig abbricht, sind es etwa bei den Kraftfahrzeugmechanikern und Zimmerern nur rund 15% (Tabelle E 2.2 (T3) im Anhang).

95% der Auszubildenden – hierbei sind diejenigen nicht mitgerechnet, die ihre Ausbildung vorzeitig beenden – absolvieren ihre Abschlussprüfung erfolgreich. Im Jahr 2009 waren dies 63 999 Auszubildende. Die Erfolgsquote variiert zwischen den Berufsgruppen von 75% bei den Dienst- und Wachberufen bis nahezu 100% bei den Bank- und Versicherungsfachleuten.

### E 2.2.6 Entwicklung von Ausbildungsangebot und -nachfrage

Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist vor allem von konjunkturellen Entwicklungen und der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe abhängig, die Nachfrage von der Zahl der Schulabgänger und deren Bewerberverhalten. Deswegen kommen Angebot und Nachfrage in den verschiedenen Branchen nicht immer vollständig zur Deckung.

Auf der Nachfrageseite werden in den nachfolgenden Ausführungen erfolglose Interessenten an einer Lehrstelle danach unterschieden, ob sie unversorgt<sup>11</sup> sind oder zum Beispiel an einer alternativen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilnehmen, aber weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen. Auf der Angebotsseite bleibt ein nicht unerheblicher Umfang der gemeldeten Ausbildungsplätze unbesetzt. Nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit gelten alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen als unbesetzt, wenn bis zum 30. September kein Bewerber vermittelt werden konnte oder wenn die Ausbildungsstelle zurückgezogen wurde.

#### Zahl der unversorgt gebliebenen Bewerber stark rückläufig

Zum 30. September 2008 waren bei den Arbeitsagenturen 71 581 Bewerber für einen Ausbildungsplatz

<sup>11</sup> Vgl. die weiterführenden Informationen am Ende des Kapitels.

gemeldet. Im September 2009 reduzierte sich diese Zahl um 7,5% auf 66 218 Bewerber. Darunter waren 26 416 Bewerber – rund 40% –, die sich bereits in einem zurückliegenden Jahr um eine Ausbildungsstelle bemüht hatten. Neu- und Altbewerber zusammengenommen mündeten insgesamt 55 323 Bewerbungen in ein Ausbildungsverhältnis ein.

Von den 12 194 zum Stichtag 30. September 2009 noch laufenden Vermittlungsverfahren wurde der überwiegende Teil – über 11 400 Jugendliche – in eine Alternative, beispielsweise in Form einer Qualifizierungsmaßnahme, außerhalb der Berufsausbildung vermittelt. 774 Bewerber blieben unversorgt, das heißt ihr Verbleib im Ausbildungs- und Beschäftigungssystem war noch ungeklärt.

Laut des Datenreports zum Berufsbildungsbericht 2010 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) und der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit lag der Anteil der Ausbildungsplatzbewerber eines Ausbildungsjahrs, der sich bereits in einem Vorjahr – erfolglos – über die Arbeitsagenturen um einen Ausbildungsplatz bemühte, Mitte der 90er-Jahre noch unter 5%. In den Folgejahren stieg er kontinuierlich an und erreichte 2007 einen Höchstwert von 47%. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2009/10 sank der Anteil der Bewerber aus früheren Schulabgangsjahren erstmalig wieder knapp unter 40%.

Während die Anzahl der am 30. September noch als unbesetzt gemeldeten Ausbildungsplätze in den letzten Jahren nur eine relativ geringe Schwankung aufwies, hat sich Zahl der zu diesem Stichtag noch gänzlich unversorgt gebliebenen Bewerber zwischen den Ausbildungsjahren deutlich reduziert (Grafik E 2.2 (G10)).

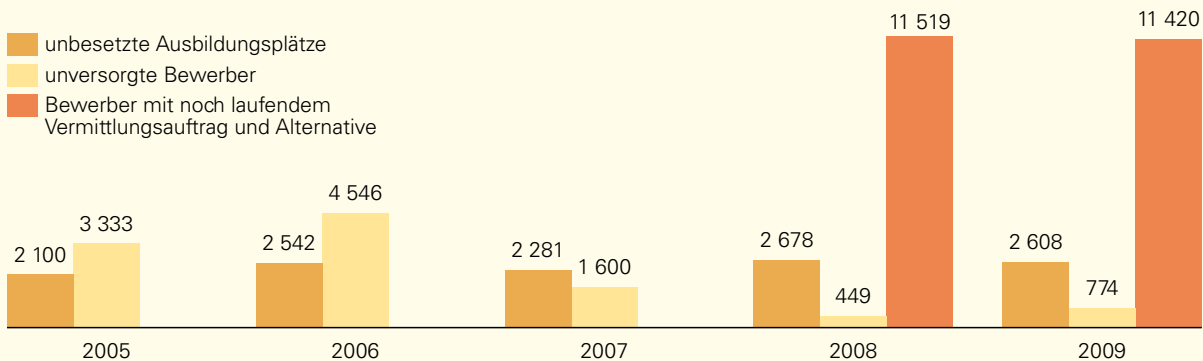
Im September 2006 waren fast doppelt so viele unversorgte Bewerber wie unbesetzte Ausbildungsplätze zu verzeichnen. Im Herbst 2008 standen hingegen jedem noch unversorgten Bewerber rechnerisch sechs Ausbildungsplätze gegenüber, 2009 immerhin noch drei. Dass trotz vorhandener Ausbildungsplätze Bewerber insbesondere in den beiden zurückliegenden Jahren keinen Erfolg hatten, liegt vor allem an der unzureichenden Passung vorliegender und nachgefragter Qualifikationen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelte für 2009 ein Angebot<sup>12</sup> von 79 113 Ausbildungsplätzen im Land Baden-Württemberg, darunter 2 665 außerbetriebliche

<sup>12</sup> Diese Zahl errechnet sich aus den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen plus der Anzahl unbesetzt gebliebener Ausbildungsplätze (vgl. weiterführende Informationen am Ende des Kapitels).

## E 2.2 (G10)

### Unbesetzte Ausbildungsplätze, unversorgte Bewerber und Bewerber mit Alternative in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2005\*)



\*) Stichtag jeweils 30. September. Die Anzahl der Bewerber mit noch laufendem Vermittlungsauftrag und Alternative kann nur für die Jahre 2008 und 2009 ausgewiesen werden.

Datenquellen: Bundesinstitut für Berufsbildung; Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010; Bundesagentur für Arbeit: Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zum 30. September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

456 11

Plätze. Dem stand eine Nachfrage von 88 214 Ausbildungsplatzsuchenden gegenüber.<sup>13</sup> Im neuen, hier angewandten erweiterten Modell zur Bilanzierung von Angebot und Nachfrage finden nun auch Jugendliche Berücksichtigung, die vorläufig eine Alternative zur Berufsausbildung gefunden haben – etwa ein Praktikum oder ein erneuter Schulbesuch –, von dort aus jedoch weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen. Zur Bestimmung der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) wird ermittelt, wie viele Angebote rechnerisch auf 100 Nachfrager entfallen. Für Baden-Württemberg ergibt sich nach der erweiterten Modellrechnung im Ausbildungsjahr 2010/11 (Stand: 13.12.2010) ein Angebot von lediglich 90,5 Ausbildungsplätzen pro 100 Nachfragenden (Grafik E 2.2 (G11)). Bei der regionalisierten Betrachtung ergeben sich für die einzelnen Arbeitsagenturbezirke allerdings sehr unterschiedliche Relationen. Die Angebotssituation in den Bezirken Nagold und Konstanz ist bei einer ANR von 97,1 bzw. 96,4 relativ ausgeglichen. Ebenfalls aus Bewerbersicht günstigere Bedingungen lagen in den Bezirken Ulm, Heidelberg, Ravensburg, Lörrach, Villingen-Schwenningen und Stuttgart vor.

Anders stellte sich die Situation für Ausbildungsplatzbewerber in den Bezirken Tauberbischofsheim, Balingen und Waiblingen dar. Hier stand 100 Nachfragenden ein Angebot von lediglich unter 85 Ausbildungsplätzen gegenüber.

13 Nach der erweiterten Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relation: Personen, die einen Ausbildungsvertrag neu abgeschlossen haben und alle weitersuchenden Nachfrager (Unversorgte, Bewerber mit Alternative; vgl. weiterführende Informationen am Ende des Kapitels).

### Übergänge in die Berufsausbildung rückläufig

Mit dem sich im Aufbau befindenden Projekt der integrierten Ausbildungsberichterstattung<sup>14</sup> kann das Übergangsverhalten der Absolventen aus dem Sekundarbereich I der allgemein bildenden Schulen besser erfasst und transparenter dargestellt werden. Die verschiedenen Möglichkeiten sind vier *Sektoren* zugeordnet. Neben der Anzahl der Absolventen, die eine Berufsausbildung beginnen, sind auch die Teilnehmer in Bildungsgängen zur Integration in Ausbildung, zum Erwerb von Hochschulzugangsberechtigungen und Studienanfänger an Hochschulen darstellbar. Tabelle E 2.2 (T4) bildet Anfängerzahlen und -anteile in den gewählten Anschlüssen sowie die Veränderungen in Bezug auf das Jahr 2005 ab (vertiefende Informationen siehe Web-Tabelle E 2.2 (T5)).

Über 103 000 Jugendliche nahmen 2009 einen Bildungsgang auf, der sie zu einer Hochschulzugangsberechtigung führt. Hierzu zählen auch die Schüler, die am Gymnasium von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II wechseln. Dieser Sektor bildete damit die am häufigsten gewählte Anschlussoption. Gegenüber 2005 ist dieser Bereich um über 80 % angewachsen – die Einführung des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs mit doppeltem Jahrgang 2009, sowie die Verlagerung von Bildungsschwerpunkten in einem Bildungsgang an Berufsfachschulen wirken sich hier allerdings verzerrend aus. Im Sektor Berufsausbildung – der sowohl duale als auch vollqualifizierende Ausbil-

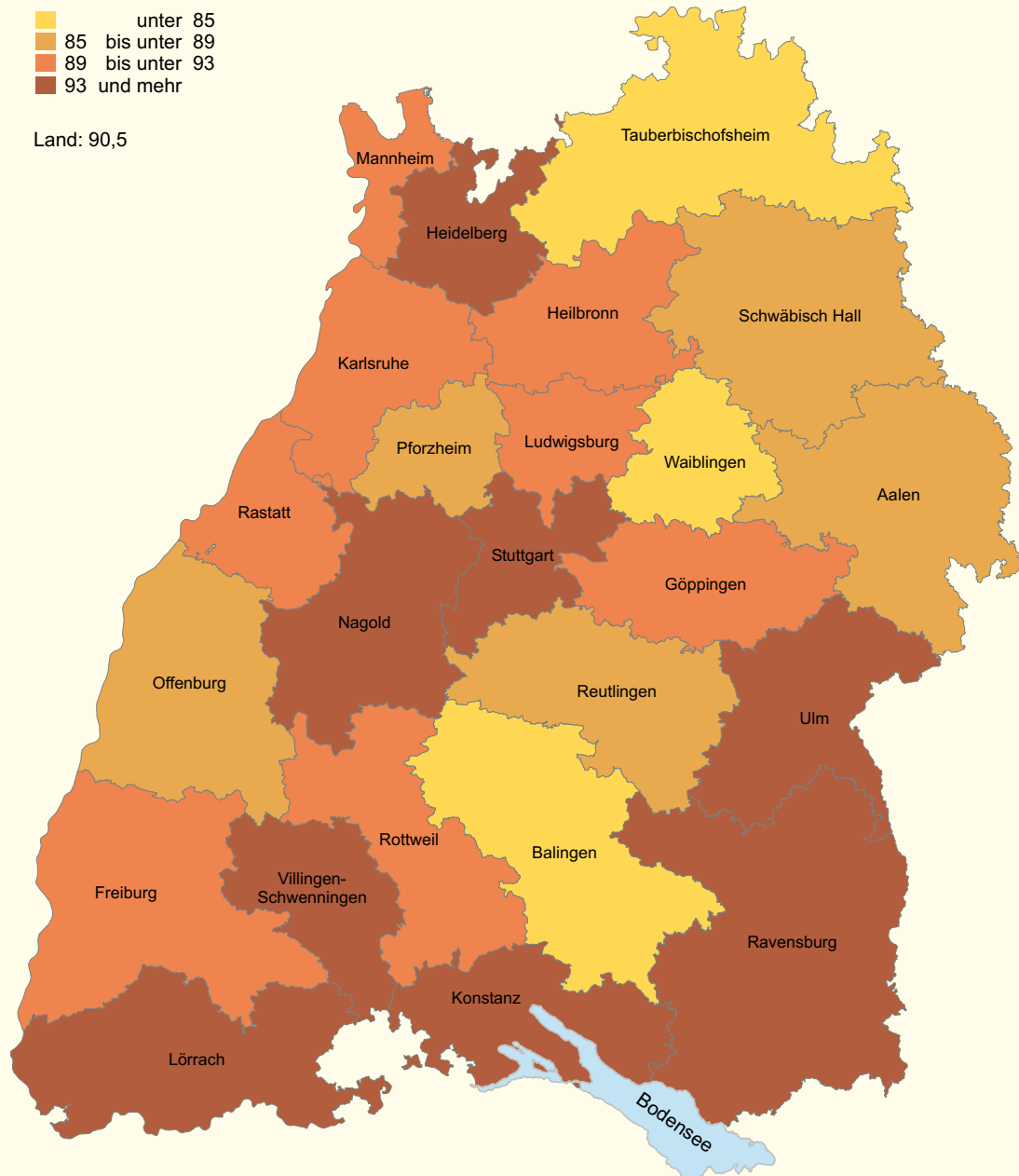
14 Vgl. die weiterführenden Informationen am Ende des Kapitels.

E 2.2 (G11)

**Angebots-Nachfrage-Relation\*) in den Arbeitsagenturbezirken Baden-Württembergs 2010 (erweiterte ANR)**

- unter 85
- 85 bis unter 89
- 89 bis unter 93
- 93 und mehr

Land: 90,5



\*) Die Statistik erfasst nur die bei den Agenturen für Arbeit gemeldeten Berufsausbildungsstellen und Ausbildungsstellenbewerber. Es ist jedoch möglich, dass sich anderweitig versorgte Bewerber nicht aus der Statistik der Agenturen für Arbeit abmelden, durch Firmen angebotene Ausbildungsplätze für das laufende Jahr zum Teil nicht mehr besetzt und dennoch in der Statistik geführt werden oder ein Teil der Ausbildungsstellen ohne Beteiligung der Agenturen für Arbeit vermittelt werden.

Datenquellen: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik; Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September 2010.



## E 2.2 (T4) Anfänger im Ausbildungsgeschehen in Baden-Württemberg 2009 nach den Sektoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung

Sektor	Ausbildungsanfänger		Veränderung gegenüber 2005
	Anzahl	Anteil in %	in %
I: Berufsausbildung	95 835	28,4	- 3,6
II: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich) <sup>1)</sup>	72 738	21,5	- 7,5
III: Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung <sup>2)</sup>	103 671	30,7	+ 82,8
IV: Studium <sup>3)</sup>	65 321	19,4	+ 15,7
<b>Insgesamt</b>	<b>337 565</b>	<b>100</b>	<b>+ 16,0</b>

1) Einschließlich Einstiegsqualifizierung und berufsvorbereitender Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit. – 2) Wegen Verlagerung von Bildungsschwerpunkten in einem Bildungsgang, der eine Hochschulzugangsberechtigung an Berufsfachschulen vermittelt, kommt es zu einem Bruch in der Zeitreihe zwischen den Berichtsjahren 2008 und 2009, der zu einem starken Anstieg in Sektor III und einem starken Rückgang in Sektor I führt. Im Jahr 2009 ist außerdem der doppelte Anfängerjahrgang in der gymnasialen Oberstufe wegen der Einführung von G8 enthalten. – 3) 2005: Einschließlich Studierende im ersten Studienjahr an der Berufsakademie.

Datenquellen: Statistisches Landesamt; Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit.

ungsgänge umfasst – wurden fast 96 000 Anfänger gezählt. Dies entspricht einem Rückgang um 3,6% gegenüber dem Jahr 2005. Mehr als 72 000 Jugendliche begannen einen Bildungsgang, der auf eine bessere Integration in eine Ausbildung abzielt; in diesem Sektor ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Stark 65 000 Personen begannen ein Studium an einer Hochschule, ein Zuwachs von über 15 % gegenüber 2005.

### Ausbildungsbündnis in Baden-Württemberg abgeschlossen

Am 20. Dezember 2010 haben das Land, Vertreter der Wirtschaft und die Gewerkschaften das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg unterzeichnet. Ziel des Abkommens ist es, gleichermaßen die beruflichen Chancen der jungen Generation und den Fachkräftenachwuchs der Wirtschaft zu sichern. Insbesondere soll den Absolventen der allgemein bildenden Schulen der direkte Einstieg in die duale Berufsausbildung besser ermöglicht werden. Die Bünd-

nispartner haben sich dazu verpflichtet, allen Jugendlichen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot anzubieten.

Die Wirtschaft strebt an, 7 600 neue Ausbildungsplätze und 3 800 neue Ausbildungsbetriebe pro Jahr zu gewinnen. Darüber hinaus sollen 3 800 Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen bereitgestellt werden. Um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen, sollen das Angebot an Zusatzqualifikationen und die Förderung von Auslandsaufenthalten ausgebaut werden. Ebenso soll ein Ausbau des ausbildungsbegleitenden Angebots zum Erwerb der Fachhochschulreife erfolgen. Weitere Bündnisziele sind unter anderem die Durchlässigkeit zur Hochschule für Berufstätige ohne Abitur zu erleichtern, die Ausbildungsbereitschaft von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und die Potenziale benachteiligter Jugendlicher besser auszuschöpfen.

Ferner ist geplant, den Ausbildungsmarkt durch die Einführung einer integrierten Ausbildungsstatistik transparenter zu machen.

## i

## Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) der Ausbildungsplätze

Die Ausbildungsplatzbilanz wird in Form von ANR ausgewiesen. Dieser Wert gibt wieder, wie viele Angebote rechnerisch auf 100 Nachfrager entfallen.

Die Validität der »klassischen« Berechnung wird mittlerweile als unzureichend eingeschätzt, da insbesondere die Ausbildungsplatznachfrage unzureichend erfasst ist. Es werden deshalb erweiterte Berechnungen vorgenommen, bei denen in den Umfang der Nachfrage auch jene Ausbildungsstellenbewerber eingerechnet werden, die in Alternativen verblieben sind (zum Beispiel erneuter Schulbesuch oder Jobben), aber von dort aus weiter nach einer Ausbildungsstelle suchen.

- **klassische ANR**

**Angebot** = bis zum 30. September neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Ausbildungsstellen, die am 30. September noch nicht besetzt waren.

**Nachfrage** = bis zum 30. September neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der am 30. September bei den Arbeitsagenturen gemeldeten und noch nicht vermittelten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen (ohne Alternative).

- **erweiterte ANR**

**Angebot** = bis zum 30. September neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Ausbildungsstellen, die am 30. September noch nicht besetzt waren.

**Nachfrage** = die bis zum 30. September neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der »unversorgten« Bewerber plus der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber, die vorläufig in eine Alternative zu einer Berufsausbildung einmünden (zum Beispiel erneuter Schulbesuch, Praktikum, Jobben), aber von dort aus weiter nach einer Ausbildungsstelle suchen.

## Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Bislang stehen die Informationen zur Ausbildung im dualen System, zur vollzeitschulischen Ausbildung an den beruflichen Schulen sowie zu den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit unverbunden nebeneinander. Ziel der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist dagegen die systematische Erfassung und Verknüpfung aller Datenquellen und die bundesweit abgestimmte Zuordnung aller beruflichen Bildungsgänge zu einheitlich definierten Teilbereichen des Ausbildungsgeschehens (»Konten« und »Sektoren«). Hierdurch soll eine vollständige und transparente Darstellung des Übergangsverhaltens eines Absolventenjahrgangs aus den allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung ermöglicht werden. Ein weiterer Vorteil der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist die Schaffung einer bundesweit vergleichbaren Datenbasis, die auch als Grundlage für Meldungen an internationale Organisationen – wie zum Beispiel die OECD – dient.

Das System der integrierten Ausbildungsberichterstattung umfasst die vier übergeordneten Sektoren »Berufsausbildung«, »Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)«, »Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sek II)« und »Studiengänge«. Diese Sektoren sind in mehrere Konten unterteilt. So besteht der Sektor »Berufsausbildung« aus sechs Konten. Diese beinhalten neben der Ausbildung im dualen System nach BBiG/ HwO auch vollqualifizierende Berufsabschlüsse an beruflichen Schulen gemäß BBiG/ HwO und in weiteren Berufen – ggf. mit zusätzlichem Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung – sowie bundes- und landesrechtlich geregelte Ausbildungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen und auch die Beamtenausbildung im mittleren Dienst.

## Lösungsquote

Die Lösungsquote beschreibt den Anteil der Ausbildungsverträge, die vor Abschluss der Berufsausbildung wieder aufgelöst werden. Grundsätzlich wird hier nach dem sogenannten »Schichtenmodell« berechnet. Dabei werden die innerhalb des Berichtsjahres erfolgten Lösungen der Ausbildungsverhältnisse im 1. Ausbildungsjahr auf die Neuabschlüsse dieses Jahres zuzüglich der in diesem Zeitraum erfolgten Vertragslösungen in der Probezeit bezogen. Mit den Lösungen im zweiten, dritten und vierten Ausbildungsjahr wird analog verfahren. Diese vier Teilquoten werden dann zur Lösungsquote im Berichtsjahr addiert.

Die Lösungsquoten für einzelne Berufe werden hier hingegen nach einem vereinfachten Verfahren als Quotient aus den im Berichtsjahr vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen (einschließlich der Lösungen in der Probezeit) und den im Berichtsjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zuzüglich der Lösungen in der Probezeit berechnet.

## Unversorgte Bewerber

Bewerber auf einen Ausbildungsplatz, die weder in eine Berufsausbildung noch in eine schulische, berufsvorbereitende oder sonstige Alternative eingemündet sind, gelten als unversorgt. Jugendliche, die zwar ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten, zwischenzeitlich jedoch eine Alternative begonnen haben (zum Beispiel Praktikum, weiterer Schulbesuch, berufsvorbereitende Maßnahme), zählen nicht zu den unversorgten Bewerbern. Ebenfalls ausgeschlossen sind die Personen, die sich ohne Angabe eines Verbleibs nicht mehr bei der Arbeitsagentur gemeldet haben und damit unbekannt verblieben sind.

## Ausbildung zum Friseur

Zum Jahresende 2009 gab es 4 255 weibliche und 477 männliche Auszubildende im Friseurhandwerk in Baden-Württemberg. 2 075 junge Menschen hatten im September 2009 eine Ausbildung neu aufgenommen, knapp 5% weniger als im Jahr zuvor. Friseurin zählt damit zu den zehn Berufen, die am häufigsten von jungen Frauen gewählt werden. Bei der Friseursausbildung handelt es sich um eine an die kreativen und vielfältigen Aufgaben des späteren Tätigkeitsfelds angepasste Form der Ausbildung, deren Berufsausbildungsverordnung im Jahr 2008 modernisiert wurde.

Faktische Voraussetzung für die Aufnahme in ein Ausbildungsverhältnis ist häufig mindestens ein Hauptschulabschluss, dieser ist allerdings keine rechtlich vorgeschriebene Eingangsqualifikation. Die Auszubildenden durchlaufen die Ausbildung in dualer Form an einem Ausbildungsbetrieb und an einer Berufsschule. Die Ausbildung dauert drei Jahre; eine Verkürzung ist bei entsprechender Leistung möglich. Darüber hinaus besteht bei berechtigtem Interesse die Möglichkeit einer Teilzeitberufsausbildung.



Als verpflichtende Inhalte der Ausbildung stehen die klassischen Friseurertätigkeiten wie das Haarschneiden, Frisieren und Färben im Mittelpunkt, aber auch dekorative Kosmetik und Maniküre. Weitere Pflichtqualifikationen erwerben die Auszubildenden im Kundenmanagement, der Betriebsorganisation und dem Marketing. Daran wird deutlich, dass neben handwerklichem Geschick und Kreativität auch soziale, betriebswirtschaftliche und organisatorische Fähigkeiten notwendig sind. Weitere wichtige Themen der Ausbildung sind etwa Sicherheit und Gesundheitsschutz sowie das Arbeits- und Tarifrecht.



Der Monoberuf bietet keine Spezialisierung anhand von Fachrichtungen; Wahlqualifikationseinheiten tragen aber zu einer beruflichen Profilbildung bei. Es kann zwischen den Modulen Pflegende Kosmetik/ Visagistik, Langhaarfrisuren, Nageldesign/ Nagelmodellage, Haareratz und Coloration gewählt werden.

Die Gesellenprüfung erfolgt seit Inkrafttreten der neuen Ausbildungsordnung 2008 in gestreckter Form. Sie umfasst zwei zeitlich versetzte Teile, welche in der Mitte des zweiten Ausbildungsjahres und zum Ende der Ausbildungszeit liegen.

Aufstiegsmöglichkeiten für Friseure bieten sich anhand von Weiterbildungen zum Beispiel zum Friseurmeister. Im Jahr 2009 absolvierten 594 Friseurinnen und 60 Friseure erfolgreich ihre Meisterprüfung.

## E 3 Sonderpädagogische Förderung an beruflichen Schulen

Für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf stehen – entsprechend ihren Eingangsvoraussetzungen – im beruflichen Schulsystem grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten wie allen anderen Jugendlichen offen. Die beruflichen Sonderschulen stellen spezielle Angebote der Berufsvorbereitung, der beruflichen Grund- und Ausbildung und des Erwerbs höherqualifizierender Abschlüsse zur Verfügung. Diese Bildungsangebote kommen in Betracht, wenn aufgrund einer Behinderung oder Benachteiligung die erfolgreiche Teilnahme an einem Bildungsgang ohne sonderpädagogische Förderung nicht möglich ist. Wie bei den allgemein bildenden Schulen orientiert sich auch die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf am Prinzip des Vorrangs allgemeiner vor besonderen Leistungen. Dies bedeutet, dass behinderte Jugendliche vorrangig in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden sollen. Behindertenspezifische Ausbildungsgänge kommen subsidiär in Betracht. Wie viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine berufliche Schule ohne spezifische sonderpädagogische Förderung besuchen, kann derzeit nicht festgestellt werden.

An den beruflichen Sonderschulen des Landes wurden im Schuljahr 2009/10 insgesamt knapp 10 400 Schüler unterrichtet (Tabelle E 3 (T1) im Anhang). Zehn Jahre zuvor wurden noch rund 7 300 Teilnehmer in diesen Bildungsgängen gezählt. Damit ist die Schülerzahl innerhalb der vergangenen Dekade deutlich angestiegen. Gut 35 % der Jugendlichen sind junge Frauen, jeder Fünfte besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Mit über zwei Dritteln besuchte die Mehrheit der Teilnehmer eine private Einrichtung.

### E 3.1 Sonderpädagogische Förderung in der Berufsvorbereitung

Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die nach dem Besuch einer allgemein bildenden Schule noch keine Ausbildung beginnen, können berufsvorbereitende Bildungsgänge absolvieren. Hier sind neben den berufsvorbereitenden Sonderberufsfachschulen (SBF-BV) auch das Berufsvorbereitungsjahr für Schüler mit Lern- und Leistungsproblemen (BVJ-L) und die Kooperationsklassen Förderschule-Berufsvorbereitungsjahr (BVJ-KF) zu nennen. Letztere zählen zwar nicht zu den beruflichen Sonderschulen im engeren Sinne, bieten aber eine entsprechende Förderung an. In der Regel kann an diesen Bildungsgängen

auch ein dem Hauptschulabschluss gleichwertiger Bildungsstand erworben werden.

### Gut 3 700 Schüler in berufsvorbereitenden Bildungsgängen

Im Schuljahr 2009/10 besuchten gut 3 700 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen dieser berufsvorbereitenden Bildungsgänge, im vorangegangenen Schuljahr waren es noch gut 3 900 (Grafik E 3 (G1)). Innerhalb des letzten Jahrzehnts war die Schülerzahl insgesamt tendenziell angestiegen. Im Schuljahr 2000/01 waren lediglich rund 2 570 Teilnehmer in diesen Bildungsgängen unterrichtet worden.

Unter den berufsvorbereitenden Maßnahmen für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist das Angebot der berufsvorbereitenden Sonderberufsfachschulen (SBF-BV) derzeit das umfangreichste. Dort werden mit 1 664 gut 44 % der Jugendlichen unterrichtet.

Die Schülerzahlen im einjährigen Berufsvorbereitungsjahr für Schüler mit Lern- und Leistungsproblemen (BVJ-L) gingen in den letzten Jahren stetig zurück. Im Schuljahr 2009/10 wurden hier noch 805 Schüler unterrichtet. Diese Entwicklung dürfte in erster Linie auf die Einführung der zweijährigen Berufsvorbereitungsjahres-Kooperation mit einer Förderschule (BVJ-KF) im Schuljahr 2003/04 zurückzuführen sein, bei der diese beiden Schularten eng zusammenarbeiten. Im zweiten Jahr, in welchem die Schüler das BVJ an einer beruflichen Schule besuchen, wurden im Schuljahr 2009/10 knapp 570 Schüler gefördert. An Sonderberufsschulen sind weitere berufsvorbereitende Bildungsangebote für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf ohne Ausbildungsvertrag eingerichtet. Im Schuljahr 2009/10 nutzten 683 Schüler dieses Angebot. Diese Jugendlichen erhalten meist weitere Fördermaßnahmen, etwa von der Arbeitsagentur.

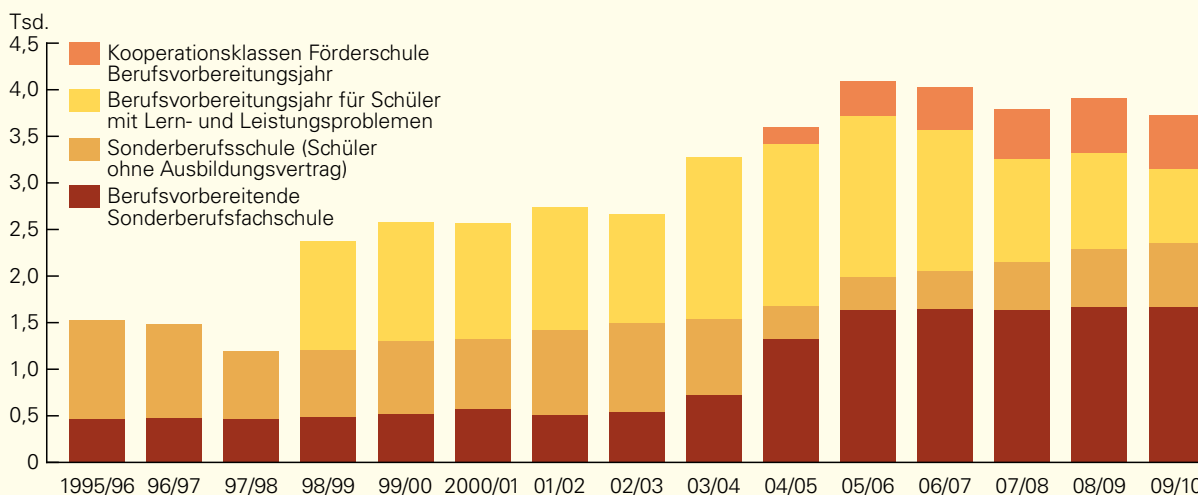
### E 3.2 Berufliche Grund- und Ausbildung

Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf können – ergänzend zum Angebot der allgemeinen Berufsfachschulen – in entsprechenden Bildungsgängen der Sonderberufsfachschulen eine berufliche Grundbildung in einem Berufsfeld erwerben. In einigen Ausbildungsberufen kann dies das erste Ausbildungsjahr ersetzen. Im Schuljahr 2009/10 wurden



## E 3 (G1)

### Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in berufsvorbereitenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen seit dem Schuljahr 1995/96



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

457 11

insgesamt 299 Schüler an einer der 14 Sonderberufsfachschulen mit dem Ziel einer berufsfeldspezifischen Grundbildung unterrichtet. An Sonderberufsfachschulen ist es ebenfalls möglich, eine Ausbildung in der Altenpflege oder Altenpflegehilfe zu absolvieren. Im Schuljahr 2009/10 besuchten insgesamt 32 Schüler die drei entsprechenden Einrichtungen.

#### Kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahl an Sonderberufsschulen

Sonderberufsschulen dienen der Bildung und Ausbildung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sofern diese die ihnen erforderliche Förderung nicht an den Berufsschulen erhalten können. Es kann entweder eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder eine Ausbildung speziell für Menschen mit Behinderungen nach § 66 Bundesberufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. § 42m Handwerksordnung (HwO) absolviert werden.

Rund 8 100 Jugendliche besuchten im Schuljahr 2009/10 eine der 91 Sonderberufsschulen im Land. Zehn Jahre zuvor wurden lediglich gut 6 100 Schüler gezählt. Auch der Anteil der Schüler an Sonderberufsschulen an den Berufsschülern insgesamt ist im vergangenen Jahrzehnt von 3 % auf nunmehr knapp 4 % angestiegen. Nahezu zwei Drittel der Schüler besuchen eine Sonderberufsschule in freier Trägerschaft. Gut ein Drittel der Schülerschaft an Sonderberufsschulen sind junge Frauen, an den allgemeinen Berufs-

schulen ist der Frauenanteil mit rund 40 % etwas höher. Im Schuljahr 2009/10 hatte ein Fünftel der Schüler an Sonderberufsschulen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil ausländischer Schüler an den allgemeinen Berufsschulen des Landes war mit rund 11 % nur etwa halb so groß. Sprachliche Defizite könnten hier eine Rolle spielen.

Im Durchschnitt waren im Schuljahr 2009/10 an den Sonderberufsschulen neun Schüler in einer Klasse. Das sind nicht einmal halb so viele wie an den allgemeinen Teilzeit-Berufsschulen, wo durchschnittlich 20,4 Schüler eine Klasse besuchen.

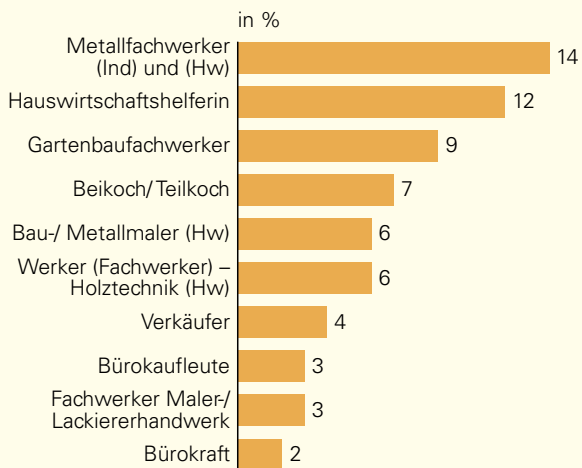
#### Zwei Drittel erlernen einen Ausbildungsberuf für behinderte Menschen

Rund 7 450 Schüler mit Ausbildungsvertrag besuchten die Sonderberufsschule mit dem Ziel, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Mit knapp zwei Drittel erlernte die deutliche Mehrheit einen speziellen Ausbildungsberuf für behinderte Menschen.

Rund zwei Drittel der Schülerschaft verteilen sich auf zehn Ausbildungsberufe. Hierunter ist die Ausbildung zum Metallfachwerker der am häufigsten gewählte Beruf (Grafik E 3 (G2)). Im Schuljahr 2009/10 hatte sich jeder siebte Schüler an Sonderberufsschulen für diesen Ausbildungsgang entschieden, gefolgt von der Ausbildung zur Hauswirtschaftshelferin und zum Gartenbaufachwerker.

**E 3 (G2)**

**Am häufigsten gewählte Ausbildungsberufe an Sonderberufsschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

458 11

Gut drei Viertel der 3 088 Absolventen einer dualen Ausbildung an Sonderberufsschulen des Jahres 2009 konnten ihre Ausbildung in dem von ihnen gewählten Beruf erfolgreich beenden. Damit lag die Erfolgsquote unter der der allgemeinen Berufsschulen, die gut 83 % betrug.

**Mehr als die Hälfte der Neueintritte verfügt über keinen Hauptschulabschluss**

Von den knapp 3 500 Jugendlichen, die im Schuljahr 2009/10 eine Ausbildung an einer Sonderberufsschule begonnen hatten, konnte mehr als die Hälfte keinen Hauptschulabschluss vorweisen. Dazu werden auch die Absolventen gezählt, die mit dem Abschlusszeugnis der Förderschulen an einer Sonderberufsschule angefangen haben. Gut 41 % hatten einen Hauptschulabschluss, rund 220 Anfänger besaßen den mittleren Abschluss oder eine Hochschulzugangsberechtigung. Wie bei den allgemeinen Berufsschulen ist auch bei den Sonderberufsschulen ein Trend zu höheren allgemein bildenden Eingangsqualifikationen erkennbar (Grafik E 3 (G3)).

**E 3.3 Allgemein bildende Abschlüsse an beruflichen Sonderschulen**

Auch für Teilnehmer beruflicher Sonderschulen werden qualifizierende Abschlüsse immer wichtiger, da durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt immer

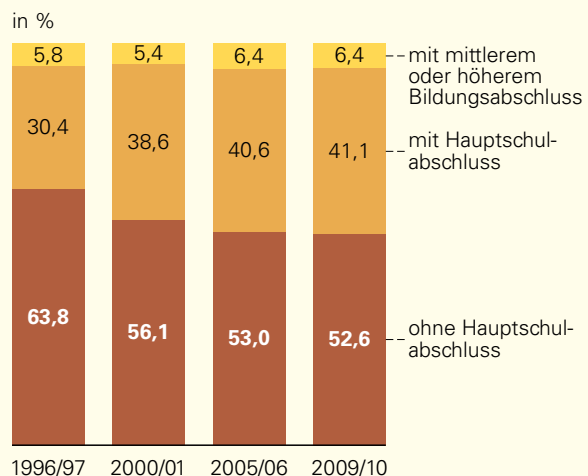
mehr einfache Berufe und Hilfstätigkeiten wegfallen. Demnach verlangt auch die berufliche Integration von behinderten Menschen immer höhere Anforderungen.

**Mehr als 1 400 allgemein bildende Abschlüsse erreicht**

An den beruflichen Sonderschulen des Landes können Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben den berufsqualifizierenden Abschlüssen ebenfalls allgemein bildende Abschlüsse erwerben oder verbessern. Ein Hauptschulabschluss kann vor allem in den berufsvorbereitenden Bildungsgängen erzielt werden: an berufsvorbereitenden Sonderberufsfachschulen, aber auch im BVJ-L und im BVJ-KF. An den Sonderberufsschulen können – analog zu den allgemeinen Berufsschulen – Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zur Fachhochschulreife erreicht werden. An den Sonderberufsfachschulen kann neben der Berufsgrundbildung auch ein dem Hauptschulabschluss entsprechender Bildungsstand erzielt werden. Die dreijährigen Sonderberufsfachschulen zum Erwerb der Fachschulreife (3SBFS) führen neben der beruflichen Grundbildung gleichzeitig vor allem zur Fachschulreife. Mit knapp 240 Teilnehmern war die Schülerzahl in diesem Bildungsgang, der einen qualifizierten Hauptschulabschluss voraussetzt, in den letzten fünf Jahren recht konstant.

**E 3 (G3)**

**Neu eingetretene Schüler an Sonderberufsschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1996/97 nach schulischer Vorbildung**



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

459 11

Das Angebot, einen allgemein bildenden Abschluss an einer beruflichen Sonderschule nachträglich zu erwerben, wird von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf durchaus genutzt. Im Abschlussjahr 2009 beendeten 1 422 erfolgreiche Absolventen die Bildungsgänge der beruflichen Sonderschulen mit einem zusätzlichen allgemein bildenden Abschluss

(Tabelle E 3 (T2) im Anhang). Mit rund 92 % erwarben nahezu alle den für den Einstieg in das Berufsleben wichtigen Hauptschulabschluss. Nahezu 8 % konnten die 3SBFS erfolgreich abschließen und sich über ihre Fachschulreife freuen. Einigen wenigen Jugendlichen gelang es, an der Sonderberufsschule die Fachhochschulreife zu erwerben.

## E 4 Bildungsbeteiligung von Ausländern an beruflichen Schulen

Von den insgesamt 436 956 Schülern an den beruflichen Schulen des Landes besaß im Schuljahr 2009/10 nahezu jeder Achte eine ausländische Staatsangehörigkeit oder stammte aus einer Aussiedlerfamilie. Innerhalb des letzten Jahrzehnts nahm die Aussiedlerzahl stetig ab. Mit nicht einmal 0,3% war der Aussiedleranteil im Schuljahr 2009/10 an den beruflichen Schulen des Landes so gering wie nie zuvor.

### Aussiedleranteil so gering wie nie zuvor

Mit 1 123 Aussiedlern<sup>15</sup> hat die Zahl der Aussiedler an den beruflichen Schulen einen historischen Tiefstand erreicht. Innerhalb der letzten zehn Jahre hatte dieser stetig abgenommen. Im Schuljahr 2000/01 besuchten noch 7 370 Aussiedler die beruflichen Schulen des Landes, was einem Anteil von knapp 2% entsprach (Tabelle E 4 (T1) im Anhang). Auch die Aufnahme von Aussiedlern in Baden-Württemberg ist stark zurückgegangen (**Kapitel B 1.3**). In den letzten vier Jahren wurden jährlich im Durchschnitt noch etwa 672 Personen aufgenommen, die vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion stammen und häufig unzureichende Deutschkenntnisse haben.

Nahezu die Hälfte der Aussiedler wurde an einer Berufsschule unterrichtet. Über 5% der Aussiedler an beruflichen Schulen besuchten das BVJ. Verglichen mit dem Anteil des BVJ an der Gesamtschülerzahl ist dieser überdurchschnittlich hoch. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass es im BVJ spezielle Klassen mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen gibt.

### Jeder achte Schüler ist ausländischer Herkunft

Im Schuljahr 2009/10 hatten an den beruflichen Schulen des Landes 51 469 Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit ist nahezu jeder achte Schüler ausländischer Herkunft. Innerhalb des letzten Jahrzehnts war der Anteil ausländischer Schüler an den beruflichen Schulen relativ konstant.

Ausländische Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren hatten Ende 2009 einen Anteil von gut 13% an der gleichaltrigen Bevölkerung Baden-Württembergs. Damit ist der Anteil von Ausländern an der Schülerschaft der beruflichen Schulen mit knapp 12% etwas niedriger, als nach ihrem Bevölkerungsanteil zu erwarten wäre. Vermutlich werden die weiterführenden Angebote des beruflichen Schulwesens von jugendlichen Ausländern nach Erfüllung der Schulpflicht wohl im geringeren Ausmaß wahrgenommen.

Im Schuljahr 2009/10 betrug der Anteil der jungen Frauen unter den ausländischen Schülern an beruflichen Schulen gut 48%. Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist der Frauenanteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit an beruflichen Schulen angestiegen, zum Schuljahr 2000/01 waren es fast 45%.

### Knapp ein Drittel der Ausländer stammt aus EU-Staaten

Die Herkunftsstaaten der ausländischen Schüler sind über die ganze Welt verteilt. Allerdings besaßen nur gut 9% die Staatsangehörigkeit eines außereuropäischen Landes. Mit 2 740 Schülern stellten die Asiaten unter diesen die größte Gruppe. Aus afrikanischen Staaten stammten 958 Schüler, aus amerikanischen 817. Insgesamt besaßen 46 779 der ausländischen Teilnehmer die Staatsangehörigkeit eines europäischen Staates, darunter waren 15 759 aus den Ländern der Europäischen Union. An den beruflichen Schulen des Landes werden mehr Schüler aus der Türkei unterrichtet als aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen. Im Schuljahr 2009/10 waren daher erneut die 20 837 Schüler mit türkischer Staatsangehörigkeit am häufigsten vertreten, gefolgt von den 8 278 mit italienischer Herkunft.

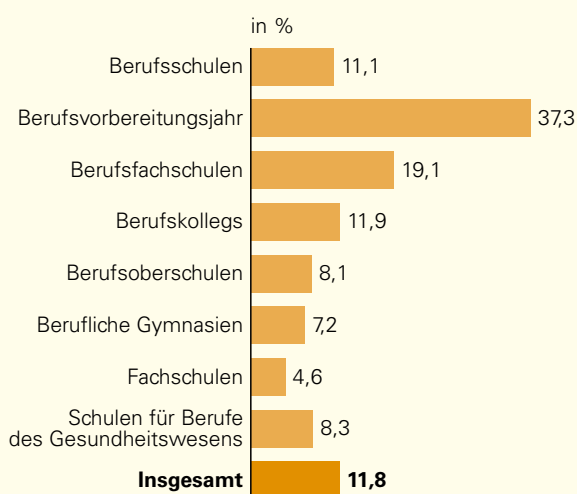
### Hoher Ausländeranteil im Berufsvorbereitungsjahr

Die Verteilung ausländischer Schüler auf die einzelnen beruflichen Schularten ist sehr unterschiedlich (Grafik E 4 (G1)). Den höchsten Ausländeranteil weist das Berufsvorbereitungsjahr auf, in dem Jugendliche einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erwerben können. Mit gut 37% besaß über ein Drittel der Teilnehmer nicht die

<sup>15</sup> 15 Schüler an beruflichen Schulen werden in der amtlichen Schulstatistik nur dann als Aussiedler ausgewiesen, wenn sie innerhalb der letzten vier Jahre übersiedelt sind.

## E 4 (G1)

### Ausländeranteil an beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/10 nach Schularten



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

396 11

deutsche Staatsangehörigkeit. An den Berufsfachschulen des Landes hatte im Schuljahr 2009/10 nahezu jeder fünfte Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit. Hierzu zählt auch das Berufseinstiegsjahr.

An den Berufskollegs, die mindestens einen mittleren Abschluss voraussetzen, entspricht die Beteiligung von Ausländern seit dem Schuljahr 2009/10 mit knapp 12% dem Durchschnitt aller beruflichen Schularten, in den vorangegangenen Schuljahren war diese eher unterdurchschnittlich. Immer mehr ausländische Jugendliche scheinen auf diesem Wege zur Fachhochschulreife zu gelangen.

### Ausländeranteil an beruflichen Gymnasien höher als an allgemein bildenden Gymnasien

Entsprechend den allgemein bildenden Schulen sind jugendliche Ausländer in den beruflichen Bildungsgängen seltener anzutreffen, wenn diese eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln. So ist die Beteiligung von Ausländern an Berufsoberschulen unterdurchschnittlich. Im Schuljahr 2009/10 waren hier gut 8% der Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Auch an beruflichen Gymnasien sind jugendliche Ausländer nur relativ gering vertreten, hier ist einer von 13 Schülern Ausländer (7,2%). Gegenüber dem allgemein bildenden Gymnasium (4,5%) ist ihr Anteil aber nahezu doppelt so hoch.

### Ausländeranteil an Privatschulen geringfügig höher

Der Anteil ausländischer Schüler an privaten beruflichen Schulen liegt mit knapp 13% geringfügig über dem der öffentlichen Einrichtungen (Web-Tabelle E 4 (T2)). Unter den einzelnen Schularten sind jedoch deutliche Unterschiede zu erkennen. Mit einem Fünftel haben die privaten Berufsfachschulen den höchsten Anteil ausländischer Schüler zu verzeichnen. Zu diesen Einrichtungen zählen auch die berufsvorbereitenden Berufsfachschulen, die im Privatschulbereich dem BVJ entsprechen. Hier ist der Ausländeranteil – analog zum öffentlichen BVJ – überdurchschnittlich hoch. Auch an den privaten Berufsschulen ist der Ausländeranteil mit knapp 18% relativ hoch. Dies dürfte daran liegen, dass unter den privaten Berufsschulen vor allem Sonderberufsschulen zu finden sind. Mit knapp 4% hat das private berufliche Gymnasium den geringsten Anteil ausländischer Schüler, an den öffentlichen Einrichtungen ist dieser nahezu doppelt so hoch.

### Bildungsbeteiligung auch von der Nationalität abhängig

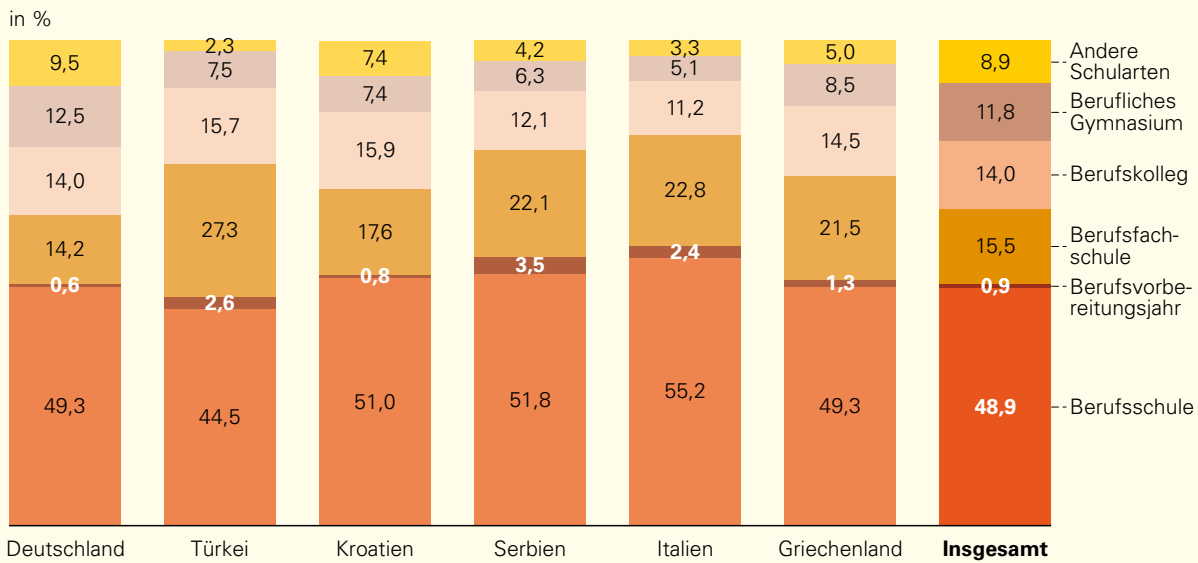
Die Bildungsbeteiligung ausländischer Schüler an den einzelnen Schularten weist hinsichtlich der Nationalitäten deutliche Unterschiede auf (Grafik E 4 (G2) und Web-Tabelle E 4 (T3)). Jugendliche mit italienischer Abstammung besuchten im Schuljahr 2009/10 vergleichsweise häufig die Berufsschule. Mit 3,5% absolvieren überdurchschnittlich viele Schüler aus Serbien ein BVJ. Vergleichsweise selten besuchten Schüler aus diesem Herkunftsland hingegen das berufliche Gymnasium. Im Schuljahr 2009/10 besuchten überdurchschnittlich viele griechische Jugendliche ein berufliches Gymnasium, im BVJ hingegen lag die Besuchsquote dieser Gruppe nur wenig über dem Gesamtdurchschnitt.

### Parallelen zum allgemein bildenden Schulwesen

Beim Schulbesuch ausländischer Schüler an beruflichen Schulen sind in vielen Bereichen Parallelen zu den allgemein bildenden Schulen festzustellen. Dies betrifft hauptsächlich die grundsätzliche Beteiligung an den verschiedenen vergleichbaren Bildungsgängen. Bei den allgemein bildenden Schulen sind Ausländer an Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, wogegen sie vor allem an Gymnasien unterrepräsentiert sind. Dementsprechend ist diese Gruppe in denjenigen Bildungsgängen der beruflichen Schulen seltener anzutreffen, die eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln.

**E 4 (G2)**

**Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/10  
nach Staatsangehörigkeit und Schulart**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

397 11

Auch die Verteilung der Nationalitäten auf das berufliche Gymnasium und das BVJ zeigen ein analoges Bild zum Schulbesuchsverhalten an den allgemein bildenden Schulen. Kroatische Schüler werden auch an einem allgemein bildenden Gymnasium relativ häufig

unterrichtet, während türkische, italienische sowie serbische und montenegrinische Schüler überdurchschnittlich häufig eine Haupt- oder Sonderschule oder entsprechend das BVJ besuchen.

## E 5 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bis 2030

Die Schülerzahl der beruflichen Schulen im Land stieg in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich an. Im Schuljahr 2008/09 – dem Basisjahr der Voraussrechnung – wurden dort insgesamt 434 600 Schüler unterrichtet, im Vergleich zu 354 900 im Schuljahr 1995/96. Im Schuljahr 2009/10 war ein weiterer Anstieg auf 437 000 Schüler zu verzeichnen.

### Rückgang der Gesamtschülerzahl bis 2030 um knapp ein Drittel

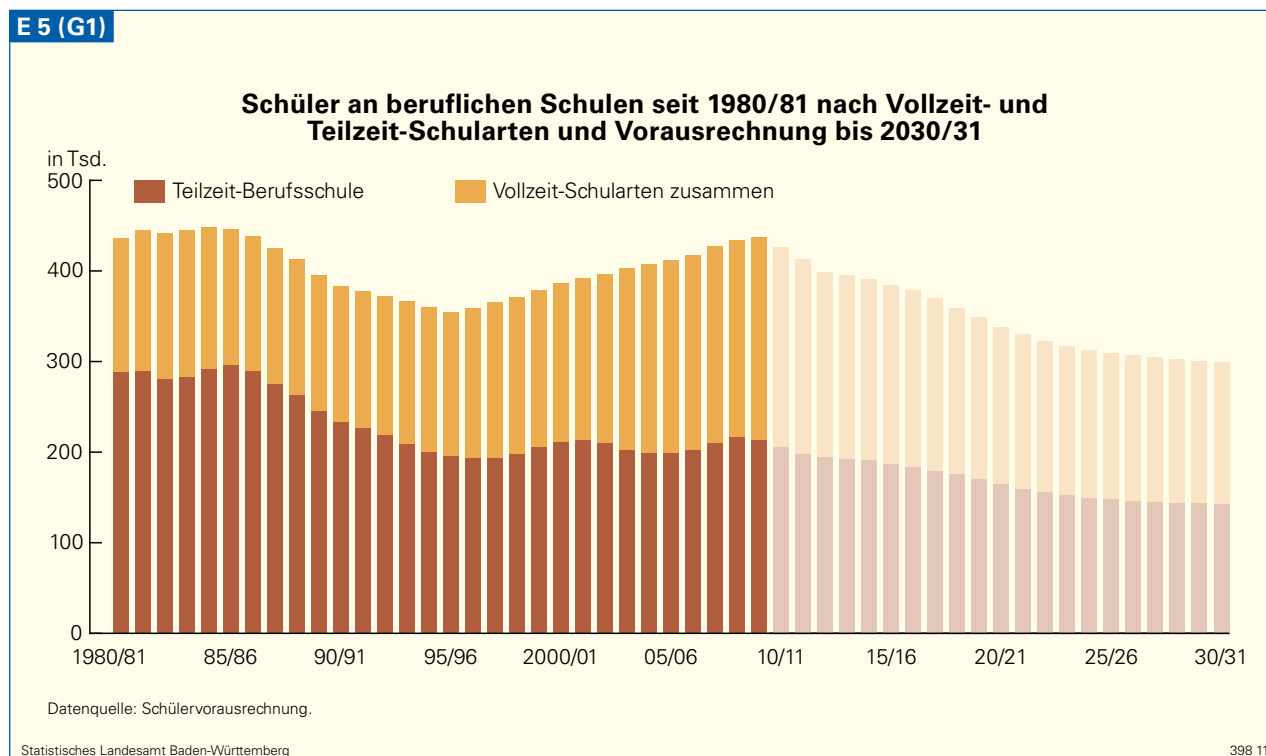
Aufgrund der demografischen Entwicklung ist damit zu rechnen, dass der Anstieg der Schülerzahlen an beruflichen Schulen im Schuljahr 2009/10 seinen Höhepunkt erreicht hat. In den kommenden Jahren dürften auch hier insgesamt sinkende Schülerzahlen auftreten. Im Schuljahr 2012/13 könnten sie unter 400 000 und am Ende des Voraussrechnungszeitraums 2030 auf knapp unter 300 000 absinken (Tabelle E 5 (T1) im Anhang und Web-Tabelle E 5 (T2)). Gegenüber 2008/09 wäre dies ein Rückgang um 31 %.

Der Bereich der Teilzeit-Berufsschule – und damit die duale Berufsausbildung – wäre von dieser Entwicklung stärker betroffen als die beruflichen Vollzeitschulen

(Grafik E 5 (G1)). Im Schuljahr 2008/09 wurden an den öffentlichen und privaten Teilzeit-Berufsschulen 216 061 Schüler ausgebildet. Bis 2030 wird hier ein Rückgang um 34 % auf nur noch gut 142 000 erwartet. Die beruflichen Vollzeitschulen besuchten 2008/09 insgesamt 218 534 Schüler. Für das Jahr 2030 ergibt die Voraussrechnung eine Schülerzahl von knapp 157 000, was einem Minus von etwas mehr als 28 % entspricht.

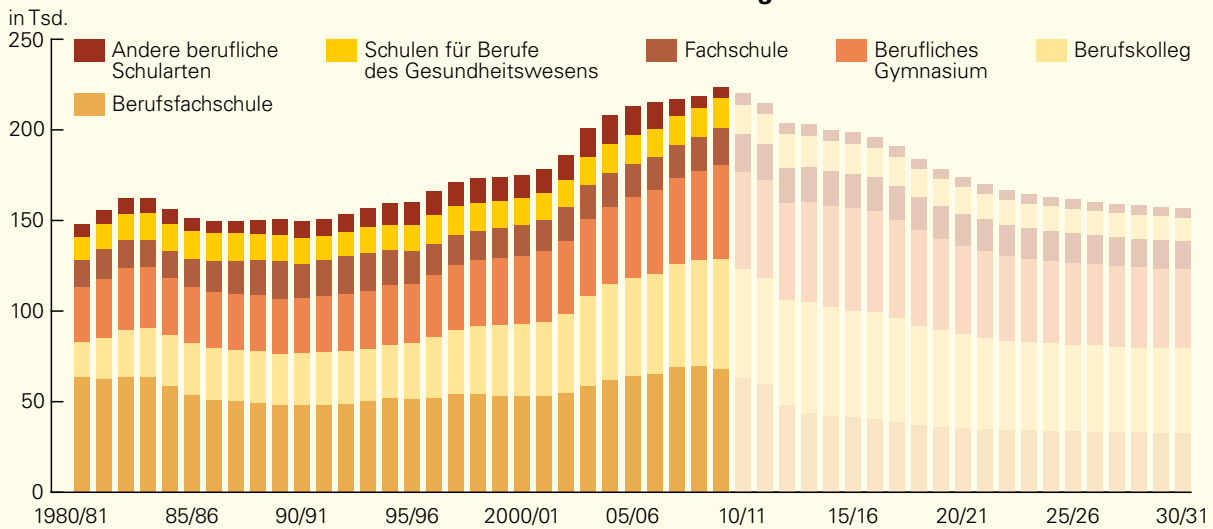
### Deutlicher Einfluss der Wirtschaftsentwicklung

Neben der demografischen Entwicklung übt auch die wirtschaftliche Entwicklung einen spürbaren Einfluss auf die Schülerzahlen der beruflichen Schulen aus. Im Verlauf des wirtschaftlichen Aufschwungs war die Zahl der Teilzeit-Berufsschüler von 198 736 im Schuljahr 2005/06 auf 216 061 im Schuljahr 2008/09 stark angestiegen. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurden 2009 weniger Ausbildungsverträge als in den beiden Jahren zuvor abgeschlossen. Dadurch ging die Schülerzahl auf 213 215 zurück. Schulabsolventen, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, mussten sich nach Alternativen umsehen. Somit nahm die Nachfrage nach voll-



E 5 (G2)

**Schüler an beruflichen Vollzeit-Schulen seit 1980/81 nach Schularten und Voraussrechnung bis 2030/31**



Datenquelle: Voraussrechnung der Schülerzahlen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

399 11

zeitschulischen Bildungsgängen deutlich zu. Deren Schülerzahl stieg um rund 5 200 auf 223 741 an.

Diese kurzfristig spürbaren, aber nicht vorhersehbaren Auswirkungen der Wirtschaftsentwicklung auf die Schülerzahlen an beruflichen Schulen und deren Verteilung auf die verschiedenen Teilzeit- und Vollzeit-Bildungsgänge müssen bei der Interpretation der Voraussrechnung als Unsicherheitsfaktoren berücksichtigt werden. Die der Voraussrechnung zugrundeliegenden Annahmen beziehen sich daher zum Teil (zum Beispiel bei der Teilzeit-Berufsschule) auf mehrjährige Durchschnitte, um so einen relativ stabilen Mittelwert aus »guten« und »schlechten« Jahren als Basis für die mittelfristige Entwicklung zu erhalten. Bei anderen Schularten – wie zum Beispiel den beruflichen Gymnasien – wird dagegen versucht, die absehbare Entwicklung bzw. den geplanten Ausbau durch möglichst aktuelle Ansätze einzubeziehen.<sup>16</sup>

**Fachschulen im Zuge der Wirtschaftskrise stark nachgefragt**

Die zurückliegende Wirtschaftskrise hat zu einem Anstieg der Nachfrage nach Angeboten der beruflichen Fortbildung geführt. Eine beträchtliche Zahl von Unternehmen hat anscheinend den Auftragsrückgang

dazu genutzt, die vorhandenen Arbeitskräfte weiter zu qualifizieren.

Daher dürften noch bis 2011 jeweils mehr als 20 000 Fortbildungswillige an den Fachschulen unterrichtet werden (Grafik E 5 (G2)). Im weiteren Verlauf bis 2030 wirkt sich der Rückgang der Bevölkerungszahl in der für diese Schulart typischen Altersgruppe aus. Die Schülerzahl würde dann wieder unter die Marke von 16 000 fallen.

**Einführung der Werkrealschule beeinflusst Berufsfachschulen und Berufskollegs<sup>17</sup>**

Neben demografischen und konjunkturellen Einflüssen wird sich auch eine bildungspolitische Weichenstellung im Bereich der allgemein bildenden Schulen auf den Besuch beruflicher Schulen auswirken. Durch die Einführung der neuen Werkrealschule im Schuljahr 2010/11 wird ein größerer Anteil der Jugendlichen den mittleren Abschluss an einer allgemein bildenden Schule erwerben. Die Voraussrechnung geht davon aus, dass die Hälfte der Neuntklässler das Angebot des Besuchs der 10. Klassenstufe wahrnimmt. Entsprechend weniger Schulabsolventen mit Hauptschulab-

16 Vgl. methodischer Hinweis »Voraussrechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen« am Ende dieses Kapitels.

17 Die Voraussrechnung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Die Ergebnisse der Voraussrechnung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger politischer Weichenstellungen zu sehen.



schluss werden dann an eine zweijährige Berufsfachschule wechseln, um dort die Fachschulreife anzustreben. Allerdings werden diese Berufsfachschulen durch die im Bildungsplan verankerte enge Kooperation im Unterricht der Schüler der 10. Klassenstufe der Werkrealschule eingebunden. Im Rahmen dieser Vorausrechnung werden diese Schüler nur an der Werkrealschule und nicht an der Berufsfachschule gezählt.

Die Schülerzahl der Berufsfachschulen (einschließlich des Berufseinstiegsjahrs) dürfte im Schuljahr 2008/09 mit 69 284 ihren Höhepunkt erreicht haben. Bereits der Anstieg der beiden vorangegangenen Schuljahre war nur auf die Einführung und den Ausbau des Berufseinstiegsjahrs zurückzuführen. Der für das Schuljahr 2012/13 erwartete starke Rückgang der Schülerzahl um fast 12 000 ist eine weitere Folge der Einführung der Werkrealschule (Tabelle E 5 (T1) im Anhang). Im Jahr 2030 ist nach dieser Vorausrechnung nur noch mit knapp der Hälfte der aktuellen Schülerzahl zu rechnen, da diese dann auf unter 33 000 abgesunken sein dürfte.

Die neue Werkrealschule und Hauptschule wird sich auch auf den Besuch der Berufskollegs auswirken. Abzulesen ist dieser Effekt am vorübergehenden Wiederanstieg der Schülerzahl der Berufskollegs im Schuljahr 2013/14. Die dann zu erwartenden zusätzlichen Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss dürften den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahl mehr als ausgleichen, sofern die Berufskollegs die erforderlichen Kapazitäten bereitstellen können. Gegen Ende des Vorausrechnungszeitraums dürfte die Schülerzahl auf gut 46 000 zurückgehen (Grafik E 5 (G2)).

2009/10 wurden davon insgesamt 28 an öffentlichen und 24 an privaten Schulen neue Bildungsgänge eingerichtet. Ein besonderer Schwerpunkt waren hierbei die Sozialwissenschaftlichen Gymnasien. Bis zum Schuljahr 2008/09 war dieser Bildungsgang – bis dahin noch unter dem Namen Sozialpädagogisches Gymnasium – überwiegend von privaten Einrichtungen geprägt. Alleinzugewinn des Schuljahres 2009/10 wurden landesweit 15 öffentliche Sozialwissenschaftliche Gymnasien eröffnet, zudem nahmen noch fünf weitere private Einrichtungen den Unterricht auf. Zum Schuljahr 2010/11 wurde das Angebot der öffentlichen Schulen um weitere 15 Sozialwissenschaftliche und zwei Biotechnologische Gymnasien sowie jeweils ein Technisches und ein Wirtschaftsgymnasium ausgebaut.

Diese erhebliche Ausweitung des Angebots wirkt sich nachhaltig auf die Entwicklung der Schülerzahlen aus. Seit dem Schuljahr 2006/07 stieg die Schülerzahl der Eingangsstufe um rund 2 700 von 16 572 auf 19 265 im Schuljahr 2009/10 an. Insgesamt wurden in diesem Schuljahr 51 742 Schüler an den beruflichen Gymnasien im Land unterrichtet. Im Schuljahr 2015/16 könnte mit fast 57 000 Schülern der Höchststand erreicht werden (Grafik E 5 (G2)). Bei dieser Entwicklung spielt neben dem bereits realisierten und ggf. noch geplanten Ausbau des Angebots an beruflichen Gymnasien auch die Ausweitung der Nachfrage durch den Anstieg der Zahl von Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss als Folge der Einführung der neuen Werkrealschule eine Rolle. Bis 2030 könnte die Schülerzahl dann annahmegemäß wieder auf knapp 44 000 absinken.

### Ausbau der beruflichen Gymnasien führt zu steigender Schülerzahl

Der Ausbau des Angebots an beruflichen Gymnasien im Land schreitet fort. In den Schuljahren 2007/08 bis

### Schulen für Berufe des Gesundheitswesens zunächst mit stabiler Entwicklung

Die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens gehören zum Geschäftsbereich des Sozialministeriums. Sie

#### i

#### Vorausrechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen

Die Vorausrechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen baut auf die Ergebnisse der Vorausrechnung für die allgemein bildenden Schulen auf. Hier sind vor allem die Übergänge auf die beruflichen Schulen entscheidend, die mittels sogenannter »Als-ob-Übergangsquoten« beschrieben werden. In mehrjährigen Bildungsgängen wie den zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen oder den beruflichen Gymnasien wird das Vorrücken in die höheren Jahrgangsstufen durch Versetzungsquoten modelliert.

Damit ist das Modell für die beruflichen Schulen im Kern ein – allerdings gegenüber dem Modell für die allgemein bildenden Schulen wesentlich vereinfachtes – Komponentenverfahren, das den Durchlauf durch das Bildungssystem simuliert (*Simulationsansatz*). Für die Fachschulen, die der Weiterbildung dienen, und die Berufsoberschulen als Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs kommt dagegen ein Altersquotientenverfahren zum Einsatz.

Die Vorausschätzung basiert auf den bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Schuljahres 2008/09. Die von der neugewählten Landesregierung angekündigten strukturellen Veränderungen des Bildungswesens konnten zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses keinen Eingang mehr in die Annahmen der Vorausschätzung finden. Insbesondere die sich auf einzelne Schularten beziehenden Ergebnisse der Vorausschätzung sind deshalb unter dem Vorbehalt künftiger bildungspolitischer Weichenstellungen zu sehen.

dienen der Ausbildung in den nicht-akademischen Gesundheitsberufen (zum Beispiel Krankenpflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie) und haben einen großen Anteil an der schulischen Berufsausbildung, die das duale Ausbildungssystem ergänzt. Ihre Schülerzahl dürfte zunächst recht stabil bei etwas über 16 000 liegen.

Da viele Ausbildungsgänge in diesem Bereich einen mittleren Abschluss als Vorbildung erfordern oder typischerweise von Jugendlichen mit diesem Ab-

schluss gewählt werden, könnte auch hier die Schülerzahl ab 2012 durch die Absolventen der Werkrealschulen auf 18 500 ansteigen. Hierzu müssten allerdings die Schulen die notwendigen Kapazitäten bereitstellen. Aus den Erfahrungen in den zurückliegenden Jahren ist allerdings zu schließen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen im Gesundheitsbereich auch von den finanziellen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen beeinflusst wird – und deren Entwicklung ist derzeit schwer kalkulierbar.



## Abschlüsse

F

- F 1 Erwerb allgemein bildender Abschlüsse
- F 2 Abschlüsse ausländischer Schulabgänger
- F 3 Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen nach Abschlussarten bis 2030



## F Abschlüsse

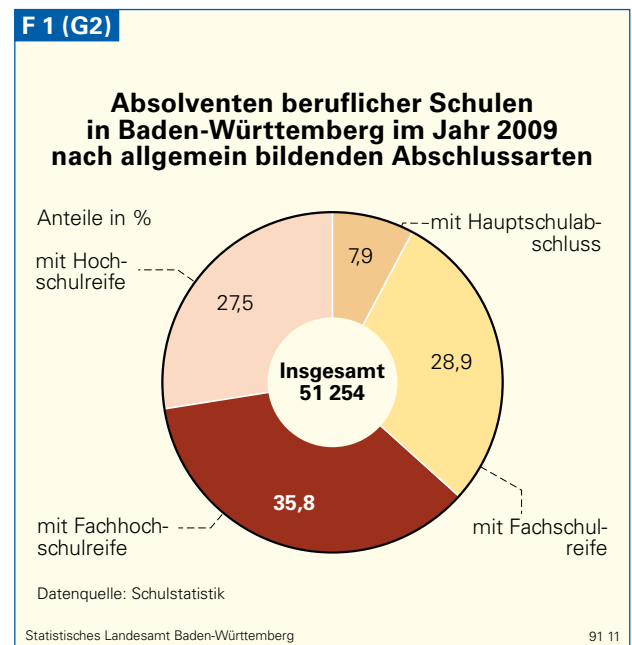
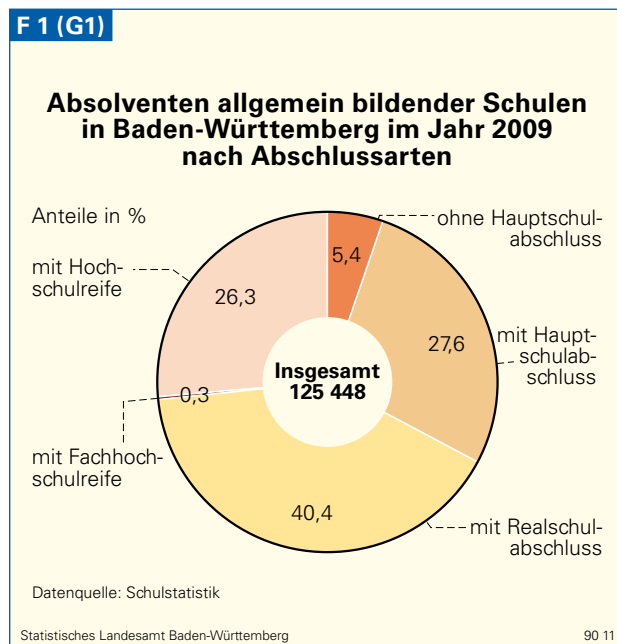
### F 1 Erwerb allgemein bildender Abschlüsse

Der Erwerb eines allgemein bildenden Schulabschlusses eröffnet entsprechende Möglichkeiten für berufliche Perspektiven und die damit verbundene private Lebensgestaltung. Aus ökonomischer Sicht sind Bildungsabschlüsse ein bedeutendes Potenzial, das die Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft mitbestimmt.

#### Knapp 170 000 Absolventen mit allgemein bildendem Schulabschluss im Jahr 2009

Ende des Schuljahres 2008/09 verließen 169 913 Absolventen die Schulen des Landes mit einem allgemein bildenden Abschluss.<sup>1</sup> Davon erwarben 118 659 Jugendliche diese Qualifikation an einer allgemein bildenden Schule. 6 789 Jugendliche – 5,4 % aller Abgänger allgemein bildender Schulen – gingen ohne einen Hauptschulabschluss ab (Grafik F 1 (G1)). Gegenüber 2006 – dem Referenzjahr des letzten Bildungsberichts – ist dies ein Rückgang um rund 1 Prozentpunkt. 51 254 allgemein bildende

Abschlüsse wurden an einer beruflichen Schule erzielt (Grafik F 1 (G2)). Dies entspricht einem Anteil von 30 % an den allgemein bildenden Abschlüssen insgesamt – ein Zuwachs um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Abgangsjahr 2006. Darüber hinaus erreichten 120 888 Schüler beruflicher Schulen das Ziel des jeweiligen beruflichen Bildungsgangs, ohne einen (zusätzlichen) allgemein bildenden Abschluss erworben zu haben.



Insgesamt 65 430 Absolventen – 4 157 mehr als 2006 – erzielten einen mittleren Bildungsabschluss. Den Hauptschulabschluss erwarben 38 663 Jugendliche; dies waren 7 518 weniger als 2006.

Ein Zeugnis, das zur Aufnahme eines Hochschul- bzw. Fachhochschulstudiums berechtigt, erhielten 47 125 Abiturienten und 18 695 Absolventen mit Fachhochschulreife – gegenüber 2006 sind dies 9 180 zusätzliche Abschlüsse, die zu einer Studienberechtigung führen (Tabelle F 1 (T1) im Anhang). Die Zahl der Schulabgänger, die keinen allgemein bildenden Abschluss erreichen konnten, sinkt seit dem Jahr 2000 kontinuierlich. Damals waren es 9 182 Absolventen, im Jahr 2006 wurden 7 932 gezählt, 2009 noch 6 789.

<sup>1</sup> Zu den an allgemein bildenden Sonderschulen erworbenen Abschlüssen siehe auch Kapitel D 3.5.

**Mittlerer Abschluss seit knapp drei Jahrzehnten der am häufigsten erworbene**

Seit 1981 ist der mittlere Abschluss die häufigste Abschlussart, die an den Schulen des Landes erworben wird, bis 1980 war dies der Hauptschulabschluss. Die weit überwiegend an beruflichen Schulen verliehene Fachhochschulreife verzeichnete in den vergangenen Jahren den stärksten Aufschwung (Tabelle F 1 (T1) im Anhang). Während diese im Jahr 2000 noch 6 753 Absolventen erhielten, hat sich ihre Zahl bis 2009 verdreifacht. Ein Grund hierfür ist die Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verschiedener Fachschularten im Jahr 1999. Seitdem ist der Erwerb der Fachhochschulreife bei einigen Fachschulen in den entsprechenden Bildungsgang integriert. Zudem stieg die Zahl der Jugendlichen deutlich an, die im Rahmen ihrer Ausbildung an einem Berufskolleg zusätzlich die Fachhochschulreife erwerben.

Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich die Zahl der Abiturienten von 35 746 auf 47 125, was einem Zuwachs von 32 % entspricht. Neben der demografischen Entwicklung schlägt sich hier inzwischen verstärkt der Anstieg der Übergangsquoten auf das Gymnasium nieder.

**Über 5 % verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss**

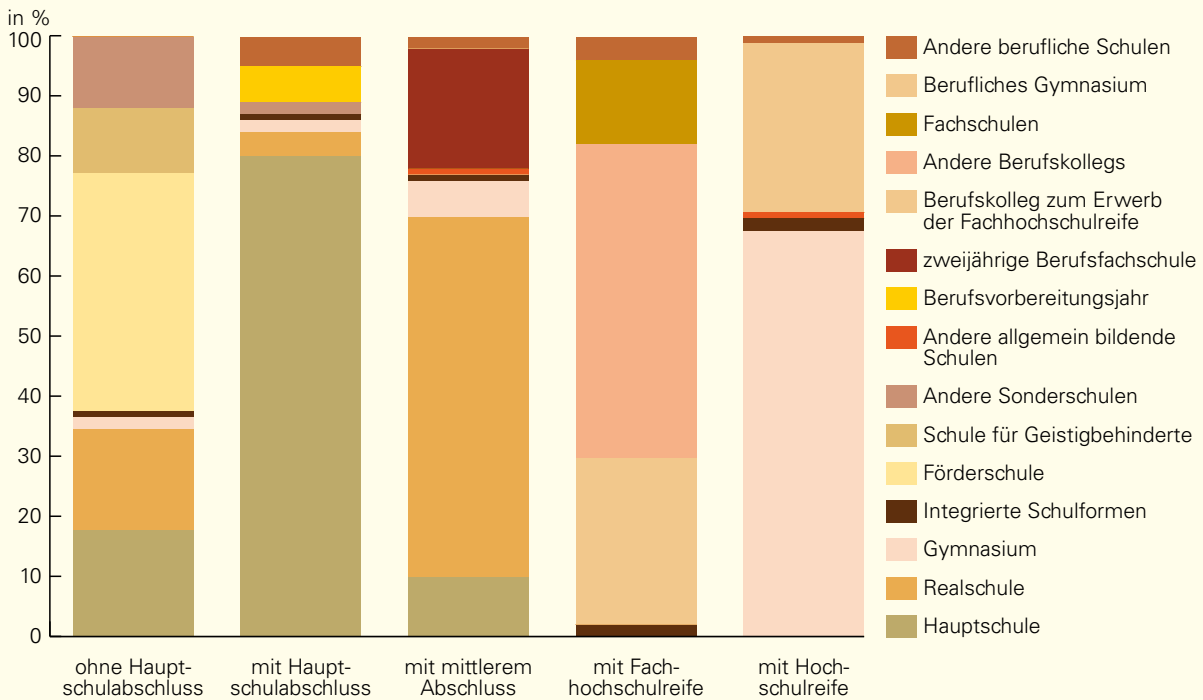
6 789 Abgänger verließen 2009 die Schulen ohne Hauptschulabschluss – 1 143 weniger als drei Jahre zuvor. Damit sank auch ihr Anteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen von 6,3 % auf 5,4 %, dem niedrigsten Wert seit 20 Jahren. Über die Hälfte von ihnen besuchte eine Förderschule oder eine Schule für Geistigbehinderte, an denen der Erwerb des Hauptschulabschlusses nicht das Ziel des entsprechenden Bildungsgangs ist. Weitere rund 800 Abgänger ohne Hauptschulabschluss stammen aus anderen Sonderschulformen, an denen ebenfalls der Bildungsgang Förderschule angeboten wird (Grafik F 1 (G3)).

1 245 Jugendliche verließen die Hauptschule, ohne einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Weitere 1 125 Abgänger beendeten die Realschule und 105 das Gymnasium ohne einen allgemein bildenden Abschluss erreicht zu haben. (Web-Tabelle F 1 (T2)).

Während sich die Zahl der Hauptschulabgänger, die ihre Schule ohne Abschluss verließen, gegenüber 2006 nahezu halbiert hat, ist an den Realschulen ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Der Anteil derjenigen, der

F 1 (G3)

**Absolventen in Baden-Württemberg im Jahr 2009 nach Abschlussart und Bildungsgang**



Anmerkung: Die genauen Anteile und die absoluten Werte können Web-Tabelle F1 (T2) entnommen werden.  
Datenquelle: Schulstatistik

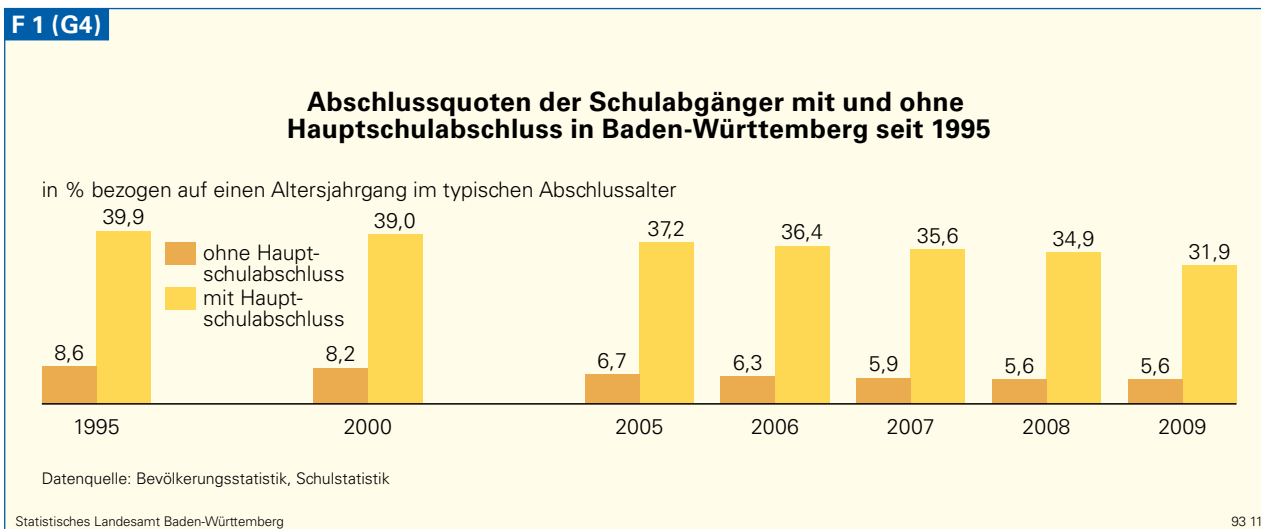
weder den angestrebten mittleren Abschluss noch einen Hauptschulabschluss erzielt hat, ist um 30 % gestiegen.

Um den Anteil eines Altersjahrgangs der Bevölkerung zu bestimmen, der einen bestimmten Abschluss erreicht, werden unter Bezug auf die für dessen Erwerb typischen Altersjahrgänge Quoten berechnet.<sup>2</sup> Hierdurch wird das unterschiedliche Alter der Absolventen – Abiturienten sind in der Regel deutlich älter als Hauptschulabgänger – bei Vergleichen zwischen den verschiedenen Abschlüssen berücksichtigt. Im Jahr 2009 erreichten 5,6 % eines durchschnittlichen Altersjahrgangs im für den Hauptschulabschluss typischen Alter von 15 bis 16 Jahren diesen Abschluss nicht (Grafik F 1 (G4)). Dieser Wert liegt unter dem Stand des Jahres 2006 – damals betrug die Quote 6,3 % – und 3 Prozentpunkte unter dem Wert von 1995.

den Freien Waldorfschulen erreichten 251 junge Menschen den Hauptschulabschluss. 911 Hauptschulabschlüsse wurden an Sonderschulen ausgehändigt.

11 % der Hauptschulabschlüsse wurden von Absolventen beruflicher Schulen erworben – rund 2 Prozentpunkte weniger als dies noch 2006 der Fall war. An erster Stelle steht hier das Berufsvorbereitungsjahr. Dort holten 2 290 Jugendliche – noch rund halb so viele wie 2006 – diesen Abschluss nach, den sie an einer allgemein bildenden Schule nicht erreicht hatten. Weitere 1 746 dem Hauptschulabschluss gleichgestellte Zeugnisse wurden an anderen beruflichen Schulen – vor allem an Berufsfachschulen und Berufsschulen – ausgestellt.

Angesichts der rückläufigen Entwicklung der Schülerzahl der Hauptschule verliert erwartungsgemäß auch der Hauptschulabschluss an Anteil. Im Jahr 1995 hatten noch 40 % eines Altersjahrgangs den Hauptschul-



### Jeder fünfte Hauptschulabschluss wird nicht an einer Hauptschule erworben

Im Jahr 2009 erwarben 38 663 junge Menschen einen Hauptschulabschluss – ein Rückgang um 16 % gegenüber 2006, als 46 181 Jugendliche diesen Abschluss erreichten. 81 % von ihnen hatten im Schuljahr 2008/09 die Hauptschule besucht (Grafik F 1 (G3)). Weitere 7 % der Hauptschulabschlüsse wurden an anderen allgemein bildenden Schulen erworben. 1 534 Abgänger hatten die Realschule vor dem Erreichen des eigentlichen Bildungsziels dieser Schulart mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Am Gymnasium betraf dies mit 641 Abgängern mehr als doppelt so viele Schüler wie im Jahr 2006. An den Schulen besonderer Art und

abschluss erworben (Grafik F 1 (G4)). Im Jahr 2006 lag diese Abschlussquote fast 4 Prozentpunkte niedriger bei gut 36 %, 2009 nur noch bei knapp 32 %.

### Gut 20 % der mittleren Abschlüsse werden an beruflichen Schulen erworben

Der an allgemein bildenden Schulen erreichbare Realschulabschluss<sup>3</sup> und die an beruflichen Schulen verliehene Fachschulreife werden als mittlere Abschlüsse bezeichnet. Insgesamt erhielten 65 430 Absolventen 2009 ein entsprechendes Zeugnis. Realschüler hatten hieran mit 60 % den größten Anteil (Grafik F1 (G3)). Die

<sup>2</sup> Siehe die methodische Erläuterung »Abschlussquoten« am Ende dieses Kapitels.

<sup>3</sup> Einschließlich der dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschlüsse an Werkrealschulen, Gymnasien, Schulen besonderer Art und Freien Waldorfschulen.

10. Jahrgangsstufe an Hauptschulen mit Werkrealschule führt ebenfalls zu einem mittleren Abschluss, den 6 305 Jugendliche auf diesem Weg erlangten. In den integrierten Schulformen gelangten 670 Schüler zu einem mittleren Abschluss, an Sonderschulen erreichten ihn 130 Jugendliche. Mit einem mittleren Bildungsabschluss verließen 3 702 Abgänger vorzeitig ein Gymnasium – 1 319 Schüler mehr als dies 2006 der Fall war.

Die Abendrealschulen bieten Erwachsenen die Chance, auf dem Zweiten Bildungsweg den Realschulabschluss nachzuholen. 671 Absolventen gelang dies im Jahr 2009 erfolgreich. Etwas mehr als ein Fünftel der mittleren Abschlüsse wurde 2009 an beruflichen Schulen erworben. Die meisten Jugendlichen hatten die Fachschulreife an den zweijährigen Berufsfachschulen erlangt: 13 216 Fachschulreifezeugnisse wurden hier ausgestellt. Auch Berufsschulabsolventen mit Hauptschulabschluss wird nach erfolgreicher Beendigung ihrer Berufsausbildung ein dem Realschulabschluss gleichwertiges Zeugnis ausgestellt, wenn sie die hierfür erforderlichen Durchschnittsnoten erreicht haben. Diese Möglichkeit nutzten 1 200 Absolventen. Über die Berufsaufbauschule als Einrichtung des Zweiten Bildungswegs gelangten 356 Weiterbildungswillige zum mittleren Abschluss.

Der Anteil eines Altersjahrgangs, der einen mittleren Bildungsabschluss erworben hat, ist seit 1995 deutlich angestiegen. Damals waren es knapp 47 %, im Jahr 2006 gut 48 %, 2009 lag die Abschlussquote bei 53 %.

### Die Fachhochschulreife ist eine Domäne der Berufskollegs

Die Fachhochschulreife wird in der Regel an einer beruflichen Schule erworben. Sie wurde im Jahr 2009 insgesamt 18 695 Absolventen bescheinigt, die damit die Berechtigung besitzen, ein Studium an einer Fachhochschule aufzunehmen. Gegenüber 2006 ist dies eine Zunahme um 3 774 Absolventen bzw. 25 %. Vier von fünf Fachhochschulreifezeugnissen wurden an Berufskollegs ausgestellt (Grafik F 1 (G3)). Davon wurden 5 183 an speziellen Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife erworben und 9 836 an anderen Berufskollegs zusätzlich zum Berufsabschluss – gegenüber 2006 haben somit 3 385 zusätzliche Absolventen diese Möglichkeit in Anspruch genommen. Darüber hinaus erlangten 2 656 Absolventen von Fachschulen diese Qualifikation. Durch die Teilnahme an einem Zusatzprogramm parallel zur Berufsausbildung kann auch an einigen Berufsschulen die Fachhochschulreife erworben werden; 392 Absolventen machten hiervon Gebrauch. An Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien erreichten dies weitere 263 junge Menschen. Im allgemein bildenden Bereich kann an

den Freien Waldorfschulen der schulische Teil der Fachhochschulreife erworben werden.<sup>4</sup> Im Jahr 2009 erreichten 365 Waldorfschulabsolventen dieses Ziel.

Der starke Anstieg der Zahl der Absolventen mit Fachhochschulreife in den letzten Jahren führte zu einer Verdoppelung der Abschlussquote von 6 % im Jahr 2000 auf 12 % im Jahr 2005 (Grafik F 1 (G5)). Im Jahr 2009 wuchs diese Quote weiter auf nunmehr über 14 % an. Knapp jeder Siebte eines entsprechenden Altersjahrgangs besaß somit die Fachhochschulreife.

### Mehr als ein Drittel eines Altersjahrgangs erwirbt das Abitur

Das Abitur ist die am weitesten verbreitete Hochschulzugangsberechtigung. 2009 erhielten 47 125 Absolventen der Schulen im Land das Zeugnis der Hochschulreife – 5 406 mehr als noch drei Jahre zuvor. Zwei Drittel von ihnen hatten eines der 445 allgemein bildenden Gymnasien besucht (Grafik F 1 (G3)). Die drei Schulen besonderer Art und die 56 Freien Waldorfschulen führten 939 Jugendliche zum Abitur. An Sonderschulen erwarben elf Absolventen die Hochschulreife. Über den Zweiten Bildungsweg gelangten 594 Weiterbildungswillige nach dem Besuch eines Abendgymnasiums oder eines Kollegs zum Abitur.

30 % der Abiturienten des Abschlussjahrgangs 2009 hatten eine berufliche Schule besucht. Die Berufsoberschulen trugen als berufliche Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs mit 671 erfolgreichen Absolventen in ähnlichem Umfang wie die vergleichbaren allgemein bildenden Schulen (Abendgymnasien und Kollegs) zur Gesamtzahl der Abiturienten bei. An den beruflichen Gymnasien konnten 13 425 Absolventen die allgemeine Hochschulreife erwerben – ein Zuwachs von 1 123 gegenüber 2006. Vor allem Realschüler und Wechsler aus allgemein bildenden Gymnasien machen hiervon Gebrauch.

Die Abiturientenquote ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Erwarben im Jahr 1995 noch 28 % eines Altersjahrgangs die Hochschulreife, waren es im Jahr 2000 bereits über 30 %. Bis 2006 war ein weiterer Zuwachs auf knapp 34 % zu verzeichnen. Im Jahr 2009 besaßen über 36 % eines Altersjahrgangs das Abitur (Grafik F 1 (G5)). Rechnet man noch die stark 14 % dazu, die die Fachhochschulreife erreicht hatten, erlangten über 50 % eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung.

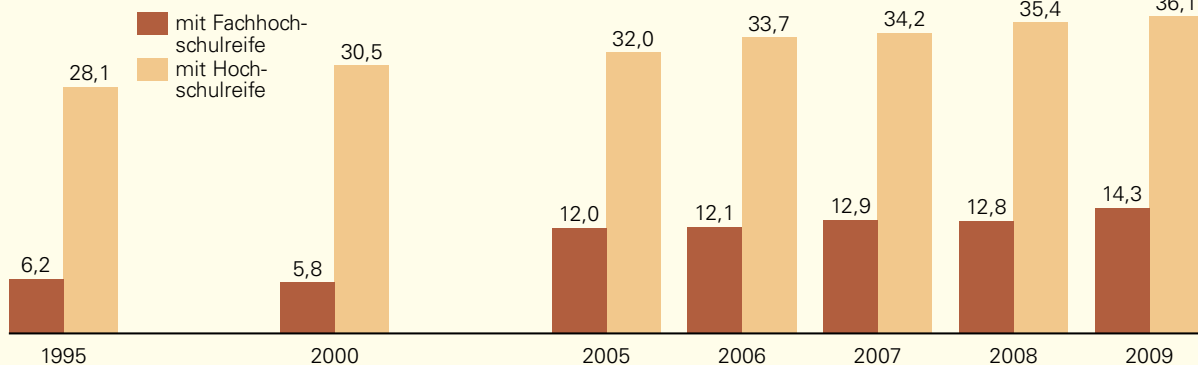
4 Für den vollen Erwerb der Fachhochschulreife muss zusätzlich eine Ausbildung oder ein mindestens einjähriges ausbildungsbezogenes Praktikum absolviert werden.



## F 1 ( G5)

### Abschlussquoten der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung in Baden-Württemberg seit 1995

in % bezogen auf einen Altersjahrgang im typischen Abschlussalter



Datenquelle: Bevölkerungsstatistik, Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

94 11

#### Universitätsstädte mit höchstem Anteil an Hochschulreifezeugnissen

Auf Ebene der Stadt- und Landkreise zeigt sich eine breite Streuung der Anteile der verschiedenen Schulabschlüsse. In Grafik F 1 (G6) sind die Stadt- und Landkreise absteigend nach dem Anteil der Hochschulreife an allen dort erworbenen Abschlüssen sortiert dargestellt. Die Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg im Breisgau liegen hier mit Anteilen von nahezu 43 % bzw. 40 % an der Spitze gefolgt vom Stadtkreis Baden-Baden mit knapp 38 %. Sieben der neun Stadtkreise weisen Anteile auf, die deutlich über dem Landesdurchschnitt von fast 28 % liegen. Lediglich Heilbronn liegt mit knapp 27 % etwas darunter. Die geringsten Anteilswerte sind im Enzkreis mit gut 16 % und im Alb-Donau-Kreis mit stark 18 % zu finden. Beide Kreise sind um einen Stadtkreis gelegen, in dem sich der Sitz der Kreisverwaltung befindet. Hier kann angenommen werden, dass ein Teil der Jugendlichen, die in diesen Kreisen wohnen, Gymnasien in Pforzheim und Ulm besuchen und dementsprechend dort gezählt werden, wenn sie das Abitur bestehen. Damit dürften die Anteilswerte der Abiturzeugnisse für diese Landkreise in Bezug auf die dort wohnende Bevölkerung etwas unterschätzt sein, während sie in den jeweiligen Städten etwas überschätzt werden.

Besonders deutlich wird dieser Effekt bei den Fachhochschulreifezeugnissen. In allen Stadtkreisen liegen die Anteile über dem Landeswert von 11 %. In diesen Zentren ist eine Vielzahl von Berufskollegs angesiedelt, die die Fachhochschulreife anbieten. Die Spitzenwerte sind mit fast 25 % in der Landeshauptstadt Stuttgart und

23 % in Heilbronn zu finden. Von den 35 Landkreisen liegen lediglich der Bodenseekreis, der Schwarzwald-Baar-Kreis, der Zollernalbkreis sowie die Landkreise Böblingen und Reutlingen über der Marke von 11 %.

#### Mittlerer Abschluss in fast allen Landkreisen am häufigsten

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 65 430 Realschulabschlüsse und Fachschulreifezeugnisse erworben (Web-Tabelle F 1 (T3)). Damit war der mittlere Abschluss mit einem Anteil von fast 39 % an allen Absolventen, die einen allgemein bildenden Abschluss erzielten, der am häufigsten erreichte. Dies trifft auch in fast allen Landkreisen zu. Die Anteilswerte variieren hier zwischen 52 % im Enzkreis und rund 35 % im Landkreis Tübingen, in dem als einzigem mehr Hochschulreifezeugnisse erworben wurden.

Bei den Stadtkreisen liegt der mittlere Abschluss nur in Mannheim und Heilbronn mit Anteilen von rund 34 % bzw. 33 % vor der Hochschulreife. In den anderen Städten ist der mittlere Abschluss bei Werten zwischen stark 26 % in Stuttgart und 33 % in Ulm weniger verbreitet als das Abitur.

#### Hauptschulabschluss in 17 Landkreisen mit einem Anteil von 25 % oder mehr

Die 38 663 im Jahr 2009 erworbenen Hauptschulabschlüsse entsprechen einem Anteil von knapp 23 % an allen Absolventen mit allgemein bildendem Abschluss (Grafik F 1 (G6)). Nur in zwei Landkreisen – in Heilbronn

F 1 ( G6)

### Absolventen mit allgemein bildenden Abschlüssen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2009 nach Abschlussarten

	mit Hochschulreife	mit Fachhochschulreife	mit mittlerem Abschluss	mit Hauptschulabschluss
Heidelberg (SKR)	42,7	16,4	29,7	11,2
Freiburg im Breisgau (SKR)	40,1	18,8	27,9	13,1
Baden-Baden (SKR)	37,9	12,7	31,4	18,0
Tübingen	36,3	10,5	34,8	18,4
Karlsruhe (SKR)	34,4	20,0	29,2	16,3
Pforzheim (SKR)	34,3	16,7	30,8	18,1
Ulm (SKR)	33,7	19,2	33,1	14,1
Stuttgart (SKR)	32,6	24,6	26,4	16,4
Böblingen	31,1	12,2	36,7	20,0
Bodenseekreis	30,1	15,1	36,6	18,2
Breisgau-Hochschwarzwald	29,9	0,2	44,0	25,9
Ludwigsburg	29,2	6,4	40,3	24,2
Konstanz	28,9	11,0	37,8	22,3
Esslingen	28,7	8,4	39,7	23,3
Mannheim (SKR)	28,4	12,9	34,4	24,3
Hohenlohekreis	28,1	8,6	40,8	22,5
Ostalbkreis	27,8	10,0	41,9	20,3
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>27,7</b>	<b>11,0</b>	<b>38,5</b>	<b>22,8</b>
Karlsruhe	27,3	7,4	43,2	22,1
Ravensburg	27,2	10,7	38,9	23,2
Rhein-Neckar-Kreis	27,1	8,4	40,2	24,2
Ortenaukreis	26,9	7,2	40,3	25,6
Heilbronn (SKR)	26,6	22,9	32,6	17,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	26,5	14,0	37,7	21,9
Sigmaringen	26,4	8,1	43,2	22,3
Main-Tauber-Kreis	25,7	11,3	42,7	20,3
Reutlingen	25,5	12,0	37,1	25,3
Freudenstadt	25,5	8,4	42,9	23,2
Rems-Murr-Kreis	25,4	7,5	42,0	25,0
Göppingen	25,2	9,6	43,3	21,9
Lörrach	25,2	6,0	39,5	29,3
Rottweil	24,9	6,6	41,4	27,0
Neckar-Odenwald-Kreis	24,8	10,8	39,0	25,4
Biberach	24,4	8,6	40,8	26,2
Rastatt	24,2	10,6	40,8	24,4
Calw	23,9	10,2	41,5	24,4
Tuttlingen	23,8	4,5	41,8	29,8
Schwäbisch Hall	23,2	10,0	41,7	25,1
Waldshut	22,9	7,3	42,1	27,7
Heidenheim	22,1	11,2	40,6	26,2
Zollernalbkreis	21,3	12,4	39,1	27,2
Heilbronn	20,8	3,9	43,1	32,2
Emmendingen	20,2	9,0	42,5	28,3
Alb-Donau-Kreis	18,3	4,0	46,3	31,3
Enzkreis	16,4	3,0	51,8	28,8

Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

95 11

und im Alb-Donau-Kreis – hatte dieser Abschluss einen Anteil von über 30 %. In zwölf der 35 Landkreise war der Hauptschulabschluss nach dem mittleren Bildungsabschluss der zweithäufigste, in drei weiteren Landkreisen war das Abitur in etwa genau so stark vertreten wie der Hauptschulabschluss, in den anderen Landkreisen war die Hochschulreife weiter verbreitet.

In den Stadtkreisen waren meist unterdurchschnittliche Anteile an Hauptschulabschlüssen anzutreffen. Nur in Mannheim lagen sie mit 24 % knapp über dem Mittelwert für das Land. In den drei Universitätsstäd-

ten Heidelberg, Freiburg im Breisgau und Ulm lag der Anteil der Hauptschulabschlüsse unter der Marke von 15 %.

#### Abgänge ohne Abschluss vor allem in Stadtkreisen

In Grafik F 1 (G6) bilden die Schulabschlüsse von allgemein bildenden und beruflichen Schulen zusammen die Grundlage für die Ermittlung der Anteile. Dies ist für Schulabsolventen, die einen Abschluss erreicht

haben, die stimmige Berechnungsbasis. Bei denjenigen, die eine Schule verlassen, ohne einen Abschluss erreicht zu haben, können jedoch nur die Abgänge der allgemein bildenden Schulen in die Betrachtung einbezogen werden, da beim Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an beruflichen Schulen nur die Absolventen gezählt werden, die dort tatsächlich einen höherwertigen Abschluss erlangt haben.

Hohe Anteile von Abgängen ohne Hauptschulabschluss sind besonders in den Stadtkreisen zu finden. Sechs der neun Stadtkreise wiesen 2009 einen Anteil auf, der über dem Landesdurchschnitt von 5,5 % liegt (Grafik F 1 (G7)). Mit 7,9 % war der Anteil in Baden-Baden am höchsten. Der Hohenlohekreis und der Neckar-Odenwald-Kreis wiesen allerdings ähnlich hohe Werte auf. Heidelberg stand als Stadtkreis am anderen Ende der Skala: Mit 3,1 % ist dies der zweitniedrigste für das Jahr 2009 registrierte Wert. Lediglich im Enzkreis war die Quote der Abgänger ohne Abschluss mit 2,8 % noch etwas geringer.

### Junge Frauen erwerben häufiger das Abitur, junge Männer die Fachhochschulreife

Seit 1995 erreichen mehr junge Frauen als Männer die Hochschulreife (Tabelle F 1 (T4) im Anhang). Im Jahr 2009 lag der Frauenanteil beim Abitur bei 54 % und damit deutlich über dem Anteil der jungen Frauen im entsprechenden Altersjahrgang von 18 bis unter 21 Jahren, der rund 49 % betrug. Gegenüber 2006 entspricht dies einem Anstieg um knapp 2 Prozentpunkte. Unter den zur Hochschulreife führenden Bildungsgängen ist an den integrierten Schulformen mit 56 % ein etwas über dem Durchschnitt liegender Frauenanteil festzustellen (Web-Tabelle F 1 (T5)). Den niedrigsten Frauenanteil verzeichneten dagegen die Berufsoberschulen mit 37 %. In all diesen Bildungsgängen zusammen gelangten jedoch nur rund 1 600 junge Menschen zum Abitur. Die überwiegende Zahl erwarb die Hochschulreife an allgemein bildenden oder beruflichen Gymnasien. Bei Ersteren betrug der Frauenanteil knapp 55 %, bei Letzteren gut 52 %.

Die Fachhochschulreife wird dagegen vorwiegend von jungen Männern absolviert: Die Frauen sind dort nur zu knapp 42 % vertreten. Hier wirkt sich aus, dass unter den Fachschulen, an denen die Fachhochschulreife erworben werden kann, die Technikerschulen eine starke Stellung haben, die eher junge Männer ansprechen. Auch unter den speziellen zur Fachhochschulreife führenden Berufskollegs gehören viele zur gewerblich-technischen Richtung, die überwiegend von männlichen Schülern bevorzugt wird. Bei den anderen Berufskollegs, an denen dieser Abschluss bei Bestehen einer Zusatzprüfung erreicht

werden kann, gibt es neben einigen gewerblichen und hauswirtschaftlichen Bildungsgängen ein gut ausgebautes Angebot an kaufmännischen Einrichtungen. An diesen Berufskollegs waren mehr als die Hälfte der Absolventen mit Fachhochschulreife Frauen. Seit 2006 ist ein stetiges Anwachsen des Anteils weiblicher Absolventen zu verzeichnen – für 2009 wurde ein Anstieg um knapp 5 Prozentpunkte festgestellt.

Bezogen auf einen durchschnittlichen Altersjahrgang im typischen Absolventenalter erreichten 2009 fast 40 % der jungen Frauen und knapp 33 % der jungen Männer das Abitur (Grafik F 1 (G8)). Bei der Fachhochschulreife lagen dagegen die Männer mit einer Abschlussquote von über 16 % vorne. Stark 12 % der Frauen konnten ein entsprechendes Zeugnis in Empfang nehmen. Damit erwarben von den jungen Männern über 49 % eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung und von den Frauen fast 52 %.

### Geschlechterverteilung bei mittleren Abschlüssen recht stabil

Bei den 65 430 erworbenen mittleren Abschlüssen lag der Anteil der weiblichen Absolventen in den letzten Jahren konstant zwischen 51 % und 53 % (Tabelle F 1 (T4) im Anhang). An den Realschulen, an denen im Jahr 2009 rund 60 % der mittleren Abschlüsse erworben wurden, waren knapp 51 % der Absolventen weiblich. An den Hauptschulen, an denen mit 6 305 Abschlüssen knapp jeder zehnte mittlere Abschluss erreicht wurde, hatten Absolventinnen einen Anteil von fast 50 %. Damit war ihr Anteil deutlich höher als der Schülerinnenanteil an den Hauptschulen des Landes (vgl. Kapitel D 2.1). Von den 13 216 an zweijährigen Berufsfachschulen erzielten mittleren Abschlüssen wurde 55 % von jungen Frauen erworben (Web-Tabelle F 1 (T5)).

Dementsprechend erreichte 2009 unter den jungen Frauen mit gut 55 % deutlich mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs einen mittleren Schulabschluss (Grafik F 1 (G8)). Bei ihren männlichen Altersgenossen lag die Abschlussquote mit annähernd 51 % um knapp 5 Prozentpunkte niedriger.

### Deutlich mehr Jungen als Mädchen erwerben den Hauptschulabschluss

Der Hauptschulabschluss wird häufiger von Jungen als von Mädchen erworben. In den zurückliegenden Jahren erreichte der Jungenanteil beständig Werte zwischen knapp 56 % und 57 % (Tabelle F 1 (T4) im Anhang); stark 57 % betrug der Anteil auch im Jahr

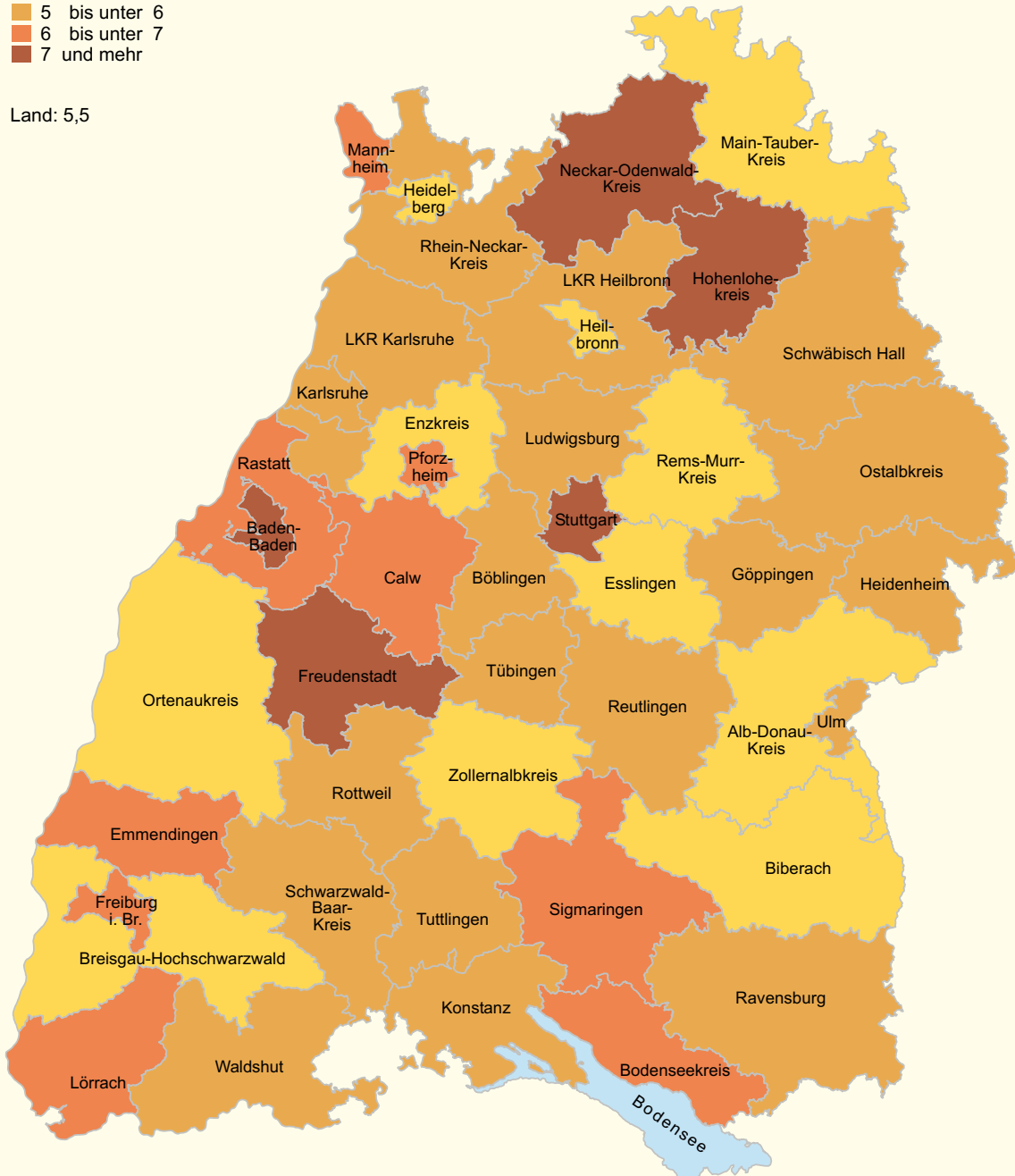
F 1 (G7)

**Schulabgänger ohne Abschluss an allgemein bildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2009**

Anteil an allen Schulabgängern in %

- unter 5
- 5 bis unter 6
- 6 bis unter 7
- 7 und mehr

Land: 5,5



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-008  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

i

## Abschlussquoten

Die Abschlussquoten geben an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Altersjahrgangs einen bestimmten Schulabschluss erworben hat. Der Umfang dieses durchschnittlichen Altersjahrgangs der Wohnbevölkerung wird je nach Abschluss auf Basis unterschiedlicher tatsächlicher Altersjahrgänge ermittelt, die für das Erreichen des jeweiligen Schulabschlusses typisch sind:

- ohne und mit Hauptschulabschluss: 15 bis unter 17 Jahre,
- mittlerer Abschluss: 16 bis unter 18 Jahre,
- Fachhochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre,
- Hochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre.

Die Abschlussquote wird berechnet, indem man die jeweilige Absolventenzahl durch den Wert des zugehörigen durchschnittlichen Altersjahrgangs teilt. Die Angabe dieser Absolventenanteile an der durchschnittlichen Wohnbevölkerung entspricht der in internationalen Veröffentlichungen üblichen Darstellung.

Durch das spätere Nachholen von Schulabschlüssen kommt es dazu, dass eine Person im Zeitablauf mehrfach gezählt werden kann. Zum Beispiel kann zunächst an der Hauptschule der Hauptschulabschluss erworben werden und anschließend an der zweijährigen Berufsfachschule die Fachschulreife. Diese Mehrfachzählungen führen dazu, dass die Summe der Abschlussquoten aller Schulabschlüsse mehr als 100 % ergibt.

2009. In diesem Jahr hatten vier Fünftel der insgesamt 38 663 Absolventen mit Hauptschulabschluss die Hauptschule besucht. Der Jungenanteil lag dort bei 56 % (Web-Tabelle F 1 (T5)). An den Realschulen und Gymnasien, von denen zusammen 2 175 Schüler mit einem Hauptschulabschluss abgegangen waren, lag der Mädchenanteil unter den Abgängern mit rund 41 %

deutlich unter dem jeweiligen Schülerinnenanteil. Mädchen gehen somit seltener vorzeitig von Realschulen oder Gymnasien ab als Jungen.

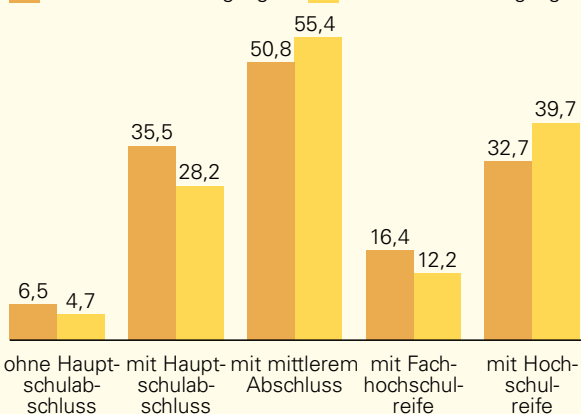
Die auf das typische Abschlussalter bezogene Hauptschulabschlussquote der Jungen lag 2009 mit knapp 36 % um mehr als 7 Prozentpunkte über der Quote der Mädchen (Grafik F 1 (G8)). Dies ist der größte Abstand von Abschlussquoten bei geschlechtsspezifischer Betrachtung.

F 1 (G8)

### Abschlussquoten in Baden-Württemberg 2009 nach Abschlussart und Geschlecht

in % bezogen auf einen Altersjahrgang im typischen Abschlussalter

■ männliche Schulabgänger ■ weibliche Schulabgänger



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

96 11

### Fast 7 % der Jungen eines Altersjahrgangs erreichen zunächst keinen Hauptschulabschluss

Bei den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss sind die Jungen deutlich in der Überzahl. Seit 15 Jahren liegt der Jungenanteil bei Werten im Bereich von 60 % bis 63 % (Tabelle F 1 (T4) im Anhang): Die 4 048 männlichen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss des Jahres 2009 entsprechen einem Anteil von knapp 60 % an allen 6 789 entsprechenden Abgängern. Die meisten dieser Abgänger hatten eine Sonderschule besucht (vgl. Kapitel D 3). Da Sonderschulen einen überdurchschnittlichen Anteil männlicher Schüler aufweisen, erklärt dies den Jungenanteil von etwas über 60 % an den Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss, die eine Sonderschule verlassen hatten (Web-Tabelle F 1 (T5)). Der Jungenanteil an den Hauptschulabgängern, die nicht das Bildungsziel der Hauptschule erreicht hatten, lag mit 59 % etwas darunter, jedoch



deutlich über dem Anteil männlicher Schüler an Hauptschulen (vgl. **Kapitel D 2.5**). Jungen gehen somit weitaus häufiger ohne Abschluss von Hauptschulen ab als Mädchen.

Knapp 7 % der Jungen eines Altersjahrgangs verließen im Jahr 2009 zunächst ohne Hauptschulabschluss die allgemein bildenden Schulen des Landes, von den

Mädchen waren es unter 5 % (Grafik F 1 (G8)). Gegenüber 2006 ist dies ein Rückgang um rund 1 Prozentpunkt bei den männlichen Jugendlichen; bei den weiblichen war die Veränderung minimal. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss haben die Chance, diesen später an einer anderen – meist beruflichen – Schule nachzuholen, zum Beispiel während des Besuchs des Berufsvorbereitungsjahres.

## Allgemein bildende Abschlüsse an Berufsschulen (einschließlich Sonderberufsschulen)

Neben dem Berufsschulabschluss können an den Berufsschulen und Sonderberufsschulen des Landes allgemein bildende Abschlüsse erreicht werden – vom Hauptschulabschluss bis zur Fachhochschulreife.

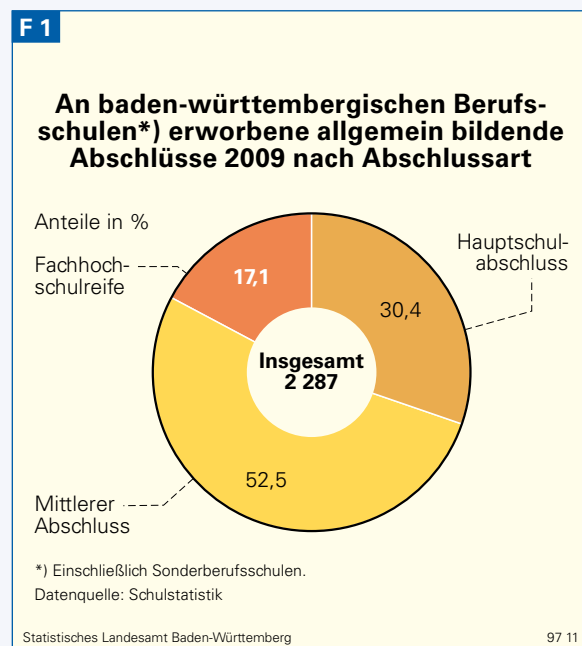
Jugendliche ohne Hauptschulabschluss können an den Berufsschulen einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand erwerben. Dazu müssen sie ein Berufsschulabschlusszeugnis vorweisen können und einen erfolgreichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (zum Beispiel Gesellen-, Gehilfen- oder Facharbeiterbrief) mit einer Regelausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren. Die Bestätigung wird von der besuchten Berufsschule ausgestellt.

Unter bestimmten Voraussetzungen können sich Auszubildende mit Hauptschulabschluss nach Abschluss der Berufsausbildung einen dem mittleren Abschluss gleichwertigen Bildungsstand zuerkennen lassen. In Baden-Württemberg gibt es hierfür zwei Alternativen:

- Wer einen Berufsschulabschluss mit einem Notendurchschnitt von mindestens 3,0 und eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten mindestens zweijährigen Ausbildungsberuf und die Note ausreichend und besser aus einem fünfjährigem Fremdsprachenunterricht vorweisen kann, bekommt einen mittleren Abschluss zuerkannt.
- Eine nur für Baden-Württemberg gültige Variante besteht aus Hauptschulabschluss und Berufsschulabschluss und Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Regelausbildungsdauer von mindestens drei Jahren. Der Notendurchschnitt aus diesen drei Abschlüssen muss mindestens 2,5 ergeben. Das Zertifikat eines mittleren Bildungsabschlusses wird am Ende der Berufsausbildung von der Berufsschule verliehen.

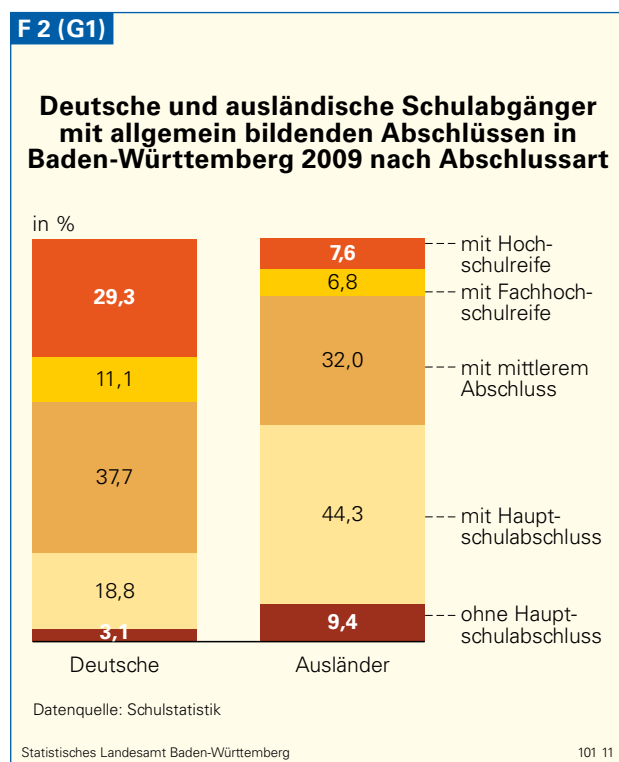
Seit rund einem Jahrzehnt besteht auch an Berufsschulen im Land die Möglichkeit, durch die Teilnahme an Zusatzunterricht und Ablegen einer Zusatzprüfung die Fachhochschulreife zu erwerben. Dieser Zusatzunterricht, der auf Nachfrage an den Berufsschulen eingerichtet wird, wird derzeit landesweit an rund 30 Standorten angeboten.

Am Ende des Schuljahres 2008/09 haben 2 287 Absolventen zusätzlich an einer Berufsschule einen allgemein bildenden Abschluss erworben. Das entspricht gut 3 % der erfolgreichen Berufsschulabsolventen. Knapp jeder Dritte erhielt den Hauptschulabschluss, über die Hälfte den mittleren Abschluss und gut ein Sechstel die Fachhochschulreife an der Berufsschule.



## F 2 Abschlüsse ausländischer Schulabgänger

Im Schuljahr 2008/09 verließen 21 244 ausländische Schüler<sup>5</sup> eine Schule nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht. Dies entspricht einem Anteil von 12 % aller Abgänger. 19 253 ausländische Absolventen erwarben einen allgemein bildenden Abschluss, 1 991 Abgänger – über 9 % der ausländischen Schulabgänger – erreichten keinen Hauptschulabschluss. Von den erfolgreichen Absolventen erhielten rund 44 % den Hauptschulabschluss, 32 % einen mittleren Abschluss, fast 7 % die Fachhochschulreife und annähernd 8 % die Hochschulreife (Grafik F 2 (G1)). Dabei wurden die Möglichkeiten des Zweiten Bildungswegs zum Erwerb eines mittleren Abschlusses oder einer Hochschulzugangsberechtigung auch von ausländischen Absolventen genutzt.



Im Vergleich mit den Abschlüssen der deutschen Abgänger wird deutlich, dass der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss unter den ausländischen Abgängern dreimal so groß ist. Hingegen ist der Anteil der Schüler mit Hochschulreife bei den Absolventen mit deutscher Staatsangehörigkeit fast viermal größer als deren Anteil bei den ausländischen Absolventen (Grafik F 2 (G1)).

5 Siehe die methodische Erläuterung »Ausländische Schulabgänger« am Ende dieses Kapitels.

### Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss verkleinert sich in der Gruppe der ausländischen Abgänger

Vergleicht man die anteilmäßige Verteilung innerhalb der Gruppe der ausländischen Abgänger mit der im ersten Bildungsbericht Baden-Württemberg für das Jahr 2006 dargestellten Verteilung, so zeigen sich deutliche Veränderungen. Der Anteil der ausländischen Abgänger ohne Hauptschulabschluss verringerte sich um 2,4 Prozentpunkte. Auch der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss nahm um über 5 Prozentpunkte ab. Dafür vergrößerte sich der Anteil unter den ausländischen Absolventen, der einen mittleren Abschluss erreichte, um fast 5 Prozentpunkte, der Anteil mit Fachhochschulreife um fast 2 Prozentpunkte und der Anteil an Abgängern mit Hochschulreife um 1 Prozentpunkt. Zum Berichtszeitpunkt 2006 konnten die an allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs von Ausländern erworbenen Abschlüsse nicht dargestellt werden. Um eine Verzerrung zu vermeiden, bleiben diese Bildungsgänge in der oben dargestellten zeitlichen Entwicklung unberücksichtigt.

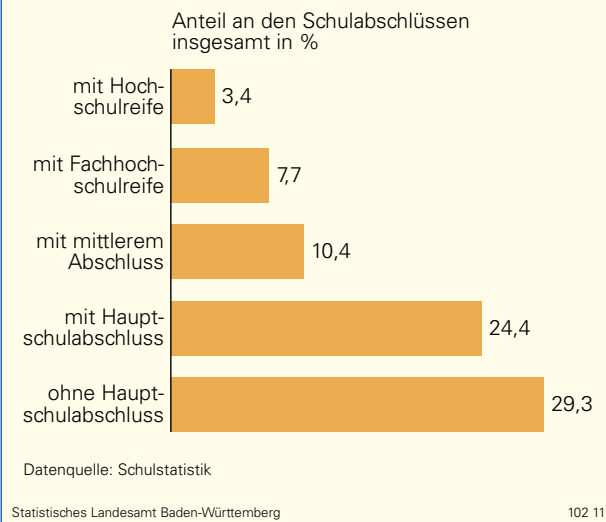
### 29 % der Abgänger ohne Hauptschulabschluss waren 2009 Ausländer

Betrachtet man nun nicht mehr die Abschlüsse innerhalb der Gruppe der Ausländer, sondern den Anteil, welchen ausländische Absolventen an den jeweiligen Abschlussarten insgesamt haben, ergibt sich folgendes Bild: Rund 29 % aller Abgänger ohne Hauptschulabschluss waren 2009 Ausländer. An den Hauptschulabschlüssen hatte diese Gruppe einen Anteil von über 24 % und an den mittleren Abschlüssen von über 10 %. Bei den Abschlüssen der Fachhochschulreife und Hochschulreife waren sie mit fast 8 % bzw. über 3 % vertreten (Grafik F 2 (G2)).

Vergleicht man dies nun wiederum mit dem Stand zum Jahr 2006, so zeigt sich, dass der Anteil der ausländischen Abgänger an den Abgängern ohne Hauptschulabschluss um fast 2 Prozentpunkte zurückging, die Anteile an den Absolventen, die einen Abschluss erzielten, jedoch größer geworden sind. Da der Anteil der Schulabgänger ohne deutsche Staatsangehörigkeit an den Abgängern insgesamt gegenüber 2006 unverändert 12 % betrug, kann vermutet werden, dass ausländische Schüler das Schulsystem zunehmend erfolgreicher absolvieren. Der Anteil der ausländischen Schüler an den Abgängern mit Hauptschulabschluss

## F 2 (G2)

### Ausländische Schulabgänger in Baden-Württemberg 2009 nach Abschlussart



nahm um 2 Prozentpunkte zu, beim mittleren Abschluss und bei der Fachhochschulreife erfolgte ein geringerer Zuwachs um rund 1 Prozentpunkt. Der Anteil der Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit beim Erwerb der Hochschulreife blieb nahezu unverändert.

Betrachtet man die Entwicklung über den Zeitraum seit dem Jahr 2000 hinweg, fällt auf, dass der Anteil der ausländischen Abgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahr 2009 mit gut 29 % der geringste ist. Unter den Abgängern mit Hauptschulabschluss und mittlerem Abschluss erreichen die ausländischen Schulabgänger im Vergleich mit den Jahren zuvor die höchsten Anteile (Tabelle F 2 (T1) im Anhang). Allerdings liegen die Werte sehr nah beieinander. Der Anteil an ausländischen Schulabgängern ohne Abschluss schwankt insgesamt seit dem Jahr 2000 um 30 %, wobei in der Zeit zuvor höhere Anteile zu verzeichnen waren. So betrug der Anteil 1995 annähernd 38 % – allerdings hatten zu dieser Zeit mit über 25 % deutlich mehr Absolventen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

#### Ausländische Schüler nutzen die Möglichkeiten des beruflichen Schulsystems zum Erwerb allgemein bildender Abschlüsse

Allgemein bildende Abschlüsse können auf unterschiedlichen Wegen erworben werden, von denen auch Schüler nicht-deutscher Staatsangehörigkeit Gebrauch machen. Web-Tabelle F 2 (T2) stellt dar, an welchen Schularten und über welche Bildungsgänge ausländische Absolventen diese Abschlüsse erreich-

ten bzw. aus welchen Bildungsgängen die Abgänger ohne Hauptschulabschluss stammten.

Von den 1 991 ausländischen Abgängern ohne Hauptschulabschluss hatten 1 277 eine Sonderschule besucht. Hierbei ist zu beachten, dass es bei den Sonderschulen Bildungsgänge gibt – Förderschule und Schule für Geistigbehinderte –, bei welchen der Hauptschulabschluss nicht das angestrebte Abschlussziel ist (vgl. Kapitel D 3). Jedoch besuchten 714 Abgänger zuvor eine Schulart, deren Ziel mindestens der Hauptschulabschluss ist, davon waren 519 an einer Hauptschule.

Von den 9 421 ausländischen Schülern, die 2009 die Schule mit einem Hauptschulabschluss verließen, erwarben 7 680 diesen an einer Hauptschule und 818 in einem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) (Web-Tabelle F 2 (T2)). Das Berufsvorbereitungsjahr wurde somit verstärkt von ausländischen Schülern als Möglichkeit genutzt, den Hauptschulabschluss nachzuholen; dies zeigt sich daran, dass rund 36 % der dortigen Hauptschulabschlüsse von Abgängern erlangt wurden, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Auch andere berufliche Schularten tragen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses bei – 517 ausländische Abgänger erreichten 2009 ihren Abschluss auf diesem Weg. Das BVJ nicht mitgerechnet, gingen nahezu 30 % der an beruflichen Schulen vergebenen Hauptschulabschlüsse an ausländische Schulabgänger.

42 % der ausländischen Schulabgänger mit mittlerem Abschluss erwarben diesen an einer Realschule – bei den deutschen Abgängern waren es fast 62 %. Bereits an zweiter Stelle standen die zweijährigen Berufsfachschulen, die zu rund 29 % an den mittleren Abschlüssen der ausländischen Schulabgänger beitrugen. An diesen erlangten 1 989 der 6 793 ausländischen Schulabgänger mit mittlerem Abschluss ihr Abschlusszeugnis (Web-Tabelle F 2 (T2)). Bei deutschen Abgängern lag der Anteil dieser Schulart bei gut 19 %. Zu den Möglichkeiten, verschiedene allgemein bildende Abschlüsse an beruflichen Schulen zu erwerben, gibt Kapitel E 1 Aufschluss.

#### An den Abschlüssen der Fachhochschulreife haben ausländische Schulabgänger einen Anteil von 8 %

Die Fachhochschulreife erwarben 1 435 ausländische Schulabgänger. Die Mehrzahl – 1 035 Absolventen – besuchte hierbei nicht ein Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH), sondern erreichte den Abschluss über eine Zusatzprüfung an einem anderen Berufskolleg. Insgesamt machten die ausländischen Schulabgänger einen Anteil von knapp 8 % an den Abschlüssen der Fachhochschulreife aus (Grafik F 2



(G2)). Dieser Anteil liegt über dem für das Jahr 2006 berichteten Anteil von rund 7 % und unter dem Anteil von gut 9 % des Jahres 2000. Er stellt aber seit 1990, in welchem der Anteil unter 3 % lag, eine deutliche Vergrößerung dar (Tabelle F 2 (T1) im Anhang).

### Knapp die Hälfte der ausländischen Abiturienten erwarb die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium

An den Absolventen mit Hochschulreife hatten die ausländischen Schulabgänger im Jahr 2009 mit etwas über 3 % den kleinsten Anteil (Grafik F 2 (G2)). 1 604 der 47 125 Absolventen mit Hochschulreife hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit (Web-Tabelle F 2 (T2)). Davon erwarben 750 Abgänger die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium, 743 an einem allgemein bildenden Gymnasium. Damit trugen diese beiden Schularten zu etwa gleichen Teilen zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife bei. Die deutschen Absolventen hingegen erwarben zu annähernd 68 % die Hochschulreife an einem allgemein bildenden Gymnasium und zu rund 28 % an einem beruflichen Gymnasium. Somit werden die Möglichkeiten des beruflichen Schulsystems von den ausländischen Schülern noch stärker für das Erlangen der Hochschulreife genutzt, als dies beim Hauptschulabschluss oder den mittleren Abschlüssen der Fall ist. Abendgymnasien und Berufsoberschulen waren unter anderem weitere Wege, die Hochschulreife zu erlangen (Web-Tabelle F 2 (T2)).

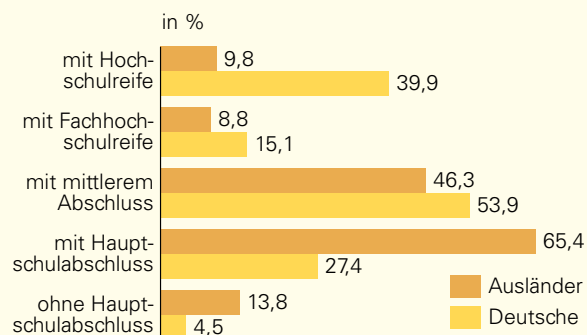
### Abschlussquoten der ausländischen Jugendlichen bei den mittleren Abschlüssen und den Hochschulzugangsberechtigungen deutlich angestiegen

Die Berechnung der Abschlussquoten eines Altersjahrgangs im typischen Abschlussalter<sup>6</sup> zeigt für das Jahr 2009, dass fast 14 % der ausländischen Jugendlichen zunächst eine allgemein bildende Schule verließen, ohne einen Hauptschulabschluss zu erlangen; bei

6 Zu dem jeweils typischen Abschlussalter und der Berechnung der Abschlussquoten siehe die methodischen Erläuterungen »Abschlussquoten« am Ende von Kapitel F1.

F 2 (G3)

#### Abschlussquoten\*) deutscher und ausländischer Schulabgänger 2009 nach Abschlussart



\*) Bezogen auf einen Altersjahrgang im typischen Abschlussalter.  
Datenquellen: Schulstatistik, Bevölkerungsstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

103 11

den deutschen Jugendlichen waren es 4,5 % (Grafik F 2 (G3)). Über 65 % der ausländischen Jugendlichen erreichten den Hauptschulabschluss, der somit bei dieser Schülergruppe die häufigste Abschlussart darstellt. Wie schon im Bildungsbericht 2007 für das Jahr 2006 dargestellt, war unter den deutschen Jugendlichen der mittlere Abschluss auch 2009 der häufigste; diesen besaßen knapp 54 %. Bei den Ausländern betrug diese Quote über 46 %. Gegenüber 2006 ist dies ein deutlicher Zuwachs um 10 Prozentpunkte.

Auch bezüglich der Fachhochschulreife zeigt sich eine deutliche Steigerung. Während im Jahr 2006 nur gut 5 % der ausländischen jungen Menschen des für diesen Abschluss typischen Altersjahrgangs die Fachhochschulreife erworben hatten, erlangten diese im Jahr 2009 fast 9 %. Bei der Hochschulreife stieg der Anteil um über 2 Prozentpunkte. Somit hat sich der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die eine Hochschulzugangsberechtigung besitzen, seit 2006 deutlich von rund 13 % auf fast 19 % im Jahr 2009 erhöht.

Die Anteile bei den jungen Deutschen für diese beiden Abschlussarten waren allerdings deutlich größer – in besonderem Maße bei der Hochschulreife, welche rund 40 % der deutschen Bevölkerung des entsprechenden Altersjahrgangs besaßen.

## i

### Ausländische Schulabgänger

Anders als bei den Schülern wird bei den Schulabgängern in der amtlichen Schulstatistik ausschließlich nach dem Ausländerstatus gefragt. Daher beziehen sich die Ausführungen in diesem Kapitel lediglich auf Jugendliche und junge Erwachsene, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Angaben über den Schulerfolg von Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien sind nicht möglich.

### F 3 Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen nach Abschlussarten bis 2030

Im Jahr 2009 verließen rund 169 900 Abgänger die allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit einem allgemein bildenden Abschluss, weitere knapp 6 800 verließen eine allgemein bildende Schule nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht ohne Abschluss. Von diesen hatten 2 901 Abgänger den Abschluss der Förderschule und 950 den Abschluss der Schule für Geistigbehinderte erworben. Bei diesen Bildungsgängen ist der Hauptschulabschluss nicht das Regelziel. Knapp 22 % der insgesamt 176 700 Jugendlichen gingen mit dem Hauptschulabschluss ab, 37 % mit einem mittleren Abschluss und knapp 11 % mit der Fachhochschulreife. Deutlich mehr als ein Viertel hatte das Zeugnis der Hochschulreife in der Tasche. Weniger als 4 % verließen die allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss (Tabelle F 3 (T1) im Anhang und Web-Tabelle F 3 (T2)).

Die Gesamtzahl der Schulabgänger ist allerdings noch wesentlich höher, da weitere 120 900 Absolventen einen beruflichen Bildungsgang mit einem rein beruflichen Abschluss beendeten und 32 300 Personen von einer beruflichen Schule abgingen, ohne einen zusätzlichen Abschluss erworben zu haben.

#### Deutlicher Anstieg der Zahl der Studienberechtigten bis 2016

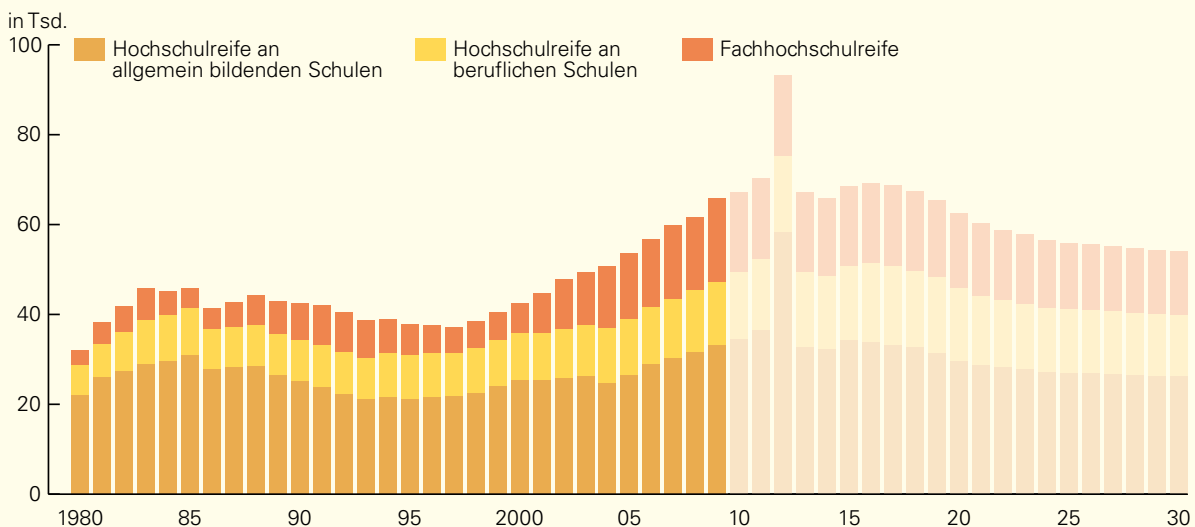
Gut 47 100 Abiturienten im Jahr 2009 markierten einen neuen Höchststand. 70 % von diesen hatten die Hochschulreife an einer allgemein bildenden Schule erworben, 30 % an einer beruflichen. Darüber hinaus erreichten rund 18 700 Absolventen die Fachhochschulreife – fast alle an einer beruflichen Schule, 365 an einer Freien Waldorfschule. Damit hatte fast die Hälfte der Absolventen ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer beruflichen Schule erworben. Die insgesamt 65 800 Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung sorgten dafür, dass die Studienberechtigtenquote<sup>7</sup> erstmals bei etwas mehr als 50 % lag. Mitte der 90er-Jahre lag dieser Wert noch bei knapp 35 %.

Bis 2011 wird die Zahl der Studienberechtigten weiter auf voraussichtlich rund 70 000 ansteigen und auch danach mit leichten Schwankungen auf hohem Ni-

7 Vgl. Methodische Erläuterung »Studienberechtigtenquote« am Ende dieses Kapitels.

F 3 (G1)

#### Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 1980 und Voraussrechnung bis 2030



Datenquelle: Voraussrechnung der Schulabgängerzahlen

veau bleiben und weitere zehn Jahre lang noch bei über 60 000 liegen. Danach könnte sie bis 2030 auf 54 000 absinken (Grafik F 3 (G1)). Die Studienberechtigtenquote würde nach den Annahmen dieser Voraussrechnung bis auf rund 56 % ansteigen, wobei auch hier gilt, dass sich Änderungen der bildungspolitischen Rahmenbedingungen auf die Ergebnisse auswirken werden.

Im Jahr 2012 stehen für den letzten neunjährigen Gymnasialzug zusammen mit dem ersten flächendeckenden achtjährigen die Abiturprüfungen an. Daher ist in diesem Jahr mit einer besonders hohen Zahl von Abiturienten zu rechnen. Gemäß den Ergebnissen der Voraussrechnung werden über 58 000 Jugendliche die Hochschulreife an einer allgemein bildenden Schule erhalten. Hierzu kommen noch knapp 17 000 Absolventen beruflicher Schulen mit Hochschulreife. Weitere rund 18 000 Personen dürften mit der Fachhochschulreife ebenfalls die Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Damit dürften 2012 etwa 93 000 Studienberechtigte die Schulen verlassen. Für die Hochschulen ist neben dieser Entwicklung auch die Aussetzung der Wehrpflicht zu beachten, die kurzfristig zu einer weiteren Erhöhung der Studienplatznachfrage führen kann.

In diesem Jahr werden anstelle von etwa 47 000 Abgängerinnen rund 75 000 Absolventen von allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit der Hochschulreife abgehen. Dem erhöhten Bedarf an Studienanfängerplätzen wird unter anderem durch das Programm »Hochschule 2012« begegnet, welches die Schaffung von 20 000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahr 2012 vorsieht (vgl. Kapitel D 2.3).

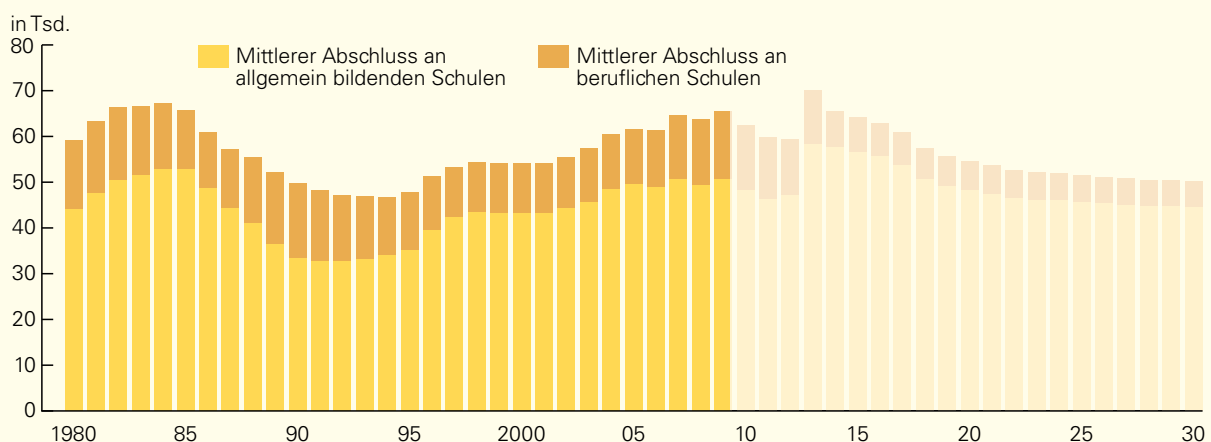
## Werkrealschule wird die Zahl der mittleren Abschlüsse erhöhen

Die Zahl der mittleren Schulabschlüsse dürfte bis 2012 gegenüber 2009 um fast 9 % auf 59 400 absinken. 12 300 dieser Abschlüsse werden voraussichtlich an einer beruflichen Schule erworben, was einem Anteil von knapp 21 % entspricht (Tabelle F 3 (T1) im Anhang).

Das Jahr 2013 wird dann das erste Jahr sein, in dem die Schüler der neuen Werkrealschule den mittleren Bildungsabschluss erwerben können. Es ist vorab schwer einschätzbar, wie dieses Angebot genutzt werden wird. Für die Voraussrechnung wird davon ausgegangen, dass die Hälfte eines Jahrgangs in die 10. Klassenstufe wechselt. Im Schuljahr 2009/10 lag dieser Anteil bei gut 18 %, in den Jahren davor bei rund 16 % (vgl. Kapitel D 2.1). Trifft diese Annahme zu, dürften 70 000 Jugendliche im Jahr 2013 einen mittleren Bildungsabschluss erwerben (Grafik F 3 (G2)). In den darauf folgenden Jahren wird dieser Effekt weniger stark sein, denn dann werden weniger Jugendliche als bisher nach Erwerb des Hauptschulabschlusses auf eine zweijährige Berufsfachschule wechseln, um dort die Fachschulreife zu erwerben. Deswegen dürfte bereits 2014 die Zahl der Absolventen um knapp 5 000 unter dem 2013 erreichten Stand liegen. Bis 2030 könnte die Zahl dann demografisch bedingt auf rund 50 000 absinken. Der Anteil der beruflichen Schulen würde dann nur noch gut 11 % betragen. Mit Ausnahme der Sonderentwicklung im Jahr 2012 wird der mittlere Abschluss seine Position als der am meisten erworbene Abschluss vor der Hochschulreife weiter halten können.

F 3 (G2)

### Absolventen mit mittlerem Abschluss seit 1980 und Voraussrechnung bis 2030



Datenquelle: Voraussrechnung der Schulabgängerzahlen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

99 11

## Zahl der Hauptschulabschlüsse wird stark zurückgehen

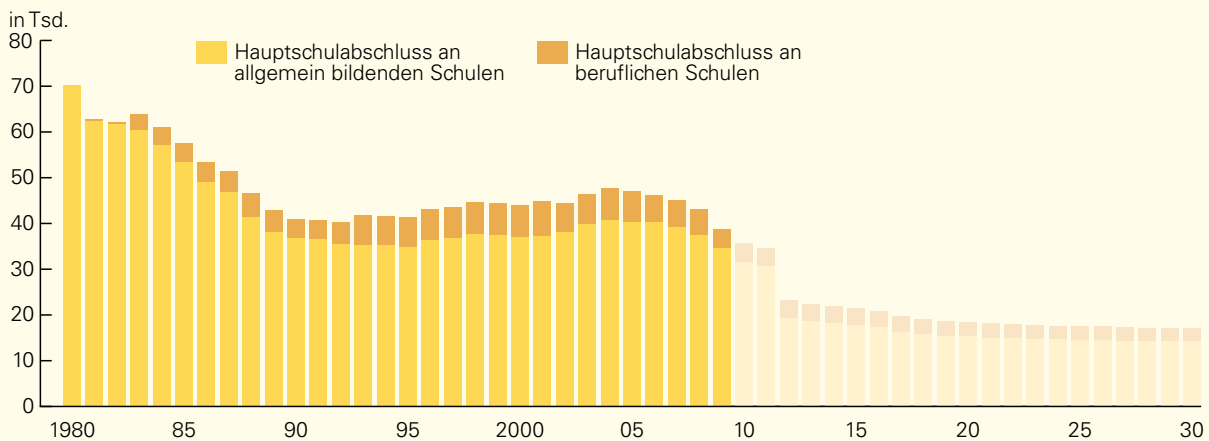
Die Zahl der Schulabsolventen mit Hauptschulabschluss ist bereits seit 2004 rückläufig. Damals hatten ihn fast 47 800 Jugendliche erworben. Im Jahr 2009 waren es noch knapp 38 700, darunter gut 4 000 Absolventen einer beruflichen Schule. Diese Tendenz wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Im Jahr 2011 dürften noch knapp 35 000 Hauptschulabschlüsse erreicht werden. Danach würde es durch die neue Werkrealschule zu einem Einbruch kommen: 2012 könnte die Zahl der Hauptschulabschlüsse mit gut

23 000 um rund ein Drittel niedriger sein. Bis 2030 ist aus heutiger Sicht ein weiterer Rückgang auf etwas mehr als 17 000 zu erwarten (Grafik F 3 (G3)).

Die Zahl der Schulabgänger, die keinen Hauptschulabschluss erreicht hatten, lag 2009 bei 6 789. Von diesen hatten 3 851 den Abschluss der Förderschule oder der Schule für Geistigbehinderte erworben. Damit hatten etwa 5,6 % eines Altersjahrgangs die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss könnte allein aus demografischen Gründen bis 2030 weiter auf rund 5 000 absinken (Tabelle F 3 (T1) im Anhang).

F 3 (G3)

### Absolventen mit Hauptschulabschluss seit 1980 und Voraussrechnung bis 2030



Datenquelle: Voraussrechnung der Schulabgängerzahlen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

100 11

## i

### Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung, das heißt die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben hat. Der Umfang eines durchschnittlichen Altersjahrgangs der Wohnbevölkerung wird auf Basis der Altersjahrgänge ermittelt, die für das Erreichen der Hochschulzugangsberechtigung typisch sind. Hierfür werden üblicherweise die Jahrgänge der 18- bis unter 21-Jährigen herangezogen. Nach erfolgreichem Übergang vom neunjährigen auf den achtjährigen gymnasialen Bildungsgang ändert sich dies, da dann die Jahrgänge der 17- bis unter 20-Jährigen Verwendung finden.



### G 1 Weiterbildung in Baden-Württemberg

- G 1.1 Bedeutung und Trends in der Weiterbildung
- G 1.2 Rechtliche Grundlagen und Organisation der Weiterbildung

### G 2 Träger und Angebote des Zweiten Bildungswegs

### G 3 Träger und Angebote der beruflichen Weiterbildung

- G 3.1 Teilnahme an beruflicher Weiterbildung
- G 3.2 Aufstiegsfortbildungen der Kammern und der beruflichen Schulen
  - G 3.2.1 Fortbildungsmaßnahmen der Kammern
  - G 3.2.2 Aufstiegsfortbildung an Fachschulen

### G 4 Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen

### G 5 Allgemeine Weiterbildung

- G 5.1 Teilnahmequoten an allgemeiner Weiterbildung
- G 5.2 Volkshochschulen und kirchliche Bildungswerke
- G 5.3 Weitere Bereiche der allgemeinen Weiterbildung

### G 6 Informelles Lernen



## G Weiterbildung

Weiterbildung bezeichnet die Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer ersten Bildungsphase<sup>1</sup>, meist nach einer zwischenzeitlichen Berufstätigkeit. Teilweise synonym, teilweise aber auch mit unterschiedlicher Bedeutung wird der Begriff Fortbildung verwendet. Tatsächlich ist eine klare begriffliche Abgrenzung schwierig. So hat etwa im Bereich der Arbeitsförderung – Sozialgesetzbuch III – der Oberbegriff »Berufliche Weiterbildung« die Begriffe »Fortbildung und Umschulung« ersetzt. Das Bildungsgesetz (BBiG) verwendet hingegen auch die Bezeichnung »Fortbildung«. Im Sinne des BBiG hat die berufliche Fortbildung – aufbauend auf einer zuvor absolvierten Berufsausbildung – zum Ziel, berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten, anzu-

passen (Anpassungsfortbildung), zu erweitern und beruflich aufzusteigen (Aufstiegsfortbildung). Umschulungen wiederum befähigen zu einer anderen beruflichen Tätigkeit.

Im Folgenden umfasst der Begriff Weiterbildung das nach einer beruflichen Erstausbildung einsetzende Lernen, das sowohl berufliche Weiterqualifizierung, allgemein bildende Lernangebote als auch das informelle Lernen einschließt.

Kapitel G ist entsprechend der unterschiedlichen Funktions- und Organisationsbereiche der Weiterbildung in die Teilbereiche Zweiter Bildungsweg (**G 2**), berufliche Weiterbildung (**G 3**), Weiterbildung an Hochschulen (**G 4**), allgemeine Weiterbildung (**G 5**) und informelles Lernen untergliedert (**G 6**). Zunächst wird in **G 1** die Situation in Baden-Württemberg skizziert.

1 Klassische Definition des Deutschen Bildungsrats (1970), S. 197

### G 1 Weiterbildung in Baden-Württemberg

#### G 1.1 Bedeutung und Trends in der Weiterbildung

Strukturelle Veränderungsprozesse der Wirtschafts- und Arbeitswelt, der demografische Wandel und die technologische Entwicklungsdynamik erfordern eine kontinuierliche Anpassung beruflicher Qualifikationen. Das traditionelle Lernverständnis, das schulisches Lernen, berufliche Ausbildung und Erwerbsarbeit als getrennte biografische Phasen betrachtet, hat sich in Richtung eines Modells des Lernens im Lebenslauf verschoben. Nunmehr wird von jedem Einzelnen die Bereitschaft erwartet, sich aufbauend auf den in der schulischen und beruflichen Bildung erworbenen Kompetenzen kontinuierlich neue Kenntnisse anzueignen. Der Ausbau vorhandener Wissensbestände und das Vermögen, neu erworbenes Wissen anzuwenden, müssen in lebenslangen Lernprozessen eingelöst werden. Die Fähigkeit zu lernen wird zu einer immer wichtigeren Ressource und Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Neben dem direkt beruflich verwertbaren Qualifikationserwerb bleiben jedoch auch die auf eine breite allgemeine Bildung zielenden Lernprozesse von Bedeutung.

Für Baden-Württemberg als Zuwanderungsland ist Lernen im Lebenslauf – insbesondere der Erwerb der deutschen Sprache – auch Voraussetzung für eine gelingende Integration seines zugewanderten Teils der Bevölkerung.

2007 – dem Jahr, für das die derzeit aktuellsten repräsentativen Daten vorliegen – haben 28 % aller 19- bis 64-Jährigen an Maßnahmen der beruflichen bzw. 30 % dieser Altersgruppe an allgemeiner Weiterbildung teilgenommen.<sup>2</sup>

#### Klassifikation der Lernaktivitäten in der Weiterbildung

Die EU-Kommission<sup>3</sup> und die OECD<sup>4</sup> unterscheiden formales, nicht-formales bzw. non-formales und infor-

2 TNS Infratest Sozialforschung (2008): Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007. Länderzusatzstudie zum Projekt BSW-AES, S. 2 u. 6

3 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000), S. 9 f.

4 OECD (2006), S. 4

melles Lernen als drei grundlegende Strukturtypen der Wissensaneignung. Diese Konzepte sind zwar nicht einheitlich definiert, es bestehen jedoch Übereinstimmungen hinsichtlich folgender Kennzeichen:

- Formales Lernen bezeichnet zielgerichtete und organisierte Lernprozesse, die in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen stattfinden und zu anerkannten Abschlüssen und Qualifikationen führen.
- Non-formales Lernen findet außerhalb der Hauptsysteme der allgemeinen und beruflichen Bildung statt und führt nicht unbedingt zum Erwerb eines formalen Abschlusses. Nicht-formales Lernen kann am Arbeitsplatz und im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten stattfinden. Auch Organisationen und Dienste, die zur Ergänzung der formalen Systeme eingerichtet wurden, können als Orte non-formalen Lernens fungieren.
- Informelles Lernen kann bewusst und gezielt, aber auch beiläufig und unbewusst erfolgen. Es vollzieht sich außerhalb der organisierten Bildungssysteme in alltäglichen Lebenszusammenhängen, etwa in der Freizeit oder am Arbeitsplatz.

Auch der Bericht *Bildung in Deutschland* differenziert drei unterschiedliche Zugänge des Lernens, bezieht sich jedoch stärker auf den Bildungsbegriff und spricht von formaler und non-formaler Bildung sowie von informellem Lernen<sup>5</sup>.

5 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008), S. 146f.

## Lebensbegleitendes Lernen ist Voraussetzung für beruflichen Erfolg

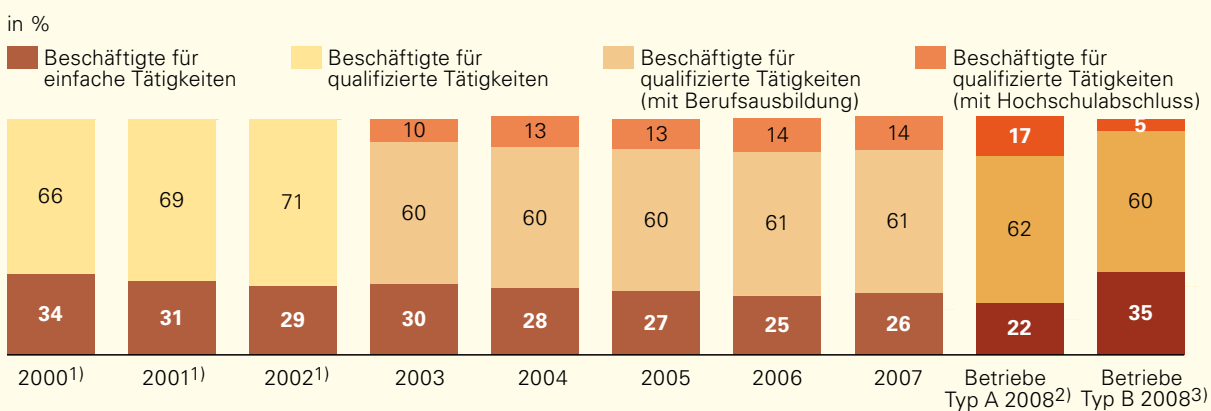
Aufgrund der demografischen Entwicklung (vgl. **Kapitel B 1**) ist in den nächsten Jahren in verschiedenen Branchen mit einem Rückgang an jüngeren qualifizierten Fachkräften zu rechnen. Parallel hierzu wird eine steigende Erwerbsquote von Menschen im Alter über 50 Jahren erwartet. Die damit verbundenen Herausforderungen – die Anpassung vorhandener Qualifikationen an die fortschreitende technologische Entwicklung und der Ausbau beruflicher Kompetenzen – machen die zunehmende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung für die Zukunft deutlich.

Betriebe und Einrichtungen der Weiterbildung werden sich verstärkt älteren Arbeitnehmern als Zielgruppe zuwenden und, aufbauend auf deren Erfahrungswissen, neue tätigkeitsrelevante Kompetenzen vermitteln. Auch wird die Bedeutung informeller Lernprozesse vor dem Hintergrund kontinuierlich zu erbringender Anpassungsleistungen an die sich verändernde Arbeitswelt zunehmen.

Technologische Innovation, globalisierter Wettbewerb und die geforderte steigende Produktivität von Arbeitsprozessen führen zu erhöhten Anforderungen an die Qualifikation von Arbeitnehmern. Der Anteil der Beschäftigten in Baden-Württemberg, die qualifizierte Tätigkeiten ausüben, hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht (Grafik G 1.1 (G1)). Lag die Quote der Beschäftigten, die einfache Tätigkeiten verrichten, für die keine Berufsausbildung erforderlich ist, im Jahr 2000 bei immerhin gut einem Drittel, war 2007 nur noch

G 1.1 (G1)

### Entwicklung der Qualifikationsstruktur in baden-württembergischen Betrieben seit 2000



1) Für die Jahre 2000 bis 2002 kann bei den qualifizierten Tätigkeiten nicht nach Hochschulbildung bzw. Berufsausbildung aufgeschlüsselt werden. – 2) Typ A = Betriebe, die Weiterbildung aktiv fördern. – 3) Typ B = Betriebe, die die Weiterbildung nicht fördern.

Datenquelle: IAW-Kurzbericht 4/2008 und 4/2009: Betriebliche Weiterbildung in Baden-Württemberg. Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels.



jeder vierte Arbeitsplatz in diesem Beschäftigungssegment verortet. Entsprechend ist der Anteil der Beschäftigten für qualifizierte Tätigkeiten stark angestiegen. Insbesondere der Umfang der Tätigkeiten, für die ein Hochschulabschluss erforderlich ist, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Während im Jahr 2003 jeder zehnte Beschäftigte eine Tätigkeit ausübte, für die er einen Hochschulabschluss benötigt, erforderten 2007 bereits 14 % aller Tätigkeiten dieses Qualifikationsniveau. Es ist davon auszugehen, dass die mit dieser Entwicklung verbundene Komplexitätszunahme beruflicher Tätigkeit auch vermehrt Weiterbildungsaktivitäten erforderlich macht.

Ein noch deutlich höheres Qualifikationsniveau ist bei Betrieben festzustellen, die die Weiterbildung ihrer Beschäftigten aktiv fördern – dies ist rund die Hälfte der Betriebe in Baden-Württemberg –, etwa durch Freistellung für die Weiterbildung und Kostenübernahme. Hier übten im Jahr 2008 bereits 17 % der Beschäftigten eine Tätigkeit aus, für die eine Hochschulqualifikation erforderlich ist. Nur 22 % der Beschäftigten verrichteten einfache Tätigkeiten. In Betrieben, die Weiterbildung nicht unterstützen, ist lediglich für 5 % der Tätigkeiten eine Hochschulqualifikation erforderlich, 35 % der Beschäftigten üben einfache Tätigkeiten aus.

Für den Bereich der allgemeinen Weiterbildung werden die steigende Lebenserwartung und das wachsende Interesse älterer Menschen, sich auch in der Nach-

erwerbsphase aktiv weiterzubilden, Auswirkungen auf die Angebotsstruktur haben.

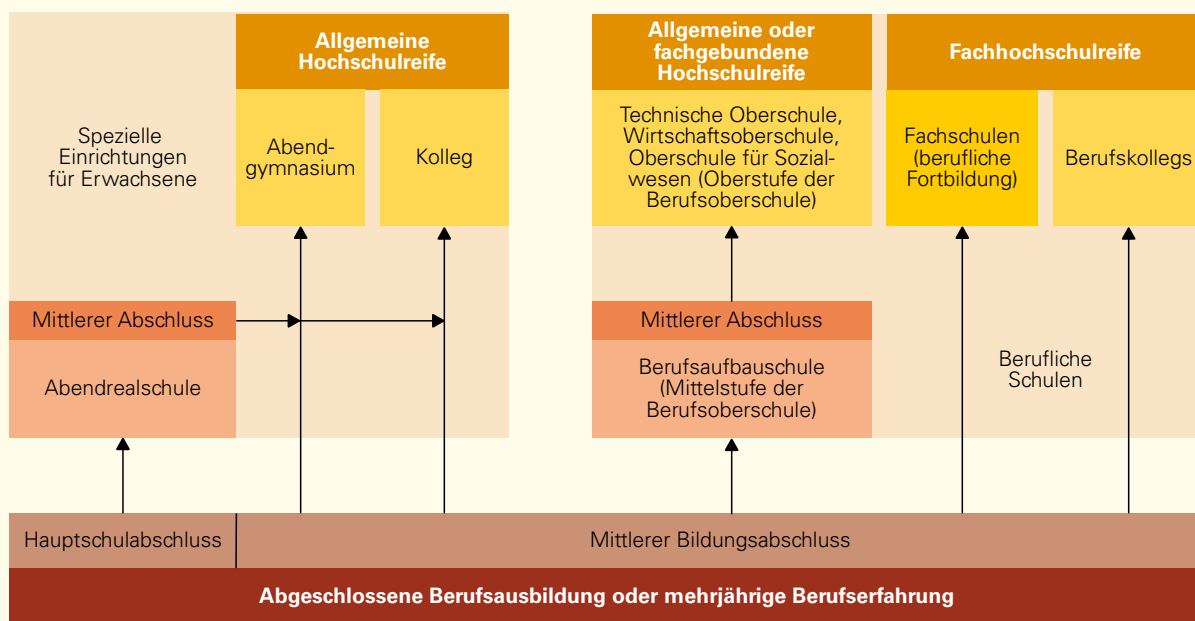
Die auf nationaler wie auf europäischer Ebene geführte Diskussion um die Lerngesellschaft und das lebenslange Lernen verdeutlicht die Notwendigkeit, eine generelle Lernkompetenz als individuell notwendige Voraussetzung in sämtlichen Bildungsphasen zu fördern. Das Vermögen, sich lebenslang neue Wissensbestände aneignen zu können, ist sowohl für die Entwicklungsperspektive einzelner Personen, wie für den künftigen Erfolg der Wirtschaft und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft eine zentrale Voraussetzung.

### Heterogene Gliederung des Weiterbildungssektors

Über den Zweiten Bildungsweg (vgl. **Kapitel G 2**) können Erwachsene allgemein bildende Abschlüsse nachholen. Diese Form der Weiterbildung wird an Schulen entweder berufs begleitend oder in Vollzeit angeboten. In Baden-Württemberg kann dies an speziellen Einrichtungen für Erwachsene geschehen, entweder berufs begleitend an Abendrealschulen, Abendgymnasien oder in ganztägigen Kursformen an Kollegs. Auch die beruflichen Schulen führen Schularten – Berufsoberschule, Fachschule und Berufskolleg –, an denen ein mittlerer Bildungsabschluss oder

#### G 1.1 (G2)

### Nachholen schulischer Abschlüsse – Zweiter Bildungsweg in Baden-Württemberg



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stand: Schuljahr 2009/10 41 11

Hochschulzugangsberechtigungen erworben werden können (Grafik G 1.1 (G2)).

Über bestimmte schulische und außerschulische Prüfungen, die Schulfremdenprüfung, die Begabtenprüfung und die Ergänzungsprüfung, kann ein allgemein bildender Abschluss auch direkt erworben werden. Schulen und Institutionen der Weiterbildung bieten hierfür vorbereitende Kurse an. In Baden-Württemberg gibt es zurzeit 21 Abendgymnasien und sechs staatliche bzw. staatlich anerkannte Kollegs, an denen die allgemeine Hochschulreife nachgeholt werden kann, sowie 41 Abendrealschulen, die den mittleren Bildungsabschluss anbieten. 15 873 Personen strebten im Schuljahr 2009/10 einen höherwertigen Schulabschluss auf dem Zweiten Bildungsweg an.

Die berufliche Weiterbildung (vgl. **Kapitel G 3**) ist das traditionelle Feld zur Vertiefung und Erweiterung beruflich nutzbarer Kenntnisse und Fertigkeiten. Sie findet in Form von Anpassungs- und Aufstiegsfortbildungen statt. Dieser organisierte Bereich der beruflichen Weiterbildung wird arbeitsplatznah innerhalb von Betrieben sowie von externen Trägern angeboten.

Eine besondere finanzielle Förderung erfährt die berufliche Aufstiegsfortbildung. Angehende Meister, Techniker und Fachwirte können nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – dem sogenannten »Meister-BAföG« – eine finanzielle Unterstützung beantragen. Prüfungen für Weiterbildungsabschlüsse nehmen die dafür zuständigen Stellen ab – meist die Industrie- und Handelskammern bzw. die Handwerkskammern.

Berufliche Kompetenzen werden auch über informelles oder selbstorganisiertes Lernen im Arbeitsprozess erworben. Dieser ebenfalls bedeutsame Bereich der beruflichen Weiterbildung wird bislang erst ansatzweise dokumentiert und formal anerkannt. Einen Überblick zu Motiven, Lernorten und Strukturen der beruflichen Fort- bzw. Weiterbildung zeigt Tabelle G 1.1 (T1) im Anhang.

Mit der dritten Hochschulreform im Jahr 2000 wurde den Hochschulen die wissenschaftliche Weiterbildung (vgl. **Kapitel G 4**) als weitere Kernaufgabe neben Forschung und Lehre zugewiesen. Die Angebote richten sich nicht nur an Hochschulabsolventen, die ihr fachliches Wissen vertiefen und aktuell halten bzw. zusätzliche Qualifikationen erwerben möchten, sondern auch an Personen, die ohne Studienabschluss wissenschaftliche Ergebnisse für ihre berufliche Weiterbildung nutzbar machen möchten. Wichtige Bereiche der wissenschaftlichen Weiterbildung sind die post-gradualen Studiengänge – etwa weiterbildende Masterstudiengänge –, die einen zusätzlichen Hochschulab-

schluss vermitteln, oder die Kontaktstudiengänge, die auf die Ergänzung berufspraktischer Erfahrungen zielen und ohne weiteres Hochschulzertifikat abschließen. Kontaktstudiengänge werden auf Basis von Kooperationsvereinbarungen auch außerhalb des Hochschulbereichs durchgeführt.

Nicht direkt berufsbezogene Weiterbildungsangebote werden unter den Begriff der allgemeinen Weiterbildung (vgl. **Kapitel G 5**) gefasst. Eine starre Abgrenzung der beiden Formen ist in der Praxis allerdings problematisch, da sich berufliche und private Motive an Weiterbildungsteilnahme überschneiden bzw. ergänzen können. So sind das Erlernen von Fremdsprachen, die Weiterentwicklung sozialer und personaler Kompetenzen, Wissen im Umgang mit Medien unter anderem zentrale Schlüsselkompetenzen, die gleichermaßen für die Arbeitswelt wie die persönliche Lebenswelt von Bedeutung sind.

## G 1.2 Rechtliche Grundlagen und Organisation der Weiterbildung

Die Weiterbildung hat sich in den vergangenen Jahren zu einem eigenständigen, sogenannten quartären Bereich des Bildungswesens entwickelt. Sie umfasst die in Unternehmen und im öffentlichen Sektor durchgeführte betriebliche Weiterbildung, marktwirtschaftlich orientierte Angebote der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung und die institutionalisierten Formen staatlich geförderter Weiterbildung. Mit dem Ziel, ein breitgefächertes und flächendeckendes Angebot zu entwickeln, fördert Baden-Württemberg die Weiterbildung in mehrfacher Hinsicht. Wichtigste rechtliche Grundlage ist dabei die Landesverfassung, die in Artikel 22 die Förderverantwortung von Staat, Gemeinden und Landkreisen für die Weiterbildung – im Wortlaut heißt es *die Erwachsenenbildung* – festschreibt. Eine weiterreichende Regulierung, etwa bei der Auswahl des lehrenden Personals, ist dabei nicht statthaft. Aufgabe der staatlichen Stellen ist allein die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen. Hierfür bestehen weite Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Es bleibt dem Land und den Kommunen überlassen, ob sie eigene Initiativen ergreifen oder bestehende Anbieterstrukturen unterstützen.

### Förderung der Weiterbildung ist gesetzlich verankert

Eine Vielzahl rechtlicher Regelungen auf Bundes- und Landesebene legen die Rahmenbedingungen für die Weiterbildungsförderung fest. Grafik G 1.2 (G1) bietet einen Überblick zu den zentralen Gesetzen und Initiativen.

## G 1.2 (G1)

### Rechtsvorschriften und Rahmenregelungen für die Weiterbildung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stand: März 2011 42 11

Eine wichtige rechtliche Rahmung in Baden-Württemberg bildet das *Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens (WeitBiFöG)*, das bereits 1975 verabschiedet wurde. Es regelt die quer durch die verschiedenen Ressorts erfolgende Weiterbildungsförderung. Dabei werden zwei Ansätze verfolgt: das direkte Bereitstellen spezifischer Angebote und die finanzielle Förderung von Weiterbildungsträgern und der weiterbildenden Wirtschaft.

Das Kultusministerium ist an der finanziellen Förderung von Weiterbildungseinrichtungen stark beteiligt. Insbesondere ist es für die allgemeine, kulturelle, politische und in Teilbereichen für die berufliche Weiterbildung zuständig. Weitere Förderschwerpunkte des Landes sind unter anderem die wissenschaftliche Weiterbildung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung durch das Wirtschaftsministerium.

Ein wichtiges Förderinstrument bildet das 1987 eingeführte »Lehrerprogramm«. Beim Land beschäftigte Lehrkräfte können Einrichtungen der Weiterbildung für eine Tätigkeit im planerisch-organisatorischen Bereich zugewiesen werden. Im Jahr 2009 wurden vor diesem Hintergrund 85 Deputate für die Weiterbildung bereitgestellt.

Auf Bundesebene zielt das Berufsbildungsgesetz (BBiG) auf den Erhalt, die Anpassung und die Erweiterung der beruflichen Handlungsfähigkeit sowie den

beruflichen Aufstieg. Das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (AFBG – »Meister-BAföG«) ermöglicht die individuelle Förderung von Teilnehmern an entsprechenden Maßnahmen. Im Sozialgesetzbuch – SGB III Arbeitsförderung – sind Regelungen verankert, die nicht nur darauf abzielen, durch die Verbesserung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, sondern auch allgemein eine Verbesserung der Beschäftigungsstruktur anstreben. Entsprechend zielen Leistungen der Arbeitsförderung auf den Erhalt und Ausbau von Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten. Weitere rechtliche Regelungen finden sich unter anderem im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG), Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG), Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HWO), Hochschulrahmengesetz (HRG), Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (FernUSG).

Auf europäischer Ebene ist die Kopenhagener Erklärung Grundlage für die Zusammenarbeit bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Europäischen Union. Ein wichtiger Bestandteil des Prozesses ist die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Rahmens zur Stärkung der Transparenz und der Anerkennung von Qualifikationen. Ziel ist dabei, die Mobilität von Lernenden und Arbeitnehmern zu vereinfachen. Die wichtigsten Instrumente sind der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR), Europass, das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET) und der Gemeinsame Referenzrahmen für Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQARF) (vgl. das Fenster zu **Kapitel E 1**).

Unter dem Dach des EU-Programms zum Lebenslanges Lernen (LLP) wurden die verschiedenen Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und Weiterbildung zusammengeführt. Für den Bereich der Weiterbildung sind insbesondere die Teilprogramme *Leonardo da Vinci* und *Grundtvig* von Bedeutung. *Leonardo da Vinci* bietet Organisationen aus dem Bereich der Berufsbildung die Möglichkeit, mit Partnern aus ganz Europa zusammenzuarbeiten, Kenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und somit Kompetenzen zu erweitern. Finanziert werden beispielsweise Mobilitäten, Kooperationsprojekte sowie Netzwerke, die sich mit zentralen Bildungsthemen befassen. *Grundtvig* zielt darauf ab, Erwachsenen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten zu bieten sowie ihre Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Das Programm fördert vor allem Aktivitäten, die in der Erwachsenenbildung tätige Lehrkräfte dabei unterstützen, Lernerfahrungen im Ausland zu sammeln. Gefördert werden auch Initiativen zum Aufbau von Netzwerken und Partnerschaften zwischen Organisationen in verschiedenen Ländern.

## Weiterbildungsberatung und Qualitätssicherung

Das historisch gewachsene Nebeneinander verschiedener Angebotsformen, Träger und Einrichtungen bedingt ein hohes Maß an Flexibilität des Weiterbildungssektors. Auch die Offenheit der Weiterbildungsförderung in Bezug auf Trägerstrukturen und Bildungsangebote gewährleistet Pluralität. Neben den klassischen Weiterbildungseinrichtungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, zum Beispiel den Volkshochschulen, Kammern und Kirchen, treten vermehrt auch private Anbieter auf.

Diese Dynamik hat auch eine gewisse Unübersichtlichkeit zur Folge. Weiterbildungsinteressierte müssen aus einer Vielzahl von Angeboten die für sie richtige Wahl treffen und sich in einem Markt orientieren, der durch Wettbewerb und schnelle Veränderungsprozesse geprägt ist. Zudem gewinnen nichtregulierte, offene Formen der Weiterbildung an Bedeutung, wie etwa das selbstgesteuerte Lernen und das informelle Lernen.

Vor dem Hintergrund der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Angebote kann es für Weiterbildungsnachfragende schwierig werden, die für den individuellen Bedarf passende Maßnahme kompetent auswählen zu können. Weiterbildungsberatung und die Qualitätssicherung der Angebote sind deshalb zu wichtigen Themen geworden. Inzwischen existieren zahlreiche Einrichtungen, die professionelle Beratung für die persönliche Weiterbildung anbieten. Der Deutsche Bildungsserver listete im Jahr 2010 für Baden-Württemberg 209 entsprechende Beratungsstellen auf. Dies sind zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaften für berufliche Weiterbildung, die Arbeitsagenturen und Beratungsangebote für spezifische Gruppen, etwa die Kontaktstellen Frau und Beruf. Die 175 Volkshochschulen (VHS) mit ihren über 730 Außenstellen bieten als größte flächendeckend vertretene und nicht-kommerziell ausgerichtete Weiterbildungseinrichtung auch Bildungsberatung an.

Eine wichtige Ressource für umfassende Information zur Weiterbildung und für die Entscheidungsfindung ist das Weiterbildungsportal des Landes im Internet ([www.fortbildung-bw.de](http://www.fortbildung-bw.de)), das neben grundlegenden Themen auch eine große Datenbank mit zielgruppenspezifischen Angeboten bereithält.

Zur Qualitätssicherung der Weiterbildung existieren inzwischen verschiedene Ansätze. So bietet etwa der VHS-Verband Baden-Württemberg zahlreiche Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung von Kursleitern an. Neben der weiteren Professionalisierung des lehrenden Personals verfolgen viele Anbieter auch den

Weg der Zertifizierung. Häufig genutzte Qualitätssicherungssysteme sind das EFQM oder die DIN EN ISO 9000.

Regelmäßige Weiterbildungstests durch unabhängige Institute, bei denen Kurse, Beratungsangebot und Lernmedien untersucht werden, fördern die Transparenz und die Qualität der Weiterbildungsangebote. Um Weiterbildungsinteressierte bei der Qualitätsbeurteilung eines Kursangebotes zu unterstützen, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) eine umfangreiche Checkliste veröffentlicht, die Orientierung bei der Auswahl gibt ([www.bibb.de/de/checkliste.htm](http://www.bibb.de/de/checkliste.htm)).

## Flächendeckendes Beratungsangebot durch Regionalbüros des Netzwerks für berufliche Fortbildung

Als Zusammenschlüsse der Weiterbildungsträger in allen Stadt- und Landkreisen bilden die 34 regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung ein flächendeckendes Netz, dem 1200 öffentliche und private Bildungseinrichtungen angeschlossen sind. Die Arbeitsgemeinschaften informieren über regionale Weiterbildungsangebote und beraten Weiterbildungsinteressenten.

Ihre Aufgaben werden durch 13 Regionalbüros unterstützt, die durch Werbung für Weiterbildungsaktivitäten, die neutrale Information über regionale berufliche Weiterbildungsangebote, die Realisierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen, die Durchführung von trägerübergreifenden Schulungen und die Unterstützung regionaler Initiativen zu einem weiterbildungsfreundlichen Klima in den Regionen beitragen (Grafik G1.2 (G2)).

## Europäisches Referenzsystem findet Eingang in nationalen Regelungen

Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) haben die Bildungsminister der EU und das Europäische Parlament ein Bezugssystem beschlossen, das europaweit zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen in der Aus- und Weiterbildung beitragen soll (vgl. Fenster zu **Kapitel E 1**). Der EQR soll in den nächsten Jahren in allen Ländern der EU durch nationale Regelungen, die der Spezifik der jeweiligen Bildungssysteme Rechnung tragen, umgesetzt werden. In Deutschland haben sich Bund und Länder gemeinsam auf die Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) verständigt. Erstmals wird damit ein umfassendes, bildungsbereichsübergreifendes Profil der in Deutschland erworbenen Kompetenzen vorgelegt. Zunächst werden alle

## G 1.2 (G2)

### Regionalbüros des Netzwerks für berufliche Fortbildung in Baden-Württemberg



Region I	Regionale Netzwerke Heilbronn, Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis, Schwäbisch Hall
Region II	Regionale Netzwerke Ludwigsburg, Rems-Murr, Stuttgart
Region III	Regionale Netzwerke Esslingen, Göppingen
Region IV	Regionales Netzwerk Ostwürttemberg
Region V	Regionale Netzwerke Biberach, Ulm
Region VI	Regionale Netzwerke Reutlingen/Tübingen, Zollernalb
Region VII	Regionale Netzwerke Bodenseekreis, Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen
Region VIII	Regionale Netzwerke Heidelberg, Mannheim, Neckar-Odenwald, Sinsheim
Region IX	Regionale Netzwerke Baden-Baden/ Rastatt, Karlsruhe
Region X	Regionale Netzwerke Calw, Mühlacker, Pforzheim
Region XI	Regionale Netzwerke Freudenstadt-Horb, Ortenau
Region XII	Regionales Netzwerk Schwarzwald-Baar-Heuberg
Region XIII	Regionale Netzwerke Emmendingen, Freiburg im Breisgau, Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut

Datenquelle: Weiterbildungsportal Baden-Württemberg; <http://www.fortbildung-bw.de/startseite/netzwerk-fortbildung/regionalbueros.html>;  
Zugriff am 07.02.2011.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-004  
Kartgrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

formalen Qualifikationen des deutschen Bildungssystems in den Bereichen Schule, Berufliche Bildung, Hochschulbildung und Weiterbildung einbezogen. In zukünftigen Schritten sollen auch Ergebnisse des informellen Lernens berücksichtigt werden.

### Enquetekommission *Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung*

Im Jahr 2009 beschloss der Landtag Baden-Württemberg, die Enquetekommission *Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung* einzurichten. Neben einer Bestandsaufnahme des beruflichen Schulwesens sowie der allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildung empfahl die Enquetekommission Handlungsstrategien, die – bezogen auf die Weiterbildung – unter anderem darauf abzielen, die Angebotsstruktur der

Weiterbildung zu optimieren und erhöhte Transparenz zu schaffen, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an Weiterbildungsangeboten zu stärken, flächendeckend bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote effizient und effektiv zu verzahnen und mit einem besonderen Augenmerk auf Anschlüsse und Übergänge das bestehende Bildungsangebot weiterzuentwickeln.

Am 13. Dezember 2010 stellte die Enquetekommission ihren Abschlussbericht der Öffentlichkeit vor. Er enthält einen Katalog von 50 konkreten Handlungsempfehlungen an die Landesregierung mit 160 Einzelvorschlägen für die Zukunft des beruflichen Schulwesens, der dualen Ausbildung sowie der allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildung.

### Bündnis für Lebenslanges Lernen

Die Landesregierung beschloss 2010, alle bereits existierenden Ansätze und bewährten Akteure im Bereich der Weiterbildung in Baden-Württemberg in einem *Bündnis für Lebenslanges Lernen* auf ein gemeinsames Fundament zu stellen. Mit den relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen sowie den entsprechenden Fachressorts wurde am 31. Januar 2011 eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

Gemeinsame Zielsetzungen des Bündnisses sind unter anderem eine stärkere Verankerung von Weiterbildung in der Bildungsbiografie jedes Einzelnen, ein Beitrag zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs, die Gewährleistung sowie die Fortentwicklung einer verlässlichen und bedarfsgerechten Finanzausstattung, Förderung von Menschen ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung oder ohne Arbeit durch Weiterbildung und die weitere Vernetzung der Weiterbildungsanbieter und -angebote.

### Vollständige Darstellung der Weiterbildung aufgrund ihrer Diversifizierung nicht möglich

Die Weiterbildung stellt sich als sehr heterogen strukturierter Bereich des Bildungswesens dar, in dem eine Vielzahl öffentlicher und privatwirtschaftlich organisierter Akteure tätig ist. Diese Pluralität gewährleistet eine große Bandbreite unterschiedlicher Angebote, die sich rasch an sich verändernde Bedürfnisse auf Seiten der Nachfrage und des Marktes anzupassen vermag. Für die Bildungsberichterstattung und das Monitoring des Weiterbildungssektors wiederum bedeutet dies, dass – anders als im Bereich der schulischen Bildung – eine kontinuierliche und vollständige datenbasierte Darstellung der Weiterbildungslandschaft nicht möglich ist.

Nur für Teile der Angebotsseite liegen amtliche und landesweite Statistiken vor. Dies ist etwa bei den Volkshochschulen und der kirchlichen Erwachsenenbildung der Fall. Auch die Angebote des Zweiten Bildungswegs und der schulischen Aufstiegsfortbildung – Meisterschulen, Technikerschulen unter anderem – werden über die Schulstatistik erfasst. Daten zu den Fortbildungsangeboten der Kammern werden ebenfalls in Statistiken fortgeschrieben.

Über zentrale Bereiche der beruflichen Weiterbildung, etwa die Aktivitäten der Betriebe, und über die Vielzahl der Angebote freier Bildungsträger liegen keine systematisch erhobenen Datenbestände vor. Die wichtigsten Datenquellen zur Erhellung dieses zentralen Bereichs der Weiterbildung sind deshalb repräsentative Stichprobenerhebungen, die Rückschlüsse über Teilnahmequoten und Angebotsstrukturen erlauben.

### Daten zur Weiterbildung liegen in unterschiedlichen Quellen vor

Folgende Datenquellen wurden für den Bildungsbericht 2011 herangezogen:

- Das bundesweit angelegte *Berichtssystem Weiterbildung (BSW)* ist eine der wichtigsten Erhebungen im Bereich der Weiterbildung. Es handelt sich hierbei um eine repräsentative Befragung von Personen, die es erlaubt, Entwicklungen im Weiterbildungs-

verhalten der Bevölkerung zu beobachten und zu dokumentieren. Seit 1979 wird dieses nationale Berichtssystem in dreijährigem Abstand durchgeführt. Die aktuellsten Daten liegen für das Bezugsjahr 2007 vor. Künftig wird das BSW nicht fortgeführt, sondern in ein europäisches Berichtskonzept zum Lebenslangen Lernen integriert. Den empirischen Rahmen für die Datengewinnung bildet dabei das Berichtssystem Adult Education Survey (AES). Interessierte Bundesländer können im Rahmen des BSW Zusatzstudien in Auftrag geben, die repräsentative Ergebnisse auf Landesebene ermöglichen. Baden-Württemberg macht hiervon seit 1994 Gebrauch.

- Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gibt jährlich eine repräsentative Befragung von rund 1 200 baden-württembergischen Arbeitgebern zu deren Beschäftigungstrends in Auftrag, das *IAB-Betriebspanel*. Die Studien ermöglichen es, die Weiterbildungsentscheidungen und -trends der Betriebe für mehrere Zeitpunkte in den Blick zu nehmen.
- Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung werden im Bereich der beruflichen Schulen – Meister-, Techniker- und Fachschulen – angeboten und in der Schulstatistik dokumentiert. Auch die Kammern bieten Fortbildungslehrgänge an. Daten hierzu sind in entsprechenden Statistiken der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern sowie in der Berufsbildungsstatistik niedergelegt.

## Weiterbildungsportal Baden-Württemberg

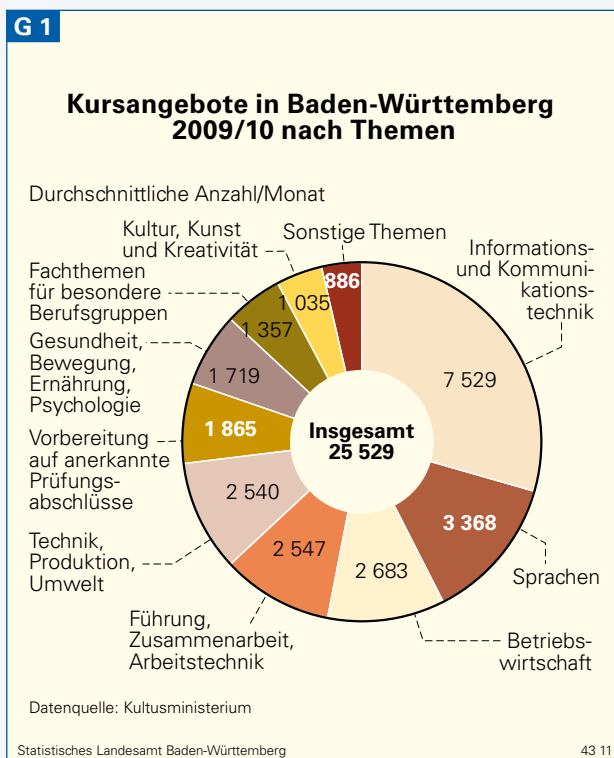
Das Weiterbildungsportal Baden-Württemberg [www.fortbildung-bw.de](http://www.fortbildung-bw.de) ist ein von Wirtschaftsministerium und Kultusministerium gemeinsam betriebenes Internetportal, das allen Bürgern kostenfrei für die individuelle Planung von Weiterbildungsaktivitäten zur Verfügung steht. Es bietet einen umfangreichen Überblick zum Weiterbildungsmarkt im Land. Neben detaillierten Informationen zu den unterschiedlichen Bereichen der Weiterbildung bietet das Portal eine direkte Verlinkung zu den einzelnen Anbietern.

Das Portal besteht aus einer Weiterbildungsdatenbank, mit über 25 000 aktuellen Angeboten und rund 1 300 registrierten Institutionen. Alle Anbieter, die bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen, haben die Möglichkeit, ihre Angebote in das Portal einzustellen. Die Datenbank erlaubt zahlreiche Recherchefunktionen, die bei einer inhaltlich und regional einschränkbarer Suche behilflich sind. Weitere Tools, wie Reminder und Suchagenten, können beim Finden eines passgenauen Weiterbildungsangebots genutzt werden.

Der eingebundene Informationsbereich erschließt zahlreiche Themen und Fragen der Weiterbildung. Mittels einer Kommunikationsplattform sind neue Weiterbildungskonzeptionen mit internetbasierten Betreuungsmöglichkeiten realisierbar.



So kann ein virtueller Konferenzraum individuell eingerichtet und genutzt werden. Auch asynchrone Betreuungskonzepte – die Teilnehmer eines Kurses müssen nicht zur selben Zeit im entsprechenden E-Learning-Bereich eingeloggt sein – sind über einen webbasierten Organizer bzw. einen clientbasierten Campus-Manager möglich.



Bis August 2010 wurden 1 361 Institutionen gezählt, die sich auf dem Weiterbildungsserver registriert hatten. Im Zeitraum von Juli 2009 bis Juni 2010 waren über die Weiterbildungsdatenbank jeden Monat durchschnittlich 25 529 unterschiedliche Kursangebote buchbar. Rund ein Viertel davon war dem Themenbereich Informations- und Kommunikationstechnik zuzuordnen. Zusammen mit den Kursen aus den Bereichen Sprachen, Betriebswirtschaft, Führung-Zusammenarbeit-Arbeitstechnik, Technik-Produktion-Umwelt und Vorbereitung auf anerkannte Prüfungsabschlüsse umfassten diese Weiterbildungsthemen über drei Viertel aller Angebote.

Zwischen dem 01. Juli 2009 und dem 30. Juni 2010 wurden auf dem Weiterbildungsportal durchschnittlich 1 762 Besuche pro Tag gezählt. Täglich wurden 19 531 Seiten aufgerufen.



## G 2 Träger und Angebote des Zweiten Bildungswegs

Der Zweite Bildungsweg bietet für Weiterbildungswillige, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, eine weitere Möglichkeit, einen mittleren Abschluss, die Fachhochschulreife oder die Hochschulreife (fachgebunden oder allgemein) zu erlangen. Die Teilnehmer des Zweiten Bildungswegs sind in der Regel volljährig. Sie müssen je nach Einrichtung verschiedene gesetzlich festgelegte Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, wobei eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mehrjährige Berufstätigkeit gemeinsame Voraussetzung aller Einrichtungen ist.<sup>6</sup>

Im Schuljahr 2009/10 haben fast 15 900 Erwachsene eine dieser Einrichtungen besucht: Knapp 6 200 eine Abendrealschule, ein Abendgymnasium oder ein Kolleg der allgemein bildenden Schulen und knapp 9 700 eine berufliche Schule des Zweiten Bildungswegs. Das waren rund 6 % mehr als im Vorjahr und gut 2 % mehr als im Schuljahr 2005/06. Den mit Abstand größten Anteil an den Teilnehmern hatten dabei die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife mit knapp 46 %.

### Ausländer an allgemein bildenden Abendschulen relativ stark vertreten

Unter den allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs waren im Schuljahr 2009/10 die 21 Abendgymnasien mit 3 005 Teilnehmern (darunter knapp 55 % Frauen) am stärksten vertreten. Der Anteil der 660 ausländischen Teilnehmer war mit 22 % wesentlich höher als an den allgemein bildenden Gymnasien des »Ersten Bildungswegs« mit knapp 5 % (Tabelle G2 (T1) im Anhang). Fast jeder zweite ausländische Teilnehmer (47 %) hatte die türkische Staatsangehörigkeit. Die mit Abstand meisten Abendgymnasiasten fanden sich im Stadtkreis Stuttgart, allerdings ist hier einem der zwei Abendgymnasien in Stuttgart auch noch die Außenstelle in Esslingen mit 234 Teilnehmern zugerechnet (Web-Tabelle G2 (T2)).

An den 41 Abendrealschulen gab es im Schuljahr 2009/10 2 617 Teilnehmer, darunter 46 % Frauen. Der Anteil der ausländischen Schüler an dieser Schulart lag bei gut 28 % und war damit dreimal so hoch wie an den allgemein bildenden Realschulen des »Ersten Bildungswegs« mit knapp 9 %. Wie an den Abendgymnasien auch, bildeten die türkischen Schüler die größ-

te Gruppe innerhalb der ausländischen Schüler (gut 52 %). Der Stadtkreis Freiburg im Breisgau hatte mit 233 die meisten Abendrealschüler – entsprechend der Dienststellenzählung ist hier aber einer der zwei Abendrealschulen eine Außenstelle in Zell im Wiesental mit 47 Teilnehmern zugeordnet. Sowohl die Abendrealschulen als auch die Abendgymnasien befinden sich komplett in privater Trägerschaft.

556 Erwachsene besuchten schließlich im Schuljahr 2009/10 eines der sechs allgemein bildenden Kollegs des Landes – neben fünf privaten existiert hier auch ein öffentliches Kolleg in staatlicher Trägerschaft in Mannheim. Der Frauenanteil an diesen Kollegs lag bei gut 46 %, der Ausländeranteil lediglich bei 4 % – also deutlich niedriger als an den Abendrealschulen und Abendgymnasien. Innerhalb der Stadt- und Landkreise schwankten die Teilnehmerzahlen an den Kollegs zwischen 18 im Ortenaukreis und 131 in Stuttgart.

### Abendrealschulen haben die meisten ausländischen Absolventen

671 Schüler konnten im Jahr 2009 eine Abendrealschule mit dem Realschulabschluss verlassen (Tabelle G2 (T1) im Anhang). Der Anteil der ausländischen Absolventen lag bei 22 %. An den Abendgymnasien legten 412 Prüflinge ihre Abschlussprüfung mit Erfolg ab und erlangten somit die Hochschulreife. Unter ihnen waren gut 7 % Ausländer. Weitere 182 Teilnehmer des Zweiten Bildungswegs erwarben die Hochschulreife nach erfolgreich abgelegter Abschlussprüfung an einem Kolleg. Der Ausländeranteil lag hier bei 5 %. In den Abschlussklassen des Vorjahres (Schuljahr 2008/09) waren an den Abendgymnasien 536 Teilnehmer gemeldet, an den Kollegs 199. Insbesondere an den Kollegs scheint die »Erfolgsquote« damit vergleichsweise hoch zu sein.

### Allgemein bildende Abendschulen haben insgesamt in den letzten 30 Jahren um gut ein Fünftel zugelegt

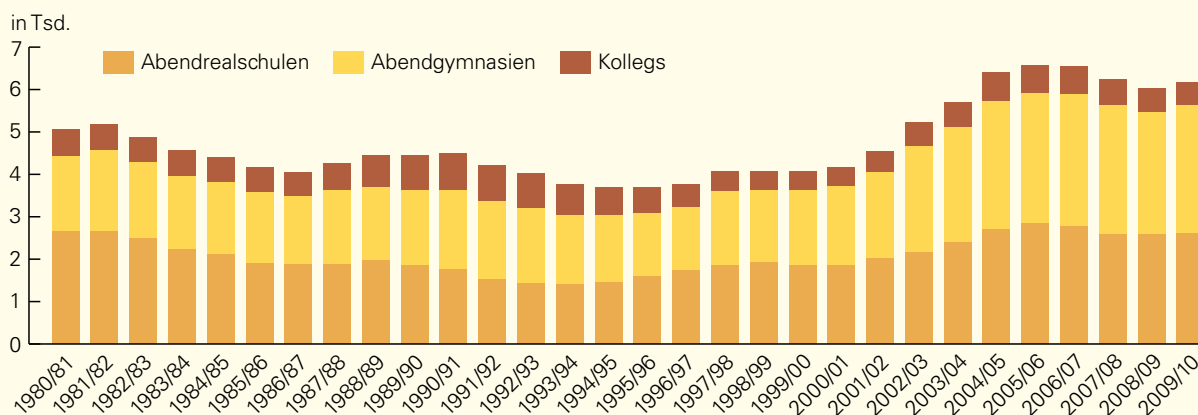
Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen von Abendrealschulen, -gymnasien und Kollegs ist in den letzten 30 Jahren wellenförmig verlaufen (Grafik G2 (G1)). Der Tiefpunkt der drei Schularten zusammen liegt im Schuljahr 1995/96 mit insgesamt 3 692 Teilnehmern. Ab dem Schuljahr 1998/99 ist die Zahl der Teilnehmer ununterbrochen von 4 062 bis auf 6 572 im Schuljahr

<sup>6</sup> Vgl. Erläuterungen am Ende dieses Kapitels.



## G 2 (G1)

### Schüler an allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

75 11

2005/06 (höchster Wert im betrachteten 30-Jahre-Zeitraum) gestiegen. Insbesondere in den Jahren 2001 bis 2004 verzeichneten die drei Schularten zusammen jährliche Wachstumsraten zwischen 9 und 15 %. Nach 2005/06 sanken die Schülerzahlen zwar, sind aber im Schuljahr 2009/10 wieder leicht angestiegen. Insgesamt haben die allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs in den letzten 30 Jahren bei ihren Teilnehmerzahlen um gut ein Fünftel (knapp 22 %) zugelegt.

#### Abendgymnasien konnten ihre Teilnehmerzahlen seit 1980 um gut zwei Drittel steigern

An den einzelnen Schularten nahm die Entwicklung einen jeweils unterschiedlichen Verlauf. So findet sich bei den Abendrealschulen der absolut geringste Wert der Schülerzahlen im Schuljahr 1993/94 mit 1 405 Schülern. Von 1999/2000 bis 2005/06 sind die Zahlen stetig von 1 851 auf 2 852 (höchster Wert der letzten 30 Jahre) nach oben geklettert. Nach zwei weiteren Jahren mit sinkenden Zahlen ist ab 2008/09 wieder eine Zunahme feststellbar. Die Abendgymnasien hatten im Schuljahr 1995/96 mit 1 496 Schülern die geringsten Teilnehmerzahlen zu verbuchen. Seit 1998/99 haben auch hier die Zahlen stetig zugenommen bis zum Schuljahr 2006/07, in dem mit 3 113 Teilnehmern der Höchststand der letzten 30 Jahre erreicht wurde. Während in den zwei Folgejahren die Zahlen etwas abnahmen, war 2009/10 wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Bei den Kollegs gab es im betrachteten Zeitraum im Schuljahr 1990/91 mit 865 die meisten und 1998/99 mit 434 die we-

nigsten Kollegiaten. Seitdem haben auch an dieser Schulart die Teilnehmerzahlen bis zum Schuljahr 2004/05 zugenommen. Danach wechselten Ab- und Zunahme der Schülerzahlen sich jährlich ab, wobei der Wert von 556 im Schuljahr 2009/10 der niedrigste der letzten acht Jahre war.

Verglichen mit dem Schuljahr 1980/81 sind an den Abendrealschulen die Teilnehmerzahlen auf fast gleichem Niveau (-1 %) geblieben. Dagegen konnten die Abendgymnasien ein Wachstum von 69 % verzeichnen. An den Kollegs gab es im Schuljahr 2009/10 15 % weniger Teilnehmer als 1980/81.

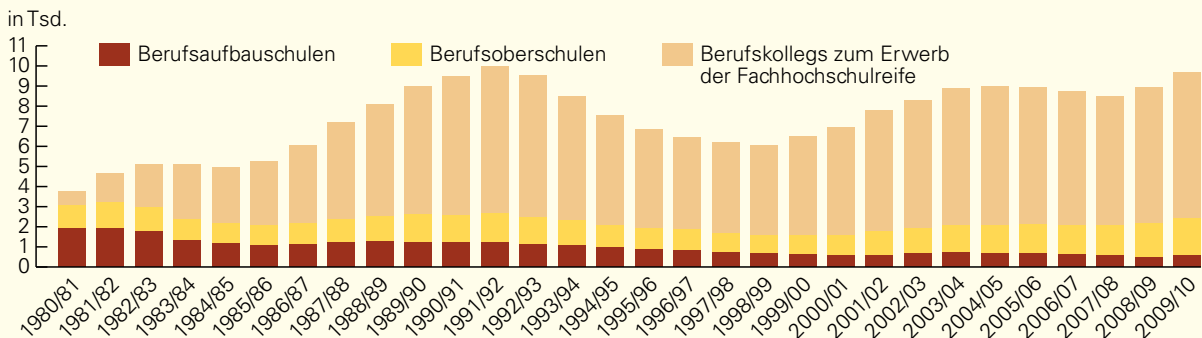
#### 9 700 Teilnehmer an den beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs

Im Schuljahr 2009/10 besuchten landesweit 9 695 Erwachsene die beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs, um nach abgeschlossener Berufsausbildung oder mehrjähriger Berufstätigkeit einen höherwertigen Schulabschluss zu erzielen. Die meisten Teilnehmer (75 %) besuchten ein Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife. Nahezu jeder Fünfte besuchte die zweijährige Berufsoberschule mit dem Ziel, die fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife zu erreichen. Gut 6 % wollten an der einjährigen Berufsaufbauschule die Fachschulreife nachmachen.

Nachdem am Anfang der 90er-Jahre mit rund 10 000 Weiterbildungswilligen ein Hochpunkt erreicht wurde, war innerhalb eines Jahrzehnts die Schülerzahl an den beruflichen Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs deutlich gesunken (Grafik G2 (G2)). Im Schuljahr

## G 2 (G2)

### Schüler an beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

74 11

1998/99 war dann mit gut 6 000 Teilnehmern ein Tiefpunkt erreicht worden. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat das Interesse, auf dem zweiten Bildungsweg einen höherwertigen Abschluss zu erlangen, erheblich zugenommen.

#### Deutlicher Rückgang an den Berufsaufbauschulen

Berufsaufbauschulen bieten die Möglichkeit, in einem einjährigen Vollzeitunterricht den mittleren Bildungsabschluss (Fachschulreife) zu erwerben. Im Schuljahr 2009/10 wurden 596 Schüler an den 22 öffentlichen Berufsaufbauschulen unterrichtet. Jeder vierte Teilnehmer war eine Frau, der Ausländeranteil lag mit gut 17 % deutlich über dem Durchschnitt aller beruflichen Schulen. Entsprechend der beruflichen Vorbildung der Schüler gibt es Berufsaufbauschulen in gewerblicher, kaufmännischer, hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischer und landwirtschaftlicher Ausrichtung.

Die größte Nachfrage erlebten die Berufsaufbauschulen Ende der 60er-Jahre, als sie landesweit von über 3 000 Schülern besucht wurden. Danach setzte ein rückläufiger Trend ein, der sich über vier Jahrzehnte fortsetzte und zum vorangegangenen Schuljahr 2008/09 mit lediglich 493 Schülern seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Mit einem Plus von 103 Schülern gegenüber dem Vorjahr scheint dieser Trend zum Schuljahr 2009/10 gestoppt zu sein (Web-Tabelle G2 (T2)).

Die gesunkene Nachfrage dieses Bildungsangebotes in den letzten Jahrzehnten ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass der mittlere Bildungsabschluss nun in verstärktem Maße an allgemein bildenden Schulen erworben wird. Zudem werden qualifikations-

willingen jungen Menschen weitere Alternativen geboten, um an den beruflichen Schulen des Landes einen mittleren Bildungsabschluss zu erhalten, ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mehrjährige Berufstätigkeit vorweisen zu müssen. So kann dieser ebenfalls an den zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen erreicht werden. Auch Berufsschulabsolventen können nach ihrer Berufsausbildung unter bestimmten Voraussetzungen ein dem Realschulabschluss gleichgestelltes Zeugnis ausgestellt bekommen.

#### Steigende Nachfrage bei Berufsoberschulen durch allgemeine Hochschulreife

Wer über einen mittleren Bildungsabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine damit vergleichbare Berufserfahrung verfügt, kann über die Oberstufe der Berufsoberschulen im zweijährigen Vollzeitunterricht zur fachgebundenen Hochschulreife gelangen. Bei der zusätzlichen Belegung einer zweiten Fremdsprache kann an diesen Einrichtungen auch die allgemeine Hochschulreife erworben werden. An den 23 öffentlichen und fünf privaten Berufsoberschulen wurden im Schuljahr 2009/10 genau 1 835 junge Menschen unterrichtet, das waren so viele wie nie zuvor. Im vorangegangenen Schuljahr waren es noch knapp 190 Schüler weniger. Nach einem Tiefpunkt mit unter 1 000 Schülern im Schuljahr 1998/99 wies die Oberstufe der Berufsoberschulen in den letzten Jahren wieder eine steigende Nachfrage auf. Für den Anstieg der Schülerzahlen an den Berufsoberschulen gibt es mehrere Ursachen. Seit der Jahrtausendwende kann an diesen Einrichtungen bei Belegung einer zweiten Fremdsprache auch die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Seit dem Schuljahr 2006/07 wird

dieser Bildungsgang auch in privater Trägerschaft angeboten. Vorreiter war hier die erste private Wirtschaftsoberschule in Freiburg im Breisgau. Seit dem Schuljahr 2007/08 wird neben der Technischen Oberschule und der Wirtschaftsoberschule nun auch die Oberschule für Sozialwesen angeboten.

### Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife besonders attraktiv

Das Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife bietet seit dem Schuljahr 1979/80 Interessenten mit mittlerem Bildungsabschluss sowie einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer entsprechenden Berufserfahrung die Möglichkeit, in einem einjährigen Vollzeitunterricht die bundesweit anerkannte Fachhochschulreife zu erlangen. Auch an den Berufskollegs können sich die Schüler entsprechend ihrer Berufsausbildung für einen gewerblichen, kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Schwerpunkt entscheiden. Seit rund zehn Jahren steht auch der Schwerpunkt »Gestaltung« zur Wahl.

Die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife sind mit 7 264 Teilnehmern derzeit der mit Abstand größte Teilbereich des Zweiten Bildungswegs (Tabelle G2 (T1) im Anhang). Seit ihrer Gründung bis in die 90er-Jahre konnte diese Schulart einen starken Anstieg der Schülerzahlen verzeichnen. Die schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt in den 90er-Jahren dämpften allerdings die Nachfrage, die Schülerzahlen gingen entsprechend deutlich auf 4 400 zurück. Mit der Jahrtausendwende wurde dieses Weiterbildungsangebot wieder mehr in Anspruch genommen.

Für den Besuch eines Vollzeit-Berufskollegs müssen die Schüler in der Regel ihre Berufstätigkeit aufgeben, sofern ihr Arbeitgeber ihnen keine Rückkehrmöglichkeit offenhält oder sie sogar für ein Jahr freistellt. Ab dem Schuljahr 1986/87 kann dieser Weg zur Fachhochschulreife auch im Rahmen eines zwei Jahre dauernden Teilzeitunterrichts erworben werden, welcher die gleichen Inhalte an Abenden und Wochenenden vermittelt. In diesem Fall können die Schüler die Fachhochschulreife anstreben, ohne gleichzeitig ihren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen. Rund jeder achte Schüler des Berufskollegs nahm im Schuljahr 2009/10 die Doppelbelastung von Berufstätigkeit und Schule auf sich.

### Der Zweite Bildungsweg an beruflichen Schulen scheint für Frauen weniger attraktiv

Für Frauen scheint der Zweite Bildungsweg an den beruflichen Schulen weniger attraktiv zu sein. Sie

stellen etwas über ein Drittel der Teilnehmer dieser Bildungsgänge. Der Frauenanteil an den Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife liegt bei gut 35 %, an den Berufsaufbauschulen ist jeder vierte Teilnehmer weiblichen Geschlechts. Wesentlich geringer ist dagegen der Frauenanteil an den Technischen Oberschulen, hier ist etwas mehr als ein Achtel der Schüler weiblich. Lediglich an den Oberschulen für Sozialwesen und an den Wirtschaftsoberschulen stellen Frauen mit 79 % bzw. knapp 61 % die Mehrheit.

### Ausländeranteil an beruflichen Einrichtungen ist gering

Anders als bei den allgemein bildenden Schulen ist der Anteil der ausländischen Schüler an den beruflichen Bildungsgängen des Zweiten Bildungswegs nach wie vor gering. Im Schuljahr 2009/10 lag dieser bei 7 %. Eine Ausnahme sind hier die Berufsaufbauschulen, die zu einem mittleren Bildungsabschluss führen. Mit einem Anteil von gut 17 % sind ausländische Schüler hier überdurchschnittlich häufig anzutreffen. Entsprechend den allgemein bildenden Einrichtungen ist auch an den beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs die türkische Nationalität am häufigsten vertreten, mehr als jeder dritte Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist türkischer Abstammung.

### Die meisten Abgänger sind erfolgreich

Einen höheren Schulabschluss über die beruflichen Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs zu erwerben erfordert großes Durchhaltevermögen. Trotzdem wird diese Art der Weiterbildung von den meisten auch erfolgreich abgeschlossen. An den Berufsoberschulen haben fünf von sechs Abgängern die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erworben. Dabei unterscheidet sich die Erfolgsquote von Männern und Frauen nur unwesentlich. Die Absolventen der Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife sind mit 83 % ebenso erfolgreich: Dagegen bestanden an der Berufsaufbauschule rund drei von vier Schülern die Abschlussprüfung. Von den ausländischen Abgängern erreichte sogar nur gut die Hälfte den mittleren Bildungsabschluss.

### Landesweit flächendeckendes Angebot von Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs

Wer in Baden-Württemberg eine Einrichtung des Zweiten Bildungswegs besuchen möchte, kann aus einem flächendeckenden Angebot wählen. Jeder Kreis bietet mindestens eine Einrichtung des Zweiten Bildungswegs, mit Ausnahme des Landkreises

Breisgau-Hochschwarzwald, der von der Universitätsstadt Freiburg im Breisgau profitiert und des Alb-Donau-Kreises, der stark nach Ulm orientiert ist. Vor allem in den Oberzentren Stuttgart, Mannheim, Hei-

delberg, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau, Heilbronn und Ravensburg/Weingarten sind zahlreiche Einrichtungen angesiedelt (Grafik G2 (G3)).

## i

## Erläuterungen

An den allgemein bildenden und beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs können verschiedene höher qualifizierende Abschlüsse erreicht werden. Die Schüler der Abendrealschulen und der Berufsaufbauschulen streben den Realschulabschluss bzw. einen vergleichbaren Abschluss einer beruflichen Schule an. Die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife bieten die Möglichkeit, auf diesem Weg eine Hochschulzugangsberechtigung zu erhalten. Die erfolgreichen Abgänger der Abendgymnasien, der Kollegs, der Technischen Oberschulen und der Wirtschaftsoberschulen können sich über das Erreichen der fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife freuen. Während an den allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs das Lehrangebot in der Regel identisch ist mit den Schulen des »Ersten Bildungswegs«, setzen die beruflichen Schulen des Zweiten Bildungswegs berufsbezogene Schwerpunkte.

Zu den allgemein bildenden Schulen des Zweiten Bildungswegs zählen die Abendrealschulen, die Abendgymnasien und die Kollegs. Rechtsgrundlage für die Abendschulen und die privaten Kollegs ist das Privatschulgesetz<sup>1</sup> in Verbindung mit entsprechenden Verordnungen des Kultusministeriums sowie für das öffentliche Kolleg das Schulgesetz<sup>2</sup>. An den Abendschulen, -gymnasien und Kollegs werden Gebühren erhoben.

An den **Abendrealschulen** können berufstätige Erwachsene in zwei oder drei Jahren den mittleren Schulabschluss erwerben. Voraussetzung für eine Aufnahme ist der Hauptschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation. Die schriftliche und mündliche Abschlussprüfung findet einmal jährlich nach der Prüfungsordnung des Kultusministeriums statt; dabei wird die schriftliche Prüfung gleichzeitig mit der ordentlichen Abschlussprüfung an Realschulen abgehalten. Auch die Aufgaben der schriftlichen Prüfung werden von den öffentlichen Realschulen übernommen. Zugelassen zur Prüfung wird nur, wer mindestens das letzte Schuljahr der Abendrealschule ordnungsgemäß besucht hat.<sup>3</sup> Die Abendrealschule kann berufsbegleitend besucht werden. Es gibt unterschiedliche Unterrichtsmodelle. Einige bieten nur Teilzeitunterricht an, einige eine Kombination von Teilzeit- und Vollzeitunterricht.

Das **Abendgymnasium** ist ebenfalls eine Teilzeitschule und dauert 3 bis 3 ½ Jahre für Bewerber, die bereits den Realschulabschluss nachweisen können und vier Jahre für Bewerber, die diesen erst noch im Vorkurs erwerben müssen. In den Vorkurs (1. Klasse) wird aufgenommen, wer mindestens 18 Jahre alt ist. Voraussetzungen für die 2. Klasse (Einführungsphase) sind unter anderem:

- ein Mindestalter von 19 Jahren,
- Berufstätigkeit (Ausnahme: die letzten drei Schulhalbjahre),
- Realschulabschluss oder gleichwertiger Bildungsstand (zum Beispiel Vorkurs absolviert),

1 Privatschulgesetz (PSchG) in der Fassung vom 1. Januar 1990, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2010 (GBl. S. 526).

2 Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG) in der Fassung vom 1. August 1983, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2010 (GBl. S. 1 059).

3 Vgl. Verordnung des Kultusministeriums von Baden-Württemberg über die Abschlussprüfung an Abendrealschulen vom 5. September 2006 (GBl. S. 297; K. u. U. S. 302).

- Abschluss einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung oder eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit.

Der Unterricht findet vorwiegend abends statt, in den Klassen I und II im Klassenverband, in den Klassen III und IV im Kurssystem. Das Ausbildungsziel eines Abendgymnasiums ist das Abitur (allgemeine Hochschulreife), unter bestimmten Umständen kann ein Teilnehmer aber nach der Klasse III mit dem Abgangszeugnis der Fachhochschulreife abgehen.<sup>4</sup>

Das **Kolleg** ist eine dreijährige Vollzeitschule mit einjähriger Einführungsphase und einem anschließenden Kurssystem mit vier Schulhalbjahren. Unterrichtet wird tagsüber. Ziel des Kollegs ist es, Erwachsene zur Hochschulreife zu führen. Aufgenommen in die Einführungsphase eines Kollegs wird, wer unter anderem

- mindestens 19 Jahre alt ist,
- den Realschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss nachweist,
- eine mindestens zweijährige Berufsausbildung abgeschlossen hat oder eine in der Regel mindestens dreijährige Berufstätigkeit nachweisen kann.

Es ist einem Kollegiaten nicht erlaubt, während der Zeit am Kolleg einer geregelten beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Speziell Eltern mit »Familienpause« dürfte die Regelung zugute kommen, dass die selbstständige Familienhaushaltsführung bei Abendgymnasien und Kollegs als Berufstätigkeit anerkannt wird.<sup>5</sup>

---

4 Vgl. Verordnung des Kultusministeriums von Baden-Württemberg über allgemein bildende Abendgymnasien vom 21. September 2001 (GBl. S. 575).

5 Vgl. § 9 SchG und Verordnung des Kultusministeriums von Baden-Württemberg über den Bildungsgang und die Abiturprüfung an Kollegs (KollegVO) vom 10. März 2010 (GBl. S. 345; K. u. U. S. 135).

G2 (G3)

### Standorte des Zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

- Abendrealschule
- Abendgymnasium
- Kolleg
- Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife
- Berufsaufbauschule
- Berufsoberschule



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-10-009  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

## G 3 Träger und Angebote der beruflichen Weiterbildung

Die klassische Trennung von beruflicher und allgemeiner Weiterbildung verliert mehr und mehr an Bedeutung. Zum einen bieten traditionelle Institutionen der allgemeinen Weiterbildung verstärkt auch berufsspezifische Kurse an, zum anderen sind einzelne Angebote thematisch oft nicht eindeutig abgrenzbar. Wichtige Datenquellen, die für die Darstellung des Weiterbildungssektors herangezogen wurden, differenzieren jedoch nach wie vor in allgemeine und berufliche Bildungsangebote. Deshalb wird auch in diesem Bericht an der Unterscheidung festgehalten.

**Kapitel G 3.1** fokussiert die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung aus Sicht der Teilnehmer. In **Kapitel G 3.2** werden die an beruflichen Schulen und die von den Kammern durchgeführten Angebote der beruflichen Weiterbildung betrachtet, die zu einem beruflichen Aufstieg führen. Für diesen Weiterbildungstyp ist der Begriff Aufstiegsfortbildung üblich.

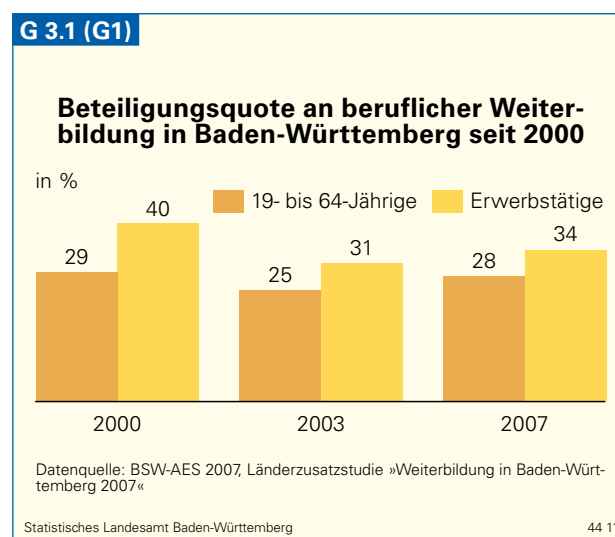
### G 3.1 Teilnahme an beruflicher Weiterbildung

Statistiken zum Bereich der beruflichen Weiterbildung liegen nur partiell, etwa für die Angebote der Kammern vor. Eine umfassende und erschöpfende Darstellung dieses Teils des Bildungssystems ist deshalb kaum möglich. Wichtige datenbasierte Erkenntnisse liefern jedoch repräsentative Befragungen von Betrieben und Weiterbildungsteilnehmern, etwa das Continuing Vocational Training Survey (CVTS), der IAB-Betriebspanel und das Berichtssystem Weiterbildung (BSW-AES). Für Baden-Württemberg wurde seit der Erhebungswelle 1994 die Stichprobe auf rund 1 500 interviewte Personen erhöht, sodass Ergebnisse auf Landesebene abgeleitet werden können. Das Wirtschaftsministerium hat hierzu eine Sonderaufbereitung in Auftrag gegeben, auf deren Grundlage die folgenden Darstellungen beruhen<sup>7</sup>.

#### Beteiligung an beruflicher Weiterbildung nach rückläufiger Entwicklung wieder zunehmend

Ein wichtiger Indikator für die Reichweite von Weiterbildung insgesamt ist die Beteiligung an verschiedenen

Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Diese wird im BSW-AES bzw. der Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007« über die besuchten Kurse und Lehrgänge erfasst. Als Bezugsgröße für die Ermittlung der Teilnahmequote wird dabei die Gruppe derjenigen 19- bis 64-Jährigen aufgefasst, die in den letzten zwölf Monaten an wenigstens einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung teilnahmen (Grafik G 3.1 (G1)).



Insgesamt haben sich 28 % dieser Altersgruppe 2007 an beruflicher Weiterbildung beteiligt. Damit wurde – nach einem Abfall der Teilnahmequote auf 25 % im Jahr 2003 – fast wieder der Wert von 2000 erreicht (Grafik G 3.1 (G1)). Die häufigsten Maßnahmenarten waren im Jahr 2007 Schulungen zur Qualifikationsanpassung, Einarbeitung und sonstige Kurse. Weiterbildungsmaßnahmen in Bezug auf beruflichen Aufstieg und Umschulung spielten eine geringere Rolle.

Die Beteiligungsquote der Gruppe der Erwerbstätigen ist mit 34 % deutlich höher. Auch hier ist ein Aufwärtstrend im Vergleich zur Erhebung 2003 auszumachen, allerdings liegt der aktuelle Wert noch deutlich unter der Marke von 40 %, die 2000 erreicht wurde.

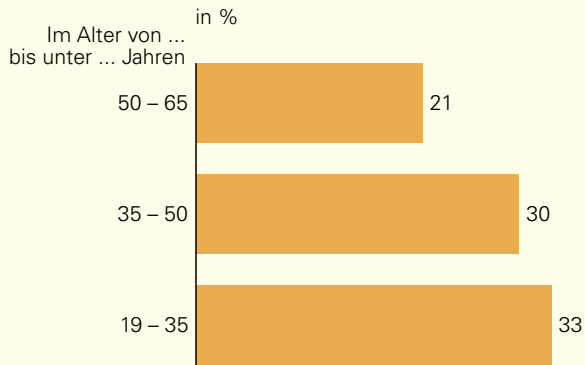
#### Gruppe der über 49-Jährigen unterrepräsentiert

Bei einer nach sozio-demografischen Merkmalen differenzierenden Betrachtung der Weiterbildungsteilnehmer fallen deutliche Unterschiede auf. Bezogen auf die Gruppe der 19- bis 64-Jährigen sind die über 49-Jährigen mit einer Beteiligungsquote von 21 %

7 TNS Infratest Sozialforschung (2008): Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007. Länderzusatzstudie zum Projekt BSW-AES.

**G 3.1 (G2)**

**Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007 nach Altersgruppen**



Datenquelle: BSW-AES 2007, Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

45 11

stark unterrepräsentiert (Grafik G 3.1 (G2)). Die Unterschiede zwischen den 19- bis 34-Jährigen und den 35- bis 49-Jährigen sind hingegen gering. Während für die jüngste der drei Alterskohorten für die Jahre 2000 und 2003 mit 27 % bzw. 25 % eine deutlich geringere Beteiligung ermittelt wurde, erreichte die Quote der 35- bis 49-Jährigen bei der Erhebung im Jahr 2000 einen um 7 Prozentpunkte höheren Anteil. Gegenüber 2003 stieg die Beteiligung dieser Gruppe allerdings um 3 Prozentpunkte auf den Wert von 30 % an. Bei den 50- bis 64-Jährigen blieb die Beteiligungsquote im Zeitraum der letzten drei Erhebungen unverändert.

Die Teilnahmequote der Männer im erwerbsfähigen Alter liegt mit 30 % über derjenigen der Frauen, die 26 % beträgt. Dieser geschlechtsspezifische Beteiligungsunterschied ist seit der Erhebung 2000 kontinuierlich zurückgegangen. Wie beim Erwerb höherwertiger schulischer Bildungsabschlüsse und der Ausbildung an Hochschulen ist somit auch bei der beruflichen Weiterbildung ein stetiger Zuwachs des Frauenanteils auszumachen. Zudem bedingen andere Variablen die geringere weibliche Beteiligungsquote an Weiterbildung. So ist bei alleiniger Betrachtung der Erwerbstätigen kein wesentlicher Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Beteiligung festzustellen.

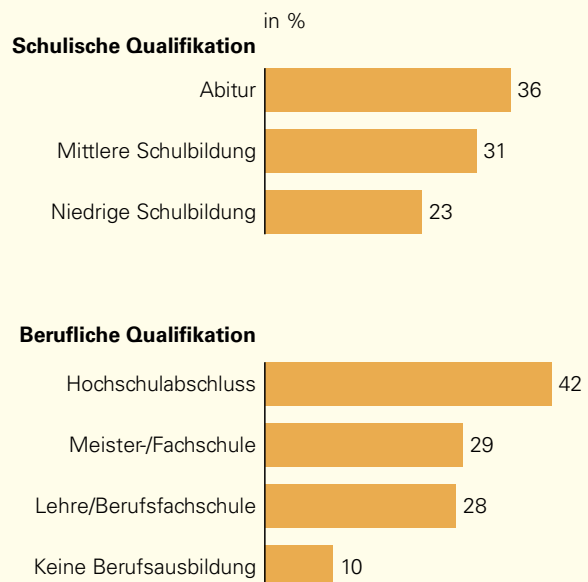
Die Weiterbildungsbeteiligung von Ausländern ist nur geringfügig niedriger als die der Weiterbildungsteilnehmer mit deutscher Staatsangehörigkeit. Hier erfolgte in den letzten Jahren eine starke Angleichung: 2003 war die Beteiligung der in Baden-Württemberg lebenden ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht einmal halb so hoch wie die des deutschen Bevölkerungsteils.

**Personen mit niedrigerem Bildungsniveau beteiligen sich seltener an beruflicher Weiterbildung**

Bei differenzierender Betrachtung der Bildungsvoraussetzungen der 19- bis 64-Jährigen sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Die Weiterbildungsbeteiligung steigt mit dem vorliegenden schulischen Bildungsniveau. Die Gruppe mit niedriger schulischer Qualifikation – ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss – nimmt mit 23 % zu rund einem Drittel weniger an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teil als die Gruppe mit Hochschulzugangsberechtigung, die eine Quote von 36 % erreicht (Grafik G 3.1 (G3)).

**G 3.1 (G3)**

**Teilnahmequoten\*) an beruflicher Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007 nach schulischer und beruflicher Qualifikation**



\*) 19- bis 64-Jährige.

Datenquelle: BSW-AES 2007, Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

46 11

Ähnliche Unterschiede wie bei den schulischen Bildungsvoraussetzungen werden bei Heranziehen der beruflichen Qualifikation deutlich. Nur 10 % derjenigen ohne Berufsausbildung bzw. mit nur geringer Qualifikation beteiligen sich an beruflicher Weiterbildung. Die Beteiligungsquote der Hochschulabsolventen liegt um das Vierfache höher. Allerdings partizipierten Personen mit niedrigeren Bildungsvoraussetzungen 2007 etwas häufiger an Weiterbildung als noch 2003. Die Teilnahmequote von Personen mit höheren Abschlüssen hingegen war rückläufig.



Auch bei Betrachtung der beruflichen Stellung sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Unter den Erwerbstätigen beteiligen sich 21 % der Arbeiter, 24 % der Selbstständigen und 39 % der Angestellten an beruflicher Weiterbildung. Mit 58 % ist die Beteiligungsquote der Beamten am höchsten. Diese Unterschiede werden auch bei einer differenzierten Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen sichtbar.

Die Beteiligung im privatwirtschaftlichen Sektor liegt mit 30 % deutlich unter der des Öffentlichen Dienstes. Allerdings zeigt sich bei den Arbeitern und Angestellten seit 2003 ein Aufwärtstrend, während die Teilnahme der Beamten rückläufig ist.

### Hälfte der Maßnahmen sind gewerblich-technische und kaufmännische Weiterbildungen

Etwas mehr als jede vierte Maßnahme der Weiterbildung behandelte kaufmännische Themenbereiche, weitere 25 % gewerblich-technische. Lerninhalte aus der EDV spielten bei jeder sechsten Maßnahme die Hauptrolle. Der Umfang dieses Themenkomplexes, ebenso wie bei den kaufmännischen Weiterbildungen, ist gegenüber 2003 deutlich zurückgegangen.

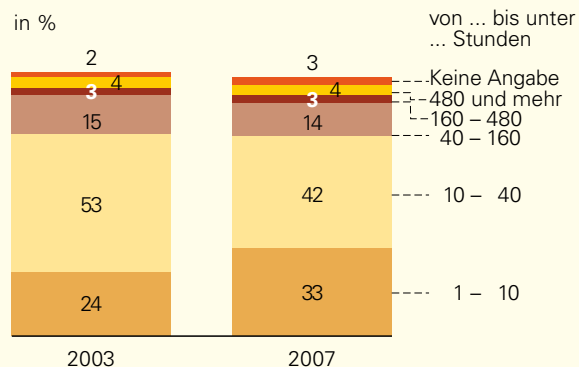
### Zahl der eingesetzten Unterrichtsstunden rückläufig

Bei drei Vierteln der Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2007 wandten die Teilnehmer maximal 40 Unterrichtsstunden auf. Dieser Wert hat sich gegenüber 2003 kaum verändert. Allerdings hat sich der Anteil der mit einem Unterrichtsvolumen von bis zu zehn Stunden weniger zeitintensiven Maßnahmen in diesem Zeitraum von 24 % auf 33 % erhöht. Gleichzeitig ist der Anteil der elf bis 40 Stunden umfassenden Maßnahmen von 53 % auf 42 % gesunken. Dies bedeutet, dass das für Weiterbildung eingesetzte Zeitvolumen gegenüber 2003 insgesamt zurückgegangen ist. Der Anteil der zeitintensiveren, über 40 Stunden umfassenden Maßnahmen ist allerdings nahezu konstant geblieben (Grafik G 3.1 (G4)).

Drei von vier Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung unter den Erwerbstätigen wurden 2007 vollständig, weitere 10 % teilweise während der Arbeitszeit durchgeführt. Damit finden über 80 % der von den Erwerbstätigen genannten beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen mindestens teilweise während der Arbeitszeit statt. Dieser Wert entspricht in etwa dem für das Jahr 2003 ermittelten, im Vergleich zum Jahr 2000 – hier waren es 90 % – ist eine rückläufige Entwicklung auszumachen.

G 3.1 (G4)

#### Aufgewendete Unterrichtsstunden der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung in Baden-Württemberg 2003 und 2007



Datenquelle: BSW-AES 2007, Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

47 11

### Beruflicher Weiterbildung wird ein hoher Nutzen zugesprochen

86 % der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung bewerten die Maßnahmen positiv und konstatieren, die Beteiligung habe »sehr viel« bzw. »eher viel« genutzt. Immerhin 13 % schreiben den besuchten Kursen jedoch einen »eher geringen« bzw. »gar keinen« Nutzen zu. Diese Werte haben sich seit 2003 kaum verändert. Gegenüber der allgemeinen wird der beruflichen Weiterbildung ein etwas höherer Nutzen zugesprochen, wobei sich die Beurteilung der beiden Bereiche seit 2003 angenähert hat.

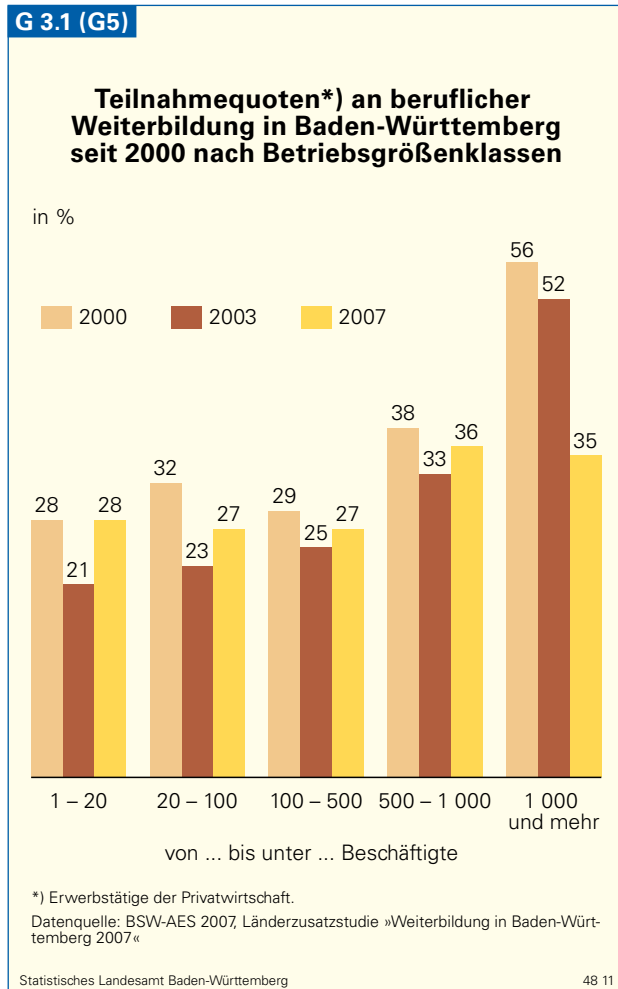
### Träger der beruflichen Weiterbildung sind überwiegend die Betriebe selbst

Annähernd zwei Drittel der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen in Trägerschaft von Arbeitgebern bzw. Betrieben. An zweiter Stelle folgen die Kammern, in deren Trägerschaft knapp jede zehnte Maßnahme durchgeführt wurde. Private Institute spielen quantitativ eine weniger wichtige Rolle. Jeder fünfte Anbieter ist den sonstigen Trägern zuzurechnen.

### Weiterbildungsaktivitäten sind abhängig von Betriebsgröße

Im privatwirtschaftlichen Sektor variiert die Beteiligungsquote an beruflicher Weiterbildung mit der Größe des beschäftigenden Betriebs. 28 % der Mitarbeiter aus Betrieben, in denen weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigt sind, nahmen 2007 an beruflicher

Weiterbildung teil. Jeweils 27 % aus Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten und Betrieben mit 100 bis 499 Beschäftigten. Die Beteiligungsquoten der größeren Unternehmen mit 500 bis 999 bzw. mit 1 000 und mehr Beschäftigten erreichten jedoch 36 % bzw. 35 % (Grafik G 3.1 (G5)).

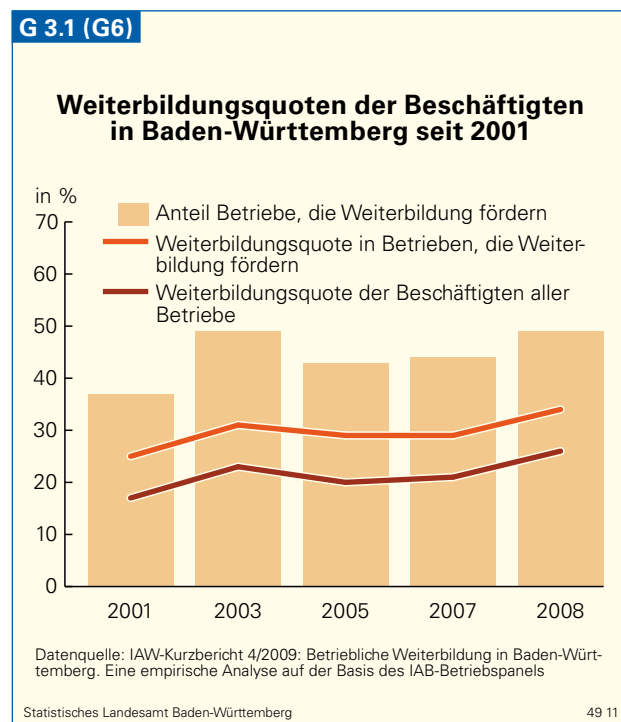


Im Zeitverlauf sind hierbei starke Veränderungen zu beobachten. Während 2003 allgemein ein deutlicher Teilnehmerrückgang gegenüber 2000 zu verzeichnen war, hat sich dieser Trend bis 2007 umgekehrt. Mit Ausnahme der kleinsten Betriebsgrößenklasse wurden die alten Teilnahmequoten jedoch nicht wieder erreicht. Eine Besonderheit stellen die Großbetriebe mit über 1 000 Beschäftigten dar, bei denen der sehr starke Einbruch der Beteiligungsquote gegenüber den vorigen Erhebungszeiträumen auffällt.

Die Initiative zur Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme ging bei weniger als der Hälfte der Teilnehmer von diesen selbst aus – ein gegenüber 2003 rückläufiger Wert. Bei einem Viertel der Teilnehmer wurde die Maßnahme durch Vorgesetzte vorgeschlagen, bei 30 % erfolgte die Teilnahme aufgrund einer betrieblichen Anordnung.

## Knapp die Hälfte aller Betriebe in Baden-Württemberg fördert aktiv die Weiterbildung

49 % der Betriebe förderten 2008 die Weiterbildung ihrer Beschäftigten durch Übernahme der Kosten bzw. Freistellung von der Arbeitszeit. Der Anteil der Betriebe, die Weiterbildung aktiv unterstützen, unterlag in den vergangenen Jahren größeren Schwankungen. Nach einer rückläufigen Entwicklung der Quote wurde 2008 wieder der Höchststand aus dem Jahr 2003 erreicht (Grafik G 3.1 (G6)). Dies machte sich auch in einem Anstieg der Weiterbildungsquote der Beschäftigten insgesamt bemerkbar. Laut des vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführten Betriebspanels<sup>8</sup> lag die Weiterbildungsbeteiligung<sup>9</sup> der in baden-württembergischen Betrieben Beschäftigten bei 26 %. In Betrieben, die die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aktiv fördern, betrug die Quote 34 %.



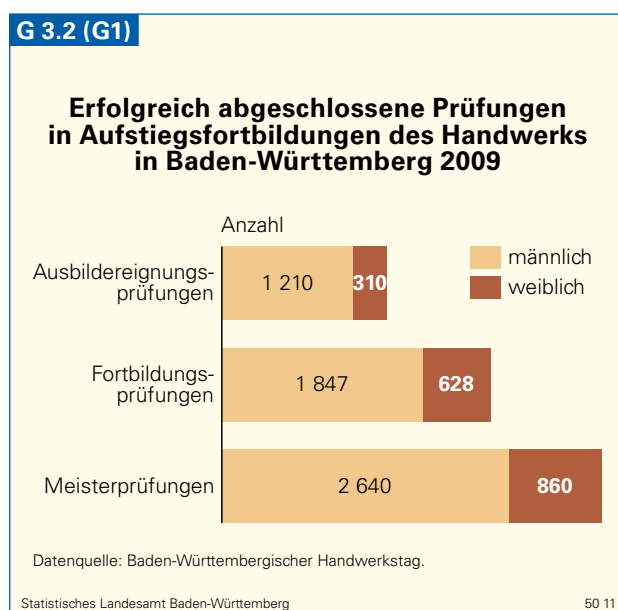
- Das Betriebspanel wertet bundesweit 15 500 Betriebsinterviews aus, darunter sind 1 200 Betriebe aus Baden-Württemberg, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führen. Die Panelstudie ermöglicht es, nach Branchen und Größenklassen differenzierte Erkenntnisse über das wirtschaftliche Handeln sowie das Beschäftigungsverhalten der Betriebe zu erlangen.
- Anteil der Beschäftigten, die mindestens eine Weiterbildungsmaßnahme im Kalenderjahr besuchten.

Die am weitesten verbreitete betriebliche Weiterbildungsmaßnahme waren externe Kurse und Lehrgänge. Drei Viertel der Betriebe, die die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aktiv fördern, nutzen diese Lernaktivität. Jeweils etwa die Hälfte dieser Betriebe bot Bildungsangebote am Arbeitsplatz sowie interne Schulungen an und ermöglichte die Teilnahme an Vorträgen, Tagungen und Messen. Das selbstgesteuerte Lernen am Arbeitsplatz wurde in jedem zehnten Betrieb praktiziert. Weniger relevant waren Qualitätszirkel, Arbeitsplatzwechsel und sonstige Maßnahmen.

### G 3.2 Aufstiegsfortbildungen der Kammern und der beruflichen Schulen

#### G 3.2.1 Fortbildungsmaßnahmen der Kammern

Die acht Handwerkskammern in Baden-Württemberg organisieren zahlreiche Angebote der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Einen zentralen Stellenwert nehmen dabei die Meisterkurse ein. Zusätzlich besteht ein breites Angebot an Fortbildungslehrgängen, die ebenfalls mit einer Prüfung abschließen. Hierzu gehören zum Beispiel Aufstiegsfortbildungen im IT-Bereich und in kaufmännischen Berufsfeldern. Einen weiteren Fortbildungsbereich bilden die Ausbildereignungsprüfungen. (Grafik G 3.2 (G1)).



### 3 500 Meisterprüfungen an Handwerkskammern erfolgreich abgeschlossen

Im Jahr 2009 wurden bei den baden-württembergischen Handwerkskammern 3 500 Meisterprüfungsverfahren erfolgreich abgeschlossen – unter den Absolventen waren 860 Frauen. Die größte Gruppe umfasst den Bereich der Elektro- und Metallhandwerke. Hier haben 1 626 Personen eine Meisterprüfung erfolgreich absolviert; nur 35 davon waren Frauen.

Außer den Meisterprüfungen bieten die Handwerkskammern weitere Aufstiegsfortbildungen an, die nach erfolgreich absolvierter Prüfung zu einer neuen Berufsbezeichnung führen, etwa zum Betriebswirt (HWK) oder zum Technischen Fachwirt (HWK). 2009 wurden in diesem Weiterbildungsfeld 2 475 erfolgreiche Prüfungen absolviert, 628 davon von Frauen. Die größte Gruppe bilden dabei die kaufmännischen Berufsfelder mit 1 350 Abschlussprüfungen. Weitere 1 520 Beschäftigte des Handwerks haben im Jahr 2009 eine Ausbildereignungsprüfung erfolgreich bestanden.

#### Breites Angebot der Industrie- und Handelskammern

Die zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg bieten in Kooperation mit unterschiedlichen Bildungsträgern – teilweise auch mit beruflichen Schulen – eine Vielzahl von Fortbildungen in unterschiedlichen Berufsfeldern an. Im Jahr 2009 wurden im Bereich der Aufstiegsfortbildung in landesweit 680 Lehrgängen 16 140 Teilnehmer auf eine höherwertige berufliche Tätigkeit vorbereitet.

#### G 3.2.2 Aufstiegsfortbildung an Fachschulen

An Fachschulen können sich Weiterbildungswillige auf die Fortbildungsprüfungen vorbereiten, die in der Regel bei den zuständigen Kammern oder anderen Prüfungsbehörden abzulegen sind. Zulassungsvoraussetzungen sind je nach Bildungsgang der Hauptschulabschluss oder ein mittlerer Abschluss sowie die Ausbildung in einem einschlägigen Beruf mit anschließender Berufstätigkeit von ausreichender Dauer. Ohne abgeschlossene passende Berufsausbildung ist eine entsprechend längere Berufstätigkeit nachzuweisen.

#### Vielfältige Fortbildungsmöglichkeiten

Fachschulen bieten Lehrgänge für eine Vielzahl von Fortbildungen an. Die bekanntesten unter ihnen dürften die Meisterschulen und die Technikerschulen sein. Darüber hinaus gibt es unter anderem Fachschulen für



Betriebswirtschaft, für das Hotel- und Gaststättengewerbe, für Gestaltung, für Altenpflege, für Landwirtschaft oder für Organisation und Führung im hauswirtschaftlichen Bereich. Eine Besonderheit stellen die Fachschulen für Sozialwesen dar. Hier werden zum Beispiel Bildungsgänge für Heilerziehungspflege, für Jugend- und Heimerziehung oder Arbeitserziehung angeboten. Allerdings ist nicht für alle Bildungsgänge eine einschlägige mehrjährige Berufsausübung Zugangsvoraussetzung, sodass hier teilweise keine Fortbildung im eigentlichen Sinne stattfindet.

Das vielfältige Angebot spiegelt sich auch in der Zuständigkeit der Ressorts für die einzelnen Fachschulen wider. Neben Fachschulen im Bereich des Kultusministeriums gibt es mit den Fachschulen für Sozialwesen auch Einrichtungen im Bereich des Sozialministeriums und mit den Landwirtschaftsschulen Einrichtungen im Bereich des Ministeriums Ländlicher Raum.

Die 228 Standorte der Fachschulen sind weit verteilt (Grafik G 3.2 (G2) auf S. 231). Lediglich im Enzkreis ist keine Fachschule ansässig. Insbesondere Meisterschulen und Fachschulen für Technik sind an vielen Standorten zu finden. Fachschulen für Betriebswirtschaft sind dagegen nur an zwölf Standorten eingerichtet.

### Starker Anstieg der Schülerzahl wohl durch Wirtschaftskrise beeinflusst

Im Schuljahr 2009/10 nahmen 20 367 Fortbildungswillige am Unterricht der Fachschulen teil (Tabelle G 3.2 (T1) im Anhang). Damit wurden hier erstmals seit

1993/94 wieder mehr als 20 000 Schüler gezählt. Gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr war dies ein Anstieg um knapp 8%. Diese deutliche Zunahme wurde wahrscheinlich von der vergangenen Wirtschaftskrise mit beeinflusst. Zahlreiche Betriebe scheinen die Fortbildung ihrer Mitarbeiter an Fachschulen als sinnvolle Alternative zur Kurzarbeit genutzt zu haben.

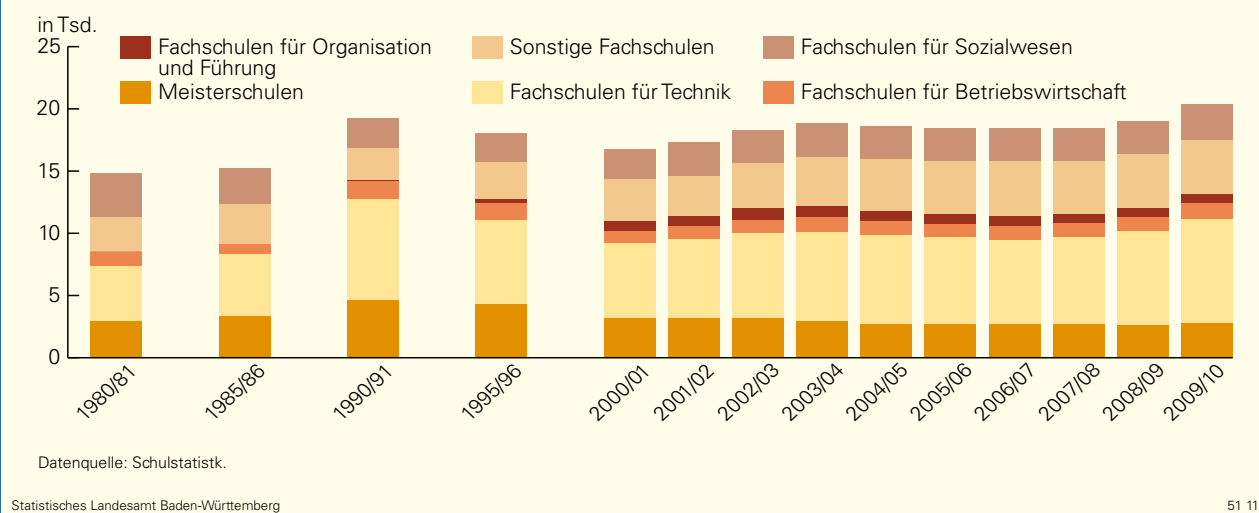
Von Beginn der 80er-Jahre war bis zum Schuljahr 1993/94 ein starker Anstieg der Schülerzahl von knapp 15 000 auf annähernd 21 000 zu verzeichnen. Danach folgte innerhalb von nur fünf Jahren wieder ein Rückgang auf unter 16 000 Schüler. In den Schuljahren seit 2002/03 waren nur geringe Schwankungen der Schülerzahl im Bereich zwischen 18 000 und 19 000 aufzutreten (Grafik G 3.2 (G3)). Diese Entwicklungen waren in erster Linie demografisch bedingt.

### Angebote privater Träger mit Schwerpunkt im Bereich Sozialwesen

Rund 30 % der Fachschüler nehmen Angebote privater Einrichtungen wahr (Web-Tabelle G 3.2 (T2)). Die Verteilung der Nutzer privater Fachschulen weist einen eindeutigen Schwerpunkt im Sozialwesen auf: 70 % der insgesamt 6 155 Schüler an privaten Fachschulen wurden im Schuljahr 2009/10 an Fachschulen für Sozialwesen unterrichtet, die ausschließlich in privater Trägerschaft geführt werden. Diese im Geschäftsbereich des Sozialministeriums angesiedelten Einrichtungen wiesen in den vergangenen fünf Jahren relativ konstante Schülerzahlen auf, im Vergleich zu 2000/01 ist jedoch eine Steigerung um mehr als ein Viertel zu erkennen.

G 3.2 (G3)

### Schüler an Fachschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Bildungsgängen

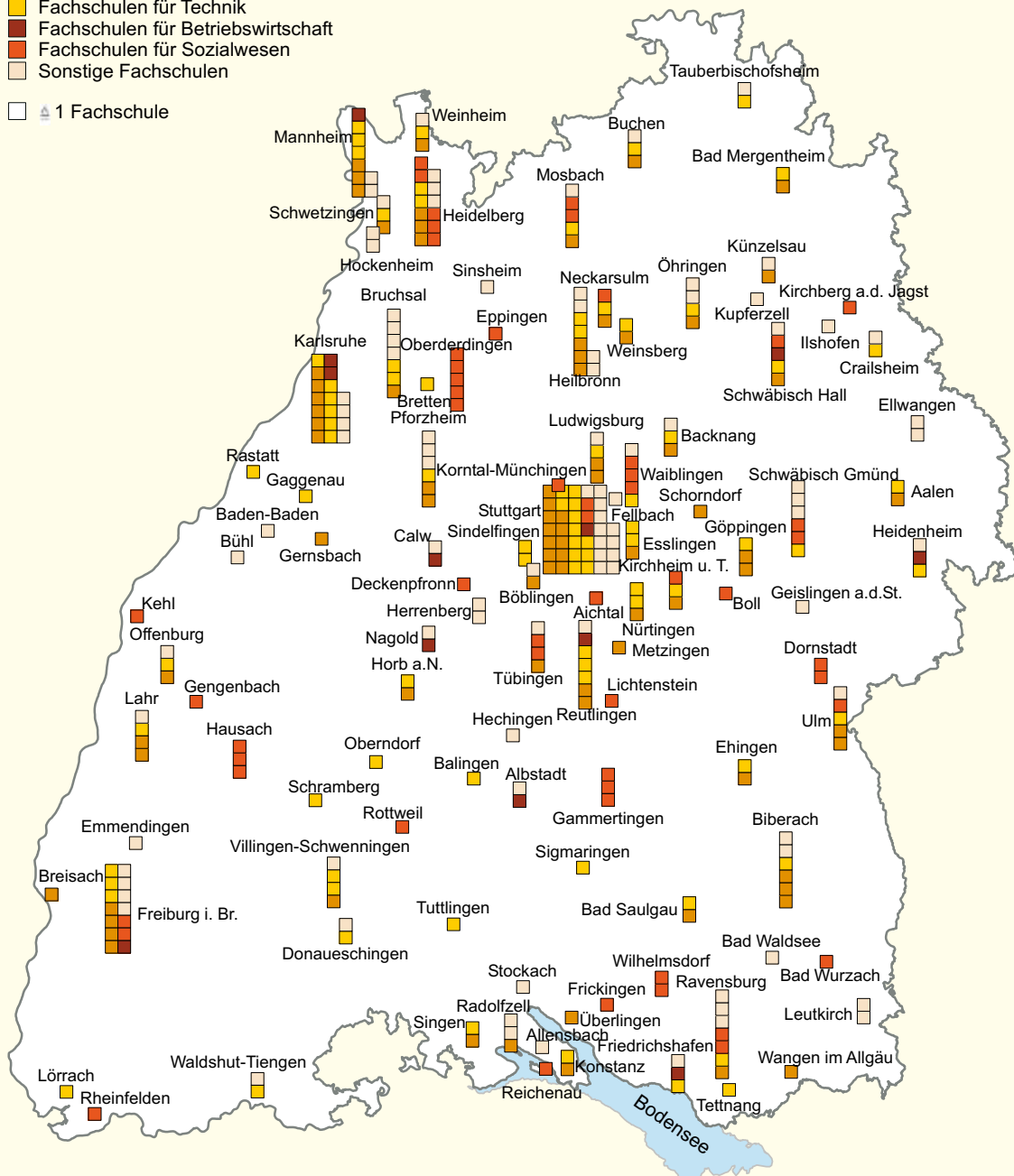


G 3.2 (G2)

Standorte der Fachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10

- Meisterschulen
- Fachschulen für Technik
- Fachschulen für Betriebswirtschaft
- Fachschulen für Sozialwesen
- Sonstige Fachschulen

1 Fachschule



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-005  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph



Ein weiterer Schwerpunkt privater Fortbildungsanbieter sind kaufmännische Fachschulen. An den Fachschulen für Betriebswirtschaft und den anderen kaufmännischen Einrichtungen ist mit zusammen rund 1 000 Schülern etwa die Hälfte an privaten Fachschulen zu finden.

### Knapp die Hälfte nutzt Teilzeit-Lehrgänge

Die Fortbildungslehrgänge an den Fachschulen dauern in der Regel ein bis zwei Jahre. In manchen Handwerksberufen gibt es auch Kurse mit halbjähriger Dauer. In dieser Zeit müssten die Fortbildungswilligen vom Betrieb freigestellt werden oder sogar ihr Arbeitsverhältnis aufgeben und auf eine Wiederanstellung hoffen. Um auch die Möglichkeit zu eröffnen, sich neben der Berufstätigkeit auf Fortbildungsprüfungen vorbereiten zu können, werden einige Bildungsgänge auch in Teilzeitform angeboten. Der Unterricht findet in diesen Fällen abends und an Wochenenden statt. Die Dauer des Bildungsgangs verdoppelt sich dann allerdings auf bis zu vier Jahre an den Fachschulen für Technik und für Betriebswirtschaft.

Im Schuljahr 2009/10 nutzten 9 428 Personen das Angebot an Teilzeit-Fachschulen, 11 007 das der Vollzeit-Fachschulen (Web-Tabelle G 3.2 (T3)). Je nach Bildungsgang ist das Angebot unterschiedlich. An Fachschulen für Technik hatte der Teilzeit-Unterricht einen Anteil von gut einem Drittel, an den Meisterschulen besuchte knapp ein Drittel der Schüler einen Teilzeit-Lehrgang. Andere Bildungsgänge werden dagegen ausschließlich in Teilzeit-Form angeboten, wie zum Beispiel die Fachschulen für Organisation und Führung, für Altenpflege oder für Landwirtschaft. Fachschulen für Gestaltung oder die Akademien für handwerkliche Berufe bieten andererseits nur Vollzeit-Lehrgänge an.

### Frauenanteil an Fachschulen liegt bei einem Drittel

Die Fachschulen haben einen deutlichen Schwerpunkt im gewerblich-technischen Bereich. Kaufmännische, haus- und landwirtschaftliche Fachschulen oder Fachschulen im Bereich des Sozialwesens weisen eine deutlich geringere Schülerzahl auf. Daher ist es nicht überraschend, dass nur ein Drittel der Teilnehmer im Schuljahr 2009/10 weiblich war (Tabelle G 3.2 (T1) im Anhang). An den Fachschulen für Technik war sogar nur jeder zwanzigste Teilnehmer eine Frau. An den Meisterschulen lag der Frauenanteil bei knapp 14 %.

Die Fachschulen für Gestaltung weisen hingegen eine nahezu ausgeglichene Geschlechterproportion auf.

Rund sechs von zehn Weiterbildungswilligen der Fachschulen für Betriebswirtschaft sind Frauen. Mit zwei Dritteln ist der Frauenanteil an den Fachschulen für Sozialwesen noch etwas höher. Besonders hoch ist er an den Fachschulen für Altenpflege sowie für Organisation und Führung. Dort sind annähernd neun von zehn Lehrgangsteilnehmern weiblich.

### Nur knapp 5 % der Fachschüler sind Ausländer

Der Anteil ausländischer Schüler ist an den Fachschulen relativ gering. Nur knapp 5 % aller Fachschüler besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (Tabelle G 3.2 (T1) im Anhang). Den höchsten Ausländeranteil weisen die Fachschulen für Altenpflege mit rund 7 % auf. An den Fachschulen für Organisation und Führung und den Akademien für handwerkliche Berufe sind dagegen nur 2 % der Teilnehmer Ausländer. Die Meisterschulen liegen mit knapp 6 % und die Fachschulen für Technik mit etwas über 5 % geringfügig über dem Durchschnitt aller Fachschulen.

### Die Teilnehmer an den Fachschul-Bildungsgängen werden immer jünger

Vor allem der Anteil der unter 25-Jährigen ist seit der Jahrtausendwende deutlich gestiegen. War im Schuljahr 1999/2000 nur fast ein Drittel der Schüler unter 25 Jahre alt gewesen, war es im Schuljahr 2008/09<sup>10</sup> bereits knapp die Hälfte. Der Anteil der Teilnehmer im Alter von 29 Jahren und darüber nahm hingegen im gleichen Zeitraum deutlich von 36 % auf ein Viertel ab.

Die Möglichkeiten der Aufstiegsfortbildung scheinen somit in den letzten Jahren bereits in früheren Phasen des Arbeitslebens genutzt zu werden. Eventuell spielt hierbei auch die Altersstruktur der Belegschaften eine Rolle, die eine rechtzeitige Qualifizierung von Nachwuchskräften als Ersatz für ausscheidende ältere Mitarbeiter erfordert.

### Zwei Drittel der Fortbildungsanfänger haben einen mittleren Abschluss

Der mittlere Bildungsabschluss – Realschulabschluss oder Fachschulreife – ist bei Weitem der häufigste, über den die insgesamt 10 668 Anfänger eines Fortbildungslehrgangs an einer Fachschule verfügen: Gut zwei Drittel hatten im Schuljahr 2009/10 eine entspre-

<sup>10</sup> An den beruflichen Schulen wird nur alle drei Jahre das Alter der Schüler erhoben, zuletzt im Schuljahr 2008/09.

chende Vorbildung. Etwas mehr als ein Sechstel der Neueintritte hatte den Hauptschulabschluss, knapp 9 % mit Hochschulreife und knapp 7 % mit Fachhochschulreife waren im Besitz einer Hochschulzugangsberechtigung (Grafik G 3.2 (G4)).

Die einzelnen Bildungsgänge unterscheiden sich hinsichtlich der schulischen Vorbildung ihrer Teilnehmer wesentlich. Die Meisterschulen haben mit fast einem Drittel den höchsten Anteil an Teilnehmern mit Hauptschulabschluss. Dagegen hatte nur jeder Zehnte, der sich auf die Meisterprüfung vorbereitete, eine Hochschulzugangsberechtigung. Den geringsten Anteil von Schülern mit Hauptschulabschluss wiesen die Fachschulen für Betriebswirtschaft mit knapp 2 % und die Fachschulen für Organisation und Führung mit nicht ganz 3 % auf. An Fachschulen für Betriebswirtschaft war dafür der Anteil der Einsteiger, die im Besitz einer Hochschulzugangsberechtigung waren, mit knapp 42 % am höchsten. Gut acht von zehn derjenigen, die eine Fortbildung an einer Fachschule für Organisation und Führung begonnen hatten, besaßen einen mittleren Bildungsabschluss.

Im zahlenmäßig größten Teilbereich der Fachschulen – den Fachschulen für Technik – dominierte ebenfalls der mittlere Bildungsabschluss: Fast drei Viertel aller Anfänger konnten einen Realschulabschluss oder die Fachschulreife vorweisen. Während der Anteil der Einsteiger mit Hauptschulabschluss recht genau dem Durchschnitt aller Fachschulen entsprach, waren Anfänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife mit einem Anteil von zusammen gut 9 % unterrepräsentiert.

### Teilnahme an Abschlussprüfung weit überwiegend erfolgreich

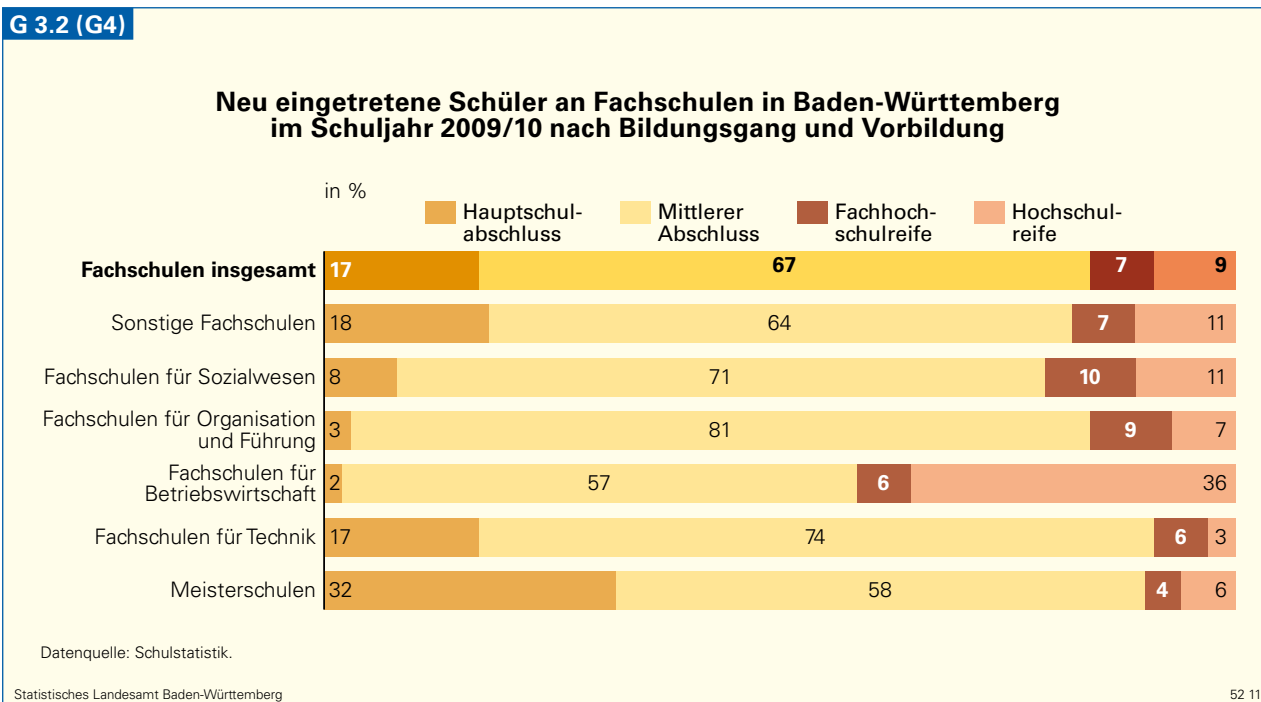
Insgesamt verließen 8 643 Teilnehmer im Jahr 2009 die Fachschulen. Von diesen hatten 96 % die Fortbildung erfolgreich abgeschlossen. 2 656 Absolventen hatten zusätzlich zum Abschlusszeugnis nach Besuch von Zusatzunterricht und der Ablegung einer zusätzlichen Prüfung die Fachhochschulreife erworben. Fast alle Bildungsgänge meldeten über 90 % der Abgänge mit erfolgreichem Abschluss (Web-Tabelle G 3.2 (T4)).

Die weitaus meisten Zeugnisse der Fachhochschulreife wurden von Fachschulen für Technik ausgestellt. Im Jahr 2009 waren dies 2 339. Somit hatten 88 % der erfolgreichen Absolventen zusätzlich zum Abschluss als Techniker eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Darüber hinaus bieten auch die Fachschulen für Betriebswirtschaft und für Gestaltung die Möglichkeit, die Fachhochschulreife zu erwerben.

Ein Teil der Fachschüler verfügte bereits vor Beginn der Fortbildungsmaßnahme über die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Die überwiegende Mehrzahl derjenigen, die noch keine Hochschulzugangsberechtigung besaßen, hat das Zusatzangebot erfolgreich genutzt.

### Fortbildung zum Techniker mit der höchsten Teilnehmerzahl

Vom aktuellen Anstieg der Schülerzahl haben in erster Linie die Fachschulen für Technik profitiert: 2009/10 wurden hier 855 Teilnehmer mehr unterrichtet als im



Jahr zuvor. Sie haben damit ihre Position als größte Gruppe unter den Fachschulen weiter ausgebaut (Grafik G 3.2 (G2)). Gegenüber 2000/01 hat sich die Schülerzahl der Fachschulen für Technik um 40 % auf 8 385 erhöht. Im Schuljahr 1980/81 lag die Schülerzahl noch knapp unter 4 500.

An Fachschulen für Technik nahmen mehr als die Hälfte aller Schüler an Bildungsgängen im Berufsfeld Metalltechnik teil, die Elektrotechnik wies mit einem Anteil von 19 % die zweithöchsten Teilnehmerzahlen auf, gefolgt von der Automatisierungstechnik/ Mechanik – die Elemente der Metall- und der Elektrotechnik verbindet – mit einem Anteil von 11 % (Grafik G 3.2 (G5)). Damit entfallen deutlich über 80 % aller Teilnahmen auf nur drei Berufsfelder.

### Die Meisterschule scheint etwas an Anziehungskraft verloren zu haben

Die Meisterschulen als »klassische« Orte der Fortbildung für Handwerksgehilfen konnten im Schuljahr 2009/10 einen Zuwachs der Schülerzahlen um 150 auf 2 758 verbuchen. Insgesamt ist hier in den letzten Jahren allerdings eine eher stagnierende Entwicklung zu beobachten. Zu Beginn der 2000er-Jahre hatten die Meisterschulen noch fast 3 200 Teilnehmer, im Schuljahr 1992/93 sogar über 4 700. Neben demografischen Einflüssen könnte in neuerer Zeit das Ende 2003 verabschiedete Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Regelungen eine weitere Ursache für diese Entwicklung sein. Dort wurde die Zahl der Berufe, in denen eine Meisterprüfung zur Führung eines Handwerksbetriebs erforderlich ist, von 94 auf 41 reduziert.<sup>11</sup> So gehören zum Beispiel Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Rollladen- und Jalousiebauer, Uhrmacher oder Gold- und Silberschmiede seither zu den zulassungsfreien Handwerken. Neben dem Handwerk finden Meister auch in der Industrie Beschäftigungsmöglichkeiten. Unter den knapp 2 800 »Meisterschülern« waren daher auch 448 angehende Industriemeister zu finden.

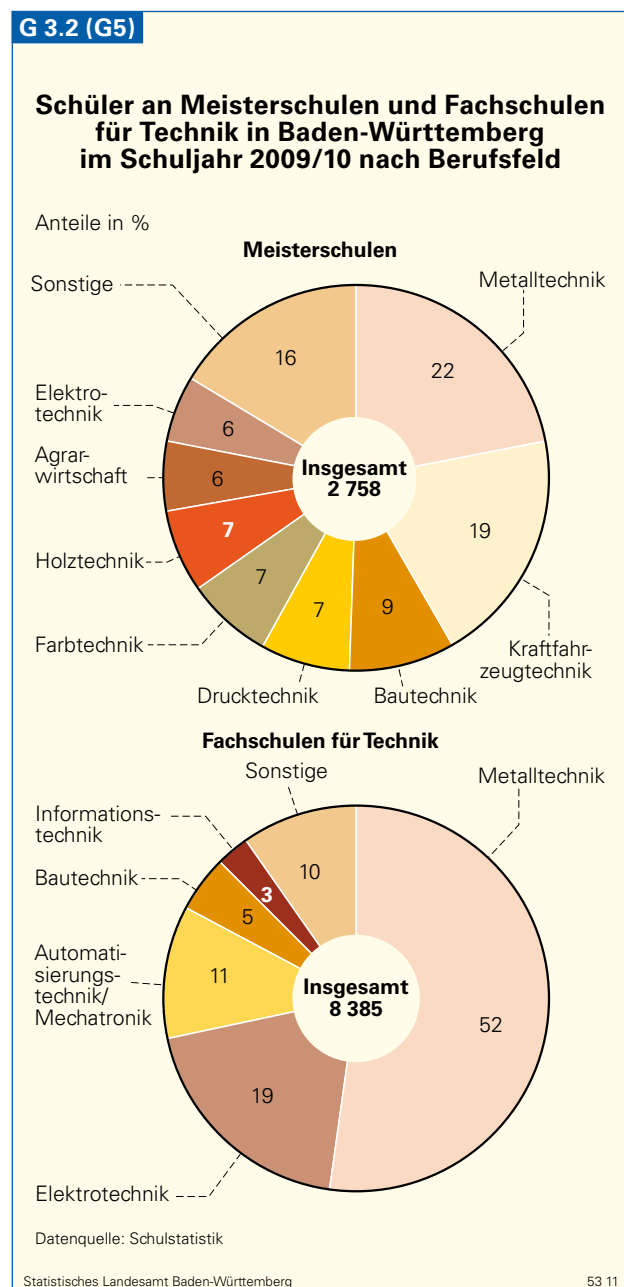
Bei den Meisterschulen ist die Metalltechnik das beliebteste Berufsfeld für Fortbildungen: 22 % der Teilnehmer hatten im Schuljahr 2009/10 einen Kurs in diesem Berufsfeld belegt (Grafik G 3.2 (G5)). Die Kraftfahrzeugtechnik lag mit einem Anteil von 19 % fast gleichauf, mit deutlichem Abstand folgten die Bautechnik mit 9 % sowie Drucktechnik, Farbtechnik und Holztechnik mit je 7 %.

<sup>11</sup> Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Regelungen vom 24. Dezember 2003 (BGBl. S. 2 934).

### Betriebswirtschaft und Management im hauswirtschaftlichen Bereich sind weitere Schwerpunkte

Im kaufmännischen Bereich bieten insbesondere die Fachschulen für Betriebswirtschaft die Möglichkeit der Vorbereitung auf Fortbildungsprüfungen. 1 230 Teilnehmer nutzten im Schuljahr 2009/10 dieses Angebot, was gegenüber dem Vorjahr ebenfalls ein leichter Anstieg war und eine neue Höchstmarke darstellte. Insgesamt ist die Teilnahme an diesem Bildungsgang in den letzten Jahren recht stabil.

Die Fachschule für Organisation und Führung ist der zahlenmäßig größte Bildungsgang im hauswirtschaftlichen Bereich.





lichen Bereich. Ihre Absolventen sind qualifiziert für Managementaufgaben in sozialen und sozialpädagogischen Einrichtungen. 766 Fortbildungswillige nahmen 2009/10 dieses Angebot im Anspruch. In den

letzten fünf Jahren pendelten die Schülerzahlen konstant um 750, nachdem zu Beginn des Jahrzehnts mit fast 1 000 Teilnehmern ein Höhepunkt erreicht worden war.

## Überbetriebliche Berufsbildungsstätten – Elektro Technologie Zentrum Stuttgart (etz)

Die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten in Baden-Württemberg sind wichtige Institutionen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Trägerschaft der Bildungseinrichtungen liegt in der Regel bei den Kammern, in einigen Fällen werden sie auch als eingetragener Verein durch Kooperationsvereinbarungen von Wirtschaftsunternehmen geführt. Mit insgesamt 104 Standorten bilden sie ein dicht geknüpftes Netz für wohnortnahe berufliche Qualifizierungsangebote. Sie verfügen über 8 000 Werkstatt- und 14 000 Seminarplätze, die beispielsweise für die Vermittlung neuer Technologien genutzt werden. Neben Angeboten der fachlichen Qualifikation bereiten spezielle Lehrgänge auf die Wahrnehmung von Führungsaufgaben vor. Da kleinere Betriebe nicht die gesamte Bandbreite der erforderlichen Aus- und Weiterbildungsinhalte vorhalten können, leisten die überbetrieblichen Bildungsstätten einen wichtigen Beitrag zur Kompensation der großenbedingten Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen.

Eine von der Innung für Elektro- und Informationstechnik Stuttgart getragene Einrichtung ist das *Elektro Technologie Zentrum Stuttgart (etz)*, eine der fünf zu Kompetenzzentren weiterentwickelten überbetrieblichen



Berufsbildungsstätten des Handwerks in Baden-Württemberg. Das etz verfügt über 14 Werkstätten mit 224 Ausbildungsplätzen sowie über zehn Theorieräume und Übernachtungsmöglichkeiten und beschäftigt rund 50 Mitarbeiter.

Das Bildungsangebot umfasst verschiedene Bereiche, zu denen neben der *überbetrieblichen Ausbildung* in den Berufen der Elektro- und Informationstechnik auch die *Aufstiegs- und Meisterausbildung* zählt. So kann der Meisterbrief in der Elektrotechnik, der Informationstechnik, der Mechatronik und dem Elektromaschinenbau berufsbegleitend erlangt werden. Darüber hinaus werden Seminare in

verschiedenen Fachbereichen wie zum Beispiel der Solar- und Umwelttechnik angeboten. Außerdem werden *Weiterbildungen und Umschulungen* in Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen durchgeführt.

Pro Jahr nutzen über 3 000 Personen das Bildungsangebot des etz, davon allein etwa 100 die Aufstiegs- und Meisterausbildung. Die Kosten der beruflichen Weiterbildung tragen die Teilnehmer oder deren Arbeitgeber; eine staatliche Unterstützung ist durch das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (»Meister-BAföG«) möglich. Neben den Ganztagskursen in Vollzeit spielen daher die berufsbegleitenden Angebote in Teilzeit eine große Rolle. Diese werden durch den Ansatz des »Blended Learning« ermöglicht: Es sieht eine Seminarkonzeption vor, welche Präsenzphasen mit elektronischen Lernformen verknüpft. Mithilfe einer Internet-Lernplattform, eines Tutors und Online-Konferenzen eignen sich die Seminarteilnehmer die Lerninhalte an.



## Bildungsangebote des etz:

### Aufstiegs- und Meisterausbildung

- Meister Elektrotechnik (HWK- und IHK- Abschluss),
- Meister Informationstechnik,
- Mechatronik Meister (IHK) und
- Elektromaschinenbau Meister (HWK)

### Seminare

- Betriebswirtschaft und Unternehmensführung,
- Elektrotechnik,
- Gebäudetechnik,
- Gebäudeautomatisierung,
- Informations- und Telekommunikationstechnik,
- Sicherheitstechnik,
- Solar- und Umwelttechnik,
- ...

### Weiterbildung

- Weiterbildungskurse: Elektrotechnik, Elektronik, Industrieautomation, Kommunikationstechnik, Informationstechnik, regenerative Energien, ...
- Umschulungskurse: Elektroniker, Informationstechnik, Mechatronik

### überbetriebliche Ausbildung

- Seminar für Ausbilder,
- betriebsunabhängige Eignungstests für Bewerber und Interessenten um einen Ausbildungsplatz für das Elektrohandwerk,
- Prüfungsvorbereitung

## G 4 Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen

Die Wissenschaftliche Weiterbildung ist in § 31 Landeshochschulgesetz (LHG) geregelt. Dort heißt es: »Die Hochschulen führen die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung in Form von Studiengängen für Absolventen eines ersten Hochschulstudiums (postgraduale Studiengänge) und Kontaktstudien durch.«<sup>12</sup> Postgraduale Studiengänge sind abschlussbezogen; sie sind durch Studien- und Prüfungsordnungen näher bestimmt und vermitteln einen weiteren Hochschulabschluss. Die Weiterbildung an Hochschulen kann aber auch ohne formalen Abschluss – etwa bei Gasthörern – einem allgemeinen Bildungsinteresse dienen.

Wissenschaftliche Weiterbildung umfasst sämtliche Studienangebote, die nach einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss und nach einer Phase beruflicher Tätigkeit aufgenommen werden. Die Studiengänge sind im Hinblick auf die Adressatengruppe inhaltlich und didaktisch auf Hochschulniveau aufbereitet. Sie setzen nicht zwingend einen Hochschulabschluss voraus und knüpfen üblicherweise an die beruflichen Erfahrungen der Studierenden an.

*Postgraduale Studiengänge* richten sich an Absolventen eines ersten Hochschulstudiums und knüpfen an einen vorangegangenen Hochschulabschluss an. Die weiterbildenden *Kontaktstudiengänge* stehen auch Personen offen, die keinen Hochschulabschluss erworben haben, jedoch auf der Grundlage beruflicher Ausbildung und Erfahrung die erforderlichen Zugangsvoraussetzungen erfüllen. Weiterbildende Studiengänge haben zum Ziel, zusätzliche wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Qualifikationen zu vermitteln.

Im LHG ist die wissenschaftliche Weiterbildung als zusätzliche Aufgabe der Hochschulen in Baden-Württemberg verankert, die sie neben den grundständigen Studiengängen als weitere Angebote im Bereich der Lehre haben.

### Wissenschaftliche Weiterbildung kann zusätzlichen Hochschulabschluss vermitteln

Über postgraduale weiterbildende Studienformen können Hochschulabschlüsse erworben werden. In der Hochschulstatistik wird zwischen *Aufbaustudiengängen*, *Ergänzungs- bzw. Zusatzstudiengängen* und den Kontaktstudien unterschieden.

- Ein *Aufbaustudium* setzt einen bereits erreichten Hochschulabschluss voraus. Es soll das Erststudium fachlich vertiefen und inhaltlich ergänzen. Hierzu zählen etwa die weiterführenden Masterstudiengänge, die als nicht-konsekutiver, das heißt nicht an ein vorangegangenes Bachelorstudium anschließender Studiengang absolviert werden. Weiterbildende Masterstudiengänge entsprechen in den Anforderungen den konsekutiven Masterstudiengängen und führen zu dem gleichen Qualifikationsniveau und zu denselben Berechtigungen.
- *Ergänzungsstudiengänge* sind Studienangebote für Absolventen eines Studienganges mit berufsqualifizierendem Abschluss in einer anderen als der bisher studierten Fachrichtung. Ziel ist der Erwerb einer weiteren, vorrangig berufsbezogenen Qualifikation.
- *Zusatzstudiengänge* sind als ein- bis zweijährige Weiterbildung für Hochschulabsolventen konzipiert, die in derselben Fachrichtung bereits einen berufsqualifizierenden Abschluss erworben haben. Sie vermitteln weitere, auf das vorangegangene Studium bezogene Qualifikationen. Hierunter fallen etwa die Studienangebote der Universitäten für Fachhochschulabsolventen.
- Ein *Kontaktstudium* hat zum Ziel, Kenntnisse aus einer früheren Hochschulausbildung oder Berufsausbildung zu aktualisieren und Erfahrungen aus der Berufspraxis wissenschaftlich aufzuarbeiten. Diese – oft von privaten Instituten angebotenen – Studiengänge stehen sowohl für Hochschulabsolventen mit Berufspraxis offen, als auch für Bewerber, die ihre Eignung für eine Teilnahme durch ihre berufliche Tätigkeit oder auf andere Weise erworben haben.

Weiterbildende Studiengänge können berufsbegleitend organisiert sein, wobei sich die Präsenztermine an den zeitlichen Möglichkeiten von Berufstätigen orientieren. Die Hochschulen können private Bildungs-

<sup>12</sup> Gesetz über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (Stand: 15. Juni 2010)

einrichtungen mit der Durchführung der Lehre im Rahmen postgradualer Studiengänge beauftragen. Im Jahr 2010 wurden von den Hochschulen des Landes 140 nicht-konsequente und 41 weiterbildende Studiengänge angeboten, die zu einem Masterabschluss führen. Zwei Weiterbildungsstudiengänge im Sozial- und Gesundheitswesen führen zu einem Bachelorgrad.

In den Erweiterungsstudiengängen der Pädagogischen Hochschulen kann in zwölf Studiengängen das erste Staatsexamen erworben werden. 17 Weiterbildungsstudiengänge führen zu weiteren Abschlüssen, insbesondere im künstlerischen Bereich. Diplom- und Magisterabschlüsse werden in weiterbildenden Studiengängen nur noch vereinzelt angeboten.

### Wissenschaftliche Weiterbildung auch ohne vorangegangenen Hochschulabschluss möglich

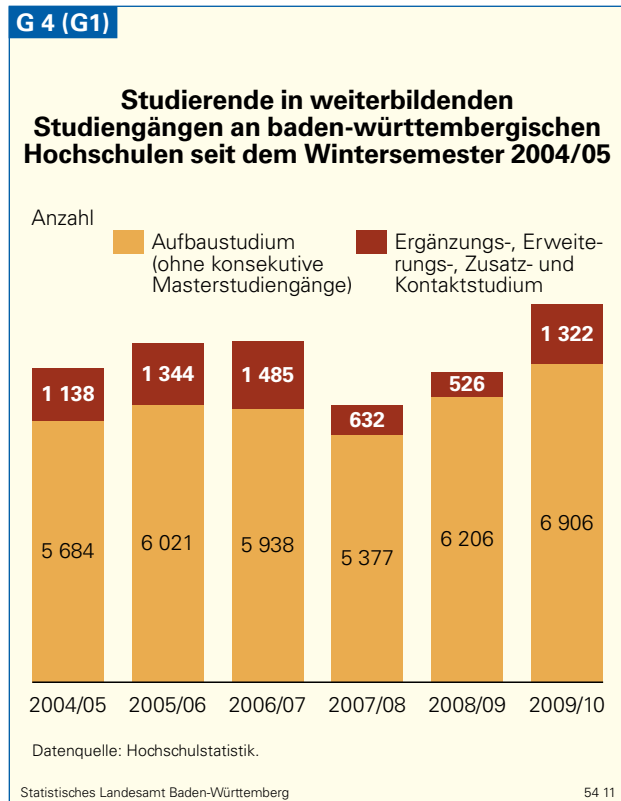
Die weiterbildenden Kontaktstudiengänge dienen der wissenschaftlichen Ergänzung und Vertiefung berufspraktischer Qualifikationen. Hierfür werden auch berufserfahrene Bewerber zugelassen, die keinen ersten Hochschulabschluss erworben haben. Auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen können Veranstaltungen auch außerhalb des Hochschulbereichs von privatwirtschaftlichen Organisationen angeboten werden. Der Hochschule obliegt dabei die inhaltliche und didaktische Entwicklung des Lehrangebots sowie die Abnahme von Prüfungen und das Ausstellen eines gemeinsamen Zertifikats.

### Aufbaustudiengänge zunehmend nachgefragt

Die Anzahl der Studierenden in weiterbildenden Studiengängen insgesamt ist seit dem Wintersemester 2004/05 von rund 6 800 auf 8 228 im Wintersemester 2009/10 angewachsen, was einem Zuwachs um rund ein Fünftel entspricht (Grafik G 4 (G1)).

Im betrachteten Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Studierenden in Aufbaustudiengängen bis zum Wintersemester 2005/06; dann erfolgte ein zunächst leichter, 2007/08 jedoch deutlicher Rückgang. In den darauffolgenden Jahren ist die Anzahl der Teilnehmer an Aufbaustudiengängen wieder auf über 6 900 im Wintersemester 2009/10 angestiegen.

Die Zahl der Studierenden im Bereich der Ergänzungs-, Erweiterungs-, Zusatz- und Kontaktstudiengänge, die 2006/07 mit knapp 1 500 einen Höchststand erreicht hatte, war in den folgenden beiden Jahren stark rückläufig. 2009/10 wurden allerdings wieder – bedingt



durch den starken Zuwachs beim Kontaktstudium – über 1 300 Studierende in einem dieser Studiengänge gezählt.

Die insgesamt über 8 200 Teilnehmer an postgradualen Studiengängen entsprechen 3 % der 275 000 Studierenden im Wintersemester 2009/10 an baden-württembergischen Hochschulen.

Neben den qualifizierenden Studiengängen mit Abschluss bieten die Hochschulen eine Vielzahl weiterer Veranstaltungsformen der wissenschaftlich orientierten beruflichen Weiterbildung an, über die jedoch keine amtlichen Statistiken vorliegen.

### Deutlich mehr eingeschriebene Promovenden

Die Hochschulstatistik erfasst die Doktoranden, die nach einem erlangten Hochschulabschluss neu oder weiterhin immatrikuliert sind. Deren Anzahl wuchs in den Jahren 2004/05 bis 2006/07 von rund 6 300 auf über 6 800 an. 2007/08 wurden bereits stark 7 800 Promovenden gezählt, ein Jahr später fast 8 400. Zum Wintersemester 2009/10 sind 9 630 Doktoranden immatrikuliert. Nicht erfasst werden Doktoranden, deren Promotionsverfahren ohne erneutes Hochschulstudium abgeschlossen wird – die Gesamtzahl der Promovierenden an baden-württembergischen Universitäten ist somit deutlich höher.

## Zahl der Gasthörer stark angestiegen

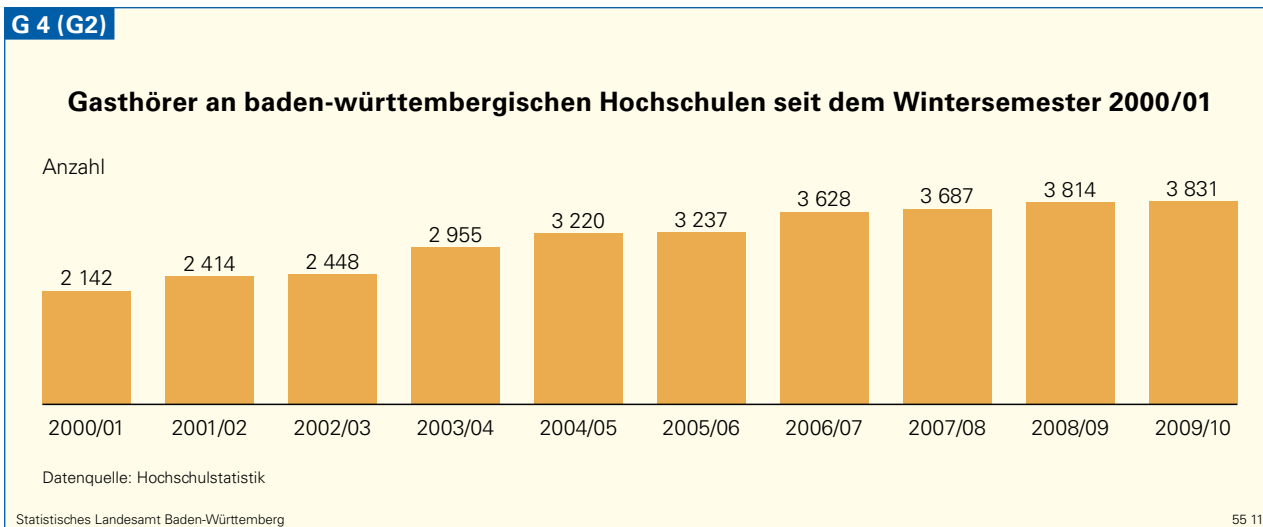
Ein wichtiges und umfangreiches Segment des non-formalen Sektors der allgemeinen Weiterbildung bilden die Gasthörer an Hochschulen. Gasthörer sind Teilnehmer an einzelnen Kursen und Lehrveranstaltungen, die kein Fachstudium mit entsprechender Abschlussprüfung anstreben. Eine Hochschulzugangsberechtigung ist für Gasthörer nicht erforderlich.

Die Anzahl der Gasthörer ist – nach einem starken Rückgang seit Mitte der 90er-Jahre – in der vergangenen Dekade kontinuierlich angestiegen. Auch die Einführung von Gebühren im Jahr 2006 hatte auf diesen Trend keinen Einfluss. Besuchten zum Wintersemester 2000/01 rund 2 140 Gasthörer Veranstaltungen an Hochschulen, waren 2009/10 über 3 800 Personen mit Gasthörerstatus gemeldet (Grafik G 4 (G2)). Damit wurde das Mitte der 90er-Jahre er-

reichte Maximum von gut 3 250 Gasthörern noch einmal deutlich überschritten. 53 % der eingeschriebenen Gasthörer sind männlich.

Der mit Abstand größte Anteil der Gasthörer – mehr als 3 200 Personen – bildet sich an den Universitäten weiter. Der Zuwachs in den vergangenen vier Jahren ist allerdings insbesondere der stark angestiegenen Hörerzahl an den Pädagogischen Hochschulen geschuldet, die sich in diesem Zeitraum auf rund 400 Personen verzehnfacht hat. Auf die Kunsthochschulen und Fachhochschulen entfallen jeweils rund 100 Personen. Über 60 % belegen Kurse in Sprach- und Kulturwissenschaften.

Drei Viertel der Gasthörer sind älter als 60 Jahre, wobei die Altersspanne von 14 bis 92 Jahren reicht. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt unter dem der männlichen Kommilitonen.



## G 5 Allgemeine Weiterbildung

Der Bereich der allgemeinen Weiterbildung subsumiert sämtliche Weiterbildungsaktivitäten, bei denen die berufliche Nutzung nicht im Vordergrund steht. Sie umfasst zum Beispiel die Gesundheitsbildung, Sprachkurse, politische Bildung und künstlerisch-ästhetische Bildungsangebote. Sie zielt primär auf die Erweiterung der individuellen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Allerdings ist eine klare Trennung von der beruflichen Weiterbildung nicht möglich, da die Teilnahmemotivationen ebenso wie die Verwertung der Bildungsergebnisse sowohl in den privaten als auch in den beruflichen Bereich hineinreichen können.

### G 5.1 Teilnahmequoten an allgemeiner Weiterbildung

Die im *Berichtssystem Weiterbildung* (BSW-AES – Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«) mittels einer repräsentativen Befragung ermittelten Teilnahmequoten unterscheiden zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Erfasst wurden die Teilnahmen an Lehrgängen und Kursen zu bestimmten Themenfeldern.

Im Jahr 2007 besuchten 30 % der 19- bis 64-Jährigen wenigstens eine Veranstaltung der allgemeinen Weiterbildung. Im Gegensatz zur Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung ist diese Quote seit 2000 kontinuierlich und deutlich gesunken (Grafik G 5.1 (G1)). Aus der Themenpalette der Bildungsangebote wurden die

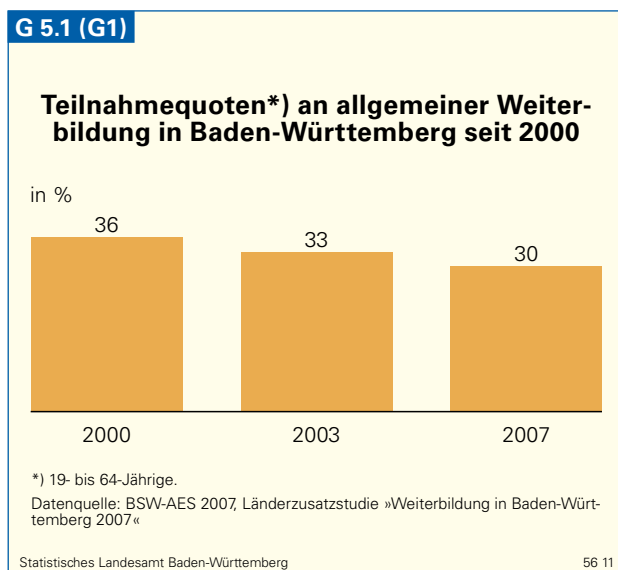
Bereiche »Sprachkenntnisse«, »Gesundheit« und »Computer, EDV, Internet« am häufigsten nachgefragt.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Träger und Einrichtungen ist im Bereich der allgemeinen Weiterbildung aktiv. Wichtige Anbieter sind die 175 Volkshochschulen mit ihren 735 Außenstellen, die fünf Landesorganisationen der kirchlichen Weiterbildung, die Familienbildungsstätten und gewerkschaftlichen Bildungswerke. Insgesamt rund 290 Träger werden vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport gefördert.

Allgemeine Weiterbildung wird jedoch nicht nur in Form organisierter und institutionalisierter Kurse nachgefragt, sondern auch informell, in selbstgesteuerten Lernformen praktiziert. Das Berichtssystem Weiterbildung (BSW-AES – Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«) erfasst einerseits informelle Lernaktivitäten als Selbstlernen außerhalb der Arbeitszeit, das heißt als Teil der allgemeinen Weiterbildung, andererseits als informelle berufliche Weiterbildung (vgl. **Kapitel G 6**). Somit kann zwischen informellen Lernformen, die eher der beruflichen und denen, die eher der allgemeinen Weiterbildung zuzuordnen sind, unterschieden werden. Seit 2003 hat sich der Anteil der 19- bis 64-Jährigen, die außerhalb der Arbeitszeit informell lernen – im Gegensatz zum rückläufigen Trend bei der formalen allgemeinen Weiterbildung –, von 38 % auf 43 % erhöht.

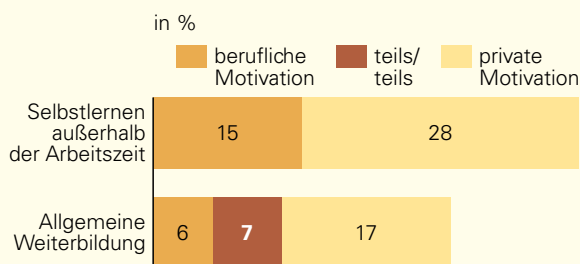
### Teilnahme an Formen der allgemeinen Weiterbildung oft beruflich motiviert

Möglicherweise kompensiert somit der Anstieg bei den informellen Lernformen den Rückgang beim formalen allgemeinen und berufsbezogenen Lernen. Diese Vermutung wird plausibel, wenn die Motivationen für das Selbstlernen in den Blick genommen werden. Über ein Drittel derjenigen, die informelles Selbstlernen auch außerhalb der Arbeitszeit praktizieren, eignete sich dieses Wissen aus beruflichen Gründen an. Bezogen auf die Grundgesamtheit bedeutet dies, dass 15 % aller Personen im erwerbstätigen Alter aus beruflichen Gründen selbstorganisierte Lernformen außerhalb der Arbeitszeit praktizieren, obwohl diese nicht explizit als berufliche Weiterbildung klassifiziert werden (Grafik G 5.1 (G2)). Somit stellt auch das Selbstlernen außerhalb der Arbeitszeit im Hinblick auf die berufliche Weiterbildung eine wichtige Bildungsaktivität dar.



**G 5.1 (G2)**

**Motivation für die Beteiligung\*) an einzelnen Lernaktivitäten in Baden-Württemberg 2007**



\*) 19- bis 64-Jährige.

Datenquelle: BSW-AES 2007, Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

57 11

30 % der 19- bis 64-Jährigen beteiligen sich an institutionalisierten Angeboten der allgemeinen Weiterbildung, deutlich weniger als die 43 % dieser Personengruppe, die außerhalb der Arbeitszeit am informellen selbstorganisierten Lernen partizipiert. Auch bei den Teilnehmern der institutionalisierten allgemeinen Weiterbildung ist der Anteil derer, die aus beruflicher Motivation partizipieren, nicht unerheblich. So geben 6 % aller Personen im erwerbsfähigen Alter berufliche Gründe für die Teilnahme an allgemeiner Weiterbildung an – dies ist jeder fünfte Teilnehmer an Maßnahmen der allgemeinen Weiterbildung. Bei 7 % der Grundgesamtheit – jedem vierten Teilnehmer – ist dies zumindest teilweise so.

**G 5.2 Volkshochschulen und kirchliche Bildungswerke**

Zu den Weiterbildungsträgern mit der größten Reichweite zählen die Volkshochschulen (VHS) und die kirchlichen Bildungswerke. Zusammen erreichten sie mit ihren mehr als 245 000 Veranstaltungen im Jahr 2009 insgesamt rund 5 Mill. Teilnahmen.<sup>13</sup>

**Teilnehmerzahlen an VHS-Veranstaltungen seit 2005 wieder mit ansteigendem Trend**

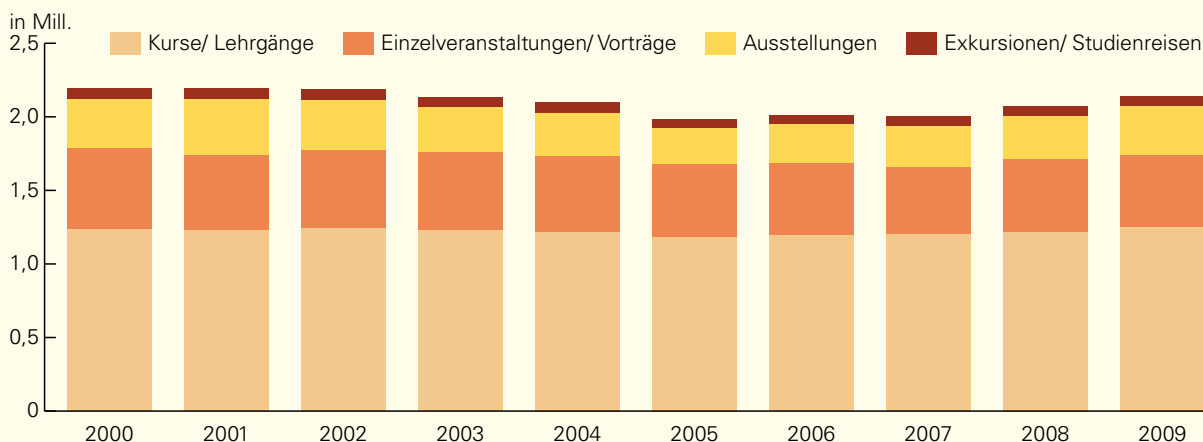
Die 175 Volkshochschulen mit ihren insgesamt 735 Standorten gehören zu den bedeutenden Bildungseinrichtungen im Land. Im Jahr 2009 nutzten fast 2,14 Mill. Teilnehmer ihre Angebote. Neben den »klassischen« Kursen und Lehrgängen zählen hierzu Einzelveranstaltungen, Vorträge, Studienreisen und Exkursionen sowie Ausstellungen. Bezogen auf die Bevölkerung Baden-Württembergs bedeutet dies, dass je 1 000 Einwohner 199 Besuche von VHS-Veranstaltungen stattgefunden haben (Tabelle G 5.2 (T1) im Anhang).

Die Gesamtzahl der Teilnahmen an den Veranstaltungen der Volkshochschulen im Land weist seit 2000 einen leicht schwankenden Verlauf auf (Grafik G 5.2 (G1)). Ausgehend von einem Niveau von fast 2,2 Mill.

13 Bei allen Angaben zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen der Volkshochschulen und der kirchlichen Bildungswerke handelt es sich um Fallzählungen und nicht um Personenzählungen.

**G 5.2 (G1)**

**Belegung von Veranstaltungen der Volkshochschulen in Baden-Württemberg seit 2000**



Datenquelle: Volkshochschulverband Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

58 11

Teilnehmern zu Beginn des Jahrzehnts sank sie bis 2005 erstmals seit langer Zeit knapp unter die 2-Mill.-Marke. Seitdem sind wieder steigende Zahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2009 wuchs die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % auf fast 2,14 Mill. an.

Mit 1,25 Mill. Teilnehmern hatten die fast 116 000 Kurse und Lehrgänge den größten Zustrom. Die knapp 15 200 Einzelveranstaltungen wurden von beinahe einer halben Million Menschen besucht. Eine recht große Reichweite hatten auch die 425 von den Volkshochschulen selbst veranstalteten Ausstellungen: Über 330 000 Besucher ergeben einen Durchschnitt von etwa 786 Besuchern pro Ausstellung. Aufgrund der organisatorisch bedingt begrenzten Kapazität lag die Teilnehmerzahl an den rund 3 200 Studienfahrten, -reisen und Exkursionen bei etwas über 65 000 und damit bei etwa 20 pro Fahrt.

### Programmbereich »Gesundheit« ist am beliebtesten

Im Programmbereich »Gesundheit« wurden im Jahr 2009 insgesamt knapp 485 000 Kurs- und Lehrgangsbelegungen gezählt. Damit bleibt dieser Bereich weiterhin der beliebteste im Kursangebot der Volkshochschulen (Grafik G 5.2 (G2)). Seit dem Jahr 2000 konnte er diese Stellung sogar weiter ausbauen. Damals entschied sich annähernd ein Drittel der Kursteilnehmer für einen »Gesundheits-Kurs«, bis 2009 war dieser Anteil um gut 6 Prozentpunkte auf fast 39 % angestiegen.

An zweiter Stelle des Kursangebots rangierten im Jahr 2009 die Sprachen. Rund 328 000 Kursbele-

gungen entsprachen einem Anteil von gut 26 %. Dieser hatte damit fast das gleiche Niveau wie zu Beginn des Jahrzehnts. Dagegen hat der Programmbereich »Kultur – Gestalten« etwas an Zulauf verloren. Lag sein Anteil im Jahr 2000 noch bei beinahe 18 %, so war er 2009 auf knapp 16 % abgesunken. Gut 195 000 Kursbelegungen waren etwa 23 000 weniger als im Jahr 2000.

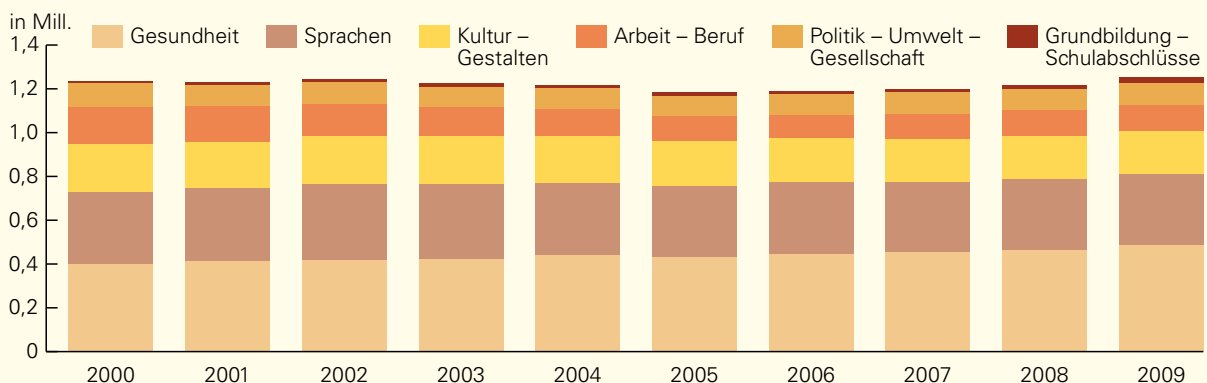
»Arbeit – Beruf« und »Politik – Gesellschaft – Umwelt« waren mit jeweils nahezu 116 000 bzw. knapp 103 000 Belegungen etwas kleinere Programmbereiche. Noch kleiner ist der Programmbereich »Grundbildung – Schulabschlüsse«. Für die knapp 25 000 Teilnehmer dürften diese Kurse als Möglichkeit einen höheren Schulabschluss zu erreichen aber von besonderer Bedeutung sein. Dabei hat sich die Gewichtung innerhalb dieses Bereichs in Richtung »Abitur« verschoben. Verglichen mit 2000 hat sich die Zahl der Kursteilnehmer, die die Hochschulreife anstreben, von 2 100 um gut zwei Drittel auf mehr als 3 500 erhöht. Die Zahl derjenigen, die den Hauptschulabschluss nachholen wollen, halbierte sich dagegen beinahe auf nur noch rund 700.

### Deutsch als Fremdsprache gewinnt an Bedeutung

Englisch bleibt weiterhin die am häufigsten in Volkshochschulkursen unterrichtete Fremdsprache. Im Jahr 2009 wurden hier fast 94 000 Bildungswillige gezählt. Das entspricht nahezu 29 % aller Belegungen von Sprachkursen an Volkshochschulen (Grafik G 5.2 (G3)). Mit einem Anteil von einem Viertel war die zweithäu-

G 5.2 (G2)

### Belegung von Kursen und Lehrgängen an den Volkshochschulen in Baden-Württemberg seit 2000 nach Programmbereichen

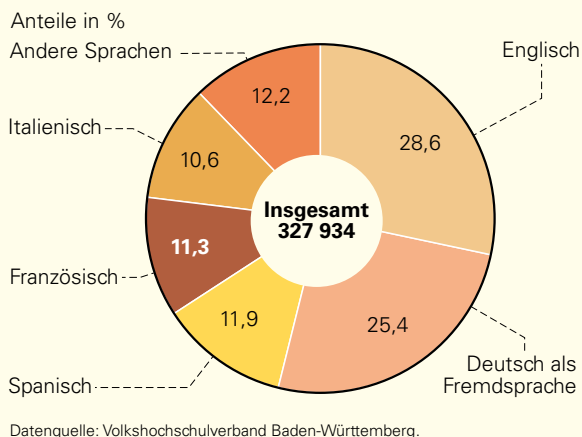


Datenquelle: Volkshochschulverband Baden-Württemberg.



G 5.2 (G3)

**Belegung von Kursen und Lehrgängen an den Volkshochschulen in Baden-Württemberg 2009 im Programmbereich Sprachen**



Datenquelle: Volkshochschulverband Baden-Württemberg.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 60 11

figste »Fremdsprache« Deutsch. Über 83 000 Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, erhielten hier Unterricht – gut 8 000 mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2000 nahmen erst rund 33 000 Personen dieses Angebot der Volkshochschulen in Anspruch. Hauptursache dieser Entwicklung dürfte die Sprachprüfung im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens sein, auf die diese Kurse gezielt vorbereiten können.

Dahinter folgten 2009 Spanisch, Französisch und Italienisch unter den am häufigsten gewählten Fremdsprachen, wobei Spanisch erstmals vor Französisch

lag. Die Zahl der Kursbelegungen betrug bei diesen Sprachen zwischen 34 700 und 39 100. Alle anderen Fremdsprachenkurse zusammen kamen auf insgesamt fast 40 000 Belegungen.

Im Durchschnitt lag die Kursgröße in Sprachkursen (ohne »Deutsch als Fremdsprache«) bei neun bis zehn Teilnehmern. Je Kurs fanden im Mittel etwa 25 Stunden Unterricht statt. Von diesen Durchschnittswerten weichen die Kurse für Deutsch als Fremdsprache allerdings deutlich ab. Mit fast 14 Teilnehmern je Kurs sind sie deutlich größer. Auch die Intensität ist mit knapp 76 Stunden je Kurs wesentlich höher

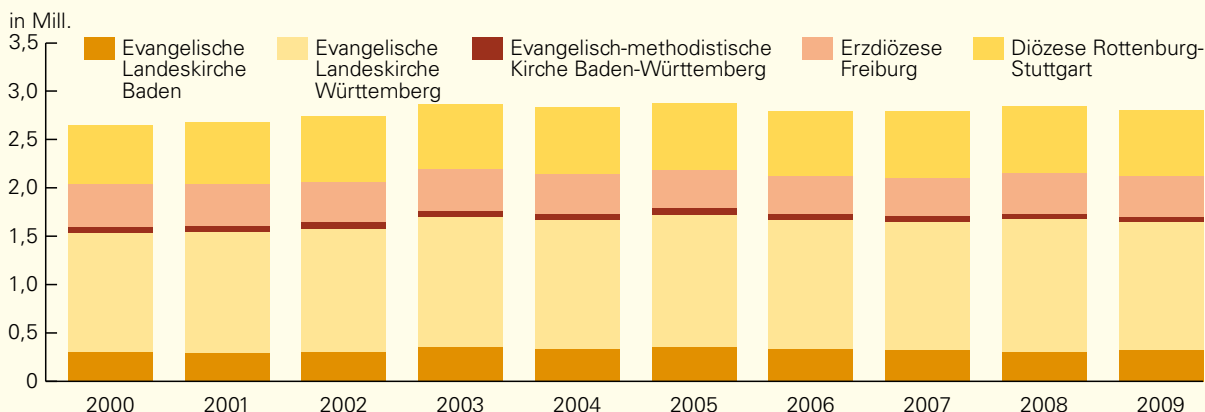
**2,8 Mill. Teilnehmer an Veranstaltungen der kirchlichen Erwachsenenbildung**

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 2,8 Mill. Besuche bei den fast 111 000 Veranstaltungen gezählt, die von den 70 Bildungswerken, Familienbildungsstätten und regionalen Bildungszentren der kirchlichen Erwachsenenbildung organisiert wurden (Tabelle G 5.2 (T2) im Anhang). Den größten Anteil von 71 % hatten Einzelveranstaltungen und Vorträge, an denen fast 2 Mill. Menschen teilnahmen. Die 38 744 Kurse, Lehrgänge und Seminare wurden von knapp 800 000 Bildungswilligen besucht, was 28 % der Gesamtteilnehmerzahl entspricht. Studienfahrten und -reisen machen dagegen nur einen geringen Teil der Bildungsarbeit aus. An den 572 Reisen beteiligten sich gut 16 400 Personen.

In den Jahren seit 2000 war die Nachfrage nach den Angeboten der kirchlichen Erwachsenenbildung rela-

G 5.2 (G4)

**Belegung von Veranstaltungen der kirchlichen Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg seit 2000 nach Anbietern**



Datenquelle: Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

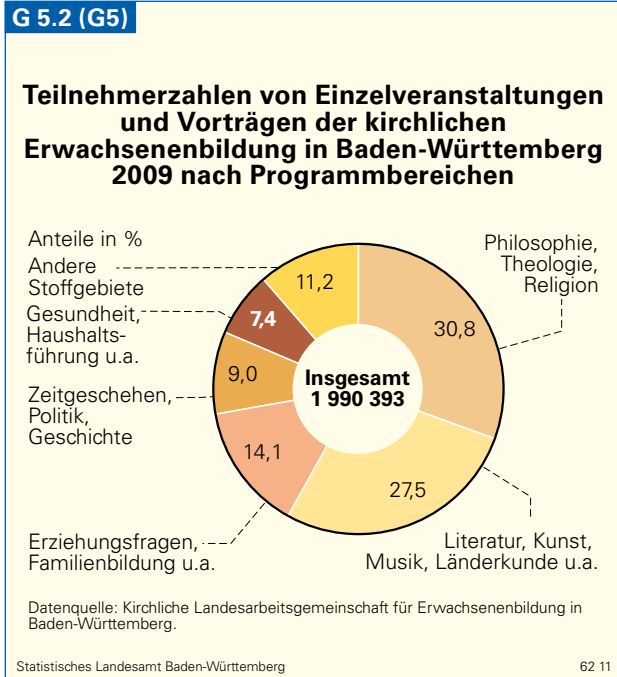
61 11

tiv gleichbleibend. Die Teilnehmerzahl schwankte zwischen 2,6 und knapp 2,9 Mill. Der Höchstwert wurde dabei im Jahr 2005 mit 2,88 Mill. erreicht. Im Jahr 2009 war ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % zu verzeichnen (Grafik G 5.2 (G4)).

Die Verteilung der Inanspruchnahme der Bildungsangebote der fünf beteiligten Verbände war in diesem Zeitraum weitgehend stabil. Den weitaus größten Anteil an den Teilnehmerzahlen konnten die Bildungswerke der Evangelischen Landeskirche Württemberg verbuchen: Im Jahr 2009 lag er bei gut 47 %. Knapp ein Viertel der Belegungen entfiel auf Veranstaltungen der Bildungswerke in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. 15 % der Besucher nahmen an Veranstaltungen in der Erzdiözese Freiburg und gut 11 % an Angeboten im Rahmen der Evangelischen Landeskirche Baden teil. Das Bildungswerk Süd der evangelisch-methodistischen Kirche ist der kleinste hier vertretene Bildungsträger. Auf seine Veranstaltungen entfielen 2 % der Belegungen.

### Breit gefächertes Angebot der kirchlichen Erwachsenenbildung

Die von den kirchlichen Bildungswerken und Familienbildungsstätten organisierten Einzelveranstaltungen und Vorträge haben einen gewissen Schwerpunkt bei philosophisch-theologischen Themen (Grafik G 5.2 (G5)). Veranstaltungen zum Stoffgebiet »Philosophie,



Theologie, Religion« besuchten im Jahr 2009 fast 31 % der insgesamt rund 1,99 Mill. Besucher. Mit 28 % war der Anteil des Stoffgebiets »Literatur, Kunst, Musik, Länderkunde u.a.«<sup>14</sup> nur wenig geringer. Zu Einzelveranstaltungen und Vorträgen über »Erziehungsfragen,

14 Die vollständigen Angaben zu den Themenfeldern der einzelnen Stoffgebiete sind bei den methodischen Erläuterungen zu finden.

## i

### Stoffgebiete der kirchlichen Erwachsenenbildung

Die Stoffgebiete der kirchlichen Erwachsenenbildung umfassen teilweise eine Vielzahl von einzelnen Themenfeldern, die nur schwer in einer kurzen Bezeichnung der Stoffgebiete wiederzugeben sind. Für eine bessere Lesbarkeit des Textes wurden die vollständigen Bezeichnungen dennoch teilweise gekürzt. Die vollständigen Bezeichnungen der gekürzten Stoffgebietsnamen lauten wie folgt:

Erziehungsfragen,  
Familienbildung u.a.

Gesundheit, Haushaltsführung u.a.

Kreatives Gestalten,  
Lehrerprogramme u.a.

Literatur, Kunst, Musik, Länderkunde  
u.a.

Erziehungs- und Schulfragen,  
Pädagogik, Psychologie, Gruppendynamik,  
Eltern- und Familienbildung,  
Kinderkurse, Gerontologie

Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege,  
Haushaltsführung

Kreatives Gestalten, Freizeitaktivitäten,  
Lehrerprogramme, sonstige  
Veranstaltungen

Literatur, Kunst/ Kunstgeschichte, Musik,  
Massenmedien, Länder- und Heimatkunde,  
Dritte Welt

Familienbildung u.a.« konnten 14 % aller Teilnehmer begrüßt werden. »Zeitgeschehen, Politik, Geschichte« mit einem Teilnehmeranteil von 9 % und »Gesundheit, Haushaltsführung u.a.« mit gut 7 % zählten ebenfalls zu den besonders beliebten Themen.

Die von den Bildungswerken und Familienbildungsstätten angebotenen Kurse, Lehrgänge und Seminare behandeln dagegen nicht in erster Linie theologische oder kirchliche Themen im engeren Sinne. Knapp ein Drittel der im Jahr 2009 gezählten fast 794 000 Kursbelegungen bezog sich auf Veranstaltungen zum Stoffgebiet »Erziehungsfragen, Familienbildung u.a.«. Erst an zweiter Stelle folgt das Stoffgebiet »Philosophie, Theologie, Religion«, das etwas weniger als ein Viertel der Teilnehmer wählte. Weitere beliebte Stoffgebiete waren „Gesundheit, Haushaltsführung u.a.“ mit einem Anteil von gut 17 %, „Literatur, Kunst, Musik, Länderkunde u.a.“ mit rund 13 % und „Kreatives Gestalten, Lehrerprogramme u.a.“ mit knapp 8 %.

### G 5.3 Weitere Bereiche der allgemeinen Weiterbildung

#### Politische Bildung: 46 000 Teilnehmer an Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung

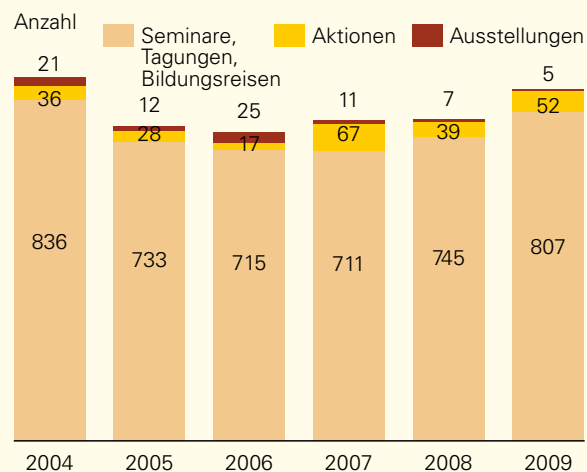
Die politische Bildung ist ein weitgefaster, facettenreicher Bereich der Weiterbildung, dessen Bildungsangebote sich neben Erwachsenen auch an Jugendliche richten. Die Veranstaltungen der politischen (Erwachsenen-)Bildung intendieren eine rationale Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit, die es ihren Adressaten ermöglichen soll, sich besser im politischen Raum zu orientieren. In Baden-Württemberg existiert ein breit gefächertes Netz an Trägern und Initiativen, die – teilweise mit staatlicher Förderung – in politischer Bildungsarbeit tätig sind. Diese Pluralität stellt sicher, dass unterschiedliche Wertorientierungen entwickelt, artikuliert und im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess umgesetzt werden können.

Von den zahlreichen Organisationen, die Angebote der politischen Bildung bereitstellen, nimmt die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) eine besondere Stellung ein. Sie hat als parteiunabhängige Einrichtung die Aufgabe, die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen.

Im Jahr 2009 führte die LpB insgesamt 864 Veranstaltungen durch, die überwiegende Mehrzahl davon in

#### G 5.3 (G1)

#### Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg – Veranstaltungen 2004 bis 2009 nach Typ



Datenquelle: Landeszentrale für politische Bildung, Geschäftsbericht 2010

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

63 11

Form von Seminaren, Vorträgen oder Tagungen (Grafik G 5.3 (G1)). Im Jahr 2009 nutzten über 46 000 Teilnehmer die verschiedenen, mehrheitlich in den Themenbereichen Umwelt/Ökologie, Europa, Kommunalpolitik, Geschichte und internationale Politik angesiedelten Angebote. Die LpB beschäftigt 87 Mitarbeiter – umgerechnet rund 66 Vollzeitstellen –, zwei Drittel davon sind Frauen.

#### Ländliche Erwachsenenbildung mit breiter Themenpalette

Die Bildungsangebote der Ländlichen Erwachsenenbildung orientieren sich an den spezifischen Weiterbildungsbedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum. Die Themenpalette reicht von der Vermittlung von Fachwissen über Angebote zur Förderung der Persönlichkeitsbildung bis zur politischen Bildung. 22 Institutionen haben sich unter Wahrung ihrer rechtlichen Eigenständigkeit im Dachverband Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung Baden-Württemberg e.V. (ALEB) zusammengeschlossen. Darunter sind zum Beispiel ländliche Heimvolkshochschulen, Bildungs- und Sozialwerke der Landfrauenverbände und kirchliche Bildungseinrichtungen. Die Mitgliedsverbände der ALEB beschäftigen rund 60 hauptamtliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und rund 400 Honorarkräfte in Teilzeitbeschäftigung. Durchschnittlich werden nach Selbstauskunft des Verbands pro Jahr rund 30 000 Teilnehmer-tage verzeichnet.

## Angebote der Familienbildung unterstützen Erziehungsberechtigte

Familienbildung hat zum Ziel, Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken und damit verbundene Konflikte besser lösen zu können. Die Angebote sind niedrighschwellig, orientieren sich am realen Alltag von Familien und berücksichtigen die Besonderheiten unterschiedlicher Familienformen.

Eine Bestandsaufnahme der Familienbildung ist schwierig, da neben etablierten Institutionen auch viele Privat- und Selbsthilfeinitiativen entstanden sind, die spezielle Bildungsmaßnahmen für Familien anbie-

ten. In einer Studie<sup>15</sup> aus dem Jahr 2003 konnte die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamts rund 500 Anbieter ausfindig machen, die Maßnahmen der Familienbildung durchführen. Dazu gehören Institutionen und Initiativen, die sich überwiegend auf diese Zielgruppe konzentrieren – wie etwa die Familienbildungsstätten oder die Mütterzentren – sowie andere Institutionen, in denen Bildungsangebote für Familien einen Schwerpunkt neben anderen Aktivitäten darstellen.

---

15 John, Birgit (2003)

## G 6 Informelles Lernen

Neben den formalen, das heißt institutionalisierten und meist mit dem Erwerb eines Zertifikats verbundenen Lernangeboten, erfüllt das informelle berufliche Lernen einen wichtigen quantitativen und qualitativen Beitrag an der beruflichen Weiterbildung.

Mit informellem Lernen werden hier Formen des Lernens bezeichnet, die zwar intentional und zielgerichtet erfolgen, jedoch außerhalb von Institutionen und ohne Anleitung durch eine Lehrperson durchgeführt werden. Im Gegensatz zu den umfassenderen Definitionen<sup>16</sup> werden unter informeller beruflicher Weiterbildung hier nur selbstgesteuerte Qualifizierungsaktivitäten verstanden, die sich im beruflichen Kontext vollziehen.

### Sieben von zehn Erwerbstätigen lernen in informellen Zusammenhängen für ihren Beruf

Seit 2003 ist die Zahl der Erwerbstätigen, die an informellen berufsbezogenen Lernprozessen partizipieren, von 65 % auf 71 % angewachsen<sup>17</sup>. Die Reichweite des formalen Bereichs der beruflichen Weiterbildung liegt mit einer Beteiligungsquote von 34 % deutlich darunter.

Drei von vier Personen aus der Gruppe der Teilnehmer an formaler Weiterbildung nutzen zusätzlich informelle Bildungsmöglichkeiten, nur rund ein Viertel nimmt ausschließlich an formal organisierter beruflicher Weiterbildung teil. Andererseits beschränkt sich fast jeder zweite Erwerbstätige aus dem Kreis der informell Lernenden ausschließlich auf informelle Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung.

Eine Addition der Gruppen der Erwerbstätigen, die ausschließlich formale oder ausschließlich die informellen Angebote nutzen, und derjenigen, die an beiden Formen partizipieren, führt zu dem Schluss, dass für das Jahr 2007 von einer Gesamtbeteiligungsquote von knapp 80 % an beruflicher Weiterbildung ausgegangen werden kann – einschließlich der informellen Lernformen. Umgekehrt bedeutet dies, dass etwas mehr als jeder fünfte Erwerbstätige keinerlei berufliche Weiterbildung betrieb. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber 2003, als diese Gruppe noch rund ein Drittel umfasste.

16 Definition nach: EU-Kommission (2000); OECD (2006)

17 Datenquelle: BSW-AES 2007, Länderzusatzstudie »Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007«

Der seit 2003 zu beobachtende Aufwärtstrend bei der formalen, kursbezogenen betrieblichen Weiterbildung wird durch die insgesamt angestiegene Beteiligung bei den informellen Formen des Lernens bestätigt.

### Beobachten und Ausprobieren am Arbeitsplatz sind die wichtigsten informellen Lernformen

Die am häufigsten praktizierten Aktivitäten der informellen beruflichen Weiterbildung sind das Lernen durch Beobachten und Ausprobieren am Arbeitsplatz, das Lesen berufsbezogener Fachliteratur, sowie die Unterweisung durch Kollegen und Vorgesetzte (Grafik G 6 (G1)). Aufwendigere Maßnahmen, wie ein systematischer Arbeitsplatzwechsel und Austauschprogramme mit anderen Firmen, werden eher selten praktiziert.



### Zunahme auch der selbstgesteuerten Lernaktivitäten außerhalb der Arbeitszeit

Entgegen des rückläufigen Trends bei der Teilnahme an organisierten und institutionalisierten Kursen der allgemeinen Weiterbildung werden selbstgesteuerte Lernformen häufiger praktiziert. 2007 gaben 43 % der befragten 19- bis 64-Jährigen an, außerhalb der Arbeitszeit und unabhängig von organisierten Bildungsveranstaltungen gelernt zu haben. Gegenüber 2003 ist dies ein Zuwachs um 5 Prozentpunkte.

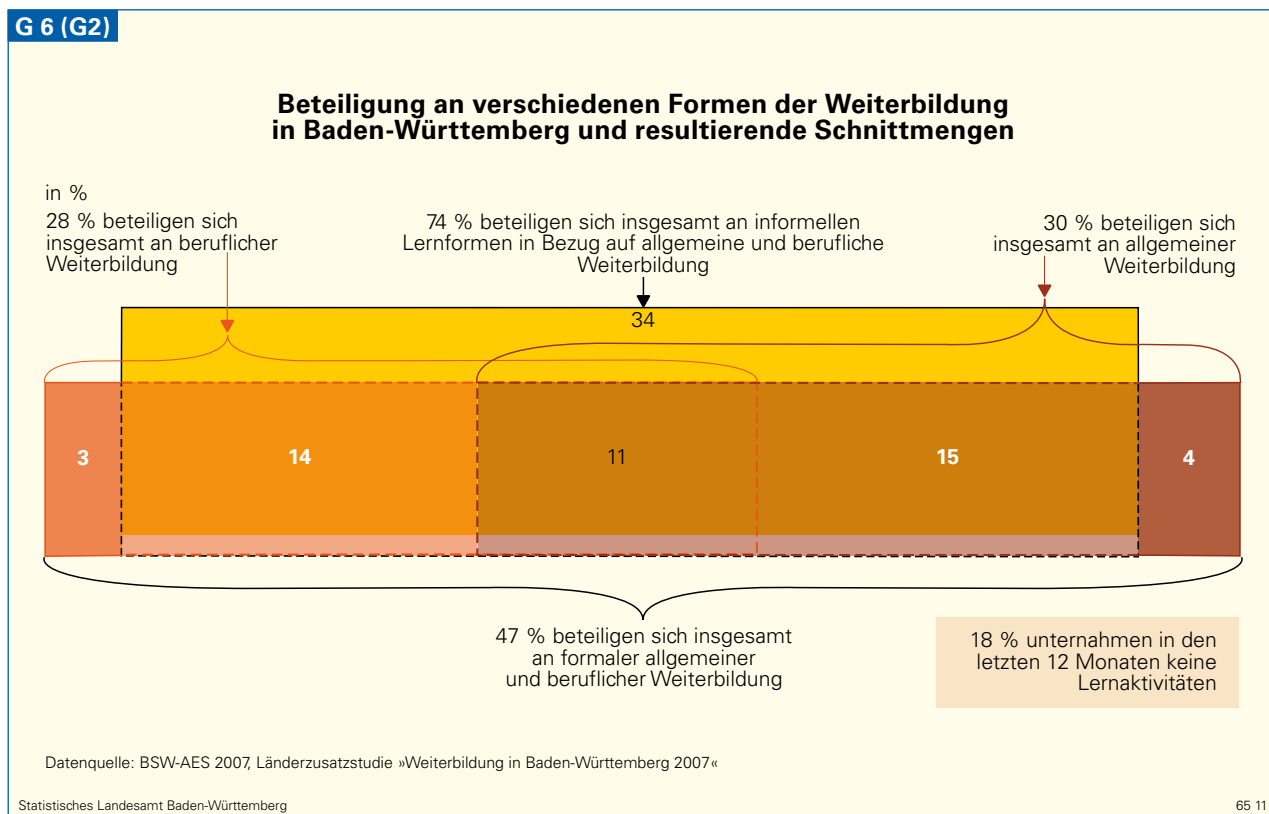
### Anteil der »Lernaktiven« liegt bei 82 %

Die vom BSW-AES erfassten vier Weiterbildungsformen (allgemeine Weiterbildung, berufliche Weiterbildung, informelle berufliche Weiterbildung und Selbstlernen – letztere hier zusammengefasst zu Informellen Lernformen) sind nicht ausschließliche Lernaktivitäten; es finden sich Schnittmengen und Überlappungen (Grafik G 6 (G2)). So hat sich von den 28 % an beruflicher Weiterbildung beteiligten Personen die

Hälfte auch informelle Lernformen betreiben und ebenfalls zu einem Drittel noch an beruflicher Weiterbildung partizipieren. In der Summe ergibt sich eine Beteiligungsquote von 82 % der 19- bis 64-Jährigen, die an einer Form der Weiterbildung beteiligt waren. Der Anteil der Lernaktiven liegt 2007 damit deutlich über dem Wert von 2003, der 71 % betrug. Demgegenüber haben im Jahr 2007 18 % dieser Personengruppe in keiner Weise an den im BSW-AES erfassten Bereichen der Weiterbildung partizipiert.

Auffallend sind die geringen Anteile derer, die ausschließlich die formalen Angebote der beruflichen Weiterbildung (3 %), bzw. der allgemeinen Weiterbildung (4 %) nutzen. Die Mehrzahl der lernaktiven Erwachsenen im Erwerbsalter partizipiert innerhalb eines Jahres an mehreren, insbesondere auch informellen Bildungsformen.

Betrachtet man den Anteil der an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung Beteiligten – 47 %<sup>18</sup> der Personen im Erwerbsalter – als Grundgesamtheit der Teilnehmer an formalen Lernaktivitäten, wird deutlich,



Hälfte – 14 Prozentpunkte – auch informell weitergebildet, über ein Drittel – 11 Prozentpunkte – hat zusätzlich noch an Angeboten der allgemeinen Weiterbildung teilgenommen. Ähnliches gilt für die Teilnehmer an Maßnahmen der allgemeinen Weiterbildung, die zur

18 Diese Zahl errechnet sich – bei Berücksichtigung von Rundungseffekten – aus der Summe der Beteiligungsquote an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, abzüglich der doppelt gezählten Anteile in den Schnittmengen entsprechend Grafik G 6 (G2).

dass rund 85 %<sup>19</sup> dieser Gruppe zusätzlich auch informelle Lernaktivitäten betrieb. Aus Grafik G 6 (G2) wird ebenfalls deutlich, dass über die Hälfte der informell Lernenden – 40 Prozentpunkte von 74 % – zusätzlich an formalisierten Bildungsprozessen partizipiert. Das

---

19 Dieser Wert ergibt sich aus der Addition der Schnittmengen von informellen und formalen Lernformen, die dann als Prozentwert der Grundgesamtheit »Teilnehmer an formalen Lernaktivitäten« berechnet wurde.

informelle Lernen muss demnach nicht als Alternative, sondern als wichtige zusätzliche und ergänzende Lernaktivität aufgefasst werden, die überwiegend von Teilnehmern an formalen Lernarrangements ausgeübt wird. Da die Reichweite des informellen Lernens mit einer Beteiligungsquote von 74 % insgesamt jedoch weit höher ist, stellt es eine bedeutsame Lernform insbesondere für denjenigen Personenkreis dar, der an keinen institutionalisierten Weiterbildungsangeboten teilnimmt.







## Lehrpersonal



H 1 Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

H 2 Lehrkräfte an beruflichen Schulen

H 3 Professionalisierung des pädagogischen Personals

H 3.1 Erste Phase der Lehrkräfteausbildung – Hochschulstudium

H 3.2 Zweite Phase der Lehrkräfteausbildung – Vorbereitungsdienst

H 3.3 Lehrerfortbildung



# H Lehrpersonal

## H 1 Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

### Knapp 100 000 Lehrkräfte unterrichten an öffentlichen Schulen

An den öffentlichen allgemein bildenden Schulen unterrichteten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 98 839 Lehrkräfte. Nach leichten Rückgängen der Lehrkräftezahl in den beiden vorangegangenen Schuljahren war in diesem Jahr wieder ein relativ deutlicher Anstieg um knapp 1 300 zu verzeichnen. Knapp 45 % der Lehrkräfte hatten einen vollen Lehrauftrag, 40 % waren Teilzeitbeschäftigte, deren Lehrauftrag mindestens die Hälfte des jeweiligen Regelstundenmaßes umfasste. Die übrigen gut 15 % waren stundenweise beschäftigte Lehrkräfte, kirchliche Lehrkräfte oder Lehramtsanwärter mit selbstständigem Unterricht (Tabelle H 1 (T1) im Anhang).

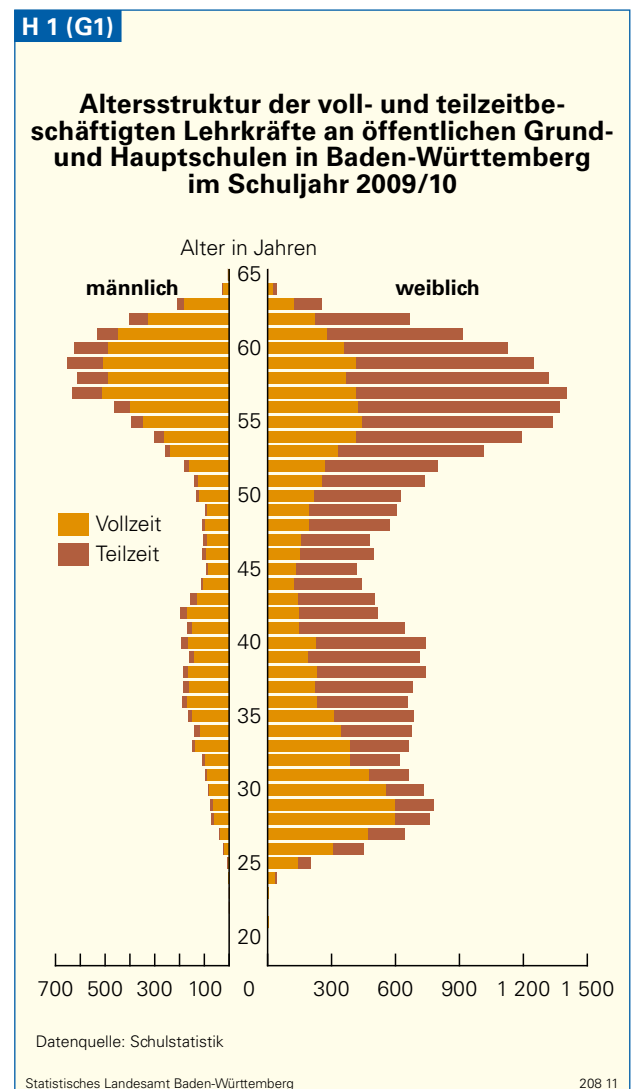
Der Trend einer zunehmenden Feminisierung des Lehrpersonals hält weiter an. Im Schuljahr 2009/10 waren erstmals mehr als zwei Drittel der Lehrkräfte allgemein bildender Schulen weiblich. Im Schuljahr 2000/01 lag die Lehrerinnenquote noch bei knapp 61 %. Auch in den kommenden Jahren dürfte sich an dieser Tendenz zur Feminisierung des Lehrerberufs wenig ändern, wenn man die Geschlechterproportion in den Lehramtsstudiengängen betrachtet (**Kapitel H 3.1**). Zum ersten Mal waren 2009/10 Frauen auch unter den vollzeitbeschäftigten Lehrkräften mit einem Anteil von 51 % in der Überzahl. Der Frauenanteil unter den Teilzeitlehrkräften weist seit einigen Jahren nur geringe Schwankungen auf. Im Schuljahr 2009/10 betrug er 86 %.

### Sinkende Lehrkräftezahlen an Grund- und Hauptschulen

Entsprechend den rückläufigen Schülerzahlen hat sich auch die Zahl der Lehrkräfte an den Grund- und Hauptschulen verringert. Seit dem Schuljahr 2006/07 sank sie um rund 2 100 auf 45 676. Der schon seit langem hohe Lehrerinnenanteil an den Grund- und Hauptschulen hat sich im Schuljahr 2009/10 weiter erhöht und ist nun auf etwas über 75 % angestiegen – im Schuljahr 2000/01 lag er noch unter der 70 %-Marke (Tabelle H 1 (T2) im Anhang). Bei den Lehrkräften im Alter von unter 35 Jahren lag der Männeranteil sogar bei nur gut 11 %. Bei der Gruppe der

55-jährigen und älteren Lehrkräfte war dagegen fast ein Drittel männlich.

Nach wie vor unterscheidet sich der Beschäftigungsumfang von Lehrern und Lehrerinnen deutlich. Knapp zwei Drittel der 11 319 Lehrer waren im Schuljahr 2009/10 vollzeitbeschäftigt, aber nur etwas mehr als ein Drittel der 34 357 Lehrerinnen. Dagegen hatte mehr als die Hälfte der Grund- und Hauptschullehrerinnen einen Teilzeit-Lehrauftrag. Bis zum Alter von 34 Jahren war allerdings auch unter den Lehrerinnen die Zahl der Vollzeitbeschäftigten größer als die der Teilzeitbeschäftigten (Grafik H 1 (G1)). Dies mag dafür sprechen,



dass familiäre Gründe für die Teilzeitbeschäftigung eine wichtige Rolle spielen.

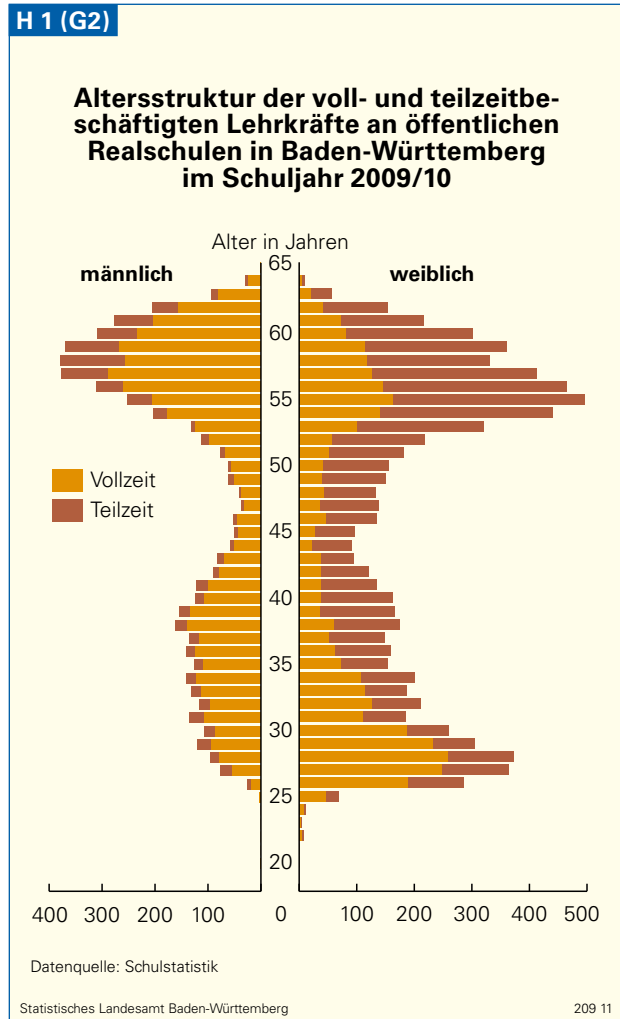
Die Grund- und Hauptschulen waren im Schuljahr 2009/10 der einzige Bereich, in dem geringfügig mehr teilzeit- als vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte unterrichteten: 18 900 verfügten über ein volles Deputat, 18 915 hatten einen Teilzeit-Lehrauftrag. In der Vergangenheit hat sich die Zahl der Teilzeit-Lehrkräfte in größerem Ausmaß verringert, als die der Vollzeit-Lehrkräfte. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt, dürften künftig auch an den Grund- und Hauptschulen wieder mehr vollzeit- als teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte anzutreffen sein.

### Junge Lehrkräfte rücken an Realschulen nach

Bedingt durch noch steigende Schülerzahlen hat sich die Zahl der Lehrkräfte an Realschulen seit dem Schuljahr 2005/06 um rund 1 100 auf 16 429 erhöht, darunter waren genau 10 000 Lehrerinnen. Damit lag der Frauenanteil an der Lehrerschaft der Realschulen erstmals über der 60 %-Marke (Tabelle H 1 (T3) im Anhang). Zu dieser Entwicklung haben insbesondere die Lehrerinnen mit Vollzeit-Lehrauftrag beigetragen. Ihr Anteil an allen Vollzeit-Lehrkräften stieg von 2005/06 bis 2009/10 von 36 % auf 44 % an.

Insgesamt war knapp die Hälfte der Lehrkräfte an Realschulen vollzeitbeschäftigt. Nahezu 38 % der Lehrerinnen und Lehrer waren Teilzeitbeschäftigte mit einem Lehrauftrag in Höhe von mindestens der Hälfte des Regelstundenmaßes, die übrigen zählten zu den sonstigen Lehrkräften. Wie bei den Grund- und Hauptschulen waren im Schuljahr 2009/10 an den Realschulen die Lehrer überwiegend vollzeit- und die Lehrerinnen teilzeitbeschäftigt. 70 % der Lehrer hatten ein volles Deputat, gut die Hälfte der Lehrerinnen besaß einen Teilzeit-Lehrauftrag. Eine weitere Parallelität zu den Grund- und Hauptschulen bestand darin, dass auch an den Realschulen die Lehrerinnen bis zum Alter von 34 Jahren überwiegend ein Vollzeit-Deputat ausübten.

Ein Blick auf die Altersgliederung der Lehrerschaft verdeutlicht, dass in den vergangenen Schuljahren verstärkt junge Lehrkräfte an den Realschulen eingestellt wurden (Grafik H 1 (G2)). Die Jahrgänge der 27- bis 29-Jährigen wiesen im Schuljahr 2009/10 jeweils deutlich mehr als 400 Lehrkräfte auf, die meisten von ihnen waren weiblich. Damit sind diese Jahrgänge rund drei Mal so stark vertreten wie die 44- oder 45-Jährigen, denen vor rund 20 Jahren nur wenige Stellen offen standen. Am stärksten besetzt sind jedoch die Altersjahrgänge der 54- bis 60-Jährigen, von



denen jeweils mehr als 600 bis fast 800 an den Realschulen unterrichten.

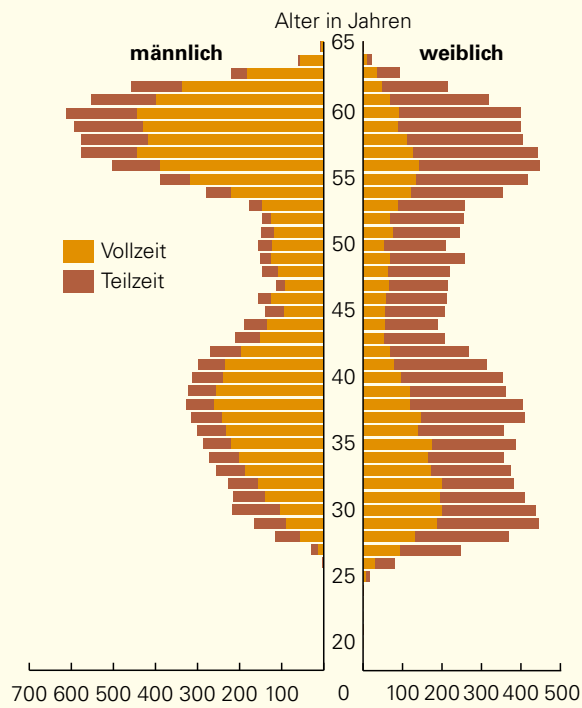
### Zunehmender Anteil von Lehrerinnen an Gymnasien

Der Anteil weiblicher Lehrkräfte an den öffentlichen Gymnasien im Land steigt weiter an. Nachdem dort im Schuljahr 2006/07 erstmals mehr Lehrerinnen als Lehrer unterrichteten, hat ihr Anteil bis 2009/10 weiter auf gut 54 % zugenommen (Tabelle H 1 (T4) im Anhang). Nur unter den Lehrkräften im Alter von über 55 Jahren überwog die Zahl der Lehrer. Bei den jüngeren Lehrkräften waren lediglich in den relativ schwach besetzten Jahrgängen der 42- bis 44-Jährigen gleich viele Lehrer wie Lehrerinnen anzutreffen (Grafik H 1 (G3)). Dies dürfte auf familienbedingte Beurlaubungen zurückzuführen sein, die überwiegend von Frauen in Anspruch genommen werden.

Seit dem Schuljahr 2000/01 hat die Zahl der Lehrkräfte an Gymnasien bis 2009/10 um knapp 4 700 auf 26 395 zugenommen. Nachdem in den vorangegangenen

## H 1 (G3)

### Altersstruktur der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

210 11

Jahren die Zahl der Vollzeitbeschäftigten beständig bei rund 11 000 lag, war im Schuljahr 2009/10 erstmals auch bei dieser Gruppe wieder ein deutlicher Anstieg um fast 600 Lehrkräfte zu verzeichnen. Dagegen blieb die Zahl der Teilzeit-Lehrkräfte, die zuvor stark angestiegen war, nahezu konstant bei rund 10 700.

Knapp 45 % aller Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien waren vollzeitbeschäftigt. Auch wenn die Gymnasien hierbei immer noch den geringsten Frauenanteil unter den Schularten aufweisen, steigt dieser im Zeitverlauf doch kontinuierlich an. Im Schuljahr 2009/10 war jede dritte vollzeitbeschäftigte Lehrkraft eine Frau. Bei den Lehrkräften mit Teilzeit-Lehrauftrag verfügten die Gymnasien dagegen über den höchsten Männeranteil aller Schularten: Wie in den vorangegangenen Schuljahren war rund ein Viertel aller Teilzeit-Lehrkräfte männlich.

### An Sonderschulen sind über die Hälfte der Lehrkräfte vollzeitbeschäftigt

Die Sonderschulen sind die einzige Schulart, deren Lehrkräftekollegium überwiegend aus Vollzeitbe-

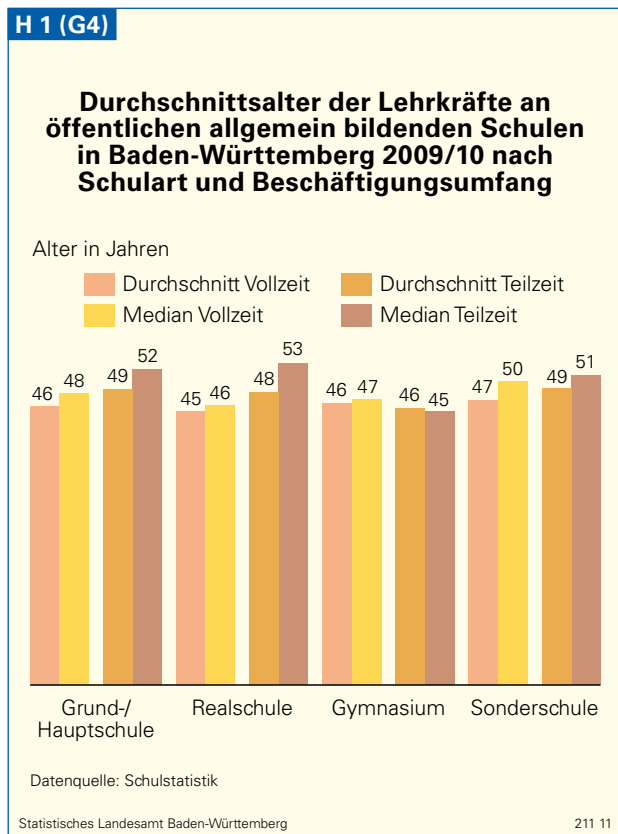
schäftigten besteht. Gut 51 % der 9 877 Lehrkräfte an öffentlichen Sonderschulen verfügten im Schuljahr 2009/10 über ein Vollzeit-Deputat (Tabelle H 1 (T5) im Anhang). Ihre Zahl lag in den vergangenen fünf Schuljahren beständig bei etwas mehr als 5 000. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg in diesem Zeitraum um fast 300 auf 3 640 an. Die Zahl der sonstigen – vor allem stundenweise beschäftigten – Lehrkräfte hatte sich innerhalb von zwei Jahren von 2005/06 bis 2007/08 um mehr als die Hälfte auf knapp 1 200 erhöht und liegt seitdem konstant auf diesem Niveau.

Drei von vier Lehrkräften an öffentlichen Sonderschulen waren 2009/10 weiblich. Ihr Anteil an der Lehrerschaft lag damit auf dem Niveau der Grund- und Hauptschulen. Insbesondere unter den Vollzeit-Lehrkräften erhöhte sich die Zahl und folglich auch der Anteil der Lehrerinnen. Im Schuljahr 2009/10 waren fast zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten an den Sonderschulen weiblich. Von allen Sonderschullehrerinnen hatten fast 44 % ein Vollzeit-Deputat. Die Vollzeitbeschäftigung weiblicher Lehrkräfte ist somit an den Sonderschulen deutlich weiter verbreitet als an allen anderen Schularten in Baden-Württemberg.

### Das Durchschnittsalter der Lehrkräftekollegien sinkt wieder

Die Entwicklung der Lehrkräfteeinstellung in den vergangenen Jahrzehnten prägt die Altersstruktur der Kollegien an den einzelnen Schularten, die in den Grafiken H 1 (G1) bis H 1 (G3) zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus beeinflusst sie auch das durchschnittliche Alter des Lehrpersonals an den Schulen. Die große Zahl an Lehrkräften, die in den 70er-Jahren in den Schuldienst eintraten, führt zu einem entsprechend höheren Durchschnitt. Die zunehmende Zahl von Pensionierungen dieser Lehrkräfte hat in Verbindung mit der Neueinstellung junger Lehrerinnen und Lehrer dazu geführt, dass das Durchschnittsalter der Lehrerschaft wieder etwas gesunken ist. Insbesondere Schularten, an denen bedarfsbedingt steigende Lehrkräftezahlen und damit relativ viele Einstellungen zu verzeichnen waren, profitieren von dieser Entwicklung.

So verringerte sich das Durchschnittsalter der Vollzeit-Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien und Realschulen vom Schuljahr 2005/06 bis zum Schuljahr 2009/10 um jeweils rund drei Jahre auf 46,4 Jahre an Gymnasien und 45,0 Jahre an Realschulen. Das rechnerische Mittel der Vollzeit-Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen sowie an Sonderschulen sank dagegen nur um etwa ein Jahr auf 45,8 bzw. 46,9 Jahre (Grafik H 1 (G4)). Besonders »jung« sind im Durchschnitt die vollzeitbeschäftigten Lehrerinnen an den Realschulen und Gym-



nasien mit 41,0 bzw. 42,0 Jahren. Hier wirkt sich aus, dass bei den Neueinstellungen mit vollem Deputat der Anteil von Frauen stark zugenommen hat. Gleichzeitig sind unter den älteren Lehrerinnen relativ wenige, die einen Vollzeit-Lehrauftrag wahrnehmen, sodass die jungen Lehrkräfte bei der Berechnung des Durchschnittswerts einen großen Einfluss haben.

### Gymnasien mit Trend zu einer ausgewogeneren Altersverteilung

Das arithmetische Mittel gibt bei einer ungleichmäßigen Verteilung – wie sie hier bei der Altersstruktur des Lehrpersonals vorliegt – aber nur eine unvollständige Information über das »typische« Alter von Lehrkräften. Ein weiterer Mittelwert, der in diesen Fällen zu nennen ist, ist der Median. Er beschreibt in diesem Fall, bei welchem Alter die Hälfte der Lehrkräfte jünger und die andere Hälfte älter ist. Wegen der hohen Besetzungszahlen der älteren Jahrgänge liegen Werte für den Median in fast allen Schularten über den jeweiligen arithmetischen Mittelwerten (Grafik H 1 (G4)).

Eine Ausnahme stellen jedoch die Teilzeitbeschäftigten an Gymnasien dar: Dort lag der Median im Schuljahr 2009/10 aufgrund der recht gleichmäßigen Altersverteilung mit 45 Jahren knapp unter dem arithmetischen Mittel. Der größte Abstand zwischen arithmetischem

Mittel und Median tritt bei den teilzeitbeschäftigten Realschullehrkräften mit fast fünf Jahren auf. Der Median nimmt hier mit 53 Jahren auch den höchsten Wert an. Gründe hierfür sind, dass zum einen in den stark besetzten höheren Altersjahren relativ viele Lehrkräfte einen Teilzeit-Lehrauftrag haben und zum anderen die neu eingestellten jungen Lehrkräfte in erster Linie ein Vollzeit-Deputat haben und so nur wenige junge Teilzeit-Lehrkräfte den Schnitt nach unten korrigieren können.

Bei geschlechtsspezifischer Betrachtung der hauptberuflichen – also voll- oder teilzeitbeschäftigten – Lehrkräfte ist festzustellen, dass die Lehrer im Durchschnitt 3,5 Jahre (an Realschulen) bis 4,7 Jahre (an Grund- und Hauptschulen) älter sind als ihre Kolleginnen. Das rechnerische Mittel unter den Lehrerinnen reichte 2009/10 von 44,1 Jahren an Gymnasien bis 46,8 Jahren an Sonderschulen. Der Durchschnitt der Lehrer lag zwischen 48,3 Jahren an Gymnasien und 50,9 Jahren an Grund- und Hauptschulen.

### Gut ein Drittel der Lehrkräfte wird in den kommenden zehn Jahren pensioniert

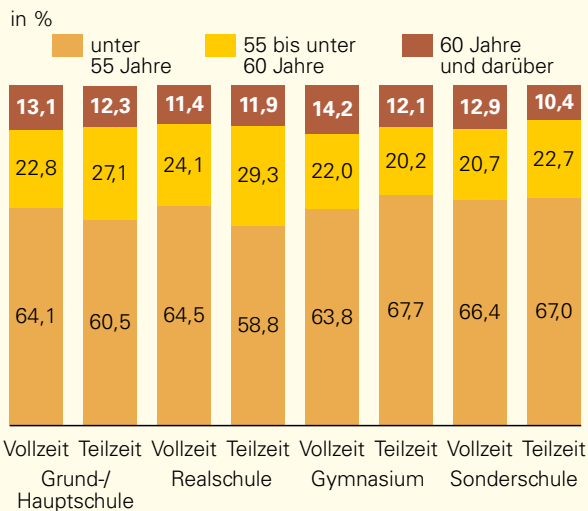
Diese Altersgliederung der Lehrerschaft hat Konsequenzen für die Einstellungschancen künftiger Lehramtsbewerber. Gut 36 % der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte, die überwiegend den Unterricht bestreiten, tritt in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand. Im Schuljahr 2009/10 waren 33 % des hauptberuflichen Lehrpersonals der Sonderschulen 55 Jahre alt oder älter. An Gymnasien lag dieser Anteil bei gut 34 %, an Realschulen und Grund- und Hauptschulen bei rund 38 %.

Unter den vollzeitbeschäftigten Lehrkräften betrug der Anteil der 55-Jährigen und Älteren mit Ausnahme der Sonderschulen rund 36 %. An Sonderschulen gehörten 34 % der Vollzeit-Lehrkräfte zu dieser Gruppe (Grafik H 1 (G5)). Bei den Teilzeit-Lehrkräften teilen sich die Schularten in zwei Gruppen: An Gymnasien und Sonderschulen war nur knapp ein Drittel der Lehrkräfte 55 Jahre alt oder älter, an Grund- und Hauptschulen stellten diese Altersjahrgänge dagegen gut 39 % und an Realschulen sogar 41 % der Lehrkräfte.

Der Altersaufbau der Lehrerschaft könnte zur Schlussfolgerung führen, dass in den kommenden Jahren ein erheblicher Ersatzbedarf an Lehrkräften besteht. Allerdings kann dieser nicht allein an den möglicherweise freiwerdenden Stellen gemessen werden. Eine weitere einflussreiche Bestimmungsgröße ist die Entwicklung der Schülerzahl, die auch die jetzige

H 1 (G5)

**Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg 2009/10 nach Alter, Schulart und Beschäftigungsumfang**



Datenquelle: Schulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

212 11

Struktur der Altersgliederung maßgeblich bestimmt hat. Hier ist in den kommenden Jahren mit sinkenden Schülerzahlen zu rechnen (Kapitel D 6). Dieser Rückgang wird wohl nicht ohne Auswirkungen auf die Stellenplanungen bleiben. Andererseits können auch bildungspolitische Entscheidungen – wie zum Beispiel die Absenkung des Klassenteilers – den Lehrkräftebedarf beeinflussen.

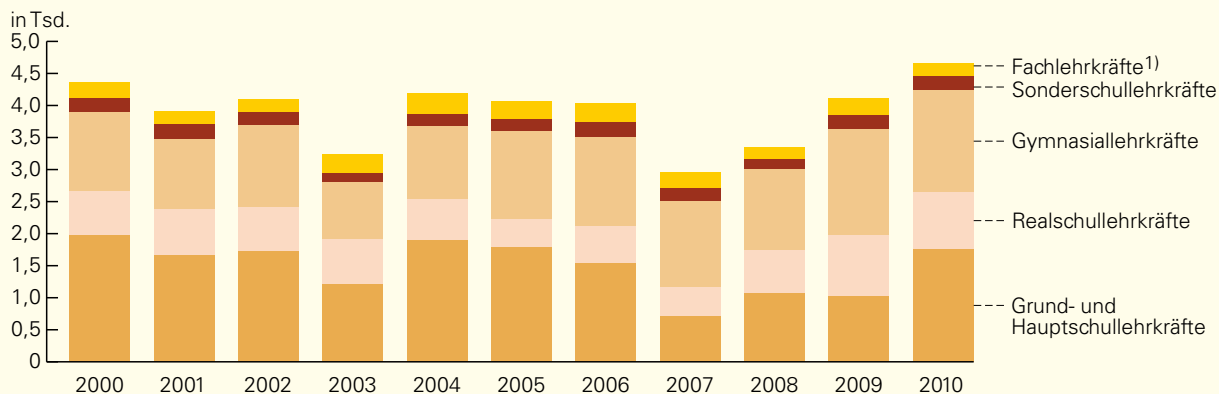
**Seit 2000 fast 43 000 Einstellungen von Lehrkräften**

Innerhalb der letzten zehn Jahre wurden insgesamt knapp 43 000 Lehrkräfte an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg eingestellt. Im Zeitverlauf ergaben sich größere Schwankungen in der Größenordnung von weniger als 3 000 Einstellungen im Jahr 2007 und knapp 4 700 im Jahr 2010 (Grafik H 1 (G6)).

Die größte Schwankungsbreite ist seit dem Jahr 2000 bei den Grund- und Hauptschullehrkräften zu beobachten: Im Jahr 2007 wurden 716, im Jahr 2000 dagegen 1 977 Lehrkräfte eingestellt – im Jahr 2010 lag die Zahl der Neueinstellungen bei 1 760. An den Realschulen variierte die Zahl der Einstellungen von 440 im Jahr 2007 bis 952 im Jahr 2009. Im Jahr 2010 wurden 886 Realschullehrkräfte in den Schuldienst der öffentlichen Schulen übernommen. Im Jahr 2003 wurde mit 875 die geringste Zahl an Gymnasiallehrkräften eingestellt, im Jahr 2009 mit 1 660 die größte. 2010 lagen die Einstellungen mit 1 594 nur wenig unter diesem Wert. Die Sonderschulen haben eine geringere Zahl von Lehrkräften als die anderen Schularten und dementsprechend auch deutlich weniger Einstellungen zu verzeichnen. In den letzten zehn Jahren lag ihre Zahl zwischen 150 im Jahr 2008 und 249 im Jahr 2006, wobei 2010 mit 214 Zugängen ein mittlerer Wert verbucht wurde. Unter dem Begriff »Fachlehrkräfte« werden die Fach- und die Technischen Lehrkräfte an Sonderschulen sowie die musisch-technischen Fachlehrkräfte zusammengefasst. Im Jahr 2008 wurden lediglich 192 Fachlehrkräfte eingestellt, 2004 dagegen 320. Mit 210 lag die Zahl der Übernahmen in den öffentlichen Schuldienst im Jahr 2010 auf eher niedrigem Niveau.

H 1 (G6)

**Einstellungen von Lehrkräften an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 2000 nach Schulart**



1) Musisch-technische Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte an Sonderschulen.

Datenquelle: Kultusministerium

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

213 11



## Pädagogische Assistenten

Pädagogische Assistenten<sup>1</sup> können seit dem Schuljahr 2008/09 an Haupt- und Werkrealschulen eingesetzt werden. Seit dem Schuljahr 2010/11 ist ihr Einsatz auch an Grundschulen mit hohem Migrantenanteil und an Brennpunktgrundschulen möglich. Sie unterstützen und entlasten die Lehrkräfte im Unterricht vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie bei Projekten und in Arbeitsgemeinschaften. Pädagogische Assistenten sind keine eigenverantwortlich unterrichtenden Lehrkräfte, das heißt sie führen keinen eigenständigen Unterricht – auch nicht in Vertretungsfällen – durch. Im Schuljahr 2010/11 sind rund 580 pädagogische Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen sowie rund 420 an Grundschulen tätig.

Zu den Aufgaben der pädagogischen Assistenten gehört unter anderem, in Absprache mit dem Klassenlehrer oder der Fachlehrkraft bei der Durchführung von Fördermodulen mitzuhelfen und in kombinierten bzw. jahrgangsübergreifenden Klassen mitzuarbeiten. Sie unterstützen die verantwortliche Lehrkraft im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung sowie beim Unterricht insbesondere in großen Klassen. Ferner zählen die Unterstützung der Lehrkräfte bei schwierigen Unterrichtssituationen, die Hilfestellung bei Verhaltensauffälligkeiten im Unterricht und die Lösung von Konflikten zu ihren Aufgaben. Pädagogische Assistenten werden als Arbeitnehmer auf Basis des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) eingestellt. Sie erhalten einen in der Regel auf zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrag.

Einstellungsvoraussetzungen für pädagogische Assistenten sind neben Volljährigkeit eine pädagogische Kompetenz, die in der Regel durch einen entsprechenden Ausbildungsabschluss nachgewiesen wird. Insbesondere Personen mit Lehramtsausbildung, die in keinem aktiven Beschäftigungsverhältnis stehen, Sozialpädagogen, Erzieher sowie Ausbilder in Betrieben kommen in Betracht. Ferner sind die Bereitschaft zum flexiblen Einsatz an der Schule sowie Verantwortungsbewusstsein, Kooperationsfähigkeit und Kontaktfähigkeit Voraussetzung für eine Einstellung.

---

<sup>1</sup> Weiterführende Informationen unter: [www.paedagogische-assistenten.de](http://www.paedagogische-assistenten.de)



## H 2 Lehrkräfte an beruflichen Schulen

### Lehrkräfte an öffentlichen Schulen überwiegend vollzeitbeschäftigt

An den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums unterrichteten im Schuljahr 2009/10 insgesamt 21 657 Lehrkräfte. Das waren rund 400 mehr als im Jahr zuvor. Damit stieg die Zahl der Lehrkräfte seit dem Schuljahr 2006/07 erstmals wieder an. Damals umfassten die Kollegien der öffentlichen Schulen 21 414 Lehrkräfte.

Mit gut 58 % verfügte an den beruflichen Schulen deutlich mehr als die Hälfte des Lehrpersonals über einen vollen Lehrauftrag. Fast 31 % der Lehrkräfte waren teilzeitbeschäftigt. Die restlichen 11 % waren überwiegend stundenweise beschäftigte Lehrkräfte, kirchliche Lehrkräfte und Lehramtsanwärter mit selbständigem Unterricht (Tabelle H 2 (T1) im Anhang).

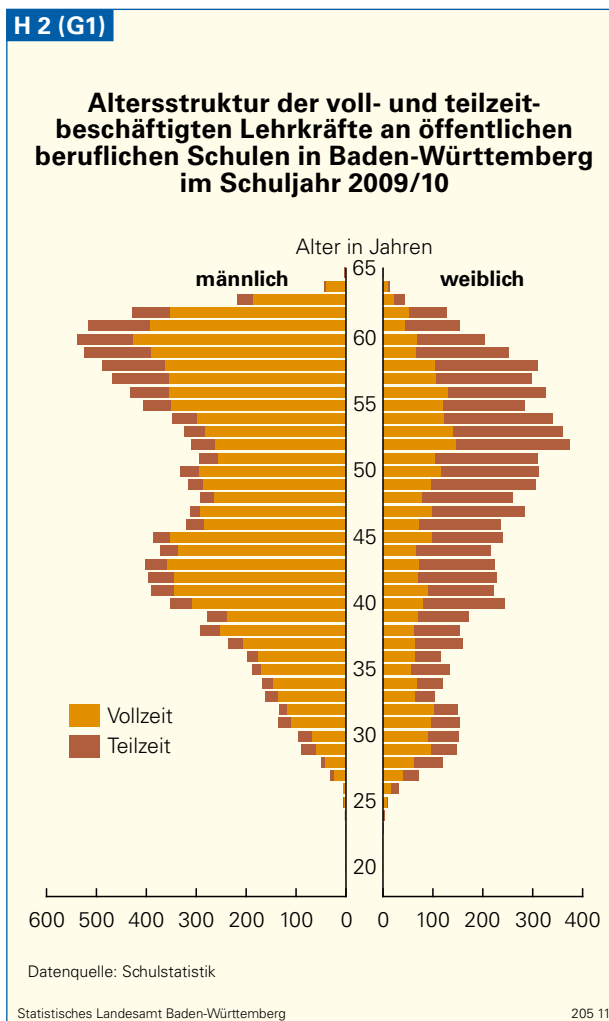
### Anteil weiblicher Lehrkräfte steigt an, liegt aber noch unter 50 %

Der Unterricht an beruflichen Schulen wird noch überwiegend von männlichen Lehrkräften erteilt, gut 58 % sind Männer. Unter den Vollzeitbeschäftigten sind sogar drei von vier Lehrkräften Männer. Allerdings steigt der Lehrerinnenanteil auch an den beruflichen Schulen stetig an. Seit dem Schuljahr 2000/01 erhöhte er sich um 6 Prozentpunkte auf 42 % (Tabelle H 2 (T1) im Anhang). Dies ist alleine auf den zunehmenden Frauenanteil unter den Vollzeit-Lehrkräften zurückzuführen: 2000/01 lag er noch unter 18 %, 2009/10 war dagegen bereits fast ein Viertel weiblich.

Durch den Anstieg der Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrerinnen hat sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Lehrkräfte in den vergangenen Jahren etwas erhöht und lag im Schuljahr 2009/10 bei knapp 35 %. Dennoch sind weiterhin mehr als die Hälfte der an beruflichen Schulen unterrichtenden Lehrerinnen teilzeitbeschäftigt: 54 % der 9 032 Lehrerinnen hatten ein Teilzeit-Deputat. Von allen teilzeitbeschäftigten Lehrkräften an beruflichen Schulen sind bereits seit längerer Zeit rund drei Viertel Frauen.

### Relativ gleichmäßige Altersgliederung

Die Altersgliederung der voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an beruflichen Schulen (Grafik H 2 (G1)) ist wesentlich gleichmäßiger als die der allgemein bilden-



den Schularten (Grafiken H 1 (G1) bis H 1 (G3)). Zwar sind auch hier bei den männlichen Lehrkräften die Altersjahrgänge um 60 die am stärksten besetzten. Allerdings sind die an den allgemein bildenden Schulen relativ schwach besetzten Jahrgänge rund um das Alter von 45 Jahren an beruflichen Schulen deutlich häufiger vertreten. Bei den jüngeren Jahrgängen bis zum Alter von 32 Jahren ist – vor allem auf der Seite der Frauen – die verstärkte Einstellung junger Hochschulabsolventen zu erkennen.

Die gleichmäßigere Altersgliederung ist zum einen auf die weniger stark schwankende Einstellungspraxis in den zurückliegenden Schuljahren und zum anderen auf die Möglichkeit des »Quereinstiegs« in den Dienst an beruflichen Schulen zurückzuführen. Insbesondere im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich können zum Beispiel Diplom-Ingenieure als Quereinsteiger in den Schuldienst übernommen werden. Die

erforderliche pädagogische Schulung erhalten sie im Rahmen von unterrichtsbegleitenden Sonderkursen an Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung (**Kapitel H 3.2**). Ursprünglich schwächer besetzte Altersjahrgänge können durch diese Zugänge nachträglich aufgefüllt werden.

### Konstanter Altersdurchschnitt der Lehrerschaft

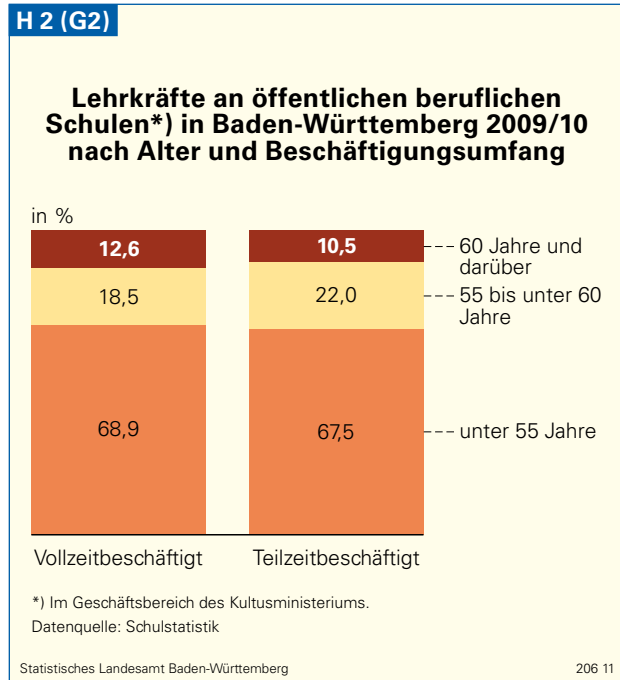
Der Altersdurchschnitt der hauptberuflichen Lehrkräfte an öffentlichen beruflichen Schulen hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert. Im Schuljahr 2009/10 lag das arithmetische Mittel bei 48,1 Jahren. Die hauptberuflichen Lehrkräfte der beruflichen Schulen hatten somit ein etwas höheres Durchschnittsalter als ihre Kollegen an den allgemein bildenden Schulen. Dort lagen die Mittelwerte zwischen 46,0 Jahren an Gymnasien und 47,7 Jahren an Sonderschulen.

Die Lehrer der beruflichen Schulen waren mit einem mittleren Alter von 48,9 Jahren durchschnittlich fast zwei Jahre älter als ihre Kolleginnen mit 47,0 Jahren. Die Vollzeit-Lehrkräfte waren mit 47,9 Jahren im Mittel etwas jünger als die Lehrkräfte mit einem Teilzeit-Deputat mit 48,6 Jahren. Aufgrund der relativ gleichmäßigen Altersverteilung lag der Median nur wenig über dem arithmetischen Mittel. Von den Vollzeit-Lehrkräften war die Hälfte 49 Jahre alt oder jünger. Unter den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften lag diese Grenze beim Alter von 50 Jahren.

### Über 30 % der Lehrkräfte treten in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand

Auch wenn die Altersgliederung der Lehrkräfte der beruflichen Schulen gleichmäßiger ist als die der allgemein bildenden Schulen, ist doch ein großer Teil der Lehrerschaft in einem Alter, in dem die Pensionierung naherrückt. Die fünf mit über 700 Lehrkräften am stärksten besetzten Jahrgänge gehörten im Schuljahr 2009/10 alle zur Gruppe der 55-jährigen und älteren Lehrkräfte.

Der durch ausscheidende Lehrkräfte entstehende Ersatzbedarf dürfte in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen. Knapp 13 % der Vollzeit- und knapp 11 % der Teilzeitbeschäftigten hatten bereits ihr 60. Lebensjahr vollendet. Zur Gruppe der 55- bis unter 60-Jährigen gehörten gut 18 % der Vollzeit- und 22 % der Teilzeit-Lehrkräfte (Grafik H 2 (G2)). Insgesamt dürften daher fast ein Drittel der an beruflichen Schulen beschäftigten Pädagogen in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen.



Besonders in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, deren Bedarf bereits heute gelegentlich nicht voll abgedeckt werden kann, dürften gute Einstellungschancen bestehen. In welchem Ausmaß diese Entwicklung allerdings tatsächlich zu Neueinstellungen führt, wird auch von der Entwicklung der Schülerzahlen beeinflusst. Diese dürften sich jedoch rückläufig entwickeln. Bis 2020 könnte die Schülerzahl der beruflichen Schulen um knapp 100 000 auf 338 400 absinken (**Kapitel E 4**).

### Knapp 10 000 Einstellungen seit dem Jahr 2000

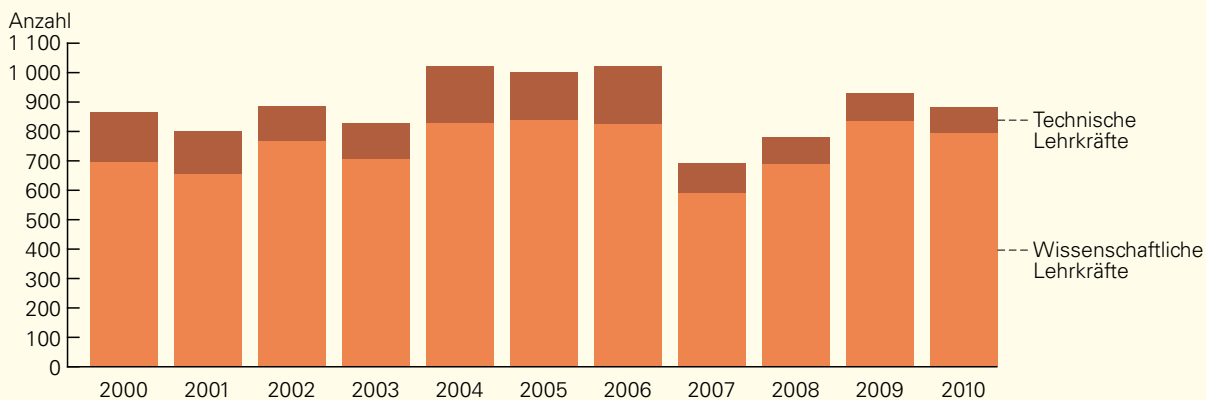
Seit dem Jahr 2000 wurden 9 700 Lehrkräfte an den öffentlichen beruflichen Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums eingestellt. Die Zahl der jährlichen Einstellungen schwankte zwischen knapp 700 Einstellungen im Jahr 2007 und etwas mehr als 1 000 in den Jahren 2004 und 2006 (Grafik H 2 (G3)).

Die weit überwiegende Mehrzahl der Eingestellten waren Wissenschaftliche Lehrkräfte, die ein entsprechendes Hochschulstudium abgeschlossen hatte (**Kapitel H 3**). Im Jahr 2007 wurden lediglich 591 Wissenschaftliche Lehrkräfte in den Schuldienst übernommen, im Jahr 2005 waren es dagegen 838. Nach den geringeren Einstellungszahlen in den Jahren 2005 und 2006 liegen die Einstellungen mittlerweile wieder auf höherem Niveau. Im Jahr 2010 konnten 794 Lehrkräfte übernommen werden.

Die Technischen Lehrkräfte können der kaufmännischen (Büropraxis, Textverarbeitung) oder der

H 2 (G3)

**Einstellungen von Lehrkräften an öffentlichen beruflichen Schulen\*)  
in Baden-Württemberg seit 2000 nach Art**



\*) Im Geschäftsbereich des Kultusministeriums.  
Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

207 11

hauswirtschaftlichen Fachrichtung (Nahrungszubereitung, Textilarbeit/ Werken) angehören. Die Zahl ihrer Einstellungen ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2006 wurden 198 Tech-

nische Lehrkräfte eingestellt, in den folgenden Jahren waren es jeweils weniger als 100. Im Jahr 2010 wurde mit 87 Einstellungen der niedrigste Wert seit 2000 verzeichnet.



## H 3 Professionalisierung des pädagogischen Personals

Die Lehrerausbildung erfolgt in Baden-Württemberg schulartspezifisch in zwei Phasen: In der ersten Phase werden im Studium die notwendigen fach- und berufswissenschaftlichen Grundlagen und zugleich erste fachpraktische Elemente vermittelt. In der zweiten Phase, dem Vorbereitungsdienst, erfolgt an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung die vertiefte schulpraktische Ausbildung. Die Ausbildung der Lehrkräfte für das höhere Lehramt an Gymnasien und beruflichen Schulen erfolgt an den Universitäten, dort koordiniert durch Zentren für Lehrerbildung, die der Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulen an den Pädagogischen Hochschulen. Darüber hinaus werden in einer einphasigen Qualifizierung Fachlehrer für musisch-technische Fächer sowie Fachlehrer und Technische Lehrer an Sonderschulen an Pädagogischen Fachseminaren ausgebildet und Technische Lehrer an beruflichen Schulen am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung.

### H 3.1 Erste Phase der Lehrkräfteausbildung – Hochschulstudium

Als einziges Bundesland bildet Baden-Württemberg die Lehrkräfte für Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulen in der ersten Phase an dafür eingerichteten Pädagogischen Hochschulen aus. Dabei sind Erziehungswissenschaft, Fachwissenschaft und Fachdidaktik sowie schulpraktische Elemente Bestandteile des Studiums. Bis einschließlich Sommersemester 2011 gliedern sich die Studiengänge wie folgt:

- Lehramt an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen – Regelstudienzeit sechs Semester
- Lehramt an Realschulen – Regelstudienzeit sieben Semester
- Lehramt an Sonderschulen im grundständigen Studiengang mit einer Regelstudienzeit von acht Semestern<sup>1</sup>

Ergänzt werden die Studiengänge um die Europa-Lehrämter an Grund- und Hauptschulen und an Realschulen an den Pädagogischen Hochschulen Freiburg und Karlsruhe. Bei diesen Lehrämtern handelt es sich um grundständige achtsemestrige Studiengänge, die

den jeweiligen herkömmlichen Studiengang enthalten, mit bilinguaalem Lehren und Lernen auf der Grundlage der Zielsprache Englisch oder Französisch und europäischen Kulturstudien. Vor Eintritt in die Studiengänge findet zur Sicherung der sprachlichen Kompetenz eine Spracheingangsprüfung statt.

Zu Beginn des Wintersemesters 2011/12 werden die Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen neu geordnet. Die gemeinsame Ausbildung von Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrern wird ersetzt durch einen neuen Studiengang für das Lehramt an Grundschulen und einen Studiengang für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen mit einer Regelstudienzeit von jeweils acht Semestern. Dieser Studiengang ersetzt auch das »Lehramt an Realschulen«. Der Studiengang »Lehramt an Sonderschulen« wird umbenannt in »Lehramt Sonderpädagogik« mit einer Regelstudienzeit von neun Semestern. In allen Lehramtsstudiengängen sollen die Studierenden künftig während oder nach dem ersten Semester ein mindestens zweiwöchiges Orientierungspraktikum an den Schulen absolvieren, um ihre Berufswahl zu reflektieren. Statt der bisherigen Tages- und Blockpraktika soll im dritten oder vierten Semester eine längere begleitete Praxisphase im Umfang von bis zu einem Semester stattfinden.

Studierende, die das Lehramt an Gymnasien anstreben, absolvieren in der ersten Phase ein Lehramtsstudium an einer Universität bzw. einer Musik- oder Kunsthochschule. Im April 2008 haben Kultusministerium und Wissenschaftsministerium gemeinsam entschieden, die gymnasialen Lehramtsstudiengänge zu modularisieren, jedoch nicht zu stufen und das Erste Staatsexamen beizubehalten. Seit dem Wintersemester 2010/11 umfasst das Studium den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Bereich, die Bildungswissenschaftlichen Studien, das Ethisch-Philosophische Grundlagenstudium und die schulpraktische Ausbildung in Form eines Schulpraxissemesters von 13 Wochen Dauer. Die Regelstudienzeit beträgt zehn Semester. Für das Studium müssen grundsätzlich zwei Fächer als Hauptfächer gewählt werden. Ein drittes Fach wird mit einer Erweiterungsprüfung abgeschlossen. Im Lehramtsstudium mit Bildender Kunst oder Musik werden in der Regel zwei Fächer gewählt. Das künstlerische Fach wird an einer Staatlichen Akademie für Bildende Kunst bzw. an einer Musikhochschule studiert, das wissenschaftliche Fach an einer Universität in der Nähe der jeweiligen Kunst- oder Musikhochschule. Alternativ zum wissenschaftlichen Fach kann auch ein künstlerisches Verbreitungsfach gewählt

<sup>1</sup> Das Lehramt an Sonderschulen kann auch in Form eines viersemestrigen Aufbaustudiums studiert werden, das an ein vorangegangenes Lehramtsstudium anknüpft.

werden. Die Regelstudienzeit beträgt für Fächerverbindungen mit Bildender Kunst zwölf Semester, für Musik elf Semester bzw. zwölf Semester je nach Umfang des wissenschaftlichen Faches.

Zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen führen – je nach fachlicher Richtung – unterschiedliche Studiengänge der Hochschulen. Für das Berufsziel des Lehrers an gewerblichen Schulen gibt es einerseits Bachelor-/ Master-Studiengänge an Universitäten mit einer Regelstudienzeit von zehn Semestern und einem Praxissemester von zehn Wochen Dauer und andererseits Bachelor-/ Master-Studiengänge an Fachhochschulen in Kooperation mit Pädagogischen Hochschulen. Letztere kooperativen Studiengänge haben grundsätzlich eine Regelstudienzeit von sieben Semestern bis zum Bachelorgrad und weiteren drei Semestern bis zum Mastergrad. Für das höhere Lehramt an kaufmännischen Schulen werden Bachelor-/ Master-Studiengänge mit wirtschaftspädagogischem Profil angeboten. Im Bereich Pflege ist an der Universität Heidelberg ein Lehramtsstudiengang mit Abschluss Staatsexamen mit dem Fach »Gerontologische Pflege« und einem allgemein bildenden Fach eingerichtet. Seit dem Wintersemester 2009/10 gibt es an der Universität Tübingen einen Lehramtsstudiengang im Bereich Sozialpädagogik. Dagegen gibt es für die haus- und landwirtschaftlichen Schulen keine besonderen Lehramtsstudiengänge. Hier kann bei Bedarf als Zulassungsvoraussetzung für den Vorbereitungsdienst ein entsprechender Studiengangsabschluss anerkannt werden. In der Bachelor-/ Master-Struktur beträgt die Regelstudienzeit zehn Semester einschließlich eines Praxissemesters und der schulpraktischen Studien.

### Zahl der Lehramtsstudierenden überproportional zur Schülerzahl gestiegen

Betrachtet man die Entwicklung der Schülerzahlen und der Zahl der Lehramtsstudierenden in den letzten 20 Jahren, so ist die Zahl der Lehramtsstudierenden um 71 % gestiegen, während die Schülerzahl nur um 17 % zugenommen hat (Grafik H 3.1 (G1)).<sup>2</sup> Die Schülerzahl erreichte nach einem gleichmäßigen Verlauf ihren Höhepunkt im Schuljahr 2003/04 mit knapp 1,31 Mill. Schülern und fiel dann allmählich auf rund 1,24 Mill. Schüler im Schuljahr 2009/10.

Die Zahl der Lehramtsstudierenden korrespondierte nicht mit dieser Entwicklung, sondern entwickelte sich stark schwankend. So setzte Anfang der 90er-

Jahre ein starker Anstieg ein, der mit 28 950 Studierenden 1995/96 den Höhepunkt erreichte. Ebenso stark fiel die Zahl in der Folge auf 22 382 zur Jahrtausendwende. Ab dem Schuljahr 2001/02 setzte ein erneuter Boom ein. Die Studierendenzahlen stiegen bis auf 33 965 im Schuljahr 2006/07. Diesem Anstieg standen stagnierende und zuletzt leicht rückläufige Schülerzahlen gegenüber. Nach einem weiteren Abfallen der Zahl der Lehramtsstudierenden auf 31 375 im Schuljahr 2008/09 war ein Jahr später wiederum ein Anstieg auf 32 850 Studierende zu verzeichnen.

### Frauenanteil an universitären Studiengängen am stärksten gestiegen

Während der Anteil männlicher Lehramtsstudierender relativ konstant bleibt, ist der Anteil weiblicher Studierender von 18 857 im Wintersemester 1995/96 um 4 517 auf 23 374 im Wintersemester 2009/10 gestiegen, eine Zunahme um gut 24 %. Lag der Frauenanteil 1995/96 noch bei rund 65 %, so beträgt er aktuell etwa 71 % (Grafik H 3.1 (G2)).

An den Universitäten und Kunsthochschulen ist der Anteil weiblicher Lehramtsaspiranten kontinuierlich gestiegen von 56 % bzw. stark 60 % im Wintersemester 1996/97 auf gut 64 % bzw. knapp 65 % (Tabelle H 3.1 (T1) im Anhang). An den Pädagogischen Hochschulen stieg der Anteil der Frauen auf über 80 % im Wintersemester 2003/04, sank dann aber auf knapp 78 % im Wintersemester 2009/10. Auf die Lehramtsstellen an Gymnasien werden sich somit künftig rund zwei Drittel Frauen bewerben, an den Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulen werden es fast vier Fünftel sein.

### Das gymnasiale Lehramt wird attraktiver

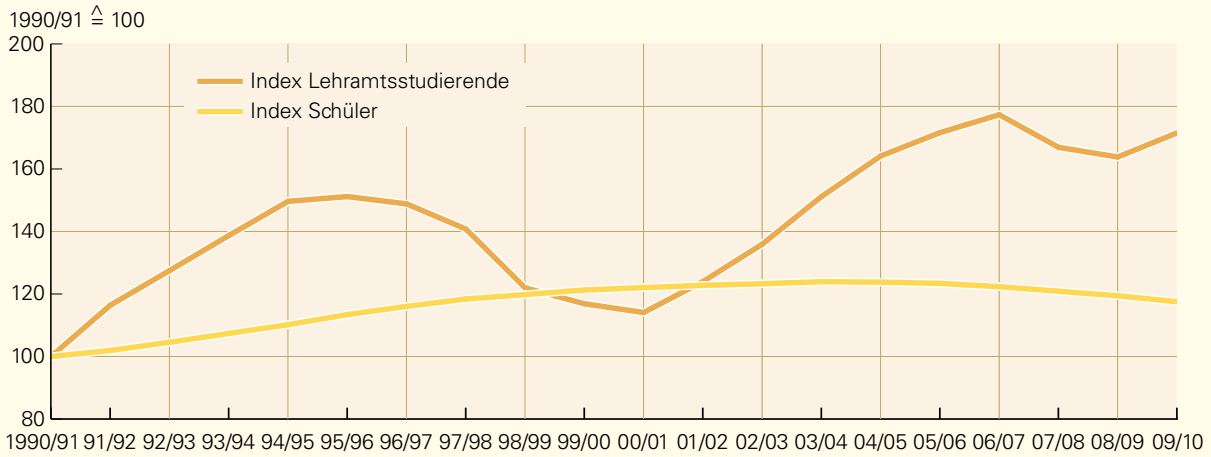
Immer mehr Studierende entscheiden sich für ein gymnasiales Lehramt an den Universitäten (Grafik H 3.1 (G3)). Seit dem Wintersemester 1996/97 ging die Schere zwischen den Studierenden an den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen auseinander. Die größte Differenz markierte das Wintersemester 2003/04. Danach stieg die Zahl der gymnasialen Lehramtsstudierenden – mit einer Unterbrechung im Wintersemester 2007/08 – kontinuierlich an. Im Wintersemester 2009/10 betrug die Differenz zwischen Universitätsstudierenden und Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen nur noch 1 988. Diese Annäherung wurde begünstigt durch einen Rückgang der Studierendenzahlen an den Pädagogischen Hochschulen von 19 024 im Wintersemester 2005/06 auf aktuell 17 013.

<sup>2</sup> Zur Indexbildung vgl. die Erläuterungen am Ende des Kapitels

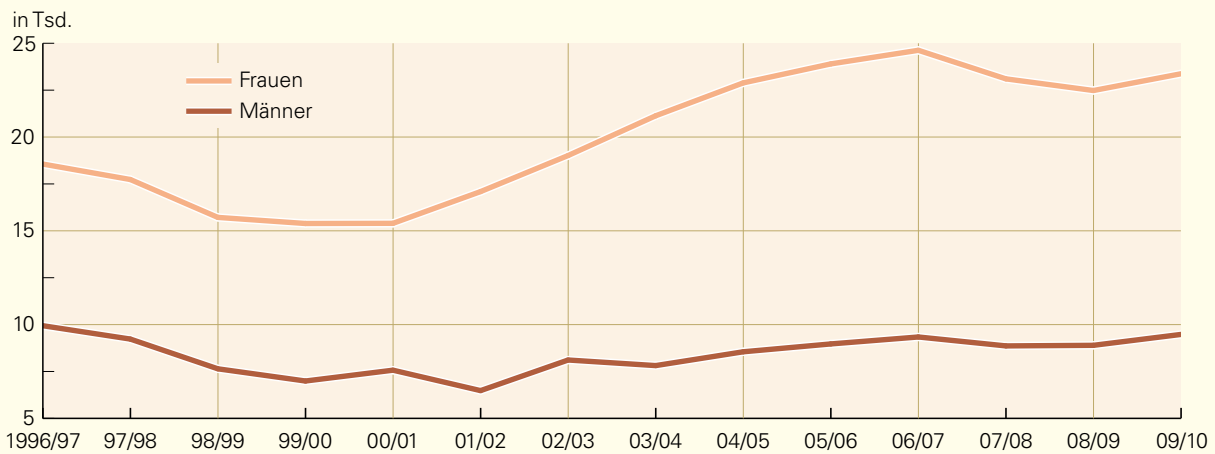
**H 3.1 (G1-G3)**

**Lehramtsstudierende\*) in Baden-Württemberg**

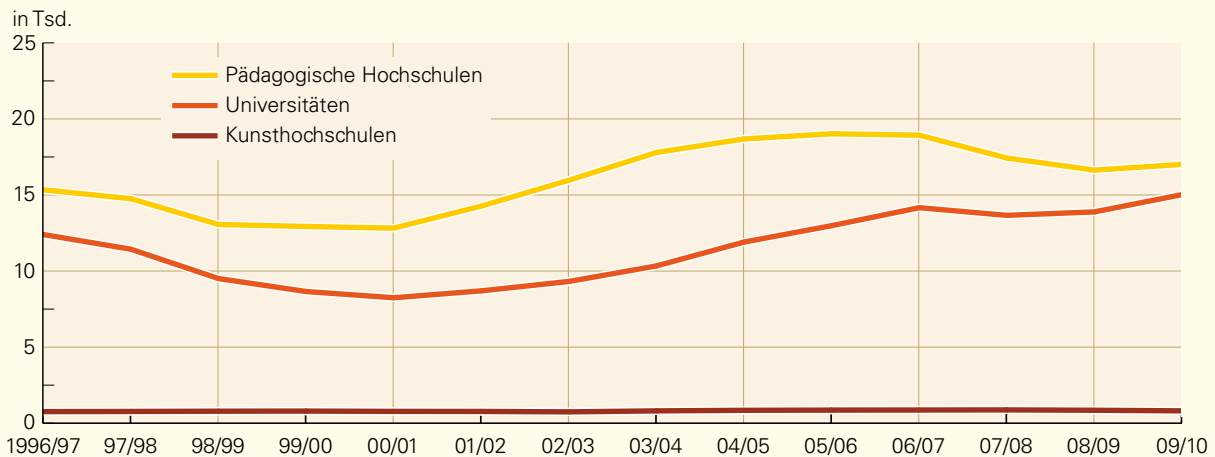
**H 3.1 (G1) Lehramtsstudierende\*) und Schüler an allgemein bildenden Schulen seit 1990/91**



**H 3.1 (G2) Lehramtsstudierende\*) an den Hochschulen seit 1996/97 nach Geschlecht**



**H 3.1 (G3) Lehramtsstudierende\*) an Hochschulen seit 1996/97 nach Hochschulart**



\*) Erst- und Zweitstudium (nicht: Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge).  
Datenquelle: Hochschulstatistik

Vergleicht man die Lehramtsstudiengänge für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen und Gymnasien untereinander, so weist seit 1995/96 nur der Lehramtsstudiengang für das Sonderschullehramt kontinuierlich steigende Studierendenzahlen auf (Tabelle H 3.1 (T2) im Anhang). Die Zahl der Studierenden für das Lehramt an Gymnasien sank zunächst auf 9 021 im Wintersemester 2000/01 und stieg anschließend zunächst stark, dann moderat auf 15 810 im Wintersemester 2009/10. Ähnlich verlief die Entwicklung im Bereich des Lehramts für Grund- und Hauptschulen. Hier ging die Studierendenzahl auf 7 959 im Wintersemester 2000/01 zurück und stieg bis zu einem vorläufigen Höhepunkt im Wintersemester 2006/07 mit 11 438 Studierenden. Anschließend verringerte sich ihre Zahl auf 10 107. Deutlich rückläufig ist seit dem Wintersemester 2004/05 die Zahl der Realschul-Lehramtsstudierenden. Im Wintersemester 2009/10 sind gegenüber 6 034 im Wintersemester 2003/04 nur noch 4 858 Studierende an den Pädagogischen Hochschulen eingeschrieben. Eine Übersicht über die Verteilung der Lehramtsstudierenden im Wintersemester 2009/10 gibt die Grafik H 3.1 (G4).

## i

## Index

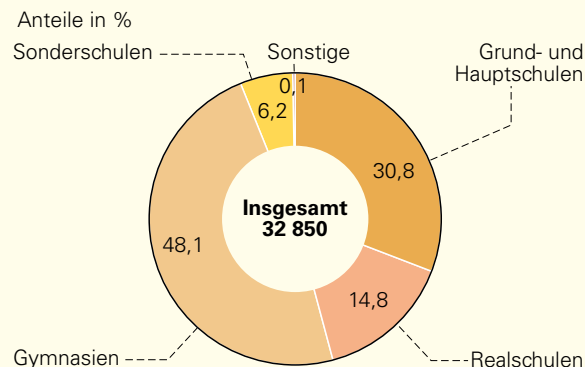
Ein Index ist eine statistische Messziffer, die den Vergleich unterschiedlicher Variablen ermöglicht, die sich im Zeitverlauf verändern. Die Vergleichsvariablen werden für einen festgelegten Zeitpunkt meist auf den Ausgangswert 100 transformiert. Die Veränderungen zu den Folgezeitpunkten/-jahren beziehen sich immer auf diesen Ausgangswert. Somit kann die relative Entwicklung mehrerer Variablen zueinander betrachtet werden.

### H 3.2 Zweite Phase der Lehrkräfteausbildung – Vorbereitungsdienst

An das Studium schließt sich ein schulartspezifischer Vorbereitungsdienst an, der in der Regel im Beamtenverhältnis auf Widerruf abgeleistet wird. Er dauert für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Sonderschulen 18 Monate und erfolgt an einem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung sowie an einer Ausbildungsschule. Auch der Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien und für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen dauert seit 2005 bei vorlaufendem

## H 3.1 (G4)

#### Lehramtsstudierende\* an Hochschulen in Baden-Württemberg im Wintersemester 2009/10



\*) Erst- und Zweitstudium (nicht: Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge).  
Datenquelle: Hochschulstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

197 11

Praxissemester 18 Monate. Während des Vorbereitungsdienstes werden die für die Berufsausübung notwendigen pädagogischen und fachdidaktischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt und vertieft. An der Ausbildungsschule erteilen die angehenden Lehrer zunächst begleiteten, später selbstständigen Unterricht. Abgeschlossen wird der Vorbereitungsdienst mit der Zweiten Staatsprüfung, mit deren Bestehen die Lehrbefähigung für die jeweilige Schulart erworben wird.

In Baden-Württemberg gibt es (Grafik H 3.2 (G1)):

- 14 Seminare für Grund-, Haupt- und Werkrealschulen,
- 5 Seminare für Realschulen,
- 6 Seminare für Gymnasien,
- 3 Seminare für Gymnasien mit Abteilung Sonderschulen,
- 1 Seminar für Gymnasien und berufliche Schulen,
- 3 Seminare für berufliche Schulen und
- 4 Fachseminare.








An den vier Fachseminaren erfolgt die Ausbildung für die Laufbahn des Fachlehrers für musisch-technische Fächer und des Fachlehrers und Technischen Lehrers an Sonderschulen. Insgesamt verteilen sich die Seminare auf 36 Standorte.

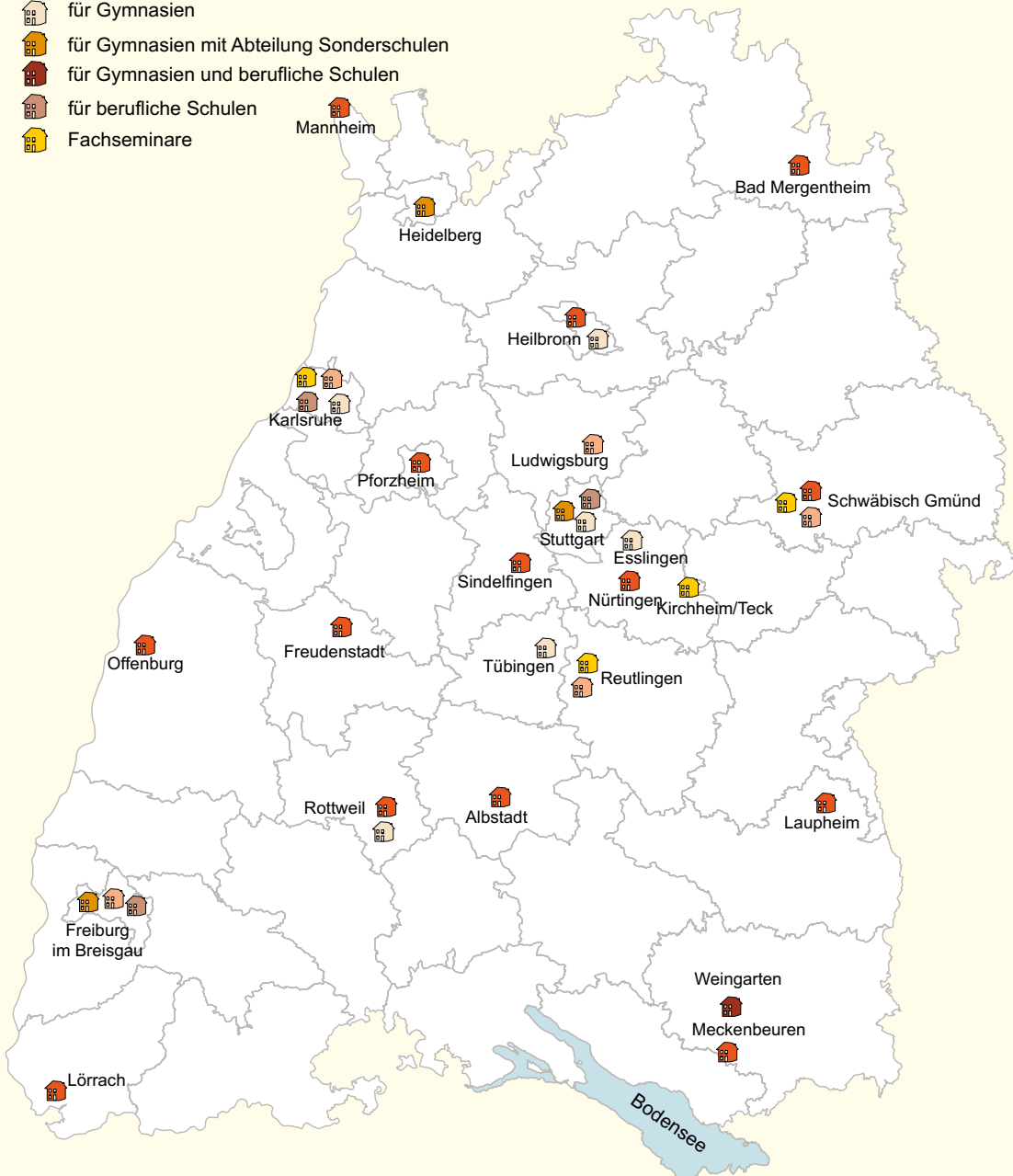
#### Zahl der Lehramtsanwärter auf hohem Niveau

Die Gesamtzahl der Teilnehmer am Vorbereitungsdienst hat sich von 1985 bis 2009 in etwa verdoppelt.

H 3.2 (G1)

Standorte der Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung

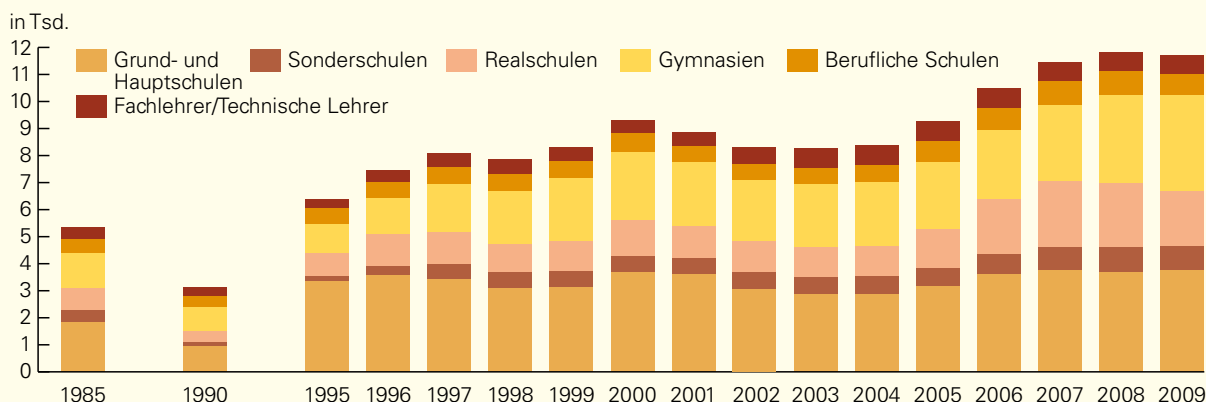
-  für Grund-, Haupt- und Werkrealschulen
-  für Realschulen
-  für Gymnasien
-  für Gymnasien mit Abteilung Sonderschulen
-  für Gymnasien und berufliche Schulen
-  für berufliche Schulen
-  Fachseminare





H 3.2 (G2)

Seminarteilnehmer in Baden-Württemberg seit 1985 nach Ausbildungsgang



1) Fachlehrer für musisch-technische Fächer, Technische Lehrer und Fachlehrer an Sonderschulen sowie ab 1985 Technische Lehrer der kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Fachrichtungen.  
 Datenquelle: Seminarstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

198 11

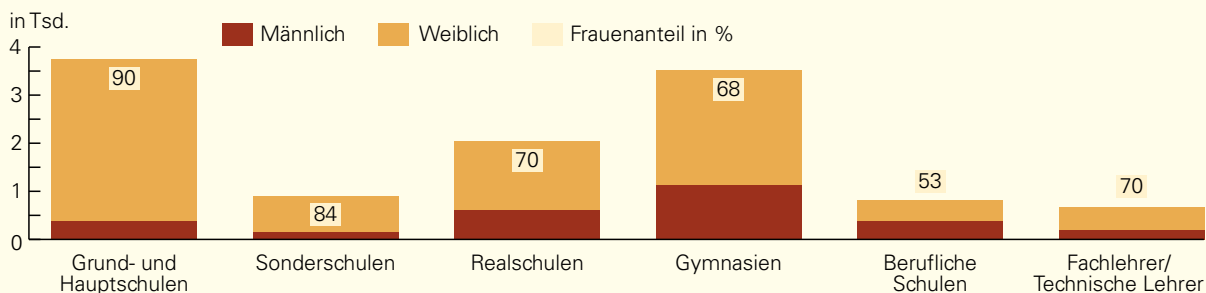
Allerdings stieg die Teilnehmerzahl über die Jahre nicht gleichmäßig. Nach einem Tiefpunkt 1990 mit 3 116 Teilnehmern stieg die Gesamtzahl zunächst auf 9 314 im Jahr 2000, um dann 2003 auf 8 258 zu fallen. In den Folgejahren wuchs die Teilnehmerzahl auf den vorläufigen Höhepunkt von 11 803 Teilnehmern 2008. Im Jahr 2009 sank die Zahl geringfügig auf 11 697 (Grafik H 3.2 (G2) und Web-Tabelle H 3.2 (T1)). Die Schwankungen spiegeln vermutlich die Reaktion der Studienbewerber auf die im Zeitablauf unterschiedlichen Einstellungschancen wider.

Den Höchststand erreichten die Lehramtsanwärter für Grund-, Haupt- und Werkrealschulen 2009 mit 3 745 Seminarteilnehmern und übertrafen damit die bisherigen Spitzenwerte von 2000 (3 690 Teilnehmer) und 1996 (3 575 Teilnehmer). Auch die Gymnasialre-

ferendare erzielten 2009 mit 3 520 Teilnehmern die bislang höchste Zahl. Hier stieg die Zahl der Referendare seit dem Jahr 2003 um mehr als ein Drittel spürbar an, was auf verbesserte Einstellungsmöglichkeiten aufgrund der Schülerzahlentwicklung zurückzuführen sein dürfte. Die Realschulanwärter hatten dagegen ihr höchstes Niveau 2007 erreicht, als 2 465 Anwärter die Seminare besuchten. Seitdem ist ihre Zahl um gut 17 % auf 2 037 im Jahr 2009 gesunken. Auch an den beruflichen Seminaren ist die Zahl der angehenden Lehrer seit 2007 rückläufig, wenn auch mit über 7 % weniger deutlich. Kontinuierlich angestiegen ist die Zahl der Anwärter für das Lehramt an Sonderschulen, und zwar bis auf 938 im Jahr 2008. 2009 besuchten 32 Anwärter weniger die Sonderschul-Seminare. Die Zahl der künftigen Fachlehrer hat sich seit 2006 wieder leicht vermindert. Waren 2006

H 3.2 (G3)

Seminarteilnehmer in Baden-Württemberg 2009 nach Ausbildungsgang und Geschlecht



Datenquelle: Seminarstatistik

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

199 11



noch 751 Teilnehmer an den Fachseminaren, sind es 2009 nur noch 679, knapp 10 % weniger.

### Frauen dominieren insbesondere an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulseminaren

Im Durchschnitt aller Lehramtsausbildungen sind drei Viertel der Anwärter und Referendare Frauen. An den Grund-, Haupt- und Werkrealschulseminaren bilden Männer mit nur 10 % eher die Ausnahme (Grafik H 3.2 (G3) und Tabelle H 3.2 (T2) im Anhang). Ein ähnliches Bild zeigt sich an den Sonderschulseminaren, an denen 84 % der auszubildenden Lehrer weiblich sind. Mit 30 % bzw. 32 % erreichen die Männer an den Realschul- bzw. Gymnasialseminaren annähernd ein Drittel, wohingegen ihr Anteil an den Seminaren für berufliche Schulen mit 47 % nahezu ausgewogen ist.

### H 3.3 Lehrerfortbildung

Die Professionalisierung von Lehrkräften ist nicht mit der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung – Studium mit anschließendem Vorbereitungsdienst oder Berufsausbildung bzw. Berufspraxis mit anschließender Fachseminarausbildung – abgeschlossen. Sie ist ein kontinuierlicher Prozess, der sich über das gesamte Berufsleben erstreckt. Dem Wandel von der früher input-orientierten zu der eher output-orientierten Steuerung der Schulen und deren steigender Selbstverantwortung und regelmäßiger Evaluation hat sich die Lehrerfortbildung angepasst. Fortbildungsangebote sollen vorrangig dazu genutzt werden, die Entwicklung der einzelnen Schule zu unterstützen. Deshalb gehört die Lehrerfortbildung in den Gesamtzusammenhang der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im Schulwesen.

Eine quantitative Abbildung der gesamten schulischen Fortbildungslandschaft in Baden-Württemberg ist derzeit nicht möglich. Verlässliche Daten gibt es bislang nur für die zentralen Fortbildungen, nicht aber für die regionalen Fortbildungsangebote. Nachstehend beschränkt sich deshalb die Berichterstattung auf die Angebote der zentralen Lehrerfortbildungseinrichtungen.

#### Lehrerfortbildung auf schulischer, regionaler und zentraler Ebene

Die einschlägige Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums »Leitlinien zur Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg« bestimmt, dass der von der Schule erstellte jährliche Fortbildungsplan die Grundlage für schulische Fortbildungsmaßnahmen und die Teilnahme der Lehrkräfte

an Fortbildungsveranstaltungen bildet. In diesem Fortbildungsplan legt jede Schule ihre schul- und personalentwicklungsbezogenen Qualifizierungsanforderungen und Qualifizierungsmaßnahmen fest. Fortbildungsveranstaltungen finden schulintern statt, auf regionaler Ebene der Staatlichen Schulämter bzw. der Regierungspräsidien und zentral insbesondere auf der Grundlage von Angeboten der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen.

#### Zentrale Lehrerfortbildungen an sieben Standorten

Die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen ist als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz Esslingen errichtet. Standorte der Landesakademie sind Esslingen, Bad Wildbad und Comburg (Schwäbisch Hall). Der Standort Bad Wildbad besteht seit dem 1. September 2007. In ihn wurden die früheren Standorte Calw und Donaueschingen überführt. Die Kurskapazität der Landesakademie wird zu einem großen Teil für Schulungsmaßnahmen im Bereich Personalentwicklung sowie zur Qualifizierung von Fachberatern und Multiplikatoren sowie Beratern zur Umsetzung von landesweiten Fortbildungsreihen vor Ort und für weitere Personal qualifizierende Maßnahmen zur Deckung des regionalen Bedarfs genutzt. Außerdem werden Wunschkurse für Schulen angeboten, das heißt Fortbildungsveranstaltungen für das gesamte Kollegium einer Schule an einem Akademiestandort.

Die Standorte der Landesakademie haben unterschiedliche Zielgruppen bzw. thematische Schwerpunkte (Grafik H 3.3 (G 1)):






- Bad Wildbad – Zielgruppe vor allem Lehrkräfte aus allgemein bildenden Schulen
- Esslingen – Zielgruppe vor allem Lehrkräfte aus beruflichen Schulen
- Comburg – Führungsfortbildung und Personalentwicklung für Lehrkräfte aller Schularten

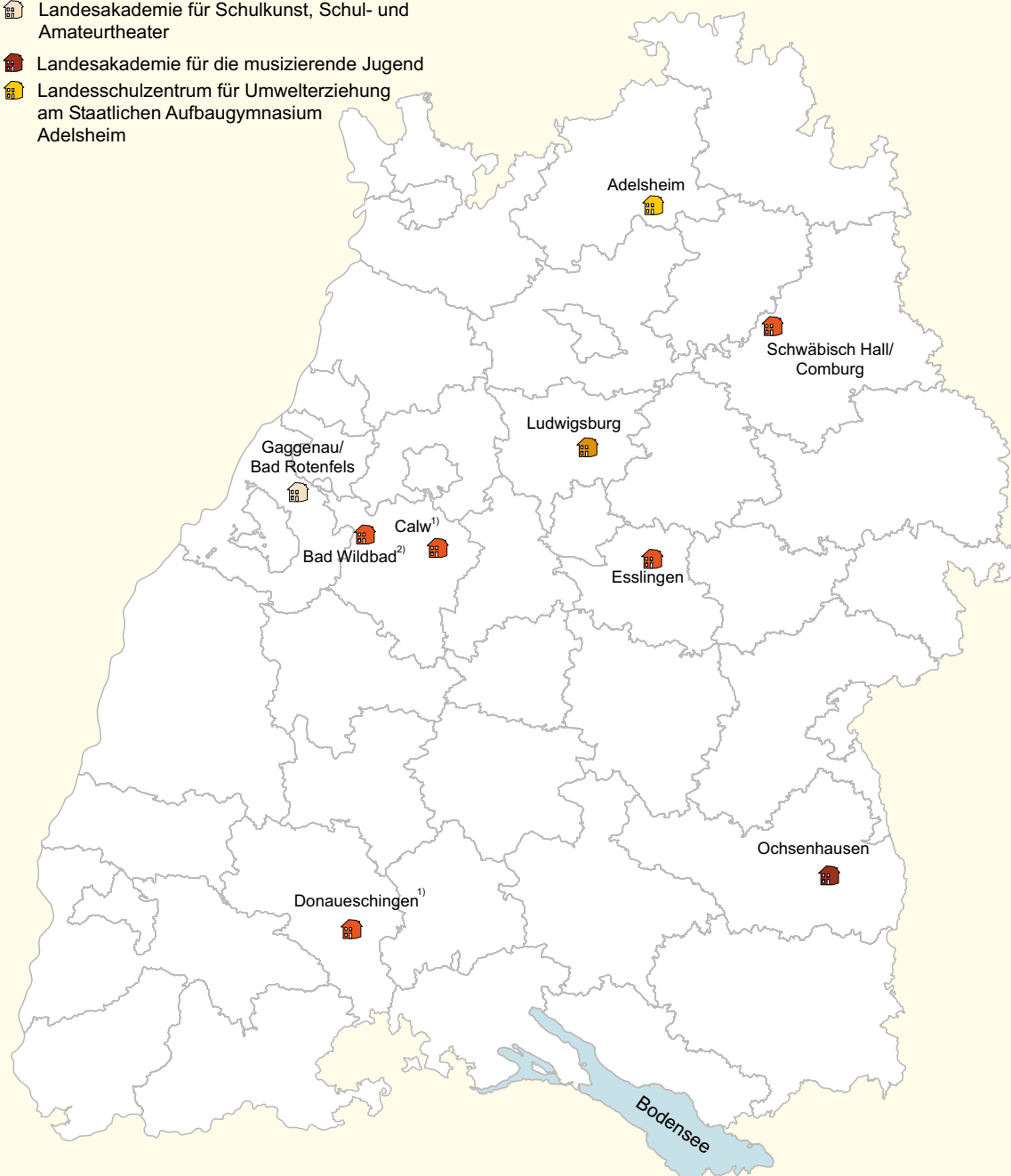
Neben der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen bieten folgende vier weitere Einrichtungen zentrale Fortbildungen an:

- Die Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater Schloss Rotenfels in Bad Rotenfels für die Bereiche Schulkunst und Schultheater,
- das Landesinstitut für Schulsport, Schulkunst und Schulmusik in Ludwigsburg für die Bereiche Schulsport, Verkehrs- und Mobilitätserziehung, Schulmusik und Schulkunst,

## H 3.3 (G1)

## Akademiestandorte in Baden-Württemberg

-  Landesakademie für Lehrerfortbildung und Personalentwicklung an Schulen
-  Landesinstitut für Schulsport
-  Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater
-  Landesakademie für die musizierende Jugend
-  Landesschulzentrum für Umwelterziehung am Staatlichen Aufbaugymnasium Adelsheim



1) Schließung Ende Schuljahr 2006/07. – 2) Seit 01.09.2007.

- die Landesakademie für die musizierende Jugend in Baden-Württemberg in Ochsenhausen für die Bereiche Jugend- und Schulchöre und Orchester, Jugend- und Schulmusik,
- das Landesschulzentrum für Umwelterziehung am Staatlichen Aufbaugymnasium in Adelsheim für den Bereich der Umwelterziehung an allen Schularten.

### Zahl der Fortbildungsveranstaltungen an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen gestiegen

Im ersten Bildungsbericht 2007 konnten nur die Daten für das Jahr 2006 mitgeteilt werden. Wurden damals 1 084 Fortbildungskurse an der Landesakademie durchgeführt, so stieg deren Zahl auf 1 360 im Jahr 2009, was einer Zunahme von gut 25 % entspricht (Grafik H 3.3 (G2)).

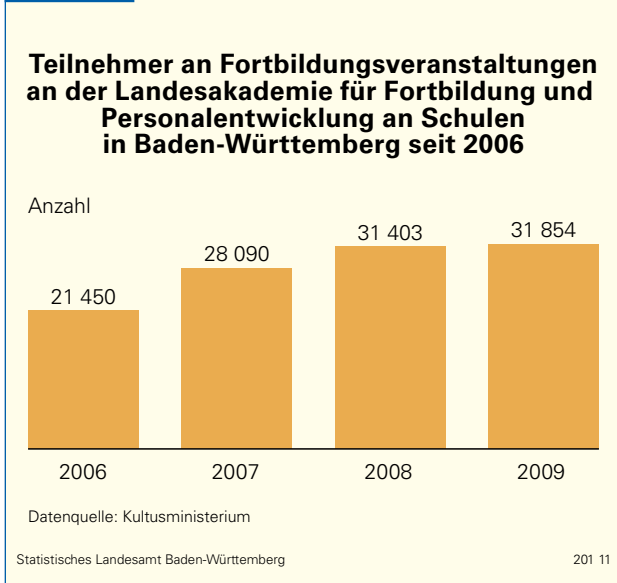
Die Zahl der Teilnehmer ist von 21 450 im Jahr 2006 um über 48 % auf 31 854 im Jahr 2009 gestiegen (Grafik H 3.3 (G3)). Die Durchschnittsbelegung von rund 20 Teilnehmern pro Veranstaltung im Jahr 2006 stieg im Berichtszeitraum auf 23,4 Teilnehmer im Jahr 2009.

Betrachtet man die Entwicklung der Fortbildungsveranstaltungen an den Standorten der Landesakademie (Grafik H 3.3 (G4)), so ist zu beachten, dass im Jahr 2007 die Standorte Donaueschingen und Calw am neuen Standort Bad Wildbad zusammengelegt wurden. Donaueschingen stellte den Lehrgangsbetrieb am 31. Juli 2007 ein, Calw am 31. Oktober 2007. Zu diesem Zeitpunkt nahm der neue Standort Bad Wildbad den vollen Lehrgangsbetrieb auf. Die Angaben für Bad Wildbad für das Jahr 2007 umfassen deshalb auch die Fortbildungen in Calw und Donaueschingen.

H 3.3 (G2)



H 3.3 (G3)



Am stärksten zugenommen haben die Veranstaltungen am Standort Esslingen. Hier stieg die Zahl von 337 im Jahr 2006 auf 486 im Jahr 2009, was einer Zunahme von rund 44 % entspricht. Fortbildungen am Standort Bad Wildbad nahmen um knapp 26 % gegenüber den vormaligen Standorten Calw und Donaueschingen zu, während sich die Zahl an Fortbildungen am Standort Comburg um 19 % erhöhte. Dort wurde die höchste Zahl an Kursen mit 334 im Jahr 2008 erreicht und blieb mit 332 Angeboten im Jahr 2009 auf diesem Niveau.

### Ein Viertel der Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Personalentwicklung

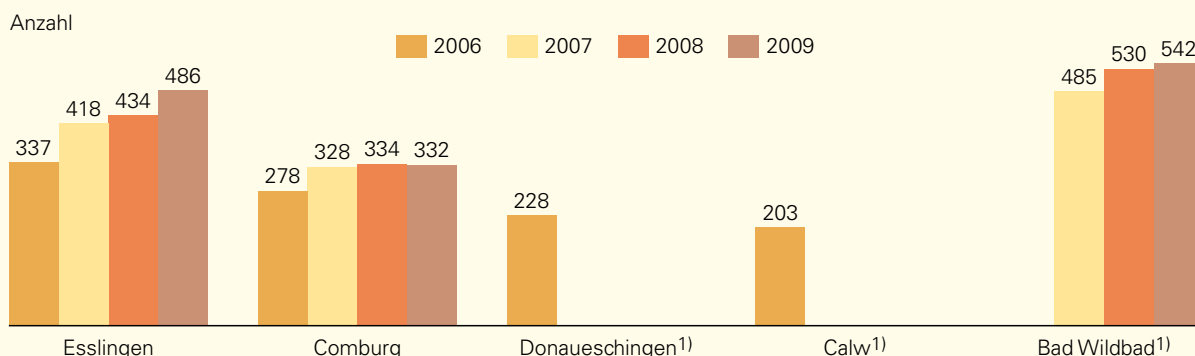
Die Fortbildungsangebote der Landesakademie sind auf die aktuellen bildungspolitischen Entscheidungen, die Fortbildungsanforderungen der Schulen und Lehrkräfte sowie auf die wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ausgerichtet. Dabei richtet sich ein Anteil von 35 % an Lehrkräfte der allgemein bildenden Schulen und 23 % der Angebote an Lehrkräfte der beruflichen Schulen, wohingegen 12 % den Anteil an schulartübergreifenden Fortbildungen ausmachen. Davon wiederum umfassen Fortbildungen im Bereich der Personalentwicklung 23 % und verteilen sich auf Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben (10 %) und Mitglieder der Schulleitungen (13 %). Weitere Zielgruppen sind Lehrkräfte an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung (4 %) und Schulaufsichtsbeamte (2 %).

### Zahl der Führungfortbildungen gestiegen

Für Führungskräfte an Schulen gibt es Einführungsfortbildungen für neu bestellte Schulleiter, berufs begleitende Seminarangebote für Schulleiter und Abtei-

H 3.3 (G4)

**Fortbildungsveranstaltungen an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg seit 2006 nach Standorten**



1) Im Jahr 2007 wurden die Standorte Donaueschingen und Calw am neuen Akademie-Standort Bad Wildbad zusammengelegt. Donaueschingen stellte den Lehrgangsbetrieb am 31.07.2007 ein, Calw am 31.10.2007.  
Datenquelle: Kultusministerium

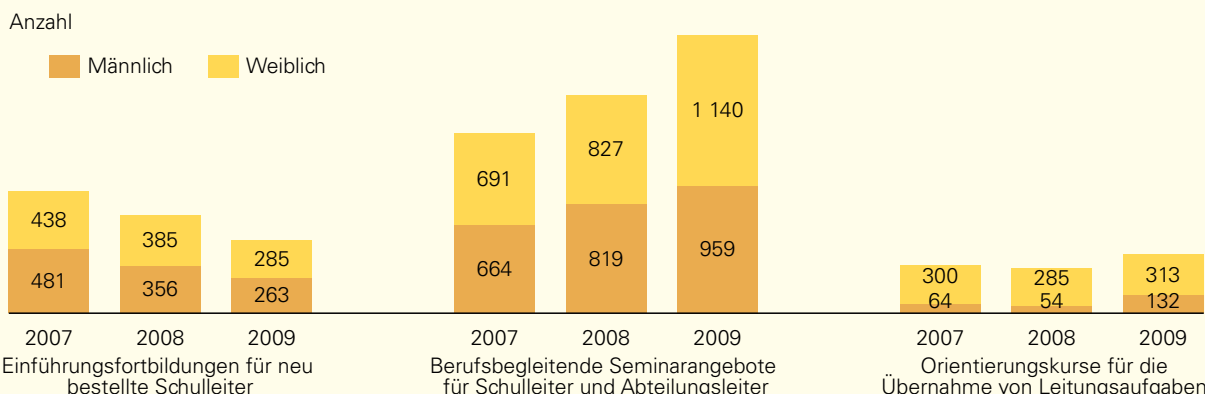
lungsleiter sowie Orientierungskurse für die Übernahme von Leitungsaufgaben. Die Zahl der Kurse der Einführungsfortbildungen für neu bestellte Schulleiter ging von 49 im Jahr 2007 auf 32 im Jahr 2009 zurück, die Zahl der Teilnehmer nahm im gleichen Zeitraum von 919 auf 548 ab (Grafik H 3.3 (G5)). Einen Anstieg gab es hingegen bei den berufsbegleitenden Seminarangeboten für Schulleiter und Abteilungsleiter. So nahmen im Jahr 2007 insgesamt 1 355 Führungskräfte an 66 Kursen teil, 2009 waren es 2 099 Führungskräfte in 124 Kursen. Die Zahl der Kurse hat sich somit verdoppelt. Die Anzahl der Orientierungskurse für Lehrkräfte, die eine Führungsaufgabe übernehmen wollen,

blieb im Wesentlichen konstant. 2007 waren es 20 Kurse mit 364 Teilnehmern, 2008 waren es 18 Kurse mit 339 Teilnehmern und 2009 wiederum 25 Kurse mit 445 Teilnehmern.

Die Anteile von Frauen und Männern waren bei den Einführungsfortbildungen und den berufsbegleitenden Seminarangeboten relativ ausgeglichen, bei den Orientierungskursen stellen die Frauen jedoch deutlich die Mehrheit. Allerdings ist im Jahr 2009 ein Rückgang des Anteils der weiblichen Teilnehmer im Bereich der Orientierungskurse festzustellen. Obwohl mehr Frauen als in den Jahren zuvor diese Fortbildungsangebote nutzten,

H 3.3 (G5)

**Teilnehmer an Führungsfortbildungen an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg seit 2006 nach Geschlecht**



Datenquelle: Kultusministerium



ging ihr Anteil von über 80 % auf 70 % zurück. Gegenüber 2007 und 2008 hat sich die Zahl der männlichen Teilnehmer an Orientierungskursen mehr als verdoppelt.

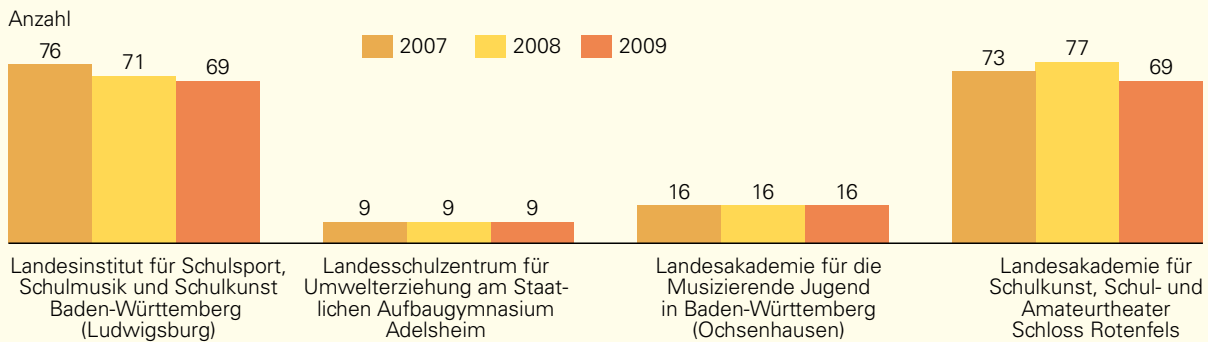
### Weitere zentrale Fortbildungsveranstaltungen

Den größten Anteil an der zentralen Lehrerfortbildung erbringt die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen. 1 360 Kurse wurden im

Jahr 2009 angeboten. Weitere 163 Kurse und damit gut 11 % des gesamten zentralen Fortbildungsangebots wurden vom Landesinstitut für Schulsport, Schulkunst und Schulmusik, vom Landesschulzentrum für Umwelterziehung am Staatlichen Aufbaugymnasium Adelsheim, von der Landesakademie für die musizierende Jugend in Baden-Württemberg und von der Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater Schloss Rotenfels angeboten. Den größten Anteil haben dabei das Landesinstitut in Ludwigsburg und die Landesakademie in Rotenfels (Grafik H 3.3 (G6)).

H 3.3 (G6)

#### Fortbildungsveranstaltungen der zentralen Einrichtungen in Ludwigsburg, Adelsheim, Ochsenhausen und Rotenfels seit 2007



Datenquelle: Kultusministerium

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

204 11



## Bildungsergebnisse und Qualitätsentwicklung

- I 1 Ländervergleich zur Überprüfung der Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch
- I 2 Fremdevaluation
  - I 2.1 Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen
    - I 2.1.1 Grundlagen
    - I 2.1.2 Ergebnisse
    - I 2.1.3 Vertiefende Analysen
  - I 2.2 Fremdevaluation an beruflichen Schulen
    - I 2.2.1 Grundlagen
    - I 2.2.2 Ergebnisse
    - I 2.2.3 Vertiefende Analysen
- I 3 Diagnose- und Vergleichsarbeiten
  - I 3.1 Diagnosearbeiten an Grundschulen (VERA 3)
  - I 3.2 Vergleichsarbeiten an weiterführenden Schulen (DVA)





# I Bildungsergebnisse und Qualitätsentwicklung

Die in Baden-Württemberg eingeführten Maßnahmen zur Qualitätssicherung von Schule und Unterricht zielen entsprechend der im Juni 2006 von der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossenen *Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring*<sup>1</sup> darauf ab, Leistungsergebnisse des Bildungssystems systematisch und wissenschaftlich abgesichert darzustellen. Der KMK-Maßnahmenkatalog umfasst vier konzeptionell miteinander verbundene Bereiche: Die Teilnahme an internationalen Schulleistungsuntersuchungen, die zentrale Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards im Ländervergleich, Vergleichsarbeiten zur landesweiten Überprüfung der Leistungsfähigkeit einzelner Schulen

innerhalb der Länder sowie die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern. Darüber hinaus hat Baden-Württemberg – wie auch andere Bundesländer – ein System der schulischen Qualitätssicherung implementiert, in dem Selbstevaluation, Fremdevaluation und mit der Schulaufsicht zu treffende Zielvereinbarungen als verpflichtende Elemente der Schul- und Unterrichtsentwicklung eine zentrale Rolle einnehmen.

Umsetzungswege und Ergebnisse dieser Maßnahmen sind Inhalte der folgenden Kapitel: **I 1** stellt die Resultate des Ländervergleichs zur Überprüfung der Bildungsstandards 2009 für Baden-Württemberg dar. Die zentralen Ergebnisse der verpflichtenden Fremdevaluation sind Thema von Kapitel **I 2**. Im Abschnitt **I 3** werden wichtige Erkenntnisse der Diagnosearbeiten an Grundschulen und der Vergleichsarbeiten an weiterführenden Schulen berichtet.

---

1 Vgl. <http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaets-sicherung-in-schulen/bildungsmonitoring/ueberblick-gesamtstrategie-zum-bildungsmonitoring.html>; Zugriff am 16.02.2011

## I 1 Ländervergleich zur Überprüfung der Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch

In den Jahren 2003 und 2004 hat die Kultusministerkonferenz für alle 16 Bundesländer verbindliche Bildungsstandards für die Grundschule sowie für das Ende der Sekundarstufe I verabschiedet. Bildungsstandards sind als Leistungsstandards zu verstehen, die Ziele der pädagogischen Arbeit in den Schulen definieren und darüber hinaus festlegen, welche Kompetenzen Schüler bis zu einer bestimmten Jahrgangsstufe erworben haben sollen. Sie formulieren Basisqualifikationen, die für die weitere schulische und berufliche Ausbildung von Bedeutung sind und anschlussfähiges Lernen ermöglichen. Bildungsstandards liegen derzeit für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4, in den Fächern Deutsch und Mathematik), für den Hauptschulabschluss (Jahrgangsstufe 9, in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Englisch oder Französisch als erste Fremdsprachen) und für den Mittleren Schulabschluss (Jahrgangsstufe 10, in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache Englisch/ Französisch, Biologie, Chemie und Physik) vor. Bildungsstandards für die gymnasiale Oberstufe (Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Biologie, Chemie und Physik) befinden sich derzeit in Erarbeitung.

An die Beschlüsse zur Einführung von Bildungsstandards sind weitreichende Maßnahmen der Qualitätssicherung gekoppelt. Gemäß der KMK-Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring wird das Erreichen der Standards innerhalb der Länder durch Vergleichsarbeiten und länderübergreifend mittels stichprobenbasierter Leistungsvergleiche überprüft. Ziel der Testungen ist es, frühzeitig zu erkennen, in welchem Umfang die in den Bildungsstandards formulierten Leistungserwartungen erfüllt werden. Durch die Einführung abschlussbezogener Bildungsstandards kann die schulische Qualitätsentwicklung aller Bundesländer zum ersten Mal an einem gemeinsam vereinbarten Maßstab ausgerichtet werden.

### Baden-württembergische Bildungspläne integrieren KMK-Standards

Die am 21. Januar 2004 veröffentlichten baden-württembergischen Bildungspläne für die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium gehen in vielen Fällen über die KMK-Standards hinaus. In einigen Fällen bedurften sie jedoch der Konkretisierung anhand von

Begrifflichkeiten, Inhalten und Themen, die durch die KMK-Standards explizit ausgewiesen werden. Ende 2007 übermittelte daher das Kultusministerium den betreffenden Schularten *fachspezifische Hinweise zur Umsetzung der Bildungspläne unter Beachtung der KMK-Standards*, die zu einer besseren Einbindung der KMK-Standards in das System der baden-württembergischen Bildungsstandards beitragen.

Damit vollzog sich ein Wechsel von einer vorrangigen Inputsteuerung des Schulsystems hin zu einer Outputsteuerung. Während frühere Lehrpläne in erster Linie die zu unterrichtenden Inhalte auswiesen, schreiben die neuen Bildungspläne vor, welche fachlichen, personalen, sozialen und methodischen Kompetenzen Kinder und Jugendliche bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erwerben müssen. Bei der Umsetzung erhalten die Schulen durch die Reduzierung von Inhalten größere Freiräume. Sie erstellen ein spezifisches Schulcurriculum, für das circa ein Drittel der Unterrichtszeit zur Verfügung steht.

### Leistungstests ermöglichen das Messen der erworbenen fachlichen Kompetenzen

Die Überprüfung der sprachlichen Kompetenzen im Ländervergleich im Jahr 2009 basiert auf den KMK-Bildungsstandards für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch. Verantwortlich für die Durchführung der Testung ist das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB).

Mit den Erhebungen zum Ländervergleich waren zwei Anliegen verbunden: Zum einen sollten die Tests länderspezifisch darüber Auskunft geben, in welchem Umfang Schüler, die den mittleren Schulabschluss anstreben, bereits ein Jahr vor Abschluss der Sekundarstufe I die Ziele der Bildungsstandards für die Fächer Deutsch und die erste Fremdsprache erreichen. Zum anderen sollte es die Erhebung im Jahr 2009 für die Fächer Deutsch und Englisch gestatten, alle 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der in der 9. Jahrgangsstufe des allgemein bildenden Schulsystems erzielten Leistungen zu vergleichen.<sup>2</sup>

In Deutsch wurden Teile der Kompetenzbereiche »Sprechen und Zuhören«, »Lesen – mit Texten und Medien umgehen« sowie »Schreiben« unter den Aspekten *Zuhören, Lesen sowie Orthografie* getestet.

2 Vgl. zu den Ausführungen in diesem Kapitel Köller, O.; Knigge, M.; Tesch, B. (Hrsg.) (2010): Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich; Münster.

Nicht alle in den Bildungsstandards aufgeführten Teilkompetenzen können untersucht werden (zum Beispiel der Kompetenzbereich »Sprechen«) – eine Verallgemeinerung dieser Teilkompetenzen zu einer »Deutschkompetenz« ist daher nicht möglich.

Grundlage für die Testung in den ersten Fremdsprachen Englisch und Französisch ist die Anbindung der betreffenden Bildungsstandards an den Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) des Europarats. Im Bereich der Sprachen stellt der GER eine gemeinsame Basis für die explizite Beschreibung von Zielen, Inhalten und Methoden zur Verfügung. Insgesamt werden sechs Niveaustufen unterschieden, welche die elementare Sprachverwendung (A1 und A2), selbstständige Sprachverwendung (B1 und B2) sowie die kompetente Sprachverwendung (C1 und C2) umfassen.<sup>3</sup>

Im GER werden kommunikative Kompetenzen – bestehend aus kommunikativen Fertigkeiten und den zur Verfügung stehenden sprachlichen Mitteln – sowie interkulturelle und methodische Kompetenzen unterschieden. Die Testung im Rahmen des Ländervergleichs beschränkt sich auf die kommunikativen Fertigkeiten und die darin enthaltenen Teilbereiche *Hör- und Leseverstehen*.

### Kompetenzstufenmodelle für den Mittleren Schulabschluss

Die für die Testung eingesetzten Aufgaben wurden entsprechend ihres Schwierigkeitsgrads auf einer linearen Skala fünf Kompetenzstufen zugeordnet. Durch die bei der Normierung der Aufgaben und ihrer fachdidaktischen Analyse gewonnenen Daten konnten auf dieser Skala Grenzwerte eingetragen werden, die das jeweilige Kompetenzspektrum in jeweils fünf Kompetenzstufen unterteilen. Teilaufgaben (Items) mit vergleichbarem Anspruchsniveau liegen somit in einer gemeinsamen Kompetenzstufe.

Die Anwendung komplexer Testverfahren erlaubt es, dass auf derselben Skala, auf der die Items ihrer Schwierigkeit entsprechend angeordnet sind, auch die jeweilige mittlere Leistungsfähigkeit der getesteten Schüler eingeordnet und damit einer bestimmten Kompetenzstufe zugerechnet werden. Neben der Zuordnung zu einer der fünf Kompetenzstufen erfolgt eine alle Kompetenzbereiche umfassende Klassifizierung in Mindest-

3 Die höchste Niveaustufe C2 entspricht einer nahezu muttersprachlichen Sprachbeherrschung und blieb bei der Testung unberücksichtigt, da davon auszugehen war, dass nur sehr wenige Schüler dieses Niveau erreichen.

## I 1 (T1)

## Zusammenhang von Niveauanforderungen der Bildungsstandards, Kompetenzstufen und GER-Niveaustufen

Klassifizierung nach Niveauanforderungen	Deutsch	Erste Fremdsprache Englisch/ Französisch
	(Zuhören, Lesen, Orthografie; Kompetenzstufenmodell des IOB)	(Lese- und Hörverstehen nach GER-Niveaustufe)
Verfehlung von Mindeststandards	Kompetenzstufe I	Niveau A2.1 (A2-) und niedriger
Erreichung von Mindeststandards	Kompetenzstufe II	Niveau A2.2 (A2+) und B1.1 (B1-)
Erreichung von Regelstandards	Kompetenzstufe III	Niveau B1.2 (B1+)
Erreichung der Regelstandards plus	Kompetenzstufe IV	Niveau B2.1 (B2-)
Erreichung von Maximalstandards	Kompetenzstufe V	Niveau B2.2 (B2+) und höher

Datenquelle: IOB Ländervergleich, 2010

Regel- und Maximalstandards gemäß der KMK-Bildungsstandards (Tabelle I 1 (T1)).

*Mindeststandards* beziehen sich auf ein definiertes Minimum an Kompetenzen, das alle Schüler zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt in ihrer Schullaufbahn erreicht haben müssen. Ein Unterschreiten des definierten Minimalniveaus am Ende der Schullaufbahn würde mit erheblichen Schwierigkeiten dieser Schüler beim Übergang ins Berufsleben einhergehen. *Regelstandards* beschreiben Kompetenzen, die in der Regel von den Schülern einer Jahrgangsstufe erreicht werden sollen. Am Ende der Schullaufbahn würden Regelstandards entsprechend das Ausmaß an Kompetenz und Wissen kennzeichnen, über das zum Beispiel ein durchschnittlicher Zehntklässler verfügen sollte. Als höchste Niveaustufe der Bildungsstandards werden *Maximalstandards* definiert. Die im oberen Leistungsniveau angesiedelten Kompetenzen beziehen sich darauf, was die besten Schüler der jeweiligen Jahrgangsstufen können sollten.

In Baden-Württemberg wurden im Rahmen des Ländervergleichs 115 830 Schüler der 9. Jahrgangsstufe getestet. Jeweils knapp 31 % davon besuchten Hauptschulen oder Gymnasien, 38 % Realschulen und 0,5 % Schulen besonderer Art.

Die Testskalen des Ländervergleichs in den Fächern Deutsch und Englisch sind so konzipiert, dass – analog zu den PISA-Studien – der gesamtdeutsche Mittelwert für alle Neuntklässler im allgemein bildenden Schulsystem in den Kompetenzbereichen jeweils 500 Punkte mit einer Standardabweichung von 100 Punkten beträgt. Lediglich für den Kompetenzbereich Lesen wurde ein Mittelwert von 496 Punkten zugrunde gelegt, um das Kompetenzstufenmodell für diesen Bereich möglichst präzise an die Befunde der PISA-Studie des Jahres 2000 anlehnen zu können.

### Fach Deutsch: Leistungen der Neuntklässler in Baden-Württemberg liegen in allen Kompetenzbereichen über dem Bundesdurchschnitt

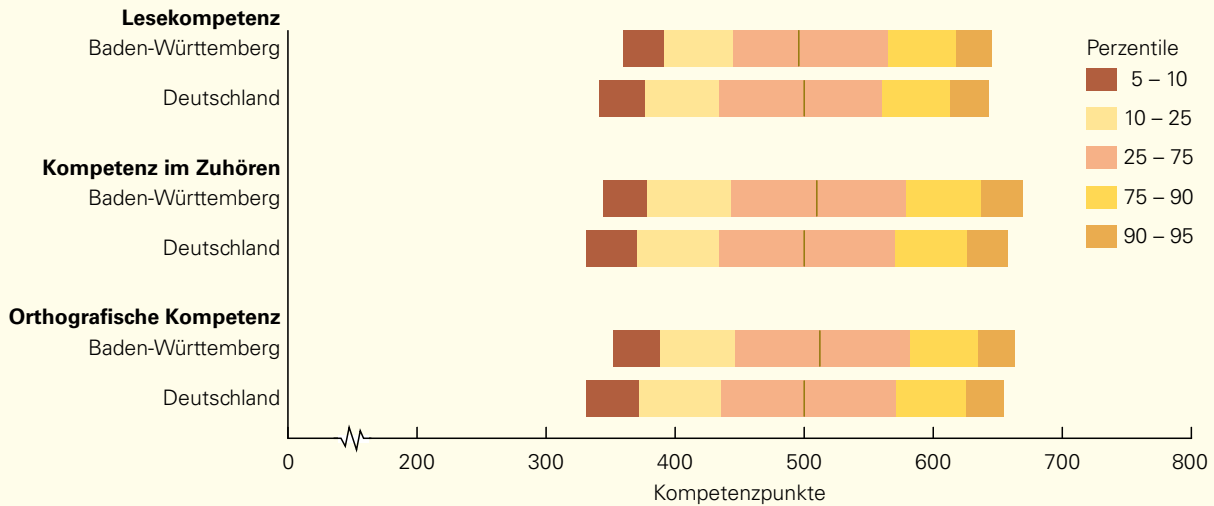
Die durchschnittlichen Testleistungen der baden-württembergischen Neuntklässler aller allgemein bildenden Schularten liegen in den untersuchten Kompetenzbereichen des Fachs Deutsch signifikant über dem für Gesamtdeutschland ermittelten Wert (Tabelle I 1 (T2) im Anhang). Für den Bereich *Lesekompetenz* ergibt sich ein mittlerer Leistungswert von 504 Punkten (Deutschlandwert 496 Punkte), für den Bereich *Zuhören* 510 Punkte und für die *orthografische Kompetenz* 512 Punkte (Deutschlandwerte jeweils 500 Punkte). Die Mittelwerte liefern allerdings nur einen relativ groben Überblick über die Testleistungen der Gesamtschülerschaft. Für eine vertiefende Betrachtung erforderlich ist eine Analyse der Leistungsstreuung und Leistungsbandbreite der jeweils leistungsschwächsten und -stärksten Schüleranteile. Ist der Abstand zwischen den Leistungsstärksten und den leistungsschwächsten besonders groß, deutet dies auf eine ausgeprägte Ungleichheit des Leistungsniveaus hin.

Die Verteilung der Schüleranteile mit unterschiedlicher Leistungsstärke auf der Kompetenzskala erfolgt in Form von Perzentilbändern (Grafik I 1 (G1)). Ein Perzentilwert ist ein Prozentwert auf der definierten Punkteskala, der einen bestimmten Anteil der Untersuchungsgruppe abschneidet. So finden sich zum Beispiel unterhalb des Perzentilwerts 5 die 5 % leistungsschwächsten Schüler, zwischen den Perzentilwerten 25 und 75 die Hälfte der untersuchten Schülerschaft und oberhalb des Perzentilwerts 95 die 5 % Leistungsstärksten.

Die Gruppe der leistungsschwächsten untersuchten Neuntklässler aus Baden-Württemberg weist in allen Teilkompetenzbereichen des Fachs Deutsch einen höheren Wert auf als der Bundesdurchschnitt. Der Wert für

I 1 (G1)

**Leistungen der Schüler allgemein bildender Schulen der Jahrgangsstufe 9 in Baden-Württemberg und Deutschland nach Kompetenzbereichen**



Kompetenzbereich	Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardabweichung <sup>1)</sup>	Perzentilwert						Spannweite 95 – 5
			5	10	25	75	90	95	
<b>Deutsch – Lesekompetenz</b>									
Baden-Württemberg	<b>504</b>	87	360	391	445	565	617	645	285
Deutschland	496	92	341	376	434	560	613	643	301
<b>Deutsch – Kompetenz im Zuhören</b>									
Baden-Württemberg	<b>510</b>	99	344	378	443	579	637	669	325
Deutschland	500	100	331	370	434	570	626	658	327
<b>Deutsch – orthografische Kompetenz</b>									
Baden-Württemberg	<b>512</b>	96	352	388	446	582	634	663	311
Deutschland	500	100	331	372	435	571	625	655	325

1) Vgl. erläuternde Hinweise am Ende des Kapitels.  
Die Perzentilwerte geben an, wieviel Prozent der Schüler unter dem jeweiligen Punktwert liegen; zum Beispiel: 5 % der Neuntklässler aus Baden-Württemberg erreichen unter 360 Punkte im Bereich Lesekompetenz, 95 % erzielen darüber liegende Werte, davon 5 % Werte zwischen 360 und 391 Punkten etc.  
**Fettdruck** = statistisch signifikante Abweichung vom Mittelwert für Deutschland.

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

434 11

die *Lesekompetenz* liegt um 19 Punkte höher, der Wert für die Kompetenz *Zuhören* 13 Punkte und der Wert für die *orthografische Kompetenz* um 21 Punkte über dem gemittelten Wert für Deutschland. Ebenfalls gilt dies für die Gruppe der Leistungsstärksten, die auf der Kompetenzskala – insbesondere in den Bereichen

*Zuhören und Orthografie* – höhere Werte als der Bundesdurchschnitt erreichen.

Für die ersten beiden Schuljahre der Sekundarstufe I kann von einem Kompetenzzuwachs im Bereich Lesen von rund 35 Punkten pro Schuljahr ausgegangen wer-

den, für die beiden Jahrgangsstufen 7 und 8 von lediglich 25 Punkten insgesamt. Gegen Ende der Sekundarstufe I sinken die jährlichen Kompetenzzuwächse deutlich ab.<sup>4</sup> Die festgestellte Punktedifferenz in der Lesekompetenz zwischen den leistungsschwächsten Schülern aus Baden-Württemberg und den leistungsschwächsten im Bundesdurchschnitt entspricht somit in etwa dem Punktezuwachs, der zwischen Mitte und Ende der Sekundarstufe I erzielt wird.

Die Spannweite der Perzentilbänder ist für die Schüler aus Baden-Württemberg im Vergleich zum gesamtdeutschen Wert etwas kleiner (Grafik I 1 (G1)). Die Leistungsunterschiede zwischen den leistungsstärksten und der leistungsschwächsten Schülergruppe sind somit geringer ausgeprägt, das Leistungsniveau homogener bei insgesamt höherem Niveau.

### Fach Englisch: Signifikant bessere Leistungen nur im Kompetenzbereich Hörverstehen

Die Neuntklässler in Baden-Württemberg erzielen im Fach Englisch bessere Testwerte als der Bundesdurchschnitt (Tabelle I 1 (T2) im Anhang). Für die Teilkompetenz *Leseverstehen* beträgt der Wert für die Testleistung 507 Punkte, für den Bereich *Hörverstehen* 511 Punkte (Werte für Deutschland jeweils 500 Punkte). Im statistischen Sinne signifikant<sup>5</sup> ist jedoch nur der Unterschied für den Kompetenzbereich *Hörverstehen*.

Wie im Fach Deutsch weisen auch in den Teilkompetenzbereichen Englisch die leistungsschwächsten Schüler aus Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundeswert bessere Testleistungen auf (Grafik I 1 (G2)). Der Abstand im Bereich *Leseverstehen* beträgt 22 Punkte, im *Hörverstehen* 24 Punkte. Die Leistungsspitze in Baden-Württemberg liegt im *Leseverstehen* allerdings 6 Punkte unterhalb des Bundesdurchschnitts der Gruppe der Leistungsstärksten und im *Hörverstehen* mit 2 Punkten nur leicht darüber. Die Leistungsspannweite zwischen der stärksten und schwächsten Gruppe ist wiederum deutlich kleiner als im gesamtdeutschen Vergleich. Die Neuntklässler in Baden-Württemberg sind in Bezug auf ihre Leistungen in den getesteten Bereichen weniger heterogen.

### Kein Bundesvergleich bei Französisch als erster Fremdsprache

Das Fach Französisch als erste Fremdsprache wird nur in sechs Bundesländern – darunter Baden-Württemberg – von einer ausreichenden Anzahl von Schülern

gewählt, um repräsentative Auswertungen erstellen zu können. Zudem unterscheidet sich die Zusammensetzung dieser Schülerschaft entsprechend ihrer sozialen Herkunft in anderen Bundesländern teilweise deutlich von derjenigen mit erster Fremdsprache Englisch. Ein Durchschnittswert für das Bundesgebiet wurde in der Studie zum Ländervergleich deshalb nicht berechnet, ebenfalls wurde auf das Ausweisen von Perzentilrängen verzichtet.

Die festgestellte Leistungsstreuung ist relativ groß, in den beiden getesteten Kompetenzbereichen Lese- und Hörverstehen allerdings wenig unterschiedlich (Grafik I 1 (G3)). Rund 27 % der Schüler erreichen in Jahrgangsstufe 9 das Niveau A2.2/B1.1. Im Bereich *Leseverstehen* entsprechen die Testleistungen jeweils etwa eines Fünftels der Schüler den Niveaus B1.2, B2.1 sowie B2.2 und höher. Beim Kompetenzbereich *Hörverstehen* fällt die Leistungsspitze mit knapp 19 % etwas kleiner aus, die Niveaustufen B1.2 und B2.1 mit 27 % bzw. 25 % etwas größer. Ein mit 5 % bzw. 2 % geringer Teil bleibt mit seinen Leistungen unterhalb der Stufe A2.2.

### Mehrzahl erreicht oder übertrifft bereits in der 9. Jahrgangsstufe die Regelstandards für Jahrgangsstufe 10

Für die Ermittlung der Kompetenzstufen in Bezug auf das Erreichen der KMK-Bildungsstandards Sekundarstufe I wurden nur die Schülergruppen betrachtet, die mindestens einen mittleren Bildungsabschluss anstreben. Unter diesen Schülern erreicht bzw. übertrifft eine große Mehrheit bereits die für das Ende der Klasse 10 gesetzten Regelstandards des Fachs Deutsch. Für die Bildungsziele im Kompetenzbereich *Zuhören* ist dies bei 90 % der Fall, im Kompetenzbereich *Lesen* bei 73 % und für den Bereich *Orthografie* bei 87 % (Tabelle I 1 (T3) im Anhang). Innerhalb der drei getesteten Kompetenzbereiche nimmt die *Lesekompetenz* eine Sonderrolle ein. Einerseits ist der Anteil derer, die hier die Regelstandards noch nicht erreichen, mit knapp 27 % deutlich größer als bei den Bereichen *Zuhören* (10 %) und *Orthografie* (13 %). Andererseits erreichen mit 34 % deutlich weniger die über dem Regelstandard liegenden Kompetenzstufen IV und V. In den Bereichen *Zuhören* und *Orthografie* erreichen 57 % bzw. 51 % die beiden höchsten Stufen.

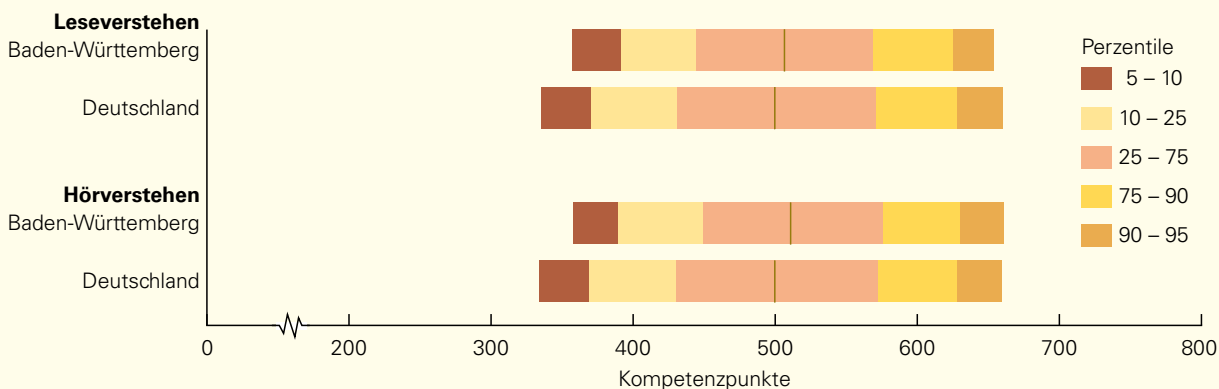
Im Fach Englisch als erste Fremdsprache, Kompetenzbereich *Hörverstehen*, erreichen bzw. übertreffen 46 % der mindestens einen mittleren Abschluss anstrebbenden Schüler die Regelstandards der 10. Jahrgangsstufe bereits im Schuljahr zuvor. Im Kompetenzbereich *Leseverstehen* sind es 41 % (Tabelle I 1 (T4) im Anhang).

4 Vgl. Köller, O.; Knigge, M.; Tesch, B. (Hrsg.) (2010), S. 93.

5 Siehe erläuternde Hinweise am Ende des Kapitels.

I1 (G 2)

**Leistungen der Schüler allgemein bildender Schulen der Jahrgangsstufe 9 in Baden-Württemberg und Deutschland im Fach Englisch als erster Fremdsprache 2009 nach Kompetenzbereichen**



Kompetenzbereich	Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardabweichung <sup>1)</sup>	Perzentilwert						Spannweite 95 – 5
			5	10	25	75	90	95	
<b>Deutsch – Leseverstehen</b>									
Baden-Württemberg	507	90	357	391	444	569	625	645	297
Deutschland	500	100	335	370	431	571	628	660	325
<b>Deutsch – Hörverstehen</b>									
Baden-Württemberg	<b>511</b>	92	358	389	449	449	630	661	304
Deutschland	500	100	334	369	430	572	628	659	325

1) Vgl. erläuternde Hinweise am Ende des Kapitels.  
Die Perzentilwerte geben an, wieviel Prozent der Schüler unter dem jeweiligen Punktwert liegen; zum Beispiel: 5 % der Neuntklässler aus Baden-Württemberg erreichen unter 360 Punkte im Bereich Lesekompetenz, 95 % erzielen darüber liegende Werte, davon 5 % Werte zwischen 360 und 391 Punkten etc.  
**Fettdruck** = statistisch signifikante Abweichung vom Mittelwert für Deutschland.

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

433 11

Neuntklässler mit Mindestbildungsziel Mittlere Reife, die Französisch als erste Fremdsprache belegten, erreichen bzw. übertreffen zu 70 % vorzeitig die erst zum Ende der Sekundarstufe I geltenden Regelstandards im Bereich *Hörverstehen*. Im Kompetenzbereich *Leseverstehen* sind es 67 % (Tabelle I 1 (T4) im Anhang).

**Unterschiedliche Kompetenzzuwächse in Jahrgangsstufe 10 je nach Fach zu erwarten**

Die im Rahmen des Ländervergleichs durchgeführte Normierungsstudie kam zu dem Ergebnis, dass im Verlauf der 10. Jahrgangsstufe für das Fach Deutsch lediglich ein mittlerer Kompetenzgewinn von 10 Punkten gegenüber dem Ende der 9. Jahrgangsstufe

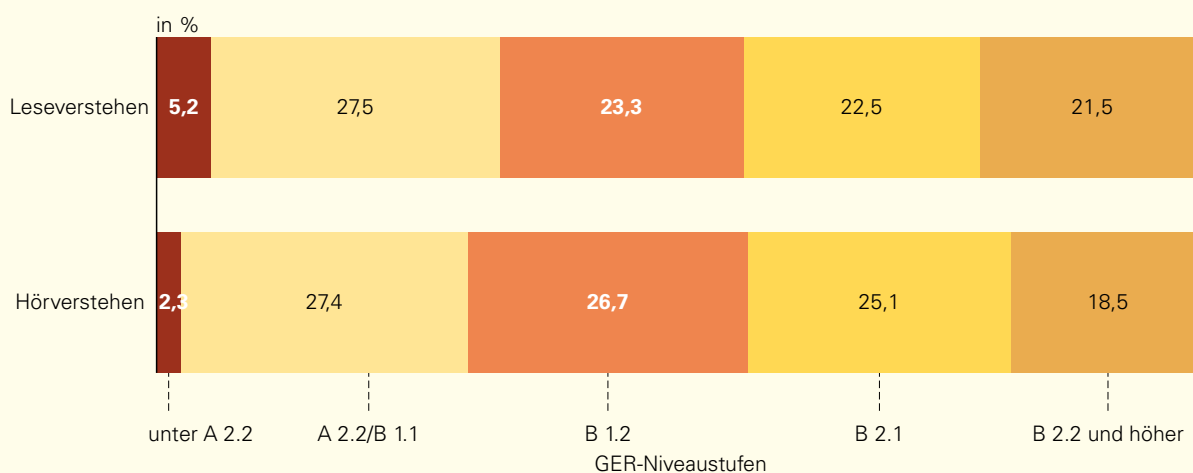
erworben wird.<sup>6</sup> Die Verteilung der Schüleranteile auf die einzelnen Kompetenzstufen zum Ende der 10. Jahrgangsstufe wird sich aufgrund dieses relativ geringen Zuwachses nur wenig gegenüber der für die Jahrgangsstufe 9 festgestellten Werte verändern. Somit kann abgeschätzt werden, welcher Anteil der einen mittleren Abschluss anstrebenden Schüler die Regelstandards für diese Abschlussart zum Ende der Sekundarstufe I nicht erreichen oder aber übertreffen wird.

Unter der Annahme eines geringfügigen Kompetenzgewinns ist abschätzbar, dass im Bereich *Zuhören* weniger

<sup>6</sup> Vgl. Köller, O.; Knigge, M.; Tesch, B. (Hrsg.) (2010), S. 111.

## I 1 (G3)

## Leistungen der Schüler allgemein bildender Schulen der Jahrgangsstufe 9 in Baden-Württemberg im Fach Französisch als erster Fremdsprache 2009 nach GER-Niveaustufen



435 11

als 9 % der Schüler lediglich nur die Mindeststandards erreichen werden, im Bereich *Lesen* rund 20 % und im Bereich *Orthografie* weniger als 11 %. Nur ein sehr geringer Teil wird in diesen Kompetenzbereichen die Mindeststandards auch am Ende der 10. Jahrgangsstufe nicht erfüllen. Im Kompetenzbereich *Lesen* wird dieser Anteil allerdings größer sein und knapp 5 % erreichen. Ein erheblicher Teil der Schüler wird die Regelstandards übertreffen. Im Kompetenzbereich *Zuhören* ist von einem Anteil über 56 % auszugehen (bei den Gymnasien über 80 %), im Bereich *Lesen* von über 34 % (bei den Gymnasien über 58 %) und im Bereich *Orthografie* mehr als 52 % (bei den Gymnasien über 84 %).

Trotz eines für das Fach Englisch zu erwartenden deutlichen Kompetenzzuwachses von 40 Punkten im Verlauf der Jahrgangsstufe 10 ist abschätzbar, dass rund ein Drittel der einen mittleren Abschluss anstrebenden Schüler nicht die Regelstandards, sondern lediglich die Mindeststandards erreichen wird. Weitere 2 % für den Bereich *Hörverstehen* bzw. 6 % für den Bereich *Leseverstehen* werden hinter den Mindeststandards zurückbleiben. Andererseits wird über ein Drittel aller Schüler der Jahrgangsstufe 10 – bei den Gymnasien rund zwei Drittel – die KMK-Regelstandards übertreffen.

Für das Fach Französisch wird ein Kompetenzzuwachs von 47 Punkten im letzten Schuljahr der Sekundarstufe I angenommen. Somit ist zu erwarten, dass prognostizierte 14 % lediglich die Mindeststan-

dards erreichen und nur ein sehr geringer Teil die für den mittleren Abschluss geltenden Mindeststandards verfehlt. Über 60 % werden die Regelstandards übertreffen, wobei es kaum Unterschiede zwischen den Gymnasien und den sonstigen Schularten (im Fach Französisch sind dies die Realschulen) geben wird.

Erwartungsgemäß liegt in allen Fächern und allen getesteten Teilkompetenzen der Anteil der Gymnasiasten, der die Regelstandards erreicht bzw. übertrifft, deutlich über dem Wert der sonstigen Schularten (Tabellen I 1 (T3, T4) im Anhang).

### Mädchen erzielen bessere Leistungen in den getesteten Fächern

Zahlreiche Schulleistungsstudien belegen fachspezifisch unterschiedliche Leistungen von Jungen und Mädchen. Während Jungen im mathematischen Bereich besser abschneiden, erzielen die Mädchen im sprachlichen Bereich signifikant höhere Kompetenzwerte (vgl. Kapitel I 3). Auch der Ländervergleich der sprachlichen Kompetenzen bestätigt diese kontinuierlich feststellbaren Leistungsunterschiede.

Die größte Leistungsdifferenz findet sich im Kompetenzbereich *Orthografie* im Fach Deutsch. Hier beträgt der Abstand in Baden-Württemberg knapp 52 Punkte zugunsten der Mädchen. Weniger deutlich, jedoch

ebenfalls statistisch bedeutsam, fällt der Leistungsvorsprung mit 26 bzw. 22 Punkten in den Bereichen *Zuhören* und *Lesen* aus. In den Fremdsprachen sind die Unterschiede geringer. Der Vorsprung der Schülerinnen des Landes beträgt im Bereich *Leseverstehen* – sowohl in Englisch wie in Französisch – rund 17 Punkte. Der Abstand beim *Hörverstehen* ist in Englisch mit 19 Punkten etwas größer, in Französisch mit knapp 12 Punkten geringer.

Die generell besseren Leistungen der Mädchen zeigen sich auch gegenüber dem gemittelten Wert der geschlechtsspezifischen Leistungsunterschiede bezogen auf Deutschland insgesamt (Tabelle I 1 (T5) im Anhang). Dabei ist auffallend, dass in allen getesteten Kompetenzbereichen der Fächer Deutsch und Englisch der Vorsprung der Mädchen aus Baden-Württemberg über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt – wie bereits ausgeführt allerdings bei insgesamt stärkeren Leistungen beider Geschlechter. Im Fach Französisch liegt die Leistungsdifferenz zwischen den Geschlechtern geringfügig unterhalb des gesamtdeutschen Werts.

### Einfluss der sozialen Herkunft liegt in Baden-Württemberg auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts

Um den Einfluss sozialer Disparitäten auf die Testleistungen zu untersuchen, wurden in der Studie zum Ländervergleich der sprachlichen Kompetenzen drei Indikatoren herangezogen. Der »soziale Gradient« (1), die Differenz von mittleren Leistungswerten unterschiedlicher sozialer Schichten (2) sowie die relative Chance für den Gymnasialbesuch für Viertklässler aus unterschiedlichen sozialen Schichten (3).

(1) Der »soziale Gradient« gibt an, wie viele Testpunkte ein Schüler durchschnittlich mehr erreicht hätte, wenn der sozioökonomische Status seiner Herkunftsfamilie um den Wert einer Standardabweichung<sup>7</sup> höher wäre – je größer der soziale Gradient, desto stärker ist die soziale Ungleichheit ausgeprägt. Als Orientierungsmaß für den sozioökonomischen Status wird der HISEI<sup>8</sup> herangezogen, der Werte zwischen 16 und 90 Punkten annehmen kann. Baden-Württemberg liegt mit einem mittleren HISEI von 50,1 Punkten etwas über dem Bundesdurchschnitt von 48,7 Punkten. In Baden-Württemberg betragen

die Werte der sozialen Gradienten im Fach Deutsch 32 Punkte für den Kompetenzbereich *Lesen*, 36 Punkte für *Zuhören* und 31 Punkte für *Orthografie*. Sie unterscheiden sich damit nicht bzw. nicht signifikant von den entsprechenden Gradientenwerten für Deutschland, die 32, 35 und 31 Punkte betragen. Im Fach Englisch liegen die Landeswerte mit 27 Punkten für den Bereich *Leseverstehen* signifikant und mit 31 Punkten für *Hörverstehen* nicht signifikant unterhalb der Werte für Deutschland, die 34 bzw. 36 Punkte hoch sind (Tabelle I 1 (T6) im Anhang). Für Französisch kann aufgrund geringer Fallzahlen kein Vergleich erfolgen.

(2) Als weiteres Maß für soziale Disparitäten wird die soziale Schicht herangezogen. Als Orientierungsmaß dient hierfür die Einteilung der Herkunftsfamilien in sieben EGP-Klassen.<sup>9</sup> Die Schüler aus Familien der Klassen I und II wurden zusammengefasst, ebenso die Schüler aus Familien der Klassen V bis VII. Um den Einfluss sozialer Disparitäten auf die Testleistungen zu betrachten wurden die Leistungsunterschiede dieser beiden Extremgruppen miteinander verglichen. Je größer die Differenz der Gruppenmittelwerte, desto größer ist die soziale Ungleichheit. Die berechneten Differenzen liegen in den Kompetenzbereichen Deutsch mit 68, 81 und 63 Punkten zwar leicht, jedoch nicht statistisch signifikant über den entsprechenden bundesdeutschen Mittelwerten. Die Differenzen für die beiden Englisch-Kompetenzbereiche liegen mit 59 und 68 Punkten unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts (Tabelle I 1 (T6) im Anhang).

(3) Als Indikator für soziale Disparitäten bei der Bildungsbeteiligung zieht der Ländervergleich die relative Chance eines Kindes, ein Gymnasium zu besuchen, in Abhängigkeit von der sozialen Schichtzugehörigkeit heran. Das Orientierungsmaß bilden wiederum die EGP-Klassen. Die relative Chance für den Gymnasialbesuch wird in Form von »Wettquotienten« ausgedrückt. Betrachtet wird dabei nur der Einfluss der sozialen Schichtzugehörigkeit, nicht die Leseleistungsfähigkeit des Kindes. Über statistische Verfahren kann gewährleistet werden, dass etwaige Leistungsunterschiede in der *Lesekompetenz* der betrachteten Schüler die Ergebnisse nicht beeinflussen. Die Werte geben somit Auskunft, um welchen Faktor die relative Chance eines Kindes auf den Gymnasialbesuch aus einer Familie einer bestimmten EGP-Klasse gegenüber einem Kind aus der Referenz-EGP-Klasse bei gleicher

7 Vgl. die Erläuterungen am Ende des Kapitels.

8 ISEI: International Socio-Economic Index of Occupational Status. Je höher der Wert, desto höher ist der sozioökonomische Status; HISEI: höchster ISEI-Wert der Eltern.

9 »Erikson-Goldthorpe-Portocarero-Klassen« als Indikator für die soziale Herkunft; EGP-Klasse I umfasst die »oberste Dienstleistungsklasse«, EGP-Klasse VII »ungelernte Arbeiter«.



Leseleistung höher ist.<sup>10</sup> Für Baden-Württemberg ergibt diese Analyse, dass die Chance für den Besuch eines Gymnasiums für ein Kind aus der EGP-Klasse I um den Faktor 6,6, für ein Kind aus EGP-Klasse II um den Faktor 3,0 gegenüber einem im Lesen gleich starken Kind aus einer Facharbeiterfamilie (EGP-Klassen V und VI) höher liegt. Die Werte für Deutschland liegen mit Faktoren von 4,5 bzw. 2,5 darunter.

Dieses Modell gibt allerdings nur Auskünfte über die Übergänge von der Primarstufe in die Sekundarstufe I. Einer objektiven Analyse der Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg wird es nicht gerecht, da es die verschiedenen alternativen Möglichkeiten zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung nicht adäquat abbildet. Ein großer Teil der Hochschulzugangsberechtigungen wird nicht durch Abschlüsse an allgemein bildenden Gymnasien erworben, sondern an Bildungsgängen in beruflichen Schulen. Absolventen von Realschulen, Hauptschulen/Werkrealschulen und Berufsschulen können unter bestimmten Voraussetzungen die Fachhochschulreife und die allgemeine Hochschulreife an beruflichen Gymnasien, Berufskollegs oder Berufsoberschulen erlangen. So erhielten 2009 rund 30 % der Abiturienten ihr Zeugnis an einem beruflichen Gymnasium. Insgesamt wurde in diesem Jahr knapp die Hälfte aller Hochschulzugangsberechtigungen an beruflichen Schulen erworben (vgl. **Kapitel F 1**). Diese Möglichkeit des Erwerbs der Hochschulreife wird von Schülern aus Familien mit niedrigerem sozialem Status stärker genutzt.<sup>11</sup> Die Bedeutung des Übergangs von der Grundschule auf das Gymnasium wird hinsichtlich der Verteilung von Bildungschancen überschätzt, da in Baden-Württemberg alternative

Wege zum Erwerb einer Studienberechtigung eingeschlagen werden können.

### Deutliche migrationsbedingte Disparitäten, jedoch weniger stark ausgeprägt als im Bundesschnitt

Für die Fächer Deutsch und Englisch wurden die Testleistungen der Schüler mit Migrationshintergrund<sup>12</sup> mit den Leistungen der anderen Schüler verglichen. In allen Kompetenzbereichen zeigt sich ein deutlicher Leistungsunterschied zu Ungunsten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Im Fach Deutsch, Kompetenzbereich *Lesen*, beträgt die Leistungsdifferenz 60 Punkte, im *Zuhören* 71 Punkte und in der *Orthografie* 47 Punkte (Tabelle I 1 (T7) im Anhang). Für das Fach Englisch fallen die Unterschiede weniger deutlich aus. Sie betragen im *Leseverstehen* 40 Punkte und im *Hörverstehen* 44 Punkte. Der Leistungsmittelwert der Schüler mit Migrationshintergrund liegt in Baden-Württemberg in allen getesteten Kompetenzbereichen über dem Durchschnittswert für Deutschland.

Die in der Studie zum Ländervergleich festgestellten Leistungsunterschiede von Jugendlichen mit Migrationshintergrund betreffen diese Schülergruppe nicht gleichermaßen. Deutliche Unterschiede sind zwischen Schülern unterschiedlicher Herkunftsnationen festzustellen. So liegen die mittleren Leistungen von Schülern aus den Herkunftsländern Polen und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den Deutsch- und Englisch-Kompetenzbereichen fast durchweg mehr als 50 Punkte über den Leistungen von Schülern aus der Türkei (vgl. **Kapitel D 5**).

10 Ein alternatives Auswertungsmodell ermöglicht die Betrachtung des Effekts, der sich ohne Kontrolle der Leseleistung ergibt. Dieses Modell wird aufgrund seiner geringeren Aussagekraft hier jedoch nicht dargestellt.

11 Köller, O.; Watermann, R.; Trautwein, U.; Lüdtke, O. (Hrsg.) (2004): Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg. TOSCA – Eine Untersuchung der allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg.

12 Entsprechend der Definition der Studie zum Ländervergleich liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn beide Elternteile bzw. die Eltern und der Jugendliche im Ausland geboren wurden.

**i**

## Standardabweichung und Standardfehler

**Standardabweichung (SD):** Maß für die Streuung der Messwerte. Wird die Standardabweichung zu beiden Seiten des Mittelwerts aufgetragen, liegen etwa 68 % der Werte innerhalb dieses Intervalls.

**Standardfehler (SE):** Dieses Maß gibt an, wie weit ein Stichprobenwert um den wahren Wert der Grundgesamtheit streut. Der Wert der Grundgesamtheit liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 68 % innerhalb des Intervalls, das durch den Wert des Standardfehlers bestimmt wird.

**Signifikanz:** Ein empirisch festgestellter Unterschied zwischen zwei Untersuchungsgruppen gilt als signifikant, wenn die Annahme berechtigt ist, dass der vorgefundene Unterschied nicht als zufälliger, durch die mit der Stichprobenziehung verbundene Unschärfe entstandener, erklärt werden kann. Zur Überprüfung der Signifikanz werden teststatistische Verfahren herangezogen. In der Regel wird ein Unterschied als ausreichend signifikant akzeptiert, wenn er nur in 5 % aller Stichprobenziehungen rein zufällig auftreten würde, obwohl er in der Grundgesamtheit gar nicht besteht.

## I 2 Fremdevaluation

Selbst- und Fremdevaluation sind zentrale Instrumente der Schul- und Unterrichtsentwicklung an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg. Sie gewährleisten über systematische und kriteriengeleitete Verfahren der Datengewinnung Rückmeldungen zur Art und Weise des professionellen pädagogischen Handelns. Die Evaluation erfolgt in einem zweistufigen, abgestimmten Verfahren: Mittels kontinuierlicher Selbstevaluationen nehmen die Schulen interne Maßnahmen der Qualitätsentwicklung eigenverantwortlich in den Blick. Diese Standortbestimmungen werden durch eine umfangreiche, die zentralen schulischen Prozesse betrachtende Fremdevaluation ergänzt, die in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird.

Nach vorangegangenen Pilotphasen wurde die Selbstevaluation im Schuljahr 2007/08 für die allgemein bildenden Schulen und seit 2008/09 für die beruflichen Schulen eingeführt. An den beruflichen Schulen erfolgt der Einstieg in die Prozesse der Konzeption *Operativ Eigenständige Schule (OES)* stufenweise über vier Jahre hinweg. Seit dem Schuljahr 2008/09 ist die Fremdevaluation an allen öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg verbindlich. Für die Organisation und Durchführung der Fremdevaluation ist das Landesinstitut für Schulentwicklung zuständig.

Selbst- und Fremdevaluation bieten eine datengestützte Basis für die Analyse und Weiterentwicklung schulischer Qualität. Im allgemein bildenden Bereich werden diese beiden Elemente der Qualitätssicherung durch verbindlich eingeführte zentral erstellte Lernstandserhebungen, den Diagnosearbeiten an Grundschulen (VERA 3, vgl. **Kapitel I 3.1**) und Vergleichsarbeiten an weiterführenden Schulen (DVA, vgl. **Kapitel I 3.2**) ergänzt.

### I 2.1 Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen

#### I 2.1.1 Grundlagen

Die Evaluation an allgemein bildenden Schulen erfolgt auf Basis eines verbindlichen Referenzsystems zur Schulqualität in Baden-Württemberg. Für die Selbstevaluation ist dies der »Orientierungsrahmen zur Schulqualität« und für die Fremdevaluation der darauf abgestimmte »Qualitätsrahmen Fremdevaluation«.

Die Fremdevaluation wird vom Landesinstitut für Schulentwicklung mit für diese Tätigkeit abgeordneten Lehrkräften aus allen allgemein bildenden Schularten durchgeführt. Dabei werden die Schulen – je nach Größe – von einem aus zwei bis vier Mitgliedern bestehenden Evaluationsteam evaluiert. Mindestens ein Teammitglied verfügt über die Lehrbefähigung für die zu evaluierende Schulart. Auf Wunsch der Schule kann eine von dort benannte Vertrauensperson als sogenanntes »assoziertes Mitglied« das Evaluationsteam begleiten und dessen Wahrnehmungen durch eine weitere Sicht ergänzen.

Jede Fremdevaluation erfolgt nach einem standardisierten Vorgehen, in dem verschiedene qualitative Methoden der Datenerhebung zum Einsatz kommen. Sämtliche am Schulleben beteiligten Gruppen werden in die Evaluation einbezogen. Der Ablauf gliedert sich in folgende Schritte:

- Vorgespräch der Teamleitung mit der Schule,
- Analyse der von der Schule übersandten Unterlagen zur schulischen Qualitätsentwicklung, des sogenannten Schulportfolios,
- Evaluationsplanung in Abstimmung mit der Schule,
- Organisatorische Vorbereitung der Fremdevaluation durch die Schule,
- Datenerhebung und -dokumentation an der Schule im Rahmen von leitfadengestützten Interviews mit Schulleitung, Lehrkräften, Schülern und Eltern, Beobachtungen von Unterrichtssituationen bei mindestens der Hälfte aller Klassen bzw. Kurse sowie einem Schulhausrundgang,
- Auswertung der Daten,
- Erstellung des vorläufigen Evaluationsberichts,
- Ergebnispräsentation in der Gesamtlehrerkonferenz,
- Fertigstellung und Versand des Evaluationsberichts an die Schule.

Die Datenerhebung und -auswertung erfolgt in Bezug auf die im *Qualitätsrahmen Fremdevaluation* festgelegten Evaluationsbereiche und den dort formulierten Standards. Der *Qualitätsrahmen* ist thematisch analog zum

*Orientierungsrahmen zur Schulqualität* aufgebaut, der den Referenzrahmen für die Selbstevaluation bildet. Er gliedert sich insgesamt in sechs *Qualitätsbereiche*: *QB I Unterricht*, *QB II Professionalität der Lehrkräfte*, *QB III Schulführung und Schulmanagement*, *QB IV Schul- und Klassenklima*, *QB V Innerschulische und außerschulische Partnerschaften* sowie *QB Q Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung* (Tabelle I 2.1 (T1)). Jeder dieser Qualitätsbereiche ist in *Kriterien* unterteilt, die wiederum in 34 *Merkmale* differenziert sind. Diese umfassen einen obligatorischen Bereich im Umfang von 22 Qualitätsmerkmalen, der an allen evaluierten Schulen betrachtet wird, und einen sogenannten Wahlpflichtbereich, aus dem die Schule vier weitere Qualitätsmerkmale auswählt. Mit der Ausgestaltung in obligatorische und Wahlpflichtbereiche gewährleistet die Fremdevaluation Aussagen zu einem breiten Spektrum verbindlicher Kriterien und erlaubt gleichzeitig eine Rückmeldung zu schulspezifischen Schwerpunktsetzungen.

Um den Schulen eine konkrete und differenzierte Rückmeldung zu ihrem momentanen Entwicklungsstand geben zu können, ordnet das Evaluationsteam anhand der erhobenen Daten schulische Qualität auf Ebene der *Merkmale* ein. Die Einordnungen werden als *Entwicklungsstufen* bezeichnet. Diese lauten:

- Noch zu entwickelnde Praxis  
(Die auf das jeweilige Merkmal bezogenen Ziele sind im Sinne einer funktionsfähigen Praxis noch nicht erreicht.)
- Gute Praxis  
(Zielstufe: Die Ziele sind im Sinne einer funktionsfähigen Praxis erreicht.)
- Ausgezeichnete Praxis  
(Die Ziele werden durch herausragende Praxis weit übertroffen; oft handelt es sich dabei um besondere Schwerpunkte der Schule.)

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die drei Entwicklungsstufen in der schulischen Realität ein Kontinuum sind.

In einem ausführlichen Evaluationsbericht erhalten die Schulen zu jedem einzelnen evaluierten Merkmal eine spezifische Rückmeldung auf Grundlage der erhobenen Daten. Dieser beschreibende Teil macht die Einstufung transparent und nachvollziehbar. Der Bericht schließt mit konkreten Empfehlungen für die Schulentwicklung, die sich auf einzelne Qualitätsmerkmale bzw. -kriterien beziehen. Die Schule leitet den Evaluationsbericht an den Schulträger sowie an die zuständige Schulaufsichtsbehörde weiter. Letztere trifft auf Grundlage des Berichts und weiterer Ziele der Schule und Vorgaben des Landes Zielvereinbarungen mit der Schule.

## Organisation der Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen

Die in einem bestimmten Schuljahr an der Fremdevaluation teilnehmenden Schulen werden durch ein kriteriengeleitetes Zufallsverfahren ermittelt. Das Verfahren der anonymisierten Ziehung beruht im Wesentlichen auf folgenden Schritten:

- Berechnung des Anteils der Schulen und des entsprechenden Anteils einer jeden Schulart
- Ermittlung der Anteile jeder Schulart auf Ebene der Stadt- und Landkreise innerhalb eines Regierungsbezirks
- Ziehung der berechneten Schulanzahl pro Schulart in den Stadt-/ Landkreisen nach dem Zufallsprinzip für einen bestimmten Zeitraum

Dieses Verfahren ermöglicht eine repräsentative, jedoch zufällige Verteilung der evaluierten Schulen über das ganze Land bei ausgewogener Berücksichtigung aller Schularten (Grafik I 2.1 (G1)).

### I 2.1.2 Ergebnisse

In den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 wurden 476 allgemein bildende Schulen evaluiert. Davon sind

- 163 Grundschulen,
- 156 Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen/ Hauptschulen mit Werkrealschule,
- 57 Realschulen,
- 59 Gymnasien,
- 35 Sonderschulen sowie
- 6 Schulen sonstiger Schulverbünde, welche in der Auswertung unberücksichtigt bleiben.

### Häufigkeitsverteilungen der Einordnungen für den obligatorischen Bereich

Eine differenzierte Sichtweise auf die Evaluationsergebnisse leisten Häufigkeitsverteilungen. In der Visualisierung in Form von Balkendiagrammen werden die relativen Verteilungen der Einstufungen abgebildet. Somit kann abgelesen werden, welcher prozentuale Anteil der Schulen einer Schulart eine bestimmte Einordnung erhielt (Länge des Balkensegments). Die prozentualen Anteile ermöglichen darüber hinaus eine schularten-übergreifende Übersicht von Qualitätsmerkmalen, bei denen alle Schularten ähnliche Ergebnisse erzielen, und von Merkmalen, bei denen mehr oder weniger deutliche Einordnungsunterschiede vorliegen. (Fortsetzung auf Seite 295)

## I 2.1 (T1) Qualitätsbereiche, Kriterien und Merkmale des Qualitätsrahmens Fremdevaluation im Überblick

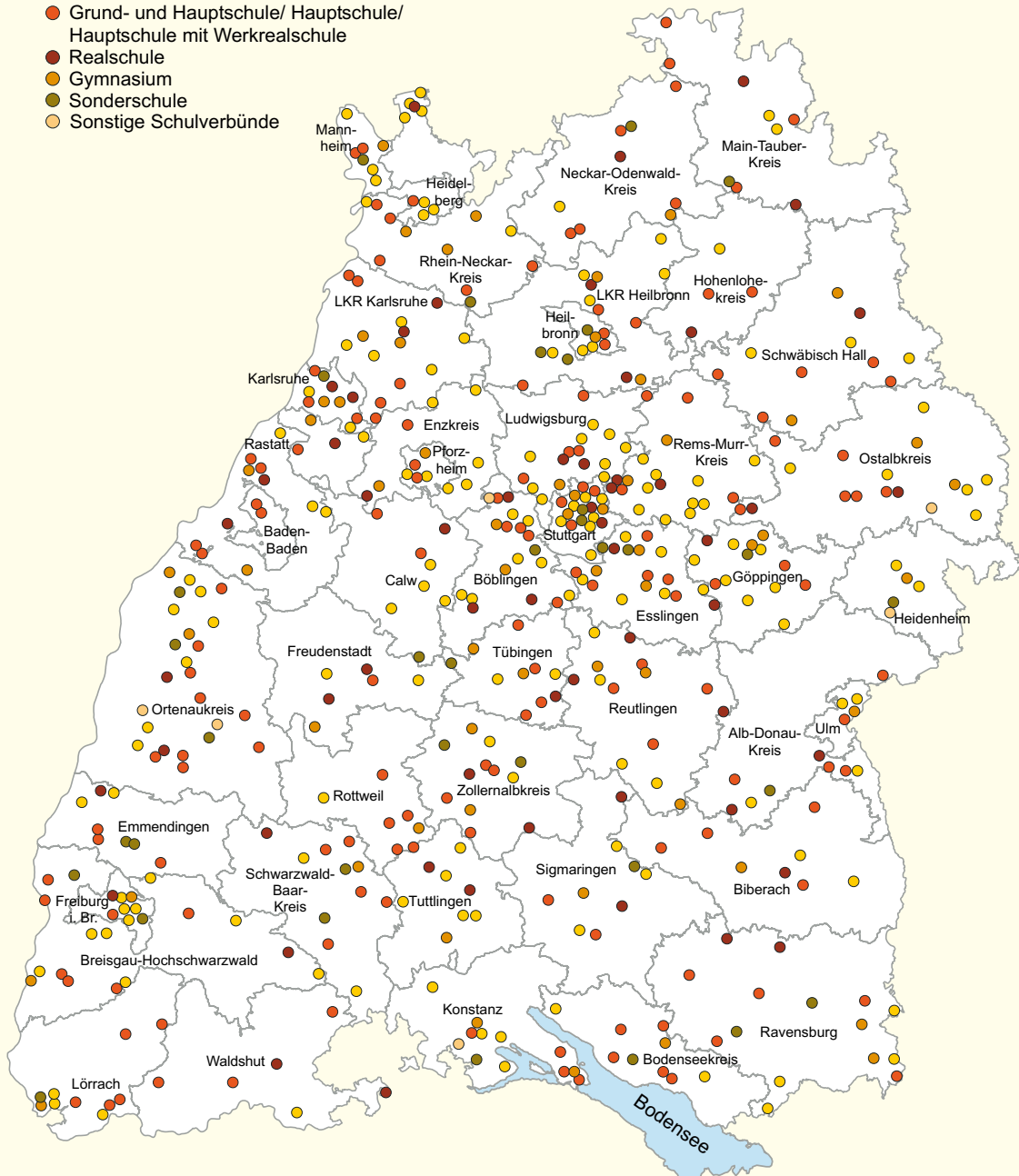
Qualitätsbereich	Kriterium <sup>1)</sup>	Anzahl der Merkmale	Merkmale
QB I Unterricht	I 2 Gestaltung der Lehr-Lern-Prozesse	8	Nutzung der Lernzeit Strukturierung der Lernangebote Differenzierungsangebote Aktivierung der Schüler Förderung von methodischen Kompetenzen Förderung von sozialen und personalen Kompetenzen Kommunikationsstil im Unterricht Gestaltung der Klassenzimmer, Fachräume
	I 3 Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung	2	Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe Abgestimmtheit der Kriterien
QB II Professionalität der Lehrkräfte	II 1 Kooperation	1	Nutzen der kollegialen Zusammenarbeit
	II 2 Praxis der Weiterqualifizierung	2	Bedarfsorientierte Fortbildungsplanung Weitergabe und Nutzung von Wissen
	II 3 Umgang mit beruflichen Anforderungen	1	Verbesserung von innerschulischen Arbeitsbedingungen
QB III Schulführung und Schulmanagement	III 1 Führung	3	Entwicklung von Unterricht und Schule Umgang mit Konflikten und Problemen Möglichkeiten der Personalentwicklung
	III 2 Verwaltung und Organisation	2	Funktionale Arbeitsabläufe Einsatz von Ressourcen
QB IV Schul- und Klassenklima	IV 1 Schulleben	2	Gestaltung des Umgangs miteinander Zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler
	IV 2 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler	2	Einbeziehung in die Gestaltung des Schullebens Angebote zum Aufbau eines demokratischen Grundverständnisses
QB V Innerschulische und außerschulische Partnerschaften	V 1 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Eltern	2	Einbeziehung in das schulische Leben Erziehungspartnerschaft
	V 2 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	2	Kooperation mit schulischen Partnern Kooperation mit außerschulischen Partnern
QB Q Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung	Q 1 Pädagogische Grundsätze	1	Handlungsleitende pädagogische Grundsätze
	Q 2 Strukturen der schulischen Qualitätsentwicklung	2	Funktionalität der Strukturen Nutzen der Dokumentation
	Q 3 Durchführung der Selbstevaluation	3	Orientierung an den schulischen Zielen und Ressourcen Systematisches Vorgehen unter Beachtung von Evaluationsgrundsätzen Konsequenzen ziehen
	Q 4 Individualfeedback	1	Vorbereitung und Durchführung von Individualfeedback

Text = Obligatorische Bereiche, Text = Wahlpflichtbereiche  
 1) Kriterium I 1 *Schulinterne Umsetzung des Bildungsplans* wird nicht in die Fremdevaluation einbezogen.

I 2.1 (G1)

**Regionale Verteilung der evaluierten allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10**

- Grundschule
- Grund- und Hauptschule/ Hauptschule/ Hauptschule mit Werkrealschule
- Realschule
- Gymnasium
- Sonderschule
- Sonstige Schulverbände



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg  
Landesinformationssystem

22-22-11-015  
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

## Das Konzept der Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen

Das Konzept der Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg basiert auf aktuellen und wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen der Schul- und Unterrichtsforschung, auf Vorgaben der Evaluationsverordnung, auf Standards des Bildungsplans sowie weiteren allgemeinen Vorgaben. Zusammenfassend werden die Grundlagen sowie die zu betrachtenden Merkmale für Schulqualität im *Orientierungsrahmen zur Schulqualität für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg*<sup>1</sup> beschrieben und einzelnen Kriterien und Qualitätsbereichen zugeordnet. Zentrale Informationen über Konzeption und Verfahren der Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen sind im *Qualitätsrahmen Fremdevaluation*<sup>2</sup> zusammengestellt.

### Aufbau des Qualitätsrahmens Fremdevaluation am Beispiel des Qualitätsbereichs Unterricht

Im *Qualitätsrahmen Fremdevaluation* werden sechs Bereiche, in denen sich die Qualität der schulischen Arbeit zeigen kann, ausgewiesen. Hierbei wird eine analytische Trennung von Bereichen vorgenommen, die in der schulischen Praxis ineinander wirken. Zentral ist dabei der Qualitätsbereich *Unterricht*. Innerhalb der Qualitätsbereiche wird je nach Komplexität eine unterschiedliche Anzahl von Kriterien unterschieden, denen wiederum mehrere Merkmale zugeordnet sind.

Entsprechend dem *Orientierungsrahmen zur Schulqualität für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg* besteht der Qualitätsbereich Unterricht aus den drei Kriterien:

- I 1 *Schulinterne Umsetzung des Bildungsplans*,
- I 2 *Gestaltung der Lehr-Lern-Prozesse* und
- I 3 *Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung* (vgl. Auszug aus dem Qualitätsbereich *Unterricht*).

Das Kriterium I 1 *Schulinterne Umsetzung des Bildungsplans* wird aufgrund des damit verbundenen nicht darstellbaren Ressourcenaufwands nicht in die Fremdevaluation einbezogen.

Kriterien sind inhaltliche Untergliederungen eines Qualitätsbereichs. Dabei handelt es sich um verbindliche Beschreibungen für die Qualität von Teilbereichen, die mittelfristig im Laufe der Schulentwicklung erreicht werden sollen. Die Kriterienbeschreibungen sind als verbindliche Qualitätsansprüche bzw. Qualitätsziele zu verstehen. Jedes Kriterium setzt sich wiederum aus mehreren Merkmalen zusammen, auf deren Ebene die Einschätzungen bei der Fremdevaluation vorgenommen werden.

Die Merkmale weisen das höchste Konkretisierungsniveau im Qualitätsrahmen auf und bieten daher praktische Anknüpfungspunkte für die Qualitätsarbeit an der Schule. Die Kriterien werden unterschiedlich stark in Merkmale aufgefächert und umfassen diejenigen Teilaspekte der Kriterien, die im Rahmen der Fremdevaluation mit einem vertretbaren Ressourceneinsatz extern evaluierbar sind. Im Beispiel sind die beiden Merkmale *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe* und *Abgestimmtheit der Kriterien* sowie die inhaltliche Beschreibung der Entwicklungsstufen dargestellt.

Die Wirksamkeit einer »guten Praxis« im Bereich Unterricht hängt vom komplexen Bedingungsgefüge in den jeweiligen Lerngruppen, wie zum Beispiel den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen oder dem sozialen und kulturellen Hintergrund der Schüler, ab. Die auf den Unterricht bezogenen Merkmale des *Orientierungsrahmens zur Schulqualität für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg* berücksichtigen

1 Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg/ Landesinstitut für Schulentwicklung (2007).

2 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2009).

### Kriterium I3 – Auszug aus dem Qualitätsbereich *Unterricht*

#### Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung

Die Leistungsbeurteilung ist mehr als ein reiner Leistungs- und Berechtigungsnachweis. Sie stellt für Schüler, Lehrkräfte und Eltern eine wichtige Orientierungshilfe für die Einordnung des Lernstandes und Lernfortschrittes dar. Die Schüler werden systematisch dahin geführt, ihre eigenen Leistungen einzuschätzen. Dies trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Die Abstimmung der Kriterien zur Leistungsbeurteilung erfolgt weitgehend kooperativ im Teilkollegium beziehungsweise in Fachschaften.

Merkmal: Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe	Entwicklungsstufen		
	<i>Noch zu entwickelnde Praxis</i>	<i>Gute Praxis</i>	<i>Ausgezeichnete Praxis</i>
	Leistungsrückmeldungen sind für die Schüler sowie deren Eltern <b>wenig</b> Orientierungshilfe für das weitere Lernen.	Leistungsrückmeldungen sind für die Schüler sowie deren Eltern <b>überwiegend</b> Orientierungshilfe für das weitere Lernen.	Leistungsrückmeldungen sind für die Schüler sowie deren Eltern <b>durchgängig</b> Orientierungshilfe für das weitere Lernen.
Merkmal: Abgestimmtheit der Kriterien	Entwicklungsstufen		
	<i>Noch zu entwickelnde Praxis</i>	<i>Gute Praxis</i>	<i>Ausgezeichnete Praxis</i>
	Die Kriterien zur Leistungsbeurteilung sind im Kollegium <b>wenig</b> abgestimmt.	Die Kriterien zur Leistungsbeurteilung sind im Kollegium <b>überwiegend</b> abgestimmt.	Die Kriterien zur Leistungsbeurteilung sind im Kollegium <b>durchgängig</b> abgestimmt.

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung 2009, S. 29

sichtigen dies. Sie leiten sich einerseits aus den Standards des Bildungsplans für Baden-Württemberg aus dem Jahre 2004 bzw. 2008 ab und lassen sich andererseits auf die wissenschaftliche Arbeiten unter anderem von Helmke<sup>3</sup>, Dubs<sup>4</sup>, Fend<sup>5</sup> und Oelkers<sup>6</sup> zurückführen.

#### Wie erfolgt die Zuordnung eines Merkmals zu einer der drei Entwicklungsstufen?

Der Ablauf der Fremdevaluation für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg ist in folgende fünf Phasen gegliedert: Planung, Vorbereitung, Datenerhebung vor Ort, Datenauswertung und Datenrückmeldung.<sup>7</sup> An dieser Stelle soll auf die Datenauswertung genauer eingegangen werden, das heißt wie die Evaluatoren die Einordnung eines Merkmals zu einer der drei Entwicklungsstufen vornehmen.

Nach Abschluss des Schulbesuchs vor Ort werden die im Rahmen der Fremdevaluation erhobenen Daten aus allen Datenerhebungsverfahren (Dokumentenanalyse, Beobachtungen beim Schulhausrundgang, Beobachtungen von Unterrichtssituationen, Interviews mit Schülern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitung) zusammengeführt. Die anschließende Datenauswertung erfolgt merkmalsweise durch eine »Triangulation« der Daten. Dabei werden die gewonnenen Daten im ersten Schritt aus einem Datenerhebungsverfahren und in einem zweiten Schritt aus unterschiedlichen Verfahren miteinander verglichen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nur mehrmals bestätigte Aussagen Grundlage für die Einschätzung werden und nur solche in die Beschreibung und Rückmeldung über die Schule als System in den Evaluationsbericht einfließen.

3 Vgl. Helmke, A. (2007), S. 111–131 und S. 283–294.

4 Vgl. Dubs, R. (2006), S. 1 220–1 230.

5 Vgl. Fend, H. (1998).

6 Vgl. Oelkers, J. (2003).

7 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung 2009, S. 47ff.



Das Auswertungsverfahren der Fremdevaluation ist standardisiert und regelgeleitet, sodass unabhängig vom jeweils eingesetzten Evaluationsteam einheitliche Einschätzungen der evaluierten Merkmale gewährleistet werden. Die Einschätzung der evaluierten Merkmale des Qualitätsrahmens erfolgt in drei Kategorien (»Noch zu entwickelnde Praxis«, »Gute Praxis«, »Ausgezeichnete Praxis«), die als Entwicklungsstufen zu verstehen sind.

Diese drei Entwicklungsstufen sind in der schulischen Praxis ein Kontinuum, das heißt die Grenzen sind in Wirklichkeit fließend. Es ist damit Aufgabe des Evaluationsteams, für jedes evaluierte Merkmal der jeweiligen Schule zu entscheiden,

- ob hier ein sogenannter Verbesserungsbereich vorliegt (= »Noch zu entwickelnde Praxis«),
- die Schule einen für sie geeigneten Weg oder passende Maßnahmen gefunden hat, um im Alltag zur Zufriedenheit der Beteiligten »gut zu funktionieren« (= »Gute Praxis«) oder
- ob die Schule in dem Bereich über das übliche Maß hinaus Lösungen und Wege gefunden hat, die als Best Practice bezeichnet werden können und damit an der Schule »herausragen« (= »Ausgezeichnete Praxis«).

Für eine Einordnung in die Entwicklungsstufe »Gute Praxis« spielt es keine Rolle, auf welchem Weg und mit welchen Maßnahmen es der Schule gelingt, die Anforderungen zu erfüllen, da die Funktionalität bzw. der Nutzen an der Schule im Mittelpunkt stehen.

Die Übersicht der Evaluationsergebnisse im Qualitätsbereich »Unterricht« (QB I) bietet ein heterogenes Bild mit unterschiedlichen Ausprägungen sowohl zwischen den einzelnen Schularten als auch zwischen den einzelnen Qualitätsmerkmalen (Grafik I 2.1 (G2) und Web-Tabelle I 2.1 (T2)). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die fachliche Umsetzung des Bildungsplans nicht Gegenstand der Fremdevaluation ist und daher Merkmale wie die fachliche Qualität des Unterrichts oder die pädagogische Fähigkeit der Lehrkraft nicht erfasst werden. Eine fächer- und schulartspezifische externe Einschätzung ist für alle Fächer/ Fächerverbünde mit den eingesetzten Evaluationsteams (zwei bis vier Personen pro Team) nicht möglich.

Die Merkmale *Aktivierung der Schülerinnen und Schüler, Förderung von sozialen und personalen Kompetenzen und Kommunikationsstil im Unterricht* werden überwiegend mit »guter Praxis« eingestuft. Die Einordnung »noch zu entwickelnde Praxis« ist sehr selten vertreten, öfter hingegen, mit Anteilen bis zu knapp 50 % – insbesondere bei den Sonderschulen und den Grundschulen – »ausgezeichnete Praxis«.

Drei von vier Gymnasien, über 80 % der Grundschulen, Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen und Sonderschulen sowie 90 % aller Realschulen sind beim Merkmal *Förderung von methodischen Kompetenzen* »guter«, teilweise auch »ausgezeichnete Praxis« zugeordnet. Die Gymnasien weisen bei diesem Merkmal in knapp einem Viertel der Fälle noch Entwicklungs-

möglichkeiten auf. Der Anteil dieser Einstufung ist bei den anderen Schularten geringer.

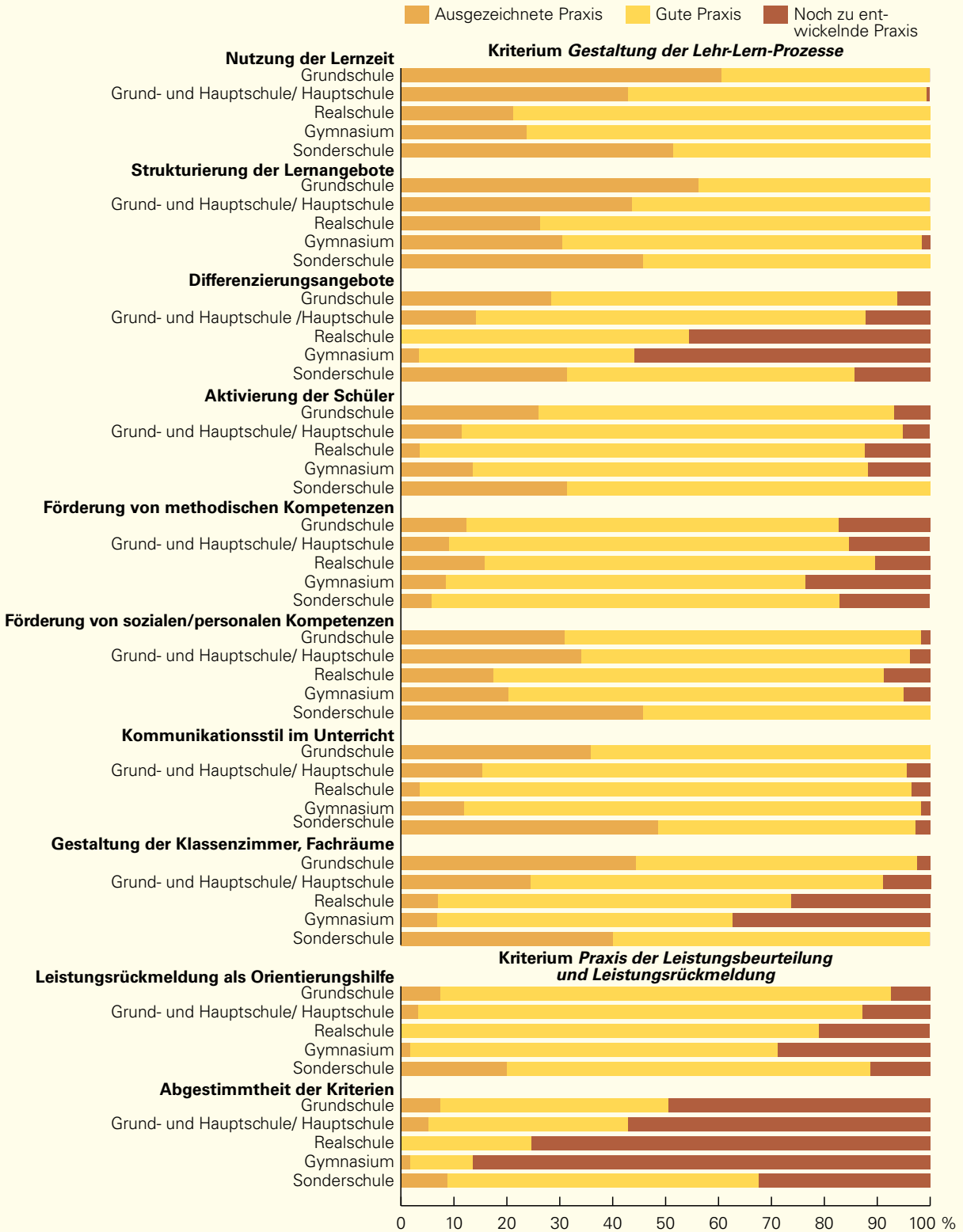
Unterschiede zwischen den Schularten sind beim Merkmal *Differenzierungsangebote* erkennbar. Die Darstellung der Häufigkeitsverteilungen verdeutlicht, dass jeweils rund ein Drittel der Grundschulen und Sonderschulen hier eine »ausgezeichnete Praxis« vorweisen können und die Mehrzahl der Schulen dieser Schularten eine »gute Praxis« erzielen. Bei den Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen erreichen 14 % diese höchste Einordungskategorie und 74 % eine »gute Praxis«. Bei den Realschulen und Gymnasien ist dieses Merkmal weniger ausgeprägt. Knapp jede zweite Realschule und über die Hälfte der Gymnasien sind hier einer »noch zu entwickelnden Praxis« zugeordnet.

Deutliche schulartspezifische Unterschiede weist auch das Merkmal *Gestaltung der Klassenzimmer/ Fachräume* auf. Über 40 % der Grundschulen und in etwas geringerem Umfang die Sonderschulen erzielen hier eine »ausgezeichnete Praxis«, die restlichen Schulen dieser Schularten mit wenigen Ausnahmen eine »gute Praxis«. Auch bei neun von zehn Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen wird hier »gute Praxis« oder sogar »ausgezeichnete Praxis« festgestellt. Ein Viertel der Realschulen und knapp 40 % der Gymnasien sind bei »noch zu entwickelnder Praxis« eingeordnet.

Das Qualitätsmerkmal *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe* wird nahezu bei drei von vier Gymnasien mit mindestens »guter Praxis« bewertet, bei den

I 2.1 (G2)

**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schultart: QB I Unterricht**



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

275 11

Realschulen und Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen zu rund 80 %. Noch positiver schneiden die Grundschulen und die Sonderschulen ab.

Schulartübergreifend konstatiert die Fremdevaluation beim Merkmal *Abgestimmtheit der Kriterien* für die Leistungsrückmeldung den insgesamt deutlichsten Entwicklungsbedarf. Jede zweite Grundschule und mehr als die Hälfte der Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen erhalten hier lediglich eine »noch zu entwickelnde Praxis«. An den Realschulen ist dies bei 75 %, bei den Gymnasien zu 86 % der Fall. Die *Nutzung der Lernzeit* und die *Strukturierung der Lernangebote* gelingen bei nahezu allen evaluierten Schulen in »guter«, häufig sogar in »ausgezeichneter Praxis«.

Im zweiten Pflichtbereich der Fremdevaluation – dem Qualitätsbereich »Schulführung und Schulmanagement« (QB III) – liegen über alle Schularten und Merkmale hinweg die evaluierten Schulen zu über 85 % entweder auf der Stufe »gute Praxis« oder »ausgezeichnete Praxis« (Grafik I 2.1 (G3) und Web-Tabellen I 2.1 (T3)). Beim Qualitätsmerkmal *Entwicklung von Unterricht und Schule* erzielen über die Hälfte der Grundschulen und Sonderschulen eine »ausgezeichnete Praxis«. Auch die Evaluation des Merkmals *Möglichkeiten der Personalentwicklung* verdeutlicht, dass diese Führungsaufgabe über alle Schularten hinweg an rund neun von zehn Schulen in »guter« oder gar »ausgezeichneter Praxis« umgesetzt wird.

Die Merkmale *Funktionale Arbeitsabläufe* und *Einsatz von Ressourcen* werden bei nahezu allen Schulen mit »guter«, bei vielen auch mit »ausgezeichneter Praxis« beurteilt. Lediglich in einzelnen Fällen liegt eine »noch zu entwickelnde Praxis« vor. Statistisch bedeutsame schulartspezifische Unterschiede sind nur beim Merkmal *Entwicklung von Unterricht und Schule* zu finden. Hier erzielen die Grundschulen und Sonderschulen geringfügig höhere Einordnungen.

Der Aufbau und die Weiterentwicklung von Verfahren im Bereich der systematischen »Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung« (QB Q) sind für Schulen ganz neue Aufgabenfelder. So ist wenig verwunderlich, dass die in diesem Evaluationsbereich erzielten Ergebnisse oftmals eine »noch zu entwickelnde Praxis« an den Schulen widerspiegeln (Grafik I 2.1 (G4) und Web-Tabellen I 2.1 (T4)). Die Evaluationsergebnisse verdeutlichen folglich den gegenwärtigen Einführungsprozess hinsichtlich der Planung und Umsetzung eines systematischen Qualitätsmanagements an den allgemein bildenden Schulen.

Beim Merkmal *Orientierung an den schulischen Zielen und Ressourcen* erzielten über 80 % der Schulen eine »gute« oder »ausgezeichnete Praxis«, wobei der Anteil der mit »zu entwickelnder Praxis« eingestuften Schu-

len ähnlich groß ist wie der Anteil derjenigen, die mit »ausgezeichneter Praxis« eingestuft wurden.

Bei den anderen Merkmalen dieses Qualitätsbereichs – *Handlungsleitende pädagogische Grundsätze, Funktionalität der Strukturen, Nutzen der Dokumentation, Systematisches Vorgehen unter Beachtung von Evaluationsgrundsätzen und Konsequenzen ziehen* aus Selbstevaluationen – liegen die Anteile der Schulen, die mit »noch zu entwickelnder Praxis« bewertet wurden, zwischen 20 % und über 40 % relativ hoch.

Der größte Entwicklungsbedarf der evaluierten Schulen besteht hinsichtlich der *Vorbereitung und Durchführung von Individualfeedback*. Diese noch sehr junge Maßnahme der Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung wird bislang an rund 10 % der Grundschulen, Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen und Realschulen sowie an 20 % der Sonderschulen und Gymnasien in »guter Praxis« und vereinzelt in »ausgezeichneter Praxis« umgesetzt.

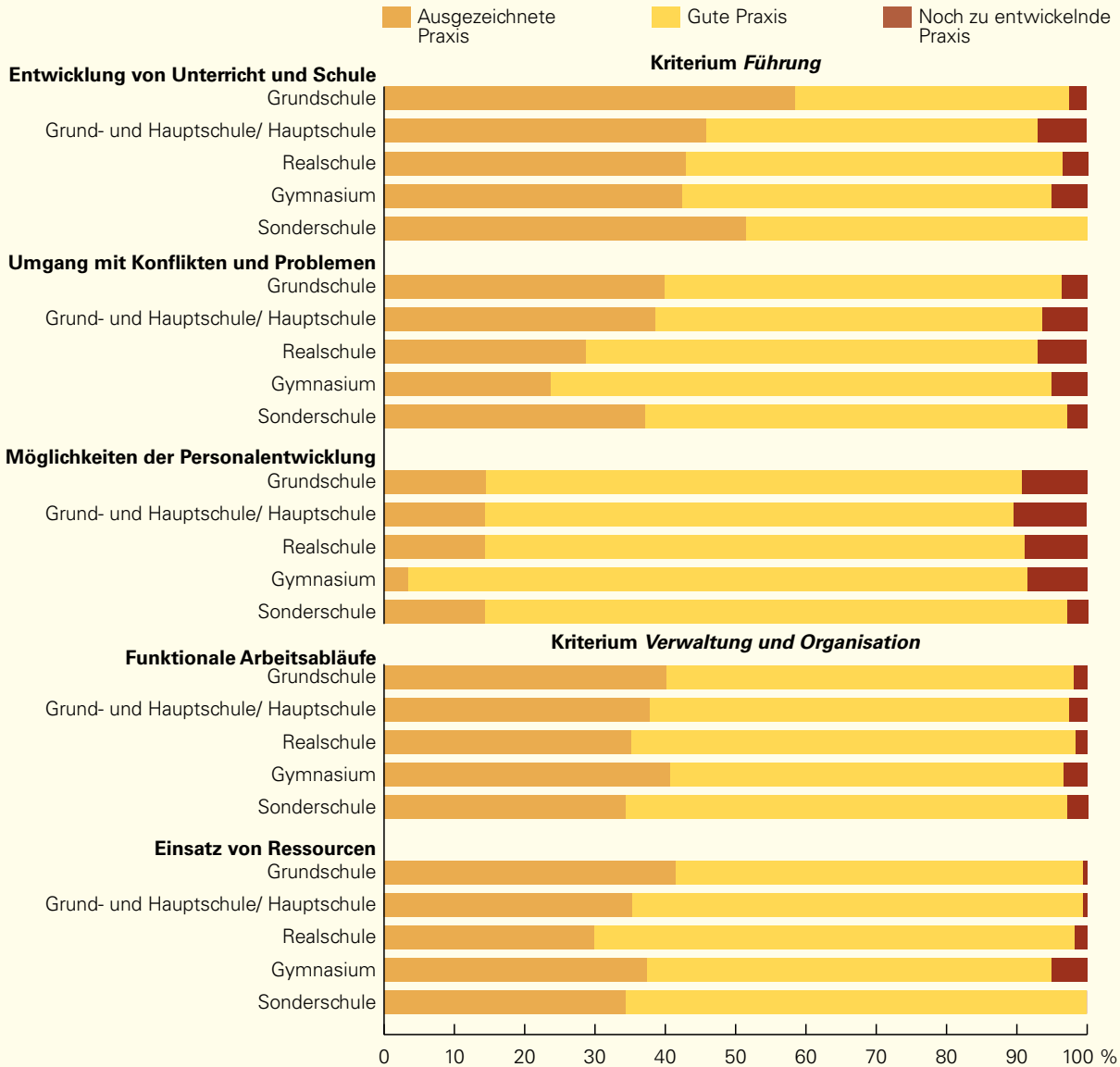
## Häufigkeitsverteilungen der Einordnungen für den Wahlpflichtbereich

Die Qualitätsbereiche »Professionalität der Lehrkräfte« (QB II), »Schul- und Klassenklima« (QB IV) und »Innerschulische und außerschulische Partnerschaften« (QB V) sind Wahlpflichtbereiche. Die Schulen haben im Rahmen der Fremdevaluation aus zwei dieser Qualitätsbereiche jeweils zwei zu evaluierende Qualitätsmerkmale auszuwählen. Bislang wurde die Verbindung der Merkmale *Nutzen der kollegialen Zusammenarbeit* und *Verbesserung von innerschulischen Arbeitsbedingungen* aus QB II favorisiert. 375 von insgesamt 476 Schulen haben diese Option gewählt. Weitere häufige Kombinationen sind mit 291 Schulen die beiden Merkmale *Gestaltung des Umgangs miteinander* und *Zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler* aus QB IV (Kriterium *Schulleben*) sowie die Merkmale *Kooperation mit schulischen Partnern* und *Kooperation mit außerschulischen Partnern* aus QB V (Kriterium *Zusammenarbeit mit anderen Institutionen*) mit 123 Schulen. Am wenigsten, lediglich von 25 Schulen, wurden die Merkmale *Einbeziehung in die Gestaltung des Schullebens* und *Angebote zum Aufbau eines demokratischen Grundverständnisses* gewählt.

Für den Qualitätsbereich »Professionalität der Lehrkräfte« (QB II) ist festzuhalten, dass an allen Schularten fast sämtliche evaluierten Merkmale zu über 80 % die Einstufung »gute Praxis« bzw. »ausgezeichnete Praxis« erhalten (Grafik I 2.1 (G5) und Web-Tabellen I 2.1 (T5)). Bei den beiden Merkmalen *Nutzen der kollegialen Zusammenarbeit* und *Verbesserung von innerschulischen Arbeitsbedingungen* liegen schulartspe-

I 2.1 (G3)

**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB III Schulführung und Schulmanagement**



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

274 11

zifische Unterschiede vor. Einem geringfügig höheren Anteil der Realschulen wird eine »noch zu entwickelnde Praxis« zugeordnet.

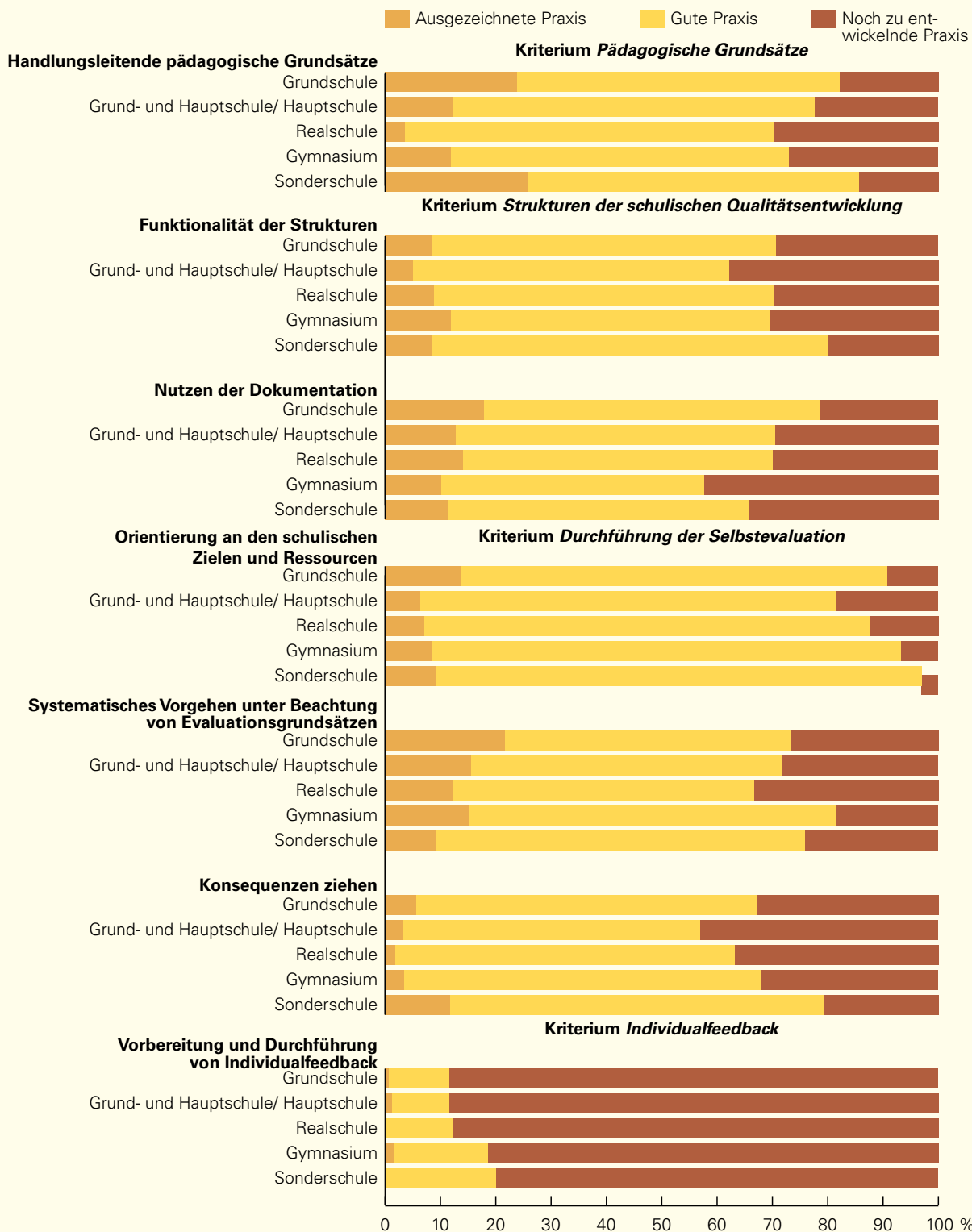
Über 90 % der evaluierten Schulen mit den beiden Merkmalen des Qualitätsbereichs »Schul- und Klassenklima« (QB IV) wurden mit »guter Praxis« bzw. »ausgezeichneter Praxis« beurteilt (Grafik I 2.1 (G6) und Web-Tabelle I 2.1 (T6)). Vor allem das Merkmal *Zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler*

hebt sich bei allen Schularten und insbesondere an den Gymnasien besonders positiv ab.

75 % bis 100 % der Schulen erreichen in den Merkmalen des Qualitätsbereichs »Innerschulische und außerschulische Partnerschaften« (QB V) eine »gute Praxis« bzw. »ausgezeichnete Praxis« (Grafik I 2.1 (G7) und Web-Tabelle I 2.1 (T7)). Die Merkmale *Kooperation mit außerschulischen Partnern* und *Einbeziehung in das schulische Leben* erhalten dabei eine besonders positive Einordnung.

I 2.1 (G4)

**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schultart: QB Q Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung**



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

### I 2.1.3 Vertiefende Analysen

Um Erkenntnisse aus der Fremdevaluation zu gewinnen, die über die Zuordnung in Entwicklungsstufen und die Darstellung von mittleren Bewertungen hinausgehen, wurden weiterreichende qualitative Analysen vorgenommen. Diese Auswertungen ermöglichen es, tieferegehende Informationen zur Qualität schulischer Prozesse und Maßnahmen zu gewinnen. Als Datenmaterial wurden die einzelnen Evaluationsberichte der allgemein bildenden Schulen herangezogen.

Ergänzend zur quantifizierenden Einordnung der Qualitätsmerkmale in drei Entwicklungsstufen enthalten die Berichte für jedes evaluierte Qualitätsmerkmal eine ausführliche Beschreibung der an der jeweiligen Schule vorgefundenen Situation. Sie dienen der Ausführung, Präzisierung und Begründung der resultierenden Einstufung. In diese Texte fließen die aus sämtlichen Verfahren und Datenquellen gewonnenen Erkenntnisse ein. Sie enthalten wichtige Hinweise zu den Maßnahmen der Schulen, die mit dem Ziel der Erfüllung dieses Qualitätsmerkmals erfolgreich praktiziert werden. Neben den Ausführungen zu den evaluierten

Merkmale enthalten die Berichte abschließende Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Schule.

Bei der qualitativen Analyse kommen zwei unterschiedliche Verfahren zum Einsatz: Die Auswertung der im Evaluationsbericht vermerkten Empfehlungen an die Schule sowie die Analyse von Best Practice.

#### 1. Analyse der Empfehlungen:

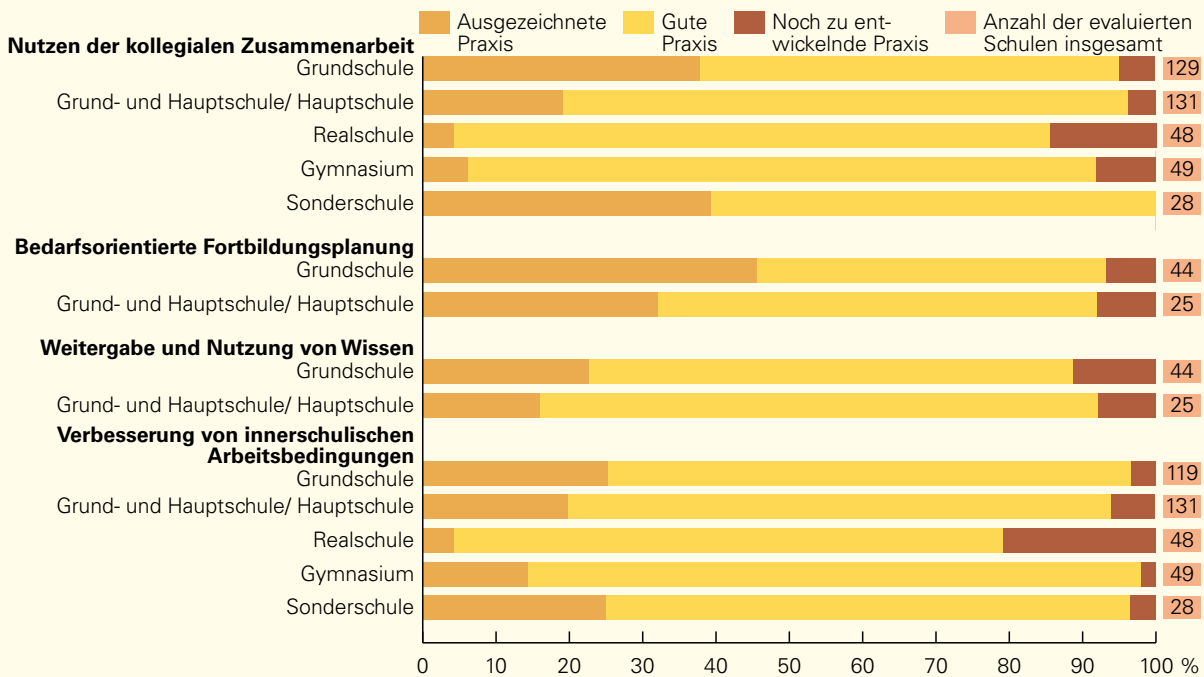
Die in den Berichten niedergelegten konkreten Empfehlungen der Evaluationsteams an die evaluierten Schulen zur Weiterentwicklung von Schule und Unterricht werden zunächst systematisiert und übergreifenden Kategorien zugeordnet. In einem zweiten Schritt wird ermittelt, zu welchen Anteilen die einzelnen Kategorien je Schulart genannt werden. Dies ergibt Hinweise auf die wichtigsten Entwicklungsbedarfe an den evaluierten Schulen.

#### 2. Analyse von Best Practice:

An einzelnen Schulen vorgefundene vorbildhafte Maßnahmen und Aktivitäten für die Umsetzung der Qualitätsansprüche im Bereich Unterricht werden in einer inhaltsanalytischen Auswertung der Evaluationsberichte identifiziert und aufbereitet. Methodisch wird

### I 2.1 (G5)

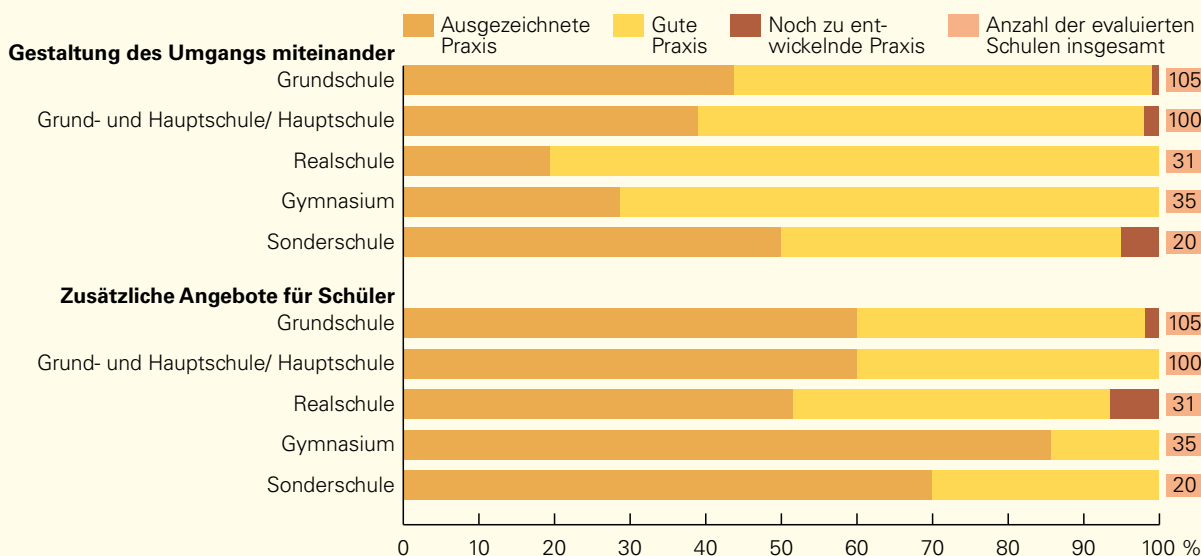
**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB II Professionalität der Lehrkräfte**



Anmerkung: Die grafische Darstellung berücksichtigt nur die jeweiligen Qualitätsmerkmale, die von mindestens zehn Schulen einer Schulart ausgewählt wurden.  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

I 2.1 (G6)

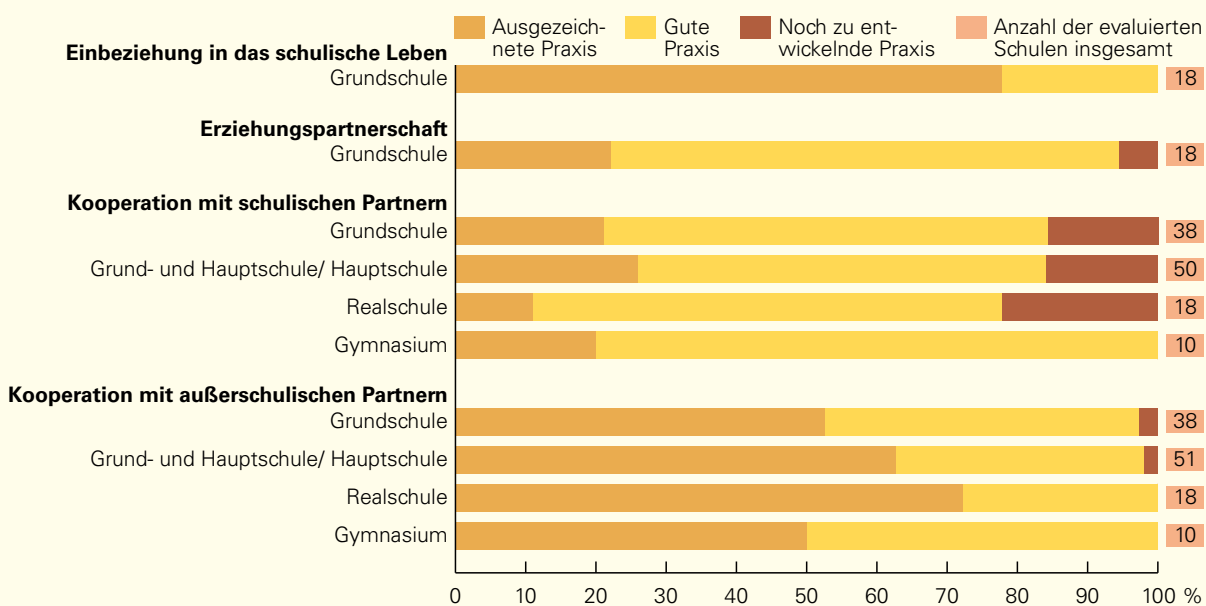
**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB IV Schul- und Klassenklima**



Anmerkung: Die grafische Darstellung berücksichtigt nur die jeweiligen Qualitätsmerkmale, die von mindestens zehn Schulen einer Schulart ausgewählt wurden.  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

I 2.1 (G7)

**Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB V Inner- und außerschulische Partnerschaften**



Anmerkung: Die grafische Darstellung berücksichtigt nur die jeweiligen Qualitätsmerkmale, die von mindestens zehn Schulen einer Schulart ausgewählt wurden.  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

dabei auf folgende Weise vorgegangen: Zunächst werden Merkmale im Qualitätsbereich Unterricht herangezogen, bei denen die evaluierten Schulen bzw. einzelne Schularten im Mittel nur unterdurchschnittliche Bewertungen erzielten. Im nächsten Schritt erfolgt eine Identifizierung derjenigen Schulen, die bei diesen schwierig zu erfüllenden Qualitätsmerkmalen trotzdem eine »ausgezeichnete Praxis« erzielten. Diese Schulen haben offenbar Zugangsweisen entwickelt, die ungeachtet der in der Unterrichtspraxis anspruchsvoll umzusetzenden Anforderungen zu überdurchschnittlichen Erfolgen führten.

Ziel der qualitativen Untersuchung ist es, solche Praktiken zu identifizieren und in einem Kategoriensystem zu systematisieren. Dies erfolgt mittels einer Analyse der unterrichtlichen Aktivitäten der entsprechenden Schulen in Bezug auf das betrachtete Qualitätsmerkmal. Damit entsteht eine kategorisierte Darstellung an Best-Practice-Beispielen. Um abzuschätzen, in welchem Umfang bestimmte Aktivitäten positiv zur Schul- und Unterrichtsentwicklung beitragen, werden die Vorkommenshäufigkeiten der einzelnen Best-Practice-Kategorien ermittelt.

Die Analysen verdeutlichen, mit welchen Strategien und Maßnahmen es Schulen gelingen kann, in an-

spruchsvollen Bereichen der Unterrichtsentwicklung ein überdurchschnittliches Niveau zu erreichen.

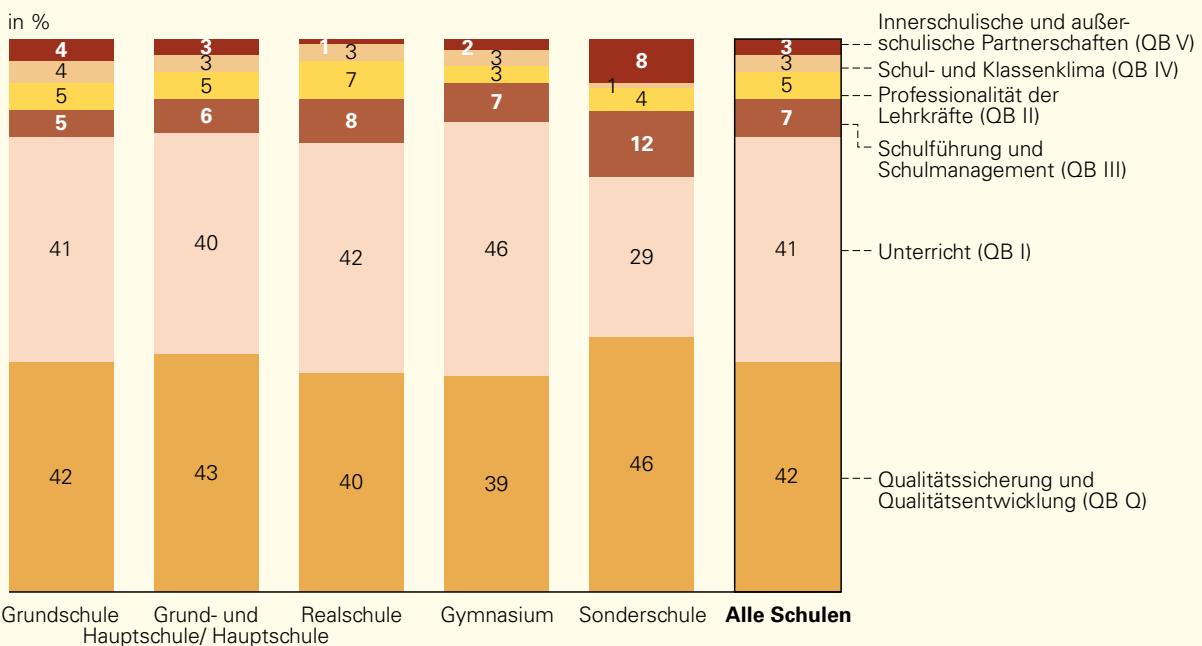
### Analyse der Empfehlungen

Die Evaluationsberichte führen am Ende spezifische Empfehlungen auf, die der Schule konkrete Anregungen und Vorschläge für ihre Weiterentwicklung anbieten. Die Empfehlungen beziehen sich dabei auf die einzelnen Bereiche und Merkmale des Qualitätsrahmens Fremdevaluation. Die Betrachtung der Art und Häufigkeit der vorgefundenen Empfehlung liefert Hinweise auf konkrete Entwicklungsbedarfe. Um feststellen zu können, ob schulartspezifische Unterschiede vorliegen, wurden entsprechend differenzierende Analysen vorgenommen. Hierfür wurden insgesamt 2 384 Empfehlungen an 476 evaluierten allgemein bildenden Schulen ausgewertet. Sechs Schulen sonstiger Schulverbände blieben hierbei unberücksichtigt (Tabelle I 2.1 (T8) im Anhang).

Die meisten Empfehlungen – mit Anteilen zwischen 39 % bei den Gymnasien und 46 % bei den Sonderschulen – beziehen sich auf den Bereich der »Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung« (QB Q) (Grafik I 2.1 (G8)). An zweiter Stelle rangieren mit Anteilen zwischen 29 %

I 2.1 (G8)

#### Empfehlungen der Evaluationsteams für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsbereich und Schulart



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung



und 46 % Empfehlungen, die auf die Unterrichtsentwicklung (QB I) abzielen. Lediglich weniger als ein Fünftel der Empfehlungen verweist auf die weiteren vier Qualitätsbereiche. Die geringe Zahl der Empfehlungen hinsichtlich der »Inner- und außerschulischen Partnerschaften« (QB V), des »Schul- und Klassenklimas« (QB IV) sowie der »Professionalität der Lehrkräfte« (QB II) erklärt sich allerdings auch dadurch, dass diese Qualitätsbereiche Wahlpflichtbereiche sind und entsprechend weniger diesbezügliche Rückmeldungen an die Schulen erfolgen können.

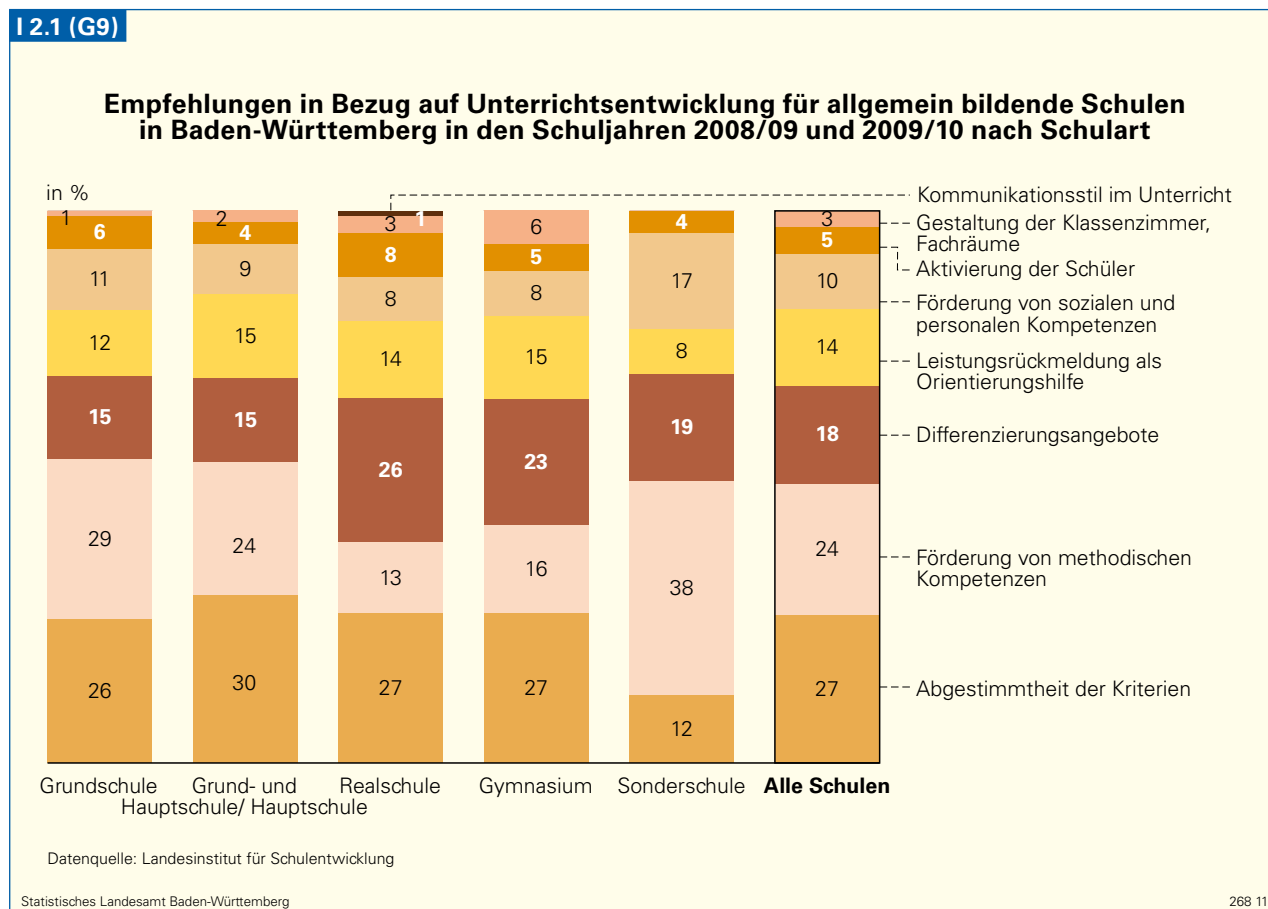
Eine nach Qualitätsmerkmalen differenzierte Betrachtung der Empfehlungen, die sich auf den Bereich »Unterricht« beziehen, weist Unterschiede zwischen den Schularten auf (Grafik I 2.1 (G9)).

Zwischen 26 % und 30 % der an Grundschulen, Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien gerichteten Empfehlungen – und damit die häufigsten Nennungen – regen zu einer Optimierung bei der Abstimmung der Kriterien für die Leistungsrückmeldung an. An den Sonderschulen werden dagegen lediglich 12 % der Empfehlungen zu diesem Merkmal ausgesprochen. Die an den Grundschulen häufigste Empfehlungskategorie verweist auf die Förderung methodischer Kompetenzen bzw. die Erstellung eines Methodencurriculums, die ebenfalls bei den Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen und

vor allem an den Sonderschulen (38 %) oft ausgesprochen wird. An den Gymnasien und insbesondere an den Realschulen spielen Empfehlungen dieses Typs eine weniger bedeutende Rolle. An diesen beiden Schularten sind Anregungen, die auf eine Weiterentwicklung der Differenzierungsangebote zielen, häufiger vertreten. Zudem ist dies bei den Grundschulen in etwas geringerem Umfang der Fall – obwohl diese Schulart die besten Evaluationsergebnisse im Hinblick auf dieses Qualitätsmerkmal erzielt.

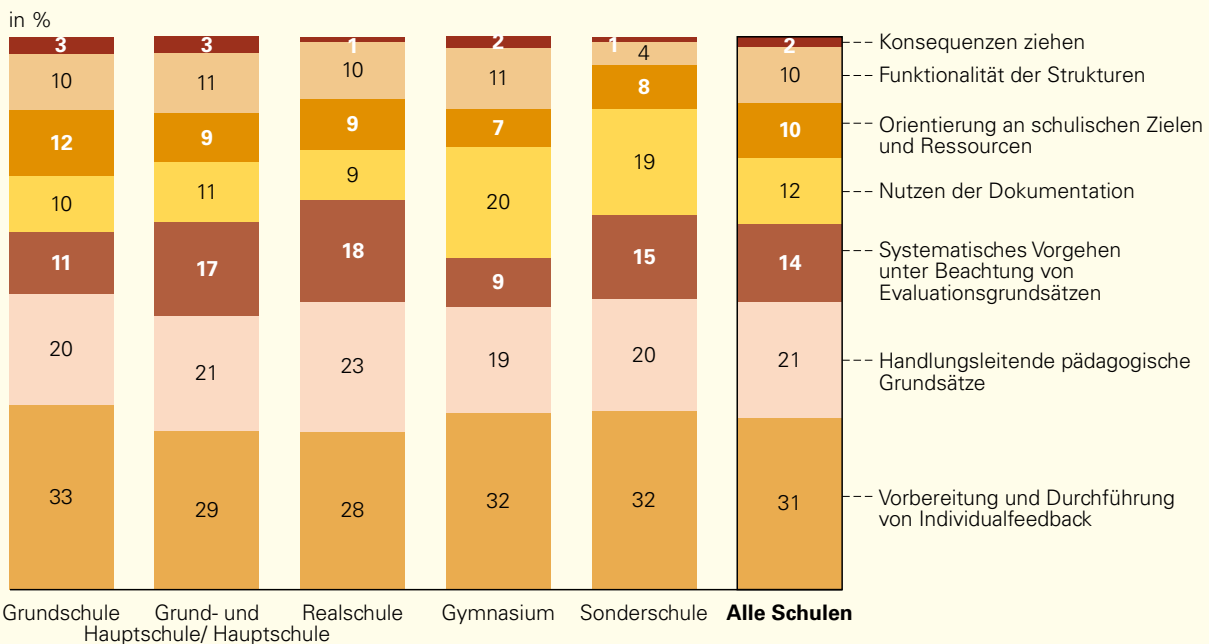
In Anteilen zwischen 8 % und 17 % der Nennungen richten sich Empfehlungen auf die Optimierung der Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe sowie die Förderung von sozialen und personalen Kompetenzen. Empfehlungen zur Aktivierung der Schülerinnen und Schüler sind lediglich bei den Realschulen mit 8 % noch etwas häufiger vertreten, Vorschläge in Bezug auf die Gestaltung der Klassenzimmer/ Fachräume mit 6 % in geringem Umfang bei den Gymnasien.

Rund ein Drittel aller Empfehlungen aus dem Bereich »Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung« bezieht sich – relativ gleichmäßig über die Schularten verteilt – auf die Vorbereitung und Durchführung von Individualfeedback (Grafik I 2.1 (G10)). Mit durchschnittlich 10 Prozentpunkten Abstand folgen Vorschläge zur Entwicklung handlungsleitender pädagogischer Grundsätze. Empfeh-



I 2.1 (G 10)

**Empfehlungen in Bezug auf Qualitätssicherung und -entwicklung für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Schulart**



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

267 11

lungen zu einem *systematischen Vorgehen unter Beachtung von Evaluationsgrundsätzen* bei der Selbstevaluation richten sich mit Anteilen zwischen 15 % und 18 % an die Grund- und Hauptschulen/ Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen. Bei den Grundschulen und Gymnasien wird diese Empfehlung im Vergleich dazu seltener ausgesprochen (11 % bzw. 9 %). An den Gymnasien und den Sonderschulen werden, in größerem Umfang als bei anderen Schularten, häufiger Empfehlungen zu einer besseren *Nutzung der Dokumentation des schulischen Qualitätsmanagements* formuliert (20 % bzw. 19 %).

Empfehlungen in Bezug auf die *Orientierung an schulischen Zielen und Ressourcen* spielen an allen Schularten mit Anteilen von meist unter 10 % eine relativ geringfügige Rolle. Mit Ausnahme der Sonderschulen zielt etwa jede zehnte Empfehlung auf die *Funktionalität der Strukturen* der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Das *Ziehen von Konsequenzen* aus durchgeführten Selbstevaluationen wird nur vereinzelt genannt.

**Analyse von Best Practice**

Die im Qualitätsbereich »Unterricht« bei der Evaluation erzielten Ergebnisse sind sehr unterschiedlich (Grafik I 2.1 (G2)). Entwicklungsbedarf besteht vor

allem hinsichtlich derjenigen Qualitätsmerkmale, die sich auf den Prozess der Leistungsrückmeldung beziehen und – bei den Realschulen und Gymnasien – auf die im Unterricht genutzten Möglichkeiten der Individualisierung und Differenzierung. Die in Bezug auf diese drei Merkmale vorgefundenen ausgezeichneten Praktiken werden im Folgenden analysiert.

**Gestaltung der Lehr-Lern-Prozesse: Merkmal Differenzierungsangebote**

Von allen Schularten wird erwartet, dass der Unterricht Differenzierungsangebote enthält, um den individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten der Schüler gerecht werden zu können. Für den Erwerb fachlicher und überfachlicher Kompetenzen erweisen sich insbesondere Lernarrangements günstig, die ein selbstgesteuertes Arbeiten ermöglichen.<sup>13</sup>

Die Ausprägung des Merkmals *Differenzierungsangebote* ist nach Schularten unterschiedlich. Während die Grundschulen und Sonderschulen im Mittel eine über

<sup>13</sup> Vgl. Qualitätsrahmen zur Fremdevaluation, Landesinstitut für Schulentwicklung (2009), S. 26.

die »gute Praxis« hinausgehende Einordnung erzielen, liegen die durchschnittlichen Einstufungen der Realschulen und Gymnasien unterhalb dieser Entwicklungsstufe (Grafik I 2.1 (G2)). Insgesamt erreichen rund 17 % bzw. 81 von 476 evaluierten allgemein bildenden Schulen – darunter zwei Gymnasien – eine differenzierende Gestaltung der Lehr-Lern-Prozesse auf dem Niveau der »ausgezeichneten Praxis«.

Als zentrale Aktivitäten für die herausragende Umsetzung von Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht erweisen sich das Bereitstellen *individualisierter Arbeitsmaterialien* und *Hilfsmittel* entsprechend dem Leistungsstand der Schüler sowie die Implementierung förderlicher *schulorganisatorischer Maßnahmen* wie beispielsweise Bildung von Lerngruppen oder Unterrichten im Tandem (Grafik I 2.1 (G11)). Mehr als ein Drittel aller Aktivitäten können diesen beiden Kategorien zugeordnet werden. Ein weiteres Drittel an Maßnahmen umfasst *individuelle Unterstützungsangebote*

(zum Beispiel Förderangebote für Kinder mit Lese-/ Rechtschreibschwäche oder Sprachhilfeangebote für Kinder mit Migrationshintergrund), *spezifische Unterrichtsarrangements* (zum Beispiel Einsatz von Wochen- oder Tagesplänen) und das *Ermöglichen von unterschiedlichen Lern tempi* (zum Beispiel Einrichten von Lerntheken mit unterschiedlichen Arbeits- und Übungsmaterialien). Dass erfolgreiche Differenzierungsangebote individueller Lösungen bedürfen, verdeutlicht die relativ große Kategorie *Sonstige Aktivitäten*.

### Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung: Merkmal *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe*

Leistungsrückmeldungen dienen nicht nur dem reinen Nachweis der von einzelnen Schülern erbrachten Leistungen. Darüber hinaus sollen sie gleichermaßen den Schülern, Eltern und Lehrkräften eine wichtige Orientierungshilfe für die Einordnung des Lernstands und des Lernfortschritts bieten. Schüler sollen systematisch dahin geführt werden, eigene Leistungen selbstständig und kompetent einschätzen zu können.<sup>14</sup> Die mittleren Bewertungen dieses Qualitätsmerkmals liegen für die Realschulen und die Gymnasien unterhalb der Stufe »gute Praxis« (Grafik I 2.1 (G2)). Lediglich die Grundschulen und die Sonderschulen erreichen hier eine »gute Praxis«. Insgesamt wurde das Merkmal *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe* an rund 5 % bzw. 25 von 476 evaluierten allgemein bildenden Schulen – zumeist Grundschulen – mit einer »ausgezeichneten Praxis« bewertet.

Die qualitative Analyse verdeutlicht, dass Maßnahmen, die es den Schülern ermöglichen *Lernimpulse aus der Leistungsrückmeldung* – zum Beispiel mittels einer kriteriengeleiteten Rückmeldung – zu entnehmen, die *Bewertungskriterien den Schülern* bzw. den *Eltern bekanntzumachen* und den Schülern *Selbsteinschätzungen zu ermöglichen* – zum Beispiel mithilfe von Selbsteinschätzungsbögen oder mittels Einschätzung durch die Klassengemeinschaft bei Präsentationen – einen zentralen Beitrag für diese anspruchsvolle Funktion der Leistungsrückmeldung leisten (Grafik I 2.1 (G13)). An den betreffenden Schulen wurden zu jeder dieser Kategorien spezifische Praktiken konzipiert und erfolgreich umgesetzt (ein Beispiel zeigt Grafik I 2.1 (G12)). Dabei verfolgt jede in diesem Aspekt als »ausgezeichnet« bewertete Schule mehrere für sie passende Maßnahmen, die parallel eingesetzt werden. Diese vier Praktiken umfassen insgesamt zwei Drittel aller durchgeführten Maßnahmen, die zu einer ausge-



<sup>14</sup> Vgl. Qualitätsrahmen zur Fremdevaluation, Landesinstitut für Schulentwicklung (2009), S. 29.

I 2.1 (G12)

**Beispiel für eine Leistungsrückmeldung im Fach Deutsch am Robert-Bosch-Gymnasium in Wendlingen**

RBG Wendlingen Deutsch (Lh) Klasse

NAME:

**1. Klassenarbeit (28.10.10): TEXTINTERPRETATION**

**„Hauptsache weit“ von Sybille Berg**

**Einleitung**

Die Einleitung gibt Auskunft über Titel, Autor, Textsorte und Entstehungszeit des zu interpretierenden Textes.

**Die Textsorte fehlt.**

In der Einleitung wurde eine erste Deutungshypothese formuliert.

**Deine Deutungshypothese fängt gut an, aber du müsstest einen Schritt weiter gehen: Sein Traum ist nicht realistisch und zerplatzt während der Reise.**

Die Kurzgeschichte wurde kurz zusammengefasst.

**Nein.**

**Interpretation**

Die wesentlichen inhaltlichen Gesichtspunkte wurden verstanden und aus dem Text herausgearbeitet.

**Du hast die Geschichte ganz gut verstanden. Schade, dass du nicht näher auf das Pensionszimmer eingehst und auch nicht erklärst, warum er seine Freunde in den E-Mails belügt.**

Inhalt, Sprache und Form wurden richtig analysiert (→ Vorarbeit).

**Du hast einige Aspekte zur Sprache und Form herausgefunden, ...**

In der Interpretation wurden Form, Sprache und Inhalt gedeutet und aufeinander bezogen (→ Vorarbeit).

**... die du sinnvoll deuten konntest.**

Die Überschrift wurde mit in die Interpretation einbezogen (→ Vorarbeit).

**Nein!**

**Schluss**

Du hast in deinem Schluss Stellung zum Text und zum übergeordneten Thema genommen.

**In Ordnung.**

**Aufbau und Form**

Der Aufbau der Interpretation ist klar (→ Schreibplan).

**Du hast die Ergebnisse deiner Analyse sinnvoll in Absätze gegliedert, die Reihenfolge ist jedoch nicht immer logisch.**

Aussagen wurden am Text belegt, Zitate sinnvoll angewendet und gegebenenfalls erläutert.

**Du hast die eingefügten Zitate nicht erläutert.**

Einzelaspekte wurden miteinander verknüpft.

**Zu wenig.**

**Sprache**

Deine Ausdrucksweise ist genau und korrekt, du hast Hauptsätze und Satzgefüge verwendet.

**Du drückst dich nicht immer korrekt aus.**

Die Darstellung der Aussagen ist gedanklich klar aufgebaut.

**In Ordnung.**

Rechtschreibung und Zeichensetzung sind korrekt

**Ein paar Fehler.**

**Äußere Form**

Der Aufsatz wurde sinnvoll in Abschnitte gegliedert und leserlich/leserfreundlich geschrieben.

**In Ordnung.**

**NOTE: 3+**

## I 2.1 (G 13)

### Von Schulen mit ausgezeichneter Praxis\* in Baden-Württemberg umgesetzte Maßnahmen zum Merkmal *Leistungsrück- meldung als Orientierungshilfe* in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10



\*) Allgemein bildende Schulen, die in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 an einer Fremdevaluation teilgenommen haben.  
Lesehilfe: Von insgesamt 141 Maßnahmen zum Merkmal *Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe* an 25 Schulen mit >>ausgezeichneter Praxis<< wurden 13 % der Maßnahme *Hinweise für Eltern* zugeordnet.

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

zeichneten Praxis dieses Qualitätsmerkmals führten. Weniger häufig wurden die Kategorien, bei denen die Leistungsrückmeldung eine Orientierungshilfe anhand von *Hinweisen für Eltern* liefert, identifiziert. Ebenfalls seltener wurden systematische *Verfahren zur Qualitätssicherung und -entwicklung* der Leistungsrückmeldung – zum Beispiel das Führen von Lernentwicklungsheften mit Kompetenzbögen durch die Lehrkräfte- und *Reflexion der Lernergebnisse/-prozesse* im Unterricht sowie *Sonstige Maßnahmen* durchgeführt.

### Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung: Merkmal *Abgestimmtheit der Kriterien*

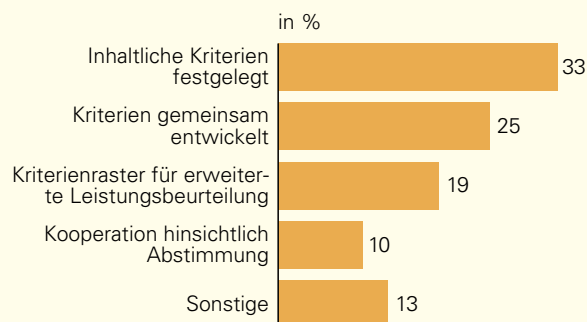
Leistungsbeurteilungen und Leistungsrückmeldungen liefern Schülern, Eltern und Lehrkräften eine notwendige Rückmeldung für die Beurteilung des momentan erreichten Lernstands und Lernfortschritts. Sie bilden eine wichtige Lern- und Orientierungshilfe, sofern ihr Zustandekommen objektiv, kriteriengestützt und möglichst transparent erfolgt. Damit diese lernförderliche Funktion nicht nur in einzelnen Klassen, sondern innerhalb der gesamten Schule wirksam werden kann, ist es erforderlich, die Beurteilungskriterien

kooperativ innerhalb des Kollegiums zu entwickeln, abzustimmen und systematisch zu implementieren.<sup>15</sup>

Von allen evaluierten Aspekten im Bereich *Unterricht* ist das Qualitätsmerkmal *Abgestimmtheit der Kriterien* dasjenige mit dem größten Entwicklungsbedarf. Die gemittelten Werte befinden sich über alle Schularten hinweg deutlich unterhalb der »guten Praxis« (Grafik I 2.1 (G2)). Mit Ausnahme der Sonderschulen wird bei über der Hälfte der evaluierten Schulen eine »noch zu entwickelnde Praxis« konstatiert. Rund 5 % bzw. 24 von 476 evaluierten allgemein bildenden Schulen etablierten beispielgebende Aktivitäten, die zu einer »ausgezeichneten Praxis« führten. Jede dieser Schulen definiert und dokumentiert *inhaltliche Kriterien*, an denen sich die Leistungsbeurteilungen orientieren müssen – dieser Aspekt bildet mit einem Anteil von 33 % somit die häufigste Aktivität (Grafik I 2.1 (G14)). An den meisten Schulen vollzog sich dieser Prozess kooperativ innerhalb des Kollegiums bzw. der Fachschaft. Viele dieser Schulen nutzten auch die lernprozessförderlichen Möglichkeiten eines *Kriterienrasters für erweiterte Leistungsbeurteilungen*, zum Beispiel in Bezug auf inhaltliche Anforderungen um mündliche oder schriftliche Leistungen. 13 % der Aktivitäten sind *Sonstige Maßnahmen*, die sich aus den individuellen Begebenheiten der einzelnen Schulen heraus entwickelt haben.

## I 2.1 (G14)

### Von Schulen mit ausgezeichneter Praxis\* in Baden-Württemberg umgesetzte Maßnahmen zum Merkmal *Abgestimmtheit der Kriterien* in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10



\*) Allgemein bildende Schulen, die in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 an einer Fremdevaluation teilgenommen haben.  
Lesehilfe: Von insgesamt 84 Maßnahmen zum Merkmal *Abgestimmtheit der Kriterien* an 24 Schulen mit >>ausgezeichneter Praxis<< wurden 25 % der Maßnahme *Kriterien gemeinsam entwickelt* zugeordnet.

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

262 11

15 Vgl. Qualitätsrahmen zur Fremdevaluation, Landesinstitut für Schulentwicklung (2009), S. 29.

## I 2.2 Fremdevaluation an beruflichen Schulen

### I 2.2.1 Grundlagen

Die Fremdevaluation an beruflichen Schulen wurde im Rahmen der Konzeption *Operativ Eigenständige Schule (OES)*<sup>16</sup> auf der Grundlage des in der Schweiz entwickelten Verfahrens der externen Evaluation nach *Q2E – Qualität durch Evaluation und Entwicklung*<sup>17</sup> eingerichtet und an das Qualitätssystem der beruflichen Schulen Baden-Württembergs angepasst. Dabei wird das schulische Qualitätsmanagement betrachtet: Nicht einzelne Projekte und Maßnahmen auf der operativen Ebene stehen im Mittelpunkt, sondern die von der Schule auf Ebene der Steuerung und Organisation vorgenommene systemische Verankerung der Qualitätsentwicklung entsprechend den im Verfahren Q2E formulierten Bereichen und Standards.

Das Evaluationsteam betrachtet damit die Ergebnisse der schulinternen Selbstevaluationen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen dahingehend, ob diese leitbildkonform sind, ob die Qualitätsaktivitäten zielgerichtet gesteuert werden und ob Akzeptanz bei den Beteiligten hergestellt werden konnte.

Die Kriterien für die Betrachtung der systematischen Qualitätsentwicklung beziehen sich auf die vier Bereiche

- Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht,
- Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse,
- Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung,
- Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule.

Die Evaluation nimmt diese Bereiche dabei unter den Aspekten

- Durchführung,
- Wirkung und Wirksamkeit,
- organisatorische Einbindung

in den Blick und beschreibt vor diesem Hintergrund die an der Schule vorgefundenen Aktivitäten und Maßnahmen.

<sup>16</sup> Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2010a).

<sup>17</sup> Qualitätsmanagementmodell *Qualität durch Evaluation und Entwicklung (Q2E)*; vgl. Landwehr, N./ Steiner, P. (2007a).

Jede Fremdevaluation erfolgt nach einem standardisierten Vorgehen, in dem verschiedene qualitative Methoden der Datenerhebung zum Einsatz kommen. Schüler, Lehrkräfte und Schulleitung werden in die Evaluation einbezogen. Der Ablauf gliedert sich in folgende Schritte:

- Vorgespräch der Teamleitung mit der Schule,
- Analyse der von der Schule übersandten Unterlagen zur schulischen Qualitätsentwicklung, des sogenannten Qualitätshandbuchs,
- Evaluationsplanung: Hypothesen, Gruppen, Instrumente,
- Planungsgespräch an der Schule,
- Organisatorische Vorbereitung der Fremdevaluation durch die Schule,
- Datenerhebung und -dokumentation an der Schule im Rahmen von Interviews und Ratingkonferenzen mit Schulleitung, Lehrkräften und Schülern sowie einem Schulhausrundgang,
- Auswertung der Daten,
- Erstellung des vorläufigen Evaluationsberichts,
- Ergebnispräsentation in der Gesamtlehrerkonferenz,
- Fertigstellung und Versand des Evaluationsberichts an die Schule.

Der von der Fremdevaluation festgestellte Entwicklungsstand wird in vier verschiedenen, qualitativ definierten Entwicklungsstufen abgebildet: »Die Praxis ist wenig entwickelt« (Stufe 1), »die Praxis entspricht grundlegenden Anforderungen« (Stufe 2), »die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt« (Stufe 3) und »die Praxis ist exzellent« (Stufe 4). Stufe 2 entspricht dabei einer für den schulischen Alltag grundlegend funktionsfähigen Praxis und Stufe 3 einer für alle beruflichen Schulen angestrebten Zielstufe. Stufe 4 hingegen verweist auf ein darüber hinausreichendes Exzellenzniveau, dessen Erreichen einen mehrjährigen Entwicklungsprozess im betreffenden Qualitätsbereich voraussetzt.

Die Schule leitet den Evaluationsbericht an den Schulträger sowie an die zuständige Schulaufsichtsbehörde weiter. Letztere trifft auf Grundlage des Berichts und weiterer Ziele der Schule und Vorgaben des Landes Zielvereinbarungen mit der Schule. Im Unterschied zu den allgemein bildenden Schulen findet im beruflichen

Bereich keine repräsentative Zufallsauswahl der zu evaluierenden Schulen statt. Die beruflichen Schulen können, gesteuert durch die Regierungspräsidien im

Rahmen der OES-Konzeption, innerhalb eines größeren Zeitraums ein Schuljahr ihrer Wahl für die Fremdevaluation festlegen.

## Das Konzept der Fremdevaluation an beruflichen Schulen

Grundlage der Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht an den beruflichen Schulen Baden-Württembergs bildet das Konzept *Operativ eigenständige Schule (OES)*, welches im Handbuch OES<sup>1</sup> und den darin enthaltenen 14 Handreichungen umfassend dargestellt wird. Als Grundlage diente das Qualitätsmanagementsystem *Q2E – Qualität durch Evaluation und Entwicklung*<sup>2</sup> aus der Nordwestschweiz. Das Konzept OES wurde in den Jahren 2003 bis 2006 in Zusammenarbeit von Kultusministerium und 18 beruflichen Schulen entwickelt und erprobt. Am Ende des Modellvorhabens durchlief das Verfahren eine Evaluation. Jeweils etwa ein Viertel pro Schuljahr der rund 300 öffentlichen beruflichen Schulen im Land begann in den Schuljahren 2007/08 bis 2010/11 mit OES zu arbeiten.

Die Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung (LS) ist das externe Element der systematischen Qualitätsentwicklung von Schulen. Ein Evaluationsteam des LS betrachtet dabei auf der Grundlage des schulischen Leitbildes, der Selbstevaluation, der gegebenenfalls mit der Schulaufsicht vereinbarten Ziele und der schulischen Dokumentation die Prozesse, Verfahren, Strukturen und Methoden zur systematischen Qualitätsentwicklung der beruflichen Schulen. Hierbei gibt es zwei Betrachtungsfelder: Zum einen werden die Charakteristika der Schule, ihre Stärken, Schwächen und Besonderheiten erfasst, zum anderen bildet die systematische Qualitätsentwicklung den inhaltlichen Schwerpunkt der Fremdevaluation.

Für die Betrachtung der systematischen Qualitätsentwicklung der beruflichen Schulen werden Kriterien in den Bereichen

- Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht,
- Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse,
- Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung und
- Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule evaluiert.

Die Einordnung erfolgt dabei in vier verschiedenen Qualitätsentwicklungsstufen:

- Entwicklungsstufe 1: Die Praxis ist wenig entwickelt,
- Entwicklungsstufe 2: Die Praxis entspricht den grundlegenden Anforderungen,
- Entwicklungsstufe 3: Die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt und
- Entwicklungsstufe 4: Die Praxis ist exzellent.

1 Vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2010b).

2 Vgl. Landwehr, N./ Steiner, P. (2007a).

Beispiel: Kriterium *Ausführungsqualität des Qualitätsbereichs Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse*

Entwicklungsstufe 1: <i>Die Praxis ist wenig entwickelt.</i>	Entwicklungsstufe 2: <i>Die Praxis entspricht grundlegenden Anforderungen.</i>	<i>Entwicklungsstufe 3: Die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt.</i>	Entwicklungsstufe 4: <i>Die Praxis ist exzellent.</i>
Ein Qualitätsmanagement ist nicht vorhanden. Einzelne Maßnahmen oder Elemente zur systematischen Qualitätssicherung oder -entwicklung (zum Beispiel Mitarbeitergespräch, Lehrerfortbildungsmaßnahmen usw.) sind eingeführt. Sie stehen unverbunden nebeneinander und wirken eher zufällig.	Qualitätsmanagement ist in Ansätzen vorhanden. Es dient der Förderung der Schul- und Unterrichtsqualität sowie der einzelnen Personen.	An der Schule wird ein funktionsfähiges und wirksames Qualitätsmanagement aufgebaut und umgesetzt. Qualitätsmanagement ist Schulführungsaufgabe.	Zusätzlich zu den Kriterien der Entwicklungsstufe 3: Die Schule verfügt über ein professionelles Qualitätsmanagement, das kreative Lösungen für schulspezifische Anliegen erlaubt.

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung 2010, S. 15

Die Kriterien des Q2E-Konzepts wurden an das Qualitätsentwicklungssystem OES der beruflichen Schulen Baden-Württembergs angepasst.<sup>3</sup> Sie werden innerhalb der Qualitätsbereiche jeweils unter den Aspekten

- Durchführung,
- Wirkung und Wirksamkeit sowie
- organisatorische Einbindung

betrachtet. Die Kriterien können außerdem verschiedenen Themenfeldern zugeordnet werden wie zum Beispiel Ausführungsqualität, Zielerreichung, Transparenz und Legitimierung.<sup>4</sup> Jedes Kriterium weist eine genaue inhaltliche Beschreibung auf.

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Gliederung in Qualitätsbereiche und Aspekte mit den entsprechenden Kriterien.

Aspekt \ Bereich	Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse	Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung	Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule	Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht
Durchführung	Der Aspekt der Durchführung wird unter anderem am Kriterium der Ausführungsqualität beschrieben			
Wirkung und Wirksamkeit	Der Aspekt der Wirkung und Wirksamkeit wird unter anderem am Kriterium der Zielerreichung beschrieben.			
Organisatorische Einbindung	Der Aspekt der organisatorischen Einbindung wird unter anderem am Kriterium der Transparenz und Legitimierung beschrieben.			

3 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010), S. 12ff.

4 Vgl. Landwehr, N./ Steiner, P. (2007b), S. 38f.



## Wie erfolgt die Zuordnung eines Merkmals zu einer der vier Entwicklungsstufen?

Beim Evaluationsbesuch befragt das Evaluationsteam alle an der Qualitätsentwicklung der Schule beteiligten Personengruppen. Dabei werden die vier Qualitätsbereiche hinsichtlich *Durchführung, Wirkung und Wirksamkeit* sowie *organisatorischer Einbindung* der entsprechenden Prozesse und Projekte betrachtet. Verwendet werden hierbei die beiden Instrumente Interview (mit Schülern und Lehrkräften in getrennten Gruppen) und Ratingkonferenz<sup>5</sup> (mit Schulleitung und Qualitätssteuergruppe). Diese Daten werden zusammen mit der vorab durchgeführten Analyse der Qualitätsdokumentation der Schule (zum Beispiel Qualitätshandbuch) und des Schulhausrundgangs verarbeitet und führen zu einer Einschätzung des aktuellen Standes der schulischen Qualitätsentwicklung durch das Evaluationsteam (der sogenannten Fremdeinschätzung). Für diesen Zweck liegt ein Einschätzungsbogen vor, welchen die Schulen auch zur schulischen Selbsteinschätzung nutzen. Dieser Bogen beschreibt die 51 Kriterien auf dem Niveau der Entwicklungsstufe 3 »Die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt«. Das Evaluationsteam schätzt auf einer vierstufigen Skala<sup>7</sup> ein, in welchem Umfang die dort gemachten Ausführungen zutreffen.

Auf Grundlage der sogenannten Fremdeinschätzung stellt das Evaluationsteam fest, welcher Entwicklungsstufe die Qualitätsentwicklung in den verschiedenen Bereichen jeweils entspricht (vgl. Grafik I 2.2 (G1)). Die Mittelwerte der Fremdeinschätzung sind in den Grafiken I 2.2 (G2) bis I 2.2 (G5) dargestellt.

Die Aussagen und Ergebnisse in den Betrachtungsfeldern »Charakteristika der Schule« und »systematische Qualitätsentwicklung« bilden die Grundlage für Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Schule.

5 In einer Ratingkonferenz erhalten die Teilnehmer zu Beginn einen Fragebogen mit vorgegebenen Aussagen oder Fragen, die sie zuerst individuell anhand einer vorgegebenen Skala einschätzen (sogenanntes Rating). Anschließend werden die individuellen Bewertungen zusammengetragen und das Gesamtergebnis in der Gruppe besprochen und von dieser interpretiert (sogenannte kommunikative Validierung). Weitere Nachfragen vonseiten des Evaluationsteams sind hierbei möglich.

6 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).

7 Die vierstufige Skala umfasst die Aussagen »trifft (fast) nie zu«, »trifft eher weniger zu«, »trifft überwiegend zu« und »trifft (fast) immer zu«.

### I 2.2.2 Ergebnisse

Die Auswertung der Evaluationsergebnisse der beruflichen Schulen bezieht sich in Anlehnung an das Verfahren der externen Evaluation nach Q2E auf die vier Bereiche *Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht, Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse, Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung* sowie *Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule*, die jeweils anhand von Kriterien definiert sind. Die Qualitätsbereiche werden unter den drei Aspekten *Durchführung, Wirkung und Wirksamkeit* sowie *organisatorische Einbindung* evaluiert.<sup>18</sup> In den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 wurden 40 berufliche Schulen evaluiert. Diese bilden die Datenbasis für die folgenden Auswertungen. Bei den vor 2007/08 evaluierten Schulen handelt es sich um Modellschulen, deren Ergebnisse nicht berücksichtigt wurden, da die

Fremdevaluation unter anderen Bedingungen stattfand.

#### Häufigkeitsverteilungen der Einordnungen

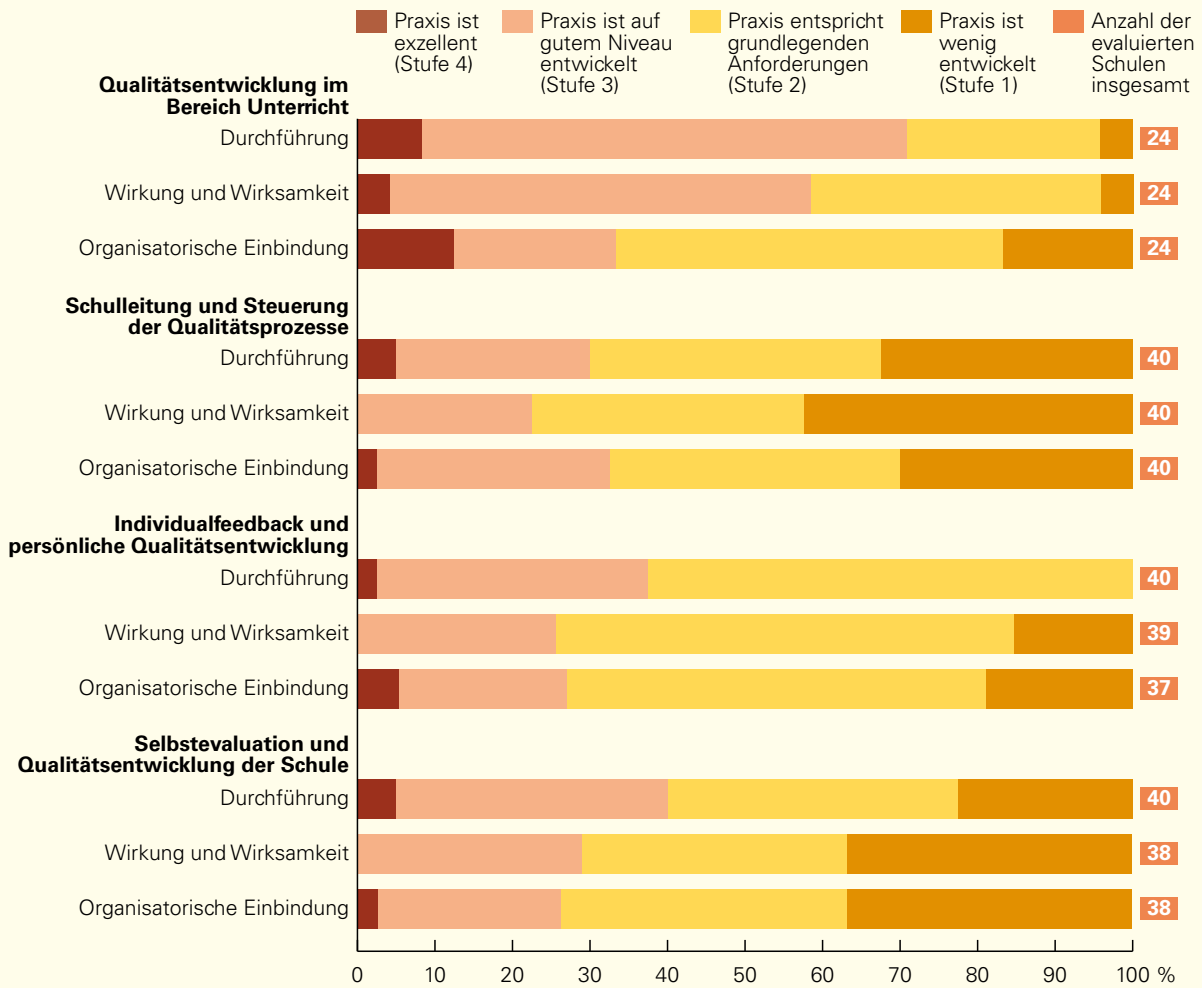
Um Unterschiede der Ergebnisse im Detail nachvollziehen zu können, werden die vergebenen Entwicklungsstufen als Häufigkeitsverteilungen in Form eines Balkendiagramms dargestellt (Grafik I 2.2 (G1) und Web-Tabelle I 2.2 (T1)). Die Bewertungsunterschiede zwischen den Qualitätsbereichen und den jeweiligen Aspekten sind dabei in ihrer prozentualen Häufigkeit ersichtlich. Im Unterschied zu dem Verfahren bei den allgemein bildenden Schulen wird der von der Fremdevaluation festgestellte Entwicklungsstand nicht in drei, sondern in vier Stufen differenziert.

Für den zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Qualitätsbereich *Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht* liegen erst für 24 Schulen Einschätzungen vor. Hin-

18 Vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).

I 2.2 (G1)

**Entwicklungsstufen der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 nach Qualitätsbereichen und einzelnen Aspekten**



Anmerkung: Die Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht wurde als Qualitätsbereich erst im Schuljahr 2009/10 eingeführt, daher ist die Anzahl der Schulen geringer (n=24); auch in den anderen Bereichen wurden zum Teil nicht alle Aspekte an jeder Schule bewertet.

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

sichtlich der Aspekte *Durchführung* sowie *Wirkung und Wirksamkeit* zeigt sich mehrheitlich eine »auf gutem Niveau entwickelte Praxis«. Zwei Schulen erreichen bei der *Durchführung* eine »exzellente Praxis« sowie eine Schule bei der *Wirkung und Wirksamkeit* der Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht. Die Praxis der anderen Schulen, mit jeweils einer Ausnahme, entspricht den »grundlegenden Anforderungen«. Bezüglich der *organisatorischen Einbindung* der Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht wurde die Praxis der Hälfte der Schulen als »grundlegenden Anforderungen« entsprechend und bei einem Drittel der Schulen als auf »gutem Niveau entwickelt« (fünf Schulen) oder mit »exzellenter Praxis« (drei Schulen) eingeschätzt. An jeder sechsten Schule war die Praxis »wenig entwickelt«.

Für die anderen drei Qualitätsbereiche liegen Einschätzungen für 40 Schulen vor, jedoch wurden nicht bei allen Schulen Bewertungen für alle Aspekte vorgenommen, sodass sich zum Teil Differenzen in Bezug auf die Gesamtzahl ergeben.

Bezogen auf den Qualitätsbereich *Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse* zeigt sich, dass in allen drei Aspekten die Praxis in der Mehrheit mindestens als »den grundlegenden Anforderungen« entsprechend oder besser eingestuft wurde. Allerdings finden sich im Vergleich zu dem Qualitätsbereich *Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht* deutlich höhere Anteile an »wenig entwickelter Praxis«. Die Praxis des Aspekts *Wirkung und Wirksamkeit* wurde am häu-

figsten als »wenig entwickelt« eingeschätzt. Der Anteil der Entwicklungsstufe 1 umfasst hier fast 43 %.

Den größten Anteil mit rund 63 % stellen bei der *Durchführung des Individualfeedbacks und der persönlichen Qualitätsentwicklung* Schulen, deren Praxis den »grundlegenden Anforderungen« der Entwicklungsstufe 2 entspricht, gefolgt von 35 %, deren Praxis als »auf gutem Niveau entwickelt« eingeschätzt wurde. Eine Schule erlangt eine »exzellente Praxis«. Keine der Schulen hat, bezogen auf den Aspekt *Durchführung*, eine »wenig entwickelte Praxis«. Bei den Aspekten *Wirkung und Wirksamkeit* und *organisatorische Einbindung* sind es sechs bzw. sieben Schulen, deren Praxis zum Zeitpunkt der Evaluation »wenig entwickelt« war. Insgesamt haben jedoch auch bei diesen beiden Aspekten Schulen mit den »grundlegenden Anforderungen entsprechender Praxis« die größten Anteile (knapp 59 % bzw. 54 %). Außerdem weisen fast 26 % bzw. rund 22 % eine Praxis auf, die auf »gutem Niveau« entwickelt ist. Zu letzteren sind nochmals zwei

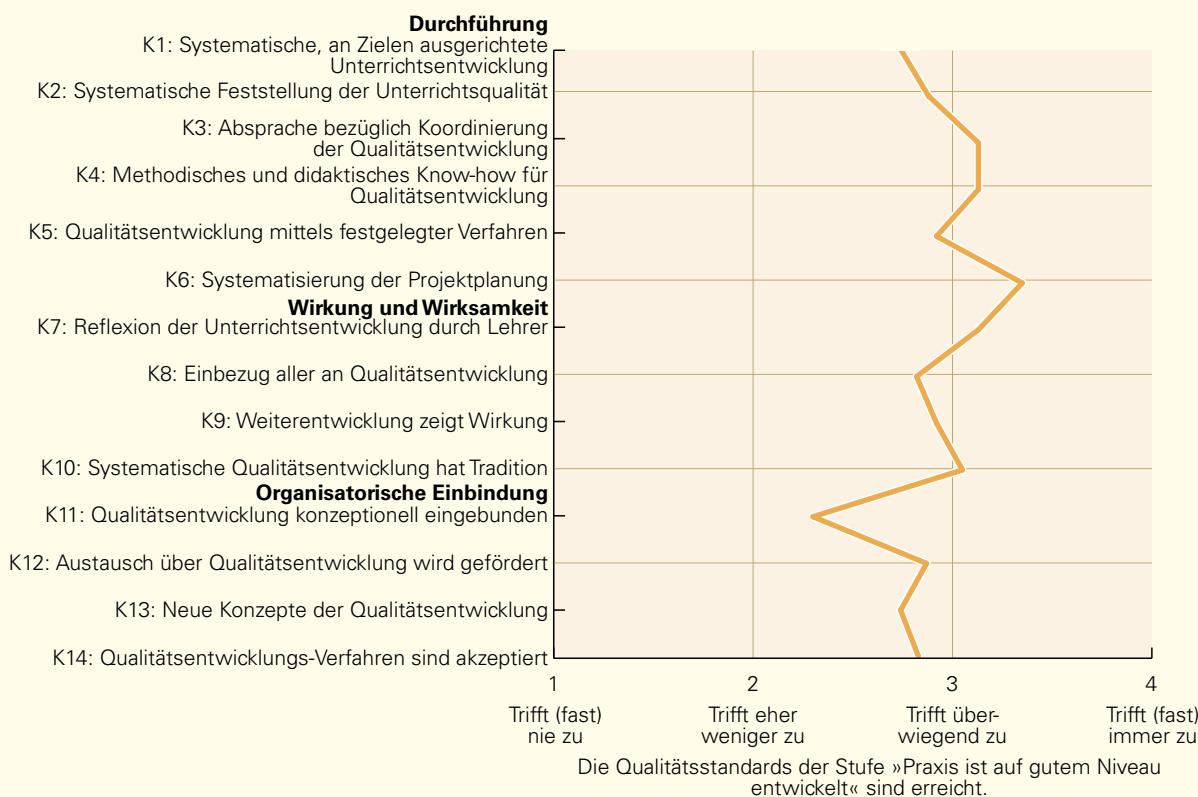
Schulen zu ergänzen, die bei der organisatorischen Einbindung des Individualfeedbacks und der persönlichen Qualitätsentwicklung eine »exzellente Praxis« vorweisen können.

Auch im Bereich *Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule* erreichen die Schulen in allen Aspekten mehrheitlich eine Praxis, die mindestens den »grundlegenden Anforderungen« der Entwicklungsstufe 2 entspricht. Bei den Aspekten *Wirkung und Wirksamkeit* und *organisatorische Einbindung* gibt es jedoch verhältnismäßig hohe Anteile an noch »wenig entwickelter Praxis«, die bei jeweils rund 37 % liegen.

Insgesamt erzielen die beruflichen Schulen in allen Qualitätsbereichen beim Aspekt *Durchführung* die besten Bewertungen; hier wird mit Ausnahme des Bereichs *Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse* am häufigsten eine »auf gutem Niveau entwickelte Praxis« erreicht.

I 2.2 (G2)

**Einschätzung der Kriterien des Qualitätsbereichs *Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht* an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**



Anmerkung: Für die grafische Darstellung wurde die Beschreibung der Kriterien stark gekürzt. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Die Anzahl der evaluierten beruflichen Schulen ist zurzeit noch relativ gering. Die Aussagen über die bislang evaluierten Schulen sind deshalb noch nicht repräsentativ für die Gesamtheit der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg.

## Einschätzung der Qualitätskriterien durch die Evaluationsteams

Tieferegehende Einblicke und eine differenziertere Betrachtung der evaluierten Schulen ermöglichen die in den Grafiken I 2.2 (G2) bis I 2.2 (G5) dargestellten Analysen der Kriterienereinschätzungen.

Die Evaluatorenteams schätzen auf einer vierstufigen Skala ein, in welchem Umfang einzelne, den vier Qualitätsbereichen zugeordnete Qualitätskriterien von der Schule umgesetzt werden. Die für die Einschätzung herangezogenen Kriterien sind innerhalb der einzelnen Qualitätsbereiche den Aspekten *Durchführung*, *Wirkung und Wirksamkeit* sowie *organisatorische Einbindung* zugeordnet und beziehen sich auf die Stufe 3 »die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt«. Die vorgenommenen Einschätzungen der Kriterien werden für die Einstufung der Qualitätsbereiche im Evaluationsbericht herangezogen.

Der Grad des Zutreffens der einzelnen Kriterien wird mithilfe einer vierstufigen Skala eingeschätzt. Sie umfasst die vier Abstufungen »trifft (fast) nie zu«, »trifft eher weniger zu«, »trifft überwiegend zu« und »trifft (fast) immer zu«. Um Berechnungen vornehmen zu können, wurde diese Skala in die Zahlenwerte 1 (»trifft (fast) nie zu«) bis 4 (»trifft (fast) immer zu«) überführt, mit deren Hilfe anschließend Mittelwerte für jedes Kriterium ermittelt werden konnten. In diesem Zusammenhang wurden die Kriterien eines jeden Qualitätsbereichs beginnend mit K1 durchnummeriert und für die Schaubilder I 2.2 (G2) bis I 2.2 (G5) stichwortartig bezeichnet.<sup>19</sup>

Für den *Qualitätsbereich Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht* zeigt sich, dass sich die Kriterien im Mittel in der Region »trifft überwiegend zu« bewegen (Mittelwerte zwischen 2,7 und 3,4) und die Schulen den formulierten Qualitätsanforderungen somit überwiegend auf der Entwicklungsstufe »die Praxis ist auf gutem Niveau entwickelt« gerecht werden (Grafik I 2.2 (G2)). Eine Ausnahme bildet das Kriterium K11, welches eine konzeptionelle Einbindung der Vorgehensweise bei der Qualitätsentwicklung sowie das Vorliegen eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen institutionellen Vorga-

ben und persönlichem Gestaltungsspielraum erfordert. Dieses, zum Aspekt der *organisatorischen Einbindung* zählende, Kriterium erhielt im Mittel die Einschätzung »trifft eher weniger zu« (Mittelwert 2,3).

Die Einschätzungen im Qualitätsbereich *Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse* stellen sich insgesamt heterogen dar (Grafik I 2.2 (G3)). Fünf Kriterien können ihren im Durchschnitt erzielten Werten nach als »eher weniger zutreffend« eingestuft werden (Mittelwerte zwischen 1,9 und 2,4) und acht Kriterien (Mittelwerte von 2,6 bis 3,4) als »überwiegend zutreffend«. Die drei Kriterien K7, K8 und K12 wurden am niedrigsten bewertet. K7 und K12 schätzen jeweils in den Aspekten *Wirkung und Wirksamkeit* sowie *organisatorische Einbindung* ein überwiegend noch nicht gelingendes Erkennen und Beseitigen von Qualitätsdefiziten ein. K8 fragt nach der Akzeptanz, welche das Qualitätskonzept an der Schule genießt. Das Kriterium K13 erhält insgesamt die beste Bewertung in diesem Qualitätsbereich und bestätigt, dass die Schulen die Qualitätsentwicklung durch gute Rahmenbedingungen unterstützen.

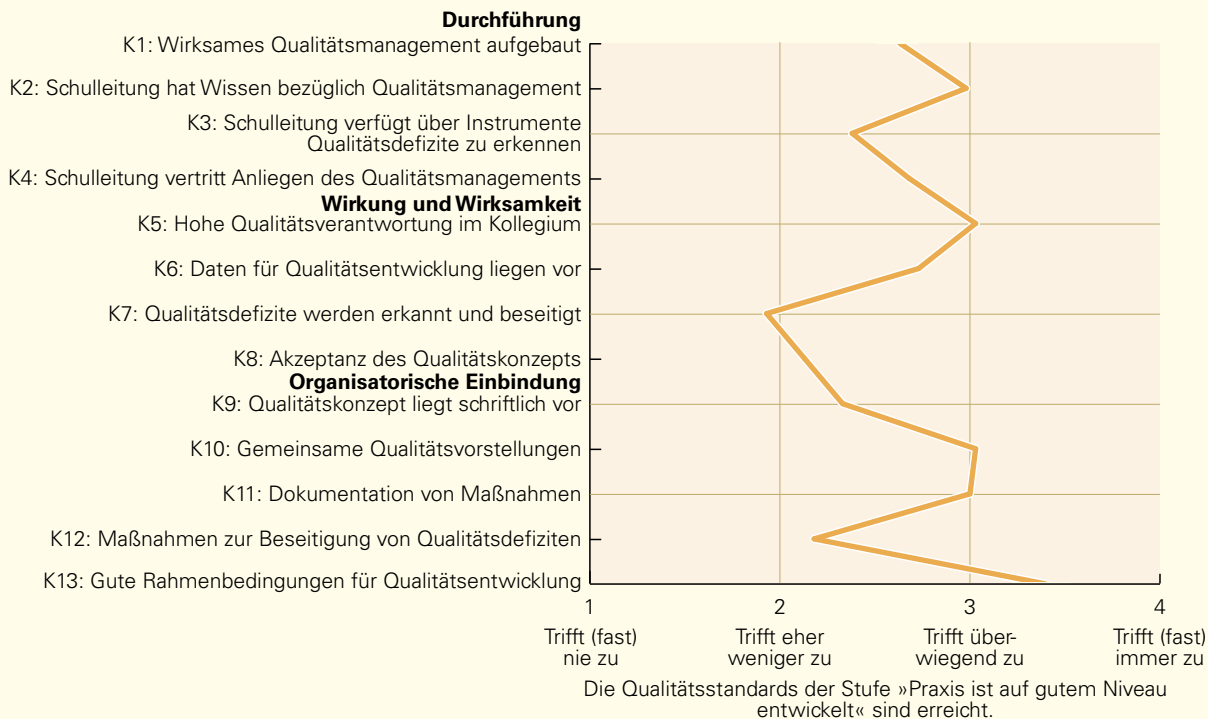
Die meisten Kriterien im Qualitätsbereich *Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung* haben eine durchschnittliche Bewertung zwischen »trifft eher weniger zu« und »trifft überwiegend zu« (Grafik I 2.2 (G4)). Zwei Kriterien werden im Durchschnitt aller Schulen am besten erfüllt: Es handelt sich um die Kriterien K9 und K11, welche zeigen, dass die Vorgaben der Schulen zur Feedbackpraxis im Kollegium akzeptiert sind und dass die von den Schulen zur Verfügung gestellten Ressourcen die Feedbackpraxis erleichtern. Kriterien mit Mittelwerten von 2,3 und 2,4 sind K4, K5 und K6, welche sich auf den Aspekt der *Wirkung und Wirksamkeit* der Feedbackpraxis beziehen. Sie nehmen in den Blick, ob das Individualfeedback Auswirkungen zeigt, die Wirksamkeit der durchgeführten Feedbackmaßnahmen reflektiert wird und ob die Auswirkungen der eigenen Feedbackpraxis realistisch wahrgenommen werden.

Die Kriterien des Qualitätsbereichs *Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung* der Schule weisen sehr heterogene Bewertungen auf (Grafik I 2.2 (G5)). »Eher weniger« bis »(fast) nie« wurde nach Einschätzung der Evaluatorenteams ein differenziertes Repertoire an Verfahren zur Selbstevaluation aufgebaut und erprobt (K5), lag eine Sammlung von erprobten Evaluationsinstrumenten (K8) vor oder wurden Evaluations- und Entwicklungsmaßnahmen kritisch überprüft (K10). Dass sich die an Selbstevaluationsprojekten beteiligten Lehrkräfte für eine sorgfältige Umsetzung einsetzen (K4) und geeignete Rahmenbedingungen für die Evaluations- und Entwicklungsprozesse an den Schulen vorliegen (K12) wurde hingegen als überwiegend zutreffend eingestuft.

<sup>19</sup> Für eine ausführliche Darstellung der Kriterien vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).

I 2.2 (G3)

**Einschätzung der Kriterien des Qualitätsbereichs Schulleitung und Steuerung der Qualitätsprozesse an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10**



Anmerkung: Für die grafische Darstellung wurde die Beschreibung der Kriterien stark gekürzt. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

**I 2.2.3 Vertiefende Analysen**

Um Erkenntnisse aus der Fremdevaluation zu gewinnen, die über die Zuordnung in Entwicklungsstufen und die Darstellung von mittleren Bewertungen hinausgehen, wurden weiter reichende qualitative Analysen vorgenommen. Diese Auswertungen ermöglichen es, tiefer gehende Informationen zur Qualität schulischer Prozesse und Maßnahmen zu gewinnen. Als Datenmaterial wurden die einzelnen Evaluationsberichte der beruflichen Schulen herangezogen.

**Analyse der Empfehlungen**

Die in den 40 Evaluationsberichten der beruflichen Schulen niedergelegten 132 Empfehlungen der Evaluationsteams bilden die Grundlage für die qualitative Analyse in diesem Bereich. Im Durchschnitt werden jeder evaluierten Schule etwa drei Empfehlungen für die interne Weiterentwicklung ausgesprochen. Ein ergänzender Text begründet die Empfehlung und führt aus, welche konkreten Aktivitäten aus Sicht der Fremd-

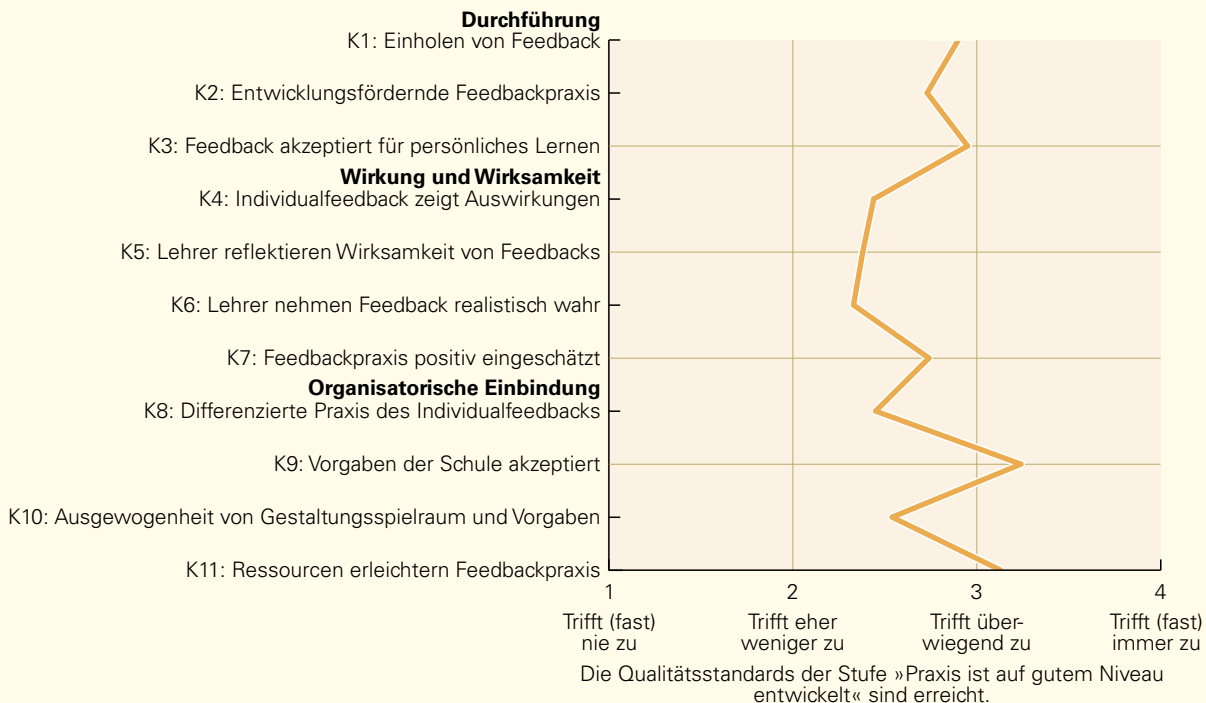
evaluation die Qualitätsentwicklung der Schule unterstützen.

Für die Auswertung im Bildungsbericht werden, wie bei der Auswertung der Evaluationsergebnisse der allgemein bildenden Schulen, die Empfehlungen systematisiert und Kategorien zugeordnet. Allerdings erfolgt hinsichtlich der beruflichen Schulen ein anderes methodisches Vorgehen bei der Kategorienbildung. Während die Empfehlungen der allgemein bildenden Schulen den entsprechenden Kriterien des Qualitätsrahmens der Fremdevaluation zugeordnet wurden, handelt es sich bei der Analyse der Empfehlungen im beruflichen Bereich um ein inhaltsanalytisches Vorgehen, bei welchem die Kategorien aus dem vorliegenden Textmaterial gebildet werden. Die Kategorien sind somit als Zusammenfassungen zu sehen; ihre Titel können als Oberbegriffe für die darunter gefassten Empfehlungen verstanden werden.

Eine Auszählung verdeutlicht, welche Empfehlungen besonders häufig genannt werden (Grafik I 2.2 (G6)). Dies lässt auf den konkreten, zum gegenwärtigen Zeit-

I 2.2 (G4)

**Einschätzung der Kriterien des Qualitätsbereichs *Individualfeedback und persönliche Qualitätsentwicklung* an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10**



Anmerkung: Für die grafische Darstellung wurde die Beschreibung der Kriterien stark gekürzt. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

punkt erforderlichen Entwicklungsbedarf an den evaluierten beruflichen Schulen schließen. Wie bereits bei den quantitativen Auswertungen ausgeführt, kann aufgrund der geringen Fallzahl – 40 evaluierte Schulen in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 – keine Repräsentativität für die gesamten beruflichen Schulen im Land beansprucht werden.

17 % der Empfehlungen konnten in die Kategorie *Qualitätsmanagement und -entwicklung wie bestehend fortführen und (strukturell) ausbauen* eingeordnet werden. Diese Empfehlungen haben das Pflegen und Fortführen bestehender Qualitätselemente zum Gegenstand, aber auch deren Ausbau auf dem bereits eingeschlagenen Weg. Sechs der insgesamt 23 Empfehlungen dieser Kategorie nehmen hierbei speziell den strukturellen Ausbau des Qualitätsmanagements in den Blick.

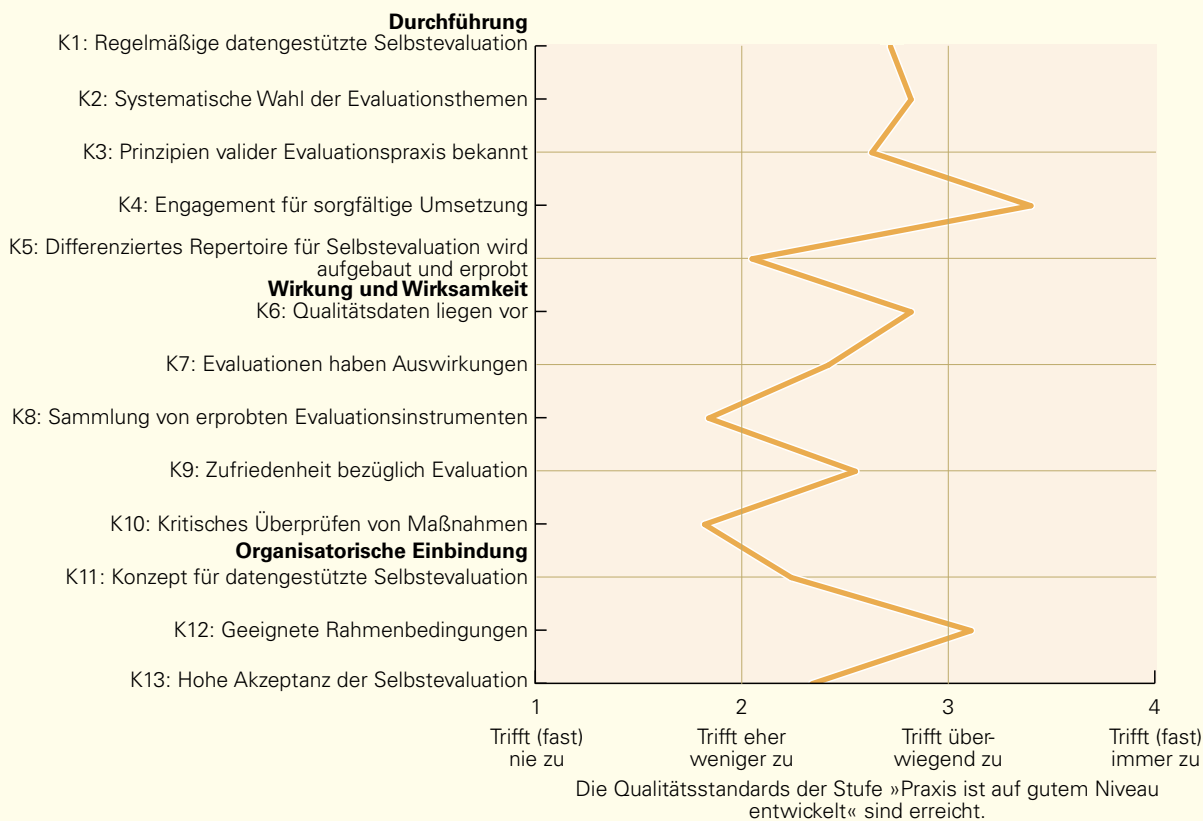
Rund jede siebte ausgesprochene Empfehlung (15 %) fällt in die Kategorie *Qualitätsarbeit konzeptuell weiterentwickeln/ ein gemeinsames Qualitätsverständnis entwickeln*. Diese Kategorie umfasst Empfehlungen, die sich auf die Arbeit am Qualitätskonzept der jewei-

ligen Schule beziehen, so zum Beispiel darauf, noch unverbundene Elemente der Qualitätsentwicklung zu einem umfassenden Konzept zusammenzuführen. Des Weiteren wurden dieser Kategorie Empfehlungen zugeordnet, die das Entwickeln eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses betreffen, da dieses als Grundlage für die Erstellung und Weiterentwicklung eines Qualitätskonzepts angesehen werden kann.

14% der Empfehlungen lassen sich unter der Überschrift *Kommunikation ausbauen/ alle am Schulleben Beteiligten in die Qualitätsentwicklung einbeziehen* vereinen. Hierbei steht einerseits die Kommunikation, andererseits die Integration weiterer an der Schule vertretenen Gruppen in den Prozess der Qualitätsentwicklung im Mittelpunkt. So weisen einige Empfehlungen darauf hin, dass Schüler noch stärker in die Qualitätsentwicklung eingebunden werden sollten. Ebenfalls 14 % der Empfehlungen sind *Empfehlungen zu der Selbstevaluation* der Schulen. Diese lassen sich inhaltlich in zwei Gruppen teilen: acht Empfehlungen beziehen sich auf den Auf- und Ausbau der Selbstevaluation an der jeweiligen Schule, während sich zehn Empfehlungen damit

## I 2.2 (G5)

### Einschätzung der Kriterien des Qualitätsbereichs *Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung der Schule* an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10



Anmerkung: Für die grafische Darstellung wurde die Beschreibung der Kriterien stark gekürzt. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung (2010).

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

309 11

befassen, die Selbstevaluation und ihre Ergebnisse (stärker) für Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesse zu nutzen.

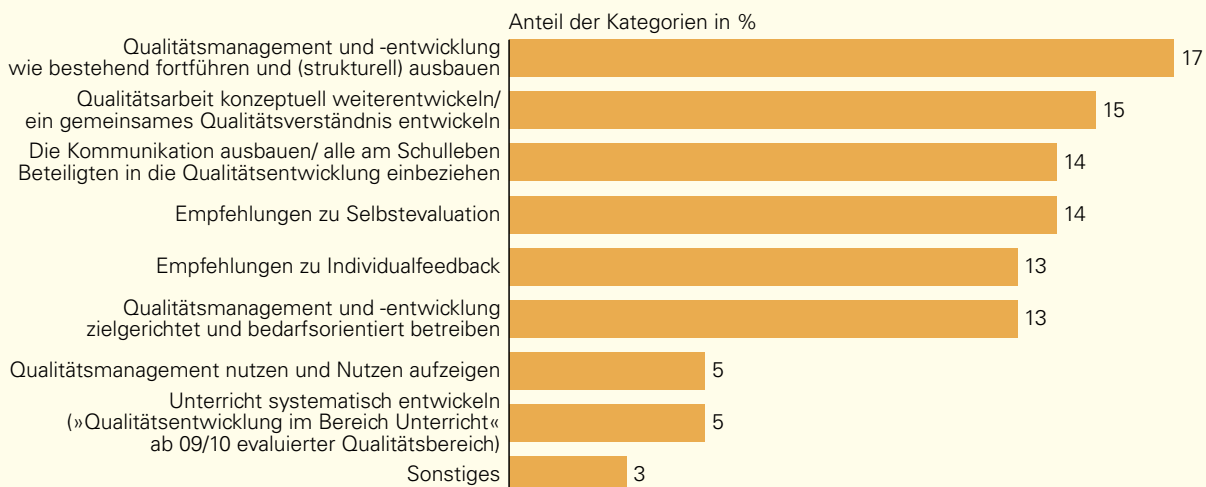
Für die Kategorie *Empfehlungen zu Individualfeedback*, welche 13 % der Empfehlungen umfasst, finden sich elf Empfehlungen, die den Auf- und Ausbau des Individualfeedbacks anregen. Sechs Empfehlungen beziehen sich auf das Nutzen des Individualfeedbacks für Entwicklungsprozesse. Weitere 13 % der Empfehlungen lassen sich unter die Kategorie *Qualitätsmanagement und -entwicklung zielgerichtet und bedarfsorientiert betreiben* fassen. Anhand dieser Empfehlungen werden die betreffenden Schulen darauf hingewiesen, dass eine Definition von Zielen für das Qualitätsmanagement bzw. die Qualitätsentwicklung und eine Ausrichtung am jeweiligen Bedarf der Schule zielführend wäre.

5 % der Empfehlungen fordern dazu auf, das Qualitätsmanagement für die schulische Arbeit zu nutzen bzw. den Nutzen des Qualitätsmanagements aufzuzeigen. Ebenfalls 5 % der Empfehlungen heben darauf ab, den Unterricht an der Schule systematisch weiterzuentwickeln. Es ist hierbei zu beachten, dass der Qualitätsbereich *Qualitätsentwicklung im Bereich Unterricht* als eigenständiger Bereich erst ab Schuljahr 2009/10 evaluiert wurde.

Die Kategorie *Sonstiges* umfasst 3 % der Empfehlungen. Bei den dieser Kategorie zugeordneten Empfehlungen handelt es sich unter anderem um den Vorschlag, Erfolge nach außen im Sinne eines Marketings zu kommunizieren und um die stärkere Würdigung der Erfolge in der Qualitätsentwicklung.

I 2.2 (G6)

**Empfehlungen der Evaluationsteams an beruflichen Schulen  
in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10**



Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

310 11



## I 3 Diagnose- und Vergleichsarbeiten

Mit der Einführung des Bildungsplans 2004 legte Baden-Württemberg als erstes Bundesland im Bereich der allgemein bildenden Schulen Bildungsstandards fest. Damit verbunden ist eine systemische Umstellung von der Vorgabe dessen, was unterrichtet werden muss (Input-Steuerung), auf die Festlegung dessen, was letztlich von den Schülern gelernt werden soll (Output-Steuerung). Um auf der Ebene der Output-Steuerung den Lernstand der Schüler differenziert abbilden zu können, werden Vergleichsarbeiten durchgeführt. Vergleichsarbeiten sind standardisierte Lernstandserhebungen, die zu festgelegten Terminen den Lernstand von Klassen und auch von einzelnen Schülern in Bezug auf Bildungsstandards überprüfen. Durch die Rückmeldung der Ergebnisse erhalten Lehrkräfte objektive Informationen, welche zur Weiterentwicklung von Schule und Unterricht genutzt werden können. In Baden-Württemberg werden zwei Verfahren zur Lernstandserhebung eingesetzt: an den Grundschulen die *Diagnosearbeiten* (VERA 3, vgl. **Kapitel I 3.1**), an den weiterführenden Schulen die *Vergleichsarbeiten* (DVA, vgl. **Kapitel I 3.2**).

### I 3.1 Diagnosearbeiten an Grundschulen (VERA 3)

In den Schuljahren 2005/06 bis 2007/08 wurden an den Grundschulen in Baden-Württemberg am Ende der Klassenstufen 2 und 4 landeseigene Diagnosearbeiten geschrieben. Seit dem Schuljahr 2008/09 beteiligen sich die baden-württembergischen Grundschulen verpflichtend an den bundesweit durchgeführten *Vergleichsarbeiten in der Schule* (VERA). Diese Lernstandserhebung wird im zweiten Schulhalbjahr der Klassenstufe 3 geschrieben und daher auch als VERA 3 bezeichnet. VERA orientiert sich an den von der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedeten Bildungsstandards des Faches Deutsch<sup>20</sup> bzw. Mathematik<sup>21</sup> für den Primarbereich. Diese sind als Regelstandards definiert und beschreiben Kompetenzen, die im Durchschnitt von allen Schülern bis zum Ende der Klasse 4 erreicht werden sollen.

Zuständig für die Konzeption der VERA-3-Arbeiten ist seit dem Schuljahr 2009/10 das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Berlin, welches die zuvor zuständige Universität Koblenz-Landau abgelöst hat. Baden-Württemberg entsendet zur Unter-

stützung des IQB bei der Aufgabenentwicklung landeseigene Fachdidaktik-Experten. Diese sichern den Bezug des Gesamttests zu den baden-württembergischen Bildungsplänen für die Grundschule.

### Leistungsrückmeldung orientiert sich an Kompetenzstufen

Seit dem Schuljahr 2009/10 werden die Ergebnisse aus VERA 3 (bisher mit Ausnahme von Orthografie) auf fünf Kompetenzstufen im jeweiligen Fach bzw. Inhaltsbereich zurückgemeldet. Da VERA 3 die Kompetenzen der Bildungsstandards zugrunde legt, können mithilfe des Tests in den geprüften Bereichen Stärken und Schwächen der Drittklässler bezogen auf die zu erreichenden Kompetenzen am Ende der Klassenstufe 4 ermittelt werden. Für Lesen und Mathematik finden sich Kurzbeschreibungen der einzelnen Kompetenzstufen in Tabelle I 3.1 (T1). Für Mathematik sind jeweils die in Klassenstufe 4 erwarteten Anteile für die jeweiligen Stufen angegeben. Die Leistungen von Drittklässlern können diesen Erwartungen noch nicht im vollen Umfang entsprechen, dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Eine detaillierte Beschreibung des Kompetenzstufenmodells für das Fach Mathematik kann auf der Homepage des IQB abgerufen werden.<sup>22</sup> Das Kompetenzstufenmodell für den Inhaltsbereich Lesen im Fach Deutsch war zum Redaktionsschluss noch nicht abrufbar. Für Orthografie lag zum Zeitpunkt der Durchführung noch kein Modell vor, hier wurden die Leistungen in Leistungsgruppen zurückgemeldet. Die Grenzen der Leistungsgruppen wurden aufgrund einer gesamtdeutschen Voruntersuchung ermittelt, wobei jede Leistungsgruppe 25 % der Schüler umfasste. Die landesspezifischen Werte sind in Grafik I 3.1 (G1) dargestellt.

### VERA ermöglicht einen objektiven Blick auf die Lernergebnisse baden-württembergischer Drittklässler

Die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten sollen in erster Linie Lehrkräften einen objektiven Blick auf die Leistungen der eigenen Klasse ermöglichen. Sie bieten den Lehrkräften zuverlässige Informationen, welche

20 Vgl. Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2004b).

21 Vgl. Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2004c).

22 Vgl. Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (2008).

**I 3.1 (T1)** Allgemeine Kurzbeschreibung der Kompetenzstufenmodelle bei VERA 3 (2010): Mathematik und Lesen

Lesen Beschreibung	Kompetenzstufe	Mathematik	
		Beschreibung	Anteile in % <sup>1)</sup>
Explizit angegebene Einzelinformationen identifizieren	1	Routineprozeduren auf Grundlage einfachen begrifflichen Wissens	10
Benachbarte Informationen miteinander verknüpfen	2 Mindeststandard	Einfache Anwendungen von Grundlagenwissen	21
»Verstreute« Informationen miteinander verknüpfen und den Text ansatzweise als Ganzen erfassen	3 Regelstandard	Erkennen und Nutzen von Zusammenhängen in einem vertrauten (mathematischen und sachbezogenen) Kontext	33
Für die Herstellung von Kohärenz auf der Ebene des Textes wesentliche Aspekte erfassen	4 Regelstandard plus	Sicheres und flexibles Anwenden von begrifflichem Wissen und Prozeduren im curricularen Umfang	21
Auf zentrale Aspekte des Textes bezogene Aussagen selbstständig begründen	5 Maximalstandard	Modellierung komplexer Probleme unter selbstständiger Entwicklung geeigneter Strategien	15

1) Anteile von Schülern in der 4. Klasse der gesamtdeutschen Vergleichsstichprobe für Mathematik. In Deutsch sind die Anteile noch nicht veröffentlicht, es ist aber zu erwarten, dass die Verteilung in etwa der in Mathematik entspricht.

Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

Lernergebnisse ihre Schüler erreicht haben und inwieweit die Anforderungen der nationalen Bildungsstandards erfüllt wurden. So können die Vergleichsarbeiten eine wichtige Grundlage für eine systematische Schul- und Unterrichtsentwicklung bilden. Ebenso können die Ergebnisse als Grundlage für fachdidaktische Diskussionen dienen.

Um eine differenzierte Betrachtung zu ermöglichen, stehen bei VERA 3 vielfältige Informationen und insbesondere folgende Vergleichsarten zur Verfügung:

- An den Bildungsstandards orientierter Leistungsvergleich. Der Vergleich der Leistungen der einzelnen Schüler auf der Grundlage von Kompetenzstufen ermöglicht eine direkte Orientierung an den Bildungsstandards und eine inhaltliche Bewertung der Ergebnisse.
- Bezugsgruppenorientierter Vergleich. Diese Art der Darstellung ermöglicht eine vergleichende Betrachtung der Leistungen in der eigenen Klasse in Bezug auf die des eigenen Bundeslandes.

**Bei jedem zehnten Drittklässler ist Deutsch nicht die dominante Alltagssprache**

Es werden in der Regel jährlich wechselnd Inhaltsbereiche geprüft, wobei allerdings der Bereich Lesen in jedem Jahr Bestandteil des Tests ist. Im Jahr 2010

beinhaltete der Test für Deutsch die Bereiche Lesen und Orthografie und für Mathematik die Bereiche Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit sowie Zahlen und Operationen.

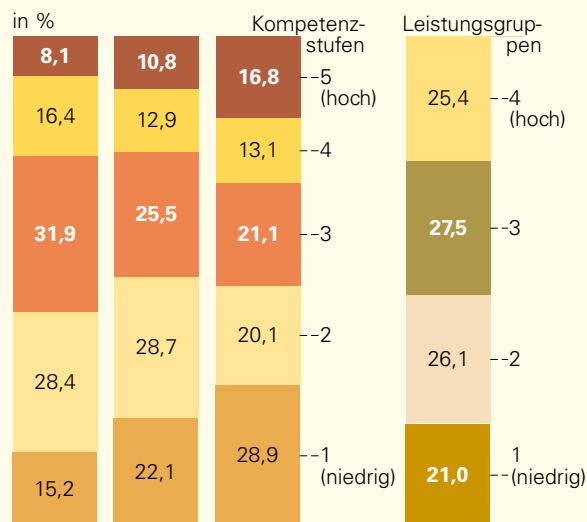
In Baden-Württemberg nahmen etwa 92 000 Grundschüler an VERA 3 teil – dies entspricht 87 % der Schüler der Jahrgangsstufe 3 im Schuljahr 2009/10. Darunter waren etwas mehr Jungen (51 %) als Mädchen. Etwas mehr als ein Zehntel aller Schüler sprechen im Alltag eine andere Sprache als Deutsch. Knapp 3 % wiederholten zum Zeitpunkt von VERA 3 die 3. Klasse. Bei rund 8 % lag eine Teilleistungsstörung (Angabe erhoben durch die Lehrkraft) in Deutsch vor (Tabelle I 3.1 (T2) im Anhang).

**Jeweils ein Drittel der Schüler übertrifft bzw. unterschreitet die Regelstandards**

Auffällig sind die im Inhaltsbereich Lesen relativ hohen Anteile auf den Kompetenzstufen 4 und 5 (rund 30 %), dies bedeutet, dass in Baden-Württemberg bereits in Klasse 3 knapp ein Drittel aller Schüler eine Kompetenz aufweist, die dem Regelstandard plus – bezogen auf die vierte Jahrgangsstufe – oder höher entspricht (Grafik I 3.1 (G1)). Andererseits findet sich ein fast ebenso großer Anteil von Schülern auf der anderen Seite des Kompetenzkontinuums: Nahezu 29 % der Schüler erreichen in Baden-Württemberg in Klassenstufe 3 noch nicht den Mindeststandard im Bereich Lesen.

## I 3.1 (G1)

### Verteilung der Schüler in VERA 3\*) auf die Kompetenzstufen bzw. Leistungsgruppen in Baden-Württemberg 2010



Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit  
Zahlen und Operationen  
Lesen  
Orthografie

\*) Vergleichsarbeiten in der Schule in Klassenstufe 3.

Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

301 11

Für den Bereich der Orthografie – hier wurden die Leistungen anstelle von Kompetenzstufen in Leistungsgruppen zurückgemeldet – zeigt sich, dass im Vergleich zur Voruntersuchung, bei der jede Leistungsgruppe 25 % der Schüler umfasst, der Anteil der Schüler, die der untersten Leistungsgruppe zuzuordnen sind, für Baden-Württemberg geringer ist. Gleichzeitig sind die mittleren Leistungsgruppen etwas stärker besetzt. Dies bedeutet, dass die baden-württembergischen Schüler bereits in einem etwas größeren Umfang Kompetenzen erworben haben, als aufgrund der Voruntersuchung erwartbar gewesen wäre.

### Unterschiedliche Ergebnisse von Mädchen und Jungen

Wie in zahlreichen anderen Schulleistungsstudien zeigt sich, dass Mädchen in den sprachbezogenen Bereichen höhere Anteile auf den beiden oberen Kompetenzstufen bzw. in der oberen Leistungsgruppe aufweisen. Umgekehrt befinden sich weniger Mädchen in der unteren Kompetenzstufe bzw. Leistungsgruppe. Für die Jungen sind die beschriebenen Verteilungen auf den mathematischen Bereich »Zahlen und Operationen« übertragbar (Grafik I 3.1 (G2)).

Im Inhaltsbereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit ist der Unterschied am geringsten. Jungen und Mädchen sind zu fast gleichen Anteilen in den jeweiligen Kompetenzstufen vertreten.

In den Bereichen Lesen und Orthografie weist ein relativ großer Teil der Mädchen bereits zu diesem Zeitpunkt eine sehr hohe Kompetenz auf, allerdings gilt gleichzeitig im Bereich Lesen – dies jedoch für beide Geschlechter –, dass auf der unteren Kompetenzstufe der Anteil der Schüler ebenfalls relativ groß ist.

### 60 % der Schüler mit nicht-dominanter Sprache Deutsch verfehlen die Mindeststandards

Etwas mehr als 11 % der Schüler der Stichprobe sprechen im Alltag eine andere Sprache als Deutsch (Tabelle I 3.1 (T2) im Anhang). Für die Zuordnung der Schüler wurde die Einschätzung der Lehrkräfte zugrunde gelegt, ob für Schüler, unabhängig von Nationalität und Geburtsort, Deutsch die dominante Sprache im Alltag ist oder nicht.

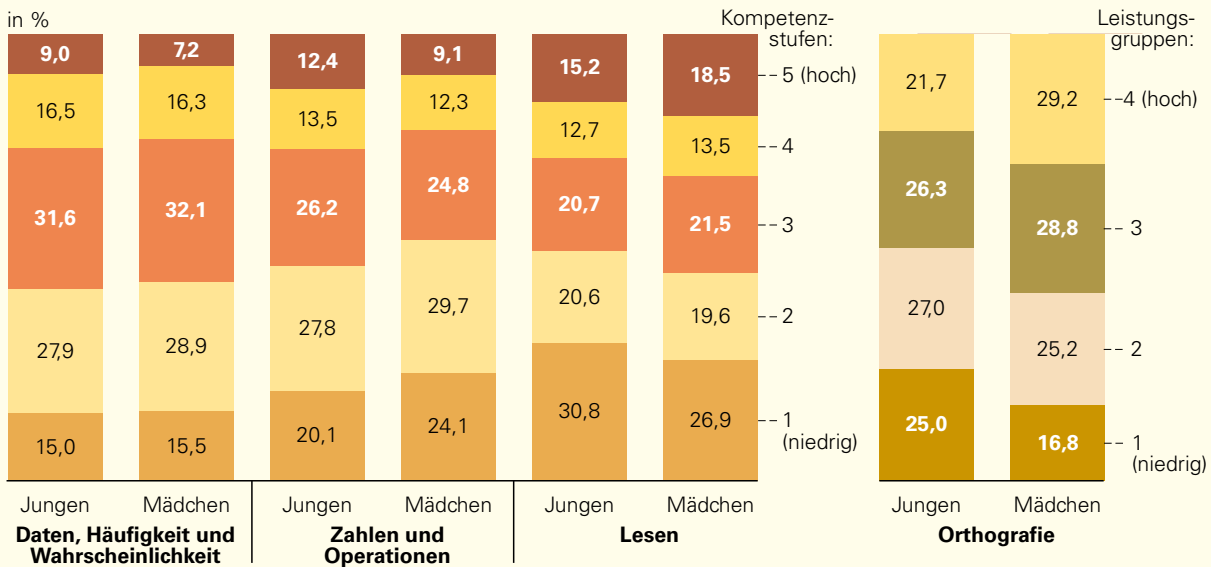
In den Inhaltsbereichen des Faches Deutsch zeigen sich erwartungsgemäß die größten Unterschiede bezüglich der Sprachdominanz. Am deutlichsten zeigen sich die Differenzen im Bereich Lesen. Insgesamt knapp 61 %

Im Inhaltsbereich Zahlen und Operationen finden sich ebenfalls in etwa gleich große Anteile von Schülern, die die Mindeststandards verfehlen bzw. die Leistungen erbringen, die mindestens dem Regelstandard plus entsprechen – allerdings sind diese Anteile jeweils kleiner (rund 22 % bzw. knapp 24 %). Im Bereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit ist der Anteil der Schüler auf Kompetenzstufe 1 hingegen vergleichsweise gering (gut 15 %), zugleich zeigen etwa ein Viertel der Schüler in diesem Bereich eine Kompetenz, die dem Regelstandard plus oder höher entspricht. Gut 60 % der Schülerschaft erreichen mit ihren Leistungen in diesem Bereich Minimal- bzw. Regelstandards.

Stellt man diese Ergebnisse den erwartbaren Anteilen auf den Kompetenzstufen (Tabelle I 3.1 (T1)) bezogen auf die 4. Klasse gegenüber, so zeigt sich, dass hinsichtlich der Inhaltsbereiche in Mathematik zwar die unteren Kompetenzstufen erwartungsgemäß stärker besetzt sind, aber auch im oberen Bereich (Stufen 4 und 5) bereits knapp ein Viertel aller Schüler zu finden ist. Im Bereich Lesen kommen Unterschiede in der Schülerschaft besonders zum Tragen. Der Anteil derer, die bereits jetzt den Maximalstandard erreichen, ist sogar größer als er für die Jahrgangsstufe 4 erwartbar ist. Andererseits ist – wie bereits erwähnt – der Anteil derjenigen groß, die den Mindeststandard noch nicht erreichen.

I 3.1 (G2)

**Verteilung der Schüler in VERA 3\*) auf die Kompetenzstufen bzw. Leistungsgruppen in Baden-Württemberg 2010 nach Geschlecht**



\*) Vergleichsarbeiten in der Schule in Klassenstufe 3.  
 Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

der Schüler mit Deutsch als nicht dominanter Sprache erreichen nicht einmal den Mindeststandard, während andererseits knapp ein Fünftel dieser Gruppe über Kompetenzen verfügt, die dem Regelstandard entsprechen oder sogar darüber hinausgehen (Grafik I 3.1 (G3)). Hingegen zeigen etwas mehr als die Hälfte aller Schüler mit deutschem Sprachhintergrund Leistungen, die dem Regelstandard bzw. darüber hinausgehenden Kompetenzen entsprechen. Allerdings erreicht auch in dieser Gruppe etwa ein Viertel in Klassenstufe 3 noch keine Mindeststandards.

In Mathematik ist zwar derselbe Trend deutlich erkennbar, insbesondere bezogen auf die jeweils unterste Kompetenzstufe, aber weniger ausgeprägt. Beispielsweise befinden sich im Bereich Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit etwas mehr als ein Drittel der Schüler mit nicht-deutschem Sprachhintergrund auf Kompetenzstufe 1. Andererseits gilt insgesamt für dieselben Schüler, dass in der Mathematik die Anteile auf den Stufen 3 bis 5 im Vergleich zum Lesen stärker besetzt sind.

**»Fairer Vergleich« ermöglicht angemessene Einschätzung der Schülerleistungen unter Berücksichtigung des sozialen Kontextes**

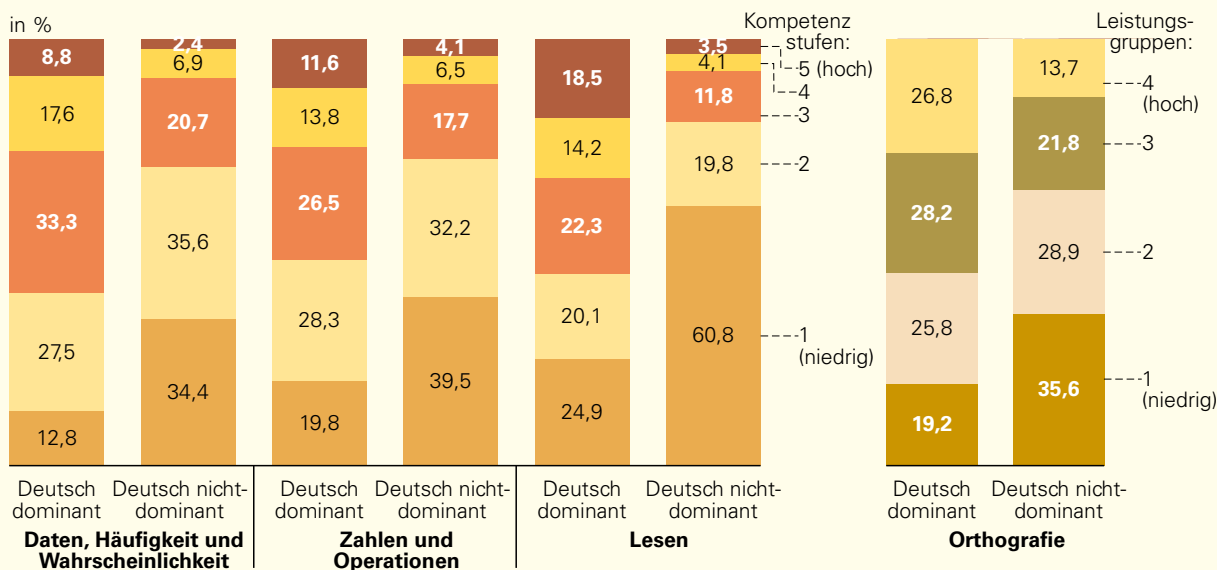
Für VERA 3 werden sogenannte Kontextgruppen für den »fairen Vergleich« gebildet, der die unterschied-

lichen sozial determinierten Lernvoraussetzungen der Schüler berücksichtigt. Diese sind definiert durch bestimmte Aspekte des sozialen Umfelds von Klassen bzw. Schulen. Lehrkräfte können so die Leistungen ihrer Klasse nicht nur mit dem Durchschnitt des Landes (Grafik I 3.1 (G1)) vergleichen, sondern sie können sie mit dem Durchschnitt einer Gruppe von Klassen vergleichen, die bezogen auf den sozialen Kontext der eigenen Klasse ähneln (Grafik I 3.1 (G4)), die also unter gleichen Rahmenbedingungen arbeiten. Hierbei werden Variablen berücksichtigt, die nicht von Lehrkräften verändert werden können, wie beispielsweise der Sprachhintergrund der Kinder, das Bildungsniveau der Eltern oder die sozialen Verhältnisse der Familien. Durch Angaben der Lehrkraft hinsichtlich der in Tabelle I 3.1 (T3) genannten Kriterien werden die Werte der eigenen Klasse denen der am besten passenden Kontextgruppe gegenübergestellt.

So kann es beispielsweise für sogenannte Brennpunktschulen sinnvoll sein, sich nicht nur mit dem Landesdurchschnitt zu vergleichen, da die betreffenden Schulen bei diesem Vergleich meist schlechter abschneiden und die Einordnung ihrer Ergebnisse möglicherweise als nicht aussagekräftig angesehen werden. Über den »fairen Vergleich« können die Ergebnisse zusätzlich vor dem Hintergrund des sozialen Umfelds interpretiert und dementsprechend gewürdigt werden.

I 3.1 (G3)

**Verteilung der Schüler in VERA 3\*) auf die Kompetenzstufen bzw. Leistungsgruppen in Baden-Württemberg 2010 nach Deutsch als dominante/nicht dominante Sprache**



\*) Vergleichsarbeiten in der Schule in Klassenstufe 3.  
 Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

Die Kontextgruppe 1 weist die für die schulische Leistung günstigste soziale Zusammensetzung auf, Kontextgruppe 3 die ungünstigste. So zeichnet sich die erste Kontextgruppe beispielsweise dadurch aus, dass nahezu kein Kind eine andere Sprache als Deutsch im Alltag spricht. Weiterhin liegen die zugeordneten

Schulen nicht in einem sozialen Brennpunkt und der Anteil von Schülern aus Familien der Grund- und Unterschicht beträgt rund ein Fünftel. Umgekehrt ist beispielsweise dieser Anteil in Kontextgruppe 3 sehr hoch (49 %) und auch andere soziale Kontextfaktoren sind hier anders gewichtet.

I 3.1 (T3)

**Soziale Zusammensetzung der Kontextgruppen anhand durchschnittlicher Merkmalsausprägungen für Baden-Württemberg 2010**

Merkmal	Kontextgruppe <sup>1)</sup>		
	1	2	3
	Anteil in %		
Kinder mit Deutsch als nicht dominanter Sprache	0	8	29
Klasse im sozialen Brennpunkt gelegen	nein	nein	ja
Schüler aus Familien der Grund- oder Unterschicht	20	23	49
Schüler aus Familien, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Bezug von Sozialleistungen bestritten wird	7	6	20
Schüler aus Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind	4	5	15

1) Kontextgruppe 1: günstigster Kontext, Kontextgruppe 3: ungünstigster Kontext.  
 Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

Es ist deutlich zu erkennen, dass der soziale Kontext einer Klasse mit ihrem Leistungsvermögen zusammenhängt. So finden sich für alle Inhaltsbereiche in der günstigsten Kontextgruppe (Gruppe 1) größere Anteile von Schülern auf den Kompetenzstufen 4 und 5 als in der ungünstigsten Kontextgruppe (Gruppe 3). Umgekehrt sind die Anteile auf der niedrigsten Kompetenzstufe in der ungünstigsten Kontextgruppe wesentlich größer (Grafik I 3.1 (G4)).

Auffällig ist für alle Testinhalte, dass es insbesondere für Schüler in Klassen, die der Kontextgruppe 3 zuzuordnen sind, schwierig ist, gute Leistungen zu erbringen. Am auffälligsten erscheint der Einfluss beim Lesen: Mehr als 44% der Schüler, die der ungünstigsten Kontextgruppe zuzuordnen sind, erreichen hier nicht den Mindeststandard. Andererseits erfüllen trotz ungünstiger Kontextbedingungen gut 18 % dieser Gruppe bereits in Klasse 3 den Regelstandard plus oder sogar darüber hinaus. Obwohl günstigste Kontextbedingungen vorliegen, erreichen fast 22 % der Schülerschaft in Kontextgruppe 1 keine Minimalstandards, während andererseits über ein Viertel bereits Maximalstandards erreichen.

In der Orthografie zeigt ein knappes Drittel der Schüler der ungünstigsten Kontextgruppe nur Leistungen, die sich der untersten Leistungsgruppe zuordnen lassen, während andererseits nahezu 19% dieser Schülerschaft

die obere Leistungsgruppe erreicht. Für die günstigste Kontextgruppe kehren sich diese Anteile fast um.

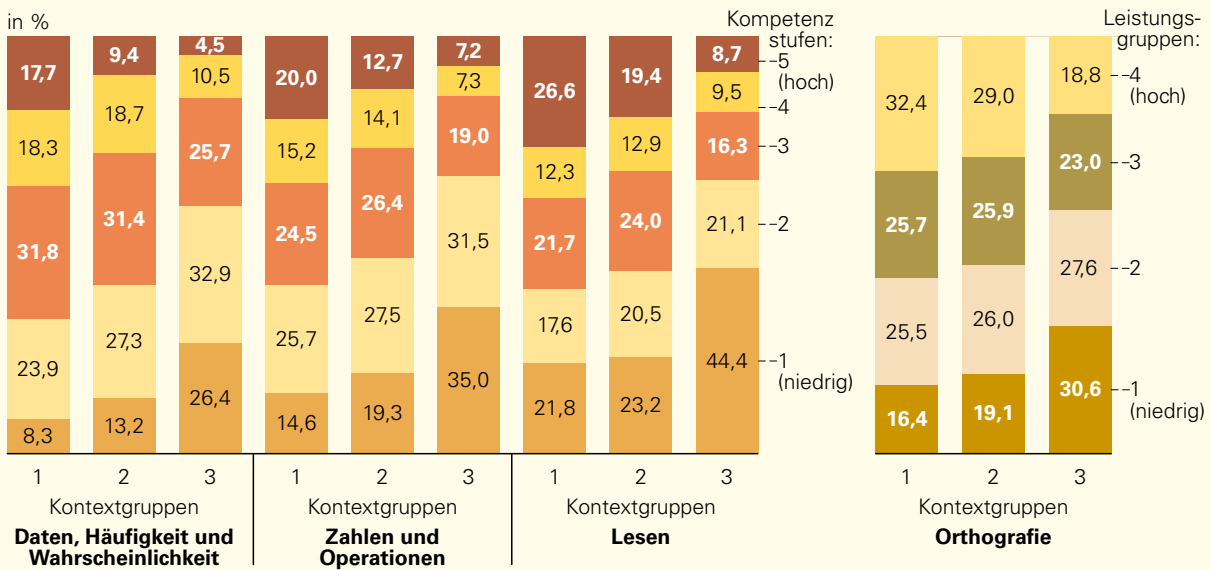
### I 3.2 Vergleichsarbeiten an weiterführenden Schulen (DVA)

Die zum Schuljahr 2005/06 an öffentlichen Hauptschulen/ Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien verpflichtend eingeführten Vergleichsarbeiten (DVA) sind standardisierte Tests, die den Lernstand von Klassen und auch von einzelnen Schülern in Bezug auf die baden-württembergischen Bildungsstandards des vorangegangenen Bildungsabschnitts überprüfen. Die Arbeiten werden an festgelegten Terminen zu Beginn des neuen Schuljahres in den Klassenstufen 7 und 9 an den Schulen eingesetzt. Durch standardisierte Korrekturanweisungen und einen Vergleich mit dem baden-württembergischen Leistungsdurchschnitt liefern die Ergebnisrückmeldungen auf Klassen- bzw. Schulebene objektive Informationen, die von den Fachlehrkräften sowie Schulleitungen zur Weiterentwicklung von Schule und Unterricht genutzt werden können. Die Vergleichsarbeiten stellen ein verpflichtendes Instrument der Selbstevaluation dar und sind ein wichtiges Element der Qualitätsentwicklung an Schulen.

Die Vergleichsarbeiten werden am Landesinstitut für Schulentwicklung konzipiert. Im Jahr 2010 wurden zwei

#### I 3.1 (G4)

**Verteilung der Schüler in VERA 3\*) auf die Kompetenzstufen bzw. Leistungsgruppen in Baden-Württemberg 2010 nach Kontextgruppen**



\*) Vergleichsarbeiten in der Schule in Klassenstufe 3.  
 Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

## I 3.2 (T1)

## Vergleichsarbeiten DVA an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg 2010

Schulart	Klassenstufe <sup>1)</sup>	Vergleichsarbeiten in den Fächern
Werkrealschule/ Hauptschule	7	Deutsch, Mathematik
Realschule	7	Deutsch, Mathematik
	9	Deutsch, Mathematik, Pflichtfremdsprache Englisch oder Französisch
Gymnasium	7	Deutsch, Mathematik
	9	Deutsch, Mathematik, eine der Fremdsprachen Englisch, Französisch oder Latein <sup>2)</sup>

1) Überprüft wird jeweils der Bildungsstandard des vorausgegangenen Bildungsabschnitts. – 2) Die Gesamtlehrerkonferenz entscheidet für die jeweilige Klasse, welche Fremdsprache getestet wird.

Tests für die Werkrealschule/ Hauptschule, sechs Arbeiten für die Realschule und sieben weitere Arbeiten für das Gymnasium entwickelt (Tabelle I 3.2 (T1)).

Alle Aufgaben für die Vergleichsarbeiten werden in einer Pilotierung (Vorabtestung vor dem eigentlichen Einsatz) erprobt und repräsentieren zwei oder drei Schwerpunktbereiche der Bildungsstandards des jeweiligen Faches. Für diese Vorabtestung werden in jedem Jahr für jedes Regierungspräsidium anteilig Stichprobenschulen zufällig gezogen, von denen die jeweiligen Ergebnisse anonymisiert an das Landesinstitut für Schulentwicklung zurückgemeldet werden.

Auf Grundlage der Pilotierung werden geeignete Aufgaben für den endgültigen Test ausgewählt und die Gesamtschwierigkeit festgelegt. Hierzu werden die Arbeiten so zusammengestellt, dass die mittlere Lösungswahrscheinlichkeit für den Gesamttest im Idealfall 50 % beträgt und die Aufgaben über den gesamten Schwierigkeitsbereich möglichst gleichmäßig gestreut sind. Somit ist für einen in Bezug auf die Leistung durchschnittlichen Schüler zu erwarten, dass er etwa 50 % der Aufgaben des jeweiligen Tests löst. Andererseits sind genügend viele Aufgaben vorhanden, um die Testleistungen von schwächeren bzw. leistungsstärkeren Schülern differenziert betrachten zu können. Bei der Aufgabenauswahl werden neben den Aufgabenschwierigkeiten (vermittelt über den prozentualen Anteil an Schülern, die die jeweiligen Aufgaben lösen) auch weitere teststatistische Kriterien, zeitliche Vorgaben und vor allem fachdidaktische Aspekte berücksichtigt.

Auf Klassen- bzw. Schulebene dienen die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten in erster Linie den Schulen selbst,

damit diese für eine gezielte Schul- und Unterrichtsentwicklung genutzt werden können.<sup>23</sup> Zudem können die so gewonnenen Leistungsdaten auf Landesebene insgesamt betrachtet werden.

### Exemplarische Auswertung erlaubt Rückschlüsse auf Abhängigkeit der Leistungen von verschiedenen Kontextmerkmalen

Eine detaillierte Ergebnisdarstellung aller 15 Vergleichsarbeiten ist im Rahmen der Bildungsberichterstattung nicht möglich. Exemplarisch werden die Ergebnisse der 9. Jahrgangsstufe Realschule und Gymnasium vorgestellt, da hier zusätzlich zu Deutsch und Mathematik auch Resultate aus den modernen Fremdsprachen betrachtet werden können. Bezüglich der Interpretation der berichteten Ergebnisse aus beiden Schularten muss beachtet werden, dass sich die Testergebnisse von Real- und Gymnasialschülern nicht in Bezug auf die Höhe der jeweiligen Testleistungen miteinander vergleichen lassen. Da die Vergleichsarbeiten die Schülerleistungen in Bezug auf die schulartspezifischen Bildungsstandards überprüfen und die Lösungshäufigkeiten speziell für die Testauf-

<sup>23</sup> Da in diesem Bericht der Fokus auf den landesweiten Daten liegt, kann an dieser Stelle nicht auf den in hohem Maße wichtigen Aspekt der Nutzung der Daten in den Klassen/ Schulen eingegangen werden. Auf dem Landesbildungsserver unter <http://www.schule-bw.de/entwicklung/dva/vadva/konzeption-dva/> sind unter anderem die Ziele der Vergleichsarbeiten und Hinweise zum Umgang mit den Ergebnissen in der Klasse/ Schule dargestellt.

gaben der Realschüler bzw. Gymnasiasten bestimmt werden, sind sowohl die Inhalte als auch die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten verschiedener Schularten nicht miteinander vergleichbar. Die gemeinsame Betrachtung nimmt ausschließlich bestimmte Trends und Fragestellungen in den Blick, beispielsweise die Abhängigkeit der Leistungen von bestimmten Kontextmerkmalen wie Geschlecht, Migrationshintergrund, Beherrschung der deutschen Sprache und Noten des vorangegangenen Jahreszeugnisses. Diese Informationen wurden als Angaben bzw. Einschätzungen durch die Lehrkraft erhoben.

Die an der Pilotierungsphase beteiligten Schulen übersenden dem Landesinstitut für Schulentwicklung auch ihre DVA-Ergebnisse aus dem Pflichteinsatz in anonymisierter Form für weitere Auswertungen. Aus den Ergebnismeldungen der Realschulen liegen für das Fach Deutsch Daten von 2 295 Schülern und für Mathematik Daten von 2 279 Schülern vor. Für Englisch können Daten von 2 308 Realschülern ausgewertet werden, während für das Fach Französisch lediglich Daten von fünf Realschulen und insgesamt 99 Schülern zurückgemeldet wurden. Diese geringen Zahlen sind auf die geringe Gesamtanzahl von Realschulen in Baden-Württemberg (etwa zehn Schulen) mit der Pflichtfremdsprache Französisch zurückzuführen. Aus diesem Grund wird nachfolgend auf eine Darstellung der Ergebnisse für die Vergleichsarbeiten im Fach Französisch an den Realschulen verzichtet.

Für die Vergleichsarbeiten am Gymnasium liegen für das Fach Deutsch Daten von 3 140 Schülern und für Mathematik Daten von 3 094 Schülern vor. In Englisch sind dies etwa ein Drittel weniger (1 919), für Französisch etwa zwei Drittel weniger (1 024), da jedes Gymnasium für die einzelnen Klassen festlegt, in welcher Fremdsprache eine Vergleichsarbeit geschrieben wird.

Die Geschlechterverteilung ist bei beiden Schularten in etwa ausgewogen. An den Realschulen beträgt der Anteil der Mädchen pro Fach jeweils 50 %. An den Gymnasien sind tendenziell etwas mehr Mädchen zu finden, die Angaben schwanken je nach Test zwischen 50 % und 54 %. Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund ist an Realschulen insgesamt etwas höher als an Gymnasien. So beträgt der Anteil von Realschülern mit Migrationshintergrund über alle Fächer hinweg 19 % bzw. 20 %. Am Gymnasium liegt dieser Anteil in Mathematik, Deutsch und Englisch hingegen zwischen 13 % und 16 %, in Französisch mit 10 % noch etwas darunter. Der Anteil von Schülern, welche nach Einschätzung der Lehrkräfte die deutsche Sprache »sehr gut« beherrschen, schwankt bei beiden Schularten je nach Fach. So beherrschen laut Einschätzung der Deutsch-Lehrkräfte und der Englisch-Lehrkräfte 17 % bzw. 16 % aller Realschüler die deutsche Sprache »sehr gut«. Demgegenüber trauen die Mathematik-Lehrkräfte 22 % der Realschüler eine »sehr gute« Sprachbeherrschung zu. Am Gymnasium wird die Be-

herrschung der deutschen Sprache durch die Deutsch- und Französisch-Lehrkräfte am niedrigsten bewertet. Etwa 15 % bzw. 13 % aller Gymnasiasten beherrschen nach deren Einschätzung die deutsche Sprache »sehr gut«, während Englisch- und Mathematik-Lehrkräfte 20 % bzw. 21 % ihrer Schüler eine »sehr gute« Sprachbeherrschung zuschreiben. Möglicherweise ist diese fächerbezogene Abweichung zumindest in Teilen auf die Tatsache zurückzuführen, dass Lehrkräfte in sprachbezogenen Fächern die Beurteilung in Bezug auf die Sprachbeherrschung etwas strenger vornehmen als andere Lehrkräfte, beispielsweise des Fachs Mathematik.

### Mittlere Lösungshäufigkeiten variieren leicht um den angestrebten Wert von 50 %

Bei der Analyse der mittleren Lösungshäufigkeiten für die hier betrachteten Vergleichsarbeiten zeigt sich, dass sowohl Real- als auch Gymnasialschüler teilweise etwas schlechtere Leistungen erbringen, als aufgrund der Pilotierungsergebnisse zu erwarten war. An der Realschule beträgt die mittlere Lösungshäufigkeit für Deutsch und Englisch jeweils 49 %, für Mathematik 48 %. Die mittlere Lösungshäufigkeit am Gymnasium liegt für Deutsch bei 45 %, für Mathematik bei 47 % und für Französisch bei 48 %, während die Leistungen im Fach Englisch im Mittel bei den zu erwartenden 50 % liegen. Dieses insgesamt etwas schlechtere Abschneiden ist vermutlich auf die Umstellung des Erhebungsmodus zurückzuführen. Erstmals in diesem Durchgang fand die entsprechende Pilotierung unmittelbar vor den Sommerferien statt und die Vergleichsarbeiten selbst unmittelbar nach den Sommerferien des Folgejahres, im Durchgang zuvor wurden beide Erhebungen jeweils nach den Sommerferien durchgeführt.

### Breite Streuung der Testergebnisse

In Grafik I 3.2 (G1) sind die Ergebnisse der einzelnen Tests für Realschulen und Gymnasien entsprechend ihrer prozentualen Verteilung dargestellt. In der Mitte des jeweiligen Boxplots ist der Median<sup>24</sup> eingezeichnet. Dies

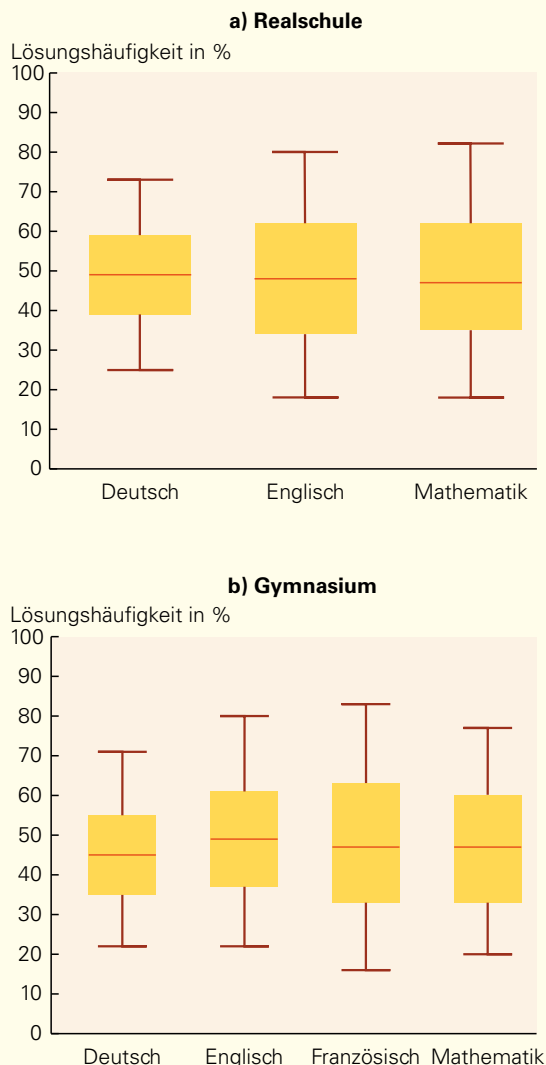
<sup>24</sup> Der Median wird bei der Beschreibung verteilungsbezogener Merkmale verwendet, da er relativ robust gegenüber Extremwerten ist. Im Falle der DVA-Testwerte stimmen Median und Mittelwert zum Teil genau überein. An der Realschule besteht in Deutsch kein Unterschied zwischen Median und Mittelwert (49 %), in Mathematik und Englisch beträgt die Abweichung jeweils 1 Prozentpunkt (Mathematik: Median 48 %, Mittelwert 49 %, Englisch: Median 47 %, Mittelwert 48 %). Für das Gymnasium sind in Mathematik und Deutsch beide Werte identisch (Deutsch: 45 %, Mathematik: 47 %). In Englisch lag der Median bei 49 % (Mittelwert 50 %), in Französisch lag der Median bei 47 % (Mittelwert 48 %).



## I 3.2 (G1)

### DVA-Testergebnisse an der Realschule und am Gymnasium in Baden-Württemberg 2010

Bildungsstandards Klasse 8\*), Fächer Deutsch, Englisch, Französisch\*\*) und Mathematik



\*) Getestet Anfang Klasse 9. – \*\*) Nur Gymnasium.

Anmerkung: Die Höhe der jeweiligen Testleistungen ist zwischen beiden Schularten nicht vergleichbar

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

300 11

bedeutet, dass die Hälfte der Schüler eine Leistung zeigt, die maximal dem Wert des Medians entspricht, die andere Hälfte erreicht Werte, die darüber liegen. Weiterhin markiert die »Box« jeweils die Grenze zum unteren bzw. zum oberen Leistungsviertel, wobei innerhalb der Box 50 % der Schüler mit ihren Leistungswerten repräsentiert sind.

Nach oben und unten schließen sich an die Box Anschlussstriche, sogenannte »Whiskers«, an. Deren Enden markieren in dieser Darstellung unten den

Leistungswert, den die 5 % der schwächsten Schüler im Test maximal erreichen und oben den Leistungswert, den die 5 % der besten Schüler noch übertreffen. Am Beispiel des Deutsch-Tests an der Realschule soll dies näher erläutert werden. Die Hälfte der Schüler löst mehr als 39 % und maximal 59 % der Aufgaben. Ein weiteres Viertel der Schüler löst mehr als 59 % der Aufgaben und repräsentiert damit das obere Leistungsviertel, während entsprechend das untere Leistungsviertel der Schüler eine maximale prozentuale Lösungshäufigkeit von 39 % erreicht. Weiterhin lösen die leistungsstärksten 5 % der Schüler über 73 % der Aufgaben, während im entsprechenden unteren Abschnitt der Leistungsverteilung maximal 25 % der Aufgaben gelöst werden.

Im Vergleich zu den anderen Tests zeigt sich in Deutsch sowohl an Realschulen als auch an Gymnasien, dass viele Schüler einen Wert erreichen, der nahe am Median liegt. In allen anderen Fächern weisen die Testwerte hingegen eine größere Streuung auf. So lösen 90 % der Realschüler in Deutsch über 25 % und maximal 73 % der Aufgaben, während die 5 % leistungsschwächsten Schüler in Englisch und Mathematik jeweils nur maximal 18 % der Aufgaben lösen, die 5 % leistungsstärksten Schüler jedoch Lösungshäufigkeiten von mehr als 80 % (Englisch) bzw. 82 % (Mathematik) erreichen (Grafik I 3.2 (G1)).

Auch am Gymnasium weisen die Testleistungen der Schüler in den Fächern Englisch und Mathematik eine breitere Streuung auf als in Deutsch. So erbringen die 5 % leistungsschwächsten Schüler in Deutsch noch eine Testleistung von maximal 22 %, die leistungsstärksten 5 % der Gymnasialschüler lösen mehr als 71 % der Aufgaben. In Englisch und in Mathematik lösen 90 % der Schüler hingegen über 22 % und maximal 80 % (Englisch) bzw. über 20 % und maximal 77 % (Mathematik) der Aufgaben. Insbesondere im Fach Französisch zeigt sich eine breite Streuung der Lösungshäufigkeiten, vor allem oberhalb des Medians; die Leistungen innerhalb der Schülerschaft erscheinen hier also recht heterogen. Die besten 5 % der Schüler lösen mehr als 83 % der Französisch-Aufgaben, während andererseits maximal 16 % der Aufgaben von den schwächsten 5 % bewältigt werden. Umgekehrt bedeutet dies, dass 90 % der Schüler Lösungshäufigkeiten zeigen, die zwischen diesen Werten liegen (Grafik I 3.2 (G1)).

### Unterschiedliche Testleistungen von Mädchen und Jungen in den Sprachen und in Mathematik

Wie in vielen weiteren Schülerleistungsstudien lässt sich auch bei den DVA an der Realschule und am Gym-

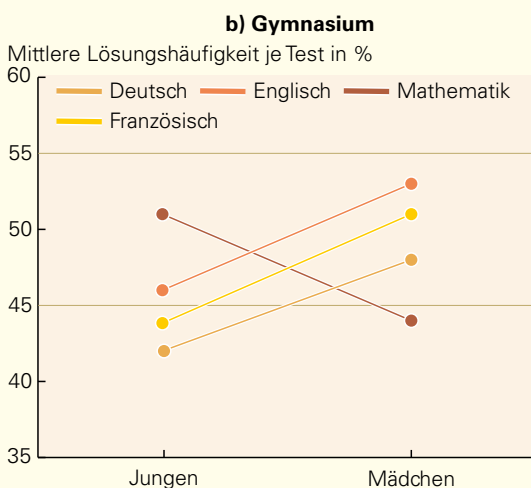
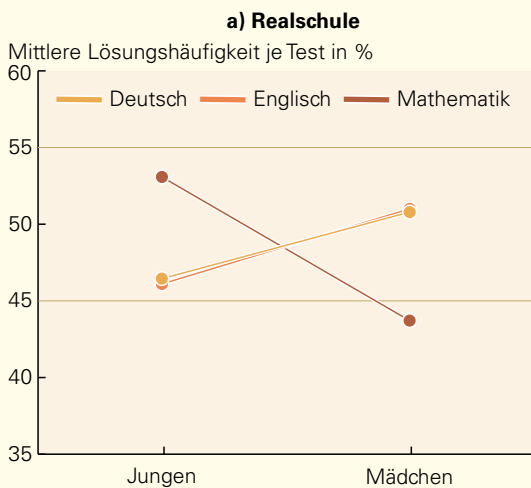
nasium ein geschlechtsspezifischer Effekt feststellen. Mädchen zeigen in den sprachbezogenen Fächern höhere Leistungen, während Jungen in Mathematik besser abschneiden (Grafik I 3.2 (G2)).

Bei Realschülern schwankt die Größe der Geschlechtsunterschiede je nach Test. Der Leistungsvorsprung der Jungen in Mathematik beträgt 9 Prozentpunkte, während Mädchen an der Realschule in Englisch und Deutsch im Schnitt 5 bzw. 4 Prozentpunkte höher liegen.

I 3.2 (G2)

**Mittlere DVA-Lösungshäufigkeit der Schüler an der Realschule und am Gymnasium in Baden-Württemberg 2010 nach Geschlecht**

Bildungsstandards Klasse 8\*), Fächer Deutsch, Englisch, Französisch\*\*) und Mathematik



\*) Getestet Anfang Klasse 9. - \*\*) Nur Gymnasium.  
 Anmerkung: Die Höhe der jeweiligen Testleistungen ist zwischen beiden Schularten nicht vergleichbar  
 Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Die Leistungsunterschiede am Gymnasium betragen für alle vier Fächer konstant 6 bis 7 Prozentpunkte. In Deutsch lösen Mädchen im Durchschnitt 48 % der Aufgaben, Jungen 42 %. Entsprechende Unterschiede können ebenfalls bei den Fremdsprachen festgestellt werden. In Mathematik hingegen beträgt die mittlere Lösungshäufigkeit für Jungen 51 % und für Mädchen 44 %.

**Migrationshintergrund hat nur zum Teil Auswirkungen auf die Testleistungen**

Auch der Migrationshintergrund spielt bei den erzielten Leistungen eine Rolle, jedoch nicht in jedem Fach gleichermaßen. So beträgt im Fach Deutsch an der Realschule der Unterschied in den durchschnittlichen Testleistungen zwischen Schülern mit bzw. ohne Migrationshintergrund 5 Prozentpunkte (Grafik I 3.2 (G3)). In Englisch ist hingegen keine Abweichung vorhanden.

Am Gymnasium zeigen sich in Deutsch und in Französisch Leistungsunterschiede von 6 bzw. 4 Prozentpunkten in den mittleren Lösungshäufigkeiten zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, während sich in Englisch ebenfalls fast kein Leistungsunterschied feststellen lässt (1 Prozentpunkt).

Auffällig ist, dass sowohl an der Realschule als auch am Gymnasium gerade für die Mathematikleistungen der Unterschied am größten ist. Realschüler ohne Migrationshintergrund erreichen eine im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte bessere Testleistung als solche, die einen Migrationshintergrund aufweisen. An Gymnasien unterscheiden sich die durchschnittlichen Mathematikleistungen je nach Migrationshintergrund um 8 Prozentpunkte. Eine inhaltliche Sichtung des Mathematiktests zeigt, dass an Realschulen die drei Bereiche Messen, Modellieren und funktionale Zusammenhänge im Test 2010 als Schwerpunktbereiche repräsentiert waren. Inhalt der Vergleichsarbeit an Gymnasien waren die Bereiche Daten und Zufall sowie Vernetzung und Modellieren. Aufgaben mit diesen Kompetenzen bedürfen häufig einer textlichen Einbettung, wobei die Komplexität solcher Erläuterungen zum Teil hoch ist, da in kurzen Texten alle für die Lösung relevanten Informationen enthalten sein müssen. Dieser Umstand hat vermutlich die schon im Fach Deutsch festgestellten Unterschiede für das Fach Mathematik verstärkt.

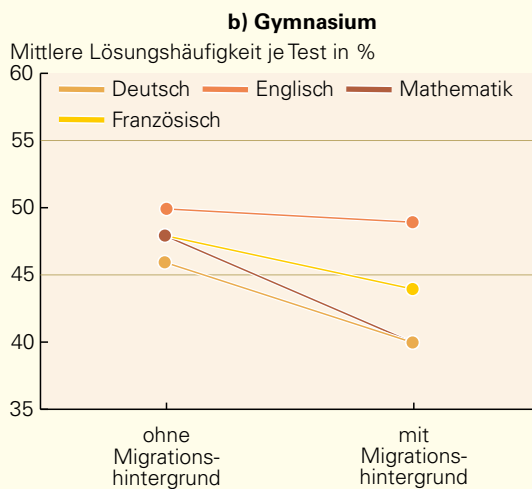
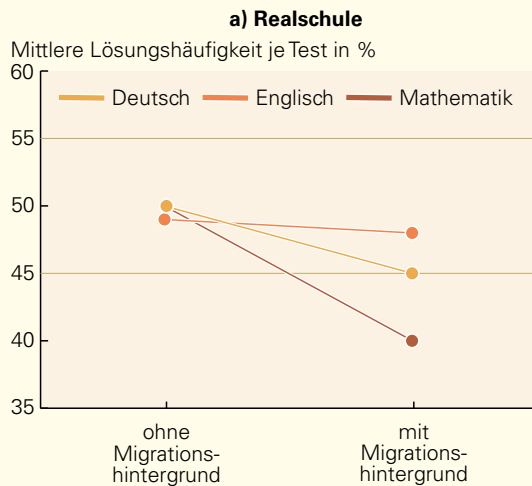
**Kontextmerkmale Geschlecht und Migrationshintergrund wirken sich auf die Leistungen in den einzelnen Fächern unterschiedlich aus**

In Grafik I 3.2 (G4) sind die Ergebnisse nach den beiden Kontextmerkmalen Geschlecht und Migrationshinter-

I 3.2 (G3)

**Mittlere DVA-Lösungshäufigkeit der Schüler an der Realschule und am Gymnasium in Baden-Württemberg 2010 nach Migrationshintergrund**

Bildungsstandards Klasse 8\*), Fächer Deutsch, Englisch, Französisch\*\*) und Mathematik



\*) Getestet Anfang Klasse 9. - \*\*) Nur Gymnasium.  
Anmerkung: Die Höhe der jeweiligen Testleistungen ist zwischen beiden Schularten nicht vergleichbar  
Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

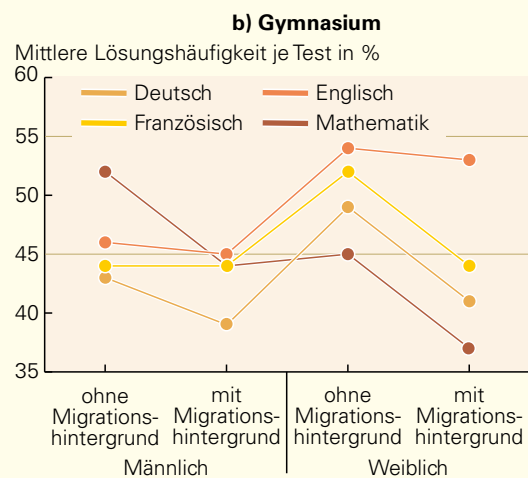
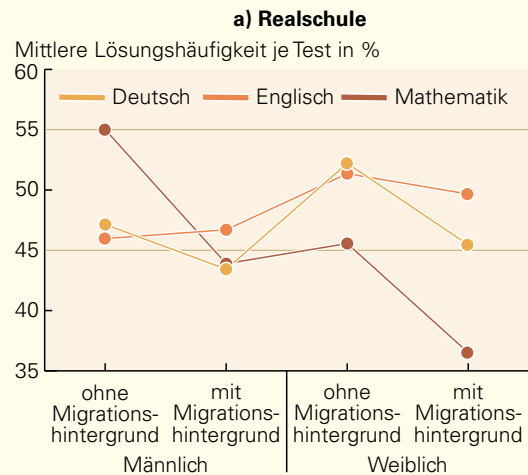
grund differenziert dargestellt. Insgesamt zeigen sich für jeden Test spezifische, jedoch für beide Schularten vergleichbare Zusammenhänge. Im Fach Deutsch weisen sowohl an Realschulen als auch an Gymnasien Mädchen ohne Migrationshintergrund bessere Leistungen auf als die übrigen Gruppen. Die Leistungen von Jungen mit Migrationshintergrund fallen dabei im Vergleich zu den anderen Gruppen noch etwas weiter ab, so erreichen sie an der Realschule im Vergleich zu Mädchen ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt ein um 9 Prozentpunkte schwächeres Ergebnis; am

Gymnasiumweichendie durchschnittlichen Leistungen dieser beiden Gruppen um 10 Prozentpunkte voneinander ab. Im Fach Englisch hingegen zeigt sich bei beiden Schularten auch bei der gemeinsamen Betrachtung beider Kontextvariablen lediglich ein Geschlechtseffekt. Bezogen auf die Vergleichsarbeit in Französisch am Gymnasium zeigt sich eine ähnliche Verteilung wie bei der Vergleichsarbeit im Fach Deutsch: Mädchen ohne Migrationshintergrund erreichen auch hier im Vergleich zu den übrigen Gruppen eine bessere Leistung. Allerdings ist für Jungen kein Einfluss des Migra-

I 3.2 (G4)

**Mittlere DVA-Lösungshäufigkeit der Schüler an der Realschule und am Gymnasium in Baden-Württemberg 2010 nach Geschlecht und Migrationshintergrund**

Bildungsstandards Klasse 8\*), Fächer Deutsch, Englisch, Französisch\*\*) und Mathematik



\*) Getestet Anfang Klasse 9. - \*\*) Nur Gymnasium.  
Anmerkung: Die Höhe der jeweiligen Testleistungen ist zwischen beiden Schularten nicht vergleichbar  
Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

tionshintergrunds auf die Französischleistung feststellbar.

Im Fach Mathematik lässt sich bei beiden Schularten der größte Unterschied feststellen: So haben an der Realschule Jungen ohne Migrationshintergrund einen Leistungsvorsprung von durchschnittlich 18 Prozentpunkten im Vergleich zu Mädchen mit Migrationshintergrund. Am Gymnasium unterscheiden sich die durchschnittlichen Mathematikleistungen von Jungen ohne Migrationshintergrund und Mädchen mit Migrationshintergrund um 15 Prozentpunkte. Mädchen ohne Migrationshintergrund und Jungen mit Migrationshintergrund erbringen hingegen sowohl an Realschulen als auch an Gymnasien im jeweiligen Mathematiktest fast dieselben Leistungen.

### Starker Effekt der Sprachbeherrschung

Die Einschätzung der Lehrkraft, inwiefern ein Schüler eine »sehr gute«, »normale« oder »schwache« Beherrschung der deutschen Sprache aufweist und die tatsächliche Leistung der Betreffenden in den Tests weisen sowohl an Realschulen als auch an Gymnasien unabhängig vom Fach einen starken Zusammenhang auf (Grafik I 3.2 (G5)).

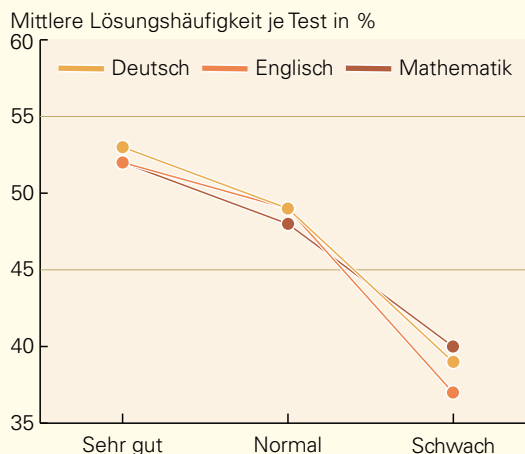
In den sprachbezogenen Fächern zeigen sich große Leistungsunterschiede zwischen Schülern, deren Sprachbeherrschung von den Lehrkräften als »sehr gut« bewertet wird und Schülern, denen eine »schwache« Sprachbeherrschung zugeschrieben wird. Die Lösungsquote der Realschüler mit einer als »sehr gut« eingeschätzten Sprachbeherrschung liegt im Fach Deutsch durchschnittlich 14 Prozentpunkte über der von Realschülern mit »schwacher« Sprachbeherrschung. Im Fach Englisch an der Realschule unterscheidet sich eine »sehr gute« Sprachbeherrschung im Vergleich zu einer »schwachen« Sprachbeherrschung um durchschnittlich 15 Prozentpunkte. Am Gymnasium sind die Unterschiede im Fach Französisch am größten. Eine sehr gute Beherrschung der deutschen Sprache geht mit einer mittleren Testleistung von 58 % gelösten Aufgaben einher, während Gymnasialschüler, denen eine schwache Sprachbeherrschung zugeschrieben wird, im Mittel nur 36 % der Aufgaben lösen. Für Englisch und Deutsch zeigen sich am Gymnasium ebenfalls große Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen: Eine »sehr gute« Sprachbeherrschung geht hier mit einer durchschnittlichen Testleistung von 57 % (Englisch) bzw. 53 % (Deutsch) einher, während Gymnasialschüler mit »schwacher« Sprachbeherrschung durchschnittlich lediglich 38 % (Englisch) bzw. 36 % (Deutsch) der Aufgaben lösen.

### I 3.2 (G5)

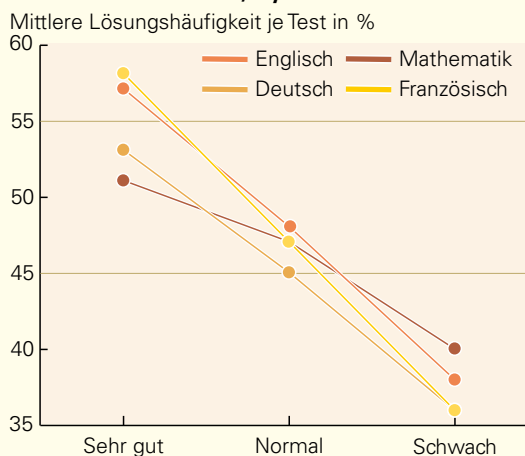
#### Mittlere DVA-Lösungshäufigkeit der Schüler an der Realschule und am Gymnasium in Baden-Württemberg 2010 nach Beherrschung der deutschen Sprache

Bildungsstandards Klasse 8\*), Fächer Deutsch, Englisch, Französisch\*\*) und Mathematik

##### a) Realschule



##### b) Gymnasium



\*) Getestet Anfang Klasse 9. – \*\*) Nur Gymnasium.

Anmerkung: Die Höhe der jeweiligen Testleistungen ist zwischen beiden Schularten nicht vergleichbar

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung.

Auch für die Mathematikleistung in den Vergleichsarbeiten beider Schularten hängt eine bessere Beherrschung der deutschen Sprache mit einer höheren Leistung zusammen, allerdings in etwas geringerem Ausmaß. Die Lösungsquote sowohl der Realschüler als auch der Gymnasialschüler mit »sehr guter« Sprachbeherrschung liegt um 11 Prozentpunkte über der Lösungsquote derjenigen Schüler, denen eine unterdurchschnittliche Beherrschung der deutschen Sprache von den Mathematiklehrkräften zugeschrieben wird.

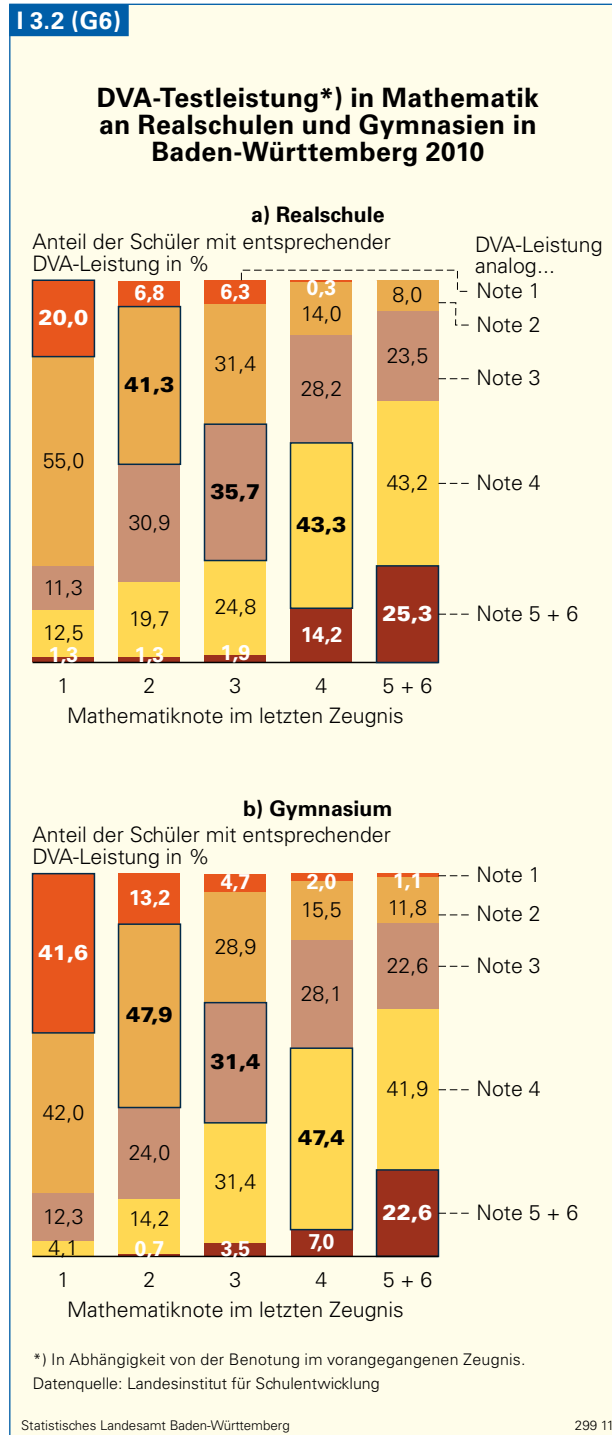
### Mittlere Übereinstimmung von Testleistungen und Schulnoten

Exemplarisch soll am Beispiel der Mathematiktests für Realschule und Gymnasium erläutert werden, wie sich der Zusammenhang der Testleistung mit den Schulnoten im vorangegangenen Jahreszeugnis der 8. Klassenstufe darstellt. In Tabelle 13.2 (T2) im Anhang finden sich Informationen zur Notenverteilung in den hier analysierten repräsentativen Stichproben von Real- und Gymnasialschülern.

Für die Darstellungen in Grafik 1 3.2 (G6) wurden die Testleistungen der Real- und Gymnasialschüler zunächst in sechs Gruppen eingeteilt und zwar in der Form, dass die Schüleranteile bezogen auf die Notenverteilung auf die Leistungsverteilung des Tests übertragen wurden. Beispielsweise erhielten laut Auskunft der Lehrkräfte 3,5 % der Realschüler und 7,1 % der Gymnasialschüler im letzten Jahreszeugnis die Note 1 (Tabelle 1 3.2 (T2) im Anhang). Diese beiden Gruppen stellen also an Realschulen und Gymnasien jeweils den Anteil der leistungsstärksten Schüler bezogen auf die Noten dar. Dieser Anteil wurde auf die jeweiligen Testleistungen der Real- und Gymnasialschüler übertragen, sodass sich bezogen auf die Testleistung in der Kategorie »DVA-Leistung analog zu Note 1« bei der Realschule die 3,5 % leistungsstärksten Schüler und entsprechend beim Gymnasium die 7,1 % leistungsstärksten Schüler befinden. Analog wurde bei den weiteren Gruppen verfahren.

Für jede Schulnote ist in Grafik 1 3.2 (G6) dargestellt, wie sich die Testleistungen aller Realschüler und aller Gymnasialschüler, die diese Note erhalten haben, verteilen. Da die Note 6 in den Klassen der Stichprobe der Realschüler insgesamt nur dreimal und in der Stichprobe der Gymnasialschüler nur zweimal vergeben wurde, wurden die Noten 5 und 6 jeweils zusammengefasst. Anteile unterhalb der hervorgehobenen Säulenabschnitte der Grafik 1 3.2 (G6) beschreiben jeweils Leistungen, die schlechter sind, als aufgrund der letzten Zeugnisnote und der Notenverteilung insgesamt zu erwarten war. Anteile über diesen Säulenabschnitten kennzeichnen solche Leistungen, die diesbezüglich besser sind.

20 % der Realschüler, die im vorangehenden Jahreszeugnis die Note 1 erhalten hatten, erzielten eine vergleichbar gute Leistung im Mathematiktest (Grafik 1 3.2 (G6)). Bei den Gymnasialschülern fällt diese Übereinstimmung höher aus. So erreichten knapp 42 % der Gymnasialschüler, die im vorausgegangenen Jahr die Jahreszeugnisnote »sehr gut« im Fach Mathematik erhalten hatten, auch bei der Vergleichsarbeit in Mathematik eine entsprechende Leistung. Dieser unterschiedliche Grad an Übereinstimmung lässt sich vermutlich auf die Tatsache zurückführen, dass die Note 1 in der Stichprobe der Realschüler insgesamt nur selten



vergeben wurde (bei 3,5 % aller Realschüler), während der prozentuale Anteil der Gymnasialschüler, die die Note 1 erhalten hatten, mehr als doppelt so hoch ist (7,1 % der Gymnasialschüler). Daraus folgt, dass von den Realschülern, welche die Note 1 erhalten hatten, ein Fünftel gleichermaßen sehr gute Testleistungen zeigten. Auf die gesamte Stichprobe von Realschülern bezogen sind dies knapp 1 % der Schüler.<sup>25</sup> Entspre-

25 Ein Fünftel des Schüleranteils von 3,5 % mit Schulnote 1.

chend haben rund 42 % der Gymnasialschüler mit Note 1 in der Vergleichsarbeit sehr gut abgeschnitten. Dies entspricht einem Anteil von insgesamt knapp 3 % der Gymnasialschüler.<sup>26</sup>

Setzt man alle jeweiligen Anteile aus Tabelle I 3.2 (T2) und Grafik I 3.2 (G6) in Bezug, so ist erkennbar, dass sich insgesamt bei der Stichprobe der Realschüler etwa 38 % der Bewertungen von Note und Testleistung in hohem Maße entsprechen. Bei der Stichprobe der Gymnasialschüler ergibt sich eine Übereinstimmung von insgesamt 40 %. Die Höhe der Übereinstimmung zwischen Testleistung und Note ist auch inhaltlich plausibel. Während in Notenleistungen noch weitere Beurteilungsaspekte einfließen, beispielsweise mündliche Leistung und individueller Leistungsfortschritt, ermöglicht die Vergleichsarbeit eine Momentaufnahme der schriftlichen Leistung bezogen auf Schwerpunktbereiche des Fachs. Hinzu kommt, dass Lehrkräfte sich bei der Notengebung am Leistungsstand der jeweiligen Klasse bzw. Schule orientieren, während sich die Kategorisierung der Leistungsdaten in Grafik I 3.2 (G6) auf die gesamte Schülerschaft bezieht. Eine

---

26 41 % des Schüleranteils von 7,1 % mit Schulnote 1.

gewisse Korrespondenz zwischen Noten und Testleistung kann und sollte folglich erwartbar sein, ein besonders hohes Ausmaß an Übereinstimmung jedoch nicht.

Beachtenswert sind an dieser Stelle allerdings die Abweichungen insbesondere in der Kategorie der Schüler mit den Jahreszeugnisnoten 5 und 6. Betrachtet man die Leistungsverteilungen für diese Kategorie, so zeigt sich bei den Testwerten der Realschüler, dass etwa 75 % der Schüler, die Note 5 oder 6 erhalten hatten, Leistungen zeigten, die besser zu bewerten wären, wenn man die Notenverteilung auf die Testleistung bezieht; 8 % erzielten eine Leistung, die demnach eher der Note 2 entspräche. Verstärkt findet sich dies am Gymnasium. So erbrachten etwa 13 % der Gymnasialschüler, die im vorangegangenen Jahreszeugnis die Note 5 oder 6 erhalten hatten, Leistungen, die nach der Notenverteilung mit der Note 1 und 2 zu bewerten wären. Auf Systemebene können solche Abweichungen der Testleistung von den erzielten Fachnoten im vorausgegangenen Jahreszeugnis unterschiedliche Ursachen haben. Auf Ebene des einzelnen Schülers liefern solche Auffälligkeiten jedoch wertvolle Hinweise, die von den betreffenden Lehrkräften genutzt werden können.



## Jugendbildung

J

- J 1 Rechtliche Grundlagen und Strukturen der außerschulischen Jugendbildung
- J 2 Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung
- J 3 Maßnahmen der außerunterrichtlichen Jugendbildung
- J 4 Jugendfreiwilligendienste





## J Jugendbildung

Die Bildung Jugendlicher außerhalb des Unterrichts ist ein ebenso umfassender wie komplexer Bereich. Die freien Träger im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit werden in Träger der Jugendhilfe und Träger der außerschulischen Jugendbildung unterschieden – wobei es bei einzelnen Maßnahmen und Angeboten Überschneidungen gibt. Daneben treten zunehmend weitere Akteure auf, die aus anderen gesellschaftlichen Bereichen stammen und die oftmals über keine Anerkennung als Träger der Jugendbildung verfügen, aber dennoch Beiträge zur Bildung Jugendlicher leisten. Im Jugendbegleiter-Programm

ist nachzuvollziehen, wie selbst Einzelpersonen in großem Umfang Bildungsangebote für Jugendliche schaffen, ohne über eine verbandliche Organisation zu verfügen.

Die außerschulische Jugendbildung ist ein zentraler und umfassender Bereich der Jugendarbeit und dort als pädagogisch selbstständiger Bereich verortet. Bestimmende Merkmale sind in erster Linie die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Offenheit und Flexibilität bei den Angeboten, die Vielfalt der Trägerschaft und die Gruppenorientierung.

### J 1 Rechtliche Grundlagen und Strukturen der außerschulischen Jugendbildung

Das Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz) des Landes Baden-Württemberg betont in § 1 den Stellenwert und die Aufgabe der außerschulischen Jugendbildung: *»Die außerschulische Jugendbildung ist ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens. Sie wendet sich in der Regel an junge Menschen bis zum 27. Lebensjahr. Ihre Förderung und Entwicklung ist eine öffentliche Aufgabe.«* Weiter wird in § 1 Jugendbildungsgesetz ausgeführt, dass die außerschulische Jugendbildung mit jugendgemäßen Mitteln junge Menschen zur Selbstverwirklichung, zur Verantwortlichkeit, zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft sowie zur Wahrnehmung und Befähigung der staatsbürgerlichen Pflichten befähigen soll. Auch sind Toleranz gegenüber Menschen anderer Lebensweise, Herkunft, Weltanschauung sowie gegenüber Menschen mit Behinderungen und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern hervorgehobene Ziele des Jugendbildungsgesetzes.

#### Strukturen der außerschulischen Jugendbildung

Oberste Landesjugendbehörden sind das Kultusministerium und das Sozialministerium. Die Jugendbildung ist vornehmlich im Kultusministerium angesiedelt, im Sozialministerium ressortiert dagegen die Jugendhilfe. Beide Ministerien verabschieden den Landesjugendplan, in dem die Leistungen des Landes in den Bereichen der Jugendbildung und der Jugendhilfe

beschrieben und zahlenmäßig belegt werden. Der Landesjugendplan wird parallel zum jeweiligen Staatshaushaltsplan erstellt und bildet die Förderpositionen ab. Von besonderer Bedeutung sind dabei Programme zur Förderung von Bildungsreferenten der Jugendorganisationen, von Seminaren und praktischen Bildungsmaßnahmen, von internationalen Schüler- und Jugendbegegnungen, von Maßnahmen zur Kooperation der Jugendarbeit mit Schule und zur Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund sowie von Jugendbildungsakademien. Hinzu kommen Zuschüsse für Musikschulen, die rund die Hälfte des Fördervolumens ausmachen, Jugendkunstschulen, jugendmusikalische Bildungsstätten sowie jugendmusikalische Projekte und Begegnungen. Zuwendungsempfänger sind anerkannte Träger der außerschulischen Jugendbildung und öffentlich-rechtliche Körperschaften. Zuständig für die Bewilligung und Abwicklung der Fördergelder sind in der Regel die Regierungspräsidien.

Aufgabe des Landeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung ist es, die Landesregierung in Fragen der außerschulischen Jugendbildung zu beraten. Es bringt Vorschläge, Empfehlungen und Gutachten ein und unterstützt die Koordinierung der verschiedenen Maßnahmen. Das Landeskuratorium wird außerdem zu grundsätzlichen Fragen der Förderung gehört. Ihm gehören insbesondere Vertreter der Jugendverbände und weiterer wichtiger Jugendorganisationen, des Landesjugendamts, der musikalischen Bildung und der kommunalen Landesverbände sowie in der außerschulischen Jugendbildung erfahrene Persönlichkeiten an.

## Erstellung eines Gesamtbildungskonzepts außerschulischer Jugendbildung

Am 26. Juli 2007 haben die Landesregierung sowie fünf Dachverbände der Jugendarbeit (vgl. Fenster am Ende von **Kapitel J1**) gemeinsame jugendpolitische Leitlinien entwickelt und das *Bündnis für die Jugend* geschlossen. Erklärtes Ziel ist die Sicherstellung einer zukunftsorientierten Jugendpolitik. Die Bündnispartner verpflichteten sich, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche gute Bedingungen für ein Aufwachsen in Baden-Württemberg vorfinden. Hierfür sehen die Bündnispartner folgende Entwicklungsbereiche der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit:

- *Ganztagsbildung – Gesamtbildungskonzept* in der Zuständigkeit des Kultusministeriums,
- *Demografischer Wandel und Partizipation der jüngeren Generationen an der Gesamtgesellschaft* in Verantwortung des Staatsministeriums,
- *Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund* sowie
- *Unterstützung von Jugendlichen mit Benachteiligungen und Behinderungen*, beide Bereiche in Verantwortung des Sozialministeriums.

Eine vom Kultusministerium gegründete Arbeitsgruppe bestehend aus den am Bündnis beteiligten Dachverbänden der Kinder- und Jugendarbeit, den beteiligten Ministerien sowie weiteren, mit der Thematik Jugendbildung befassten Organisationen und Gremien erarbeitet das Konzept. Die Zielgruppe der Jugendlichen ist in der Arbeitsgruppe durch die Beteiligung des Landesschülerbeirats, des Dachverbandes der Jugendgemeinderäte und der Jugendpresse Baden-Württemberg eingebunden.

Die Bündnisvereinbarung gibt ein weites Bildungsverständnis als Ausgangspunkt für die Erarbeitung des Gesamtbildungskonzepts vor. Bildung wird als ein ganzheitlicher Prozess der Persönlichkeitsentwicklung angesehen, welcher über den reinen Wissenserwerb hinausreicht. Ein Ziel des Konzepts besteht darin, die verschiedenen Aspekte der Jugendbildung darzustellen und dabei die einzelnen Bildungsleistungen der unterschiedlichen Träger der außerschulischen Jugendbildung zu berücksichtigen. Eine weitere Zielsetzung ist die Förderung der Kooperation zwischen den verschiedenen Bildungsträgern, so zum Beispiel auch zwischen Jugendarbeit und Schule auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene.

## Förderprogramm Kooperation Jugendarbeit – Schule

In ihrem Abschlussbericht empfahl die von Juni 1997 bis März 1999 vom Landtag eingerichtete Enquete-Kommission *Jugend – Arbeit – Zukunft* eine stärkere Förderung der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Auf dieser Grundlage entstand das Förderprogramm *Kooperation Jugendarbeit – Schule*, welches seit 1999 vom Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. umgesetzt wird. Kooperationspartner sind zum einen Schulen aller Schularten und zum anderen anerkannte Träger der verbandlichen Jugendarbeit (zum Großteil Mitgliedsverbände des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.), der offenen Jugendarbeit (zum Großteil Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.) sowie andere anerkannte Träger der Jugendarbeit.

Durch die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischer Jugendbildung entstehen neue Bildungsarrangements, an denen die Jugendlichen in beiden Bereichen profitieren können. Die Kompetenzen, die in gemeinsamen Angeboten vermittelt werden, könnten von jedem Partner alleine nicht bzw. nicht so effektiv vermittelt werden. Eine solche Zusammenarbeit ist in den Bildungsplänen für die allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg verankert. In der Einleitung für die Bildungspläne wird formuliert: »Außerschulische Erfahrungen und außerschulischer Einsatz tragen in hohem Maß zur Lernmotivation bei, sind darum systematisch einzubeziehen und bei der Bewertung hoch zu veranschlagen.« Aus der Schule gehen – etwas in die Schule mitbringen«, diese Maxime steigert die Wirksamkeit der Schule und ihrer Gegenstände.<sup>1</sup>«

Die Kooperation von Jugendarbeit und Schule zielt auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, auf die Werteerziehung sowie auf die gesellschaftliche und politische Partizipation Jugendlicher. Dadurch soll ihnen verstärkt die Möglichkeit eröffnet werden, aktiv an Entscheidungen mitzuwirken, welche ihre Lebenswelt betreffen.

Im Rahmen der Entwicklung von Ganztagschulen kommt der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule eine noch größere Bedeutung zu. Die Schule profitiert von der Jugendarbeit, die mit ihren spezifischen Kompetenzen ein wichtiger Partner für die Ausgestaltung der Angebote im Rahmen der Ganz-

1 Vgl. Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen 2004, Einführung S. 17.

tagsschule ist. Da Jugendliche durch die längere Schulzeit im Rahmen der Ganztagsangebote weniger leicht Zugang zu den Angeboten der Jugendarbeit finden, können deren Träger durch die Präsenz an den Schulen ihre Angebote einer großen Anzahl von Kindern und Jugendlichen bekannt machen. Organisatorisch wird das Förderprogramm *Kooperation Jugendarbeit – Schule* durch die Landesar-

beitsstelle Kooperation, einer Einrichtung des Kultusministeriums am Regierungspräsidium Stuttgart, koordiniert. Die Landesarbeitsstelle Kooperation fördert und unterstützt die Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Schulen und Trägern der Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit den regionalen Arbeitsstellen Kooperation an den Staatlichen Schulämtern.

## Die Dachverbände der Jugendarbeit

### Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände in Baden-Württemberg (AGL)

Die AGL ist der Zusammenschluss der Landjugendverbände in Baden-Württemberg und vertritt die Interessen von jungen Menschen im ländlichen Raum. Der AGL gehören neun Mitgliedsverbände an: Landjugend Württemberg-Baden, Bund Badischer Landjugend, Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern, Evangelische Jugend auf dem Lande in Baden, Evangelische Jugend auf dem Lande in Württemberg, Junggärtner in Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner – Landesgruppe Baden, Katholische Landjugendbewegung Freiburg sowie die Katholische Landjugendbewegung Rottenburg-Stuttgart.



### Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg e.V. (BWSJ)

Die BWSJ ist die Jugendorganisation des Sports in Baden-Württemberg und besteht aus den drei Sportbünden Badische Sportjugend-Nord, Badische Sportjugend Freiburg und Württembergische Sportjugend. Sie vertritt Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Baden-Württemberg und ist laut Selbstauskunft die mitgliederstärkste Jugendorganisation. Aufgabenschwerpunkt des BWSJ ist die Vertretung der (sport-)jugendpolitischen Interessen gegenüber Landtag und Landesregierung sowie anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die Bildungsaspekte des Sports zielen auf die Förderung sportlichen Bewegungshandelns und die Reflexion der Handlungssituationen im Sport. Sie richten sich auf Ziele, die weit über den Sport hinausreichen. Dazu gehört insbesondere der Erwerb von personalen Kompetenzen, die auf den im Sport verwirklichten Werten wie zum Beispiel Teamfähigkeit, Fairness, Leistungsstreben und Kommunikationsfähigkeit basieren.



### Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO)

Mit dem Ziel, die Interessen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zusammenzufassen, sie gegenüber der Politik zu vertreten und in der Öffentlichkeit darzustellen, ist die LAGO der Dachverband für alle Bereiche der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Mitglieder der LAGO sind sechs Landesorganisationen: die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V., der Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V., die Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft Spielmobile Baden-Württemberg e.V., das Paritätische Jugendwerk Baden-Württemberg e.V. und die Landesarbeitsgemeinschaft Kinderinteressen Baden-Württemberg e.V.



## Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (LJR BW)

Der LJR BW repräsentiert den Zusammenschluss von 26 Mitgliedsorganisationen verschiedener Jugendverbände in Baden-Württemberg in einer Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene. Die Vielfalt der 26 Mitglieder umfasst konfessionelle, musische, kulturelle, politische und gewerkschaftliche Verbände sowie Jugendverbände im Hilfebereich, beispielsweise die Jugendfeuerwehr und das Jugendrotkreuz. Die Spanne der unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen reicht dem Alphabet nach von der Adventjugend bis hin zur Trachtenjugend.

Über die regionalen Arbeitsgemeinschaften der kommunalen Jugendringe sind dem LJR BW etwa 110 Stadt- und Kreisjugendringe angeschlossen. Darüber hinaus hat der LJR BW Kontakt zu Selbstorganisationen jugendlicher Migranten, welche die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft nicht bzw. noch nicht erfüllen.

Der LJR BW hat sich zur Aufgabe gemacht, die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und dem Wohle der gesamten Jugend des Landes zu dienen. Um die in der Satzung formulierten Ziele zu verwirklichen, arbeitet der LJR BW in den Bereichen

- Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen,
- jugendpolitische Arbeit zum Beispiel Formulierung jugendpolitischer Positionen, Durchführung von Veranstaltungen zu aktuellen Themen, Bereitstellung von Informationen und Vernetzung von Beiträgen der einzelnen Mitgliedsorganisationen,
- Bildung und Qualifizierung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter,
- Finanzpolitik («Lobbyarbeit») und
- Serviceangebote für die Mitgliedsorganisationen und die Jugendarbeit zum Beispiel durch Bereitstellung von Informationen, Beratung und Unterstützung bei Versicherungs- und Finanzierungsfragen.



## Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LKJ)

Die LKJ ist ein Zusammenschluss von 23 landesweiten Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Initiativen aus dem Bereich der kulturellen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen, von denen 16 Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Initiativen ordentliche Mitglieder der LKJ sind. Laut Selbstverständnis ist die LKJ Interessenvertreter der kulturellen Kinder- und Jugendbildung im Gesamtfeld der Jugendhilfe und gegenüber der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg.

Neben der Möglichkeit des Erfahrungsaustausches auf Landes- und Bundesebene der Kinder- und Jugendkulturarbeit führt die LKJ eigene Modellprojekte und Wettbewerbe durch, regt innovative Prozesse in der kulturellen Jugendbildung an und veranstaltet Fachtagungen sowie Fortbildungsveranstaltungen für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter. Darüber hinaus unterstützt und fördert die LKJ die Entwicklung von Interessengemeinschaften und Kooperationen auch in neuen Arbeitsfeldern zum Beispiel im Bereich integrativer künstlerischer Projekte für Jugendliche mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, Kinder- und Jugendzirkusgruppen und interaktiver Mitmachausstellungen.



## J 2 Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung

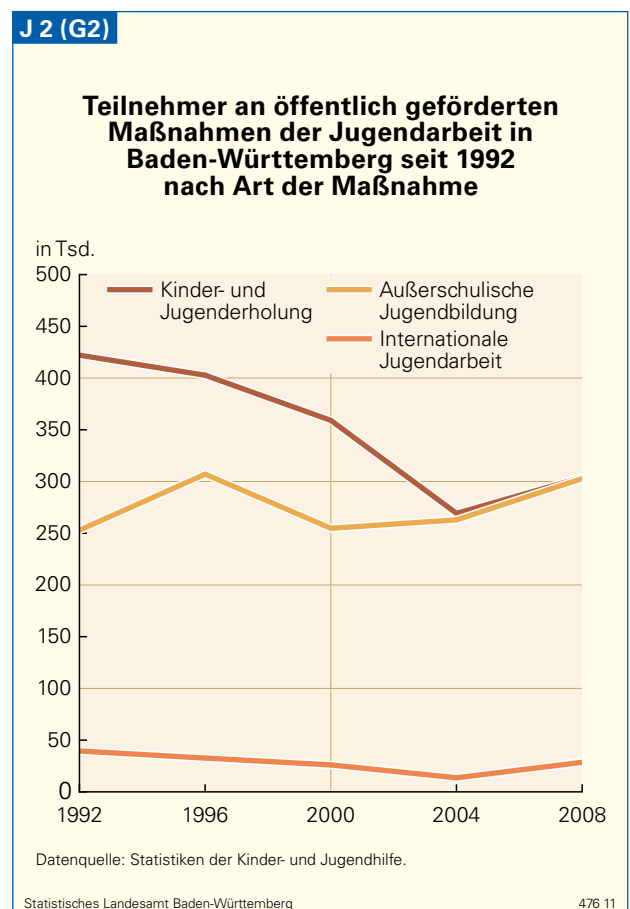
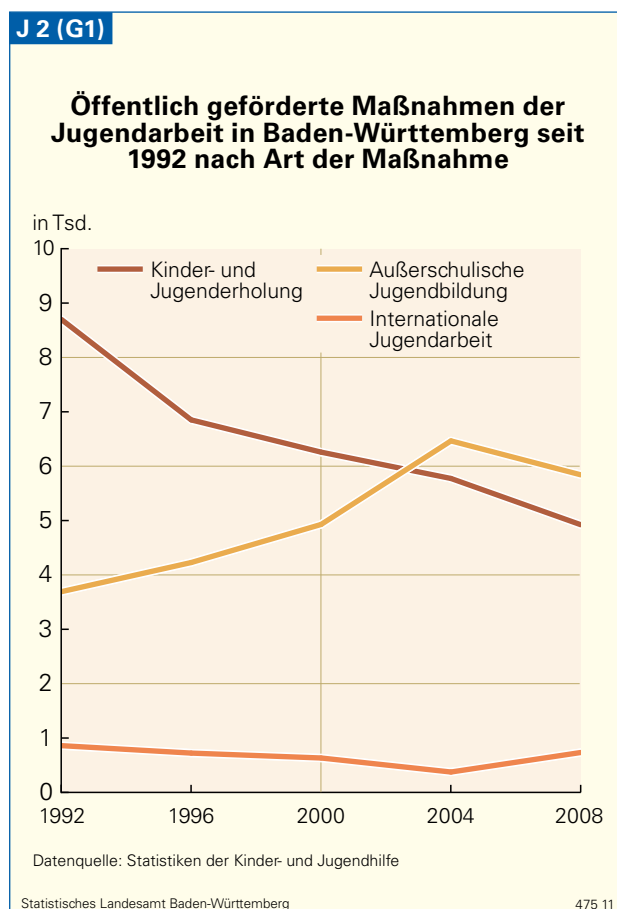
Seit 1992 werden Maßnahmen mit einem festen Teilnehmerkreis in den Bereichen Kinder- und Jugendberholung, außerschulische Jugendbildung und internationale Jugendarbeit in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe erfasst. Die Erhebungen hierzu werden in einem vierjährigen Rhythmus bei etwa 8 000 Auskunftspflichtigen durchgeführt. Sie vermitteln einen Überblick über die von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe geleistete Jugendarbeit und die Zahl der jungen Erwachsenen, die an Maßnahmen teilgenommen haben sowie deren Dauer. Zusätzlich wird bei der internationalen Jugendarbeit dargestellt, ob die Maßnahmen im In- oder Ausland stattgefunden haben, die Namen der Partnerländer, aus denen die ausländischen Teilnehmenden stammen, und ob Teilnehmende aus weiteren Ländern an der Maßnahme beteiligt waren.

Aufgrund der Heterogenität der verschiedenen Träger sowie des relativ langen Erhebungsintervalls sind die Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Die Gesamtzahl aller Maßnahmen der Jugendarbeit ist

angesichts ihrer Vielfalt statistisch nicht erfassbar. Das gilt insbesondere für die Aktivitäten zahlreicher kleiner örtlicher Gruppen, soweit deren Einzelmaßnahmen nicht bezuschusst werden. Deshalb beschränkt sich die statistische Erfassung auf die mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen.

### Rund 11 500 Maßnahmen der Jugendarbeit im Jahr 2008 mit über 635 000 Teilnehmern

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2008 rund 11 500 Maßnahmen der Jugendarbeit mit öffentlichen Mitteln gefördert (Grafik J 2 (G1)). Mit einem Anteil von rund 51 % entfiel über die Hälfte aller Maßnahmen auf Angebote der außerschulischen Jugendbildung, gefolgt von den Maßnahmen der Kinder- und Jugendberholung (rund 43 %) und der internationalen Jugendarbeit (rund 6 %). Während die Anzahl der Maßnahmen im Bereich Kinder- und Jugendberholung seit 1992 rückläufig sind, stiegen sie im Bereich der außerschulischen Jugendbildung von 3 692 auf 5 841 im Jahr 2008 an.



Die außerschulische Jugendbildung ist der einzige Bereich, bei dem die Teilnehmerzahlen über die Jahre 1992 bis 2008 hinweg auf einem relativ konstanten Niveau lagen (Grafik J 2 (G2)). In den beiden anderen Bereichen ging die Zahl der Teilnehmer zurück: bei der Kinder- und Jugendberufshilfe von 422 121 auf 303 961 Teilnehmer und bei der internationalen Jugendarbeit von 39 495 auf 28 567 Teilnehmer. Jungen und Mädchen nahmen zu fast gleich großen Anteilen an den Angeboten teil.

### Außerschulische Jugendbildung wird hauptsächlich von freien Trägern veranstaltet

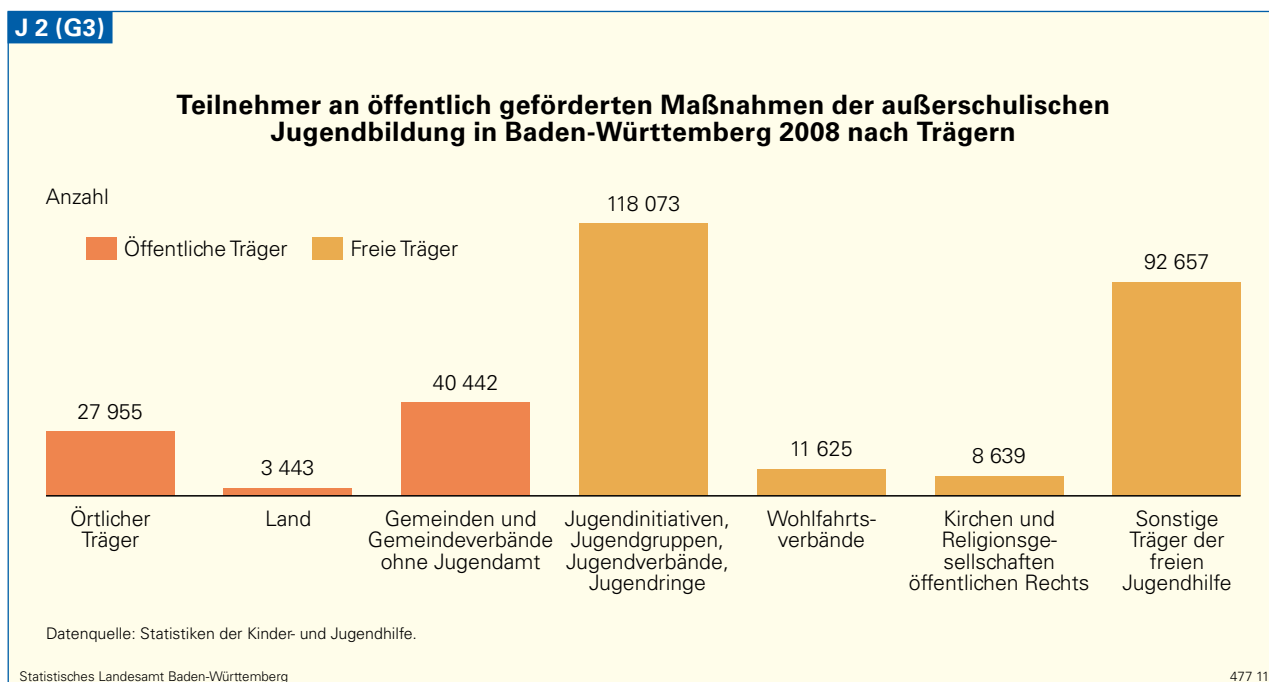
In den Statistiken der Kinder- und Jugendberufshilfe wird die außerschulische Jugendbildung durch Maßnahmen zur allgemeinen, politischen, arbeitsweltbezogenen, musischen, kulturellen, sozialen und sportlichen Bildung beschrieben. Aufenthalte in Schullandheimen gelten als Maßnahmen der außerschulischen Jugendberufshilfe, sofern sie nicht von Schulklassen zu Zwecken durchgeführt wurden, die überwiegend oder ausschließlich dem schulischen Bereich zuzuordnen sind. Nicht einbezogen werden freiwillige soziale Dienste (siehe Kapitel J 4), reine Sportmaßnahmen (zum Beispiel Leistungssport) und Maßnahmen der Musikschulen.

Fächert man die 302 834 Teilnehmer an Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung des Jahres 2008 nach öffentlichen und freien Trägern auf (Grafik J 2 (G3)), wird deutlich, dass rund drei Viertel aller Teilnehmer (230 994) an Maßnahmen der freien Träger

teilnahmen. Darunter wurde der Großteil der Maßnahmen von Jugendinitiativen, Jugendgruppen, Jugendverbänden und Jugendringen (118 073) und – in der Statistik nicht näher spezifizierten – sonstigen Trägern der freien Jugendberufshilfe (92 657) durchgeführt. Lediglich etwa ein Viertel der Teilnehmer (71 840) besuchten Maßnahmen der öffentlichen Träger.

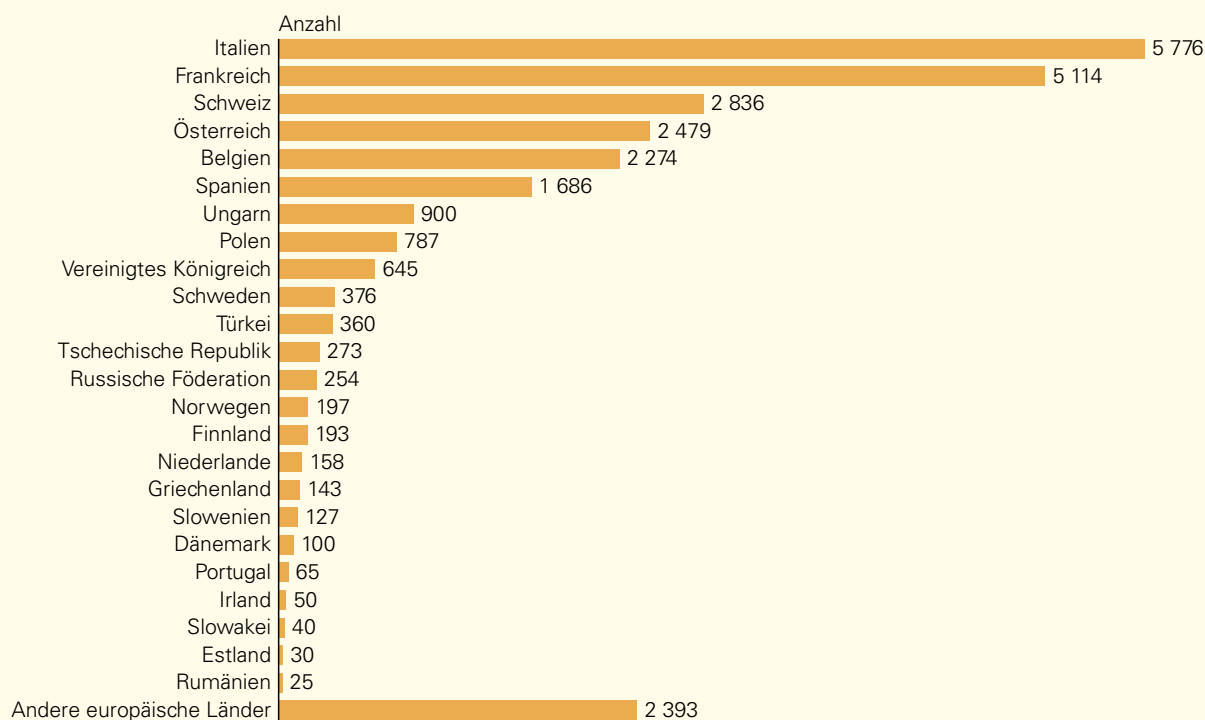
### Internationale Jugendarbeit: Vor allem Italien und Frankreich von den Teilnehmern nachgefragt

Die internationale Jugendarbeit hat eine lange Tradition. Sie wurde nach dem zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen und politisch gefördert. Damals war sie vor allem dem Gedanken der Versöhnung und der Völkerverständigung verbunden. Seit dieser Zeit hat sie durch zahlreiche Aktivitäten Verständnis und Toleranz zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Nationen aufgebaut und damit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines friedlichen Europas geleistet. Durch internationale Begegnungen können Vorurteile und Feindbilder abgebaut, Freundschaften geknüpft und Barrieren überwunden werden. Das somit stattfindende interkulturelle Lernen hat heute einen hohen Stellenwert. Es bereitet Jugendliche auf eine multikulturelle Gesellschaft und ein vereintes Europa vor. Internationale Jugendarbeit soll die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse beeinflussen, ist aber umgekehrt von den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Entscheidungen und Entwicklungen abhängig. Diese sind heute anders gelagert als in den »Pionierjahren«.



## J 2 (G4)

### Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit in Baden-Württemberg 2008 nach den europäischen Partnerländern



Datenquelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

478 11

Bei den Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit handelt es sich laut den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe vor allem um Jugendaustausche im Rahmen von grenzüberschreitenden Kulturabkommen, des Europäischen und Deutsch-Französischen Jugendwerks, bilateraler Freundschaftsgesellschaften, Städtepartnerschaften, multilateraler Programme sowie der Gemeinschafts-, Friedens- und Entwicklungsdienste. Maßnahmen, die überwiegend einem schulischen Bildungszweck dienen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Von den insgesamt 28 567 Teilnehmern der internationalen Jugendarbeit bzw. des Jugendaustauschs im Jahr 2008 verblieben etwa 95 % bzw. 27 281 Personen in Europa. Die restlichen rund 5 % aller Teilnehmer der internationalen Jugendarbeit besuchten weiter entfernte Ziele: 659 Länder des asiatischen Kontinents, 416 Länder in Amerika und 211 Länder in Afrika. In Europa besuchten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem Italien und Frankreich (Grafik J 2 (G4)). Des Weiteren folgen mit mehr als 1 000 Personen die Schweiz, Österreich, Belgien und Spanien.

Unter den Trägern der Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit waren die freien Träger mit insgesamt

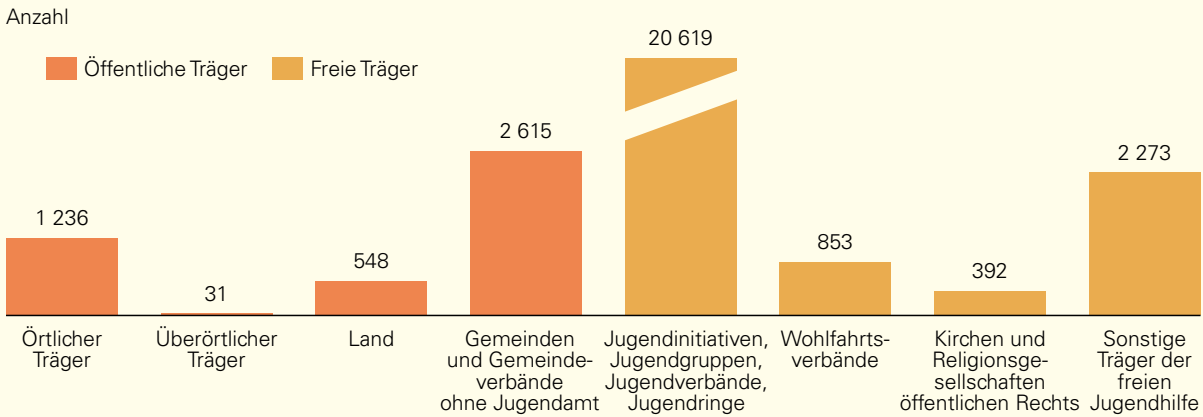
rund 85 % bzw. 24 137 Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den insgesamt 28 567 Teilnehmern im Jahr 2008 am stärksten vertreten. Hier hoben sich vor allem die Jugendinitiativen, Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe mit 20 619 Teilnehmern deutlich von den anderen Trägern ab (Grafik J 2 (G5)).

### Vielfältige Angebote der Kinder- und Jugendberholung

Die Zeiten, in denen die Arbeit der Jugendverbände noch mit Zeltlagern gleichgesetzt und vielfach darauf reduziert wurden, sind lange vorbei. Das klassische Zeltlager gibt es zwar noch, daneben finden sich allerdings zahlreiche andere Angebote der Kinder- und Jugendberholung. Im Freizeitbereich werden verschiedene sportliche Angebote (Trekking, Gleitschirmfliegen, Wassersport, Ski), kulturelle Angebote (Musik, Theater, Tanz) sowie Begegnungen mit anderen Ländern und Kulturen durchgeführt. Angeboten werden Freizeiten für verschiedene Altersgruppen (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene) und für verschiedene Geschlechter. Auf große Resonanz stoßen Be-

J 2 (G5)

**Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit in Baden-Württemberg 2008 nach Trägern**



Datenquelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

479 11

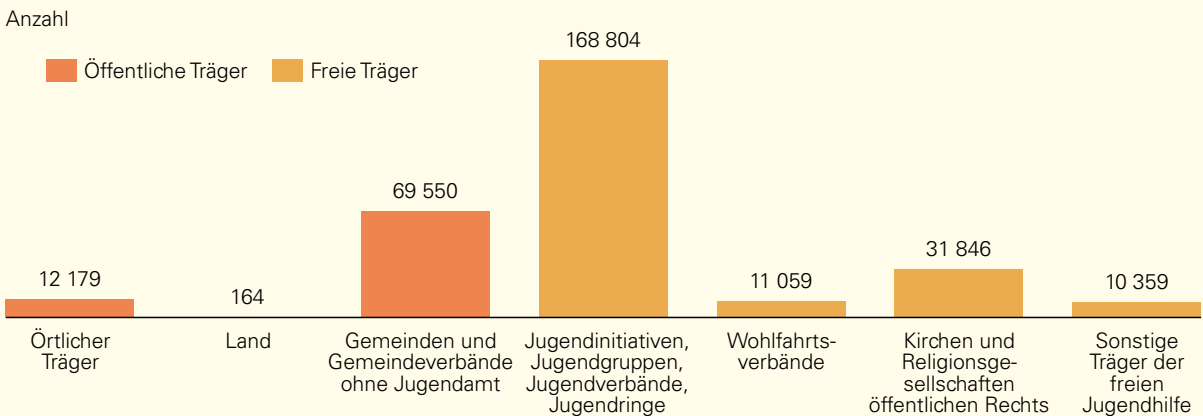
treuungsangebote, in deren Rahmen insbesondere Kinder tagsüber an einem Ferienprogramm teilnehmen und abends sowie an den Wochenenden zu Hause sein können. Vielfältig sind auch besondere Aktionen wie zum Beispiel die immer zahlreicher werdenden Kinderspielstädte der Jugendringe. Dort können Kinder im Rahmen eines Mottos, wie zum Beispiel das Mittelalter, in verschiedenen Rollen eine Stadt aufbauen und gestalten.

Die Stärke der offenen Kinder- und Jugendarbeit, nämlich ihre Verankerung im kommunalen Raum, eröffnet

gleichzeitig – vom statistischen Standpunkt aus betrachtet – ein Problem. Bis vor wenigen Jahren gab es beispielsweise kaum aktuelle Daten zur Anzahl der Einrichtungen, ihrer Größe, ihrer Ausstattung oder ihren Arbeitsschwerpunkten. Daher ist es für die offene Kinder- und Jugendarbeit häufig schwierig, ihren Stellenwert im Gesamtzusammenhang der Kinder- und Jugendhilfe deutlich zu machen. In den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe werden unter Kinder- und Jugenderholung folgende Maßnahmen verstanden: Stadtranderholung, Wandern, Fahrten, (Ferien-)Lager und Freizeiten zum Beispiel in Jugend-

J 2 (G6)

**Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung in Baden-Württemberg 2008 nach Trägern**



Datenquelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

480 11



herbergen. Nicht berücksichtigt sind Maßnahmen der Familienerholung, Kinderkuren und Heilfürsorge.

Von den insgesamt 303 961 Teilnehmer der Kinder- und Jugenderholung im Jahr 2008 nahmen etwa 27 % bzw.

81 893 an Maßnahmen der öffentlichen Träger und rund 73 % bzw. 222 068 an Maßnahmen der freien Träger teil (Grafik J 2 (G6)). Die Jugendinitiativen, Jugendgruppen, Jugendverbände, Jugendringe hatten mit 168 804 Jugendlichen und jungen Erwachsenen daran den größten Anteil.

## Zertifizierung und Dokumentation non-formal erworbener Kompetenzen in Zusammenhang mit der außerschulischen und außerunterrichtlichen Jugendbildung

In außerschulischen Lernfeldern erwerben junge Menschen grundlegende soziale und personale Kompetenzen. Zahlreiche Kenntnisse und Fertigkeiten können etwa im ehrenamtlichen Engagement, durch die Mitarbeit in Vereinen, durch Praktika, Weiterbildungsangebote oder in anderen non-formalen Lernbereichen gewonnen werden. Der Nachweis solcher biografisch oftmals zentralen Lernerfahrungen ist allerdings nicht immer einfach, da etwa bei gemeinwesenorientierten Aktivitäten Lernprozesse nicht im Vordergrund stehen sondern sich beiläufig vollziehen und in der Regel keine Überprüfung und Dokumentation geleisteter Lerneinheiten erfolgt.

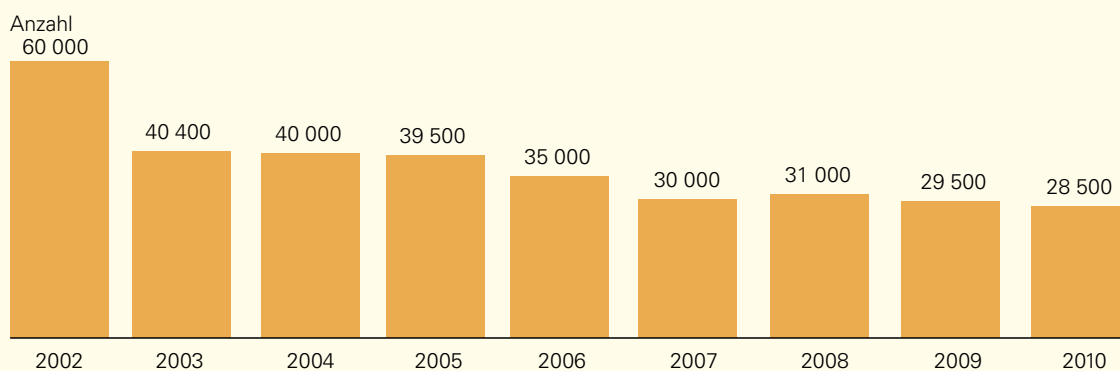
In Baden-Württemberg existieren mit dem *Qualipass*, der *Jugendleiter-Card (Juleica)* und dem *Engagementnachweis Baden-Württemberg* drei beispielhafte Projekte, die es jungen Menschen ermöglichen, über die schulisch und beruflich erworbenen Zertifikate hinausgehend Kompetenzen zu dokumentieren.

### Rund 333 900 Jugendliche in Baden-Württemberg erhielten seit 2002 einen Qualipass

In gesellschaftlichem Engagement, berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen und non-formalen Lernwelten erworbene Praxiserfahrungen und Kompetenzgewinne können mit dem Qualipass nachgewiesen werden, der von der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Auftrag des Kultusministeriums herausgegeben wird. Der *Qualipass* richtet sich an Jugendliche ab zwölf Jahren und ermöglicht vielfältige im Lebenslauf erworbene Qualifikationen darzustellen und zum Beispiel für Bewerbungen oder die berufliche Entwicklung nutzbar zu machen. Insbesondere besteht mit diesem Instrument die Möglichkeit, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement zu dokumentieren und sichtbar werden zu lassen.

J 2

#### An Jugendliche in Baden-Württemberg ausgegebene Qualipässe seit 2002



Datenquelle: Jugendstiftung Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

474 11

Den Qualifikationsnachweis gibt es in einer Version für Jugendliche (seit 2002 in Baden-Württemberg, seit 2008 auch als bundesweite Sonderausgabe) und einer für Erwachsene (seit 2009). Zwischen Januar 2002 und Dezember 2010 wurden in Baden-Württemberg 333 900 *Qualipässe* an Jugendliche ausgegeben, davon 28 500 im Jahr 2010. Während bei der Einführung im Jahr 2002 Jugendliche aus mehreren Jahrgangsstufen einen *Qualipass* beantragten, pendelte sich im Folgezeitraum die Nachfrage bei etwa 30 000 bis 40 000 *Qualipässen* ein.

### Über 2 900 Jugendleiter-Cards (Juleica) im Jahr 2010 ausgegeben

Ebenfalls als Nachweis non-formal erworbener Qualifikationen dient die *Jugendleiter-Card (Juleica)*. Sie ist ein bundesweit gültiger Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit ab 16 Jahren. Das Dokument verleiht ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätigen Personen eine amtliche Legitimation ihrer für die zu leistenden Aufgaben erforderlichen Kompetenzen. Die Juleica ist eine Initiative des Deutschen Bundesjugendrings, die Landeszentralstelle in Baden-Württemberg ist der Landesjugendring.



Um eine Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit sicherzustellen, sind die für den Erwerb der *Juleica* erforderlichen Qualifizierungen mit bundeseinheitlichen Qualitätsstandards hinterlegt. Schulungen im Umfang von 30 Zeitstunden müssen absolviert und Kenntnisse in Erster Hilfe nachgewiesen werden. Eine Verlängerung der auf drei Jahre befristet gültigen Karte ist an die Teilnahme an weiteren Qualifizierungsangeboten geknüpft.

Im Jahr 2010 wurden über 2 900 *Jugendleiter-Cards* an entsprechend qualifizierte Personen ausgegeben. Inhaber einer *Jugendleiter-Card* können – neben dem Nutzen dieses Kompetenznachweises für den Einstieg in das Berufsleben oder die weitere berufliche Entwicklung – von vielerlei Vergünstigungen, etwa Fahrpreisermäßigungen und Ermäßigungen bei kulturellen Angeboten, profitieren.

### Seit Einführung im August 2010 bis April 2011 wurden rund 1 300 Engagementnachweise Baden-Württemberg ausgestellt

Mit dem seit August 2010 bestehenden landesweiten *Engagementnachweis Baden-Württemberg*, initiiert vom Sozialministerium, wird ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement dokumentiert. Darüber hinaus werden freiwillig erbrachte Leistungen und zusätzliche Qualifikationen wie zum Beispiel fachliche und soziale Kompetenzen anerkannt. In einem qualitätsgesicherten Verfahren wird der Nachweis von den bisher rund 300<sup>1</sup> zertifizierten baden-württembergischen Organisationen, Vereinen, Verbänden oder Kommunen ausgestellt. Bis April 2011 waren es insgesamt etwa 1 300 Engagementnachweise.

Der Engagementnachweis dokumentiert mittels einer Tätigkeitsbeschreibung die für die ehrenamtliche Beschäftigung eingebrachten sowie erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen. Zusätzlich können Angaben zu absolvierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gemacht werden. Neben dem ideellen Wert kann der Engagementnachweis ebenso wie der Qualipass berufliche Vorteile zum Beispiel bei Bewerbungen auf einen Arbeits- und Studienplatz oder eine Ausbildungsstelle ermöglichen. Er ist daher für junge Menschen besonders interessant. Den Engagementnachweis können alle Bürger Baden-Württembergs erhalten, die sich regelmäßig oder zeitlich befristet ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagieren.

1 Die Zertifizierung der Ausgabestellen des Engagementnachweises Baden-Württemberg erfolgt durch das Sozialministerium, das Justizministerium, das Wirtschaftsministerium und das Ministerium Ländlicher Raum.

### J 3 Maßnahmen der außerunterrichtlichen Jugendbildung

Im Gegensatz zur außerschulischen Jugendbildung findet die außerunterrichtliche Jugendbildung an der Schule, aber außerhalb des Unterrichts statt. Die außerunterrichtliche Jugendbildung hat sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt. Zum Einen wurde das Angebot für Jugendliche in den Schulen deutlich erweitert und zum Anderen wurden die traditionellen Angebote der Jugendarbeit (zum Beispiel offene Jugendtreffs) von weiteren Akteuren mit Bildungsangeboten an Schulen für Jugendliche ergänzt. Vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ganztagschulen (vgl. **Kapitel D 4**) gewinnt die außerunterrichtliche Jugendbildung zunehmend an Bedeutung. Beispielhaft wird im Folgenden auf das Jugendbegleiter-Programm und das Schülermentorenprogramm eingegangen.

#### Jugendbegleiter-Programm unterstützt Öffnung der Schule für außerschulische Partnerschaften

Das Jugendbegleiter-Programm verbindet die Bereiche Bildung, Betreuung und Erziehung. Am 14. Februar 2006 wurde zwischen der Landesregierung, den kommunalen Partnern aus Gemeindetag, Landkreistag und Städtetag sowie rund 80 Verbänden, Kirchen

und anderen Organisationen eine Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm unterzeichnet. Darin wurden die Grundlinien zur Qualifizierung, Leistung und Finanzierung des Jugendbegleiter-Programms festgelegt. Ziel des Jugendbegleiter-Programms ist es, die Schulen für außerschulische Institutionen weiter als bisher zu öffnen. Hierzu soll qualifiziertes Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztagesbetreuung integriert werden.

Als Jugendbegleiter eignen sich insbesondere pädagogisch bereits qualifizierte Personen wie etwa ausgebildete Übungsleiter, Jugendgruppenleiter und Schülermentoren. Um Planungssicherheit zu gewährleisten, verpflichten sie sich für mindestens ein Schulhalbjahr. Im Sinne offener, von den Schülern freiwillig wahrgenommener Angebote werden Jugendbegleiter für unterrichtsergänzende Bildungs- und Betreuungsaufgaben eingesetzt.

Jugendbegleiter führen eigenständige Bildungs- und Betreuungsangebote im Rahmen der Ganztagesbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I durch. Mit ihren ehrenamtlichen Angeboten ergänzen sie den Unterricht. Dabei bringen sie sich mit ihrem Wissen und Können in Projekte ein und realisieren ein breites



Spektrum an ergänzenden Angeboten, zum Beispiel bei der Hausaufgabenbetreuung, den Bereichen Sport, Kunst, Musik, Arbeitswelt, Wirtschaft, Medien sowie Natur und Umwelt. Dadurch ermöglicht das Jugendbegleiter-Programm den Schulen außerhalb des Unterrichts weitere Bildungs- und Betreuungsangebote zu verwirklichen, wodurch die Schulen ihr individuelles Profil entwickeln und stärken können.

Am 1. Februar 2006 begann die Modellphase des Jugendbegleiter-Programms, welche mittels Zwischenevaluationen zu Beginn eines jeden Schuljahres begleitet wird. Nach Beendigung der Modellphase soll das Jugendbegleiter-Programm zum Schuljahr 2011/12 in die Regelphase übergehen<sup>2</sup>. Dann wird auch an beruflichen Schulen (zweijährige Berufsfachschule, Berufsvorbereitungsjahr, Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf, Berufseinstiegsjahr) für ausgewählte Klassen mit ganztägigem Förderbedarf die Möglichkeit bestehen, sich am Jugendbegleiter-Programm zu beteiligen.

### Anzahl der teilnehmenden allgemein bildenden Modellschulen und Jugendbegleiter steigt kontinuierlich an

Im Februar 2006 startete die Modellphase des Jugendbegleiter-Programms mit 252 allgemein bildenden Schulen. Zum Schuljahr 2007/08 stieg die Anzahl um weitere 266 Schulen auf 518 an, ein Jahr später auf 764 und im Schuljahr 2009/10 auf 1 013 Modellschulen. Im aktuellen Schuljahr 2010/11 nehmen 1 269 Schulen am Jugendbegleiter-Programm teil (Grafik J3(G1)). Für das Schuljahr 2010/11 stellt die Gruppe der Grund- und Hauptschulen bzw. Grund- und Hauptschulen mit Werkrealschule mit 353 Modellschulen den größten Anteil, gefolgt von 269 Grundschulen und 242 Gymnasien.

Mit dem kontinuierlichen Anstieg der Modellschulen stieg zugleich die Zahl der Jugendbegleiter auf insgesamt 17 244 zu Beginn des Schuljahres 2010/11 an. Die Schulen, welche seit Beginn der Modellphase beteiligt sind, konnten tendenziell mehr Jugendbegleiter gewinnen als die Schulen, welche später gestartet waren. Allerdings sind die Jugendbegleiter unterschiedlich auf die Schularten verteilt (Grafik J 3 (G2)).

Vom rechnerischen Mittelwert 13,6 Jugendbegleiter pro Modellschule über alle Schularten weichen vor allem die Gymnasien mit rund 28 und die Sonder- und Förderschulen mit rund sieben Jugendbegleitern pro Modellschule deutlich ab. Dies ist vermutlich auf die Größe einer Schule bezogen auf die Anzahl der Schüler zurückzuführen.

<sup>2</sup> Planungsstand 2010.



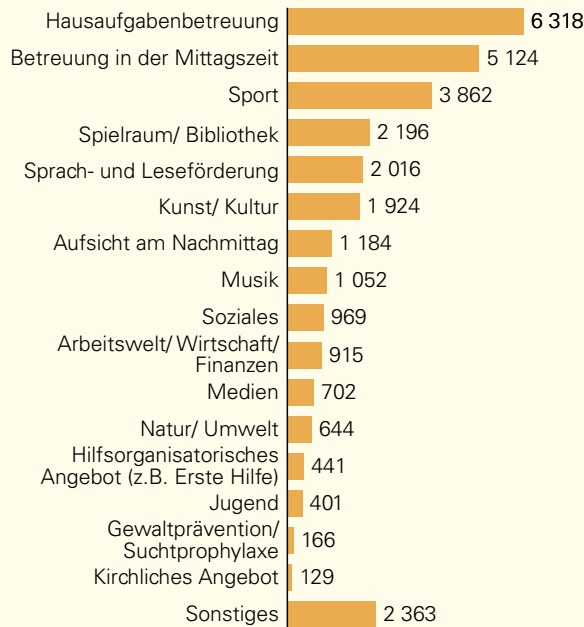
Die Jugendbegleiter im Schuljahr 2010/11 sind zu 68 % weiblich und 32 % männlich. Der hohe Frauenanteil deckt sich mit dem anderer pädagogischer Ehrenamtbereiche. Die Altersstruktur der Jugendbegleiter zeigt, dass etwa 13 % der Jugendbegleiter jünger als 16 Jahre alt sind, rund 26 % sind 16 bis 18 Jahre alt, rund 27 % sind 19 bis 40 Jahre alt, etwa 31 % sind 41 bis 65 Jahre alt und rund 4 % sind über 65 Jahre alt. Somit bilden die Jugendbegleiter im erwerbsfähigen Alter den weitaus größten Anteil, rund 39 % sind 18 Jahre oder jünger. 1 638 bzw. stark 9 % der Jugendbegleiter sind Eltern, die sich an der Schule ihres Kindes engagieren. Der Anteil der Eltern unter den Jugendbegleitern ist im Zeitverlauf des Programms rückläufig.

### Vielfältiges Themenspektrum der Angebote von Jugendbegleitern

Die 17 244 Jugendbegleiter waren im Schuljahr 2009/10 insgesamt 30 406 Wochenstunden à 60 Minuten an den Modellschulen tätig. Die Angebote zeigen ein vielfältiges Themenspektrum (Grafik J 3 (G3)). Allein die drei anteilmäßig größten Bereiche Hausaufgabenbetreuung, Betreuung in der Mittagszeit und Sport decken mit zusammen 15 304 Wochenstunden etwas mehr als die Hälfte des Gesamtangebots ab. Einige Jugendbegleiterangebote wie zum Beispiel Betreuung in der Mittagszeit (5 124 Wochenstunden) oder Aufsicht am Nachmittag (1 184 Wochenstunden) können dem Aus-

J 3 (G3)

**Von Jugendbegleitern an Schulen in Baden-Württemberg geleistete Wochenstunden\*) im Schuljahr 2010/11 nach Themenbereichen**



\*) Wochenstunden à 60 Minuten.  
 Datenquelle: Jugendstiftung Baden-Württemberg, eigene Berechnungen  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 483 11

Jugendbegleiter-Programm wie Wirtschaft, Medien und Technik durchgeführt. Jugendbegleiter können an Qualifizierungskursen teilnehmen. Außerdem gibt es ein eigenes Zertifikat für Jugendbegleiter, das in den Qualipass<sup>3</sup> aufgenommen werden kann.

**Schülermentorenprogramm bietet Mitgestaltungsmöglichkeiten**

Mit dem seit dem Schuljahr 1994/95 eingerichteten Schülermentorenprogramm werden Schüler befähigt, schrittweise eine verantwortliche Tätigkeit zu übernehmen und in extra-curricularen Aufgabenfeldern in Schule, Jugend- und Vereinsarbeit eingebunden. Sie unterstützen dabei ihre Lehrer sowie Übungsleiter in vielfältiger Form und tragen damit zur Schärfung des Schulprofils und der Eigenständigkeit ihrer Schulen bei. Die Ausbildungsangebote für Schülermentoren richten sich in der Regel an Schüler ab 15 Jahren, Schüler ab 13 Jahren finden im Rahmen des sogenannten Junior-Schülermentorenprogrammseigene Angebote.

Während zu Beginn des Programms im Schuljahr 1994/95 erst 400 Schülermentoren pro Schuljahr ausgebildet wurden, stiegen die Ausbildungszahlen im Zeitverlauf kontinuierlich auf 6 319 im Schuljahr 2009/10 an (Grafik J 3 (G4)).

Die vielfältigen Themenfelder der Schülermentoren-ausbildung umfassen die Bereiche Sport, Musik, soziale Verantwortung, Verkehrserziehung, Natur- und Umweltschutz, bildende Kunst, Medien und Suchtprävention (Grafik J 3 (G5)).

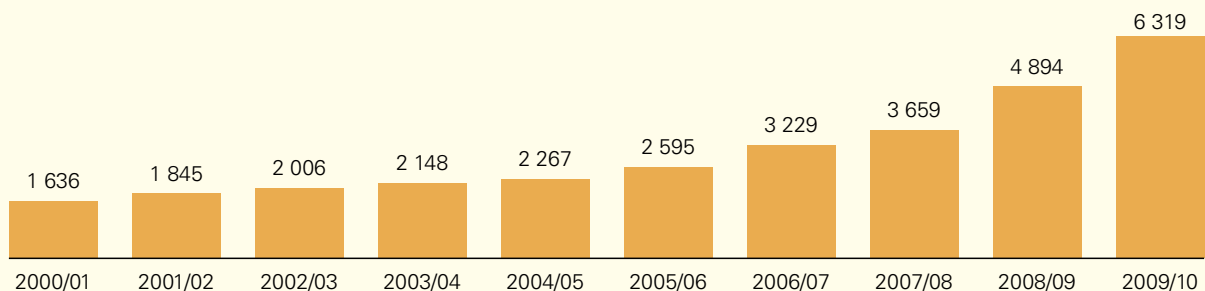
bau des Ganztags schulbereichs bzw. der Ganztagesbetreuung zugeordnet werden (vgl. Kapitel D 4).

Parallel zum Ausbau des Programms werden neben den allgemeinen Regionalkonferenzen zunehmend auch Fachtage zu thematischen Schwerpunkten im

3 Vgl. <http://www.qualipass.info> und das Fenster nach Kapitel J 2.

J 3 (G4)

**Jährlich ausgebildete Schülermentoren in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01**



Datenquelle: Kultusministerium

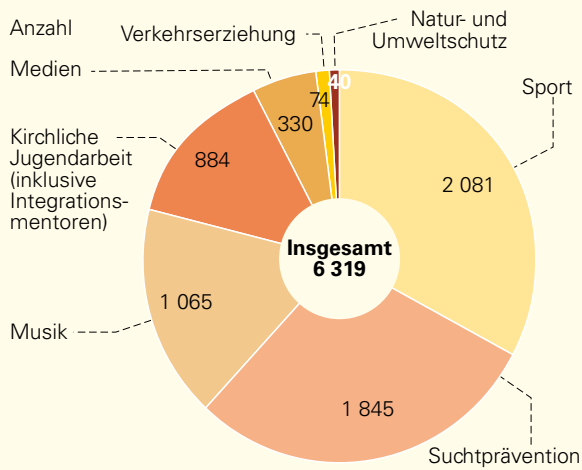
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

484 11



**J 3 (G5)**

**Im Schuljahr 2009/10 ausgebildete Schülermentoren in Baden-Württemberg nach Themenbereichen**



Datenquelle: Kultusministerium, eigene Berechnungen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

485 11

Neben der Vermittlung fachlicher Inhalte in den unterschiedlichen Ausbildungen fördert die Tätigkeit als Schülermentor überfachliche Kompetenzen wie zum Beispiel Verantwortung zu tragen, vor einer Gruppe zu sprechen oder Aufgaben zu organisieren. Die Ausbildung zu Schülermentoren verfolgt folgende übergeordneten Ziele:

*Im persönlichen Bereich*

- Verantwortung übernehmen, Anforderungen bewältigen, an Aufgaben wachsen,
- Erwerb und Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie zum Beispiel Kreativität, Flexibilität, Teamgeist sowie die Stärkung des Selbstvertrauens.

*Im schulischen Bereich*

- an der Schule eine mitverantwortliche Tätigkeit übernehmen,
- das Schulleben verantwortlich mitzugestalten,
- die Schule als Ort der unmittelbaren Entfaltung der eigenen Fähigkeiten erfahren.

*Im außerschulischen Bereich*

- Vorbereitung auf die mögliche Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit außerhalb der Schule (zum Beispiel Verein),
- Einstieg in die Übungsleiter-, Trainer-, Chorleiterausbildung.

Schülermentoren können auch als Jugendbegleiter bzw. Junior-Jugendbegleiter eingesetzt werden. Mit der Schülermentorenausbildung wurde eine institutionalisierte Grundlage für ehrenamtliches Engagement geschaffen. Neben den verschiedenen Ebenen der Schulverwaltung tragen dazu eine große Anzahl außerschulischer Partner bei.

## J 4 Jugendfreiwilligendienste

Im Rahmen von Freiwilligendiensten können sich Jugendliche und junge Erwachsene lebenspraktisches Wissen aneignen und Kompetenzen erwerben, die über die an der Schule vermittelten Bildungsinhalte hinausreichen. In ihrer Tätigkeit in den unterschiedlichen Feldern des sozialen Engagements machen sie wichtige persönliche und berufliche Erfahrungen, lernen neue Berufsfelder kennen und übernehmen für sich und andere Verantwortung. Jugendfreiwilligendienste sind eine sinnvolle Alternative, wenn Jugendliche und junge Erwachsene die Zeit bis zum Ausbildungs- oder Studienbeginn überbrücken wollen oder müssen und Einblicke in neue Aufgabenfelder gewinnen möchten.

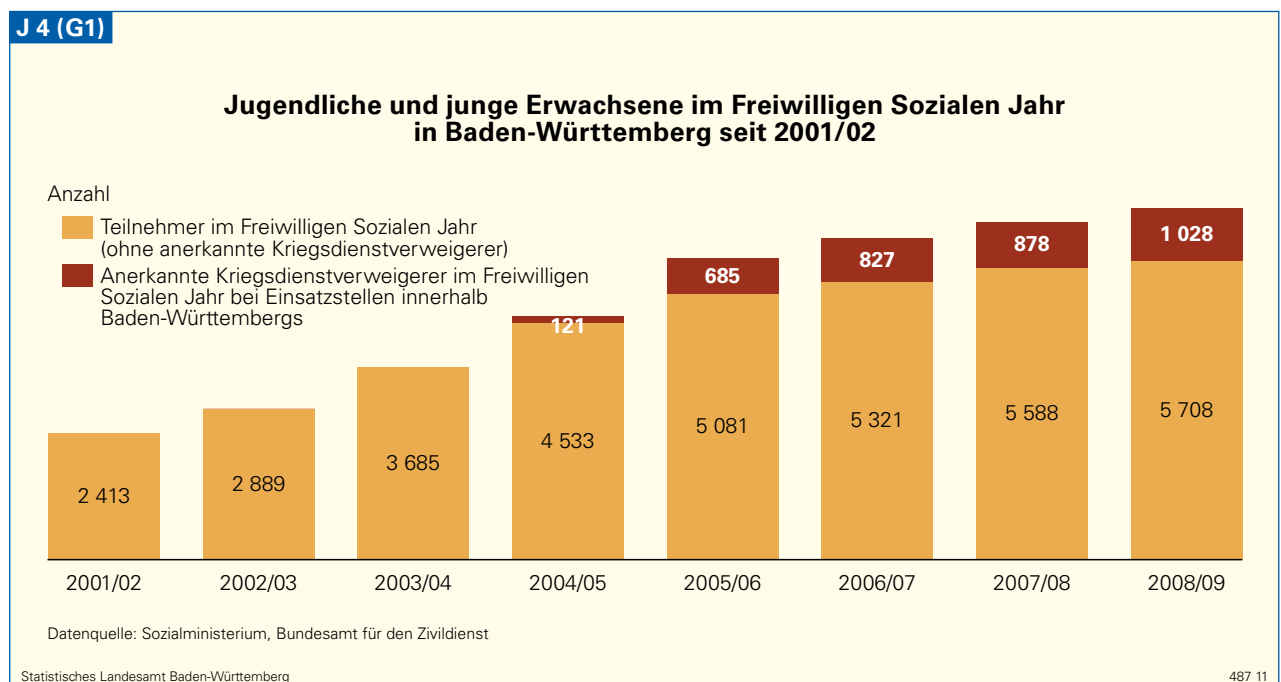
Es gibt vielfältige Möglichkeiten, einen Jugendfreiwilligendienst abzuleisten: Zahlreiche im sozialen Bereich, im Umweltschutz oder im Ausland aktive Organisationen stellen unterschiedlichste Einsatzfelder bereit. Die klassischen Jugendfreiwilligendienste in Vollzeit sind das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), wobei sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im sozialen Bereich, im Bereich des Umweltschutzes oder für eine gesellschaftliche Gruppe bzw. einen gemeinnützigen Zweck engagieren. Die Teilnehmer erhalten ein Taschengeld und Verpflegung sowie bei Bedarf freie Unterkunft an den Dienststellen. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet das »Bundesgesetz zur För-

derung von Jugendfreiwilligendiensten«. Beide Freiwilligendienste – FSJ und FÖJ – können sowohl im Inland oder dem Ausland, aber auch als kombinierter Jugendfreiwilligendienst, im In- und Ausland geleistet werden. Zentrale Bestandteile der Freiwilligendienste sind eine pädagogische Begleitung und Bildungsangebote, die von den Trägern oder in deren Auftrag organisiert werden. Sie umfassen im FSJ und FÖJ mindestens 25 Seminartage.

Neben dem klassischen FSJ und FÖJ gibt es noch weitere Möglichkeiten, einen Freiwilligendienst zu leisten, zum Beispiel:

- Freiwilliges Soziales Jahr in den Bereichen Kultur (FSJ-Kultur), Sport (FSJ-Sport) und in der Denkmalpflege (FJD) sowie
- Internationale Freiwilligendienste (Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst, Europäischer Freiwilligendienst, Friedensdienste im Ausland sowie andere Dienste im Ausland nach § 14b des Zivildienstgesetzes).

Für anerkannte Kriegsdienstverweigerer bestand die Möglichkeit, anstelle des Zivildienstes einen zwölfmonatigen Freiwilligendienst zu absolvieren, der im Rahmen eines FSJ oder FÖJ geleistet werden kann. Inwieweit die ab 1. Juli 2011 inkrafttretende Ausset-



zung der allgemeinen Wehrpflicht, den damit verbundenen Wegfall des Zivildienstes und die zeitgleiche Einführung des Bundesfreiwilligendienstes als Ersatz für den Zivildienst Auswirkungen auf den Bereich der Jugendfreiwilligendienste hat, wird die Zukunft zeigen.

### Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) stark nachgefragt

Das FSJ ist ein sozialer Freiwilligendienst für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 27 Jahren. Er dauert in der Regel ein Jahr, mindestens jedoch sechs Monate; die Maximaldauer liegt bei 18 Monaten. Um als Wehersatzdienst anerkannt zu werden, muss die Dienstdauer mindestens zwölf Monate betragen. Für das FSJ gibt es gegenwärtig 25 überregionale Träger, welche mit den jeweiligen Einsatzstellen zusammenarbeiten. Alle Einsatzstellen haben einen sozial-karitativen oder anderen gemeinnützigen Charakter. Das Einsatzspektrum umfasst zum Beispiel die Behindertenhilfe, Krankenhäuser, Altenheime, Pflegeheime, ambulante Dienste, die Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden, Rettungsdienst und Kulturarbeit.

Im zeitlichen Verlauf ist seit dem Jahrgang 2001/02 ein deutlicher Anstieg der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im FSJ festzustellen (Grafik J 4 (G1)). In den Jahren von 2001/02 bis 2008/09 hat sich deren Zahl von 2 413 auf 6 736 nahezu verdreifacht. Waren zwischen den Jahren 2001/02 und 2005/06 zweistellige Zuwachsraten zwischen 20 % und 28 % zu verzeichnen, so flachte dieser Trend in den darauffolgenden Jahren ab. Seit dem FSJ-Jahrgang 2004/05 werden die anerkannten Kriegsdienstverweigerer, welche ein FSJ innerhalb Baden-Württembergs leisten, seitens des Bundesamtes für Zivildienst erfasst.

Der deutliche Anstieg der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im FSJ hat vielfältige Ursachen. Insgesamt erfährt das soziale Engagement junger Menschen eine erhöhte gesellschaftliche Anerkennung. Unterstützt durch eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit seitens der Träger wird mehr Jugendlichen die Möglichkeit bewusst, eine Orientierungsphase zwischen Schule und beruflicher Ausbildung oder Studium mit sinnvollem gesellschaftlichem Engagement zu kombinieren. Die Verbesserung der Qualität der Angebote hat vermutlich zusätzlich die Attraktivität der Freiwilligendienste erhöht. Trotz des Ausbaus der Einsatzmöglichkeiten sowie der staatlichen Förderung der Freiwilligendienste übertrifft die Nachfrage weiterhin das Angebot.

### Jugendnetz Baden-Württemberg

Das Jugendnetz Baden-Württemberg ([www.jugendnetz.de](http://www.jugendnetz.de)) ist ein Informationsportal und Mitmachnetz für junge Menschen im Internet. Es handelt sich um eine Initiative der großen landesweiten Organisationen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Auftraggeber ist das Kultusministerium. Teilbereiche des Netzes werden jeweils vom Landesjugendring, der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg und der Jugendstiftung Baden-Württemberg betreut. Die an die Jugendstiftung angegliederte Servicestelle Jugend und Schule betreibt und koordiniert die Portalseite.

Das Jugendnetz bietet eine Vielzahl von Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. So umfasst die Rubrik *Junge Seiten* wichtige Themen für junge Menschen wie die Berufswahl, Finanzen oder Gesundheit. *Markt & Jobs* hilft unter anderem bei der Suche von Neben- und Ferienjobs, während die Rubrik *In der Schule* etwa über die SMV-Arbeit, das Jugendbegleiter-Programm oder den Qualipass informiert. Foren bieten die Möglichkeit, sich über Schule, Beruf oder Auslandsaufenthalte auszutauschen und sich von Ansprechpartnern wie der Bundesagentur für Arbeit beraten zu lassen.



Anhand der Rubrik *Vor Ort* können Angebote und Projekte der Jugendarbeit stadtteilgenau recherchiert werden. Auch Schulen aller Schularten lassen sich für den eigenen Wohnort oder Landkreis zügig finden.



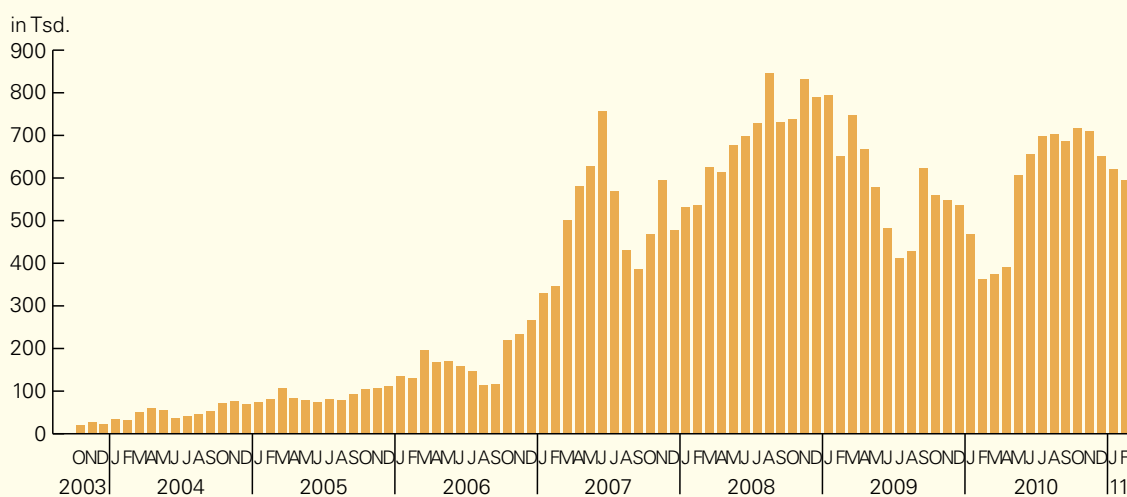
Für besondere Themen wurden eigene Plattformen innerhalb des Jugendnetzes eingerichtet: So zum Beispiel für *Jugendbildung International*, eine Plattform, die sowohl über Auslandsaufenthalte während Schule und Studium informiert als auch über Praktika und Freiwilligendienste im Ausland. Ein weiteres Beispiel ist die Plattform *Freizeitwiki*. Hier werden Freizeitangebote und -aktivitäten für Jugendliche in Baden-Württemberg gesammelt. Jeder kann sich dabei beteiligen und das Freizeitwiki ergänzen.

Eine weitere Besonderheit des Jugendnetzes ist *thema* – ein nicht-kommerzielles Online-Magazin, welches von jungen Menschen für junge Menschen gestaltet wird. Darüber hinaus bietet das Jugendnetz zahlreiche weitere Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Seit seinem Anfang im Jahr 1999 mit täglich rund 300 Besuchern hat sich das Portal zu einer nachgefragten Internetseite entwickelt, welche im Jahr 2010 von durchschnittlich rund 19 000 Besuchern<sup>1</sup> pro Tag genutzt wurde. Insgesamt konnten 2010 deutlich über 7 Mill. Besuche des Jugendnetzes verzeichnet werden.

J 4

#### Monatliche Besucherzahl der Internetseite »Jugendnetz Baden-Württemberg« von Oktober 2003 bis Februar 2011



Datenquelle: Jugendstiftung Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

486 11

1 Anzahl der direkten Aufrufe der Seite [www.jugendnetz.de](http://www.jugendnetz.de) durch eine Person; Datenquelle: Besucherstatistik des Jugendnetzes. ([http://support.jugendnetz.de/fileadmin/Dateien\\_fuer\\_Redakteure/090\\_Global/085\\_Dokumente/jn-Besucherstatistik%20Februar%202011.pdf](http://support.jugendnetz.de/fileadmin/Dateien_fuer_Redakteure/090_Global/085_Dokumente/jn-Besucherstatistik%20Februar%202011.pdf); 19.04.2011)

Der überwiegende Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ein FSJ absolvieren, ist weiblich (rund 70 %). Differenziert nach dem höchsten Bildungsabschluss der Teilnehmer zeigt sich, dass ein Großteil das Abitur besitzt. Das FSJ wird vor allem in Ausbildungen und Studiengängen des Sozial- und Gesundheitswesens als bereits abgeleistetes Praktikum anerkannt und kann darüber hinaus die Chancen im Bewerbungsverfahren um Studienplätze deutlich verbessern, etwa durch Verkürzung von Wartezeiten (in Abhängigkeit von der Hochschule und der Dauer des FSJ).

#### Deutliche Zunahme im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)

Bereits im September 1990 wurde in Baden-Württemberg, als einem der ersten Bundesländer, das FÖJ als Modellprojekt mit 30 Teilnehmerplätzen eingerichtet. Die bundesgesetzliche Verankerung des FÖJ erfolgte 1993 mittels des »Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres«, seit 2008 im Rahmen des »Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten«. Wer sich für ein FÖJ interessiert, kann sich

unter anderem für die Arbeitsfelder Naturschutzmaßnahmen, Landschaftspflege oder die Umweltbildung zum Beispiel bei Natur- und Umweltschutzverbänden, Forst- und Umweltämtern oder Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung entscheiden. Darüber hinaus ist es möglich, das FÖJ in der Wirtschaft zu absolvieren und somit Einblicke in Unternehmensabläufe etwa von ökologisch arbeitenden Landwirtschaftsbetrieben zu erhalten.

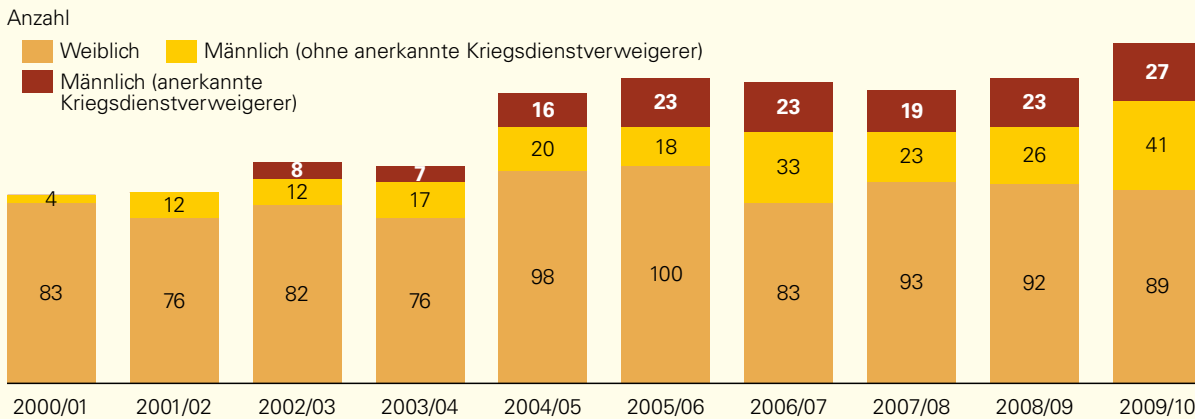
In Baden-Württemberg wird das FÖJ von drei vom Umweltministerium anerkannten Trägern organisiert und begleitet: der Landeszentrale für politische Bildung (LpB, seit 1990), dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ, seit 2002) sowie dem Diakonischen Werk Württemberg (seit 2009). Diesen FÖJ-Trägern obliegen die zentrale Projektsteuerung und die pädagogische Begleitung der Jugendlichen. Seit Au-

gust 2002 bestand für anerkannte Kriegsdienstverweigerer die Möglichkeit, anstelle des Zivildienstes ein FÖJ abzuleisten. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im FÖJ kontinuierlich ansteigt und 157 Personen im Jahrgang 2009/10 ein FÖJ geleistet haben (Grafik J 4 (G2)).

Betrachtet man die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im FÖJ-Jahrgang 2009/10 genauer, so sind drei auch im zeitlichen Verlauf stabile Entwicklungen festzuhalten: Die Mehrheit ist weiblich (rund 57 %), 18 Jahre und älter (rund 90 %) und hat ein hohes Bildungsniveau erreicht. 74 % besitzen die Fachhochschulreife bzw. das Abitur, rund 20 % einen mittleren Abschluss und knapp 3 % haben die Hauptschule mit bzw. ohne Abschluss absolviert. Rund 4 % haben bereits ein Studium bzw. eine Berufsausbildung abgeschlossen.

**J 4 (G2)**

**Jugendliche und junge Erwachsene im Freiwilligen Ökologischen Jahr in Baden-Württemberg seit 2000/01**



Datenquelle: Sozialministerium, Bundesamt für den Zivildienst



## Anhang

K

K 1 Glossar

K 2 Tabellen und Grafiken

K 3 Verzeichnis der Web-Tabellen

K 4 Literaturverzeichnis



## K 1 Glossar

### Abschlüsse

#### *Hauptschulabschluss*

Der Hauptschulabschluss wird nach erfolgreicher Abschlussprüfung in Klassenstufe 9 der Hauptschule erworben. Ein gleichwertiger Bildungsstand kann auch an einer Werkrealschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Freien Waldorfschule erreicht werden. An einigen Sonderschultypen gibt es ebenfalls Bildungsgänge mit dem Ziel des Hauptschulabschlusses.

Nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht können allgemein bildende Schulen auch ohne Hauptschulabschluss verlassen werden. Es besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss zum Beispiel im Berufsvorbereitungsjahr nachzuholen.

#### *Mittlerer Bildungsabschluss*

Der Realschulabschluss wird nach erfolgreicher Abschlussprüfung in Klassenstufe 10 der Realschule oder auf dem Zweiten Bildungsweg an einer Abendrealschule oder einer Berufsaufbauschule erworben. Ein gleichwertiger Bildungsstand kann im 10. Hauptschuljahr, an einer Werkrealschule, einem Gymnasium oder einer Freien Waldorfschule erreicht werden.

Darüber hinaus kann der mittlere Bildungsabschluss auch nach Abschluss der Berufsausbildung an einer Berufsschule bei entsprechendem Notendurchschnitt zuerkannt werden. An einigen Sonderschultypen gibt es ebenfalls Realschul-Bildungsgänge. An zweijährigen Berufsfachschulen kann mit der Fachschulreife ebenfalls ein mittlerer Bildungsabschluss erreicht werden, der dem Realschulabschluss entspricht.

#### *Fachhochschulreife*

Die Fachhochschulreife berechtigt zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule. Sie besteht aus einem schulischen und einem berufsbezogenen Teil. Letzterer besteht aus einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer gleichwertigen mehrjährigen Berufserfahrung. Daher wird die Fachhochschulreife auch fast ausschließlich an beruflichen Schulen (Berufskolleg, Fachschule, Berufsschule im Schulversuch) erworben. Bei den allgemein bildenden Schulen kann an den Freien Waldorfschulen und an den Gymnasien der schulische Teil erreicht werden; für den vollständigen Erwerb ist eine Ausbildung oder ein einjähriges ausbildungsbezogenes Praktikum erforderlich.

#### *Hochschulreife*

Die allgemeine Hochschulreife wird nach dem Bestehen der Abschlussprüfung an einem allgemein bildenden oder beruflichen Gymnasium zuerkannt. Auch einzelne Sonderschulen bieten diese Möglichkeit. Auf dem Zweiten Bildungsweg führen das Abendgymnasium, das Kolleg, die Technische und die Wirtschaftsoberschule zur Hochschulreife.

### Allgemeine Schule – Sonderschule

Im allgemein bildenden Bereich kann zwischen allgemeinen Schulen (zum Beispiel Grund-, Haupt-, Realschule, Gymnasium) und den Sonderschulen unterschieden werden. Die Sonderschulen gliedern sich in die neun Typen: Förderschulen, Schulen für Blinde, Schulen für Erziehungshilfe, Schulen für Geistigbehinderte, Schulen für Hörgeschädigte, Schulen für Körperbehinderte, Schulen für Sehbehinderte, Schulen für Sprachbehinderte und Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Im beruflichen Bereich gibt es neben den allgemeinen beruflichen Schulen auch berufliche Sonderschulen, wie zum Beispiel die Sonderberufsschule oder die Sonderberufsfachschule.

### Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden sieben Ausbildungsbereiche unterschieden:

- Industrie und Handel,
- Handwerk,
- Landwirtschaft,
- Öffentlicher Dienst,
- Freie Berufe,
- Hauswirtschaft,
- Seeschifffahrt.

Die einzelnen Ausbildungsberufe werden entsprechend der im Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelten Zuständigkeiten den Ausbildungsbereichen zugeordnet. Dies führt in einigen Bereichen zu einer Unterer-

fassung der Zahl der Auszubildenden. Besonders davon betroffen ist der Bereich »Öffentlicher Dienst«, da gemäß BBiG alle Ausbildungsverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft in den Verzeichnissen der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerkskammern zu führen sind. Auch in Unternehmen, die an sich zum Bereich der »Freien Berufe« gehören, fallen einige Ausbildungsberufe (zum Beispiel Bürokaufleute, Technische Zeichner) in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern.

Zum Ausbildungsbereich »Industrie und Handel« zählen alle Gewerbebetriebe, die nicht Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe sind: Also außer Industrie und Handel auch Banken, Versicherungen, Betriebe des Gast- und Verkehrsgewerbes sowie des Bergbaus.

Der Ausbildungsbereich »Handwerk« ist zuständig für die in den Anlagen der Handwerksordnung (HwO) aufgeführten Gewerbe. Darüber hinaus werden auch alle anderen Ausbildungsberufe über die Handwerkskammern gemeldet, sofern die Ausbildung in Handwerksbetrieben oder handwerksähnlichen Betrieben stattfindet.

Der Ausbildungsbereich »Landwirtschaft« umfasst land- und tierwirtschaftliche Berufe, Gartenbauberufe sowie Forst- und Jagdberufe.

Zum Ausbildungsbereich »Öffentlicher Dienst« zählen die Berufe, in denen nach Ausbildungsordnungen des öffentlichen Dienstes ausgebildet wird. Neben Bund, Ländern und Gemeinden betrifft dies auch die diesen unterstellten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die Kirchen.

Zum Ausbildungsbereich »Freie Berufe« gehören die Ausbildungsgänge für Rechtsanwalts-, Patentanwalts- und Notarfachangestellte, Steuerfachangestellte, medizinische, zahnmedizinische und tiermedizinische Fachangestellte sowie pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte.

Zum Ausbildungsbereich »Hauswirtschaft« zählen die Berufe Hauswirtschaftler und Hauswirtschaftshelfer.

Im Ausbildungsbereich »Seeschifffahrt« (Schiffsmechaniker) findet in Baden-Württemberg keine Ausbildung statt.

## Behinderung

Der Begriff Behinderung wird in § 2 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch und § 2 Landesbehindertengleichstellungsgesetz von Baden-Württemberg wie folgt definiert:

*Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.*

## Von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche

Nach § 2 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch sind Menschen von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu erwarten ist, weil körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen.

## Brennpunktschule

Siehe »Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung«.

## Demografie

Die Demografie bzw. Bevölkerungswissenschaft befasst sich mit der Beschreibung und Analyse von Bevölkerungsstrukturen (zum Beispiel Alter, Geschlecht, Nationalität), Bevölkerungsbewegungen (zum Beispiel Wanderungen über Grenzen, Geburten und Sterbefälle) und Bevölkerungsentwicklungen im Zeitablauf. Im Zusammenhang mit dem Bildungswesen sind insbesondere demografische Entwicklungen hinsichtlich der Zahl, der Altersstruktur und des Migrationshintergrunds von Kindern und Jugendlichen von Interesse.

## Duales Berufsausbildungssystem

Im System der dualen Ausbildung teilen sich Ausbildungsbetrieb und Berufsschule die Verantwortung für die Berufsausbildung. Der Betrieb übernimmt durch den Abschluss eines Ausbildungsvertrags die Pflicht zur Vermittlung der vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte. Die Berufsschule vermittelt die für den Beruf erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und vertieft die allgemeine Bildung.

## Evaluation

Systematische Bewertung von Prozessen und Ergebnissen mit dem Ziel der Steuerung und Optimierung. Mithilfe von Evaluationsinstrumenten werden die we-

sentlichen Aspekte des Schullebens beurteilt, um entweder die Einhaltung von Qualitätsstandards oder die Wirksamkeit von Schulentwicklungsprojekten überprüfen zu können. Dazu werden Daten erhoben, ausgewertet und interpretiert, um schließlich auf Basis der Ergebnisse gezielt Änderungsmaßnahmen ableiten zu können.

## Fremdevaluation

Standardisierte, kriteriengeleitete Erfassung und Bewertung der Qualitätsentwicklung einer Schule durch externe Personen (Evaluatoren). Ziel der Fremdevaluation ist es, der einzelnen Schule eine differenzierte Rückmeldung zu zentralen schulischen Qualitätskriterien zu geben. An den Schulen Baden-Württembergs ist das Landesinstitut für Schulentwicklung für die Durchführung der Fremdevaluation zuständig.

## Ganztagsschule

Gemäß der Definition der Kultusministerkonferenz (KMK) wird zwischen Ganztagsschulen in voll gebundener, teilweise gebundener und offener Form unterschieden. Alle Ganztagsschulen haben gemeinsam, dass an allen Tagen des Ganztagsbetriebs den teilnehmenden Schülern ein Mittagessen bereitgestellt wird und dass die Organisation aller Angebote unter Aufsicht und Verantwortung der Schulleitung steht.

### *Voll gebundene Form:*

Der Aufenthalt in der Schule von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens *drei Wochentagen* ist für alle Schüler mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe verpflichtend und durchgehend strukturiert. Die vormittäglichen und nachmittäglichen Aktivitäten der Schüler stehen in einem konzeptionellen Zusammenhang.

### *Teilweise gebundene Form:*

Der Aufenthalt in der Schule von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens *drei Wochentagen* ist für Schüler bestimmter Klassen bzw. Jahrgangsstufen (zum Beispiel Ganztagszug) verpflichtend und durchgehend strukturiert. Die vormittäglichen und nachmittäglichen Aktivitäten der Schüler stehen in einem konzeptionellen Zusammenhang.

### *Offene Form:*

Für die Schüler ist ein Aufenthalt, verbunden mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot in der Schule, von täglich mindestens sieben Zeitstunden an mindestens *drei Wochentagen* möglich. Die Teilnahme an den Ganztagsangeboten wird jeweils durch die Schüler

oder deren Erziehungsberechtigte für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich erklärt.

Von der Definition der KMK abweichend ist in Baden-Württemberg ein durchstrukturierter Aufenthalt an mindestens *vier Wochentagen* von täglich mindestens sieben Zeitstunden vorgesehen. Die Konzeption einer öffentlichen Ganztagschule in Baden-Württemberg orientiert sich an den Bedürfnissen und der Situation der Schule vor Ort und wird von der Schule in Abstimmung mit dem Schulträger entwickelt.

## Integrierte Schulformen

Siehe Schularten

## Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Darüber hinaus können Kinder im Schulalter ergänzend zum Schulbesuch auch Horte in Anspruch nehmen. In vielen Einrichtungen werden Kinder verschiedener Altersklassen, also Kinder im Krippenalter (bis drei Jahre), im Kindergartenalter (drei Jahre bis Schulbeginn) und/ oder im Hortalter gemeinsam in altersübergreifenden bzw. in alterseinheitlichen Gruppen betreut.

Der Träger einer Kindertageseinrichtung benötigt für den Betrieb eine Erlaubnis nach § 45 Sozialgesetzbuch Achtes Buch, für die in Baden-Württemberg das Landesjugendamt zuständig ist.

## Migrationshintergrund

Die Bevölkerung wird im Rahmen des *Mikrozensus* hinsichtlich eines eventuellen Migrationshintergrunds in folgende Bevölkerungsgruppen gegliedert:

Bevölkerung insgesamt

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn insgesamt
  - 2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbar  
Migrationsstatus
  - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn insgesamt
    - 2.2.1 Zugewanderte (Personen mit eigener Migrationserfahrung) insgesamt
      - 2.2.1.1 Ausländer
      - 2.2.1.2 Deutsche
        - 2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung

<p>2.2.1.2.2 Eingebürgerte</p> <p>2.2.2 Nicht Zugewanderte (Personen ohne eigene Migrationserfahrung) insgesamt</p> <p>2.2.2.1 Ausländer (zweite und dritte Generation)</p> <p>2.2.2.2 Deutsche</p> <p>2.2.2.2.1 Eingebürgerte</p> <p>2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lehrkräfte an Grundschulen 28 Stunden,</li> <li>• Lehrkräfte an Hauptschulen und Werkrealschulen 27 Stunden,</li> <li>• Lehrkräfte an Realschulen und Gymnasien (gehobener Dienst) 27 Stunden,</li> <li>• Lehrkräfte an Sonderschulen 26 Stunden,</li> <li>• Lehrkräfte an Gymnasien (höherer Dienst) 25 Stunden,</li> <li>• mit beidseitigem Migrationshintergrund</li> <li>• mit einseitigem Migrationshintergrund</li> </ul>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Im Rahmen der Bildungsberichterstattung wird bei Angaben aus dem Mikrozensus ausschließlich auf die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn Bezug genommen.

In der *Schulstatistik* können dagegen nur Bildungsteilnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Spätaussiedler, die im Verlauf der letzten fünf Jahre vor der Erhebung zugewandert sind, erfasst werden.

In der *Statistik der Kindertageseinrichtungen* wird in Bezug auf den Migrationshintergrund gefragt, ob mindestens ein Elternteil ein ausländisches Herkunftsland hat und ob die vorrangig in der Familie gesprochene Sprache nicht Deutsch ist.

## Primarbereich

Grundschule und den Klassenstufen 1 bis 4 vergleichbare Bildungsgänge. Für Schüler mit Sonderpädagogischem Förderbedarf, deren Förderung in einer allgemeinen Schule nicht ausreichend gewährleistet werden kann, gibt es entsprechend den Behinderungsarten unterschiedliche Typen von Sonderschulen.

## Regelstundenmaß

Das Regelstundenmaß gibt die übliche Zahl von Unterrichtsstunden an, die eine vollzeitbeschäftigte Lehrkraft in einer Unterrichtswoche zu unterrichten hat. Die Verwaltungsvorschrift »Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen« vom 10. November 1993 (K.u.U. S. 469) legt das Regelstundenmaß je nach Schularten und teilweise auch nach Lehrerarten differenziert fest:

- Fachlehrer für musisch-technische Fächer und für vorschulische Einrichtungen 28 Stunden,
- Fachlehrer für Schulen für Geistig- und Körperbehinderte einschließlich Schulkindergärten 31 Stunden,
- Technische Lehrer an Schulen für Geistigbehinderte bzw. an entsprechenden Abteilungen anderer Sonderschultypen 31 Stunden,
- Sportlehrer 28 Stunden,
- Lehrer an beruflichen Schulen, die theoretischen und ggf. fachpraktischen Unterricht erteilen 25 Stunden,
- Technische Lehrer der kaufmännischen und wirtschaftlichen Fachrichtung 27 Stunden,
- Technische Lehrer der gewerblichen und landwirtschaftlichen Fachrichtung (je nach Anteil an praktischer Fachkunde) 27 – 28 Stunden.

Aus persönlichen Gründen (Alter, Schwerbehinderung) oder für die Übernahme bestimmter Aufgaben (zum Beispiel Schulleitung, Fachberatertätigkeit, Personalrat) können Nachlässe verfügt und auf die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit angerechnet werden.

## Schularten

Die Schularten sind in § 4 Abs. 1 SchG festgelegt. Zum allgemein bildenden Bereich gehören:

- die Grundschule,
- die Hauptschule und die Werkrealschule,
- die Realschule (einschließlich Abendrealschule),
- das Gymnasium (einschließlich Abendgymnasium),



- das Kolleg und
- die Sonderschule.

Darüber hinaus gibt es bei den allgemein bildenden Schulen auch integrierte Schulformen, in denen mehrere dieser Schularten zusammengefasst sind. Dazu zählen:

- die Freien Waldorfschulen,
- die Schulen besonderer Art und
- die Orientierungsstufe.

Im Bereich der beruflichen Schulen gibt es:

- die Berufsschule (einschließlich Berufsvorbereitungsjahr),
- die Berufsfachschule (einschließlich Berufseinstiegsjahr),
- das Berufskolleg,
- die Berufsoberschule (Berufsaufbauschule, Technische und Wirtschaftsoberschule sowie Oberschule für Soziales),
- das berufliche Gymnasium,
- die Fachschule und
- berufliche Sonderschulen (Sonderberufsschule und Sonderberufsfachschule).

Außerdem gibt es im Geschäftsbereich des Sozialministeriums noch spezielle Schulen für Berufe des Gesundheitswesens. Sie vermitteln eine Ausbildung für nicht-akademische Gesundheitsberufe wie zum Beispiel in der Gesundheits- und Krankenpflege, für Hebammen, für medizinisch-technische Assistenten oder für Physiotherapie.

### Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung (»Brennpunktschule«)

Eine Hauptschule oder eventuell auch eine Grundschule kann als Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingestuft werden, wenn sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt. Dies kann der Fall sein, wenn mehrere der folgenden Kriterien im Schulbezirk vorliegen:

- Bevölkerungszusammensetzung, bei der sozial und ökonomisch unterprivilegierte Bevölkerungsschichten überwiegen,

- schwieriges soziales Umfeld mit hohem Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, hohem Bedarf an Familienfürsorge und Jugendhilfe,
- hohe Jugendarbeitslosigkeit,
- defizitäre Wohn- und Infrastruktur,
- hoher Anteil an Ausländern, Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, überdurchschnittlich viele Alleinerziehende,
- hoher Anteil an Schlüssel- und Straßenkindern,
- Heimerziehungsschwerpunkte wie zum Beispiel Kinderheim, betreutes Wohnen, Kinder aus einem Frauenhaus.

### Schulartspezifische Zählung

Die Zahl der Schulen orientiert sich an der Zahl der organisatorischen Einheiten mit der Einschränkung, dass bei schulartbezogenen Aufgliederungen die Organisationseinheit bei Vorhandensein mehrerer Schularten entsprechend mehrfach berücksichtigt wird. Beispiel: Eine Grund-, Haupt- und Realschule unter gemeinsamer Leitung wird bei allen drei Schularten berücksichtigt, unter der Rubrik »Allgemein bildende Schulen« jedoch nur einfach gezählt.

### Schulpflicht

Die Schulpflicht wird in den §§ 72 bis 87 SchG geregelt. Sie gliedert sich in die Pflicht zum Besuch der Grundschule und einer auf ihr aufbauenden Schule, die Berufsschulpflicht und die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule.

#### *Pflicht zum Besuch der Grundschule und einer auf ihr aufbauenden Schule*

Ab dem Schuljahr 2006/07 gilt, dass mit Beginn des Schuljahres alle Kinder zum Besuch der Grundschule verpflichtet sind, die bis 30. September des laufenden Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben. Für jüngere Kinder beginnt die Schulpflicht mit der Aufnahme in die Schule. Die Pflicht zum Besuch der Grundschule dauert mindestens vier Jahre. Nach Abschluss der Grundschule sind alle Kinder verpflichtet, eine auf ihr aufbauende Schule zu besuchen. Diese Pflicht dauert in der Regel fünf weitere Jahre an.

#### *Berufsschulpflicht*

Sie beginnt mit dem Ablauf der Pflicht zum Besuch einer allgemein bildenden Schule und endet mit dem

Ablauf des Schuljahres, in dem Schulpflichtige das 18. Lebensjahr vollenden, außer sie stehen zu diesem Zeitpunkt noch in einem Ausbildungsverhältnis. Schüler, die nach Verlassen einer allgemein bildenden Schule keinen Ausbildungsplatz haben, müssen das Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Nach dessen Abschluss sind die Jugendlichen von der weiteren Berufsschulpflicht befreit. Daher können auch Jugendliche unter 18 Jahren bereits das Bildungswesen verlassen haben. Die Berufsschulpflicht ruht, solange eine allgemein bildende Schule, eine Berufsfachschule, ein Berufskolleg, eine Berufsakademie oder eine Hochschule besucht wird, das freiwillige soziale oder ökologische Jahr, Wehr- oder Zivildienst geleistet wird oder eine beamtenrechtliche Ausbildung absolviert wird.

#### *Pflicht zum Besuch einer Sonderschule*

Behinderte Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind grundsätzlich zum Besuch der für sie geeigneten Sonderschule verpflichtet. Die Dauer der Schulpflicht richtet sich nach der Art der Behinderung und dem entsprechenden Bildungsziel der Sonderschule. Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule endet auch, wenn festgestellt wird, dass der Schüler künftig mit Erfolg am Unterricht einer allgemeinen Schule teilnehmen kann.

Nach den Empfehlungen des vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport einberufenen Expertenrats »Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung« soll in Zukunft die Sonderschulpflicht entfallen und in der Pflicht zum Besuch einer Grundschule, einer weiterführenden allgemein bildenden oder einer beruflichen Schule aufgehen.<sup>1</sup>

### Schulträgerschaft

Nach § 27 Abs. 1 Schulgesetz gilt als Schulträger, wer die sächlichen Kosten der Schule trägt. Öffentliche Schulen sind Schulen, die von einer Gemeinde, einem Landkreis, einem Schulverband oder vom Land allein getragen werden.

1 Expertenrat »Schulische Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen, Benachteiligungen oder chronischen Erkrankungen und einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebot in Baden-Württemberg«. Empfehlungen des Expertenrates vom Februar 2010.

Private Schulen sind Schulen in nicht öffentlicher Trägerschaft. Der Begriff beinhaltet keine Aussage über die Form des Zugangs, da auch Privatschulen grundsätzlich allen offenstehen.

### Sekundarbereich

Der Sekundarbereich baut auf den grundlegenden Bildungsgängen des Primarbereichs (Grundschule und 1. bis 4. Klassenstufe vergleichbarer Bildungsgänge) auf. Er gliedert sich in zwei Stufen: Sekundarbereich I und Sekundarbereich II. Der Sekundarbereich I der allgemein bildenden Schulen umfasst in Baden-Württemberg die Hauptschule und die Werkrealschule, die Realschule sowie die Klassenstufen 5 bis 9 der Gymnasien, der integrierten Schularten und der Sonderschulen. Dementsprechend umfasst der Sekundarbereich II die Oberstufe der letztgenannten Schularten. Im Bereich der beruflichen Schulen zählen die Berufsschulen des dualen Berufsausbildungssystems, berufliche Grundkenntnisse oder einen Berufsabschluss vermittelnde Berufsfachschulen, Berufskollegs und Schulen für Berufe des Gesundheitswesens sowie die beruflichen Gymnasien zum Sekundarbereich II.

### Selbstevaluation

Von der Schule selbst geplante und durchgeführte Evaluation mit dem Ziel der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung.

### Vergleichsarbeiten (DVA, VERA)

Die zum Schuljahr 2005/06 an öffentlichen Hauptschulen/ Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien verpflichtend eingeführten Vergleichsarbeiten (DVA) sind standardisierte Tests, die den Lernstand von Klassen und auch von einzelnen Schülern in Bezug auf die baden-württembergischen Bildungsstandards des vorangegangenen Bildungsabschnitts überprüfen. Die Arbeiten werden an festgelegten Terminen zu Beginn des neuen Schuljahres in der Klassenstufe 7 der Hauptschule/ Werkrealschule bzw. den Klassenstufen 7 und 9 an den Realschulen und Gymnasien eingesetzt. Vergleichsarbeiten an den Gymnasien in Klasse 11 werden erstmals im Schuljahr 2011/12 durchgeführt.

Seit dem Schuljahr 2008/09 beteiligen sich die baden-württembergischen Grundschulen verpflichtend an den bundesweit durchgeführten Diagnosearbeiten in der Grundschule (VERA 3). Diese Lernstandserhebung wird im zweiten Schulhalbjahr der Klasse 3 geschrieben.

Die Ergebnis-Rückmeldungen liefern objektive Informationen, die von den Fachlehrkräften sowie von Schulteams zur Weiterentwicklung von Schule und Unterricht genutzt werden können. Die Diagnose- und Vergleichsarbeiten stellen ein verpflichtendes Instrument der Selbstevaluation dar und sind ein Element der Qualitäts- und Schulentwicklung in Baden-Württemberg.

### Zweiter Bildungsweg

Schulen des Zweiten Bildungsweges bieten Weiterbildungswilligen, die der Schulpflicht entwachsen sind und sich bereits im Berufsleben befinden, die Möglich-

keit, einen höherwertigen Schulabschluss nachzuholen. Folgende Bildungseinrichtungen stehen zur Verfügung:

- Abendrealschule,
- Abendgymnasium,
- Kolleg,
- Berufsaufbauschule,
- Berufsoberschule (Oberstufe),
- Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife.



## Tabellen und Grafiken

**B 1.1 (T1) Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060 in ausgewählten Altersgruppen**

Jahr	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 20
<b>in 1 000</b>					
2000	327,5	345,3	474,7	724,8	464,2
2005	290,5	312,5	458,2	724,6	502,2
2006	284,8	302,5	450,3	712,0	508,5
2007	281,1	297,0	435,4	706,5	511,0
2008	279,1	291,4	422,6	698,8	504,9
2009	275,9	286,2	410,7	689,6	500,3
<b>Vorausrechnung</b>					
2010	275,5	282,4	400,2	682,5	487,8
2015	268,8	273,3	374,3	609,3	466,5
2020	265,7	269,4	364,1	568,8	413,8
2025	258,4	264,8	359,4	553,4	389,4
2030	247,3	255,6	351,1	544,8	378,5
2035	235,3	243,9	337,5	531,7	372,4
2040	225,6	232,7	321,9	511,6	363,4
2045	218,7	224,4	308,4	488,8	349,9
2050	213,0	218,1	298,3	468,8	334,7
2055	207,2	212,5	290,4	453,6	321,4
2060	200,9	206,4	282,6	441,4	311,2
<b>2008 = 100<sup>1)</sup></b>					
2000	117,3	118,5	112,3	103,7	91,9
2005	104,1	107,2	108,4	103,7	99,5
2006	102,0	103,8	106,6	101,9	100,7
2007	100,7	101,9	103,0	101,1	101,2
2008	100	100	100	100	100
2009	98,9	98,2	97,2	98,7	99,1
<b>Vorausrechnung</b>					
2010	98,7	96,9	94,7	97,7	96,6
2015	96,3	93,8	88,6	87,2	92,4
2020	95,2	92,5	86,2	81,4	82,0
2025	92,6	90,9	85,0	79,2	77,1
2030	88,6	87,7	83,1	78,0	75,0
2035	84,3	83,7	79,9	76,1	73,8
2040	80,8	79,9	76,2	73,2	72,0
2045	78,4	77,0	73,0	69,9	69,3
2050	76,3	74,8	70,6	67,1	66,3
2055	74,2	72,9	68,7	64,9	63,7
2060	72,0	70,8	66,9	63,2	61,6

1) 2008 ist das Basisjahr der Bevölkerungsvorausrechnung.

Datenquelle: Bevölkerungsvorausrechnung.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**B 1.3 (T1) Bevölkerung in den Regionen Baden-Württembergs 2009 nach Migrationshintergrund**

Region Land	Bevölkerung insgesamt	Davon		
		Deutsche ohne Migrationshintergrund i.e.S. <sup>1)</sup>	Deutsche mit Migrationshintergrund i.e.S. <sup>1)</sup>	Ausländer
	Anzahl in 1 000	Anteil in %		
Stuttgart	2 675	67,7	15,7	16,6
darunter Landeshauptstadt Stuttgart	600	60,5	15,8	23,7
Heilbronn-Franken	886	76,9	16,1	7,0
Ostwürttemberg	446	74,6	16,3	9,1
Mittlerer Oberrhein	1 004	75,8	13,9	10,3
Rhein-Neckar <sup>2)</sup>	1 141	72,4	14,1	13,4
Nordschwarzwald	595	72,5	14,4	13,1
Südlicher Oberrhein	1 046	80,6	11,6	7,7
Schwarzwald-Baar-Heuberg	485	73,1	16,1	10,9
Hochrhein-Bodensee	666	76,2	11,9	11,8
Neckar-Alb	690	73,1	15,3	11,6
Donau-Iller <sup>2)</sup>	501	78,9	12,9	8,1
Bodensee-Oberschwaben	617	78,6	12,2	9,2
<b>Land Baden-Württemberg</b>	<b>10 751</b>	<b>73,8</b>	<b>14,4</b>	<b>11,8</b>

1) Migrationshintergrund i.e.S.: Personen, die selbst oder deren Eltern nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer. – 2) Soweit Baden-Württemberg.

Datenquelle: Mikrozensus  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**B 1.3 (T2) In Baden-Württemberg aufgenommene (Spät-)Aussiedler seit 1990**

Jahr	(Spät-) Aussiedler insgesamt	Davon mit Herkunft aus			
		Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion	Rumänien	Polen	anderen Staaten
	Anzahl	Anteil in %			
1990	92 741	38,8	41,8	16,1	3,3
1995	20 212	93,7	5,4	0,7	0,2
2000	11 794	98,3	1,3	0,4	0,0
2005	4 494	99,7	0,1	0,1	0,1
2006	984	97,5	1,5	1,0	–
2007	707	98,6	0,6	0,8	–
2008	565	98,1	0,4	1,6	–
2009	431	96,3	1,6	2,1	–

Datenquelle: Zahlen, Daten, Fakten zur Herkunft der Spätaussiedler.  
Innenministerium Baden-Württemberg

**B 3.3 (T1) Bevölkerung in Baden-Württemberg im Jahr 2009 nach Altersgruppen, allgemeinem Schulabschluss und Staatsangehörigkeit**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ohne Hauptschulabschluss	Mit Hauptschulabschluss <sup>1)</sup>	Mit mittlerem Abschluss <sup>2)</sup>	Mit Hochschul-/ Fachhochschulreife
	Angaben in % <sup>3)</sup>			
<b>Insgesamt</b>				
<b>20 – 30</b>	<b>2,0</b>	<b>21,8</b>	<b>31,8</b>	<b>44,4</b>
<b>30 – 40</b>	<b>3,3</b>	<b>27,3</b>	<b>32,1</b>	<b>37,3</b>
<b>40 – 50</b>	<b>4,0</b>	<b>34,5</b>	<b>31,6</b>	<b>29,9</b>
<b>40 – 50</b>	<b>4,3</b>	<b>46,8</b>	<b>23,2</b>	<b>25,7</b>
<b>50 – 60</b>	<b>5,2</b>	<b>59,0</b>	<b>18,0</b>	<b>17,8</b>
<b>60 – 70</b>				
<b>Deutsche</b>				
20 – 30	1,3	19,1	33,7	45,9
30 – 40	1,5	23,8	35,3	39,4
40 – 50	2,1	33,2	33,7	31,0
50 – 60	1,6	46,8	24,7	26,9
60 – 70	1,7	60,8	18,9	18,5
<b>Ausländer</b>				
20 – 30	5,9	35,9	21,8	36,4
30 – 40	10,4	40,8	19,5	29,3
40 – 50	18,0	43,9	16,0	22,1
50 – 60	26,4	47,0	10,5	16,1
60 – 70	32,5	44,2	10,9	12,4

1) Einschließlich Volksschulabschluss. – 2) Realschulabschluss, Fachschulreife oder gleichwertiger Abschluss der polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR. – 3) Bezogen auf die Personen mit Angaben zum allgemeinen Schulabschluss.

Datenquelle: Mikrozensus  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**B 3.3 (T2) Erwerbstätige und Erwerbslose in Baden-Württemberg im Jahr 2009 nach beruflichem Schulabschluss bzw. Hochschulabschluss**

Erwerbsstatus	Ohne beruflichen bzw. Hochschulabschluss	Mit Lehrausbildung <sup>1)</sup>	Mit Meister-/ Techniker- ausbildung <sup>2)</sup>	Mit Hochschul-/ Fachhochschul- abschluss <sup>3)</sup>
	Angaben in % <sup>4)</sup>			
Erwerbstätige	19,3	51,4	10,2	19,1
Erwerbslose	38,3	47,8	5,0	8,8
<b>Erwerbspersonen zusammen</b>	<b>20,3</b>	<b>51,3</b>	<b>9,9</b>	<b>18,5</b>

1) Einschließlich Abschluss einer Anlernausbildung, eines beruflichen Praktikums, eines Berufsvorbereitungsjahres oder eines berufsqualifizierenden Abschlusses an einer Berufsfachschule oder einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 2) Einschließlich eines Fachschulabschlusses, eines Abschlusses einer Fachschule in der ehemaligen DDR, einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fachakademie, einer Berufsakademie. – 3) Einschließlich Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule, Ingenieurschulabschluss und Promotion. – 4) Bezogen auf die Personen mit Angaben zum beruflichen Ausbildungs- bzw. Hochschulabschluss.

Datenquelle: Mikrozensus  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



**C 2.2 (T1) Schüler in der Ausbildung erzieherischer Berufe in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91**

Schuljahr	Schüler an								
	Berufsfachschulen für Kinderpflege			Fachschulen für Sozialpädagogik (Berufskollegs)			Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik <sup>1)</sup>		
	zusammen	darunter		zusammen	darunter		zusammen	darunter	
		an privaten Schulen	%		an privaten Schulen	%		an privaten Schulen	%
1990/91	702	81	11,5	4 482	2 469	55,1	1 612	–	–
1995/96	1 064	92	8,6	5 603	2 568	45,8	2 145	–	–
2000/01	1 023	94	9,2	5 632	2 708	48,1	1 746	–	–
2005/06	1 165	139	11,9	5 922	2 760	46,6	2 986	1 358	45,5
2006/07	1 151	157	13,6	5 871	2 788	47,5	2 933	1 354	46,2
2007/08	1 171	185	15,8	5 761	2 786	48,4	2 838	1 340	47,2
2008/09	1 258	235	18,7	5 609	2 767	49,3	2 991	1 362	45,5
2009/10	1 453	275	18,9	5 785	2 805	48,5	3 136	1 386	44,2

1) Bis 2002/03: Praktikanten im Vorpraktikum der Erzieherausbildung, ab 2003/04 Schüler an Berufskollegs für Praktikanten der Sozialpädagogik.  
 Datenquelle: Schulstatistik  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**C 4 (T1) Grundschulförderklassen und Schulkindergärten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91**

Schuljahr	Einrichtungen	Klassen/ Gruppen	Betreute Kinder		Erziehungspersonal	
			insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter Vollzeitbeschäftigte
<b>Grundschulförderklassen</b>						
1990/91	188	281	4 207	1 436	655	182
	243	298	4 743	1 571	748	160
1995/96	242	290	4 192	1 294	723	127
	243	291	4 032	1 270	728	113
2001/02	243	293	4 084	1 263	734	126
2002/03	242	292	4 069	1 339	692	138
2003/04	242	293	3 983	1 272	704	137
2004/05	241	293	4 241	1 304	718	143
2005/06	241	295	4 363	1 413	722	161
2006/07	239	290	4 403	1 472	707	150
2007/08	239	290	4 173	1 375	703	153
2008/09	242	287	4 061	1 382	675	155
2009/10						
<b>Schulkindergärten</b>						
1990/91	205	580	3 822	1 424	1 204	682
	219	634	4 154	1 467	1 322	678
1995/96	235	661	4 321	1 493	1 512	660
	238	673	4 385	1 537	1 544	654
2001/02	241	683	4 432	1 558	1 550	656
2002/03	238	687	4 513	1 497	1 585	697
2003/04	242	685	4 546	1 535	1 612	666
2004/05	240	685	4 547	1 519	1 641	649
2005/06	246	683	4 527	1 452	1 630	644
2006/07	241	696	4 592	1 520	1 656	627
2007/08	247	711	4 651	1 530	1 695	667
2008/09	249	712	4 699	1 557	1 692	669
2009/10						

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 1.1 (T1) Erstmals schulpflichtige und zurückgestellte Kinder an Grundschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1990/91**

Schuljahr	Erstmals schulpflichtige Kinder <sup>1)</sup>			Darunter zurückgestellt		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl			Anteil in %		
1990/91	99 306	51 150	48 156	9,5	11,8	7,1
1991/92	101 583	52 227	49 356	9,5	11,8	7,1
1992/93	106 164	54 511	51 653	9,5	11,9	6,9
1993/94	111 560	57 490	54 070	9,5	11,7	7,1
1994/95	116 326	59 569	56 757	9,3	11,6	6,8
1995/96	117 994	60 526	57 468	8,4	10,4	6,2
1996/97	118 274	60 612	57 662	7,4	9,2	5,5
1997/98	120 640	62 057	58 583	6,4	8,1	4,7
1998/99	112 906	58 153	54 753	6,2	7,8	4,5
1999/2000	108 961	56 399	52 562	6,3	8,0	4,5
2000/01	104 470	54 523	49 947	6,7	8,6	4,6
2001/02	100 054	52 105	47 949	6,7	8,5	4,8
2002/03	101 412	52 555	48 857	6,6	8,3	4,8
2003/04	104 237	54 210	50 027	6,0	7,5	4,4
2004/05	98 555	51 541	47 014	5,7	7,2	4,1
2005/06	102 915	53 708	49 207	7,3	9,2	5,4
2006/07	103 800	54 144	49 656	8,8	10,8	6,5
2007/08	102 746	53 187	49 559	10,5	12,8	8,0
2008/09	93 701	48 417	45 284	10,7	13,2	8,0
2009/10	91 995	47 589	44 406	10,3	12,7	7,7

1) Bis einschließlich Schuljahr  
2004/05 bis zum 30.06.,  
2005/06 bis zum 31.07.,  
2006/07 bis zum 31.08.,  
ab 2007/08 bis zum 30.09. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 1.2 (T1) Schüler an Grundschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart**

Schuljahr	Schüler an Grundschulen			Davon an					
				öffentlichen Grundschulen			privaten Grundschulen		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	430 384	210 935	49,0	426 755	209 038	49,0	3 629	1 897	52,3
1985/86	347 504	170 520	49,1	344 167	168 814	49,1	3 337	1 706	51,1
1990/91	405 951	199 761	49,2	402 088	197 761	49,2	3 863	2 000	51,8
1995/96	461 413	226 332	49,1	456 628	223 867	49,0	4 785	2 465	51,5
2000/01	477 429	234 132	49,0	471 596	231 301	49,0	5 833	2 831	48,5
2001/02	463 640	226 776	48,9	457 596	223 834	48,9	6 044	2 942	48,7
2002/03	454 759	222 787	49,0	448 647	219 849	49,0	6 112	2 938	48,1
2003/04	453 084	222 388	49,1	446 596	219 256	49,1	6 488	3 132	48,3
2004/05	451 232	221 555	49,1	444 470	218 235	49,1	6 762	3 320	49,1
2005/06	452 015	221 951	49,1	444 937	218 524	49,1	7 078	3 427	48,4
2006/07	447 796	219 498	49,0	440 228	215 845	49,0	7 568	3 653	48,3
2007/08	435 811	213 286	48,9	427 822	209 392	48,9	7 989	3 894	48,7
2008/09	419 964	205 725	49,0	411 583	201 654	49,0	8 381	4 071	48,6
2009/10	404 540	198 001	48,9	395 724	193 719	49,0	8 816	4 282	48,6

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

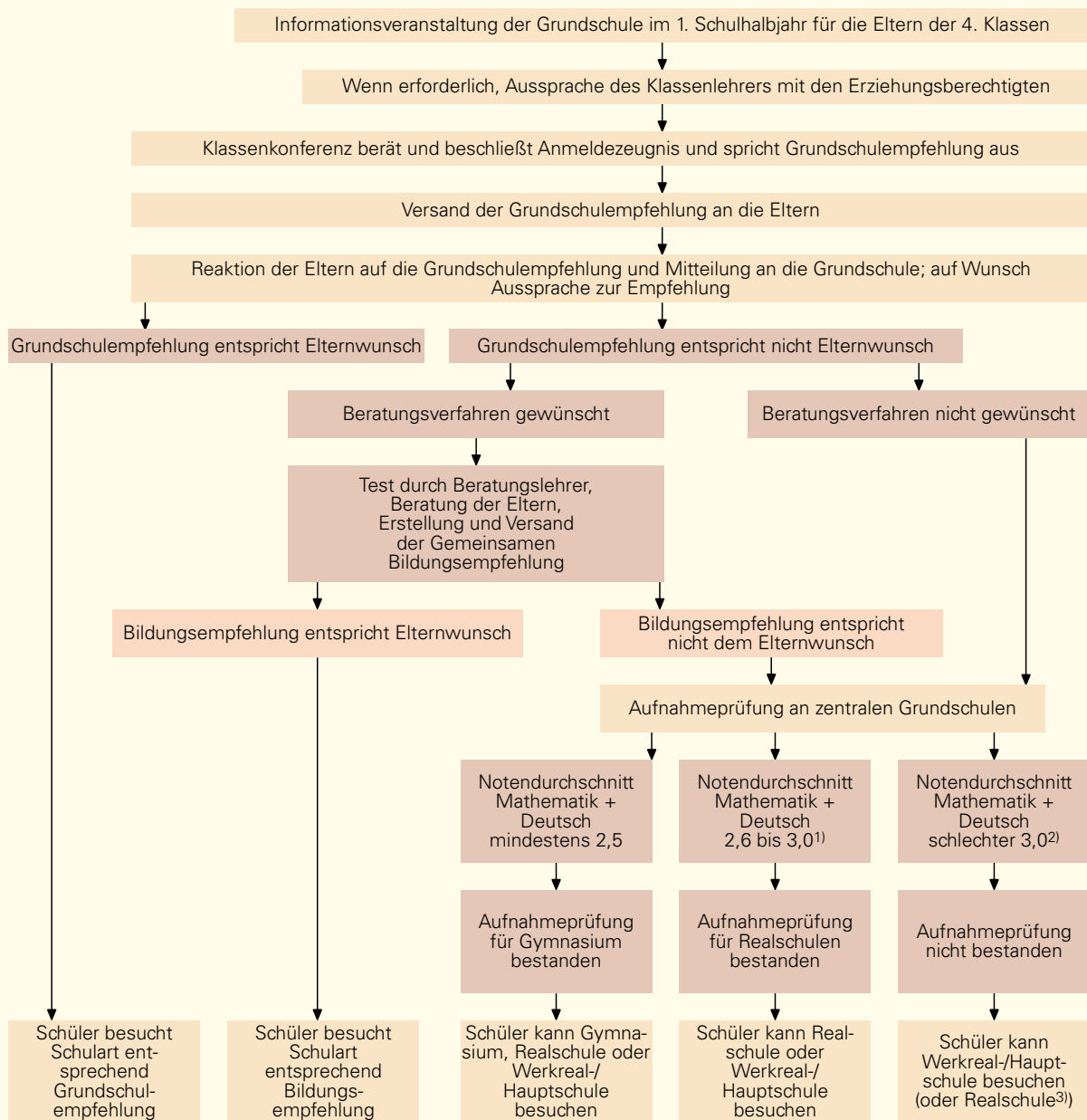
**D 1.3 (T1) Übergänge aus Klassenstufe 4 an Grundschulen in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/11 nach Nationalität\*)**

Nationalität	Viertklässler mit Grundschulempfehlung insgesamt	Davon Übergänge auf...							
		Werkreal-/Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige <sup>1)</sup>	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Insgesamt</b>	<b>104 584</b>	<b>25 490</b>	<b>24,4</b>	<b>35 532</b>	<b>34,0</b>	<b>42 656</b>	<b>40,8</b>	<b>906</b>	<b>0,9</b>
davon									
Deutsche	92 742	19 689	21,2	32 300	34,8	40 016	43,1	737	0,8
Ausländer	11 842	5 801	49,0	3 232	27,3	2 640	22,3	169	1,4

\*) Ohne 256 Schüler (0,2 % aller Viertklässler nach Abschluss der Aufnahmeverfahren), die keine Grundschulempfehlung erhalten haben. – 1) Wiederholer und Übergänger auf andere Schularten.  
Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## D 1.3 (G1)

## Das Aufnahmeverfahren in die Werkreal-/ Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium\*)



\*) Quellen: Verordnung des Kultusministeriums über das Aufnahmeverfahren für die Realschulen und Gymnasien der Normalform (Aufnahmeverordnung) vom 10. Juni 1983 (GBl. S. 507; K.u.U. S. 475), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 11. November 2009 (GBl. 693, 706); Verwaltungsvorschrift vom 5. November 2000 (K.u.U. 2000, S. 329); siehe auch Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (Hrsg.): Bildungswege in Baden-Württemberg, November 2010, S. 21 – 23. – 1) Einzelnoten in Deutsch bzw. Mathematik nicht schlechter als 4,0 (vgl. § 10 AufnVO). – 2) Einzelnoten in Deutsch bzw. Mathematik schlechter als 4,0 (vgl. § 10 AufnVO). – 3) Realschule nur bei entsprechender Grundschulempfehlung oder Bildungsempfehlung. – Stand: März 2011

### D 1.3 (T2) Übergänge aus öffentlichen und privaten Grundschulen in Baden-Württemberg auf weiterführende Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2010/11

Stadtkreis (SKR) Landkreis (LKR) Regierungsbezirk Land	Schüler in der Klassenstufe 4 nach Abschluss der Aufnahmeverfahren 2010								
	Insgesamt	davon Übergänge auf ...							
		Werkreal-/ Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien		Sonstige <sup>1)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Stuttgart (SKR)	4 485	1 005	22,4	1 108	24,7	2 328	51,9	44	1,0
Böblingen (LKR)	3 772	800	21,2	1 298	34,4	1 662	44,1	12	0,3
Esslingen (LKR)	4 907	1 062	21,6	1 701	34,7	2 088	42,6	56	1,1
Göppingen (LKR)	2 461	644	26,2	873	35,5	923	37,5	21	0,9
Ludwigsburg (LKR)	5 230	1 137	21,7	1 710	32,7	2 350	44,9	33	0,6
Rems-Murr-Kreis (LKR)	4 111	967	23,5	1 555	37,8	1 553	37,8	36	0,9
Heilbronn (SKR)	1 088	342	31,4	366	33,6	371	34,1	9	0,8
Heilbronn (LKR)	3 649	966	26,5	1 254	34,4	1 414	38,8	15	0,4
Hohenlohekreis (LKR)	1 188	324	27,3	507	42,7	347	29,2	10	0,8
Schwäbisch Hall (LKR)	1 969	554	28,1	792	40,2	616	31,3	7	0,4
Main-Tauber-Kreis (LKR)	1 359	350	25,8	550	40,5	454	33,4	5	0,4
Heidenheim (LKR)	1 332	353	26,5	412	30,9	561	42,1	6	0,5
Ostalbkreis (LKR)	3 372	826	24,5	1 304	38,7	1 233	36,6	9	0,3
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>	<b>38 923</b>	<b>9 330</b>	<b>24,0</b>	<b>13 430</b>	<b>34,5</b>	<b>15 900</b>	<b>40,8</b>	<b>263</b>	<b>0,7</b>
Baden-Baden (SKR)	441	88	20,0	124	28,1	226	51,2	3	0,7
Karlsruhe (SKR)	2 202	426	19,3	576	26,2	1 168	53,0	32	1,5
Karlsruhe (LKR)	4 311	1 037	24,1	1 455	33,8	1 801	41,8	18	0,4
Rastatt (LKR)	2 244	554	24,7	754	33,6	922	41,1	14	0,6
Heidelberg (SKR)	966	115	11,9	177	18,3	575	59,5	99	10,2
Mannheim (SKR)	2 392	594	24,8	564	23,6	1 001	41,8	233	9,7
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	1 474	434	29,4	537	36,4	493	33,4	10	0,7
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	5 135	1 041	20,3	1 564	30,5	2 466	48,0	64	1,2
Pforzheim (SKR)	1 132	351	31,0	315	27,8	459	40,5	7	0,6
Calw (LKR)	1 783	463	26,0	651	36,5	663	37,2	6	0,3
Enzkreis (LKR)	2 124	430	20,2	789	37,1	890	41,9	15	0,7
Freudenstadt (LKR)	1 269	346	27,3	500	39,4	414	32,6	9	0,7
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>	<b>25 473</b>	<b>5 879</b>	<b>23,1</b>	<b>8 006</b>	<b>31,4</b>	<b>11 078</b>	<b>43,5</b>	<b>510</b>	<b>2,0</b>
Freiburg im Breisgau (SKR)	1 714	245	14,3	348	20,3	964	56,2	157	9,2
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	2 441	509	20,9	883	36,2	1 023	41,9	26	1,1
Emmendingen (LKR)	1 655	383	23,1	684	41,3	577	34,9	11	0,7
Ortenaukreis (LKR)	4 269	1 206	28,3	1 513	35,4	1 533	35,9	17	0,4
Rottweil (LKR)	1 524	442	29,0	544	35,7	532	34,9	6	0,4
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	2 063	534	25,9	786	38,1	729	35,3	14	0,7
Tuttlingen (LKR)	1 561	486	31,1	534	34,2	536	34,3	5	0,3
Konstanz (LKR)	2 605	574	22,0	869	33,4	1 126	43,2	36	1,4
Lörrach (LKR)	2 213	611	27,6	750	33,9	845	38,2	7	0,3
Waldshut (LKR)	1 761	560	31,8	678	38,5	517	29,4	6	0,3
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>	<b>21 806</b>	<b>5 550</b>	<b>25,5</b>	<b>7 589</b>	<b>34,8</b>	<b>8 382</b>	<b>38,4</b>	<b>285</b>	<b>1,3</b>
Reutlingen (LKR)	2 923	703	24,1	1 000	34,2	1 206	41,3	14	0,5
Tübingen (LKR)	2 160	393	18,2	600	27,8	1 148	53,1	19	0,9
Zollernalbkreis (LKR)	1 812	561	31,0	650	35,9	598	33,0	3	0,2
Ulm (SKR)	984	215	21,8	292	29,7	472	48,0	5	0,5
Alb-Donau-Kreis (LKR)	2 171	546	25,1	815	37,5	805	37,1	5	0,2
Biberach (LKR)	2 094	573	27,4	791	37,8	715	34,1	15	0,7
Bodenseekreis (LKR)	2 053	492	24,0	762	37,1	790	38,5	9	0,4
Ravensburg (LKR)	3 039	861	28,3	1 078	35,5	1 074	35,3	26	0,9
Sigmaringen (LKR)	1 402	387	27,6	519	37,0	488	34,8	8	0,6
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>	<b>18 638</b>	<b>4 731</b>	<b>25,4</b>	<b>6 507</b>	<b>34,9</b>	<b>7 296</b>	<b>39,1</b>	<b>104</b>	<b>0,6</b>
<b>Land Baden-Württemberg</b>	<b>104 840</b>	<b>25 490</b>	<b>24,3</b>	<b>35 532</b>	<b>33,9</b>	<b>42 656</b>	<b>40,7</b>	<b>1 162</b>	<b>1,1</b>

1) Wiederholer und andere Schularten sowie Schüler ohne Grundschulempfehlung.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.1 (T1) Schüler an Hauptschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart**

Schuljahr	Schüler an Hauptschulen			Davon an					
	insgesamt	darunter weiblich		öffentlichen Hauptschulen			privaten Hauptschulen		
				zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	285 411	127 951	44,8	282 953	126 873	44,8	2 458	1 078	43,9
1985/86	204 178	92 112	45,1	201 707	91 011	45,1	2 471	1 101	44,6
1990/91	179 890	81 253	45,2	177 209	80 076	45,2	2 681	1 177	43,9
1995/96	206 505	91 732	44,4	203 899	90 665	44,5	2 606	1 067	40,9
2000/01	211 084	93 391	44,2	207 836	92 019	44,3	3 248	1 372	42,2
2001/02	214 758	94 687	44,1	211 331	93 251	44,1	3 427	1 436	41,9
2002/03	215 532	95 226	44,2	211 975	93 732	44,2	3 557	1 494	42,0
2003/04	212 517	94 334	44,4	208 678	92 729	44,4	3 839	1 605	41,8
2004/05	205 161	91 268	44,5	201 144	89 604	44,5	4 017	1 664	41,4
2005/06	194 437	86 723	44,6	190 295	84 972	44,7	4 142	1 751	42,3
2006/07	182 988	81 493	44,5	178 734	79 650	44,6	4 254	1 843	43,3
2007/08	172 975	77 410	44,8	168 515	75 470	44,8	4 460	1 940	43,5
2008/09	162 631	72 659	44,7	157 984	70 636	44,7	4 647	2 023	43,5
2009/10	156 171	69 770	44,7	151 375	67 663	44,7	4 796	2 107	43,9

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.1 (T3) Regelklassen\*) nach Klassengrößen an Hauptschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Trägerart**

Trägerart	Einheit	Regelklassen insgesamt	Davon mit ... bis unter ... Schülern				
			unter 18	18 – 23	23 – 28	28 – 33	33 und darüber
Öffentliche Schulen	Anzahl	7 540	2 426	3 288	1 538	286	2
	Anteil in %	100	32,2	43,6	20,4	3,8	0,0
Private Schulen	Anzahl	224	63	29	88	44	–
	Anteil in %	100	28,1	12,9	39,3	19,6	–
<b>Hauptschulen insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>7 764</b>	<b>2 489</b>	<b>3 317</b>	<b>1 626</b>	<b>330</b>	<b>2</b>
	<b>Anteil in %</b>	<b>100</b>	<b>32,1</b>	<b>42,7</b>	<b>20,9</b>	<b>4,3</b>	<b>0,0</b>

\*) Ohne Klassen für Kinder mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, muttersprachliche Klassen, BVJ-Kooperations-Klassen, Förder- und Vorbereitungsklassen.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.2 (T1) Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart**

Schuljahr	Schüler an Realschulen			Davon an					
				öffentlichen Realschulen			privaten Realschulen		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	256 490	138 346	53,9	250 277	132 865	53,1	6 213	5 481	88,2
1985/86	202 157	107 421	53,1	195 894	102 111	52,1	6 263	5 310	84,8
1990/91	172 920	90 430	52,3	166 090	85 193	51,3	6 830	5 237	76,7
1995/96	199 732	102 752	51,4	191 833	96 819	50,5	7 899	5 933	75,1
2000/01	229 836	116 998	50,9	220 065	109 767	49,9	9 771	7 231	74,0
2001/02	237 855	120 894	50,8	227 654	113 342	49,8	10 201	7 552	74,0
2002/03	243 210	123 165	50,6	232 738	115 518	49,6	10 472	7 647	73,0
2003/04	247 412	124 810	50,4	236 656	117 021	49,4	10 756	7 789	72,4
2004/05	247 564	124 392	50,2	236 631	116 613	49,3	10 933	7 779	71,2
2005/06	244 798	122 613	50,1	233 696	114 810	49,1	11 102	7 803	70,3
2006/07	244 836	121 941	49,8	233 485	114 110	48,9	11 351	7 831	69,0
2007/08	244 834	121 722	49,7	233 030	113 648	48,8	11 804	8 074	68,4
2008/09	246 656	122 134	49,5	234 338	113 839	48,6	12 318	8 295	67,3
2009/10	246 779	122 055	49,5	233 964	113 459	48,5	12 815	8 596	67,1

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



**D 2.2 (T3) Herkunft der Schüler an Realschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**

Klassenstufe	Schüler insgesamt	Von den Schülern waren am Ende des vergangenen Schuljahres in ...									
		der vorangegangenen Klassenstufe der Realschule <sup>1)</sup>		der gleichen Klassenstufe der Realschule (Wiederholer)		einer Hauptschule		einem Gymnasium		einer anderen Schule oder im Ausland	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
5	38 007	37 379	98,3	297	0,8	245	0,6	19	0,0	67	0,2
6	40 619	38 739	95,4	552	1,4	1 006	2,5	261	0,6	61	0,2
7	42 431	40 668	95,8	700	1,6	487	1,1	517	1,2	59	0,1
8	42 358	40 361	95,3	1 311	3,1	77	0,2	544	1,3	65	0,2
9	41 913	39 094	93,3	2 122	5,1	67	0,2	558	1,3	72	0,2
10	41 451	40 362	97,4	755	1,8	18	0,0	281	0,7	35	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>246 779</b>	<b>236 603</b>	<b>95,9</b>	<b>5 737</b>	<b>2,3</b>	<b>1 900</b>	<b>0,8</b>	<b>2 180</b>	<b>0,9</b>	<b>359</b>	<b>0,1</b>
davon											
männlich	124 724	118 741	95,2	3 637	2,9	873	0,7	1 287	1,0	186	0,1
weiblich	122 055	117 862	96,6	2 100	1,7	1 027	0,8	893	0,7	173	0,1

1) In Klassenstufe 5: Übergänge aus der Grundschule.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.3 (T1) Schüler an Gymnasien in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Geschlecht und Trägerart**

Schuljahr	Schüler an Gymnasien			Davon an					
				öffentlichen Gymnasien			privaten Gymnasien		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
1980/81	339 696	167 106	49,2	314 923	152 147	48,3	24 773	14 959	60,4
1985/86	268 370	134 461	50,1	245 999	121 423	49,4	22 371	13 038	58,3
1990/91	230 916	117 862	51,0	210 146	106 069	50,5	20 770	11 793	56,8
1995/96	256 979	135 942	52,9	233 806	122 248	52,3	23 173	13 694	59,1
2000/01	292 966	156 526	53,4	265 949	140 197	52,7	27 017	16 329	60,4
2001/02	300 906	160 618	53,4	273 025	143 721	52,6	27 881	16 897	60,6
2002/03	307 204	164 071	53,4	278 665	146 763	52,7	28 539	17 308	60,6
2003/04	313 302	166 664	53,2	284 832	149 420	52,5	28 470	17 244	60,6
2004/05	320 846	170 033	53,0	291 481	152 307	52,3	29 365	17 726	60,4
2005/06	328 449	173 536	52,8	298 011	155 172	52,1	30 438	18 364	60,3
2006/07	333 322	175 874	52,8	302 060	157 014	52,0	31 262	18 860	60,3
2007/08	340 191	178 997	52,6	307 858	159 527	51,8	32 333	19 470	60,2
2008/09	343 421	180 201	52,5	310 214	160 197	51,6	33 207	20 004	60,2
2009/10	344 932	180 615	52,4	311 040	160 257	51,5	33 892	20 358	60,1

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.4 (T1) Schüler und Klassen nach Klassenstufen an Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**

Schüler / Klassen	Klassenstufe													Ins-gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
<b>Schüler insgesamt</b>	<b>1 717</b>	<b>1 753</b>	<b>1 833</b>	<b>2 028</b>	<b>2 071</b>	<b>2 013</b>	<b>1 923</b>	<b>1 880</b>	<b>1 751</b>	<b>1 818</b>	<b>1 636</b>	<b>1 726</b>	<b>999</b>	<b>23 148</b>
Und zwar														
weiblich	787	828	932	1 033	1 072	1 025	1 026	1 012	919	950	864	917	543	11 908
Ausländer	44	51	54	45	57	73	60	46	76	51	63	52	36	708
Klassen	66	65	63	66	103	102	97	89	88	90	82	91	53	1 055
Schüler je Klasse	26,0	27,0	29,1	30,7	20,1	19,7	19,8	21,1	19,9	20,2	20,0	19,0	18,8	21,9

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.5 (T3) Schüler je Klasse an ausgewählten Schularten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart**

Schuljahr	Hauptschulen			Realschulen			Gymnasien <sup>1)</sup>			Freie Waldorfschulen <sup>2)</sup>
	insgesamt	öffentliche Schulen	private Schulen	insgesamt	öffentliche Schulen	private Schulen	insgesamt	öffentliche Schulen	private Schulen	
2000/01	21,0	21,0	23,4	27,1	27,1	26,6	26,7	26,8	25,4	21,5
2005/06	20,7	20,6	23,5	27,6	27,6	26,2	27,5	27,7	25,8	21,1
2006/07	20,4	20,4	22,9	27,5	27,6	26,0	27,5	27,7	25,9	21,2
2007/08	20,0	19,9	22,5	27,6	27,6	26,0	27,5	27,7	25,8	21,2
2008/09	19,7	19,7	21,7	27,5	27,6	25,7	27,4	27,6	25,7	20,9
2009/10	19,3	19,3	21,0	26,9	27,1	25,0	27,1	27,3	25,5	19,9

1) Ohne Berücksichtigung von Schülern der Kursstufe. – 2) Nur Klassenstufen 5 bis 13.  
 Datenquelle: Schulstatistik  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 2.5 (T5) Nichtversetzten-Quoten\*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 in ausgewählten Schularten**

Schuljahr	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
	Anteil der Nichtversetzten in %		
2000/01	3,2	4,7	3,7
2005/06	2,0	3,9	2,9
2006/07	1,7	3,6	2,7
2007/08	1,6	3,6	2,5
2008/09	1,6	3,2	2,1

\*) Bei den Hauptschulen wurde die Klassenstufe 10, bei den Gymnasien die Jahrgangstufen 12 und 13 nicht berücksichtigt.  
 Datenquelle: Schulstatistik  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## D 5 (T1)

## Ausländer und Aussiedler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Trägerschaft

Schulart Trägerschaft		Schüler insgesamt	Darunter			
			Ausländer		Aussiedler <sup>1)</sup>	
			Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule		404 540	42 870	10,6	5 941	1,5
davon	öffentliche Schulen	395 724	42 526	10,7	5 931	1,5
	private Schulen	8 816	344	3,9	10	0,1
Hauptschule		156 171	40 602	26,0	4 452	2,9
davon	öffentliche Schulen	151 375	40 264	26,6	4 428	2,9
	private Schulen	4 796	338	7,0	24	0,5
Sonderschule		53 776	10 902	20,3	738	1,4
davon	öffentliche Schulen	38 778	9 058	23,4	596	1,5
	private Schulen	14 998	1 844	12,3	142	0,9
Realschule		246 779	21 676	8,8	2 292	0,9
davon	öffentliche Schulen	233 964	21 312	9,1	2 269	1,0
	private Schulen	12 815	364	2,8	23	0,2
Gymnasium		344 932	15 615	4,5	2 165	0,6
davon	öffentliche Schulen	311 040	14 597	4,7	2 068	0,7
	private Schulen	33 892	1 018	3,0	97	0,3
Integrierte Schulformen		27 771	1 394	5,0	.	.
davon	öffentliche Schulen <sup>2)</sup>	4 623	686	14,8	68	1,5
	private Schulen <sup>3)</sup>	23 148	708	3,1	.	.
<b>Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)</b>		<b>1 233 969</b>	<b>133 059</b>	<b>10,8</b>	<b>15 656</b>	<b>1,3</b>
davon	öffentliche Schulen	1 135 504	128 443	11,3	15 360	1,4
	private Schulen	98 465	4 616	4,7	296	0,3
Abendrealschule (privat)		2 617	740	28,3	.	.
Abendgymnasium (privat)		3 005	660	22,0	.	.
Kolleg		556	22	4,0	.	.
davon	öffentliche Schule	87	4	4,6	.	.
	private Schulen	469	18	3,8	.	.
<b>Allgemein bildende Schulen insgesamt</b>		<b>1 240 147</b>	<b>134 481</b>	<b>10,8</b>	.	.
davon	öffentliche Schulen	1 135 591	128 447	11,3	.	.
	private Schulen	104 556	6 034	5,8	.	.

1) Ohne Angaben zu Freien Waldorfschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs. – 2) Schulen besonderer Art und schulartübergreifende Orientierungsstufe. – 3) Freie Waldorfschule.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 5 (T2) Ausländische Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Schularten**

Schulart	Ausländische Schüler im Schuljahr 2009/10		Dagegen im Schuljahr ...									
			2008/09		2007/08		2006/07		2005/06		2000/01	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule	42 870	10,6	47 726	11,4	52 858	12,1	58 407	13,0	61 858	13,7	72 698	15,2
Hauptschule	40 602	26,0	42 162	25,9	44 400	25,7	46 504	25,4	48 950	25,2	49 054	23,2
Sonderschule	10 902	20,3	11 413	21,2	11 862	21,9	12 328	22,7	13 004	23,7	13 074	24,4
Realschule	21 676	8,8	21 084	8,5	20 055	8,2	19 644	8,0	19 034	7,8	16 067	7,0
Gymnasium	15 615	4,5	15 279	4,4	14 859	4,4	14 531	4,4	14 071	4,3	12 503	4,3
Integrierte Schulformen	1 394	5,0	1 378	5,0	1 373	5,0	1 447	5,2	1 482	5,4	1 277	5,2
<b>Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)</b>	<b>133 059</b>	<b>10,8</b>	<b>139 042</b>	<b>11,1</b>	<b>145 407</b>	<b>11,4</b>	<b>152 861</b>	<b>11,8</b>	<b>158 399</b>	<b>12,2</b>	<b>164 673</b>	<b>12,8</b>
Abendrealschule	740	28,3	705	27,2	616	23,9	748	27,0	735	25,8	546	29,4
Abendgymnasium	660	22,0	571	19,9	591	19,4	561	18,0	551	18,0	382	20,6
Kolleg	22	4,0	29	5,1	32	5,2	25	3,7	27	4,1	44	9,6
<b>Allgemein bildende Schulen insgesamt</b>	<b>134 481</b>	<b>10,8</b>	<b>140 347</b>	<b>11,1</b>	<b>146 646</b>	<b>11,4</b>	<b>154 195</b>	<b>11,9</b>	<b>159 712</b>	<b>12,2</b>	<b>165 645</b>	<b>12,8</b>

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## D 5 (T3)

## Schüler aus Aussiedlerfamilien an allgemein bildenden Schulen\*) in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Schularten

Schulart	Schüler aus Aussiedlerfamilien im Schuljahr 2009/10		Dagegen im Schuljahr ...									
			2008/09		2007/08		2006/07		2005/06		2000/01	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Grundschule	5 941	1,5	6 743	1,6	7 604	1,7	8 419	1,9	10 447	2,3	16 037	3,4
Hauptschule	4 452	2,9	5 303	3,3	6 520	3,8	7 956	4,3	11 484	5,9	23 581	11,2
Sonderschule	738	1,4	767	1,4	931	1,7	1 052	1,9	1 333	2,4	1 902	3,6
Realschule	2 292	0,9	2 449	1,0	2 713	1,1	3 172	1,3	4 917	2,0	10 559	4,6
Gymnasium	2 165	0,6	2 530	0,7	2 907	0,9	3 155	0,9	3 628	1,1	5 247	1,8
Schule besonderer Art <sup>1)</sup>	68	0,2	60	0,2	68	0,2	108	2,3	137	2,9	253	5,9
<b>Allgemein bildende Schulen zusammen (ohne Zweiter Bildungsweg)</b>	15 656	1,3	17 852	1,4	20 743	1,6	23 862	1,9	31 946	2,5	57 579	4,5

\*) An Freien Waldorfschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs werden keine Angaben zu Aussiedlern erhoben. – 1) Einschließlich integrierte Orientierungsstufe.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**D 6 (T1) Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 und Voraussrechnung bis 2030/31**

Schuljahr	Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt	Davon an					
		Grundschulen	Hauptschulen und Werkrealschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierten Schulformen <sup>1)</sup>	Sonderschulen
2000/01	1 287 946	477 429	211 084	229 836	292 966	24 628	52 003
2005/06	1 301 886	452 015	194 437	244 798	328 449	27 383	54 804
2006/07	1 290 888	447 796	182 988	244 836	333 322	27 719	54 227
2007/08	1 275 564	435 811	172 975	244 834	340 191	27 584	54 169
2008/09	1 254 224	419 964	162 631	246 656	343 421	27 625	53 927
2009/10	1 233 969	404 540	156 171	246 779	344 932	27 771	53 776
<b>Vorausrechnung</b>							
2010/11	1 208 300	389 000	149 200	247 700	342 800	27 500	52 100
2011/12	1 183 400	376 600	144 400	247 500	336 500	27 300	51 100
2012/13	1 144 300	369 100	148 700	243 700	305 600	27 200	50 000
2013/14	1 120 400	364 000	143 200	237 400	299 900	26 900	49 000
2014/15	1 097 800	359 800	138 700	230 300	294 300	26 600	48 100
2015/16	1 074 000	356 600	134 300	223 300	286 100	26 400	47 300
2020/21	997 400	346 400	123 000	202 700	255 900	24 700	44 700
2025/26	972 100	341 900	119 400	196 500	246 700	24 000	43 600
2030/31	954 400	334 500	117 700	193 500	242 400	23 500	42 800

1) Schulen besonderer Art, integrierte Orientierungsstufe, Freie Waldorfschulen.

Datenquelle: Voraussrechnung der Schülerzahlen  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



## E 1 (T1)

Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10  
nach Schulart und Trägerschaft

Schulart	Schüler an beruflichen Schulen								
	öffentlich		privat		sonstige		insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
Berufsschulen <sup>1)</sup>	208 364	97,6	5 144	2,4	.	.	213 508	84 969	39,8
Berufsvorbereitungsjahr	3 796	100	–	–	.	.	3 796	1 436	37,8
Berufsfachschulen	55 902	82,6	11 796	17,4	.	.	67 698	34 466	50,9
Berufskollegs	44 960	73,5	16 202	26,5	.	.	61 162	35 028	57,3
Berufsoberschulen	2 359	97,0	72	3,0	.	.	2 431	885	36,4
Berufliche Gymnasien	48 457	93,7	3 285	6,3	.	.	51 742	27 242	52,6
Fachschulen	14 212	69,8	6 155	30,2	.	.	20 367	6 727	33,0
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens <sup>2)</sup>	.	.	.	.	16 252	100	16 252	13 330	82,0
<b>Berufliche Schulen insgesamt</b>	<b>378 050</b>	<b>86,5</b>	<b>42 654</b>	<b>9,8</b>	<b>16 252</b>	<b>3,7</b>	<b>436 956</b>	<b>204 083</b>	<b>46,7</b>

1) Einschließlich Sonderberufsschulen und Berufsschulen Vollzeit. – 2) Die Schulen für Bereiche des Gesundheitswesens werden weder dem öffentlichen noch dem privaten Bereich zugeordnet.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 1 (T2) Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81 nach Schulart und Trägerschaft**

Schuljahr	Schüler an beruflichen Schulen								
	öffentlich		privat		sonstige <sup>1)</sup>		insgesamt	darunter weiblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
1980/81	408 014	93,6	15 177	3,5	12 813	2,9	436 004	195 169	44,8
1985/86	414 183	92,7	17 060	3,8	15 537	3,5	446 780	203 564	45,6
1990/91	350 049	91,4	18 923	4,9	13 912	3,6	382 884	175 736	45,9
1995/96	319 104	89,9	21 517	6,1	14 281	4,0	354 902	161 771	45,6
2000/01	347 766	90,0	23 763	6,1	14 883	3,9	386 412	181 228	46,9
2001/02	352 573	90,0	24 320	6,2	14 841	3,8	391 734	182 819	46,7
2002/03	355 226	89,6	25 973	6,6	15 045	3,8	396 244	185 569	46,8
2003/04	356 899	88,6	29 996	7,4	15 821	3,9	402 716	189 031	46,9
2004/05	358 195	88,0	32 792	8,1	15 984	3,9	406 971	189 786	46,6
2005/06	360 901	87,7	34 890	8,5	15 958	3,9	411 749	191 380	46,5
2006/07	365 065	87,4	36 714	8,8	15 792	3,8	417 571	194 136	46,5
2007/08	372 629	87,3	38 199	8,9	16 038	3,8	426 866	198 362	46,5
2008/09	378 281	87,0	40 266	9,3	16 048	3,7	434 595	202 685	46,6
2009/10	378 050	86,5	42 654	9,8	16 252	3,7	436 956	204 083	46,7

1) Schulen für Berufe des Gesundheitswesens.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## E 1 (T3)

## Schüler in schulischer Berufsausbildung in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Berufsbereich und Geschlecht

Berufsbereich Beruf	Schüler		
	insgesamt	und zwar	
		weiblich	im ersten Ausbildungsjahr
Anzahl			
<b>Naturwissenschaftlich-technischer Bereich</b>	5 924	3 258	3 984
darunter			
Chemisch-technischer Assistent	693	339	392
Medizinisch-technischer Laborassistent	570	513	210
Pharmazeutisch-technischer Assistent	1 204	1 136	656
<b>Gesundheitswesen</b>	15 276	12 524	5 791
darunter			
Ergotherapeut	1 124	1 014	376
Kinderkrankenschwester	1 005	978	357
Krankenschwester	7 057	5 913	2 559
Physiotherapeut	3 365	2 328	1 223
<b>Sozialer Bereich</b>	19 640	16 991	11 882
darunter			
Altenpfleger	7 323	5 983	2 907
Erzieher <sup>1)</sup>	8 921	8 001	6 161
Kinderpfleger	1 453	1 377	881
<b>Hauswirtschaftlicher Bereich</b>	480	446	268
<b>Pädagogischer Bereich</b>	1 058	562	421
darunter			
Gymnastiklehrer	1 028	546	406
<b>Kaufmännischer Bereich</b>	10 845	6 657	8 169
darunter			
Fremdsprachenberufe <sup>2)</sup>	1 776	1 381	929
Wirtschaftsassistent	8 658	5 010	7 071
<b>Datenverarbeitung</b>	1 722	239	1 041
darunter			
Assistent für technische Dokumentation	303	94	255
Informations- und kommunikationstechnischer Assistent	1 057	60	582
<b>Künstlerisch-gestalterischer Bereich</b>	3 324	2 284	1 280
darunter			
Grafik-Design-Assistent	1 574	1 047	549
<b>Insgesamt</b>	<b>58 269</b>	<b>42 961</b>	<b>32 836</b>

1) Einschließlich Praktikanten für Sozialpädagogik. – 2) Dolmetscher, Europasekretär, Fremdsprachenkorrespondent, Übersetzer, Wirtschaftskorrespondent.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 2.1 (T1) Schüler an Berufsschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81**

Schultyp Geschlecht	Einheit	Schuljahr 2009/10	Dagegen im Schuljahr	
			2008/09	2007/08
<b>Berufsschulen insgesamt</b>				
<b>insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>205 082</b>	<b>208 104</b>	<b>201 292</b>
<b>männlich</b>	<b>Anzahl</b>	<b>122 965</b>	<b>124 893</b>	<b>121 124</b>
<b>weiblich</b>	<b>Anzahl</b>	<b>82 117</b>	<b>83 211</b>	<b>80 168</b>
<b>Anteil weiblich</b>	<b>%</b>	<b>40,0</b>	<b>40,0</b>	<b>39,8</b>
davon an				
<b>kaufmännischen Schulen zusammen</b>	Anzahl	72 707	73 566	70 097
männlich	Anzahl	26 012	26 614	25 093
weiblich	Anzahl	46 695	46 952	45 004
Anteil weiblich	%	64,2	63,8	64,2
<b>gewerblichen Schulen zusammen</b>	Anzahl	123 880	125 695	122 107
männlich	Anzahl	92 679	93 845	91 516
weiblich	Anzahl	31 201	31 850	30 591
Anteil weiblich	%	25,2	25,3	25,1
<b>haus- und landwirtschaftlichen Schulen zusammen</b>	Anzahl	8 495	8 843	9 088
männlich	Anzahl	4 274	4 434	4 515
weiblich	Anzahl	4 221	4 409	4 573
Anteil weiblich	%	49,7	49,9	50,3

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## nach Schultyp und Geschlecht

Dagegen im Schuljahr						
2006/07	2005/06	2000/01	1995/96	1990/91	1985/86	1980/81
<b>194 731</b>	<b>191 481</b>	<b>203 170</b>	<b>187 496</b>	<b>225 397</b>	<b>286 561</b>	<b>280 839</b>
<b>117 847</b>	<b>115 810</b>	<b>117 899</b>	<b>109 659</b>	<b>126 022</b>	<b>165 721</b>	<b>167 213</b>
<b>76 884</b>	<b>75 671</b>	<b>85 271</b>	<b>77 837</b>	<b>99 375</b>	<b>120 840</b>	<b>113 626</b>
<b>39,5</b>	<b>39,5</b>	<b>42,0</b>	<b>41,5</b>	<b>44,1</b>	<b>42,2</b>	<b>40,5</b>
68 043	66 160	70 560	63 147	78 682	83 929	75 188
24 957	23 969	23 612	21 695	24 007	24 986	21 790
43 086	42 191	46 948	41 452	54 675	58 943	53 398
63,3	63,8	66,5	65,6	69,5	70,2	71,0
118 103	116 939	122 192	114 484	135 597	178 616	179 217
88 603	87 639	90 473	84 388	98 291	133 113	138 305
29 500	29 300	31 719	30 096	37 306	45 503	40 912
25,0	25,1	26,0	26,3	27,5	25,5	22,8
8 585	8 382	10 418	9 865	11 118	24 016	26 434
4 287	4 202	3 814	3 576	3 724	7 622	7 118
4 298	4 180	6 604	6 289	7 394	16 394	19 316
50,1	49,9	63,4	63,8	66,5	68,3	73,1

**E 2.1 (T2) Schüler an Berufsschulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Schultyp und Staatsangehörigkeit**

Schultyp Staatsangehörigkeit	Einheit	Schuljahr 2009/10	Dagegen im Schuljahr				
			2008/09	2007/08	2006/07	2005/06	2000/01
<b>Berufsschulen insgesamt</b>	<b>Anzahl</b>	<b>205 082</b>	<b>208 104</b>	<b>201 292</b>	<b>194 731</b>	<b>191 481</b>	<b>203 170</b>
<b>darunter Ausländer</b>	<b>Anzahl</b>	<b>21 973</b>	<b>21 708</b>	<b>20 083</b>	<b>18 849</b>	<b>19 192</b>	<b>26 848</b>
<b>Anteil Ausländer</b>	<b>%</b>	<b>10,7</b>	<b>10,4</b>	<b>10,0</b>	<b>9,7</b>	<b>10,0</b>	<b>13,2</b>
davon an							
<b>kaufmännischen Schulen zusammen</b>	Anzahl	72 707	73 566	70 097	68 043	66 160	70 560
darunter Ausländer	Anzahl	8 201	8 094	7 436	6 703	6 670	8 934
Anteil Ausländer	%	11,3	11,0	10,6	9,9	10,1	12,7
<b>gewerblichen Schulen zusammen</b>	Anzahl	123 880	125 695	122 107	118 103	116 939	122 192
darunter Ausländer	weiblich	13 114	12 947	11 937	11 589	11 907	17 023
Anteil Ausländer	%	10,6	10,3	9,8	9,8	10,2	13,9
<b>haus- und landwirtschaftlichen Schulen zusammen</b>	Anzahl	8 495	8 843	9 088	8 585	8 382	10 418
darunter Ausländer	weiblich	658	667	710	557	615	891
Anteil Ausländer	%	7,7	7,5	7,8	6,5	7,3	8,6

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 2.1 (T3) Schulen, Teilnehmer und Abgänger an Berufskollegs mit dualer Ausbildung in Baden-Württemberg 2009/10**

Merkmal	Duale gewerbliche Berufskollegs	Duale kaufmännische Berufskollegs für Abiturienten	Berufskollegs I – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen	Berufskollegs II – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen
<b>Schulen insgesamt</b>	<b>24</b>	<b>36</b>	<b>21</b>	<b>23</b>
darunter private Schulen	–	–	–	–
<b>Teilnehmer insgesamt</b>	<b>2 442</b>	<b>4 290</b>	<b>865</b>	<b>573</b>
und zwar				
weiblich	313	2 757	330	204
ausländisch	123	230	169	89
<b>Mit Erfolg abgelegte Abschlussprüfungen am Ende des Schuljahres 2008/09</b>	<b>665</b>	<b>1 743</b>	<b>705</b>	<b>661</b>
und zwar				
weiblich	70	1 104	335	216
ausländisch	28	77	111	97
mit Fachhochschulreife	373	X	X	503

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 2.2 (T1) Auszubildende, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, vorzeitig gelöste nach Ausbildungsbereichen**

Ausbildungsbereich	Auszubildende			2009 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	und zwar		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
		weiblich	Ausländer		
	Anzahl				
Industrie und Handel	126 883	48 961	9 689	45 166	- 9,3
Handwerk	57 423	14 876	6 649	21 586	- 2,7
Landwirtschaft	4 250	934	57	1 621	- 1,8
Öffentlicher Dienst <sup>2)</sup>	5 876	4 345	167	2 034	+ 3,5
Freie Berufe	15 657	15 260	2 174	5 201	- 7,0
Hauswirtschaft <sup>3)</sup>	1 711	1 647	191	641	+ 2,2
<b>Insgesamt<sup>4)</sup></b>	<b>211 800</b>	<b>86 023</b>	<b>18 927</b>	<b>76 249</b>	<b>- 6,8</b>
		<b>dagegen</b>			
2008	213 708	86 655	18 513	81 809	+ 1,0
2007	209 590	84 023	17 398	81 011	+ 6,4
2006	201 906	81 064	16 214	76 148	+ 4,2
2005	197 588	79 257	16 677	73 076	- 0,7
2004	197 313	79 866	17 465	73 572	+ 2,6
2003	200 149	82 453	19 486	71 703	- 1,5
2002	204 393	85 141	20 845	72 817	- 5,9
2001	208 890	87 735	22 913	77 401	- 0,4
2000	206 123	86 637	23 577	77 678	+ 1,4
1995	186 648	76 651	27 451	68 545	+ 0,6
1990	223 436	97 171	21 143	81 512	- 4,9
1985	274 578	112 540	10 959	105 542	- 2,9
1980	260 190	99 850	.	100 800	+ 3,2

1) Im Ausbildungsbereich Handwerk nur Gesellenprüfungen. – 2) Ohne diejenigen Auszubildenden des Öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsberufe nach dem Berufsbilderechtsgesetz gemäß § 66 BBiG und § 42m HwO.  
 3) Hauswirtschaftliche Berufe.  
 4) In der Summe sind die Auszubildenden des Öffentlichen Dienstes und der Hauswirtschaft nicht enthalten.

Datenquelle: Berufsbildungstatistik  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



## Ausbildungsverhältnisse und bestandene Abschlussprüfungen in Baden-Württemberg 2009

Von den Auszubildenden standen im			Vorzeitig gelöste Ausbildungs- verhältnisse	Teilnehmer mit bestandener Abschlussprüfung <sup>1)</sup>	
1.	2.	3.		insgesamt	weiblich
Ausbildungsjahr			Anzahl		
36 721	43 733	39 546	8 229	39 226	16 301
12 117	19 132	19 771	5 432	16 446	4 390
1 135	1 530	1 585	308	1 200	289
1 966	1 930	1 980	74	1 894	1 393
4 984	5 503	5 170	1 306	4 728	4 609
582	571	558	144	505	490
<b>57 505</b>	<b>72 399</b>	<b>68 610</b>	<b>15 493</b>	<b>63 999</b>	<b>27 472</b>
62 730	72 562	65 640	15 363	62 267	26 105
61 990	69 099	64 424	14 400	63 319	26 474
59 238	66 476	62 820	12 443	63 387	26 760
56 791	66 588	60 885	12 201	64 099	27 187
57 758	64 229	62 085	13 171	65 251	28 640
55 199	66 183	65 847	14 944	65 382	28 235
57 421	70 258	64 607	14 850	64 786	28 478
62 208	70 032	64 211	17 060	62 931	27 720
62 129	69 003	63 249	16 140	59 858	25 615
54 217	62 689	56 527	15 159	63 813	27 900
64 313	76 255	68 335	18 801	82 571	39 087
79 198	100 446	82 308	14 371	98 723	41 576
74 693	96 732	76 270	12 456	85 262	34 868

1) Ausbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) registriert werden. – 3) Hauswirtschaft im städtischen Bereich. – 4) Ab 1987 einschließlich Ausbildungsberufe für

**E 2.2 (T2) Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg 2009 nach Ausbildungsbereich und Vorbildung**

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge		Davon mit schulischer Vorbildung/ zuletzt erreichtem Abschluss				
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2008	ohne Hauptschulabschluss	mit Hauptschulabschluss	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Hochschul-/ Fachhochschulreife	im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuzuordnen ist
	Anzahl		in %				
Industrie und Handel	45 166	- 9,3	1,4	26,3	49,4	20,2	2,7
Handwerk	21 586	- 2,7	4,7	63,5	28,0	3,7	0,1
Landwirtschaft	1 621	- 1,8	11,3	43,2	33,5	12,0	-
Öffentlicher Dienst <sup>1)</sup>	2 034	+ 3,5	-	6,8	67,3	25,9	-
Freie Berufe	5 201	- 7,0	0,1	20,7	63,0	13,8	2,4
Hauswirtschaft <sup>2)</sup>	641	+ 2,2	28,2	56,6	12,9	1,9	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>76 249</b>	<b>- 6,8</b>	<b>2,6</b>	<b>36,6</b>	<b>44,1</b>	<b>14,9</b>	<b>1,8</b>

1) Ohne diejenigen Auszubildenden des Öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsberufe nach dem BBiG bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) registriert werden. –  
2) Hauswirtschaft im städtischen Bereich.

Datenquelle: Berufsbildungsstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 2.2 (T3) Lösungsquoten in ausgewählten Berufen\*) in Baden-Württemberg im Jahr 2009**

Ausbildungsberuf	Lösungsquote <sup>1)</sup>	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Darunter mit schulischer Vorbildung / zuletzt erreichtem Abschluss			
			ohne	mit	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Hochschul-/ Fachhochschulreife
	in %	Anzahl	in %			
<b>Berufe mit den höchsten Lösungsquoten</b>						
Koch	48,3	1 384	1,0	53,0	35,9	7,7
Fachkraft im Gastgewerbe	43,5	207	8,2	65,2	22,2	1,9
Restaurantfachmann	43,4	665	1,7	45,4	41,5	8,7
Berufskraftfahrer	38,7	271	1,8	67,2	25,8	3,0
Fachmann für Systemgastronomie	38,2	354	1,7	38,7	39,8	18,9
Hotelfachmann	35,1	1 216	0,4	19,5	53,7	25,4
Florist	34,6	218	0,5	48,2	41,3	6,0
Fleischer	34,1	314	6,4	77,1	14,3	1,9
Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk	33,9	1 985	3,3	78,5	17,3	0,7
Beikoch	33,3	249	39,0	49,4	2,0	–
<b>Berufe mit den niedrigsten Lösungsquoten</b>						
Verwaltungsfachangestellter	2,8	1 033	–	2,7	76,4	20,9
Bankkaufmann	2,8	2 317	–	0,2	42,3	57,2
Medienkaufmann Digital und Print	3,7	133	–	0,8	22,6	75,9
Sozialversicherungsfachangestellter	3,9	455	–	0,4	53,6	45,9
Justizfachangestellter	4,7	148	–	1,4	67,6	31,1
Mechatroniker	4,7	1 501	0,3	5,3	79,3	13,8
Fertigungsmechaniker	5,6	331	0,6	42,0	47,4	2,4
Forstwirt	6,3	156	–	47,4	42,3	10,3
Industriemechaniker	6,7	3 304	0,5	26,8	63,8	5,7
Industriekaufmann	7,4	3 109	0,3	2,9	50,4	44,2
<b>Ausbildungsberufe insgesamt</b>	<b>19,1</b>	<b>76 249</b>	<b>2,6</b>	<b>36,6</b>	<b>44,1</b>	<b>14,9</b>

\*) Es wurden nur Berufe berücksichtigt, in denen im Jahr 2009 mindestens 100 Verträge abgeschlossen wurden. – 1) Berechnung der Lösungsquote:  
 $Q = (LBJ / (NBJ + LProbBJ)) * 100$   
 Q: Quote der Vertragslösungen; LBJ: Vertragslösungen im Berichtsjahr; NBJ: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Berichtsjahr; LProbBJ: Lösungen in der Probezeit im Berichtsjahr.

Datenquelle: Berufsbildungsstatistik  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 3 (T1) Berufliche Sonderschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**

Schulart	Trägerschaft	Einrichtungen	Schüler insgesamt	Und zwar		Klassen
				weiblich	ausländisch	
Anzahl						
<b>Sonderberufsfachschulen</b>						
Berufsvorbereitend	öffentlich	1	22	5	–	3
	privat	58	1 643	609	364	176
	<b>zusammen</b>	<b>59</b>	<b>1 665</b>	<b>614</b>	<b>364</b>	<b>179</b>
Zur Fachschulreife führend	öffentlich	1	61	35	12	8
	privat	4	176	59	14	25
	<b>zusammen</b>	<b>5</b>	<b>237</b>	<b>94</b>	<b>26</b>	<b>33</b>
Sonstige	öffentlich	8	134	81	42	11
	privat	6	165	51	23	24
	<b>zusammen</b>	<b>14</b>	<b>299</b>	<b>132</b>	<b>65</b>	<b>35</b>
Für Altenpflege und Altenpflegehilfe	privat	3	32	26	–	5
Sonderberufsschulen	öffentlich	61	3 006	1 103	768	275
	privat	30	5 127	1 685	905	621
	<b>zusammen</b>	<b>91</b>	<b>8 133</b>	<b>2 788</b>	<b>1 673</b>	<b>896</b>
<b>Berufliche Sonderschulen insgesamt</b>	<b>öffentlich</b>	<b>71</b>	<b>3 223</b>	<b>1 224</b>	<b>822</b>	<b>297</b>
	<b>privat</b>	<b>101</b>	<b>7 143</b>	<b>2 430</b>	<b>1 306</b>	<b>851</b>
	<b>insgesamt</b>	<b>172</b>	<b>10 366</b>	<b>3 654</b>	<b>2 128</b>	<b>1 148</b>

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## E 3 (T2)

Schulabgänger aus beruflichen Sonderschulen in Baden-Württemberg  
seit 1995

Jahr	Schul- abgänger insgesamt	Darunter			
		mit Abschluss- zeugnis	darunter		
			mit Hauptschul- abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit Fachhoch- schulreife
			Anzahl		
<b>Insgesamt</b>					
<b>1995</b>	<b>2 911</b>	<b>1 790</b>	<b>763</b>	<b>57</b>	<b>–</b>
<b>2000</b>	<b>2 945</b>	<b>1 949</b>	<b>784</b>	<b>64</b>	<b>–</b>
<b>2005</b>	<b>4 050</b>	<b>3 021</b>	<b>1 016</b>	<b>70</b>	<b>2</b>
<b>2006</b>	<b>4 645</b>	<b>3 414</b>	<b>1 114</b>	<b>90</b>	<b>5</b>
<b>2007</b>	<b>4 977</b>	<b>3 679</b>	<b>1 297</b>	<b>77</b>	<b>5</b>
<b>2008</b>	<b>4 873</b>	<b>3 620</b>	<b>1 261</b>	<b>86</b>	<b>4</b>
<b>2009</b>	<b>5 043</b>	<b>3 854</b>	<b>1 311</b>	<b>107</b>	<b>4</b>
<b>weiblich</b>					
1995	1 055	667	266	19	–
2000	997	688	259	28	–
2005	1 331	1 002	363	24	1
2006	1 558	1 188	384	43	1
2007	1 739	1 301	490	33	–
2008	1 680	1 286	506	31	1
2009	1 724	1 313	485	35	1
<b>ausländisch</b>					
1995	532	276	117	1	–
2000	633	382	162	6	–
2005	778	542	225	8	–
2006	961	711	285	9	2
2007	1 040	734	324	11	–
2008	968	683	258	8	–
2009	1 111	844	323	14	–

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**E 4 (T1) Ausländische Schüler und Aussiedler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1980/81**

Schuljahr	Schüler						
	Ausländer		Aussiedler		insgesamt	darunter Ausländer und Aussiedler	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
1980/81	23 392	5,4	.	.	436 004	23 392	5,4
1985/86	25 778	5,8	.	.	446 780	25 778	5,8
1990/91	43 598	11,4	3 149	0,8	382 884	46 747	12,2
1995/96	55 654	15,7	9 985	2,8	354 902	65 639	18,5
2000/01	49 807	12,9	7 370	1,9	386 412	57 177	14,8
2001/02	48 633	12,4	6 528	1,7	391 734	55 161	14,1
2002/03	46 808	11,8	5 961	1,5	396 244	52 769	13,3
2003/04	46 384	11,5	4 801	1,2	402 716	51 185	12,7
2004/05	46 075	11,3	3 875	1,0	406 971	49 950	12,3
2005/06	45 970	11,2	3 754	0,9	411 749	49 724	12,1
2006/07	46 304	11,1	2 705	0,6	417 571	49 009	11,7
2007/08	47 785	11,2	1 940	0,5	426 866	49 725	11,6
2008/09	49 988	11,5	1 327	0,3	434 595	51 315	11,8
2009/10	51 469	11,8	1 123	0,3	436 956	52 592	12,0

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## E 5 (T1)

## Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 und Voraussrechnung bis 2030/31

Schuljahr	Schüler an beruflichen Schulen insgesamt	Davon an						
		Teilzeit-Berufsschulen	Vollzeit-Schularten	darunter an				Schulen für Berufe des Gesundheitswesens
				Berufsfachschulen	Berufskollegs	Beruflichen Gymnasien	Fachschulen	
2000/01	386 412	211 195	175 217	52 760	39 785	38 063	16 748	14 883
2005/06	411 749	198 736	213 013	63 978	54 289	44 452	18 401	15 958
2006/07	417 571	202 293	215 278	64 954	55 550	45 837	18 420	15 792
2007/08	426 866	210 061	216 805	68 919	56 751	47 482	18 459	16 038
2008/09	434 595	216 061	218 534	69 284	58 796	48 825	18 996	16 048
2009/10	436 956	213 215	223 741	67 698	61 162	51 742	20 367	16 252
<b>Vorausrechnung</b>								
2010/11	425 800	205 500	220 300	62 700	60 600	53 500	20 600	16 400
2011/12	412 600	197 700	214 900	59 700	58 400	54 000	20 000	16 300
2012/13	398 800	194 800	204 000	47 900	58 000	53 600	19 400	18 500
2013/14	395 000	192 100	202 900	43 600	61 500	54 900	19 200	17 300
2014/15	390 400	190 600	199 800	42 000	60 000	56 100	19 000	16 500
2015/16	384 800	186 400	198 400	41 200	59 000	56 700	18 700	16 600
2020/21	338 400	164 500	173 900	35 300	51 800	48 600	18 000	14 500
2025/26	309 300	147 700	161 600	33 500	47 800	45 100	16 400	13 400
2030/31	299 100	142 400	156 700	32 700	46 400	43 800	15 600	13 000

Datenquelle: Voraussrechnung der Schülerzahlen  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**F 1 (T1) Schulabgänger in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Bildungsbereich**

Jahr	Ohne Haupt-schulab-schluss	Mit Hauptschulabschluss			Mit mittlerem Abschluss			Mit Fach-hoch-schul-reife	Mit Hochschulreife		
	aus allge-mein bilden-den Schulen	zusam-men	davon aus		zusam-men	davon aus		aus berufli-chen Schu-len <sup>1)</sup>	zusam-men	davon aus	
			allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen		allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen			allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen
1990	8 435	40 954	36 807	4 147	49 758	33 336	16 422	8 262	34 247	25 019	9 228
1995	8 883	41 298	34 897	6 401	47 904	35 031	12 873	6 841	30 984	21 107	9 877
2000	9 182	43 880	37 035	6 845	54 195	43 252	10 943	6 753	35 746	25 371	10 375
2001	9 152	44 849	37 299	7 550	54 173	43 096	11 077	8 962	35 805	25 269	10 536
2002	9 146	44 484	38 191	6 293	55 374	44 225	11 149	11 132	36 705	25 742	10 963
2003	8 739	46 447	39 809	6 638	57 418	45 494	11 924	11 831	37 579	26 122	11 457
2004	8 738	47 776	40 840	6 936	60 493	48 409	12 084	13 741	36 913	24 578	12 335
2005	8 419	47 019	40 406	6 613	61 625	49 530	12 095	14 650	38 949	26 404	12 545
2006	7 932	46 181	40 367	5 814	61 273	48 748	12 525	14 921	41 719	28 827	12 892
2007	7 434	45 008	39 260	5 748	64 674	50 654	14 020	16 346	43 433	30 161	13 272
2008	6 879	43 026	37 525	5 501	63 822	49 250	14 572	16 348	45 337	31 673	13 664
2009	6 789	38 663	34 627	4 036	65 430	50 638	14 792	18 695	47 125	33 029	14 096

1) Einschließlich einer geringen Anzahl (100 – 365) von Absolventen mit Fachhochschulreife aus allgemein bildenden Freien Waldorfschulen.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



## F 1 (T4)

## Schulabgänger mit allgemein bildenden Abschlüssen in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Geschlecht

Jahr	Ohne Hauptschulabschluss		Mit Hauptschulabschluss		Mit mittlerem Abschluss		Mit Fachhochschulreife		Mit Hochschulreife	
	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1990	8 435	41,1	40 954	44,3	49 758	51,4	8 262	26,0	34 247	47,3
1995	8 883	39,1	41 298	45,7	47 904	51,0	6 841	32,3	30 984	50,5
2000	9 182	37,5	43 880	44,4	54 195	52,6	6 753	37,6	35 746	52,1
2001	9 152	38,0	44 849	44,5	54 173	51,7	8 962	33,4	35 805	52,2
2002	9 146	38,2	44 484	44,4	55 374	52,2	11 132	32,2	36 705	53,0
2003	8 739	38,7	46 447	44,3	57 418	51,2	11 831	33,6	37 579	52,6
2004	8 738	38,3	47 776	43,0	60 493	51,7	13 741	34,1	36 913	52,8
2005	8 419	37,9	47 019	43,2	61 625	50,7	14 650	34,7	38 949	53,0
2006	7 932	38,4	46 181	43,0	61 273	51,2	14 921	37,4	41 719	52,1
2007	7 434	38,2	45 008	43,0	64 674	50,7	16 346	40,2	43 433	53,6
2008	6 879	39,1	43 026	43,3	63 822	50,3	16 348	40,9	45 337	54,1
2009	6 789	40,4	38 663	42,9	65 430	50,8	18 695	41,8	47 125	53,9

Datenquelle: Schulstatistik.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**F 2 (T1) Schulabgänger in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussart und Staatsangehörigkeit**

Jahr	Ohne Hauptschulabschluss		Mit Hauptschulabschluss		Mit mittlerem Abschluss <sup>1)</sup>		Mit Fachhochschulreife		Mit Hochschulreife <sup>1)</sup>	
	zu-sammen	darunter Ausländer	zu-sammen	darunter Ausländer	zu-sammen	darunter Ausländer	zu-sammen	darunter Ausländer	zu-sammen	darunter Ausländer
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1990	8 435	41,8	40 954	25,0	49 209	7,3	8 262	2,6	33 750	2,5
1995	8 883	37,6	41 298	26,4	47 495	9,6	6 841	7,3	30 474	4,5
2000	9 182	31,0	43 880	21,1	53 715	9,0	6 753	9,1	35 356	4,5
2001	9 152	29,7	44 849	20,3	53 702	8,1	8 962	8,0	35 435	4,0
2002	9 146	29,9	44 484	20,6	54 914	7,8	11 132	6,8	36 367	3,8
2003	8 739	31,1	46 447	21,2	56 894	8,3	11 831	6,4	37 145	3,6
2004	8 738	30,2	47 776	21,4	59 896	8,3	13 741	6,7	36 472	3,6
2005	8 419	30,5	47 019	22,6	61 016	8,7	14 650	7,0	38 381	3,0
2006	7 932	31,0	46 181	22,4	60 578	9,2	14 921	6,8	41 168	3,2
2007	7 434	31,7	45 008	22,8	63 968	9,5	16 346	7,0	42 785	3,1
2008	6 879	31,4	43 026	23,7	63 822	9,8	16 348	7,1	45 337	3,5
2009	6 789	29,3	38 663	24,4	65 430	10,4	18 695	7,7	47 125	3,4

1) Bis einschließlich 2007 ohne Absolventen allgemein bildender Schulen des Zweiten Bildungswegs. An diesen wurde die Staatsangehörigkeit der Absolventen nicht erhoben.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## F 3 (T1)

## Schulabgängerzahlen in Baden-Württemberg seit 1990 nach Abschlussarten und Bereich und Voraussrechnung bis 2030

Jahr	Ohne Haupt-schul-ab-schluss	Mit Hauptschulabschluss			Mit mittlerem Abschluss			Mit Fach-hoch-schul-reife	Mit Hochschulreife		
	aus allge-mein bilden-den Schulen	zu-sammen	davon aus		zu-sammen	davon aus		aus beruf-lichen Schu-len <sup>1)</sup>	zu-sammen	davon aus	
			allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen		allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen			allge-mein bilden-den Schulen	beruf-lichen Schulen
2000	9 182	43 880	37 035	6 845	54 195	43 252	10 943	6 753	35 746	25 371	10 375
2005	8 419	47 019	40 406	6 613	61 625	49 530	12 095	14 650	38 949	26 404	12 545
2006	7 932	46 181	40 367	5 814	61 273	48 748	12 525	14 921	41 719	28 827	12 892
2007	7 434	45 008	39 260	5 748	64 674	50 654	14 020	16 346	43 433	30 161	13 272
2008	6 879	43 026	37 525	5 501	63 822	49 250	14 572	16 348	45 337	31 673	13 664
2009	6 789	38 663	34 627	4 036	65 430	50 638	14 792	18 695	47 125	33 029	14 096
<b>Vorausrechnung</b>											
2010	6 700	35 600	31 600	4 000	62 400	48 300	14 100	17 600	49 500	34 400	15 100
2011	6 700	34 600	30 600	4 000	59 700	46 300	13 400	18 100	52 200	36 500	15 700
2012	6 600	23 300	19 400	3 900	59 400	47 100	12 300	18 100	75 100	58 300	16 800
2013	6 500	22 400	18 700	3 700	70 000	58 300	11 700	17 600	49 500	32 600	16 900
2014	6 300	22 000	18 300	3 700	65 400	57 700	7 700	17 400	48 500	32 200	16 300
2015	6 100	21 500	17 900	3 600	64 100	56 600	7 500	17 900	50 700	34 300	16 400
2020	5 400	18 400	15 300	3 100	54 600	48 200	6 400	16 800	45 800	29 500	16 300
2025	5 200	17 500	14 600	2 900	51 600	45 600	6 000	14 800	41 100	27 000	14 100
2030	5 100	17 100	14 300	2 800	50 100	44 400	5 700	14 200	39 800	26 200	13 600

1) Einschließlich einer geringen Anzahl (100 – 365) von Absolventen mit Fachhochschulreife aus allgemein bildenden Freien Waldorfschulen.

Datenquelle: Voraussrechnung der Schulabgängerzahlen  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**G 1.1 (T1)** Lernmotive, -orte und -strukturen in der beruflichen Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung		
Lernmotive:	Lernorte:	Lernstruktur:
Anpassungsfortbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebe</li> <li>• außerbetriebliche Organisation</li> <li>• Lebenswelt</li> </ul>	formales Lernen non-formales Lernen informelles Lernen
Aufstiegsfortbildung, Umschulung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebe</li> <li>• außerbetriebliche Organisation</li> </ul>	formales Lernen (non-formales Lernen)

**G 2 (T1)****Schulen, Teilnehmer und Abgänger an den Schulen des Zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10**

Merkmal	Abend- real- schulen	Abend- gym- nasien	Kollegs	Berufs- aufbau- schulen	Wirt- schafts- ober- schulen	Tech- nische Ober- schulen	Ober- schulen für Sozial- wesen	Berufs- kollegs zum Erwerb der Fachhoch- schulreife
<b>Schulen insgesamt<sup>1)</sup></b>	<b>41</b>	<b>21</b>	<b>6</b>	<b>22</b>	<b>14</b>	<b>11</b>	<b>5</b>	<b>126</b>
darunter								
öffentliche Schulen	–	–	1	22	10	10	4	110
<b>Teilnehmer insgesamt</b>	<b>2 617</b>	<b>3 005</b>	<b>556</b>	<b>596</b>	<b>847</b>	<b>850</b>	<b>138</b>	<b>7 264</b>
darunter								
weiblich	1 205	1 640	257	150	515	111	109	2 568
ausländisch	740	660	22	103	75	18	2	484
<b>Mit Erfolg abgelegte Abschlussprüfungen am Ende des Schuljahres 2008/09</b>	<b>671</b>	<b>412</b>	<b>182</b>	<b>356</b>	<b>313</b>	<b>341</b>	<b>17</b>	<b>5 183</b>
darunter								
weiblich	322	238	85	78	174	58	17	1 691
ausländisch	148	30	9	26	29	8	–	229
Art des Abschlusses	Real- schulab- schluss	Hoch- schul- reife	Hoch- schul- reife	Fach- schul- reife	Hoch- schul- reife	Hoch- schul- reife	Hoch- schul- reife	Fach- hoch- schulreife
1) Dienststellenzählung; Außenstellen wurden der Stammschule zugerechnet.								
Datenquelle: Schulstatistik Statistisches Landesamt Baden-Württemberg								

**G 3.2 (T1) Schüler an Fachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgang, Geschlecht und Staatsangehörigkeit**

Bildungsgang	Schüler insgesamt	Und zwar			
		weiblich		Ausländer	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
<b>Meisterschulen zusammen</b>	2 758	375	13,6	160	5,8
davon					
Gewerbliche Meisterschulen	2 479	215	8,7	152	6,1
Landwirtschaftliche Meisterschulen <sup>1)</sup>	162	44	27,2	6	3,7
Hauswirtschaftliche Meisterschulen	117	116	99,1	2	1,7
<b>Fachschulen für Technik zusammen</b>	8 385	433	5,2	426	5,1
davon					
Gewerbliche Fachschulen für Technik	8 241	415	5,0	420	5,1
Landwirtschaftliche Fachschulen für Technik <sup>2)</sup>	144	18	12,5	6	4,2
Fachschulen für Gestaltung	185	95	51,4	5	2,7
Akademien für handwerkliche Berufe	143	11	7,7	3	2,1
Fachschulen für Betriebswirtschaft	1 230	728	59,2	62	5,0
Fachschulen für Organisation und Führung	766	685	89,4	16	2,1
Fachschulen für Altenpflege	725	630	86,9	50	6,9
Fachschulen für Landwirtschaft <sup>3)</sup>	822	316	38,4	19	2,3
Fachschulen für Sozialwesen <sup>4)</sup>	4 326	2 858 <sup>4)</sup>	66,1	165	3,8
<b>Sonstige Fachschulen zusammen</b>	1 027	596	58,0	22	2,1
davon					
Gewerbliche Fachschulen	65	57	87,7	2	3,1
Kaufmännische Fachschulen	781	451	57,7	15	1,9
Landwirtschaftliche Fachschulen <sup>5)</sup>	144	51	24,1	5	3,5
Hauswirtschaftliche Fachschulen	37	37	100	–	–
<b>Fachschulen insgesamt</b>	<b>20 367</b>	<b>6 727</b>	<b>33,0</b>	<b>928</b>	<b>4,6</b>

1) Darunter 76 Schüler im Geschäftsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum. – 2) Darunter 68 Schüler im Geschäftsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum. – 3) Im Geschäftsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum. – 4) Im Geschäftsbereich des Sozialministeriums. – 5) Darunter 128 Schüler im Geschäftsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum.

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**G 5.2 (T1) Angebot und Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen der Volkshochschulen in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs 2009**

Merkmal	Land Baden-Württemberg	Davon im Regierungsbezirk			
		Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
Volkshochschulen	175	65	32	40	38
Arbeitsstellen (Außenstellen)	735	265	205	141	124
<b>Kurse und Lehrgänge</b>					
Anzahl	115 757	44 232	28 585	21 786	21 154
Teilnehmer	1 250 895	489 018	304 304	236 801	220 772
Teilnehmer je Veranstaltung	10,8	11,1	10,6	10,9	10,4
Teilnehmer je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	116,4	122,2	111,0	107,8	122,1
Unterrichtsstunden	2 633 423	975 809	668 952	531 040	457 622
<b>Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen</b>					
Anzahl	15 157	5 622	4 082	2 584	2 869
Teilnehmer	487 725	162 137	99 407	83 566	142 615
Teilnehmer je Veranstaltung	32,2	28,8	24,4	32,3	49,7
Teilnehmer je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	45,4	40,5	36,3	38,1	78,9
<b>Studienfahrten, Exkursionen und Studienreisen</b>					
Anzahl	3 187	1 598	726	485	378
Teilnehmer	65 330	30 862	16 199	10 468	7 801
Teilnehmer je Veranstaltung	20,5	19,3	22,3	21,6	20,6
Teilnehmer je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	6,1	7,7	5,9	4,8	4,3
<b>Selbstveranstaltete Ausstellungen der Volkshochschulen</b>					
Anzahl	425	144	114	63	104
Besucher	333 904	114 757	105 592	36 233	77 322
Besucher je Veranstaltung	785,7	796,9	926,2	575,1	743,5
Besucher je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	31,1	28,7	38,5	16,5	42,8

1) Bezogen auf die Einwohnerzahl am 31.12.2009.

Datenquelle: Volkshochschulverband Baden-Württemberg  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**G 5.2 (T2) Angebot und Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen der kirchlichen Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg 2009**

Merkmal	Kirchliche Erwachsenenbildung insgesamt	Davon				
		evangelische Erwachsenenbildung			katholische Erwachsenenbildung	
		Evangelische Landeskirche Baden	Evangelische Landeskirche Württemberg	Evangelisch-methodistische Kirche Baden-Württemberg	Erzdiözese Freiburg	Diözese Rottenburg-Stuttgart
<b>Angeschlossene Bildungswerke/ Familienbildungsstätten und regionale Bildungszentren</b>						
Anzahl	70	12	20	1	13	24
<b>Kurse, Lehrgänge und Seminare</b>						
Veranstaltungen	38 744	7 791	17 331	406	4 963	8 253
Belegungen	793 616	172 678	347 504	6 411	73 036	193 987
Teilnehmer je Veranstaltung	20,5	22,2	20,1	15,8	14,7	23,5
Unterrichtsstunden	753 458	103 582	268 850	4 980	151 399	224 647
<b>Einzelveranstaltungen und Vorträge</b>						
Veranstaltungen	71 446	5 282	36 106	2 193	11 609	16 256
Teilnehmer	1 990 393	143 710	971 578	39 963	346 339	488 803
Teilnehmer je Veranstaltung	27,9	27,2	26,9	18,2	29,8	30,1
Unterrichtsstunden	192 066	13 031	86 608	5 417	51 332	35 678
<b>Studienfahrten und Studienreisen</b>						
Veranstaltungen	572	192	224	–	114	42
Teilnehmer	16 382	5 089	7 412	–	2 832	1 049
Teilnehmer je Veranstaltung	28,6	26,5	33,1	–	24,8	25,0
<small>Datenquelle: Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg                      Statistisches Landesamt Baden-Württemberg</small>						



**H 1 (T1) Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg 2009/10 nach Schulart und Beschäftigungsverhältnis**

Schulart	Lehrkräfte		Davon					
			vollzeitbeschäftigt		teilzeitbeschäftigt		sonstige Lehrkräfte	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
Grund- und Hauptschule	45 676	34 357	18 900	11 642	18 915	17 559	7 861	5 156
Realschule	16 429	10 000	8 035	3 544	6 199	5 100	2 195	1 356
Gymnasium	26 395	14 295	11 763	3 963	10 701	8 005	3 931	2 327
Schule besonderer Art <sup>1)</sup>	462	265	241	109	170	128	51	28
Sonderschule	9 877	7 413	5 051	3 247	3 640	3 266	1 186	900
<b>Insgesamt</b>	<b>98 839</b>	<b>66 330</b>	<b>43 990</b>	<b>22 505</b>	<b>39 625</b>	<b>34 058</b>	<b>15 224</b>	<b>9 767</b>

1) Einschließlich integrierte Orientierungsstufe.  
Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 1 (T2) Lehrkräfte an öffentlichen Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht**

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter					
				vollzeitbeschäftigt			teilzeitbeschäftigt		
	insgesamt	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	in %	
2000/01	46 981	32 575	69,3	18 669	8 631	46,2	21 505	19 847	92,3
2005/06	46 609	34 197	73,4	19 725	10 845	55,0	20 259	18 963	93,6
2006/07	47 773	34 902	73,1	19 520	11 081	56,8	20 510	19 031	92,8
2007/08	46 695	34 404	73,7	19 042	11 043	58,0	20 076	18 598	92,6
2008/09	45 937	34 251	74,6	19 075	11 522	60,4	19 152	17 767	92,8
2009/10	45 676	34 357	75,2	18 900	11 642	61,6	18 915	17 559	92,8

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 1 (T3) Lehrkräfte an öffentlichen Realschulen in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht**

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter						
	insgesamt	darunter weiblich		vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt			
				zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		
	Anzahl	in %		Anzahl		in %		Anzahl		in %
2000/01	14 488	7 767	53,6	7 020	2 038	29,0	6 024	4 888	81,1	
2005/06	15 325	8 843	57,7	7 559	2 717	35,9	5 951	4 955	83,3	
2006/07	16 054	9 277	57,8	7 462	2 790	37,4	6 287	5 142	81,8	
2007/08	16 033	9 430	58,8	7 425	2 910	39,2	6 255	5 093	81,4	
2008/09	16 006	9 569	59,8	7 651	3 201	41,8	6 143	5 024	81,8	
2009/10	16 429	10 000	60,9	8 035	3 544	44,1	6 199	5 100	82,3	

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 1 (T4) Lehrkräfte an öffentlichen Gymnasien in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht**

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter						
	insgesamt	darunter weiblich		vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt			
				zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		
	Anzahl	in %		Anzahl		in %		Anzahl		in %
2000/01	21 739	9 443	43,4	11 156	2 181	19,6	8 008	5 934	74,1	
2005/06	23 450	11 631	49,6	11 013	2 825	25,7	9 772	7 228	74,0	
2006/07	24 293	12 279	50,5	10 925	2 941	26,9	10 395	7 668	73,8	
2007/08	24 817	12 819	51,7	11 112	3 257	29,3	10 538	7 796	74,0	
2008/09	25 454	13 459	52,9	11 190	3 494	31,2	10 667	7 898	74,0	
2009/10	26 395	14 295	54,2	11 763	3 963	33,7	10 701	8 005	74,8	

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 1 (T5) Lehrkräfte an öffentlichen Sonderschulen in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht**

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter						
	insgesamt	darunter weiblich		vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt			
				zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich		
	Anzahl	%		Anzahl		%		Anzahl		%
2000/01	8 509	5 833	68,6	4 747	2 514	53,0	3 304	2 970	89,9	
2005/06	9 178	6 607	72,0	5 090	2 953	58,0	3 353	3 069	91,5	
2006/07	9 582	6 919	72,2	5 017	3 013	60,1	3 543	3 178	89,7	
2007/08	9 727	7 092	72,9	5 019	3 096	61,7	3 558	3 190	89,7	
2008/09	9 736	7 191	73,4	5 037	3 169	62,9	3 523	3 170	90,0	
2009/10	9 877	7 413	75,1	5 051	3 247	64,3	3 640	3 266	89,7	

Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 2 (T1) Lehrkräfte an öffentlichen beruflichen Schulen\*) in Baden-Württemberg seit 2000/01 nach Beschäftigungsverhältnis und Geschlecht**

Schuljahr	Lehrkräfte			Darunter					
	insgesamt	darunter weiblich		vollzeitbeschäftigt			teillzeitbeschäftigt		
				zusammen	darunter weiblich		zusammen	darunter weiblich	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %			
2000/01	20 070	7 156	35,7	12 327	2 202	17,9	5 178	3 812	73,6
2005/06	20 893	8 140	39,0	12 687	2 562	20,2	6 023	4 564	75,8
2006/07	21 414	8 467	39,5	12 619	2 712	21,5	6 490	4 734	72,9
2007/08	21 365	8 615	40,3	12 493	2 819	22,6	6 638	4 817	72,6
2008/09	21 242	8 750	41,2	12 445	2 954	23,7	6 612	4 818	72,9
2009/10	21 657	9 032	41,7	12 616	3 116	24,7	6 643	4 855	73,1

\*) Im Geschäftsbereich des Kultusministeriums.  
Datenquelle: Schulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 3.1 (T1) Lehramtsstudierende\*) an Hochschulen in Baden-Württemberg seit dem Wintersemester 1996/97 nach Hochschulart und Geschlecht**

Wintersemester	Lehramtsstudierende insgesamt	Davon an								
		Universitäten zusammen	darunter		Pädagogischen Hochschulen zusammen	darunter		Kunsthochschulen zusammen	darunter	
			weibliche Studierende			weibliche Studierende			weibliche Studierende	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %			
1996/97	28 501	12 401	6 941	56,0	15 340	11 160	72,8	760	459	60,4
2000/01	21 845	8 246	4 894	59,3	12 823	10 031	78,2	776	474	61,1
2001/02	23 743	8 700	5 252	60,4	14 270	11 349	79,5	773	490	63,4
2002/03	26 028	9 316	5 727	61,5	15 967	12 822	80,3	745	465	62,4
2003/04	28 943	10 338	6 342	61,3	17 795	14 278	80,2	810	511	63,1
2004/05	31 437	11 906	7 368	61,9	18 685	14 981	80,2	846	538	63,6
2005/06	32 868	12 984	8 122	62,6	19 024	15 219	80,0	860	558	64,9
2006/07	33 965	14 166	9 014	63,6	18 933	15 044	79,5	866	567	65,5
2007/08	31 966	13 662	8 786	64,3	17 431	13 744	78,8	873	572	65,5
2008/09	31 375	13 890	8 954	64,5	16 635	12 972	78,0	850	554	65,2
2009/10	32 850	15 025	9 637	64,1	17 013	13 210	77,6	812	527	64,9

\*) Erst- und Zweitstudium (nicht: Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge).  
Datenquelle: Hochschulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**H 3.1 (T2) Lehramtsstudierende an Hochschulen in Baden-Württemberg seit dem Winter-**

Wintersemester	Lehramtsstudierende insgesamt	Darunter im ersten		Darunter Lehramt an ...		
				Grund- und Hauptschulen		
		Hochschulsemester	Fachsemester	zusammen	darunter im ersten	
					Hochschulsemester	Fachsemester
Anzahl						
1975/76	41 351	6 497	8 111	15 726	2 493	2 694
1980/81	28 227	2 976	3 787	6 747	974	1 057
1985/86	17 311	1 524	2 099	4 563	595	663
1990/91	19 151	4 519	5 861	6 987	2 031	2 309
1995/96	28 950	3 647	4 592	10 556	1 644	1 958
2000/01	21 845	3 585	4 786	7 959	1 447	1 665
2001/02	23 743	4 936	6 036	8 406	1 840	2 191
2002/03	26 028	5 133	6 682	8 949	1 874	2 214
2003/04	28 947	5 510	6 751	9 921	1 921	2 305
2004/05	31 437	5 447	6 771	10 719	1 991	2 437
2005/06	32 868	5 362	6 786	11 174	1 981	2 484
2006/07	33 965	5 204	6 513	11 438	1 956	2 444
2007/08	31 966	4 637	5 751	10 836	1 601	2 030
2008/09	31 375	4 642	5 687	10 231	1 647	2 005
2009/10	32 850	5 398	6 599	10 107	1 823	2 171

\*) Erst- und Zweitstudium (nicht: Aufbau- und Ergänzungsstudiengänge).

Datenquelle: Hochschulstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## semester 1975/76 nach angestrebtem Lehramt\*)

Darunter Lehramt an ...								
Realschulen			Gymnasien			Sonderschulen		
zusammen	darunter im ersten		zusammen	darunter im ersten		zusammen	darunter im ersten	
	Hochschul-semester	Fach-semester		Hochschul-semester	Fach-semester		Hochschul-semester	Fach-semester
Anzahl								
3 915	516	1 087	18 507	2 993	3 330	.	.	.
3 709	317	779	15 088	1 343	1 513	.	.	.
1 936	216	290	9 537	691	995	.	.	.
2 454	616	751	8 909	1 779	2 588	.	.	.
4 029	476	625	13 212	1 420	1 871	1 138	107	138
3 555	620	807	9 021	1 277	1 582	1 309	239	266
4 384	1 055	1 366	9 472	1 771	2 176	1 480	283	320
5 150	1 030	1 261	9 789	1 899	2 236	1 692	320	363
6 034	997	1 254	11 151	2 279	2 839	1 831	304	344
6 028	628	845	12 752	2 533	3 013	1 938	286	332
5 831	577	845	13 844	2 526	3 133	2 019	278	328
5 371	588	790	15 032	2 372	2 948	2 079	288	331
4 571	529	703	14 535	2 234	2 709	2 024	273	309
4 447	646	850	14 740	2 117	2 560	1 957	234	272
4 858	666	874	15 810	2 587	3 192	2 048	305	335

**H 3.2 (T2) Seminar Teilnehmer in Baden-Württemberg im März 2009 nach Ausbildungsgängen und Unterrichtshalbjahren (Personenzählung)**

Ausbildungsgang für das Lehramt an/ zum	i = insgesamt w = weiblich	Seminar Teilnehmer					
		zu- sammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	davon im . . .			
				1.	2.	3.	4.
							Unterrichtshalbjahr
Grund- und Hauptschulen	i	3 745	+ 2,1	1 929	–	1 816	–
	w	3 355	+ 4,3	1 711	–	1 644	–
Sonderschulen	i	906	– 3,4	436	–	470	–
	w	763	– 2,4	375	–	388	–
Realschulen	i	2 037	– 14,7	1 015	–	1 022	–
	w	1 434	– 16,2	722	–	712	–
Gymnasien	i	3 520	+ 8,6	1 806	–	1 401	313
	w	2 392	+ 13,7	1 241	–	974	177
Beruflichen Schulen	i	810	– 6,3	405	–	263	142
	w	430	– 0,9	234	–	124	72
Fachlehrer und Technische Lehrer <sup>1)</sup>	i	679	– 3,6	160	195	145	179
	w	477	–	137	118	123	99
<b>Insgesamt</b>	<b>i</b>	<b>11 697</b>	<b>– 0,9</b>	<b>5 751</b>	<b>195</b>	<b>5 117</b>	<b>634</b>
	<b>w</b>	<b>8 851</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>4 420</b>	<b>118</b>	<b>3 965</b>	<b>348</b>
Nachrichtlich: Lehramt an Beruflichen Schulen – Sonderkurse <sup>2)</sup>	i	192	– 8,1	3	122	2	65
	w	39	+ 11,4	–	29	–	10

1) Fachlehrer für musisch-technische Fächer, Fachlehrer/Technische Lehrer an Sonderschulen und Technische Lehrer an beruflichen Schulen (kaufmännische/ hauswirtschaftliche Fachrichtung). – 2) Sonderkurse für Dipl.-Ingenieure, unterrichts begleitende pädagogische Schulung.

Datenquelle: Seminarstatistik  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## I 1 (T2)

## Leistungen der Schüler allgemein bildender Schulen der Jahrgangsstufe 9 in Baden-Württemberg und Deutschland in den getesteten Fächern\*) 2009 nach Kompetenzbereichen

Schulart	Land Bund	Deutsch						Englisch			
		Lesen		Zuhören		Orthografie		Leseverstehen		Hörverstehen	
		Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardfehler <sup>1)</sup>	Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardfehler <sup>1)</sup>	Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardfehler <sup>1)</sup>	Mittelwert	Standardfehler <sup>1)</sup>	Mittelwert <sup>1)</sup>	Standardfehler <sup>1)</sup>
		Kompetenzpunkte									
Alle allgemein bildende Schularten	Baden-Württemberg	<b>504</b>	3,2	<b>510</b>	4,1	<b>512</b>	3,5	<b>507</b>	4,6	<b>511</b>	4,9
	Deutschland	496	1,2	500	1,3	500	1,2	500	1,5	500	1,5
Gymnasien	Baden-Württemberg	<b>575</b>	3,5	<b>591</b>	6,0	<b>598</b>	4,4	<b>587</b>	5,9	<b>592</b>	6,5
	Deutschland	567	1,4	575	1,8	579	1,6	582	1,6	584	2,4

\*) Da nur in sechs Bundesländern Französisch als erste Fremdsprache angeboten wird, konnte kein Mittelwert für Deutschland berechnet werden. – 1) Statistisch signifikante Abweichungen vom Mittelwert für Deutschland sind fett gedruckt (vgl. die erläuternden Hinweise zu Mittelwert und Standardfehler am Ende des Kapitels).

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## I 1 (T3)

## Schüler der 9. Jahrgangsstufe, die mindestens einen mittleren Abschluss anstreben, in den Kompetenzstufen des Fachs Deutsch nach Schulart und Kompetenzbereich in Baden-Württemberg 2009

Kompetenzbereich	Schulart	Kompetenzstufe				
		I	II	III	IV	V
		Anteil in %				
Zuhören	Gymnasien	0,1	1,0	16,6	50,8	31,6
	Sonstige Schularten	1,4	15,1	45,8	32,8	4,9
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	0,9	9,1	33,5	40,4	16,1
Lesen	Gymnasien	0,6	5,9	35,1	42,2	16,2
	Sonstige Schularten	8,3	32,9	42,5	15,0	1,3
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	5,0	21,5	39,4	26,4	7,6
Orthografie	Gymnasien	0,0	0,8	15,1	59,7	24,4
	Sonstige Schularten	2,0	19,7	50,9	25,3	2,1
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	1,2	11,7	35,8	39,8	11,5

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

I 1 (T4)

Schüler der 9. Jahrgangsstufe, die mindestens einen mittleren Abschluss anstreben, in den GER-Niveaustufen der Fächer Englisch und Französisch nach Schulart und Kompetenzbereich in Baden-Württemberg 2009

Kompetenzbereich	Schulart	GER-Niveau				
		unter A2.2	A2.2/B1.1	B1.2	B2.1	B2.2 und höher
		Anteil in %				
Englisch: Hörverstehen	Gymnasien	0,1	23,0	37,2	29,1	10,5
	Sonstige Schularten	11,1	64,0	20,4	4,0	0,4
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	6,6	47,2	27,3	14,3	4,5
Englisch: Leseverstehen	Gymnasien	1,9	26,6	29,8	25,4	16,3
	Sonstige Schularten	24,8	55,1	14,5	4,8	0,7
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	15,4	43,4	20,8	13,2	7,1
Französisch: Hörverstehen	Gymnasien	1,9	26,1	26,8	26,0	19,3
	Sonstige Schularten	9,6	49,2	24,5	10,9	5,9
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	2,3	27,4	26,7	25,1	18,5
Französisch: Leseverstehen	Gymnasien	4,7	26,2	23,7	23,2	22,2
	Sonstige Schularten	14,0	47,7	18,0	10,4	9,8
	<b>Allgemein bildende Schulen zusammen</b>	5,2	27,5	23,3	22,5	21,5

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

I 1 (T5)

Mittelwerte der von Schülern der 9. Jahrgangsstufe erzielte Leistungen in den getesteten Fächern in Baden-Württemberg und Deutschland 2009 nach Geschlecht und Kompetenzbereich

Geschlecht	Deutsch						Englisch				Französisch			
	Zuhören		Lesen		Orthografie		Hörverstehen		Leseverstehen		Hörverstehen		Leseverstehen	
	BW	D	BW	D	BW	D	BW	D	BW	D	BW	D	BW	D
	Punkte													
Jungen	497,6	491,1	493,5	487,6	486,7	475,2	502,1	492,2	498,5	490,5	536,9	489,1	521,8	489,1
Mädchen	523,4	509,5	515,9	504,9	538,2	526,1	520,8	508,0	515,2	509,7	548,4	513,9	539,1	513,9
Differenz	25,8	18,4	22,4	17,3	51,5	50,9	18,7	15,8	16,7	19,2	11,5	24,8	17,3	24,8

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



## I 1 (T6)

### Soziale Disparitäten hinsichtlich der von Schülern der Klassenstufe 9 in den Fächern Deutsch und Englisch erzielten Leistungen in Baden-Württemberg und Deutschland 2009: Steigerung des sozialen Gradienten und Punktedifferenz zwischen EPG-Klassen\*) nach Kompetenzbereichen

	Deutsch			Englisch	
	Lesen	Zuhören	Orthografie	Leseverstehen	Hörverstehen
<b>Steigung sozialer Gradient</b>					
Baden-Württemberg	32	36	31	<b>27</b>	31
Deutschland	32	35	31	34	36
<b>Differenz zwischen EPG-Klassen I – II und V – VII</b>					
Baden-Württemberg	68	81	63	59	68
Deutschland	67	75	65	69	74

\*) Ericson-Goldthorpe-Portocarero-Klassen als Indikator für die soziale Herkunft.  
**Fettdruck** = statistisch signifikante Abweichung vom Mittelwert für Deutschland.  
 Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## I 1 (T7)

### Mittelwerte der von Schülern der 9. Jahrgangsstufe in den getesteten Fächern erzielten Leistungen in Baden-Württemberg und Deutschland 2009 nach Migrationshintergrund und Kompetenzbereich

Migrationshintergrund	Deutsch			Englisch	
	Lesen	Zuhören	Orthografie	Leseverstehen	Hörverstehen
Punkte					
<b>Baden-Württemberg</b>					
Schüler mit Migrationshintergrund	460	458	478	478	478
Schüler ohne Migrationshintergrund	520	529	525	518	522
<b>Deutschland</b>					
Schüler mit Migrationshintergrund	451	442	466	470	470
Schüler ohne Migrationshintergrund	511	519	514	512	512

Datenquelle: IQB Ländervergleich, 2010  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**I 2.1 (T8) Empfehlungen für die evaluierten allgemein bildenden Schulen in Baden-Würt- (Schuljahre 2008/09 und 2009/10)**

Qualitätsbereich	Kriterium	Merkmal
QB I Unterricht	I 2 Gestaltung der Lehr- Lern-Prozesse	Nutzung der Lernzeit Strukturierung der Lernangebote Differenzierungsangebote Aktivierung der Schüler Förderung von methodischen Kompetenzen Förderung von sozialen und personalen Kompetenzen Kommunikationsstil im Unterricht Gestaltung der Klassenzimmer, Fachräume
	I 3 Praxis der Leistungsbeurteilung und Leistungsrückmeldung	Leistungsrückmeldung als Orientierungshilfe Abgestimmtheit der Kriterien
QB II Professionalität der Lehrkräfte	II 1 Kooperation	Nutzen der kollegialen Zusammenarbeit
	II 2 Praxis der Weiterqualifizierung	Bedarfsorientierte Fortbildungsplanung Weitergabe und Nutzung von Wissen
	II 3 Umgang mit beruflichen Anforderungen	Verbesserung von innerschulischen Arbeitsbedingungen
QB III Schulführung und Schulmanagement	III 1 Führung	Entwicklung von Unterricht und Schule Umgang mit Konflikten und Problemen Möglichkeiten der Personalentwicklung
	III 2 Verwaltung und Organisation	Funktionale Arbeitsabläufe Einsatz von Ressourcen
QB IV Schul- und Klassenklima	IV 1 Schulleben	Gestaltung des Umgangs miteinander Zusätzliche Angebote für Schüler
	IV 2 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Schüler	Einbeziehung in die Gestaltung des Schullebens Angebote zum Aufbau eines demokratischen Grundverständnisses
QB V Innerschulische und außerschulische Partnerschaften	V 1 Mitgestaltungsmöglichkeiten der Eltern	Einbeziehung aller am Schulleben Beteiligten <sup>1)</sup> Einbeziehung in das schulische Leben
	V 2 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	Erziehungspartnerschaft Kooperation mit schulischen Partnern Kooperation mit außerschulischen Partnern
QB Q Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung	Q 1 Pädagogische Grundsätze	Handlungsleitende pädagogische Grundsätze
	Q 2 Strukturen der schulischen Qualitätsentwicklung	Funktionalität der Strukturen Nutzen der Dokumentation Orientierung an schulischen Zielen und Ressourcen
	Q 3 Durchführung der Selbstevaluation	Systematische Vorgehen unter Beachtung von Evaluationsgrundsätzen Konsequenzen ziehen
	Q 4 Individualfeedback	Vorbereitung und Durchführung von Individualfeedback

1) Diese zusätzliche, nicht als Qualitätsmerkmal niedergelegte Empfehlungskategorie umfasst die beiden Merkmale «Einbeziehung in die Gestaltung des Schullebens» aus QB

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

## temberg in Bezug auf die Merkmale des Qualitätsrahmens Fremdevaluation nach Schulart

Schularten insgesamt	Davon				
	Grundschule	Grund- und Hauptschule/ Hauptschule	Real- schule	Gym- nasium	Sonderschule
Anzahl					
–	–	–	–	–	–
1	–	–	–	–	1
193	56	53	37	37	10
57	22	13	12	8	2
258	108	86	19	25	20
104	40	32	11	12	9
1	–	–	1	–	–
27	5	7	5	10	–
146	45	54	20	23	4
290	95	107	39	43	6
42	21	9	6	5	1
31	11	8	8	2	2
16	3	4	4	2	3
38	6	21	6	3	2
83	21	25	13	15	9
39	8	17	6	3	5
36	12	11	6	2	5
10	3	1	2	3	1
8	5	2	–	–	1
13	6	3	3	1	–
13	4	7	2	–	–
38	14	13	3	7	1
3	2	–	–	1	–
13	8	3	1	–	1
75	28	25	3	6	13
2	1	–	–	1	–
5	2	1	1	–	1
2	1	–	–	–	1
231	77	79	32	26	17
109	37	40	14	15	3
137	39	42	13	27	16
107	46	33	12	9	7
156	42	64	25	12	13
27	11	10	2	3	1
345	125	110	39	44	27

IV und »Einbeziehung in das schulische Leben« aus QB V.

**I 3.1 (T2)** Zusammensetzung der baden-württembergischen Schülerschaft nach den bei VERA 3 erhobenen Merkmalen 2010

Merkmal		Anteil in %
Geschlecht	weiblich	49,0
	männlich	51,0
Klassenwiederholer		2,8
Sonderpädagogischer Förderbedarf <sup>1)</sup>		0,5
Ungenügende Sprachbeherrschung <sup>1)</sup>		0,4
Teilleistungsstörung Mathematik		4,2
Teilleistungsstörung Deutsch		8,1
Deutsch nicht dominant		11,3

1) Schüler gehen nicht in die weiteren Berechnungen ein.

Datenquelle: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**I 3.2 (T2)** Verteilung der Schulnoten in Mathematik an Realschulen und Gymnasien in den DVA-Stichproben 2010

Note im letzten Jahreszeugnis	Realschule		Gymnasium	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
1	80	3,5	219	7,1
2	547	24,0	866	28,0
3	799	35,1	1 155	37,3
4	691	30,3	761	24,6
5	159	7,0	91	2,9
6	3	0,1	2	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2 279</b>	<b>100</b>	<b>3 094</b>	<b>100</b>

Datenquelle: Landesinstitut für Schulentwicklung  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

### K 3 Verzeichnis der Web-Tabellen

Die Tabellen können unter der Adresse [www.bildungsberichterstattung-bw.de](http://www.bildungsberichterstattung-bw.de) kostenfrei abgerufen werden.

- Web-Tab. B 1.2 (T1) Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerungszahl in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs bis zum Jahr 2030 in ausgewählten Altersgruppen
- Web-Tab. C 1 (T1) Kinder in Kindertageseinrichtungen 2010 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach Migrationshintergrund
- Web-Tab. D 1.1 (T2) Einschulungen an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2009 nach Art der Einschulung
- Web-Tab. D 1.2 (T2) Schüler an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht und Trägerart
- Web-Tab. D 1.3 (T3) Grundschulempfehlung Gymnasium und abweichender Elternwunsch in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2010/11
- Web-Tab. D 1.3 (T4) Grundschulempfehlung Realschule und abweichender Elternwunsch in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2010/11
- Web-Tab. D 1.3 (T5) Grundschulempfehlung Werkreal-/ Hauptschule und abweichender Elternwunsch in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zum Schuljahr 2010/11
- Web-Tab. D 1.3 (T6) Hochqualifizierte und Übergänge auf das Gymnasium bzw. die Werkreal-/ Hauptschule in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2010 nach Rängen
- Web-Tab. D 2.1 (T2) Schüler an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht und Trägerart
- Web-Tab. D 2.2 (T2) Schüler an Realschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht und Trägerart
- Web-Tab. D 2.3 (T2) Schüler an Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht und Trägerart
- Web-Tab. D 2.5 (T1) Schüler ausgewählter Schularten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Trägerart
- Web-Tab. D 2.5 (T2) Schüler ausgewählter Schularten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Geschlecht
- Web-Tab. D 2.5 (T4) Klassengrößen an ausgewählten Schularten in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Trägerart
- Web-Tab. D 2.5 (T6) Nichtversetzten-Quoten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 in ausgewählten Schularten nach Klassenstufen
- Web-Tab. D 2.5 (T7) Nichtversetzten-Quoten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 in ausgewählten Schularten nach Geschlecht
- Web-Tab. D 5 (T4) Ausländische Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Staatsangehörigkeit

Web-Tab. D 6 (T2)	Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 und Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21
Web-Tab. D 6 (T3)	Schüler an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 und Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21
Web-Tab. E 2.2 (T5)	Anfänger im Ausbildungsgeschehen in Baden-Württemberg 2009 nach den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung
Web-Tab. E 4 (T2)	Ausländer und Aussiedler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Trägerschaft
Web-Tab. E 4 (T3)	Ausländische Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Schularten und Staatsangehörigkeit
Web-Tab. E 5 (T2)	Schüler an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 2000/01 nach Schularten und Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2008/09 bis 2020/21
Web-Tab. F 1 (T2)	Schulabgänger in Baden-Württemberg im Jahr 2009 nach Abschlussart und Bildungsgang
Web-Tab. F 1 (T3)	Schulabgänger mit allgemein bildenden Abschlüssen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2009 nach Abschlussart
Web-Tab. F 1 (T5)	Schulabgänger in Baden-Württemberg 2009 nach Abschlussart, Bildungsgang und Geschlecht
Web-Tab. F 2 (T2)	Schulabgänger in Baden-Württemberg 2009 nach Abschlussart, Bildungsgang und Staatsangehörigkeit
Web-Tab. F 3 (T2)	Schulabgängerzahlen in Baden-Württemberg seit 2000 nach Abschlussarten und Bereich
Web-Tab. G 2 (T2)	Schüler an öffentlichen und privaten Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10
Web-Tab. G 3.2 (T2)	Schüler an Fachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgang und Trägerschaft
Web-Tab. G 3.2 (T3)	Schüler an Fachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 nach Bildungsgang und Zeitform
Web-Tab. G 3.2 (T4)	Abgänge und Abschlüsse an Fachschulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009 nach Bildungsgang und Abschlussart
Web-Tab. H 3.2 (T1)	Seminarteilnehmer in Baden-Württemberg seit 1985 nach Ausbildungsgängen (Personenzählung)
Web-Tab. I 2.1 (T2)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB I Unterricht
Web-Tab. I 2.1 (T3)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB III Schulführung und Schulmanagement
Web-Tab. I 2.1 (T4)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den

---

	Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB Q Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung
Web-Tab. I 2.1 (T5)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB II Professionalität der Lehrkräfte
Web-Tab. I 2.1 (T6)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB IV Schul- und Klassenklima
Web-Tab. I 2.1 (T7)	Entwicklungsstufen der allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 nach Qualitätsmerkmal und Schulart: QB V Inner-schulische und außerschulische Partnerschaften
Web-Tab. I 2.2 (T1)	Entwicklungsstufen der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 2007/08 bis 2009/10 nach Qualitätsbereichen und einzelnen Aspekten

## K 4 Literaturverzeichnis

**Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008):** Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld. [http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb\\_2008.pdf](http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld. [http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb\\_2010.pdf](http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Böttcher, Annica; Krieger, Sascha; Kolvenbach, Franz Josef (2010):** Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2010, S. 158–164.

**Brachat-Schwarz, Werner (2010):** Neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2060. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 2/2010, S. 5–11.

**Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2010):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010, Bonn. [http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe\\_datenreport\\_bbb\\_2010.pdf](http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, Bonn, Berlin. [http://www.bmbf.de/pub/berichtssystem\\_weiterbildung\\_neun.pdf](http://www.bmbf.de/pub/berichtssystem_weiterbildung_neun.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008):** Stand der Anerkennung non-formalen und informellen Lernens in Deutschland im Rahmen der OECD-Aktivität »Recognition of non-formal and informal Learning«, Bonn, Berlin.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2009):** Berufsbildungsbericht 2009, Bonn. [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_09.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2010):** Berufsbildungsbericht 2010, Bonn. [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_2010.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_2010.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2011):** Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitoring. <http://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring.pdf> (Stand: 17.05.2011).

**Deutscher Bildungsrat (Hrsg.) (1970):** Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart.

**Döbert, Hans (2007):** Indikatorenkonzept und Beschreibung von Beispielindikatoren für eine regionale Bildungsberichterstattung. Ein Beitrag zur Entwicklung von Indikatoren für einen regionalen Bildungsbericht, Berlin, Bertelsmann Stiftung. [http://www.bildung.koeln.de/materialbibliothek/dokus/b\\_bericht08/indikatorenkonzept.pdf](http://www.bildung.koeln.de/materialbibliothek/dokus/b_bericht08/indikatorenkonzept.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Dubs, Rolf (2006):** Qualitätsmanagement. Grundbegriffe und Systematik. In: Buchen, H./ Rolff, H. – G. (Hrsg.): Professionswissen Schulleitung. Weinheim, S. 1206–1270.

**Expertenrat »Schulische Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen, Benachteiligungen oder chronischen Erkrankungen und einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebot in Baden-Württemberg«.** Empfehlungen des Expertenrates vom Februar 2010. [http://www.schule-bw.de/schularten/sonderschulen/schulische\\_bildung/expertenrat.pdf](http://www.schule-bw.de/schularten/sonderschulen/schulische_bildung/expertenrat.pdf) (Stand: 17.05.2011)



**Fend, Helmut (1998):** Qualität im Bildungswesen. Schulforschung zu Systembedingungen, Schulprofilen und Lehrerleistung, Weinheim.

**Hasselhorn, Marcus; Schneider, Wolfgang; Schöler, Hermann (2010):** Erste Wirksamkeitsnachweise der Zusatzförderung im »Schulreifen Kind«; <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1215267/index.html> (Stand: 17.05.2011).

**Helmke, Andreas (2007):** Unterrichtsqualität. Erfassen, Bewerten, Verbessern, Seelze.

**Institut für angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) (2008):** IAW-Kurzbericht 4/2008; Betriebliche Weiterbildung in Baden-Württemberg. Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels, Tübingen.

**Institut für angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) (2009):** IAW-Kurzbericht 4/2009; Betriebliche Weiterbildung in Baden-Württemberg. Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels; Tübingen.

**Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (Hrsg.) (2008):** Kompetenzstufenmodell zu den Bildungsstandards im Fach Mathematik für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4); [http://www.iqb.hu-berlin.de/bista/dateien/Mathe\\_primar.pdf](http://www.iqb.hu-berlin.de/bista/dateien/Mathe_primar.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**John, Birgit (2003):** Familienbildung in Baden-Württemberg. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart. <http://www.boa-bw.de/downloads/frei/presentation/bsz310220432/0/familienbildung.html> (Stand: 17.05.2011).

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (2007):** Jugendbegleiter-Programm. Erste Evaluation aufgrund der schriftlichen Befragung von Modellschulen zu Beginn des ersten Modelljahres.

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (2008):** Zweite Evaluation im Jugendbegleiter-Programm zum Schuljahresbeginn 2007/08.

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (2009):** Dritte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2008/09. Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge.

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (2010):** Vierte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2009/10. Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge.

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (2011):** Fünfte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2010/11. Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge. [http://jugendbegleiter.jugendnetz.de/fileadmin/bilder/Evaluation\\_JBP\\_2010.pdf](http://jugendbegleiter.jugendnetz.de/fileadmin/bilder/Evaluation_JBP_2010.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Köller, Olaf; Watermann, Rainer; Trautwein, Ulrich; Lüdtke, Oliver (Hrsg.) (2004):** Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg, TOSCA – Eine Untersuchung an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg, Opladen.

**Köller, Olaf; Knigge, Michel; Tesch, Bernd (Hrsg.) (2010):** Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Überprüfung der Erreichung der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss für Deutsch und die erste Fremdsprache in der neunten Jahrgangsstufe, Münster.

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2000):** Memorandum über Lebenslanges Lernen, SEK 1832, Brüssel.

**Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2004a):** Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Erläuterungen zur Konzeption und Entwicklung, München. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2004/2004\\_12\\_16-Bildungsstandards-Konzeption-Entwicklung.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_12_16-Bildungsstandards-Konzeption-Entwicklung.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2004b):** Bildungsstandards im Fach Deutsch für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4), München. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2004/2004\\_10\\_15-Bildungsstandards-Deutsch-Primar.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_10_15-Bildungsstandards-Deutsch-Primar.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2004c):** Bildungsstandards im Fach Mathematik für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4), München. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2004/2004\\_10\\_15-Bildungsstandards-Mathe-Primar.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_10_15-Bildungsstandards-Mathe-Primar.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2010):** Konzeption der Kultusministerkonferenz zur Nutzung der Bildungsstandards für die Unterrichtsentwicklung, Bonn. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2010/2010\\_00\\_00-Konzeption-Bildungsstandards.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2010/2010_00_00-Konzeption-Bildungsstandards.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Landesinstitut für Schulentwicklung (2009):** Qualitätsrahmen zur Fremdevaluation, Stuttgart. Aktuelle Fassung des Q-Rahmens (2011): <http://www.schule-bw.de/entwicklung/qualieval/as/fev11/grund/> (Stand: 17.05.2011)

**Landesinstitut für Schulentwicklung (Hrsg.) (2009):** Fremdevaluation an allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg. Informationen zur Regelphase. Handreichung QE-11. Stuttgart. [http://www.schule-bw.de/entwicklung/qualieval/as/fev10/QE11-Fremdevaluation\\_2009-10.pdf](http://www.schule-bw.de/entwicklung/qualieval/as/fev10/QE11-Fremdevaluation_2009-10.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Landesinstitut für Schulentwicklung (Hrsg.) (2010):** Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Fremdevaluation an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg, Schuljahr 2009/10. Handreichung QE-4, Stuttgart.

**Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2007):** Bildungsberichterstattung 2007. Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart. [http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsbericht/bildungsbericht\\_2007/bildungsbericht\\_2007.pdf](http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsbericht/bildungsbericht_2007/bildungsbericht_2007.pdf) (Stand: 17.05.2011)

**Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009):** Bildungsberichterstattung 2009. Sonderpädagogische Förderung in Baden-Württemberg, Stuttgart. <http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsbericht/themenheft/themenheft.pdf> (Stand: 17.05.2011)

**Landwehr, Norbert; Steiner, Peter (2007a):** Q2E – Qualität durch Evaluation und Entwicklung. Konzepte, Verfahren und Instrumente zum Aufbau eines Qualitätsmanagements an Schulen, Bern.

**Landwehr, Norbert; Steiner, Peter (2007b):** Q2E – Grundlagen der externen Schulevaluation. Verfahrensschritte, Standards und Instrumente zur Evaluation des Qualitätsmanagements, Heft 5. In: Landwehr, N./ Steiner, P.: Q2E – Qualität durch Evaluation und Entwicklung. Konzepte, Verfahren und Instrumente zum Aufbau eines Qualitätsmanagements an Schulen, Bern.

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.) (1973):** Modelle und Versuche für die Bildungsreform.

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Landesinstitut für Schulentwicklung (Hrsg.) (2007):** Orientierungsrahmen zur Schulqualität für allgemein bildende Schulen in Baden-Württemberg. <http://www.schule-bw.de/entwicklung/qualieval/qualiabs/sevstart/OrientierungsrahmenSchulqualitaet.pdf> (Stand: 17.05.2011)

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2010a):** Das Lernen im Zentrum. Qualitätsentwicklung an beruflichen Schulen. [http://www.schule-bw.de/schularten/berufliche\\_schulen/oes/download/OES-Broschuere\\_Das-Lernen-im-Zentrum\\_2010-07-04.pdf](http://www.schule-bw.de/schularten/berufliche_schulen/oes/download/OES-Broschuere_Das-Lernen-im-Zentrum_2010-07-04.pdf) (Stand: 17.05.2011).

**Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010b):** Handbuch OES. Leitfaden für die Qualitätsentwicklung an beruflichen Schulen, Kronach. [http://www.schule-bw.de/schularten/berufliche\\_schulen/oes/](http://www.schule-bw.de/schularten/berufliche_schulen/oes/) (Stand: 17.05.2011).

**Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2006):** New OECD Activity on Recognition of non-formal and informal Learning. Guidelines for Country Participation.

**Oelkers, Jürgen (2003):** Wie man Schule entwickelt. Eine bildungspolitische Analyse nach PISA. Weinheim: Beltz.

**Payk, Bernhard; Schmidt, Heike; Schwarck, Cornelia (2010):** Regionale Bevölkerungsvorausrechnung bis 2030 für Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 4/2010, S. 3–11.

**Röbe, Edeltraud; Huppertz, Norbert; Füssenich, Iris (2010):** Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation zur Implementierung des Orientierungsplans für Erziehung und Bildung in baden-württembergischen Kindergärten. Abschlussbericht – Internetfassung Dezember 2010. <http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1279334/2010-12-01%20Abschlussbericht%20Internetfassung.pdf> (Stand: 17.05.2011).

**TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2008):** Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007. Länderzusatzstudie zum Projekt BSW-AES 2007, München. [http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Kurzfassung%20AES\\_01%2008%202008.pdf](http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1106/Kurzfassung%20AES_01%2008%202008.pdf) (Stand: 17.05.2011).



Landesinstitut für Schulentwicklung  
Baden-Württemberg

Heilbronner Str. 172  
70191 Stuttgart

[www.ls-bw.de](http://www.ls-bw.de)

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg

Böblinger Str. 68  
70199 Stuttgart

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT